

KOLONIALISMUS
UND NEOKOLONIALISMUS
IN NORDAFRIKA UND NAHOST



AKADEMIE-VERLAG • BERLIN

1964

STUDIEN ZUR KOLONIALGESCHICHTE
UND GESCHICHTE DER NATIONALEN UND KOLONIALEN BEFREIUNGSBEWEGUNG

herausgegeben von
WALTER MARKOV

in Verbindung mit
KURT BÜTTNER, MANFRED KOSSOK und LOTHAR RATHMANN

BAND 10/11

KOLONIALISMUS UND NEOKOLONIALISMUS
IN NORDAFRIKA UND NAHOST



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1964

KOLONIALISMUS
UND NEOKOLONIALISMUS
IN NORDAFRIKA UND NAHOST



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1964

324
K-70
h2

2. Auflage
74us

9047

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 3, Leipziger Straße 3-4
 Copyright 1964 by Akademie-Verlag GmbH
 Lizenznummer: 202 · 100/138/64
 Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 2085
 Bestellnummer: 2091/10/11 · ES 14 D/F

Inhalt

Vorwort — LOTHAR RATHMANN	7
NIMSCHOWSKI, HELMUT	
Marokko als Expansionssphäre der deutschen Großbourgeoisie im letzten Viertel des 19. Jahrhundert	11
IVANOV, N. A.	
Verlauf und Ergebnisse der „offiziellen“ Kolonisation in Tunesien (1892–1914)	69
RATHMANN, LOTHAR	
„Volldampf vorwärts nach Euphrat und Tigris“. Die planmäßige Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf den Endkampf um die Beherrschung des Osmanischen Reiches in den Jahren 1897 bis 1903	91
SARKISOV, E. K.	
Zum Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Zentralmächte im November 1914	168
LUCKAJA, N.	
Die Kolonialpolitik des französischen Imperialismus in Marokko während der ersten Jahre des Protektorats 1912–1920	180
BRANDT, JÜRGEN	
Zum Charakter der französischen Mandatspolitik in Syrien nach dem ersten Weltkrieg	197
HAIKAL, 'ABD AL-FATÄH	
Die Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik auf die Wirtschaft Ägyptens	226
SCHOLZE, CHRISTA	
Zur kolonialpolitischen Praxis des englischen Imperialismus im Irak in der Zeit von 1932 bis 1939	249
LUDŠUVEIT, E. F.	
Der deutsche Imperialismus in der Türkei während des zweiten Weltkrieges	270

AŠ-ŠUHĀRĪ, MUHAMMAD ALĪ

Der britische Kolonialismus in Südjemen vom Beginn des 19. Jh. bis zur jemenitischen Revolution vom 26. September 1962 294

LANDA, R.

Die französische Politik des Neokolonialismus in Algerien nach dem zweiten Weltkrieg 315

ENISAH, C.

Englisch-amerikanische Gegensätze im Kampf um das Erdöl des Mittleren Ostens 329

OGANESJAN, N. O.

Der Kampf der demokratischen Kräfte des Irak gegen den anglo-irakischen Vertrag von 1930 351

SAGAI, ABBAS

Die „Agrarreform“ — Hauptbestandteil der Politik der „sozialen Stabilisierung“ in Iran 364

FRIEDLÄNDER, PAUL

Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems . . 375

Auswahl der in der DDR in deutscher Sprache erschienenen Arbeiten über den Vorderen Orient und Nordafrika 455

Vorwort

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat sich das gesellschaftliche und politische Antlitz unseres Planeten grundlegend verändert. Heute bestimmt nicht mehr der Imperialismus den Charakter der internationalen Beziehungen; zum Hauptinhalt unserer Epoche wurde der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Das sozialistische Weltsystem, seine ökonomische und politische Dynamik prägen den Gang der Geschichte.

Markanter Ausdruck des unaufhaltsamen Niedergangs des Imperialismus ist der nationale und soziale Aufbruch der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Völker, deren Befreiung das Ende des Kolonialismus in sich trägt. Bisher haben mehr als anderthalb Milliarden Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika ihre Unabhängigkeit erkämpft. In den Nachkriegsjahren sind 50 neue souveräne Staaten entstanden.

Einen hervorragenden Platz im weltweiten Kampf der unterdrückten Völker für die endgültige Beseitigung des Kolonialjochs nimmt der nationale Emanzipationsprozeß in Nordafrika und im Nahen Osten ein. Von der 80 Millionen Menschen umfassenden arabischen Bevölkerung leben nur noch zwei Millionen unter kolonialer Herrschaft.

Die Völker Asiens und Afrikas, vor wenigen Jahren noch vom Kolonialismus entmündigt und Objekt imperialistischer Macht- und Profitinteressen, haben — beflügelt von den Erfolgen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder — ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und beteiligen sich aktiv an der Weltpolitik. Sie dulden nicht länger, von fremden Kolonialherren versklavt, ihrer Reichtümer beraubt und mit der verderblichen Politik des Krieges verkettet zu werden. Die Krise des Kolonialismus ist unter dem Ansturm der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in die Phase des raschen und endgültigen Zerfalls eingetreten. Das ist, wie die Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in der Moskauer Erklärung vom November 1960 unterstrichen, „in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems“¹. Das Tor zu einer Welt ohne Krieg und Kolonialismus läßt sich heute nicht mehr zuschlagen. Angesichts der wachsenden Überlegenheit der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung über imperialistische Kriegsbrandstifter und Kolonisatoren kann es

¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien November 1960, Berlin 1960, S. 40.

keinen Zweifel am Ausgang dieses Kampfes geben. Die Geschichte hat dem Kolonialismus das Urteil gesprochen.

Das vorliegende Werk ist auf Initiative des Orientalischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig in internationaler Gemeinschaftsarbeit zwischen fortschrittlichen Historikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Orientalisten der Sowjetunion, Großbritanniens, der Vereinigten Arabischen Republik, der Arabischen Republik Jemen, Irans und der Deutschen Demokratischen Republik entstanden.

Im ökonomisch wie strategisch gleich bedeutsamen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens kreuzten sich seit dem 19. Jahrhundert die aggressiven Interessen aller kapitalistischen Großmächte. Zu den hier wirksamen kolonialen Hauptakteuren zählte seit Ausgang des Jahrhunderts in zunehmendem Maße der deutsche Imperialismus. In zwei Weltkriegen unternahm er den Versuch, weite Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens seiner Kolonialherrschaft zu unterwerfen. Die Beiträge von H. Nimschowski (DDR), L. Rathmann (DDR), E. K. Sarkisov (Sowjetunion) und E. F. Ludšuveit (Sowjetunion) setzen sich daher mit der aggressiven und volksfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Marokko und der Türkei auseinander, während N. A. Ivanov (Sowjetunion), N. Luckaja (Sowjetunion), J. Brandt (DDR), A. F. Haikal (Vereinigte Arabische Republik), Chr. Scholze (DDR), M. A. aš-Šuhārī (Arabische Republik Jemen) und N. O. Oganjesjan (Sowjetunion) die entsprechenden Praktiken des englischen und französischen Kolonialsystems analysieren.

Unsere Einsicht in die Gesetzmäßigkeit des Sieges der nationalen Befreiungsrevolution verbindet sich mit dem Wissen, daß das internationale Monopolkapital auch in seiner Endphase nichts unversucht läßt, um bedrohte Kolonialpositionen zu verteidigen und verlorenes koloniales Terrain wiederzuerobern. Die aus dem Aufstieg des sozialistischen Weltsystems resultierende Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses und die Vehemenz der nationalen Befreiungsbewegung verhindern aber die unumschränkte Fortsetzung der alten, zumeist offenen und direkten Formen kolonialer Ausbeutung. Der moderne Kolonialismus, dessen Rückgrat vor allem die ökonomisch-politische Potenz des nordamerikanischen und westdeutschen Imperialismus ist, versucht deshalb mit vorzugsweise indirekten Methoden, den gesetzmäßigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aufzuhalten, eine Ausdehnung der Weltfriedenszone zu verhindern und die kolonialen Überprofite weiterhin abzusichern. Dieser Neokolonialismus ist gegenwärtig für die nationalen Emanzipationsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika der Hauptfeind. Eben daraus ergibt sich für die fortschrittliche Wissenschaft die große Aufgabe im Dienste der antikolonialen Befreiung, Quellen, Charakter, Methoden und Ziele der neokolonialistischen Politik bloßzulegen und mit der antikolonialen, auf echter Freundschaft beruhenden Politik des sozialistischen Lagers zu konfrontieren.² C. Enisah (Großbritannien), R. Landa

² Siehe auch: Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz des Orientalischen und Indischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig „Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die kolonialistische und neokolonialistische Politik des deutschen Imperialismus und für die nationale Befreiung der Völker“, Sonderband der wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig 1963.

(Sowjetunion), A. Sagai (Iran) und P. Friedländer (DDR) betrachten ihre Untersuchungen als einen Bestandteil dieses verpflichtenden Auftrages.

Die Autoren widmen den Band dem heldenhaften Kampf der Völker Nordafrikas und des Nahen Ostens gegen Kolonialismus und Neokolonialismus. Sie sehen in ihm zugleich einen bescheidenen Beitrag zur wissenschaftlichen Vorbereitung des XXVI. Weltorientalistenkongresses, der im Januar 1964 in Neu-Delhi, der Hauptstadt eines vom Kolonialismus befreiten Nationalstaates, stattfinden wird. Unser Dank gilt Nationalpreisträger Prof. Dr. W. Markov, der die Arbeit in die Reihe „Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung“ aufnahm, sowie dem Akademie-Verlag, der für rasche Drucklegung sorgte.

Prof. Dr. Lothar Rathmann

*komm. Direktor des Orientalischen Instituts
der Karl-Marx-Universität Leipzig*

Marokko als Expansionssphäre der deutschen Großbourgeoisie im letzten Viertel des 19. Jahrhundert

Die westdeutschen Monopole haben auch Marokko zu ihrer Expansionssphäre und zum Objekt ihrer neokolonialistischen Politik auserwählt. Heute strebt der deutsche Imperialismus danach, das zu erreichen, was ihm in der Vergangenheit sein französischer Rivale verwehrte, nämlich Marokko und andere Gebiete Nordafrikas zu seinem Einflußgebiet zu machen. Dabei nutzt er die durch den ruhmvollen algerischen Volksbefreiungskampf geschwächte Position des französischen Imperialismus aus. Der westdeutsche Neokolonialismus ist die Fortsetzung der Politik des deutschen Imperialismus während der Kaiserzeit und des faschistischen Deutschlands.

In der Verfolgung seiner neokolonialistischen Ziele gegenüber Marokko bedient er sich der Lüge von der angeblichen „traditionellen Freundschaft“ zwischen Deutschland und Marokko und versucht aus der Tatsache, daß es ihm im Kampf um die Ausplünderung Marokkos nicht gelang, sich gegen den französischen Konkurrenten durchzusetzen, Kapital zu schlagen. Zugleich kann er sich auf Erfahrungen stützen, die er in seiner Politik der „friedlichen Durchdringung“ in früheren Jahren erwarb.

In den meisten Darstellungen über die deutsche Marokkopolitik bis zum ersten Weltkriege¹ überwiegt der außenpolitische Aspekt. Ihr ökonomischer Hintergrund,

¹ Siehe *Anderson, Eugene N.*, The first Moroccan crisis 1904–1906, New York 1928; *Brenning, Herbert E.*, Die großen Mächte und Marokko in den Jahren vor dem Marokkoabkommen vom 8. 4. 1904 (1898–1904), [Diss.], Göttingen 1934; *Bretschger, Jac.*, Die Marokkokonferenz von Algeciras 1906, Zürich 1913; *Diedrich, Heinrich*, Frankreich und Marokko 1890–1905 [Diss.], Hamburg 1939; *Diercks, Gustav*, Die Marokkofrage und die Konferenz von Algeciras, Berlin 1906; *Fischer, Kuno*, Marokko und der deutsch-französische Gegensatz um die Jahrhundertwende [Diss.], Tübingen 1935; *Hallmann, H.*, Bismarck und Marokko, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 1936, S. 195–208; *Hoffmann, Annemarie*, Deutsche Politik in Marokko [Diss.], Jena u. Anklam 1929; *Kampffmeyer, Georg*, Die Grundlagen der Marokkofrage, in: Zeitschrift für Politik, 8/1915, S. 297–380; *Melzer, Fritz*, Die Bedeutung der Marokkofrage für die englisch-französischen Beziehungen von 1901 bis zum Zustandekommen der Entente cordiale [Diss.], Dresden 1937; *Morel, E. D.*, Morocco in Diplomacy, London 1912; *Rheinländer, Gertrud*, Deutschland, England und die Marokko-Krise 1904–1906 [Diss.], 1931; *Rauter von Rüdiger, Georg*, Die Bedeutung der Algeciras-Konferenz unter Berücksichtigung der europäischen Marokkopolitik bis zur endgültigen

die systematischen Anstrengungen der deutschen Großbourgeoisie um die Erschließung eines Absatzmarktes für ihre Industrieprodukte, um Kapitalanlage-sphären und die Gewinnung von Rohstoffquellen, ist bisher noch nicht umfassend beleuchtet worden. Abgesehen von einigen Arbeiten, die die ökonomische Seite der deutsch-marokkanischen Beziehungen bis 1905 mit behandeln, gebührt Hallgarten² das Verdienst, die Verbindung der deutschen Außenpolitik mit den Marokko-interessen der deutschen Monopole dargestellt zu haben. Aber seiner Erforschung der ökonomischen Seite der Marokkopolitik des kaiserlichen Deutschlands waren Schranken gesetzt, da ihm die Vorlegung der entsprechenden Akten des Auswärtigen Amtes verweigert wurde³ und die Aktensammlung des Auswärtigen Amtes über die Marokkofrage sehr wenig ökonomisches Material enthält.

Die vorliegende Arbeit soll ein bescheidener Beitrag zur Untersuchung des Eindringens des deutschen Kapitals in Marokko in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jh. sein. Sie will zeigen, wie bereits in der Phase des Übergangs des deutschen Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus seit den achtziger Jahren bestimmte Kapitalgruppen die Expansion nach Marokko propagierten und organisierten und dabei die Methode der „friedlichen Durchdringung“ als die den marokkanischen Verhältnissen entsprechendste Form anpriesen und zu praktizieren begannen. Es soll ferner gezeigt werden, wie in dieser Zeit die an der Ausbeutung Marokkos interessierte Schwerindustrie gegenüber den Gruppen der Leichtindustrie immer mehr zur bestimmenden Kraft der Marokkoexpansion wurde und wie deren Interessen von der Reichsregierung tatkräftig gefördert wurden.

I. Die „Entdeckung“ Marokkos als Absatzgebiet deutscher Industrieprodukte und die Marokkopolitik der Reichsregierung (1870 bis Ende der siebziger Jahre)

Nach der Herstellung der nationalen Einheit von oben setzte in Deutschland eine mächtige industrielle Entwicklung ein. In der Periode, die sich von der Krise des Jahres 1873 bis zum Ende der neunziger Jahre erstreckt, vollzog sich in Deutschland der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Die junge deutsche Großindustrie erhielt durch den französischen Milliardenegewinn einen mächtigen Aufschwung. Die Herren der Schwerindustrie gewannen einen entscheidenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des junkerlich-bourgeois Staats. Von 1870 bis 1900 stieg der Anteil Deutschlands an der Welt-

Lösung der Marokkofrage, [Diss.], Altenburg 1917. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden dargestellt bei *Williamson, Francis T.*, *Germany and Morocco before 1905*, Baltimore 1937.

² Hallgarten, *George W. F.*, *Imperialismus vor 1914*, Bd 1 u. 2, München 1951.

³ Ebenda, S. 507 Anmerkung 3.

industrieproduktion von 13 auf 16 Prozent.⁴ Deutschland hatte am Ende des Jahrhunderts ökonomisch nicht nur Frankreich überflügelt, sondern auch England fast eingeholt; es war zur ökonomisch stärksten Macht auf dem Kontinent geworden. Das industrielle Wachstum war verknüpft mit der zunehmenden Konzentration der Produktion und des Kapitals und der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital. Das starke Wachstum der deutschen Industrie wurde von den Krisen der Jahre 1873, 1882 und 1891 erschüttert. Der Gründerkrach von 1873 zeigte, daß der gewaltig ausgedehnten Produktion kein entsprechender Markt gegenüberstand. Der Krise folgten einige Jahre der Depression, die 1878/79 ihren Tiefpunkt erreichte. Die deutsche Bourgeoisie unternahm in dieser Zeit nicht nur größere Anstrengungen, die ausländische Konkurrenz vom nationalen Markt zu verdrängen, sondern begann den Kampf um die Eroberung europäischer und überseeischer Märkte.

Mit dem Eintritt Deutschlands und anderer Staaten in die Phase des Übergangs zum Monopolkapitalismus verschärfte sich der Kampf um die Aufteilung der noch verbliebenen „freien“ Gebiete. „Die kolonialen Eroberungen Englands nehmen am gewaltigsten in den Jahren 1860 bis 1880 zu und sind auch in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jh. sehr beträchtlich. Die kolonialen Eroberungen Frankreichs und Deutschlands fallen hauptsächlich gerade in diese zwei Jahrzehnte. Wir haben bereits gesehen, daß die Periode der höchsten Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus, des Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz, in die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt. Jetzt sehen wir, daß gerade nach dieser Periode ein ungeheurer „Aufschwung“ der kolonialen Eroberungen beginnt und der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt sich in höchstem Grade verschärft. Unzweifelhaft ist daher die Tatsache, daß der Übergang des Kapitalismus zur Stufe des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, mit einer Verschärfung des Kampfes um die Teilung der Welt verknüpft ist.“⁵

Das Fehlen eines einheitlichen deutschen Staates hatte den deutschen Kapitalismus, der seit Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jh. immer mehr erstarkte, daran gehindert, sich ähnlich wie sein englischer und französischer Konkurrent durch die Eroberung und Ausbeutung fremder Territorien in Übersee eine scheinbar unerschöpfliche Quelle der Bereicherung zu erschließen. So mußten die in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jh. von Kaufleuten, Reisenden und Abenteurern gemachten Vorschläge zum Erwerb kolonialer Gebiete unerfüllbar bleiben.⁶ Nach der Schaffung des Deutschen Reiches war die zu Kräften gekommene deutsche

⁴ Kuczynski, *Jürgen*, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, Bd 1, 2. Teil, 1871–1932, 6. verb. Aufl., Berlin 1954, S. 18.

⁵ Lenin, *W. I.*, *Werke*, Bd 22, Berlin 1960, S. 259ff.

⁶ Deutsche Händler forderten in den sechziger Jahren die Eroberung Patagoniens, andere die Annexion Taiwans, der Suluinseln und verschiedener Teile Afrikas. Siehe *Nussbaum, Manfred*, *Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe*, Berlin 1962, S. 18ff. (Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, hrsg. v. Walter Markov, Bd 8.

Großbourgeoisie entschlossen, keinen weiteren Tempoverlust im kolonialen Wettrennen eintreten zu lassen und den englischen, französischen und anderen Rivalen auf der Bahn der kolonialen Eroberung zu folgen. Die Kolonialpropaganda, von Bismarck erlaubt und gefördert, kam rasch auf Hochtouren; zahlreiche Kolonialprojekte wurden in den siebziger Jahren entworfen.⁷ Mehrere Verfasser bemühten sich, die Notwendigkeit der kolonialen Eroberung theoretisch zu begründen.⁸ Die auf den afrikanischen Kontinent gerichtete Kolonialexpansion zielte insbesondere auf die noch „freien“ Gebiete seines transsaharischen Teiles ab. Die in Frage kommenden Territorien schienen den Kolonialenthusiasten günstige Möglichkeiten zu bieten zur Anlage von Siedlungskolonien und für einen einträglichen Handel ohne drückende ausländische Konkurrenz.

In der Kolonialpropaganda der siebziger Jahre wird Marokko nur am Rande erwähnt. Das sollte sich zehn Jahre später grundlegend geändert haben. Dennoch mangelte es auch in dieser Zeit nicht an öffentlichen Hinweisen auf Marokko als möglichen Absatzmarkt für deutsche Erzeugnisse oder als Kolonisationsobjekt.

Waren die Forschungsreisen Heinrich von Maltzans⁹ noch frei von kolonialen Hintergedanken, so trat Gerhard Rohlfs¹⁰ bewußt in den Dienst der an der Er-

⁷ Einen ausführlichen Überblick darüber siehe bei Nussbaum, *Manfred*, a. a. O., S. 18ff.

⁸ Hübbe-Schleiden, *Überseeische Politik*, Hamburg 1883; Fabri, F., *Bedarf Deutschland der Kolonien?* Gotha 1889. Vgl. Nussbaum, a. a. O., S. 21.

⁹ Maltzan, *Heinrich v.*, (1826–1874) unternahm in den Jahren 1852 und 1857/58 ausgedehnte Forschungsreisen in Marokko, Algerien und Tunesien. Seine Untersuchungen galten ethnographischen Fragen sowie den archäologischen Hinterlassenschaften. Sein Reisewerk „Drei Jahre im Nordwesten von Afrika. Reisen in Algerien und Marokko“, 4 Bde, Leipzig 1863, enthält wertvolle Schilderungen der nordafrikanischen Landschaft, der ökonomischen und sozialen Verhältnisse sowie der Sitten und Gebräuche ihrer Bewohner.

¹⁰ Gerhard Rohlfs war der Typ eines Abenteurers. Nachdem er in Algerien als Arzt mehrere Jahre in der Fremdenlegion gedient hatte, begab er sich 1861 nach Marokko, wo er zum Leibarzt des Sultans avancierte und zum Islam übertrat. Danach weilte er am Hofe des Großscherifens von Wezzan, dessen Vertrauen er sich erwarb. 1862 unternahm er von Tanger aus seine erste große Entdeckungsreise durch Marokko, auf der er jedoch bei Kenatsa überfallen, ausgeplündert und schwer verwundet wurde. 1864 unternahm er, inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt, eine neue Forschungsreise nach Marokko, die vom Bremer Senat und von der Königlich Geographischen Gesellschaft in London finanziert wurde. Bald wurde die Kaiserliche Regierung auf Rohlfs aufmerksam. 1867 entsandte sie ihn in einer Mission nach Abessinien. 1884 wurde er zum Generalkonsul von Sansibar ernannt. Siehe Günther, *Konrad*, Gerhard Rohlfs, *Lebensbild eines Afrikaforschers*, Freiburg 1912. Bemerkenswert ist, daß die Kolonialideologen des deutschen Faschismus auf Rohlfs zurückgriffen. Alwin Belger feiert ihn als „Vorkämpfer“, der den Boden vorbereitet hat „für das Verständnis des deutschen Volkes für unsere Überseeischen Besitzungen... So ist Rohlfs' Werk nicht mit seinem Tode abgeschlossen, sondern sein Streben für die koloniale Betätigung Deutschlands behält seine Bedeutung auch in der Zukunft.“ (Niedersachsen-Gestalten und Zeiten, Heft 3 [1963].)

schließung überseeischer Märkte interessierten Bourgeoisie. Mit seinen Büchern¹¹ und zahlreichen Artikeln in wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Zeitschriften¹² sowie in der Tagespresse trug er in bedeutendem Maße dazu bei, Kenntnisse über die geographischen, ökonomischen, ethnologischen und politischen Verhältnisse in Nordafrika und speziell in Marokko zu verbreiten und in den Handels- und Industriekreisen das Interesse für das bislang noch wenig bekannte Land „vor den Toren Europas“ zu wecken.¹³ Er war sich allerdings der Unmöglichkeit bewußt, vor den Augen der französischen Kolonialmacht in Algerien, Marokko zu einer deutschen Ackerbaukolonie zu machen. Nach seiner Meinung schloß jedoch die Anerkennung der französischen Vorrechte in Marokko nicht aus, daß sich Deutschland hier einen neuen Absatzmarkt schaffe. Für besonders geeignet hierzu hielt er die südwestlichen Grenzgebiete, in denen die ausländische Konkurrenz nicht so stark war. 1877 regte er an, in den Gebieten von Tekna und Nûn (Südmorokko) Leuchttürme und Handelsniederlassungen als erste Stützpunkte für den von ihm für aussichtsreich gehaltenen Handel mit den Stämmen Südmorokkos und seines Hinterlandes zu errichten.¹⁴

Rohlfs war nicht der einzige, der bemüht war, den Blick der deutschen Großbourgeoisie auf Marokko zu lenken. So hatte bereits 1869 Richard Manega in der Zeitschrift „Der Welthandel“ die Bedeutung Marokkos als potentiellen Lieferanten tropischer Erzeugnisse und Absatzmarkt deutscher Industrieprodukte hervorgehoben.¹⁵

Auch einige Militärs hatten schon vor 1871 beigetragen, die deutsche Öffentlichkeit mit Marokko bekannt zu machen. Im spanisch-marokkanischen Krieg von 1859/60 nahmen sechs preußische Offiziere – unter ihnen General von Goeben und Graf von Stolberg¹⁶ – sowie vier bayrische Offiziere auf spanischer Seite im Stab des Generals O'Donnell teil. Von Goeben und der bayrische Oberstleutnant Schlagintweit schrieben ihre Erinnerungen darüber nieder.¹⁷

¹¹ Rohlfs, *Gerhard*, *Mein erster Aufenthalt in Marokko*, Bremen 1873; derselbe, *Reise durch Marokko*, 3. Aufl. Bremen 1882.

¹² Seine Artikel erschienen u. a. in folgenden Zeitschriften: *Globus*, *Petermanns geographische Mitteilungen*, *Das Ausland*, *Deutsche Rundschau* sowie in der *Allgemeinen Zeitung* (München).

¹³ In seinem Artikel „Das Konsulatswesen in Marokko“ (*Das Ausland*, 37/1881, S. 880ff.) empfahl er die Errichtung einer diplomatischen Vertretung Deutschlands in Marokko. In seinem Buch „Mein erster Aufenthalt in Marokko“ unterstrich er die Notwendigkeit, mit Marokko diplomatische Beziehungen aufzunehmen (S. 333ff.).

¹⁴ *Petermanns geographische Mitteilungen*, Gotha 1877, S. 426. – Dieser Gedanke wurde fünf Jahre später von Otto Kersten aufgegriffen und 1886 von Robert Jannasch zu verwirklichen versucht.

¹⁵ Manega, *Richard*, *Marokkos Handel*, in *Der Welthandel*, 6/1869, S. 303ff.

¹⁶ Graf von Stolberg wurde auf Grund seiner „Marokkoerfahrungen“ für würdig erachtet, an der deutschen Gesandtschaftsreise nach Fes im Jahre 1877 teilzunehmen. Siehe S. 20.

¹⁷ Goeben, *A. von*, *Reise- und Lagerbriefe aus Spanien und dem spanischen Heere in Marokko*, 2 Bde, Hannover 1869, S. 164; Schlagintweit, *Eduard*, *Der spanisch-marokkanische Krieg in den Jahren 1859 und 1860*, Leipzig 1863.

Schon vor 1870/71 existierte ein – wenn auch schwacher – Handel zwischen Deutschland und Marokko. Von einigen Deutschen waren in den sechziger Jahren Handelsfirmen und kleine industrielle Unternehmen in Marokko gegründet worden. Sie hatten jedoch einen ziemlich schweren Stand gegenüber der englischen, französischen und spanischen Konkurrenz, die von den diplomatischen Vertretern ihres Landes wirksam unterstützt wurde.¹⁸ Der in Marokko langsam Fuß fassende deutsche Handel sah sich hier einer Situation gegenüber, die sich von der in anderen Gebieten Afrikas unterschied. Marokko war ein Knotenpunkt der Widersprüche zwischen den europäischen Mächten, besonders zwischen England und Frankreich. Die Bourgeoisie beider Staaten wetteiferte miteinander bei der Begründung, Festigung und Erweiterung der ökonomischen Positionen und erhob zusammen mit den spanischen Kolonialpolitikern Anspruch für einen angemessenen Anteil im Falle der Verteilung des marokkanischen Erbes. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus stieß von vornherein auf eine starke ausländische Konkurrenz. Zudem mußte die deutsche Diplomatie den sich hier konzentrierenden politischen Widersprüchen Rechnung tragen. Im Unterschied zu anderen afrikanischen Staaten existierte eine Zentralgewalt, die zwar schwach war, aber auf eine lange staatliche Tradition zurückblicken konnte. Sie erstarkte in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jh. unter der Herrschaft des Sultans Mülāy Hasan (1873–1894), der die Widerstandskräfte gegen die Gefahr einer kolonialen Unterwerfung mobilisierte. Die marokkanische Regierung, der Mahzan, nutzte die zwischen den europäischen Mächten bestehende Rivalität geschickt aus. Trotz starker partikularistischer Bestrebungen hatte sich im marokkanischen Volke im Verlaufe einer langen und ereignisreichen Geschichte ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt. Die Erinnerung an die Abwehrkämpfe gegen die spanischen und portugiesischen Eroberer im 16. Jh. lebte noch im Volke. Die Eroberung des benachbarten Algeriens hatte viele einfache strenggläubige Marokkaner in ihrem Mißtrauen gegenüber die in ihr Land kommenden europäischen Forscher, Abenteurer und Händler gestärkt. Diejenigen

¹⁸ Mehrere europäische Staaten waren seit über einem Jahrhundert mit Marokko in diplomatische Beziehungen getreten. Ihr Hauptanliegen war damals weniger der Handel als die Sicherheit ihrer Kauffahrteischiffe gegenüber den Rifpiraten. Auf Grund der schweren Faßbarkeit der gefährlichen Freibeuter hielten sie es für zweckmäßiger, die Sicherheit durch Zahlung eines jährlichen Tributs zu erkaufen. – Spanien unterhielt seit Ende des 18. Jh. regelmäßige Beziehungen zu Marokko; Frankreich schloß im 17. Jh. mehrere Verträge mit dem Scherifischen Reich ab und entsandte Konsuln; seit der Eroberung Algeriens waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten allerdings gespannt. England schloß 1718 und 1729 mit Marokko einen Vertrag, der von den folgenden Sultanen bestätigt wurde. 1859 schloß es mit Marokko einen Handelsvertrag ab, der zum Vorbild für die Ende des 19. Jh. von den Mächten abgeschlossenen Verträge wurde. Der englische diplomatische Vertreter Sir Drummond Hay errang einen großen Einfluß in Marokko. Seit Anfang der sechziger Jahre vertrat England auch Dänemark, Österreich und die Niederlande. – Deutschland hatte bis 1873 keine eigene einheitliche Vertretung in Marokko. Preußen ließ sich durch Schweden vertreten, Hamburg zuerst durch Portugal und später durch England. (Siehe Rohlf, Gerhard, Das Konsulatswesen in Marokko, in *Das Ausland*, 37/1871.)

Kreise der Bevölkerung (Großhändler und Feudale), die bereit waren, mit der europäischen Großbourgeoisie gemeinsame Sache zu machen, stießen auf einen starken Widerstand. All diese Faktoren machten es den deutschen Kaufleuten ziemlich schwer, in Marokko Fuß zu fassen. Die Ursache ihrer schwierigen Lage erblickten die in Marokko etablierten deutschen Kaufleute und Unternehmer vor allem im Fehlen einer diplomatischen Vertretung Deutschlands. Bereits vor der Reichsgründung wurden sie deshalb in dieser Angelegenheit bei Bismarck vorstellig.

Am 15. Juli 1865 richteten die „seit längerer Zeit ... in Tanger ansässigen“ Deutschen G. Wenzel¹⁹, S. Reuter und Gumpert eine Denkschrift an Bismarck, in der sie die Bitte vortrugen, eine „deutsche Nationalvertretung“ in Marokko zu errichten.²⁰ In einem Brief an den preußischen Minister für Handel, Delbrück, vom 28. 8. 1867 wiederholte Reuter, der sich bereits vorher an Bismarck gewandt hatte, die „Notwendigkeit eines Nationalschutzes resp. Vertretung preußischer und deutscher Interessen im Kaiserreich Marokko“²¹. Er begründete seinen Antrag ausführlich und klärte die preußische Regierung darüber auf, wie von der Scherifischen Regierung Zugeständnisse erpreßt werden könnten.²² Als die preußische Regierung 1870 den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Bey von Tunis erörterte, schlugen Hamburger Handelskreise vor, einen solchen Vertrag mit Marokko abzuschließen und ein Bundeskonsulat hier einzurichten.²³

¹⁹ Wenzel, ein gebürtiger Sachse, war in den sechziger Jahren nach einem abenteuerlichen Leben nach Marokko gekommen. Bis 1878 war er Wärter des Leuchtturms von Kap Spartel. 1878 trat er in den Dienst eines Handelshauses, Siehe Conring, Adolph von, Marokko – das Land und die Leute, Berlin 1880, S. 41; Lenz, Timbaktu, Leipzig 1884, Bd 1, S. 56–59.

²⁰ Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Merseburg, Rep. 120, C, XIII, 15, 39, Vol. 1, Bl. 39–43. – In ihrer Begründung weisen sie auf die wichtige strategische Lage Tangers hin, das als Etappenstation für die deutsche Flotte dienen könnte: „In kommerzieller Beziehung bietet Marokko für die deutschen Produkte einen großen Absatzmarkt, sobald der deutsche Handel sich eines wirksamen Schutzes seitens der hohen Staatsregierung zu erfreuen hätte und die Aufmerksamkeit der deutschen Handelswelt hierher gezogen würde, während England unrechtmäßigerweise das Monopol dieses Handels in Händen hält und Frankreich die einzige Macht ist, die derartigen Anmaßungen das Gegengewicht zu halten sucht ...“ (Ebenda, Bl. 39.)

²¹ DZA Merseburg, Rep. 120, C, XIII, 15, 39, Vol. 1, Bl. 35–36. Reuter führt als zusätzliche Begründung die Tatsache an, daß „viele Schiffe an der langen marokkanischen Küste stranden“. (Ebenda.)

²² „... so kann ein einziges Kriegsschiff, ohne einen Mann an Land zu setzen, dieselbe zwingen, mit der Drohung, die Küstenstädte zu beschießen, alles, was man von ihr verlangt, zu bewilligen.“ (Ebenda, Bl. 36.)

²³ Davon berichtet die Umfrage des preußischen Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Graf von Itzenplitz, bei den Handelskammern des Norddeutschen Bundes, den Ältesten der Kaufmannschaft zu Danzig, Berlin, Magdeburg u. a. v. 10. 7. 1870 über die Wichtigkeit eines Handelsvertrages mit Marokko. (DZA Merseburg, Rep. 120 C, XIII, 15, 39, Vol. 1, Bl. 49.) Die Notwendigkeit des Abschlusses eines Handelsvertrages werde damit begründet, „daß im indirekten Verkehr über Marseille dorthin auch viele

Eine Umfrage des preußischen Handelsministers ergab, daß ein direkter Handel mit Marokko zur Zeit nirgends in Preußen oder nur in ganz unerheblichem Umfange bestand. Jedoch fand ein nicht unbedeutender indirekter Handel (über englische oder französische Häfen) in Eisen- und Messingwaren, Spirit, Tuchen und anderen Erzeugnissen statt.²⁴ Die Mehrzahl der befragten Handelsvorstände hielt den Abschluß eines Handelsvertrages für wünschenswert.²⁵

1873 wurde in Tanger das erste deutsche Konsulat im Sultanat Marokko errichtet.²⁶ Damit kam die Reichsregierung dem Drängen bestimmter Industrie- und Handelskreise und ihres lautesten Fürsprechers Rohlf nach. Bevor sich Bismarck zu diesem Schritt entschloß, ließ er durch Forschungsreisende die Handels- und Schiffsverkehrsverhältnisse in den marokkanischen Häfen erkunden.²⁷ Zugleich holte er die Zustimmung der englischen Regierung ein.²⁸ Die Errichtung der deutschen diplomatischen Vertretung in Marokko war Ausdruck dafür, daß Bismarck entschlossen war, die deutsche Großbourgeoisie bei der Erschließung eines neuen Absatzmarktes zu unterstützen. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verfolgte Bismarck nicht allein das Ziel, den Wünschen der am Marokkohandel interessierten Kreise entgegenzukommen und ihre Aktivität zu ermuntern, damit förderte er zugleich die auf Kolonialraub ausgehende deutsche Bourgeoisie, die sich besonders den Gebieten an der Westküste des transsaharischen Afrikas zuwandte. Für sie war Marokko nicht unwichtig. Die gefährlichen Untiefen an der marokkanischen Atlantikküste verursachten häufig Havarien. Ein rasches und erfolgreiches Vordringen in West- und Südwestafrika verlangte Sicherheit auf der Durchfahrts-

deutsche Produkte, insbesondere Eisen- und Messerschmiedewaren, vertrieben würden“ (Ebenda.) Die Errichtung eines Bundeskonsulats werde damit motiviert, „daß an der marokkanischen Küste nicht selten Havariiefälle deutscher Schiffe vorkommen, welche eine amtliche Vertretung der norddeutschen Flagge daselbst sehr wünschenswert machten“ (Ebenda.)

²⁴ Abschrift eines Briefes von Itzenplitz an Bismarck v. 10. I. 1871. DZA Merseburg, Rep. 120, C, XIII, 15, 39, Vol. 1, Bl. 50.

²⁵ Ebenda. Von Itzenplitz schloß sich dieser Meinung an.

²⁶ Erster Konsul wurde Gülich. Ihm folgte 1875 Theodor Weber. Mit seinem Amtsantritt wurde die deutsche Vertretung in den Rang einer Botschaft erhoben. Weber erhielt den Titel „Ministerresident“.

²⁷ So durch die Wissenschaftler Noll und Grenacher, die 1871 eine Studienreise nach Marokko unternahmen (Mohr, Paul, *Le Maroc et les interets allemands*, in *Revue économique internationale*, Brüssel, 5/1904, S. 645); vor allem durch die Professoren Karl von Fritsch (Geograph) und Justus Rein (Botaniker), die von der Geographischen Gesellschaft Halle beauftragt waren, die Geologie Marokkos zu studieren. Vor ihrer Abreise wurden sie von Bismarck empfangen. Das Auswärtige Amt beauftragte sie, die Handels- und Schiffsverkehrsverhältnisse in den verschiedenen Häfen zu studieren. Siehe Guillen, P. et Miège, J. L., *Les debuts de la politique allemande au Maroq 1870–1877*, S. 6 (MS) (im Orientalischen Institut der Karl-Marx-Universität, Leipzig, Abt. Geschichte) [1962].

²⁸ Bismarck entsprach sofort der Bitte des englischen Gesandten Sir John Drummond Hay, die Abreise Gülichs um einige Wochen aufzuschieben, da die Situation infolge des Thronwechsels in Marokko nicht günstig sei. (Guillen/Miège, a. a. O., S. 6.)

strecke²⁹ und die Möglichkeit, bestimmte Häfen als Zwischenstationen zu benutzen. Die Wünsche der Handels- und Schiffsverkehrskreise fanden bei der kaiserlichen Admiralität Gehör. Sie ließ 1875 die marokkanische Küste auf ihre Beschaffenheit hin untersuchen.³⁰ Artikel 30 des Entwurfs des Freundschaftsvertrages mit Marokko, der 1877 von Ministerresidenten Weber angefertigt wurde und 1885 den Verhandlungen mit der marokkanischen Regierung zugrunde lag, sieht ausdrücklich die Hilfeleistung der marokkanischen Behörden und ihren Schutz gegenüber den Schiffbrüchigen vor.³¹

Aber auch das waren wohl noch nicht die ausschlaggebenden Gründe für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Bismarck verfolgte damit vor allem — was noch ausführlich dargelegt werden soll — ganz bestimmte politische Ziele. Betrachten wir zunächst die weitere Entwicklung des Handels. Nach 1871 mehrten sich die Wünsche deutscher Industrie- und Handelskreise nach Abschluß eines Handelsvertrages mit Marokko. Obwohl der deutsche Konsul Gülich 1874 die Perspektiven kommerzieller Tätigkeit in Marokko pessimistisch einschätzte³², war Bismarck entschlossen, auf den Abschluß eines Handelsvertrages hinzuwirken.

Im Mai 1876 beauftragte er den Ministerresidenten Weber, die zwischen europäischen Staaten und Marokko abgeschlossenen Verträge einzuschätzen und mitzuteilen, „welche besonderen Festsetzungen etwa im deutschen Interesse in dem Verträge zu treffen wären“. Weber wurde angewiesen, „der marokkanischen Regierung schon jetzt von der Bereitwilligkeit der kaiserlichen Regierung zum Abschlusse eines Handelsvertrages im allgemeinen Kenntnis zu geben“.³³ Der

²⁹ Die relativ häufigen Havarien an der marokkanischen Atlantikküste werden seit Ende der sechziger Jahre als Argument für die Notwendigkeit der Errichtung einer deutschen diplomatischen Vertretung herangezogen (s. Anm. 21).

³⁰ In der Zeit vom 19. bis 30. Juni und vom 28. September bis 11. Oktober 1875 besuchte das Kanonenboot „Nautilus“ unter Korvettenkapitän Zernsch mehrere Häfen und Küstenorte zwischen Tanger und Mogador. (Siehe *Annalen der Hydrographie und maritimen Meteorologie* [Organ des Hydrographischen Bureaus und der Deutschen Seewarte], hg. von der Kaiserlichen Admiralität, Nr. 23/24/1875.) In dem dort wiedergegebenen Bericht Zernschs erfolgt eine genaue Beschreibung der Beschaffenheit der einzelnen Häfen und die Einschätzung ihrer effektiven und potentiellen Bedeutung für den Handel. Zugleich gibt Zernsch einen Überblick über die Struktur des marokkanischen Außenhandels, über die Bodenfruchtbarkeit des Landes, sein Klima und seine natürlichen Reichtümer.

³¹ DZA Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr. 4356, Bl. 154–171, bes. 167 ff.

³² In seinem Bericht an das Auswärtige Amt v. 29. 4. 1874 schrieb Gülich: „Deutsche Untertanen finden sich in sehr kleiner Zahl in Marokko, und es ist vor der Hand auch auf das allerdringendste davon abzuraten, daß auf Geldverdienst ausgehende Deutsche, welchen Zeichens sie auch sein mögen, aufs Geratewohl hierher kommen, da sie bis auf eine Veränderung der hiesigen Verhältnisse keinen Erwerb hier finden können und aufs Geratewohl zu erwerbenden Zwecken hierher kommend ihr Geld und ihre Zeit verlieren würden.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. III b, Nr. 33240, Bl. 5.)

³³ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd. 11875, Bl. 6. — Weber kam zu der Ansicht, „daß die beiden englischen Verträge vom 9. 12. 1856 am geeignetsten sind, als Richt-

Sultan ließ Weber mitteilen, er sei gern bereit, einen solchen Vertrag zu schließen.³⁴ Die zuständigen Sekretäre im Reichskanzleramt und im Auswärtigen Amt versprachen sich davon eine Förderung der deutschen Interessen.³⁵ Bevor Bismarck weitere Schritte billigte, ließ er sich zunächst von Weber über die politische und ökonomische Lage des Landes genau unterrichten.³⁶ 1877 erhielt Weber den Auftrag, die von ihm geleitete Gesandtschaftsreise an den Hof des Sultans dazu zu benutzen, „im Interesse der nicht unerheblichen Handelsbeziehungen Deutschlands zu Marokko mit der dortigen Regierung Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages einzuleiten“³⁷. Auftragsgemäß

schnur für einen neuen zwischen Deutschland und Marokko zu errichtenden Traktat zu dienen“. (Ebenda, Bl. 10). Zugleich hält er es für zweckmäßig, „wie England und Spanien es getan haben, die bleibenden Stipulationen über Frieden und Freundschaft in einem besonderen Freundschaftstraktat auszusprechen und über diejenigen, welche speziell Handel und Schiffahrt betreffen, . . . eine Handels- und Schiffahrtskonvention abzuschließen, welche je nach der fortschreitenden Entwicklung der kommerziellen Beziehungen Marokkos zur zivilisierten Welt erneuert werden kann“ (Ebenda).

³⁴ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11875, Bl. 88, Weber an Bismarck v. 27. 6. 1876.

³⁵ In einem Schreiben an den Legationssekretär Grafen von Bismarck-Schönhausen v. 23. 10. 1876 bestätigt Bülow, daß „ein Vertragsverhältnis mit Marokko den deutschen Interessen entsprechen“ würde. „Im Reichskanzleramt wird die Förderung der Sache den deutschen Interessen nützlich erachtet, und es könnte damit begonnen werden, Herrn Weber . . . mit der Ausarbeitung von Vertragsentwürfen zu beauftragen.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11875, Bl. 97.)

³⁶ In seinem Bericht an den Reichskanzler v. 13. 8. 1876 (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11875, Bl. 36) versucht Weber die ihm offensichtlich von Bismarck vorgelegte Frage zu beantworten, „ob das marokkanische Staatswesen in seiner gegenwärtigen Organisation der Verbesserung fähig ist und welchen Wert seine Hilfsquellen, wenn sie zur Entwicklung gelangen sollten, für einen etwaigen Bundesgenossen haben können . . .“. Bemerkenswert ist Webers Einschätzung der Entwicklung der marokkanischen Nation: Im Unterschied zu zahlreichen späteren Darstellungen, die die Existenz eines einheitlichen marokkanischen Volkes leugneten und die ökonomische Lage in den düstersten Farben malten, ist Weber der Ansicht, daß die marokkanische Bevölkerung gegenwärtig einen „so einheitlichen Stamm“ bildet, „wie ihn wenige moderne Staaten besitzen.“ (Ebenda Bl. 42) „Das Land ist keineswegs arm oder erschöpft, sondern besitzt im Gegenteil die Vorbedingungen eines blühenden Staatswesens: es ist reich an Menschen, Tieren und Bodenerzeugnissen über und unter der Erde. Reste einer einst bedeutenden Industrie und von Bergbau sind noch vorhanden . . . Aber alle diese Vorteile sind ungenutzt geblieben, weil die Beherrscher von Marokko seit länger als einem Jahrhundert ihr Volk mit der Außenwelt abschließen und selbst von den Fortschritten der neueren Zeit unberührt blieben.“ (Ebenda Bl. 47f.)

³⁷ Aus einem Brief Bülows an den Kaiser v. 31. 1. 1877. (DZA Merseburg, Rep. 120, C, XII, 15, 39, Vol. 1, Bl. 86ff.) – Bülow hielt die Herstellung persönlicher Beziehungen mit dem Sultan aus diesem Grunde für sehr wichtig. Um dem Sultan die Macht des deutschen Kaisers zu demonstrieren, sollte die Gesandtschaft ein „glanzvolles Auftreten“ zeigen. Bülow hielt es für angebracht, einige Offiziere an der Reise teilnehmen zu lassen. U. a. fiel die Wahl auf den Korvettenkapitän Zembsch. Als Geschenke sollten

legte Weber im gleichen Jahre Entwürfe für einen Freundschaftsvertrag und für eine Handelskonvention vor.³⁸ Aber die Diskussion dieser Entwürfe zog sich hin und wurde erst zu Beginn der achtziger Jahre wieder aktiviert.

Der deutsche Marokkohandel blieb bis 1880 unbedeutend.³⁹ Die meisten Exportfirmen verhielten sich angesichts der starken ausländischen Konkurrenz und der vom marokkanischen Staat getroffenen Schutzmaßnahmen noch abwartend. Zugleich hinderte das Fehlen einer direkten Schiffsverbindung nach den Häfen an der marokkanischen Atlantikküste die Ausweitung des Handels. Die meisten Waren, die von Deutschland nach Marokko gingen, wurden über London und Marseille verschifft. Nur wenige deutsche Schiffe liefen marokkanische Häfen an.⁴⁰ Zahl und Bedeutung der in Marokko tätigen deutschen Firmen waren gering.⁴¹ Obwohl die diplomatische Vertretung den Kaufleuten manche Erleichterung brachte, vermochte sie nicht, die der Ausweitung des Handels entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Es ist bemerkenswert, daß sich die Firma Krupp Ende der siebziger Jahre in Marokko zu interessieren begann. 1878 beauftragte sie Adolph von Conring, „die industriellen und kommerziellen Verhältnisse . . . an Ort und Stelle zu untersuchen. Hierdurch sollte die Einleitung vorteilhafter Handelsverbindungen mit jenem wenig bekannten Reiche vorbereitet werden“.⁴² Schon damals war die deutsche Ministerresidentur in Marokko der Firma Krupp bei der Anbahnung von Waffengeschäften behilflich.⁴³

Die Reichsregierung verfolgte mit der Förderung des Marokkohandels politische Ziele. In den diplomatischen Kreisen war man sich bewußt, daß der Zusammenbruch des marokkanischen Reiches früher oder später zu einer internationalen Krise führen würde.⁴⁴ Im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung lag das Schwer-

dem Sultan neben Erzeugnissen der deutschen Industrie und Kunst einige Exemplare der in der preußischen Armee eingeführten tragbaren Schußwaffen (Gewehre, Karabiner, Revolver usw.) überreicht werden.

³⁸ DZA Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr 4356, Bd 1, bes. Bl. 16–64.

³⁹ In der marokkanischen Einfuhr kamen nur 0,43 Prozent von Deutschland (Großbritannien 64,33 Prozent, Frankreich 32,31 Prozent, Spanien 2,55 Prozent); der Anteil Deutschlands an der marokkanischen Ausfuhr betrug 0,44 Prozent (Großbritannien 49,80 Prozent, Frankreich 40,68 Prozent, Spanien 5,58 Prozent). Hauptartikel der Einfuhr aus Deutschland waren: Lichte, Eisenwaren, Glaswaren, Anilinfarben, Tuche, Stahl, Seife, Zement; Hauptartikel der Ausfuhr: Rindshäute, Datteln, Mandeln, Gummata. (Deutsches Handelsarchiv, 26/1881, S. 14.)

⁴⁰ Unter den 1358 Schiffen mit 364591 Tonnen, die 1880 marokkanische Häfen anliefen, waren nur 8 deutsche mit 3832 Tonnen, gegenüber 646 britischen mit 171780 Tonnen, 283 französischen mit 167880 Tonnen, 360 spanischen mit 16684 Tonnen, und 51 portugiesischen mit 2631 Tonnen. (Deutsches Handelsarchiv, 26/1881, S. 15.)

⁴¹ Deutsches Handelsarchiv, 26/1881, S. 14.

⁴² Conring, Adolph von, Marokko – das Land und die Leute, Berlin 1880.

⁴³ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 50843, Theodor Weber an den Kronprinzen v. 12. 7. 1878.

⁴⁴ Das kommt zum Ausdruck im Bericht Gülichs v. 12. 4. 1874 (DZA Merseburg, Rep. 81–C, Gesandtschaft in Hamburg, P XXXI). Darin heißt es u. a.: „Wenn das Sultanat

gewicht der deutschen Außenpolitik nicht in der kolonialen Eroberung. Bismarck ging es um die Stärkung der Position Deutschlands in Europa. Er wurde vom „Alpdruck der Koalitionen“, von der Gefahr eines Zweifrontenkrieges verfolgt. Besonders fürchtete er einen von Frankreich ausgehenden Revanchekrieg. „Der Frankfurter Vertrag brachte keine Abschwächung der alten Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Im Gegenteil, er brachte eine bedeutende Verstärkung dieser Feindschaft. Frankreich konnte sich mit dem ihm aufgezwungenen Raubfrieden nicht abfinden. Hatte es sich schon 1870 erwiesen, daß eine deutsche Invasion leicht zu bewerkstelligen war, so rückte mit dem Verlust Lothringens die deutsche Gefahr noch näher an Paris heran. Wie ein Damoklesschwert schwebte über Frankreich die Drohung einer neuen deutschen Invasion, und so entstand das Streben nach Revanche.“⁴⁵

Bismarck war entschlossen, Frankreich – notfalls mit Gewalt – daran zu hindern, sein ökonomisches und militärisches Potential wiederherzustellen, was ihm aber nicht gelang.⁴⁶ Das Ziel der herrschenden Kreise Preußen-Deutschlands war, den junkerlich-bourgeois Staat zum beherrschenden Europas zu machen. „Es war Sache der Regierung und ihrer Diplomatie, Mittel zur Verhütung des Zweifrontenkrieges zu finden, damit der Aggressionskrieg gegen jeden der Gegner einzeln geführt werden konnte ... Im Einklang mit den strategischen Aufgaben der Verhütung eines Zweifrontenkrieges suchte die Bismarck'sche Politik zwei Jahrzehnte lang nach neuen diplomatischen Mitteln, um Frankreich im Zustand internationaler Isolierung zu halten, und zugleich eine militärische Koalition unter der Oberhoheit Deutschlands zu schaffen und zu erweitern.“⁴⁷ So versuchte Bismarck, die koloniale Expansion Frankreichs und Englands zur Erreichung seines außenpolitischen Hauptzieles auszunutzen, d. h., er versprach sich davon eine Verschärfung der Gegen-

Marokko zusammenbricht, und es kann dies vielleicht unerwartet kommen, so wird eine afrikanische Frage den Großmächten zur Lösung sich aufdrängen. Marokko ist ein sehr verlockendes Erbe. Es hat eine generelle Bedeutung durch seine große Produktion von Zerealien und von Vieh aller Art ... Marokko hat jedoch außer jener generellen noch eine ganz spezielle Bedeutung für die Großmächte durch seine Lage an derjenigen Enge, welche die Verbindung zwischen dem Mittelmeere und Atlantischen Ozean beherrscht. In dieser Lage liegt die militärische, politische und kommerzielle Bedeutung jener bevorstehenden afrikanischen Streitfrage.“ (unpaginiert.)

⁴⁵ Potjomkin, W. P., Geschichte der Diplomatie, 2. Bd, 2. Aufl., Berlin 1948, S. 23.

⁴⁶ Mit dem Sturz der Regierung Thiers und dem Machtantritt der Monarchisten nahmen in Verbindung mit der forcierten Stärkung der Armee die revanchistischen Tendenzen zu. Die Absicht Bismarcks, 1874 gegen Frankreich loszuschlagen, scheiterte am Widerstand Englands, Österreichs und Rußlands. Es gelang ihm nicht, Rußland zum Verzicht auf die Unterstützung Frankreichs zu veranlassen. Das Manöver, Frankreich durch die Drohung mit dem Präventivkrieg im Jahre 1875 einzuschüchtern, schlug ebenfalls fehl, da Rußland und England Frankreich diplomatische Hilfe für den Fall eines deutschen Angriffs versprochen. In der von Bismarck 1877 entfachten Kriegspanik lehnte England das ihm von Bismarck angetragene Offensiv- und Defensivbündnis ab.

⁴⁷ Jerussalimski, A. S., Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 99ff.

sätze zwischen beiden Staaten. Wie Ägypten, China und die Türkei, so wurde auch Marokko ein Stein auf dem Schachbrett der deutschen Außenpolitik. Der deutsche Generalstab hielt es augenscheinlich für nützlich, Marokko im Falle eines Krieges mit Frankreich auszunutzen. Das über diese Politik Aufschluß gebende Material ist sehr spärlich. Immerhin erlauben die von P. Guillen und J. L. Miège aufgefundenen Akten⁴⁸, die Umrisse dieser Konzeption nachzuzeichnen: Von deutschen Militärs wurde die Meinung vertreten, daß im Falle eines Krieges mit Frankreich Marokko geeignet sei, Ausgangspunkt einer Diversionstätigkeit gegen die französische Lieblingskolonie Algerien zu sein. Auch wenn Marokko nicht aktiv in den Kampf eingriffe, könnte allein durch die vorhandene Möglichkeit, die französische Kolonialherrschaft zu gefährden, ein wirksamer Druck auf Paris ausgeübt werden. Um dieser Gefahr vorzubeugen, würde Frankreich gezwungen, bedeutende Streitkräfte an der algerisch-marokkanischen Grenze zu stationieren und dadurch die Rheingrenze zu entlasten. Bei Ausbruch der Kampfhandlungen würden bedeutende französische Streitkräfte in Nordafrika gebunden werden. Diese militärischen Pläne fanden ihre Ergänzung in der Bismarck'schen Diplomatie. Schon 1875 hielt er ein koloniales Engagement Frankreichs in Nordafrika für nützlich: „Im regelmäßigen Lauf der Dinge ist es aber für uns in erster Linie kein Nachteil und kein zu bekämpfendes Bestreben, wenn die französische Politik in Nordafrika und dem türkischen Orient ein Feld ihrer Tätigkeit sucht. Die Absorbierung der Kräfte, welche Frankreich dort verwendet und festlegt, und die Handel, welche es sich dort schafft, bilden einen Abzug für seine aggressiven Tendenzen gegen Deutschland. Allen andern großen Mächten, mit Einschluß von Italien und selbst von Spanien, liegt es näher als uns, im Mittelländischen Meere eifersüchtig auf Frankreich zu sein.“⁴⁹

Der Plan, Marokko militärisch aktiv gegen Frankreich auszunutzen, und das Bestreben, Frankreich zum Vorgehen nach Marokko zu ermuntern, widersprechen sich in keiner Weise. Sie bilden zwei Seiten einer Konzeption, die in ihren Anfängen in den siebziger Jahren entwickelt, in den achtziger Jahren vervollständigt und auch in den neunziger Jahren unter Anpassung an die veränderte Situation weiterbetrieben wurde. Ihr Hauptziel war die Verhinderung eines Zweifrontenkrieges, die außenpolitische Isolierung Frankreichs und die Schwächung seiner militärischen Potenzen in Europa.

Der Hinweis auf den militärischen Aspekt der deutschen Marokkopolitik in den siebziger Jahren durch Guillen und Miège wird von den Behauptungen bestätigt, die Ax, offensichtlich ein gut informierter Kenner der deutschen Marokkopolitik, 1905 aufstellte:

„Bismarck hatte Frankreichs Politik in Nordafrika unterstützt – Moltke wollte Frankreich in Nordafrika Schwierigkeiten machen. Beide berieten über den Fall

⁴⁸ Die beiden Historiker haben die Marokkoakten im Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und zahlreichen ausländischen Archiven (Paris, Rabat, Stockholm, Madrid, Brüssel, London und Rom) ausgewertet und Materialien erschlossen, die die deutsche Marokkopolitik der siebziger Jahre in einem neuen Lichte erscheinen lassen.

⁴⁹ Die Große Politik der europäischen Kabinette (im folgenden: Die Große Politik), Bd 1, Nr 194, Bismarck an den Botschafter in Paris, Fürst von Hohenlohe, v. 10. 1. 1875.

und kamen überein, daß ihre scheinbar widersprechenden Wünsche trefflich vereinbar waren. Je mehr die deutsche Politik Frankreich in dem Gedanken förderte, einen Schwerpunkt seiner Machtpolitik nach Nordafrika zu verlegen, desto mehr konnte Deutschland Frankreich gefährden, wenn es ihm im Notfalle gerade in Nordafrika Schwierigkeiten zu bereiten vermochte.

So waren denn Moltke und Bismarck gemeinsam entschlossen, Frankreichs Expansionspolitik in Nordafrika rege zu fördern, gleichzeitig aber das selbständige Marokko auf Deutschlands Seite zu ziehen und militärisch so zu kräftigen, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges Frankreich unvermeidlich ganze Armeekorps mit der Sicherung seines nordafrikanischen Besitzes gegen marokkanische Angriffe beschäftigen mußte.

Konsequent ist diese militärische Marokkopolitik von deutscher Seite fortgeführt worden. Wieder und wieder haben deutsche Offiziere am Hofe des Sultans gewelt und erfolgreich die Tendenz verfolgt, im Kriegsfall Marokko gegen Frankreich zu benutzen.⁵⁰ In den siebziger Jahren trat die militärische Variante dieser Konzeption in den Vordergrund, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre hingegen die kolonialpolitische Seite.

Zur Realisierung dieser Konzeption war die Reichsregierung am Eindringen der deutschen Bourgeoisie in Marokko und der Schaffung ökonomischer Positionen interessiert. Zugleich war sie darauf bedacht, die Beseitigung des Status quo und die Schwächung der Macht des Sultans durch Frankreich und Spanien zu verhindern. Ferner strebte sie danach, im guten Einvernehmen mit England, mit dem Mahzan auf der Grundlage von ausgedehnten Handelsbeziehungen solide politische Verbindungen herzustellen, und Marokko militärisch gegen die französischen und spanischen Expansionsbestrebungen zu stärken, um es im Falle eines Krieges gegen Frankreich als Lanze gegen die französische Kolonialherrschaft in Algerien auszunutzen. Die Billigung der französischen Kolonialgelüste in Nordafrika durch die deutsche Diplomatie war überdies geeignet, dem Sultan die Gefährlichkeit der französischen Bestrebungen und die Nützlichkeit der deutschen Freundschaft vor Augen zu führen und konnte beitragen, den englisch-französischen Gegensatz zu schüren.

Der deutschen Diplomatie kam der Umstand zustatten, daß Deutschland weder – wie Frankreich – in Nordafrika kolonial „vorbelastet“ war, noch – wie England – an der Mittelmeerküste einen Stützpunkt besaß, der drohend gegen die marokkanische Küste gerichtet war. Auf den politischen Beziehungen lag nicht – wie im Falle Spaniens – die Hypothek jahrhundertealter Feindschaft.⁵¹ Hinzu kam, daß Deutschland 1871 einen Sieg über die Macht errungen hatte, die knapp dreißig Jahre vorher die marokkanische Armee vernichtend geschlagen hatte⁵², und in

⁵⁰ Ax, Die Geschichte der deutschen Marokkopolitik, in *Die Gegenwart*. Wochenschrift f. Literatur, Kunst u. öffentl. Leben, Berlin 29/1905, S. 33ff.

⁵¹ Siehe Guillen/Miège, a. a. O., S. 13.

⁵² Als der Führer des algerischen Widerstandskampfes, 'Abd al-Qādir, sich mit seinen Kämpfern 1844 auf marokkanisches Gebiet zurückzog, verfolgten ihn die französischen

einer Reihe von Grenzzwischenfällen ihre Absicht erkennen ließ, Marokko das gleiche Schicksal wie Algerien zu bereiten. In der Frage des Schutzgenossenwesens⁵³, einer Quelle ständiger Differenzen zwischen Marokko und den Expansionsmächten, zeigte die diplomatische Vertretung Deutschlands eine auffallende Zurückhaltung. Sie ging in der Erteilung der Schutzgenossenschaft vorsichtig zu Werke und sprach sich wiederholt gegen die zahlreichen Mißbräuche aus.⁵⁴ Diese Haltung fand die volle Billigung der Regierung.⁵⁵ Durch eine gewisse politische Rücksichtnahme sollte offenbar bei der Scherifischen Regierung der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland, vor allem wegen der gemeinsamen Feindschaft gegenüber Frankreich, der natürliche Freund und Verbündete Marokkos sei.

Im Januar 1874 erschien vor Tanger ein aus den Schiffen „Karl Friedrich“, „Elisabeth“ und „Meteor“ bestehendes deutsches Geschwader.⁵⁶ Durch diese militärische Demonstration versuchte die deutsche Regierung offensichtlich den Marokkanern die Stärke des Deutschen Reiches vor Augen zu führen und zu zeigen, daß es sich lohne, die deutsche Freundschaft zu erwerben. Dieses Ereignis gab der französischen Presse Anlaß zu Spekulationen. So wußte das „Journal des Débats“ zu berichten, daß Deutschland mit Marokko über einen Vertrag verhandele. Gülich habe dem Sultan angeboten, eine moderne Armee zu schaffen, Waffen zu liefern und Instruktoren zu schicken sowie im Lande Straßen, Eisenbahnen, Telegraphenverbindungen zu bauen. Der Sultan solle sich dafür verpflichten, im Falle eines

Truppen. Die sich ihnen entgegenstellende marokkanische Armee wurde am 14. 8. 1844 von den überlegenen französischen Streitkräften besiegt. Im Friedensvertrag von Tanger wurde der Sultan gezwungen, 'Abd al-Qādir des Landes zu verweisen. Die Bestimmungen des Grenzvertrages von Lalla-Marnia vom 18. 3. 1845 waren so unklar gehalten, daß sie Frankreich zur systematischen Annexion marokkanischen Territoriums ausnutzen konnte.

⁵³ Siehe S. 42ff.

⁵⁴ Gülich schrieb am 19. 1. 1875 an das Auswärtige Amt: „... habe ich während meiner Führung der Geschäfte auf die vielen Gesuche marokkanischer Untertanen um Erteilung diesesseitigen Schutzes immer ablehnend geantwortet, mich gleichzeitig aber ebenso entschieden bereit erklärt, in vorkommenden geeigneten Fällen in außerordentlicher Weise bei der hiesigen Regierung ein gutes Wort einzulegen. Die hiesige Regierung hat wiederholt Anlaß genommen, mir für meine Anschauung resp. Haltung in dieser Sache mit Effusion zu danken. . .“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. III a, Nr 30712, Bl. 2–4.

⁵⁵ Der Reichskanzler ließ am 25. 2. 1875 Ministerresidenten Weber mitteilen: „Namentlich entspricht es den auch anderwärts von uns befolgten Grundsätzen, daß einem marokkanischen Untertanen, selbst wenn er auf legale Weise die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben sollte, der marokkanischen Regierung gegenüber der deutsche Schutz nicht erteilt werden kann, bevor er nicht aus dem marokkanischen Untertanenverhältnis entlassen ist. Eine Entfernung von diesem Grundsatz würde uns unvermeidlich mit der marokkanischen Regierung in unerwünschte Konflikte bringen und uns dadurch die Erfüllung unserer nächsten Aufgabe, den Schutz der eigenen vaterländischen Interessen sehr erschweren.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. III a, Nr 30712, Bl. 5.)

⁵⁶ Guillen/Miège, a. a. O., S. 15.

deutsch-französischen Krieges seine Truppen gegen Algerien zu werfen und Deutschland einen Hafen nahe der algerischen Grenze zu überlassen.⁵⁷ Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen ist im einzelnen nicht bewiesen. Verglichen mit den Feststellungen von Ax und dem Eingeständnis Bismarcks aus dem Jahre 1885 scheinen sie jedoch nicht völlig haltlos zu sein.

1885 gab Bismarck zu: „Unsere Beziehungen zu Marokko hatten 1874 einen bedeutenden militärischen Aspekt im Falle eines Krieges gegen Frankreich.“⁵⁸ In diesem Jahre beauftragte er Gülich, besonders die marokkanische Armee in Augenschein zu nehmen. Der deutsche Konsul äußerte sich über die militärischen Potenzen des Scherifischen Reiches recht skeptisch.⁵⁹ Die über die militärischen Ziele Deutschlands gegenüber Marokko kursierenden Gerüchte wurden von militärischen und kolonialistischen Kreisen in Algerien ausgenutzt, um das von ihnen geforderte aktive Vorgehen gegen Marokko als notwendige Antwort auf die „deutschen Intrigen“ zu motivieren.⁶⁰ Mit den 1876 forcierten Verhandlungen über den Abschluß eines Handels- und Schiffsverkehrsvertrages verfolgte Bismarck augenscheinlich das Ziel, unauffällig damit auch zu engeren politischen Beziehungen zu gelangen.⁶¹

Die Vermittlung von Waffenlieferungen sollte nicht nur der deutschen Rüstungsindustrie helfen, einen neuen Absatzmarkt zu finden, sondern wurde wohl auch als geeignetes Mittel betrachtet, Marokko für die ihm zugedachte militärische Rolle zu engagieren.

Als Sultan Mülāy Hasan seit Mitte der siebziger Jahre daran ging, seine Armee zu reorganisieren und zu modernisieren, empfahl Ministerresident Weber 1876 dem mit dem Waffenkauf beauftragten Tetuaner Kaufmann Hāḡḡ Al-‘Arbi Brīša, sich zwecks Kaufs schwerer Festungsgeschütze an Krupp zu wenden.⁶² Weber gab der Scherifischen Regierung zu verstehen, daß die deutsche Regierung bereit sei, die Waffenkäufe zu erleichtern und lenkte die Aufmerksamkeit Krupps auf Marokko.⁶³

Die deutsche Diplomatie war sorgsam darauf bedacht, in Marokko nichts zu unternehmen, was die Beziehungen zu England trüben könnte, und in gutem Einvernehmen mit England vorzugehen. Auch England war an der Erhaltung des Status quo in Marokko interessiert. Die Herrschaft über den westlichen Ausgang des Mittelmeeres wäre durch eine französisch-spanische Eroberung in Frage gestellt worden. Um das zu verhindern, bemühte sich die englische auswärtige Politik, ihren Einfluß am Sultanshofe zu verstärken, was ihr auch gelang.⁶⁴

⁵⁷ Ebenda, S. 15f.

⁵⁸ Zitiert ebenda, S. 10. (Aus dem Französischen rückübersetzt.)

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Ebenda, S. 16.

⁶¹ Ebenda, S. 18.

⁶² Ebenda, S. 19. — Das Geschäft kam allerdings nicht zustande, da der Auftrag an die englische Firma Armstrong ging, die 7 schwere Geschütze für die Batterien von Tanger lieferte.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Der Botschafter Englands in Marokko, Sir John Drummond Hay, genoß in den diplomatischen Kreisen Tangers eine unumstrittene Autorität. Ein gewisser MacLean wirkte als „militärischer Berater“ am Sultanshofe.

Als 1876 die spanische Regierung beabsichtigte, einen Zwischenfall⁶⁵ auszunutzen, um einen neuen Angriff gegen Marokko zu unternehmen, mit dem Ziel, ihm — wie 1860 — eine hohe Kontribution aufzubürden, ließ Bismarck die energische Warnung unterstützen, die England an Spanien richtete, das daraufhin seine Pläne aufgeben mußte.⁶⁶ Mit diesem Schritt wollte Bismarck ein gutes Klima für die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Sultan schaffen und die Mission Webers in Fez⁶⁷ erleichtern.

Gleichzeitig brauchte er die Unterstützung des englischen Gesandten in Marokko, um beim Sultan zum Zuge zu kommen.⁶⁸ Ein spanisch-marokkanischer Konflikt hätte außerdem zu einer internationalen Krise führen können, die Frankreich das erlaubt hätte, was Bismarck unbedingt zu verhindern suchte, nämlich aus der internationalen Isolierung herauszutreten.

Durch die Verschärfung der Konkurrenz zwischen England und Deutschland auf dem Weltmarkte und die Entwicklung tiefgreifender ökonomischer Gegensätze wurde bereits in der Regierungszeit Bismarcks der Grundstein gelegt zum Scheitern der Pro-England-Politik des Deutschen Reichs. Die Erhaltung des Status quo entsprach auch den Wünschen der deutschen Großbourgeoisie, die sich anschickte, Marokko zu einem Absatzmarkte ihrer Industrieprodukte zu machen. Bei einer Liquidierung des marokkanischen Staates wäre sie zu jener Zeit nicht nur leer ausgegangen, sie hätte auch die Chancen verloren, ihre unmittelbaren Handelsinteressen zu wahren und Schritt für Schritt ihre Positionen in Marokko zu festigen. Unter den Bedingungen des Status quo bestanden für sie, unter aktiver Förderung durch den Staat, die günstigsten Voraussetzungen, „deutsche Interessen“ zu begründen, um bei der Liquidierung des Scherifenreiches mit von der Partie zu sein. Solange es nicht dazu kam, war es für sie vorteilhaft, mit den anderen Interessenten gemeinsame Sache zu machen, um den Sultan zu zwingen, sein Land der „europäischen Kultur“ zu öffnen.

1877 schickte die deutsche Regierung zum ersten Male eine Gesandtschaft an den Hof des Sultans, der seinerseits ein Jahr später eine Gesandtschaft nach Berlin entsandte. Das war der Ausgangspunkt eines wachsenden deutschen Einflusses in Marokko. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre begann ein neuer Abschnitt der Marokkopolitik des junkerlich-bourgeois deutschen Staates.

⁶⁵ Der spanische General Sartorius, Gouverneur von Ceuta, der sich mit einer bewaffneten Escorte auf dem Weg nach Tanger befand, war von Rifstämmen angegriffen worden. Offensichtlich wollte Spanien mit dieser provokatorischen Demonstration bewußt einen Zwischenfall herbeiführen.

⁶⁶ Guillen/Miège, a. a. O., S. 21.

⁶⁷ Siehe S. 19f.

⁶⁸ Guillen/Miège, a. a. O., S. 21.

II. Der Beginn der von der deutschen Großbourgeoisie unternommenen Anstrengungen zur „friedlichen Durchdringung“ Marokkos (1880 bis 1890)

Nach der schweren Depression der Jahre 1878 und 1879 begann eine, wenn auch nur kurze, Belebung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Obwohl mit der Reichseinigung von oben günstige Voraussetzungen für den Kampf um überseeische Absatzmärkte geschaffen worden waren, gab es noch große Schwierigkeiten. Insbesondere erleichterte die politische Beherrschung weiter überseeischer Gebiete den Kolonialmächten den Wettbewerb und erschwerte das Vordringen des deutschen Handels. Mit der Verschärfung der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus strebte die deutsche Großbourgeoisie danach, die der Erweiterung ihrer Positionen auf dem Weltmarkt entgegenstehenden Hindernisse mit Hilfe des junkerlich-bourgeoisien Machtapparates zu überwinden. Von der Einführung von Schutzzöllen und von der kolonialen Eroberung erhoffte sie sich günstigere Bedingungen für den sich immer mehr verstärkenden Konkurrenzkampf, besonders mit dem englischen Rivalen. Die Annahme des neuen erhöhten Zolltarifs im Reichstag 1879 und die Samoa-Vorlage von 1880 waren Ausdruck dafür, daß die Reichsregierung die Wünsche der Großbourgeoisie zur Grundlage ihrer Politik machte. Entscheidend für den Übergang der Reichsregierung von der kolonialen Enthaltensamkeit über die wohlwollende Billigung der Kolonialpropaganda zur aktiven Kolonialpolitik waren die ökonomischen Sorgen der Schwerindustrie und Hochfinanz.⁶⁹ Mit der Überproduktionskrise des Jahres 1882 verstärkte sich das Bestreben nach kolonialer Expansion. 1884 wurde Deutschland zu einer Kolonialmacht. Wenn auch das Hauptinteresse der deutschen Großbourgeoisie sich auf die noch „freien“ Gebiete des transsaharischen Afrikas konzentrierte, richteten seit Anfang der achtziger Jahre doch bestimmte Gruppen ihr Augenmerk auf Marokko. Der sich immer mehr verschärfende Kampf um die Aufteilung der Welt veranlaßte sie, auch Marokko als wertvolles Expansionsobjekt zu betrachten. Damit begann die erste Phase der von der deutschen Großbourgeoisie unternommenen Anstrengungen zur „friedlichen Durchdringung“ Marokkos.

Während in den siebziger Jahren die Ausdehnung der Handelsbeziehungen der Initiative der einzelnen Firmen mehr oder weniger selbst überlassen blieb, unternahmen von jetzt ab bestimmte Gruppen des Handels, der Schiffahrt und der Industrie systematische Anstrengungen, um in Marokko Fuß zu fassen. In der Kolonialpropaganda nahm die Marokkoexpansion einen nicht unbeträchtlichen Raum ein.

Die geographische Erforschung Nordafrikas und besonders Marokkos trat mehr und mehr in den Dienst der Expansion. 1882 forderte Rohlfs, die geographische Forschung müsse stärker mit den Zielen der deutschen Kolonialexpansion in Einklang gebracht werden. Die deutschen Forscher mußten sich auf solche Gebiete konzentrieren, die zu den Objekten der deutschen Kolonialansprüche gehören,

⁶⁹ Nussbaum, Manfred, a. a. O., S. 45.

und nicht auf solche, die England und Frankreich einmal beherrschen würden. Allen humanitären Bestrebungen sei jetzt zu entsagen.⁷⁰ Zu den von Deutschland zu erwerbenden Gebieten rechnete er auch Marokko, und er bedauerte, daß die Regierung eine Eroberung Marokkos nicht beabsichtige.⁷¹ Die in den achtziger und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre von Wissenschaftlern, Kaufleuten, Militärs und Abenteurern unternommenen Reisen nach Marokko erfüllten objektiv die Aufgabe, zu erkunden, inwiefern dieses bislang in Deutschland noch so wenig bekannte Land sich als Expansionsobjekt eignet. Zunächst galt es, überhaupt erst einmal die sehr lückenhaft vorhandenen Kenntnisse über geographische Lage und Beschaffenheit, Klima, natürliche Reichtümer, Land und Leute usw. zu vervollständigen und zu überprüfen, d. h. die Grundlagen zu schaffen, auf denen man mit spezielleren Untersuchungen aufbauen konnte. Diese Aufgabe erfüllten die Reisen von Oskar Lenz⁷², Jakob Schaudt⁷³, und Max Quedenfeldt⁷⁴, der sich bewußt in den Dienst

⁷⁰ Rohlfs, Gerhard, Welche Länder können Deutsche noch erwerben?, in: Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart, Leipzig, Jg. 1882, S. 354–367. „Den bloßen humanitären Bestrebungen ist seit langem Genüge getan. Jetzt muß anders vorgegangen werden. Man darf nicht mehr für andere Nationen arbeiten, und will man Stationen anlegen, so müssen diese endlich einen praktischen Nutzen in Aussicht stellen. Bis jetzt hat man Stationen im Innern errichtet, auf Ländereien oder Gebieten, welche unmöglich Deutschland zufallen können, weil die Küste schon vergeben ist . . . Aber welcher vernünftige Mensch erkennt auch nicht, daß es genug ist mit den wissenschaftlichen und philanthropischen Bestrebungen auf einem Gebiete, welches anderen Nationen gehört . . . Kultivieren wir jetzt jene Gegenden, welche noch zu haben sind; verschwenden wir nicht Mittel und Zeit auf Gegenstände, welche für Deutschland keinen praktischen Wert haben können . . . Von jetzt an muß man gleich mit der Anlegung von Handelsstationen bei der Hand sein; die wissenschaftlichen Expeditionen folgen dann in natürlicher Weise von selbst.“ (S. ebenda 366ff.)

⁷¹ Ebenda, S. 356ff. Rohlfs bedauert, daß der Erwerb Marokkos seitens der Regierung nicht beabsichtigt werde. „Und dies könnte doch nur durch die Regierung geschehen. Ja, wenn jetzt ein Angriff stattfände, wie vor Jahren auf die Korvette „Danzig“ . . . Heute würde die Regierung eine solche Insulte . . . nicht ungerächt hingehen lassen . . .“ „Der Erwerb Marokkos ist in der Tat wert, im Auge behalten zu werden. Wenn es sich hierum handelt, kann dies natürlich nur durch den Staat geschehen, wie ja überhaupt alle nordafrikanischen Länder nur mit Gewalt kolonisiert, kultiviert und zivilisiert werden können. Die religiösen Verhältnisse bringen das schon mit sich. Man braucht sich deswegen auch keine Gewissensbisse zu machen.“ (Ebenda.)

⁷² Lenz unternahm seine Reise 1879/80 im Auftrage der Deutschen Afrikanischen Gesellschaft. Insbesondere sollte er das Atlasgebirge geologisch untersuchen. Ihm gelang es nicht nur Marokko zu durchqueren und den Atlas zu übersteigen, sondern auch — sich, als türkischen Militärarzt ausgehend — durch die westliche Sahara bis nach Timbuktú vorzudringen. Siehe seinen Reisebericht: Reise durch Marokko, die Sahara und den Sudan, Bd 1 u. 2, Leipzig 1884. Auf S. 425 weist er darauf hin, daß ein deutsches Vorgehen in Marokko sofort den Widerstand Englands und der Mittelmeermächte hervorrufen würde. Er wendet sich ferner gegen bestimmte Pläne, in Marokko deutsche Ackerbaukolonien anzulegen. Lenz erkennt Marokko als Objekt einer ökonomischen Expansion an. Er meint, Deutschland sollte gute Ware zu billigsten Preisen nach Marokko liefern . . .

der expansionistischen Bestrebungen des „Zentralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“ (im folgenden kurz „Zentralverein“ genannt) stellte. Die Haltung Prof. Dr. J. Reins (Marburg) mag typisch sein für viele Wissenschaftler, die sich mit jenem Lande befaßten; 1887 bekannte er sich offen zur deutschen Expansion in Marokko.⁷⁵

Die Marokko zum Inhalt habende Kolonialpropaganda der ersten Hälfte der achtziger Jahre läßt zwei Linien erkennen. Die *erste* propagiert die direkte koloniale Eroberung Marokkos durch Deutschland und die Verwandlung jenes Landes oder eines Teiles davon in eine Ackerbaukolonie. Die *zweite* Linie, die die internationale Lage und die in Marokko zusammenstoßenden Gegensätze zwischen den Mächten berücksichtigt, hält eine Eroberung des Landes für unmöglich und beschränkt sich darauf, die Anlage von Handelsniederlassungen zu fordern, um auf diese Weise einen wertvollen Absatzmarkt für Deutschland zu erschließen.

Die erste Richtung wird von Conring⁷⁶ und Wülffing⁷⁷ repräsentiert. Kennzeichnend für diese Richtung ist die völlige Ignorierung der realen Situation, insbesondere der bestehenden Hindernisse. Die von ihr gepredigte koloniale Eroberung Marokkos ist ein Wunschtraum der Kolonialenthusiasten. Conrings Elaborat, Frucht seiner im Auftrage Krupps durchgeführten Reise im Jahre 1878, strotzt von Ungenauigkeiten bei der Beschreibung des Landes und ist ein übles kolonialistisches und rassistisches Machwerk, in dem die unverzügliche koloniale Versklavung des

„so wird sie in Marokko ein gutes Absatzgebiet haben, mag das Land nun selbständig oder von einer europäischen Großmacht in Besitz genommen worden sein.“ (Ebenda, S. 425ff.)

⁷³ Schaudt war ein Abenteurer. Von 1880 bis 1882 unternahm er zahlreiche Reisen kreuz und quer durch Marokko. Auf Anregung des Ministerresidenten Weber schrieb er seine Reiseerlebnisse aus der Erinnerung nieder. Sie wurden in der Zeitschrift der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, 1883, S. 290ff. und 393ff., unter dem Titel „Wanderungen durch Marokko“ veröffentlicht. Er sammelte zahlreiche Angaben über den Osten und Südosten (Tafel-Oasen) Marokkos.

⁷⁴ Siehe Anm. 91.

⁷⁵ Auf dem Siebenten Deutschen Geographentag zu Karlsruhe 1887 erklärte er: „Nunmehr gesellt sich zu unserem rein wissenschaftlichen Interesse auch ein handelspolitisches und kann es uns nicht mehr gleichgültig sein, welche europäische Macht das morsche islamitische Reich am großen Eingangstor zum Mittelmeer einmal über den Haufen wirft und dort ihre Flagge hißt, ob Freund oder Feind.“ Siehe Verhandlungen des Siebenten Deutschen Geographentages zu Karlsruhe am 14., 15. und 16. April 1887, Berlin 1887, S. 90.

⁷⁶ Conring, Adolph von, Marokko — das Land und die Leute, Berlin 1880. Conring bereiste 1878 Marokko. „Von einem der ersten deutschen Industriellen“ (von Krupp — H. N.) wurde ihm „der ehrenvolle Auftrag erteilt, die industriellen und kommerziellen Verhältnisse von Marokko an Ort und Stelle zu untersuchen. Hierdurch sollte die Einleitung vorteilhafter Handelsverbindungen mit jenem wenig bekannten Reiche vorbereitet werden.“ (Ebenda, S. III.)

⁷⁷ Wülffing, Oberregierungsrat, Der Erwerb von Ackerbau- und Handelskolonien durch das Deutsche Reich, Köln 1881.

marokkanischen Volkes gepredigt wird.⁷⁸ Deutschland hält er für prädestiniert, in Marokko „Ordnung“ zu schaffen⁷⁹, das gewissermaßen nur darauf warte, von Deutschland okkupiert zu werden.⁸⁰

Wülffing, der die Frage zu beantworten sucht, wo Deutschland noch Ackerbaukolonien erwerben könne, kommt zu dem Schluß, daß Marokko sich noch besser als bestimmte Gebiete in Südafrika und Südamerika zu diesem Zwecke eignen würde.⁸¹ Er geht von der Voraussetzung aus, daß die von ihm geforderte Eroberung und Kolonisierung Marokkos nur durch die Reichsregierung bewerkstelligt werden kann.⁸² Die zweite Richtung wird von dem 1879 gegründeten „Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“ mit Robert Jannasch⁸³ und Otto Kersten⁸⁴ an der Spitze vertreten. Sie betrachtet wie die erste Richtung Marokko als Expansionssphäre des deutschen Kapitalismus. Allerdings sind sich ihre Ideologen in einem größeren Maße als die ungenierten Marokkostürmer Conring und Wülffing der Schwierigkeiten und Gefahren einer kolonialen Besitzergreifung Marokkos bewußt und kalkulieren auch die offizielle Zurückhaltung der Reichsregierung in der Marokkofrage mit ein. Sie stellen sich Ziele, die sie im Rahmen der bestehenden Situation erreichen zu können glauben. Bis zur gescheiterten Handelsexpedition von 1886 setzen sie die Anlage von Handels-

⁷⁸ „Die heutigen Bewohner Marokkos werden niemals lernen, eines der fruchtbarsten Länder der Welt gesund und nützlich zu machen. Jede Besserung scheitert ebenso an der Teilnahmslosigkeit der Behörden wie an der Trägheit der Mauren selbst. Ganz dasselbe Recht, welches China zur Eröffnung seiner Häfen selbst gegen den Wunsch und Willen seiner Einwohner zwang . . ., eben dasselbe Recht und dieselben Gründe verlangen gebieterisch das endliche Aufhören der erbärmlichen Wirtschaft, welche unter dem Namen ‚marokkanisches Reich‘ bekannt ist!“ (Conring, Adolph von, a. a. O., S. 314.)

⁷⁹ Ebenda, S. 316.

⁸⁰ „Wenn hierbei von weit abliegenden Ländern die Rede gewesen ist, so muß man willkürlich ausrufen: ‚Warum in die Ferne schweifen, sich, das Gute liegt so nah!‘ Da finden wir vor den Toren Europas . . . ein großes gesegnetes Land, welches nur darauf wartet, durch eine arbeitsame Bevölkerung ausgebeutet zu werden und reichen Lohn zu gewähren. Abgesehen von der großen politischen Wichtigkeit, die ein Besitz eines Teiles von Marokko verleihen muß, befindet . . . sich jenes Land in den Händen einer verkommenen fanatischen und ihrer gänzlichen Auflösung unaufhaltsam entgegengehenden Bevölkerung. In irgendeiner Weise muß eine Intervention Europas unbedingt über kurz oder lang erfolgen, und es ist daher Zeit, sich mit diesem Gedanken vertraut zu machen.“ (Ebenda, S. 317.)

⁸¹ Wülffing, a. a. O., S. 20.

⁸² Ebenda, S. 10ff.

⁸³ Dr. Robert Jannasch war langjähriger Vorsitzender des „Zentralvereins“ seit dessen Gründung. 1886 unternahm er eine Handelsexpedition nach Marokko.

⁸⁴ Otto Kersten war von 1879 bis 1881 verantwortlicher Redakteur der „Geographischen Nachrichten für Welthandel und Volkswirtschaft“. 1867 verfaßte er eine kleine Schrift „Über Kolonisation in Ostafrika“ (Wien 1867). Er war Mitbegründer des „Zentralvereins“ und sein langjähriger Schriftführer. Er beteiligte sich an der Expedition von der Deckens nach Ostafrika. 1870 erhielt er die Kanzlerstelle des Bundeskonsulats in Jerusalem, wo er sich angeblich wissenschaftlichen Forschungen über Palästina widmete.

stationen an der Südwestküste Marokkos auf die Tagesordnung. Wenn sie in bestimmtem Umfange die Lage realer einschätzen, geben sie jedoch den Gedanken der deutschen Auswanderung nach Marokko und der Anlage einer deutschen Siedlungskolonie nicht ganz auf.

Der „Zentralverein“ betätigte sich sowohl als eifriger Propagandist als auch als rühriger Organisator der kapitalistischen Expansion nach Marokko, die jedoch nur ein Glied in der Kette seiner vielfältigen auf die Erschließung überseeischer Märkte ausgehenden Bestrebungen bildete.⁸⁵ Der „Zentralverein“ vertrat zunächst vor allem die Interessen der kleinen und mittleren Fertigwarenfabrikanten und -exporteure des Rheinlandes, Süddeutschlands, Sachsens und Thüringens sowie die Reeder der Hansestädte – also nichtimperialistische Kreise –⁸⁶. Ihm gehörten eine Reihe geographischer und naturwissenschaftlicher Gesellschaften und Vereine an. Dem „Zentralverein“ waren einige Zweigvereine in verschiedenen Städten Deutschlands und Südamerikas angeschlossen. Zu den prominenten Mitgliedern gehörten schon 1880 Werner Siemens, der Mitbegründer des Siemens-Elektrokonzerne, Adolf Hansemann, Chef der Discontogesellschaft, Heinrich von Kusserow, Geheimer Legationsrat, und Gerhard Rohlfs an.⁸⁷ Die Ziele, die der „Zentralverein“ mit der Gründung des „Handelsmuseums“ im Jahre 1882 verfolgte, wurden von Dr. Georg Siemens, Direktor der Deutschen Bank, und H. Gruson-Buckau unterstützt.⁸⁸ Im

⁸⁵ In Paragraph 1 der Satzungen des „Zentralvereins“ heißt es über den Zweck des Vereins u. a.: „Auf Grund der gewonnenen Kenntnisse des Auslandes ist der Verein bestrebt, die Auswanderung nach den Ländern abzuleiten, welche der Ansiedlung Deutscher günstig sind und in welchen das deutsche Volksbewußtsein sich lebendig zu erhalten vermag. Der Verein hofft durch Errichtung von Handels- und Schiffahrtstationen die Begründung deutscher Kolonien bewirken zu können.“ Sein Lieblingsobjekt war die Gründung einer deutschen Siedlungskolonie in Brasilien unter der Souveränität des Deutschen Reiches. Der „Zentralverein“ entfaltete in seinem Organ „Export“ einen breiten Propagandafeldzug für die Erschließung neuer Absatzmärkte und ergriff dazu praktische Maßnahmen. 1881 konnte Jannasch feststellen: „Die seitens des Vereins betriebene Agitation hat zur Folge gehabt, daß die die überseeische Handelspolitik betreffenden Fragen unausgesetzt durch die Presse, die Behörden und Vereine diskutiert worden sind.“ (*Export*, 46/1881, S. 674ff.) War er bis 1882 vor allem propagandistisch wirksam, so lag seitdem das Schwergewicht seiner Arbeit „in der Einleitung und Förderung praktischer Unternehmungen zugunsten des Exporthandels und der Interessen deutscher Kolonialpolitik“. (*Export*, 50/1882, S. 752.) 1882 gründete der „Zentralverein“ das „Deutsche Handelsgeographische Museum zu Berlin“, das die Aufgabe hatte, den Außenhandel zu fördern. 1884 wurde von ihm die „Deutsche Exportbank“ ins Leben gerufen. Als ihr Direktor fungierte ebenfalls Jannasch. Ihre hauptsächliche Aufgabe sollte sein, „größere überseeische Unternehmungen im Interesse des deutschen Handels zu inszenieren.“ (*Export*, 13/1884, S. 380.) Die „Exportbank“ übernahm von nun ab die praktische Verwirklichung der vom „Zentralverein“ propagierten Ziele.

⁸⁶ Müller, Fritz Ferdinand, Deutschland – Zanzibar – Ostafrika. Geschichte einer deutschen Kolonialeroberung 1884 – 1890, Berlin 1959, S. 181.

⁸⁷ Siehe *Export*, 12/1879, S. 106; 1/1880, S. 6, 18/1880, S. 175 u. 22/1880, S. 220.

⁸⁸ *Export*, 4/1882, S. 43.

Verläufe der achtziger Jahre werden der Zentralverein und die 1884 von ihm ins Leben gerufene „Deutsche Exportbank“ in zunehmendem Maße Instrumente der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz. Als Krupp, Gruson, Siemens und die Berliner Maschinenbau-AG vorm. Schwarzkopf ihre Fühler nach Marokko ausstreckten, konnten sie sich auf die vom Zentralverein geleistete Vorarbeit stützen.

Im Jahre 1882 hielt es die Leitung des Zentralvereins für „eine Schande, daß an den Toren Europas eine solche schamlose Mißregierung noch bestehen kann“ und sah die Zeit für gekommen an, „durch energisches Einschreiten der Großmächte das durch Natur und Klima so reich gesegnete Land von diesen Fesseln zu befreien, welche es noch heute hindern, ein für europäische Interessen sehr wichtiges Land zu erwerben.“⁸⁹ Deshalb begann sie sich darüber Gedanken zu machen, wie der von Rohlfs 1877 geäußerte Vorschlag, in Südwestmarokko als Handelsstationen ausgerüstete Leuchttürme zu gründen, zu verwirklichen war. Da aber über die Gebiete südlich von Kap Nün noch keine Informationen über ihre handelspolitische Bedeutung vorlagen, hielten sie es zunächst für erforderlich, sie durch einen „intelligenten“, möglichst landeskundigen „Reisenden“ erforschen zu lassen. Erst danach würde „ein Urteil abzugeben sein, inwieweit diese Striche auch für Deutschland von Wichtigkeit seien.“ Insbesondere gelte es, „einen passenden Hafen ausfindig zu machen, behufs Anlage einer Station.“⁹⁰

Der Aufenthalt Quedenfelds in Marokko und sein Studium der südwestmarokkanischen Küstengebiete zu Beginn der achtziger Jahre stehen mit den Plänen des „Zentralvereins“ in enger Verbindung.⁹¹ Auch Otto Kersten hat sich zu dieser Zeit

⁸⁹ Ebenda, 48/1882, S. 715.

⁹⁰ Ebenda, 48/1882, S. 715ff.

⁹¹ Premierleutnant Quedenfeld bereiste Marokko in den Jahren 1881 bis 1886 zum Zwecke angeblich zoologischer und ethnographischer Forschungen. Er veröffentlichte darüber mehrere Artikel, z. B. in den *Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin*, 1886, S. 440–460; der *Zeitschrift für Ethnologie*, 6/1886, u. 1888, S. 98–130; dem Jahresbericht der Geographischen Gesellschaft zu Greifswald, 1888, III, Teil 2. Auffallend ist, daß ihn das Gebiet besonders interessierte, auf das bestimmte Kreise der deutschen Großbourgeoisie ihr Augenmerk gerichtet hatten: Südwestmarokko und die daran angrenzenden Gebiete. Auf Grund eigener und spanischer Vermessungen und Informationen fertigte er über dieses Gebiet eine Karte an, die er in der *Zeitschrift der Gesellschaft f. Erdkunde zu Berlin*, 5/1885, veröffentlichte. Seine Forschungsreisen hatten augenscheinlich die Aufgabe, das Terrain zu sondieren, das der „Zentralverein“ zum Objekt der Kolonialexpansion deklariert hatte. Seine ethnologischen Forschungen über die Berberbevölkerung stehen offenbar in engstem Zusammenhang mit den Bestrebungen des „Zentralvereins“, die Berber als Hilfstruppe bei der Kolonialexpansion zu mißbrauchen. Die Verbindung Quedenfelds mit dem „Zentralverein“ wird auch durch dessen Zusammen treffen mit der Expedition Jannaschs 1886 bezeugt. Darüber berichtet die Zeitung „Korrespondent“ Nr. 85 v. 26. 3. 1886: „... es hat sich derselben auch der gerade in Mogador anwesende Marokko-Reisende Premierleutnant Quedenfeld, der gegenwärtig im Auftrage der Akademie der Wissenschaften das Atlasgebirge durchforscht, mit seinem arabischen Dolmetscher und zwei Berbern als Dienern angeschlossen.“ Von Jannasch wird Quedenfelds Teilnahme nicht erwähnt.

3 Kolonialismus und Neokolonialismus

zu einer Erkundungsreise in Marokko und speziell den erwähnten Gebieten aufgehalten.⁹²

Am 3. November 1884 unterbreitete er dem Auswärtigen Amte eine ausführliche Denkschrift unter dem Titel „Deutschlands Interessen in Nordwestafrika. Kurze Darlegung der Möglichkeit einer zielbewußten deutschen Politik für das Ländergebiet zwischen Algerien und dem Senegal.“⁹³ Darin preist er Marokko als das „nächste und günstigste gelegene aller Gebiete, in denen Deutschland kolonialpolitische Interessen geltend machen kann.“⁹⁴ Angesichts des kolonialen Wettbewerbs Frankreichs, Spaniens und Englands in Marokko sei es für Deutschland „von Wichtigkeit zu sehen, ob nicht auch seinerseits Anspruch auf einen Teil dieser reichen und schönen Gebiete erhoben werden kann, wenn die Zeit des Zerfalls der marokkanischen Herrschaft gekommen sein wird.“⁹⁵ Um bei einer Aufteilung des Landes sein Wort in die Waagschale werfen zu können, käme es darauf an, „beträchtliche Interessen dort zu entwickeln und vor allem die Zahl unserer dort ansässigen Landsleute erheblich zu vergrößern.“⁹⁶ Zu diesem Zwecke empfiehlt er die Übersiedlung der in Algerien ansässigen deutschen Kolonisten nach Marokko. Er beeilt sich, hierzu zu bemerken, daß er bei seinem letzten Besuch in Algerien eine Ansiedlung deutscher Kolonisten besuchte, um sie mit seinem Plane bekannt zu machen.⁹⁷ Zur Steigerung des Absatzes deutscher Industrieprodukte und der Erweiterung des Einflusses deutscher Kaufleute hielt er die Einrichtung einer regelmäßigen direkten Dampfverbindung zwischen Deutschland und Marokko und die Anlage eines Kohlendepots für geboten.⁹⁸ Um dem junkerlich-bourgeois Staat bei der bevorstehenden Auseinandersetzung eine günstige Ausgangsbasis zu schaffen und die Beherrschung des Landes zu erleichtern, schlägt Kersten vor, die altbewährte Politik des *divide et impera* auch in Marokko zu praktizieren. Die Tatsache, daß ein großer Teil der in den Berggebieten des Atlas und Rifs lebenden Berberstämme die weltliche Herrschaft des Sultans nicht anerkannte und ihr gegenüber eine gewisse Unabhängigkeit bewahrte, versuchte er seinen kolonialistischen Plänen nutzbar zu machen:

„Ohne allen Zweifel sind die Berber . . . berufen, bei dem dereinstigen Zerfall des marokkanischen Reiches eine bedeutsame Rolle zu spielen, zumal wenn es einer der bei der Neuordnung der Dinge dort interessierten Kulturmächte gelingt, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie zu gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen.“⁹⁹ Er mußte jedoch ihren unbändigen Freiheitssinn in Rechnung stellen und schlußfolgerte, man könne die „jetzt herrschenden Kolonisationssysteme hier nicht

⁹² Das geht aus seiner geheimen Denkschrift hervor, die er im November 1884 an das Auswärtige Amt sandte.

⁹³ DZA Potsdam, Abt. II, Nr 11877, Bl. 145–152.

⁹⁴ Ebenda, Bl. 146.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Ebenda, Bl. 147 f.

⁹⁸ Ebenda, Bl. 148.

⁹⁹ Ebenda, Bl. 148 f.

anwenden“.¹⁰⁰ Deshalb hielt er eine indirekte Beherrschung als die zweckmäßigere Form ihrer Unterdrückung. Um zu den Berbern des Rifs und des südmarokkanischen Sûs-Gebiets unauffällig gute Beziehungen anzuknüpfen, solle man einen oder zwei junge Philologen zu ihnen schicken mit der Aufgabe, „die bei uns so gut wie völlig unbekannte Sprache genau zu erforschen, sich mit den Sitten und Gewohnheiten der Berber vertraut zu machen, sie bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie wichtig es für ihre Zukunft wäre, wenn sie die Hilfsquellen ihres Landes zur Entwicklung brächten und dadurch auch ihre Wehrkraft förderten, und wenn sie, da hierzu fremde Hilfe unentbehrlich, die Freundeshand der Deutschen ergriffen . . .“¹⁰¹ Im preußischen Kulturministerium, wo er diese Frage anschnitt, wurde ihm versichert, „daß man einen diesbezüglichen Antrag in der wohlwollendsten Weise behandeln würde“.¹⁰²

Eine weitere Möglichkeit, in Nordafrika Fuß zu fassen, sah Kersten in der Schaffung einer deutschen Einflußzone in dem Gebiete südlich von Kap Nûn, das, wie er meinte, nicht mehr zum Machtbereich des Sultans gehörte. Den Wert dieses Gebietes sah er vor allem darin, daß es „den nächsten Zugang gewährt zu den bisher auf beschwerlichen Wegen von Norden her versorgten Stämmen der Sahara sowohl wie zu den Handelsimperien des volkreichen eigentlichen Sudan (Timbuktu!) im Süden der großen Wüste“.¹⁰³ Den französischen Bestrebungen, diesen Gebieten durch Eisenbahnen von Algerien und Senegambien aus nahe zu kommen, könne am besten ein Riegel vorgeschoben werden, wenn es gelänge, den Handel von der Atlantikküste her in Gang zu bringen. Den Bestrebungen Frankreichs zur Schaffung eines nordwestafrikanischen großen Kolonialreiches, könne am besten durch die „Errichtung eines unabhängigen Staatsgebildes im Süden von Marokko“¹⁰⁴ – natürlich unter deutschem Schutz – entgegengewirkt werden. Zunächst aber müsse das Gebiet erschlossen werden. Er schlägt zu diesem Zwecke vor,

1. eine Landexpedition zu entsenden, die von Mogador aus die Küste nach Süden zu erforscht. Sie müßte einen „hauptsächlich kaufmännischen Charakter tragen, könnte aber behufs Maskierung der eigentlichen Absichten mit wissenschaftlichen Beobachtungen und Sammlungen sich abgeben“;
2. die Küste von der See her zu erforschen, und zwar durch ein Fahrzeug der kaiserlichen Marine. Die an Bord befindlichen erfahrenen Kaufleute sollten die Aufgabe haben, „die etwa gefundenen Anknüpfungspunkte sofort zur Errichtung einer Handelsniederlassung zu benutzen“;
3. einige Schiffe in die dortigen reichen Fischgründe zu entsenden und eine Landstation zum Einsalzen und Trocknen der Fische zu gründen.¹⁰⁵

Ganz im Sinne dieser Aufgabenstellung rüstete der „Zentralverein“ in Gemeinschaft mit der von ihm ins Leben gerufenen „Deutschen Exportbank“ 1886 eine Handels-

¹⁰⁰ Ebenda, Bl. 149.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Ebenda, Bl. 150.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda, Bl. 151.

¹⁰⁵ Ebenda, Bl. 151 f.

expedition aus. Ihre Aufgaben gegenüber Marokko¹⁰⁶ bestanden nach Robert Jannasch, dem Leiter der Expedition, darin,

1. zu erforschen, welche deutschen Artikel, besonders Stapelartikel, mit Erfolg noch eingeführt werden können¹⁰⁷;
2. „südlich von Marokko einen Hafen aufzusuchen, um von demselben aus Fühlung mit den Märkten zu gewinnen, durch deren Vermittlung die Länder zwischen dem Atlas und AntiAtlas sowie die südlich und südwestlich von letzterem Gebirge gelegenen Gebiete mit europäischen Waren versorgt werden.“¹⁰⁸

Die in das saharische Hinterland Marokkos eingeführten europäischen Waren gingen bisher über Marokko, dessen Regierung hohe Einfuhr- und Durchgangszölle erhob. Zugleich war der Transport über den Atlas langwierig, riskant und teuer. Deshalb hielt es Jannasch für wünschenswert, „einen Landungsplatz an der Küste dieser Steppenländer zu ermitteln, um gestützt auf diesen, eine direkte Handelsverbindung zwischen Deutschland und jenen Ländern zu schaffen“.¹⁰⁹ „Es galt nunmehr nicht allein, die Küste mit Rücksicht auf das ins Auge gefaßte Ziel zu untersuchen, sondern auch die Erzeugnisse, Sitten und Gewohnheiten des Hinterlandes und dessen Bedürfnisse zu ermitteln und schließlich dem Befunde entsprechend eine oder mehrere Handelsfaktoreien an der Küste oder im Landinnern anzulegen. Für den Fall des Gelingens des Unternehmens wäre unverzüglich eine Verbindung zwischen den gegründeten Stationen und Mogador und später eine direkte Dampferverbindung mit Hamburg eingerichtet worden.“¹¹⁰ Das Unternehmen war schon seit mehreren Jahren gründlich vorbereitet worden; „... unterstützt durch die Mittel des Zentralvereins“ waren „Kaufleute wie Ingenieure gesandt worden“, „um daselbst das Terrain im Interesse der deutschen Handelsbeziehungen zu sondieren“.¹¹¹ Die Einrichtung einer Handelsstation war im Detail geplant worden.¹¹² Um die einheimische Bevölkerung nicht zu provozieren, hatte Jannasch seine Mannschaft sehr klein gehalten. In seinen Plänen ging er von der Voraussetzung aus, daß das in Frage stehende Gebiet nicht unter der Souveränität des marokkanischen Sultans

¹⁰⁶ Die Expedition hatte noch andere Aufgaben, die darin bestanden, in verschiedenen Mittelmeerstädten auf der „Gottorp“ eine Musterkollektion deutscher Industriewaren zu zeigen, um neue Märkte zu erschließen; zum anderen sollten die Bedingungen für die Einrichtung einer Niederlage für deutsche Maschinen und einer dauernden Ausstellung dafür in Lissabon geprüft werden.

¹⁰⁷ Siehe *Export*, 24/1886, S. 367.

¹⁰⁸ Jannasch, Robert, Die deutsche Handelsexpedition 1886, Berlin 1887, S. 6 f.; derselbe, in *Export*, 24/1886, S. 367.

¹⁰⁹ Derselbe, Die deutsche Handelsexpedition 1886, S. 6 f.

¹¹⁰ Ebenda, S. 7.

¹¹¹ Ebenda, S. 7 f.

¹¹² Der Dampfer „Gottorp“ hatte ein Wellblechhaus, Pumpen, Hausgeräte, Werkzeuge, Lebensmittelvorräte, Sämereien und Handelsartikel an Bord. Als Leiter der Station war ein gewisser Waldemar von Hundt vorgesehen. Der in Casablanca ansässige deutsche Kaufmann Karl Ficke, der eine gute Landeskenntnis besaß, erklärte sich bereit, die Expedition zu begleiten und unter Umständen einige Wochen oder Monate auf der Station zu bleiben. (Jannasch, Robert, a. a. O., S. 111.)

steht, sondern ein selbständiges Staatsgebiet ist. Mit seinem Herrscher hoffte er einen Handelsvertrag abschließen zu können. Aber aus diesen weitgespannten, streng geheim gehaltenen Plänen¹¹³ wurde nichts, denn die Landung am 24. März 1886 mißlang.¹¹⁴

Angesichts der eigenen Erlebnisse änderte Jannasch seine Auffassungen über die Form der Expansion gegenüber Marokko und seinem Hinterlande. Hauptinhalt seiner Konzeption, die er in mehreren Artikeln des „Export“ entwickelte, ist nicht mehr die Anlage von Handelskolonien, sondern zunächst die „friedliche Durchdringung“. Jannasch bezeichnet diese Expansionsform als „die merkantile Okkupation des marokkanischen Handelsgebietes und Marktes.“¹¹⁵ War Jannasch der führende Ideologe dieser Form deutscher Expansion in Marokko, so waren der von ihm geleitete „Zentralverein“ und die „Exportbank“ die koordinierenden und leitenden Organe. Die Wahl der indirekten Form der Expansion und die Verwerfung aller Pläne, die die koloniale Annexion und die Anlage von Ackerbaukolonien in Marokko zum Inhalt haben¹¹⁶, resultierten aus der Erkenntnis, daß jede koloniale Eroberung in Marokko auf den erbitterten Widerstand der freiheitsliebenden marokkanischen Bevölkerung stoßen und zu tiefgreifenden internationalen Verwicklungen führen und die Machtstellung Deutschlands in Europa schwächen würde. Die Ideologen und Organisatoren der Marokkoexpansion mußten die politische Zurückhaltung der Reichsregierung in der Marokkofrage in Rechnung stellen. Aber die indirekte Expansion war für Marokko nicht weniger gefährlich als die direkte.

¹¹³ Siehe *Export*, 24/1886, S. 367. Bei den in Marokko lebenden Spaniern und Franzosen erregte jedoch das Aufkreuzen der „Gottorp“ Verdacht. Jannasch ließ deshalb das Gerücht austreuen, Aufgabe der Expedition sei es, in Kamerun eine Faktorei zu gründen.

¹¹⁴ Das Landungsboot kenterte in der Brandung. Von Hundt und ein weiteres Expeditionsmitglied ertranken. Die anderen sechs Mitglieder, unter ihnen Jannasch und Ficke, wurden von marokkanischen Stämmen gefangen genommen und dem Sultan übergeben, der sie Anfang Mai wieder auf freien Fuß setzte.

¹¹⁵ Siehe *Export*, 42/1887, S. 618.

¹¹⁶ Auf dem „Allgemeinen deutschen Kongreß zur Förderung überseeischer Interessen“ in Berlin im September 1886 setzte sich Jannasch mit gewissen Kolonialchauvinisten auseinander, die ungehemmt und unverhüllt die phantastischsten Kolonialprojekte entwarfen. Er ermahnte sie, „etwas vorsichtiger bei Veröffentlichungen ihrer literarischen Erzeugnisse“ zu verfahren. In bezug auf die Forderung, Marokko zu annektieren, antwortete er mit dem Hinweis auf den unbändigen Freiheitswillen der marokkanischen Volksmassen: „Wie gegenwärtig die Verhältnisse in Marokko beschaffen sind, können wir Deutschen nur daran denken, unsere Handelsbeziehungen mit diesem Lande zu erweitern ... Förderung der Handelsverbindungen mit Marokko und dessen Nebeländern, das ist hier die Aufgabe der überseeischen deutschen Politik. Von politischen Annexionen und Anlage deutscher Ackerbaukolonien in diesen Ländern kann keine Rede sein!“ (Beilage zum *Export*, 38/1886, S. 591.) Siehe ferner: Jannasch, Robert, Die Deutsche Handelsexpedition 1886, Berlin 1887, S. 250 ff.; *Export*, 42/1887, S. 617 f.; ebenda 17/1889, S. 246 f.

Sie glaubten, den marokkanischen Widerstand am schnellsten und erfolgreichsten durch das geschlossene Auftreten der Kolonialmächte zu überwinden. Zugleich versprachen sie sich vom kollektiv-kolonialistischen Vorgehen eine rasche Stärkung der noch immer schwachen deutschen Positionen.¹¹⁷ In kolonialistischer Manier mißachteten sie die Unabhängigkeit und Souveränität des marokkanischen Staates und hielten seine Liquidierung für unvermeidlich und nur als eine Frage der Zeit. Der „Export“ meinte, die vom Sultan zu erzwingenden Konzessionen würden dazu beitragen, „Marokko zu einer Satrapie der europäischen Mächte zu machen. Weshalb auch nicht? Aufzuhalten ist der Verfall des Landes doch nicht, die lachenden Erben werden über kurz oder lang doch einziehen. Im wesentlichen handelt es sich für die europäische Diplomatie darum, dem marokkanischen Reiche zu seinem sanften Ende zu verhelfen. Requiescat in pace! Um lehrreiche Beispiele wird man nicht verlegen sein, im Orient finden sie sich in Menge.“¹¹⁸ Als das dazu geeignete Mittel sieht der „Zentralverein“ die ökonomische und kulturelle Einflußnahme an.¹¹⁹

Das Ziel sollte durch die Herstellung eines Bündnisses mit der herrschenden feudalen Oberschicht erreicht werden. Sie sollte überzeugt werden, daß es für sie einträglicher ist, das alte auf Willkür und außerökonomischem Zwang beruhende feudale Ausbeutungssystem durch eine Form zu ersetzen, die den Bauern, Hirten und Handwerkern einen gewissen Anreiz gibt, die Produktion zu entwickeln und die dem Staat somit regelmäßige Einnahmen sichert. Jannasch verspricht sich von Reformen eine Steigerung der materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung und damit eine Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit des marokkanischen Marktes für europäische Industrieerzeugnisse.¹²⁰

Die von der marokkanischen Regierung verhängten Exportverbote, die hohen Ein- und Ausfuhrzölle, die Schließung bestimmter Häfen und die Erschwerung des Erwerbs von Grundbesitz durch Europäer sollten der Gefahr kolonialer Unterwerfung vorbeugen. Während der Sultan Mūlay Ḥasan zusammen mit einer Gruppe hoher Würdenträger gegenüber den kolonialistischen Unterwanderungsversuchen sehr wachsam und nicht bereit war, die notwendig gewordene Modernisierung des Landes mit dem Verlust der Unabhängigkeit zu bezahlen, waren zahlreiche Großkaufleute und Großgrundbesitzer geneigt, mit den ausländischen Mächten bei der Ausplünderung des Landes gemeinsame Sache zu machen.

Die Ideologen der Marokkoexpansion hielten während der achtziger Jahre das Schutzgenossenwesen für die Festigung der deutschen Position als ungeeignet. Die beste Gewähr für die Verwirklichung ihrer Pläne schien ihnen eine gewisse Stärkung der marokkanischen Zentralgewalt zu sein, allerdings unter der Bedingung, daß sie den Forderungen der europäischen Mächte gefügig war. Der „Zentralverein“ bemühte sich, die Abschaffung des als unzweckmäßig erkannten Protektionswesens, die Anerkennung der Macht des Sultans im südlichen Hinterland, wo die versuchte Festsetzung fehlgeschlagen war, und die „Garantierung seiner Dynastie“ als

¹¹⁷ Siehe *Export*, 42/1887, S. 619.

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ Ebenda, S. 618 f.

¹²⁰ Jannasch, Robert, Die Deutsche Handelsexpedition 1886, Berlin 1887, S. 89 f.

„Entgegenkommen“ zu deklarieren.¹²¹ Damit sollte ihm der Entschluß leichter gemacht werden, auf ihre Pläne einzugehen. Auch in den südmarokkanischen Grenzgebieten hatte die Entwicklung des deutschen Handels größere Chancen, wenn sie sich auf die Zentralgewalt stützen konnte.¹²² Deshalb entsprach es den Interessen der deutschen Marokkointeressenten, daß in Marokko eine Regierung existierte, die sich durchzusetzen verstand gegenüber den antifeudalen und den partikularistischen Kräften und in der Lage war, den im Lande vorhandenen starken Widerstand gegen die kapitalistische Infiltration zu brechen, „Ruhe und Ordnung“ herzustellen und die das Land den kapitalistischen Mächten öffnete. Diese Auffassung deckte sich bis zu einem gewissen Grade mit der vom Auswärtigen Amte betriebenen Politik des Status quo, die damit freilich ein anderes Hauptziel verfolgte.

Die Vertreter des „Zentralvereins“ stellten zur Durchführung einer wirksamen ökonomischen Expansion folgende Forderungen an die marokkanische Regierung¹²³:

1. den Europäern sollte erlaubt werden, ungehindert Grundeigentum zu erwerben¹²⁴, denn ohne diese Erlaubnis müßten „alle wirtschaftlichen Invasionsversuche wirkungslos bleiben“; nur so könnten „durchgreifende Erfolge“ errungen, d. h. u. a. moderne Hafenanlagen errichtet und von Europäern betriebene landwirtschaftliche Intensivbetriebe geschaffen werden¹²⁵;

2. müßten die südlich von Mogador gelegenen Häfen, speziell Agadir und Asaka, dem Handel geöffnet werden, um direkte Handelsverbindungen mit dem Süs-Gebiet und dem marokkanischen Hinterland herzustellen, unter Umgehung der marokkanischen Vermittlung;

3. sollten Handelsverträge mit den europäischen Mächten abgeschlossen werden, in denen die Beseitigung der Exportverbote für Vieh und Zerealien festgelegt wird.

Nach Meinung des „Zentralvereins“ müßte „eine solche wirtschaftliche Invasion binnen weniger Dezennien das selbständige Leben des marokkanischen Staates untergraben und das Land zur europäischen Wirtschaftsdomäne machen“.¹²⁶

¹²¹ *Export*, 27/1886, S. 415; ebenda, 42/1887, S. 619.

¹²² „Die marokkanische Regierung ist ein Faktor, mit welchem die deutsche Handelspolitik rechnen kann, was sie mit einzelnen nomadisierenden Stämmen nicht vermag. Dringen die deutschen Handelsverbindungen bis nach den Ländern jenseits des Atlas vor, so ist allein die Regierung des Sultans in der Lage, sie zu schützen und jeden Friedensbruch zu bestrafen. Sie allein ist stark genug, den Landfrieden in jenen unsicheren Gegenden zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sie allein kann für zu fordernde Entschädigungen seitens europäischer Mächte durch Besetzung oder Blockade der Häfen haftbar gemacht werden.“ (*Export*, 27/1886, S. 415.)

¹²³ Siehe *Export*, 42/1887, S. 618 f.; Jannasch, Robert, Die Deutsche Handelsexpedition 1886, Berlin 1887, S. 46.

¹²⁴ Durch die Madrider Konvention war den Europäern zwar das Recht dazu de jure eingeräumt, aber von einer Genehmigung des Sultans abhängig gemacht worden. In Erkenntnis der damit für Marokko verbundenen Gefahren hatte der Sultan bisher dem Landerwerb nur in beschränktem Maße zugestimmt.

¹²⁵ *Export*, 42/1887, S. 619.

¹²⁶ Ebenda.

Wenngleich die Ideologen der Marokkoexpansion das gemeinsame Vorgehen der Mächte zur Öffnung und Erschließung Marokkos befürworteten, weil diese Methode ihnen als die einzig erfolgversprechende erschien, so waren sie sich darüber im klaren, daß hinter dem Mantel der kolonialistischen Kollektivität der nackte Konkurrenzkampf zwischen der englischen, französischen, spanischen und deutschen Bourgeoisie um die höchsten Profite, den größten Einfluß am Sultanshofe und die besten Aussichten bei der Verteilung der marokkanischen „Konkursmasse“ tobte.

Da sie den Zerfall des marokkanischen Reiches für unvermeidbar hielten, obgleich sie ihn nicht so bald herbeisehnten, begannen sie sich auf dieses Ereignis vorzubereiten. In der Begründung bedeutender ökonomischer Interessen sahen sie die Voraussetzungen, um bei der „Erbteilung“ entsprechende „Rechte“ geltend machen zu können. Der „Export“ formulierte dies 1889 mit folgenden Leitsätzen: „Unterstützung und tätige Förderung aller der Maßregeln, welche die Aufgabe haben, Marokko wirtschaftlich zu erschließen. Überall, wo diese wirtschaftlichen Interessen in Betracht kommen, sollen wir auf dem Posten sein; jede neue Bresche in dem politischen wie wirtschaftlichen Schutzwall von Marokko, welcher im Zerbröckeln begriffen ist, muß von uns und unseren Vertretern ohne Zeitverlust besetzt werden. . . Wie wir Deutschen es gewöhnt sind, werden wir methodisch verfahren. Neben den Kaufleuten werden Männer der Wissenschaft, Ingenieure und andere mehr Land und Leute erforschen und dazu beitragen, die Aufgaben des Handels zu erleichtern. Hic Rhodos, hic salta! Auf dem Posten wollen und werden wir sein.“¹²⁷ 1890, nach der Errichtung der ersten direkten Schiffsverbindung mit Marokko, spornte der „Export“ zur verstärkten Aktivität an. Es gelte, nicht zu warten, bis sich Engländer und Franzosen den Löwenanteil an den wirtschaftlichen Vorteilen in Marokko gesichert haben.¹²⁸

Obwohl die führenden Kräfte des ‚Zentralvereins‘ die Methode der „friedlichen Durchdringung“ für die den Umständen entsprechendste Form der Expansion nach Marokko hielten, liebäugelten sie hin und wieder doch mit dem Gedanken, Marokko – wie Brasilien – zu einem Dorado der deutschen Auswanderung zu machen und hier das zu verwirklichen, was in Brasilien nicht geglückt war, nämlich die von deutschen Auswanderern besiedelten Gebiete unter die Souveränität des Deutschen Reiches zu stellen. Angesichts der durch eine deutsche Annexion marokkanischen Territoriums heraufbeschworenen Gefahr internationaler Verwicklungen trat freilich dieser Gedanke in den Hintergrund. Sie teilten die außenpolitischen Sorgen der Reichsregierung und bekannten, daß ihre Marokko betreffenden kolonialen Wunschträume nur mit der tatkräftigen Hilfe der Regierung, im Zusammenwirken mit anderen Mächten und der gegenseitigen Abgrenzung der Interessengebiete verwirklicht werden können: Marokko würde nur dann „ein lebhaftes Interesse erregen, wenn die deutsche Politik dieses Gebiet für die Aufnahme eines Teils unserer auswandernden Ackerbaubevölkerung als geeignet betrachten und demgemäß nach dem Erwerbe eines Teiles dieses Landes streben würde. So an-

¹²⁷ Ebenda, 17/1889, S. 247.

¹²⁸ Ebenda, 3/1890, S. 34.

genehm, vorteilhaft und selbst beträchtliche Opfer würdig, die Realisierung dieses Wunsches unseren Kolonialpolitikern auch scheinen möge, so ist doch ganz zweifellos, daß bei der derzeitigen Konstellation der politischen Verhältnisse solche Gedanken in der Ferne ruhen bleiben müssen“¹²⁹. Aus diesen Zeilen spricht das Bedauern, auf Grund anderer außenpolitischer Kombinationen der Reichsregierung diese so verlockenden Pläne nicht realisieren zu können. Zugleich gebot ihnen ihre Untertanenehre, der Reichsregierung bei der Wahrung ihrer Interessen in Marokko zu vertrauen: „Kommt es aller Feindschaft und allem Neide zum Trotz gleichwohl zur Liquidation Marokkos, so wird unsere Politik dafür sorgen, daß wir als ehrliche Makler nicht leer ausgehen und irgendwo – vielleicht auch woanders als in Marokko – entschädigt werden.“¹³⁰

Da ihnen eine militärische Eroberung, selbst beim Zusammenwirken mehrerer Mächte sehr riskant erschien, spekulierten sie auf religiöse und Rassengegensätze in Marokko. Sie begriffen sehr gut, daß der Islam, wie es die hartnäckigen Abwehrkämpfe des marokkanischen Volkes gegen die spanischen und portugiesischen Eroberer im 15. und 16. Jh. zeigten, und es auch der Kampf Emir ‘Abd al-Qādir in Algerien 1832 bis 1847 bewies, geeignet war, den ideologischen und organisatorischen Rahmen für den Widerstandskampf gegen europäische Eroberer abzugeben. Deshalb sann sie nach Möglichkeiten, diesen Faktor auszuschalten. Unter völliger Verkennung der realen Verhältnisse glaubten sie, in der Methode des *divide et impera* den Schlüssel zum Erfolg gefunden zu haben. Aus den Gegensätzen zwischen den freien Berberstämmen des Atlas und Rifs und der marokkanischen (arabisch sprechenden) Zentralgewalt sowie aus der spezifischen Ausprägung der mohammedanischen Religion bei den Berbern¹³¹ schlossen sie unberechtigtweise auf tiefgehende Rassengegensätze und auf eine lockere Bindung der Berber zum Islam. Deshalb kam Jannasch, indem er die bereits von Kersten in seiner Denkschrift entwickelten Gedanken weiterführte, zu der utopischen Auffassung, daß es möglich sein müßte, mittels einer aufopferungsvollen Mission die Berber zum Christentum zu bekehren und der europäischen Kultur zu assimilieren, um sie auf diese Weise zu ergebenen Hilfstruppen der kolonialen Expansion zu machen.¹³² Diese Methode war Bestandteil der Politik der „friedlichen Durchdringung“.

¹²⁹ Ebenda, 47/1887, S. 617.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ Kult der Heiligenverehrung und Absorbierung zahlreicher alter heidnischer Glaubensvorstellungen (Anbetung von Quellen, Flüssen, Bergen und Bäumen).

¹³² „Soll Marokko durch die europäische Kultur beherrscht und derselben dauernd gewonnen werden, so kann es nur durch gründliche Beseitigung des arabischen und durch allmähliche Gewinnung des berberischen Elements geschehen. Gelingt es, das berberische Element der Kultur und dem Christentum zu gewinnen, so ist die Kraft gewonnen, welche allein imstande ist, Nord-Afrika von dem Drucke des Mohammedanismus und des demselben unbedingt ergebenen Arabertums zu befreien. . . Bei der ausgedehnten Verbreitung des Berbertums über ganz Nordafrika, bei dem engen Zusammenhange des berberischen Stammes- und Clanlebens würde der geringste Einfluß christlicher Kulturmission eines eminenten Erfolgs sicher sein können. Wenn auch schwer, sehr

Als Signatarmacht der Madrider Konvention von 1880 trat Deutschland offiziell in die Reihe der in Marokko bevorrechteten Mächte. Mit dem verstärkten Eindringen der kapitalistischen Mächte in Marokko hatte sich seit dem zweiten Drittel des 19. Jh. das Schutzwesen stark ausgedehnt. Die Institution der Schutzherrschaft¹³³ entwickelte sich zu einer „Methode zur Ausplünderung der einheimischen Bevölkerung“¹³⁴ und war eine spezifische Form der „friedlichen Durchdringung“. In ihrem Streben, Marokko zu einem Absatzmarkt industrieller Produkte zu machen, waren England, Frankreich und andere Staaten seit 1840 dazu übergegangen, Marokko ungleiche Handelsverträge aufzuzwingen. Diese öffneten den europäischen Kontrahenten nicht nur die Häfen, „sondern erzwangen auch die Bewilligung ungewöhnlicher Vorrechte für die ausländischen Kaufleute“. ¹³⁵ An die Stelle der absoluten Gegenseitigkeit, die den Handelskonventionen mit Marokko bis zum Beginn des 19. Jh. noch eigen war, trat die einseitige Begünstigung der ausländischen Vertragspartner. Die in die Konventionen eingeführte Meistbegünstigungsklausel sicherte ihnen zu, auch die Vorteile in Anspruch zu nehmen, die später eventuell einmal von anderen Mächten erpreßt werden würden. Der englisch-marokkanische Vertrag vom 9. Dezember 1856 vergrößerte die Machtbefugnisse der englischen Konsuln. Sie erhielten die Zuständigkeit zur Schlichtung aller zwischen englischen und marokkanischen Untertanen entstandenen Rechtsstreitigkeiten. Auf Grund bereits im 18. Jh. abgeschlossener Verträge waren die ausländischen Kaufleute, abgesehen von Zollgebühren, von sämtlichen Steuern befreit. Der französisch-marokkanische Vertrag vom 17. 8. 1863 hatte den Konsularschutz und die Steuerfreiheit auch auf Marokkaner ausgedehnt, die als Konsulatsangestellte, Agenten von Handelsfirmen und Teilhaber an landwirtschaftlichem Besitz tätig waren. Sie erhielten die Bezeichnung „Schutzbefohlene“. Durch Beitritt zahlreicher europäischer Staaten zu diesem Abkommen hatte es internationalen Charakter erhalten. Die in Marokko interessierten Mächte wetteiferten miteinander in der Vergrößerung der Zahl ihrer Schutzbefohlenen. Auf diese Weise wurden tausende Marokkaner der Oberhoheit des Sultans entzogen und unter die Gerichtsbarkeit der ausländischen diplomatischen Vertretungen gestellt. In Gestalt der Schutzbefohlenen schufen sich die Mächte Agenten im Innern des Landes. Das Protektionswesen nahm mit der Zeit immer größere und für die Souveränität des marokkanischen Staates gefährlichere Formen an. Durch die Verleihung des Schutzes an einheimische Großgrundbesitzer und Großkaufleute schufen sie sich zuverlässige Lieferanten einheimischer

schwer — möglich ist er! Der Gegensatz zwischen dem arabischen und berberischen Element ist zu tief und unvermittelt, als daß das letztere schließlich nicht doch gegen das erstere ausgespielt werden könnte.“ (Jannasch, Robert, Die Deutsche Handels-expedition 1886, Berlin 1887, S. 205f.)

¹³³ Über das marokkanische Schutzgenossenwesen siehe Schröder, Walter, Das Schutzgenossenwesen in Marokko, jur. Diss., Greifswald 1917, und Neumann, Kurt, Die Internationalität Marokkos, Berlin 1919.

¹³⁴ Siehe Piquet, Victor, Le Maroc. Géographie, histoire, mise en valeur, Paris 1920, S. 291.

¹³⁵ Ayache, Albert, Marokko. Bilanz eines Kolonialunternehmens, Berlin 1959, S. 58.

Erzeugnisse bzw. Abnehmer europäischer Industrieprodukte. Am intensivsten wurde die Schutzverleihung durch Spanier und Franzosen betrieben.

Für die marokkanischen Großkaufleute und feudalen Großgrundbesitzer, die den Hauptteil der Schutzbefohlenen ausmachten, war die Schutzgenossenschaft insofern verlockend, als sie erlaubte, sich den steuerlichen Verpflichtungen und der Willkür der alten Feudalverwaltung und dem Militärdienst zu entziehen und durch die Teilnahme an der Ausbeutung des Landes zusammen mit den europäischen Kapitalisten, ihre Gewinne zu vergrößern. Das Protektionswesen, das eine Schicht von Kompradoren schuf, schmälerte den Fiskus, schwächte die militärische Abwehrkraft des marokkanischen Staates und unterhöhlte die politische Autorität des Sultans. Es wurde zu einer stetig wachsenden Gefahr für die Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos.

Der 1873 an die Macht gelangte Mülai Hasan unternahm große Anstrengungen zur Abschaffung dieser Privilegien. Auf sein Verlangen hin trat 1880 in Madrid eine internationale Konferenz zusammen. Sie sollte sich auf Grund der marokkanischen Beschwerden mit den Mißbräuchen des Protektionswesens und mit dessen Neuordnung befassen.

Der englische Gesandte in Tanger, Sir John Drummond Hay, hatte die Forderung der marokkanischen Regierung auf Abhaltung dieser Konferenz unterstützt.¹³⁶ England war darauf bedacht, seine den Eingang des westlichen Mittelmeeres beherrschende Stellung zu erhalten und zu festigen. Die beste Gewähr dafür erblickte es in der Erhaltung des marokkanischen Staates unter wirksamer englischer Kontrolle. Deshalb wandte es sich gegen die kolonialen Bestrebungen Frankreichs und Spaniens in Marokko.¹³⁷ Während beide Mächte sich gegenseitig in der Schutzerteilung zu übertreffen suchten, war England an der Beseitigung der Mißbräuche des Schutzwesens und an der Erhaltung des Status quo interessiert.

Deutschland, das bis etwa 1878 Englands Bemühungen um die Neuordnung des Protektionswesens unterstützte, trat auf der Madrider Konferenz für die das Schutzwesen sanktionierenden Forderungen Frankreichs ein. Die Konferenz brachte nicht das von marokkanischer Seite erhoffte Ergebnis. Die von den vertretenen Mächten¹³⁸ abgeschlossene Konvention beseitigte zwar einige Auswüchse des

¹³⁶ Der deutsche Ministerresident Weber ist sogar der Meinung, daß der englische Gesandte das von der marokkanischen Regierung 1877 den Mächten übergebene Memorandum über den Mißbrauch des Protektionswesens entworfen hat. Dieses Memorandum war der Ausgangspunkt zu lebhaften Verhandlungen zwischen den ausländischen diplomatischen Vertretern in Tanger. (Siehe DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. III a, Nr 30712, Bl. 114ff., Weber an Bülow v. 16. 9. 1877.)

¹³⁷ Als Frankreich 1844 zur Zeit der Schlacht am Isly Kriegsschiffe vor die marokkanische Küste schickte, erschien ein starkes englisches Geschwader in der Meerenge. Die französische Regierung mußte versprechen, keine marokkanische Stadt besetzen zu wollen. Im spanisch-marokkanischen Kriege 1895 hinderte England Spanien an der Eroberung marokkanischen Gebiets; Tetuan mußte von Spanien geräumt werden.

¹³⁸ Marokko, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Schweden und die USA.

Schutzwesens¹³⁹, sanktionierte aber im übrigen die Privilegien der fremden Mächte. Die ausländischen Unterzeichnermächte erhielten das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation. Sie konnten sich der Schutzgenossenschaft weiterhin als Instrument zur ökonomischen und politischen Infiltration bedienen. Das genügte ihnen jedoch bald nicht mehr, und sie kehrten – wenn auch in verschleierter Form – zur alten, vor der Konferenz geübten Praxis zurück. Hinzu kommt noch, daß sich die ausländischen Signatarmächte das Recht sicherten, in Marokko Grundeigentum zu erwerben. Der geschickten Politik Mülai Hasans ist es zu danken, daß die dem Land drohenden Gefahren in ihren Auswirkungen begrenzt bzw. abgewandt wurden.¹⁴⁰ Die beständige Gefahr der kolonialen Eroberung hinderten ihn, das in Angriff genommene Werk der modernen Umgestaltung des Landes, der Entwicklung der Produktivkräfte unter Ausnutzung der Erfahrungen der fortgeschrittenen europäischen Länder und unter Berücksichtigung der Mentalität des Volkes durchzuführen.¹⁴¹ Auch nach der Madrider Konferenz verhielt sich die deutsche diplomatische Vertretung in Tanger auf Anweisung weiterhin zurückhaltend in der Erteilung der Protektion. Nichtsdestoweniger waren die in Marokko tätigen Kaufleute und Agenten mittels zahlreicher raffinierter Tricks bemüht, sich zahlreiche Schutzbefohlene zu verschaffen. Die Leitung des „Zentralvereins“ billigte die Zurückhaltung der Regierung in dieser Frage.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre blieb der Handel Deutschlands mit Marokko noch immer sehr geringfügig. Er betrug kaum mehr als ein halbes Prozent der marokkanischen gesamten Ein- und Ausfuhr.¹⁴² Ihm stand die überlegene englische und französische Konkurrenz gegenüber. Von 1873 bis 1886 waren durch deutsche Kaufleute 16 Firmen in Marokko gegründet worden.¹⁴³ Die bedeutendsten von ihnen waren die Firma Weiß & Maur in Mogador, die Firma der Gebr. Fick in Casablanca und besonders die Firma Haessner & Joachimsohn in Tanger. Diese entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer Schiffsagentur, Bank, Versicherung und zu einem Kommissionshaus.¹⁴⁴ Seit den achtziger Jahren spielte sie eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Geschäften zwischen der deutschen Rüstungsindustrie

¹³⁹ Art. 3 u. 10 begrenzten die Zahl der Schutzgenossen, die im Dienste der ausländischen Diplomaten und Kaufleute stehen; Art. 12 schränkte das Steuerprivileg der Ausländer und ihrer Schutzgenossen ein.

¹⁴⁰ *Ayache, Albert*, a. a. O., S. 61.

¹⁴¹ Ebenda, S. 61 u. 65 f.

¹⁴² 1882 betrug demgegenüber
der Anteil Englands an der marokkanischen Einfuhr rund 65 Prozent,
an der marokkanischen Ausfuhr rund 58 Prozent,
der Anteil Frankreichs an der marokkanischen Einfuhr rund 32 Prozent,
an der marokkanischen Ausfuhr rund 35 Prozent,
der Anteil Spaniens an der marokkanischen Einfuhr rund 1 Prozent,
an der marokkanischen Ausfuhr rund 5 Prozent.
(*Deutsches Handelsarchiv*, 1883, Teil 2, S. 558 ff.)

¹⁴³ Siehe *Williamson, Francis T.*, a. a. O., S. 125.

¹⁴⁴ Ebenda.

und der Sultansregierung. Die deutschen Firmen wurden zu Agenturen der „friedlichen Durchdringung“ Marokkos. Ihre Inhaber kannten Sprache, Sitten und Gewohnheiten des Landes ausgezeichnet; sie nahmen die zahlreichen Reisenden aus Deutschland in ihren Häusern auf, gaben ihnen sachkundige Hinweise und beteiligten sich selbst an Expeditionen.¹⁴⁵ Die deutschen Firmen fungierten gleichermaßen als Importeure deutscher Industrieerzeugnisse und Exporteure marokkanischer Landesprodukte. Die meisten von ihnen waren Kommissionshäuser. Mit dem Aufschwung des Handels in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und besonders nach 1890 errichteten mehrere Exportfirmen eigene Kommissionshäuser in Marokko.¹⁴⁶ Ein typisches Kennzeichen der deutschen Handelsexpansion nach Marokko war der Reiseagent, der die deutschen Exportfirmen repräsentierte.¹⁴⁷ Die deutschen Kaufleute und Reiseagenten entfalteten eine große Aktivität und konnten gute Erfolge verbuchen. Das wurde auch von den anderen europäischen Konkurrenten, nicht ohne Neid, anerkannt.¹⁴⁸

Die deutschen Firmen sandten an den „Export“, das Organ des „Zentralvereins“, regelmäßig Berichte über die Handelssituation im Lande. Diese Berichte wurden abgedruckt und sollten die deutschen Kaufleute und Industriellen ermuntern, am Marokkogeschäft teilzunehmen. Besonders aktiv in der Berichterstattung war die Firma Haessner & Joachimsohn. Zur Anbahnung von Geschäften wurde auf Empfehlung des „Export“ als Vertreter deutscher Firmen im Februar 1882 ein Herr P. D. (wohl Paul Dannenberg) nach Marokko gesandt, wo er besonders die südmarokkanischen Haupthandelsplätze inspizierte.¹⁴⁹ Seine im „Export“ veröffentlichten Berichte klangen, wie auch andere aus dieser Zeit, noch nicht ermutigend.¹⁵⁰ Ein gewisser Aufschwung des Handels bahnte sich nach der Handelsexpedition von 1886 an. Obwohl es ihr nicht gelungen war, das Hauptziel zu erreichen, hatte sie insofern einen gewissen Erfolg, als mit dieser Aktion und einer zielgerichteten Propaganda des „Export“ die Blicke zahlreicher deutscher Handels- und Industriefirmen auf Marokko gelenkt wurden. Sie schickten ihre Agenten in größerem Umfange in die marokkanischen Häfen und auch in das Innere des Landes. In den

¹⁴⁵ 1879 führte Haessner den deutschen Forscher Lenz durch weite Gebiete Marokkos. Karl Fick beteiligte sich an der Expedition Jannaschs 1886.

¹⁴⁶ Siehe *Williamson, Francis T.*, a. a. O., S. 125. So hatte z. B. die Leipziger Exportfirma Weickert & Enke eine Zweigstelle in Casablanca.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 124. Diese Agenten waren gewöhnlich junge Leute, die eine Grundausbildung in der arabischen Sprache an einer Universität erhalten hatten. Sie traten in den Dienst von Handelsfirmen, von denen sie nach Marokko geschickt wurden. Sie lernten hier den besonderen Dialekt, um mit den Einheimischen zu verkehren. Ihre Aufgabe bestand darin, deutsche Waren anzubieten, sie im Lande bekannt zu machen und den Bedarf zu ermitteln. (Ebenda.) Der 1895 bei Safi ermordete Rockstroh war Reiseagent der Leipziger Firma Weickert & Enke.

¹⁴⁸ Siehe die Aufzeichnung des französischen Gesandten in Tanger, Saint-René Taillandier, v. 27. 1. 1903. (*Documents Diplomatiques Français* II, 3, Nr 44, S. 56 ff.)

¹⁴⁹ *Export*, 27/1882, S. 407.

¹⁵⁰ *Export*, 22/1882, S. 328, u. 28/1882, S. 421.

achtziger Jahren gelang es der Firma Krupp, die ersten Geschäfte mit dem Sultan abzuschließen. Das Vordringen der deutschen Rüstungsindustrie soll im Kapitel III zusammenhängend abgehandelt werden.

Am Ende der achtziger Jahre verstummten nicht die Klagen gewisser Kreise des Handels und der Industrie über die Schwierigkeiten, die sich der Vergrößerung des Absatzes entgegenstellten. Wie schon in den siebziger Jahren, so standen im Mittelpunkt der Wünsche u. a. der Abschluß eines Handelsvertrages, die Öffnung der Häfen Agadir und Asaka und die Ausfuhr von Getreide.

Immer stärker erwies sich das Fehlen einer direkten Schiffsverbindung¹⁵¹ zwischen Hamburg und den Häfen an der marokkanischen Atlantikküste als Hemmnis für einen weiteren Aufschwung des Handels. Die Forderung nach Schaffung einer solchen Verbindung wurde von den Leitern des „Zentralvereins“ erhoben und auch von den konsularischen Vertretern in ihren alljährlichen Handelsberichten zum Ausdruck gebracht.¹⁵² Der „Zentralverein“ und die „Deutsche Exportbank“ gründeten 1889 die „Atlas-Linie“, die Mitte 1890 ihren Betrieb aufnahm; ihre Schiffe liefen die sieben wichtigsten marokkanischen Häfen in dreiwöchigem Abstand an. Ende 1889 ließ auch die Firma C. Woermann in Hamburg eines ihrer Schiffe Tanger, Casablanca, Mazagan und Mogador anlaufen. 1890 stellte sie zu diesen Plätzen eine regelmäßige Verbindung her.

Im April 1889 erließ der „Zentralverein“ einen Aufruf zur wirtschaftlichen Erforschung Marokkos. Diesem Aufruf, der die Stiftung von Geldbeträgen bezweckte, *schlossen sich zahlreiche Vertreter des Handels, der Industrie, der Wissenschaft sowie Publizisten und Beamte an.*¹⁵³ Der Aufruf betonte die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse Marokkos „sowie alle diejenigen Einflüsse, welche für

¹⁵¹ Die Reederei Sloman in Hamburg ließ zwar einmal im Monat eines ihrer Schiffe Tanger anlaufen, aber die Frachtkosten für die auf englischen und französischen Schiffen beförderten Waren von Tanger nach Casablanca, Mogador, Safi usw. waren fast ebenso hoch wie die Frachtkosten für die Strecke Hamburg – Tanger.

¹⁵² Im Handels- und Schiffsverkehrsbericht des kaiserlichen Vizekonsulats in Casablanca für das Jahr 1886 heißt es z. B.: „Sehr zu bedauern ist der Mangel einer direkten Dampfschiffsverbindung mit Deutschland, worauf auch früher schon hingewiesen worden ist . . . Mit der Errichtung einer direkten Dampfverbindung zwischen Deutschland und allen Häfen Marokkos würde der Verkehr zwischen beiden Ländern mit einem Schlage eine bedeutend größere Ausdehnung gewinnen. Alle deutschen Kaufleute in Marokko und die mit Marokko in Verbindung stehenden Kaufleute in Deutschland sollten gemeinschaftlich zur Erreichung dieses Zieles streben.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 53819, Bl. 5 v.) Siehe ferner die Denkschrift Kerstens, a. a. O., Bl. 148.

¹⁵³ Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. Robert Jannasch und Otto Kersten vom „Zentralverein“; Prof. Dr. Theobald Fischer, Marburg, einer der bedeutendsten Marokko-propagandisten Ende der neunziger Jahre und der ersten Jahre des 20. Jh.; Prof. Dr. Ernst Hasse, Vorsitzender des Vereins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Leipzig; Dr. G. Diercks, der zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen über Marokko schrieb; und Theodor Weber, ehemaliger Ministerresident in Marokko.

die ökonomische Entwicklung von Marokko von Bedeutung sind, in methodischer, wissenschaftlicher Weise zu erforschen, und die Ergebnisse dieser Forschung in Deutschland zu verbreiten.“¹⁵⁴ Folgende Maßnahmen waren zu diesem Zwecke vorgesehen¹⁵⁵:

1. sollte eine geeignete Persönlichkeit für ein Jahr nach Marokko geschickt werden. Diese sollte die wirtschaftliche Lage und die kulturellen Verhältnisse gründlich studieren und Vorschläge machen, „durch deren Realisierung die wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen Deutschlands in Marokko vielseitigere und vorteilhaftere zu werden vermögen, als sie es bisher gewesen sind“;
2. in den vier bedeutendsten Hafenstädten sollten meteorologische Stationen eingerichtet werden;
3. sollten Handwerker nach Marokko geschickt werden. Ihre Aufgabe sollte sein, „deutsche Handwerkzeuge und Apparate einzuführen und zum Gebrauche anzuleiten“.

Zur Verwirklichung der ersten Aufgabe sandte der „Zentralverein“ im Juli 1890 einen gewissen Hubert Jansen nach Marokko.¹⁵⁶ Um die noch immer unerhebliche Ausfuhr marokkanischer Landesprodukte nach Deutschland zu fördern, veranstaltete der „Zentralverein“ in seinem Museum seit Anfang 1890 eine „ständige Ausstellung sowohl marokkanischer Landeserzeugnisse sowie solcher Gegenstände, . . . welche zur Kenntnis des Landes und der Leute von Marokko beizutragen vermögen“¹⁵⁷. Die Verwirklichung der zweiten Aufgabe wurde Ende der neunziger Jahre in Angriff genommen. Über die Entsendung deutscher Handwerker geht aus den von mir benutzten Quellen und aus der Literatur nichts hervor.

Die Reichsregierung förderte die Ausweitung des deutschen Marokkohandels als Instrument zur „friedlichen Durchdringung“ Marokkos nach Kräften. Sie schuf in den achtziger Jahren ein Netz der konsularischen Vertretungen in Marokko¹⁵⁸, zu dessen Verwesern sie seit Ende der achtziger Jahre deutsche Kaufleute berief.¹⁵⁹ Eine ihrer Hauptaufgaben war es, die Interessen der deutschen Industrie- und

¹⁵⁴ *Export*, 17/1889, S. 246, u. 18/1889, S. 261.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Ebenda, 26/1890, S. 376.

¹⁵⁷ Ebenda, 4/1890, S. 45.

¹⁵⁸ Die Errichtung konsularischer Vertretungen in Marokko:
1873 Konsulat in Tanger (1875 in eine Ministerresidentur, 1894 in eine Gesandtschaft verwandelt)

1875 Vizekonsulate in Larasch, Masagan, Mogador und Rabat

1886 Konsulat in Casablanca

1894 Vizekonsulat in Safi

1900 Vizekonsulat in Fes.

(Siehe *Williamson*, a. a. O., S. 110 Anm. 36.)

¹⁵⁹ Konsularische Vertreter waren z. B.

in Mogador 1888–1894 der Kaufmann Behrend-Nüske,

1894–1905 der Kaufmann Heinrich von Maur,

in Rabat 1902–1905 der Kaufmann Heinrich von Tönnies,

in Casablanca (Vizekonsulat) 1886–1896 der Kaufmann Hans Sick.

Handelskreise an Ort und Stelle gegenüber den einheimischen Behörden und der ausländischen Konkurrenz zu vertreten und die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes und die Marokkointeressenten mit zuverlässigen Informationen über die ökonomische Situation zu versehen.¹⁶⁰ Die konsularischen Vertretungen waren wichtige Posten bei der „friedlichen Durchdringung“ Marokkos.

Als Antwort auf die fortgesetzten Klagen der deutschen Industrie- und Handelskreise über die Schwierigkeiten, die sich der Vergrößerung des Handels entgegenstellten, setzten die deutschen Ministerresidenten¹⁶¹ im Auftrage der Regierung ihre Bemühungen um den Abschluß eines deutsch-marokkanischen Freundschafts- und Handelsvertrages fort. Nachdem Ende der siebziger Jahre die Verhandlungen mit den Beauftragten des Sultans zum Stillstand gekommen waren, sah die Regierung aus politischen Gründen von weiteren Verhandlungen ab.¹⁶² In der langen Verhandlungspause waren jedoch die Arbeiten am Vertragsentwurf fortgesetzt worden.¹⁶³ Anfang 1884 beauftragte der Reichskanzler den Ministerresidenten Weber, Information darüber einzuholen, ob die marokkanische Regierung zum sofortigen Eintritt in Vertragsverhandlungen bereit sei.¹⁶⁴ Der Sultan, der die Pläne der europäischen Mächte durchschaute, wollte durch den Abschluß von Verträgen die Souveränität seines Reiches nicht gefährden. In einem Bericht Webers an Bismarck vom 8. 2. 1884 heißt es: „Die Antwort des Sultans ist aufschiebend. S. Majestät hat mit der Konvention von Madrid so trübe Erfahrungen gemacht, daß er . . . die Europäer möglichst fern von sich hält und mit jedem neuen Vertrage sich neue Verlegenheiten zu schaffen besorgt.“¹⁶⁵ Als der Sultan schließlich zu verhandeln bereit war, erhielt Weber im Oktober 1885 von Berlin den Auftrag, „mit der marokkanischen Regierung wegen des Abschlusses eines Freundschafts- sowie Handelsvertrages mit tunlichster Beschleunigung in Unterhandlungen zu treten“.¹⁶⁶ Als Verhandlungsgrundlage sollten die Vertragsentwürfe von 1877 bzw. 1882 dienen. Der Entwurf des sogenannten „Freundschaftsvertrages“ war alles andere als ein Dokument für die Herstellung wahrhaft freundschaftlicher Beziehungen zu Marokko. Die einzelnen Artikel lassen erkennen, daß Marokko nicht als gleichberechtigtes Land, sondern als Halbkolonie behandelt wird. Der Vertrag sollte dazu dienen, die juristische Grundlage für die Stärkung der Positionen des deutschen Kapitals bei der Ausplünderung des Landes zu fixieren.¹⁶⁷ Die

¹⁶⁰ Siehe *Williamson*, a. a. O., S. 110.

¹⁶¹ Zuerst Weber (bis 1886), dann Testa (bis 1889) und Tattenbach (1889 bis 1896).

¹⁶² Promemoria betr. Vertragsverhandlungen mit Marokko vom Geh. Legationsrat von Kusserow v. Januar 1884. (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11877, Bl. 71.)

¹⁶³ Am 23. 9. 1881 legte Ministerresident Weber Bismarck den geänderten Entwurf der Handels- und Schiffahrtskonvention mit Marokko vor. (DZA Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr 4356, Bl. 131ff.)

¹⁶⁴ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11877, Bl. 73 f., Bismarck an Weber v. 7. 1. 1884.

¹⁶⁵ Ebenda, Bl. 81.

¹⁶⁶ DZA Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr 4356, Bl. 153.

¹⁶⁷ Der Vertrag spiegelte u. a. die fortwährend von den Marokkointeressenten erhobene Forderung nach ungehindertem Erwerb von Grundbesitz wider. So bestimmte der

hier beobachtete Eile mag sich zum Teil aus der Sorge erklären, in Marokko sich bietende Chancen zu verpassen und von England überspielt zu werden, dessen Vertreter zu dieser Zeit in Verhandlungen über die Revision der Handelskonvention von 1856 eingetreten waren. Der deutsche Ministerresident führte die Verhandlungen mit den Beauftragten des Sultans gemeinsam mit den Vertretern Englands und Frankreichs. Die Verhandlungen aber führten zu keinem Ergebnis, da der Sultan sich weigerte, die von den ausländischen Vertretern erhobenen Forderungen nach vollständiger Öffnung des Landes für das europäische Kapital zu erfüllen. Mit Recht befürchtete er, daß neue Verträge die Souveränität seines Staates in Frage stellen würden.¹⁶⁸ Ungeachtet der in der Madrider Konvention fixierten Beschränkung der Schutzerteilung trieben die Mißbräuche ihre tollsten Blüten.¹⁶⁹

Artikel 4: „Die Angehörigen des Deutschen Reiches dürfen Grundbesitz erwerben oder pachten, Herden sowie Lasttiere halten und diesen Besitz ungestört ausbeuten oder darüber nach ihrem Gefallen verfügen . . . Auch steht es ihnen frei, Häuser und Magazine zu mieten. Persönliche Abgaben werden ihnen unter keinen Umständen auferlegt . . .“ (DZA Potsdam, Reichsamt des Innern, Nr 4356, Bl. 156.)

¹⁶⁸ Ministerresident Testa schrieb in seinem Bericht über die Verhandlungen an Bismarck am 6. 8. 1886, die Vertreter der drei unterhandelnden europäischen Staaten hätten den Eindruck gewonnen, „daß die Abneigung der marokkanischen Regierung gegen den Abschluß von neuen Verträgen, welche die Handelsbeziehungen mit Europa bedeutend vermehren würden, ihren hauptsächlichsten Grund in der Erkenntnis hat, daß mit Zunahme des Handels und des europäischen Elements der Mißbrauch im selben Verhältnis zunehmen würde, der mit der Schutzerteilung an marokkanische Untertanen getrieben wird. Diese Besorgnis der marokkanischen Regierung ist nicht unbegründet.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd 11880, Bl. 51.)

¹⁶⁹ Wie Testa berichtet, blieb die Schutzerteilung weiterhin ein einträgliches Geschäft für viele ausländische Kaufleute. „Nach dem Geiste der Konvention sollen die Agenten den Einkauf und Verkauf der Waren des fremden Kaufmannes vermitteln, es ist aber notorisch, daß der größte Teil der Agenten große marokkanische Grundbesitzer oder reiche Handelsleute sind, die, nachdem sie zu Agenten bestellt worden, sich mit dem fremden Kaufmann zum Schein assoziieren, um auf diese Weise ihren ganzen Besitz der direkten Einwirkung der Lokalbehörde zu entziehen. Sehr häufig kommt es vor, daß solche Agenten, unter dem Vorwande, die Interessen ihres Auftraggebers besser wahrnehmen zu können, in verschiedenen Städten des Innern ihrerseits Unteragenten bestellen, deren sämtliche Geschäfte unter dem Namen des einen fremden Schutz genießenden Agenten gehen. Hierdurch erklärt sich die Erscheinung, daß es ganze Dörfer gibt, deren Boden und Viehbestand angeblich fremden Schutzgenossen gehören und die weder Leute noch Tiere zu Kriegszwecken, noch Lebensmittel für den Unterhalt der Armee liefern . . . Es ist offenbar, daß bei dem Fortbestand der gegenwärtigen Zustände mit der Entwicklung des Handels in Marokko die Zahl der protegierten marokkanischen Landesangehörigen sich ins Unermeßliche vermehren und der Sultan schließlich nur über den geringeren Teil seiner Untertanen die direkte Herrschaft ausüben wird. Die Klagen der marokkanischen Bevollmächtigten über den Mißbrauch des Rechtes der Schutzerteilung und ihr Wunsch, daß diese Übelstände beseitigt werden, erscheinen daher gerechtfertigt.“ (Ebenda, Bl. 53f.)

Als wichtigste, in einem Handelsvertrag festzulegende Punkte wurden von der deutschen Diplomatie genannt¹⁷⁰:

1. freie und ungehinderte Ausübung des Rechts, Grundbesitz zu erwerben;
2. Herabsetzung der Ausfuhrzölle;
3. Aufhebung des Ausfuhrverbots für Getreide;
4. Einrichtung gemischter Tribunale, die bei Streitigkeiten zwischen Fremden und Marokkanern entscheiden;
5. Öffnung der Häfen von Agadir und Asaka¹⁷¹ zwecks Herstellung direkter Handelsbeziehungen zum Sus, AntiAtlas und den südlichen Nachbargebieten Marokkos.

Die marokkanische Regierung hielt dem gemeinsamen Druck der europäischen Vertreter stand. Die Verhandlungen wurden 1887/88 eingestellt. Der neue deutsche Ministerresident Tattenbach kam zu der Überzeugung, ein Erfolg könne nur erzielt werden, wenn die Verhandlungen mit dem Sultan persönlich und in Abwesenheit der anderen ausländischen Vertreter geführt würden. Aber um beim Sultan zum Ziele zu gelangen, waren bestimmte Vorbereitungen notwendig. Das Auswärtige Amt war bemüht, den Sultan von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und den „reinen Handelsinteressen“ Deutschlands in Marokko zu überzeugen. Zur Förderung der Geschäfte der deutschen Rüstungsindustrie befürwortete der Reichskanzler den Empfang einer marokkanischen Gesandtschaft in Berlin im Jahre 1889.¹⁷² Der Kaiser versprach, „das Horn der Fülle unserer Freundschaft“¹⁷³ über sie zu ergießen. Die ein Jahr später nach Fes entsandte außerordentliche Mission bildete den Höhepunkt der Vorbereitungen für den Abschluß eines Handelsvertrages. Die Teilnahme von neun Offizieren und eines Stabsarztes¹⁷⁴ an der Gesandtschaftsreise und die umfangreichen Geschenke¹⁷⁵ sollten offenbar dem Sultan schmeicheln, die Potenzen der deutschen Industrie zeigen, die Macht des Kaisers demonstrieren und die Freundschaft mit ihm als erstrebenswert vor Augen führen. Nachdem Tattenbach mit Hilfe eines Spions den Inhalt einer geheimen Denkschrift der marokkanischen Regierung kennengelernt hatte¹⁷⁶, kam er zu der Erkenntnis, daß die Verhandlungen nicht auf der Grundlage der früheren langatmigen Vertragsentwürfe geführt werden durften. Ihm ging es vielmehr darum, unabhängig von der Form

vertraglicher Festlegung einige wichtige Konzessionen zu erlangen. Dabei hütete er sich bei den in Fes geführten Verhandlungen, selbst „irgend eine Konzession zu machen und namentlich an das heikle Thema der Protektion zu rühren“, die er „als ein wertvolles Objekt für spätere Verhandlungen unangetastet“ wissen wollte.¹⁷⁷

Die Vorteile des am 10. Juli 1890 abgeschlossenen Handelsvertrages¹⁷⁸ bestehen

1. in der provisorischen, zunächst für drei Jahre bestimmten Aufhebung des Verbots, Gerste und Weizen auszuführen;
2. in dem Recht der freien Einfuhr aller Waren und Produkte mit einigen genau präzierten Ausnahmen. Die Einfuhrzölle sollen nicht mehr als zehn Prozent des Wertes betragen, berechnet nach dem Engrospreis, den die Waren auf dem Markte des Einfuhrhafens bei Barzahlung haben. Die Einfuhrgüter können ohne jede weitere Abgabe nach anderen Häfen verfrachtet werden.

3. in der Festlegung der Waren, die ungehindert im Lande gekauft und gegen einen festen Ausfuhrzoll exportiert werden dürfen. Damit wurde dem in alten Verträgen anerkannten unumschränkten Ausfuhrmonopol des Sultans ein Ende gesetzt.

Der Handelsvertrag entsprach den Wünschen der deutschen Handels-, Schiffs- und Industriekreise. Er war ein Erfolg der deutschen Marokkointeressenten bei der Öffnung und wirtschaftlichen Durchdringung Marokkos. Er führte zu einem bedeutenden Aufschwung des deutschen Marokkohandels und damit zur Stärkung der Positionen des deutschen Kapitalismus in Marokko. Durch die Meistbegünstigungsklausel kamen die Vertragsbestimmungen auch den anderen Unterzeichnerstaaten der Madrider Konvention zugute. Die Reichsregierung hielt trotz der separaten Verhandlungen an der Methode des kollektiven Eindringens in Marokko fest; sie ratifizierte den Vertrag erst nach Zustimmung der anderen Signatarmächte der Madrider Konvention. So versuchte sie jeden Verdacht, bestimmte Privilegien erlangen zu wollen¹⁷⁹, zu zerstreuen. Obwohl der Vertragsabschluß vom englischen und französischen Gesandten in Tanger begrüßt wurde¹⁸⁰, mußte sich auf Grund der neuen

¹⁷⁷ Ebenda, Bl. 86.

¹⁷⁸ Text in: Reichstagsdrucksache 23/1890, ebenda, Nr. 11887, Bl. 138.

¹⁷⁹ An Marokko interessierte kapitalistische Gruppen des Auslandes, besonders Spaniens, verfolgten sehr aufmerksam und mit Argwohn die Ausdehnung des deutschen Handels in Marokko. Hinter den offiziell bekanntgegebenen Abmachungen des Vertrages vermuteten sie geheime Klauseln. So meint die in Tanger erscheinende spanische Zeitung „El Eco Mauritano“ v. 21. 6. 1890, „daß das, was seitens Deutschlands erreicht worden ist, weiter geht als man vermutet. Wenn für den internationalen Handel bestimmte Vorteile abgefallen sind, ist es dann nicht logisch zu schließen, daß für den eigenen Vorteil noch mehr geschehen ist? Wir glauben, daß dies der Fall ist.“ Ihrer Ansicht nach ist Deutschland entschlossen, „Interessen zu kreieren, welche geeignet sind, den Marsch der übrigen aufzuhalten, die zu ihrem Verdruss eines Tages auf Deutschlands Stimme zu rechnen haben werden und es schon jetzt als einen Eindringling betrachten . . . man bahnt sich langsam den Weg und bereitet die Zukunft vor. Seinerzeit wird sich verwerten lassen, was heute mit ebensoviel Erfolg als Glück gearbeitet wird. . .“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 11885, Bl. 102f.)

¹⁸⁰ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 11885, Bl. 99ff., Tattenbach an Caprivi v. 18. 6. 1890.

¹⁷⁰ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Bd. 11883, Bl. 25–38.

¹⁷¹ Die Ministerresidentur hielt mit Rücksicht auf die von den Kaufleuten Behrend-Nüske und Weiß & Maur in Mogador geäußerten Wünsche eine Öffnung beider Häfen für nicht unbedingt erforderlich und der Stellung des deutschen Handels in Mogador für abträglich. (Ebenda, Bl. 40–43, 44, 45.)

¹⁷² DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 50843, Bl. 71ff.

¹⁷³ Ebenda, Bl. 76, Randbemerkung des Kaisers.

¹⁷⁴ Liste der militärischen Teilnehmer in: DZA Merseburg, Rep. 81, Gesandtschaft in Hamburg, Generalia Neu, G, XI, 26, Bd. 1, Bl. 182.

¹⁷⁵ Zu den Geschenken gehörten u. a. ein Springbrunnen, 5 Kisten mit Waffen und Munition aus dem Artillerie-Depot, 4 Kisten mit Gewehren, Revolvern und Hirschfängern, Patronengürteln, Patronen, Scheiben usw. (Ebenda, Bl. 189f.)

¹⁷⁶ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 11885, Bl. 84, Tattenbach an Caprivi v. 11. 6. 1890.

Bestimmungen die Konkurrenz der kapitalistischen Mächte um den größten ökonomischen und politischen Einfluß in Marokko verschärfen.

In den achtziger Jahren des 19. Jh. setzte die deutsche Diplomatie die Marokkopolitik der siebziger Jahre fort. Ihre Hauptaufmerksamkeit galt weiterhin der Stärkung der politischen und militärischen Stellung des junkerlich-bourgeois deutschen Staates in Europa, der außenpolitischen Isolierung Frankreichs zum Zwecke der Verhinderung eines Zweifrontenkrieges. Zur Erreichung ihrer aggressiven Ziele vermied sie es, sich in der Marokkofrage politisch festzulegen, sie war bemüht, im Knäuel der Widersprüche zwischen den Großmächten sich die Hände freizuhalten. Die Marokkopolitik der Reichsregierung blieb in dieser Phase beweglich. Je nach den Gegebenheiten legte sie das Schwergewicht auf die offene Billigung der französischen Expansion in Nordafrika oder auf den Versuch, Marokko gegenüber den französischen Kolonialgelüsten militärisch und wirtschaftlich den Rücken zu stärken.

Jedes aktive Eingreifen Deutschlands in die Marokkofrage mußte die bestehende internationale Mächtekonstellation zuungunsten Deutschlands verändern. Die Zurückhaltung hinderte die Regierung nicht, die Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie zur „friedlichen Durchdringung“ Marokkos, zur Schaffung „deutscher Interessen“ zwar vorsichtig, aber nichtsdestoweniger aktiv zu unterstützen. Waren sie nicht sogar Voraussetzung, um Marokko als nicht unbedeutendes Gewicht auf die Waage der internationalen Politik legen zu können? Hing die Schwere dieses Gewichts nicht von der Größe der „deutschen Interessen“ ab? Wenn ihre Förderung für die Reichsregierung hauptsächlich Mittel zur Erreichung der aggressiven Ziele in Europa war, so entsprach diese Politik andererseits den wachsenden expansionistischen Bestrebungen der deutschen Monopolbourgeoisie. Die gleichbleibende Grundlage beider Seiten der Bismarckschen Marokkokonzeption blieb die Verstärkung der ökonomischen Positionen der deutschen Großbourgeoisie in Marokko. Aber in dem Maße, wie diese in Marokko Fuß faßte, mußten ihre expansionistischen Bestrebungen über den Rahmen der außenpolitischen Konzeption hinauswachsen.

Die 1877 in Frankreich an die Regierung gelangten „gemäßigten Republikaner“ beschränkten den Weg der aktiven Kolonialpolitik. Bismarck war die Politik dieser Gruppe genehm, weil sie Frankreich in Übersee in Anspruch nahm, die Gefahr des von ihm so gefürchteten Zweifrontenkrieges verringerte und den englisch-französischen Gegensatz verschärfte. Er war bereit, der kolonialen Expansion Frankreichs in Tunesien und Marokko nichts in den Weg zu legen.¹⁸¹ Auf dem Berliner Kongreß von 1878 hatte er den Franzosen Tunis angeboten, um die Beziehungen Frankreichs zu Italien zu verschärfen. Auf der Madrider Konferenz von 1880 ließ er durch den Gesandten Graf zu Solms-Sonnenwalde die französischen Forderungen bezüglich

¹⁸¹ Seine Haltung gegenüber der französischen Kolonialpolitik in Afrika hatte Bismarck bereits in seinem Erlaß v. 17. 8. 1880 ausführlich dargelegt und begründet. (Abgedr. bei *Windelband, Wolfgang*, Bismarck und die europäischen Großmächte 1879–1885, auf Grund unveröffentlichter Akten, Essen 1940, S. 184f.)

des Protektionswesens in Marokko unterstützen¹⁸², wofür ihm die französische Regierung wärmstens danken ließ.¹⁸³ Das Entgegenkommen gegenüber den kolonialistischen Gelüsten der französischen Monopolbourgeoisie deklarierte er als Kompensation für Elsaß und Lothringen.¹⁸⁴ In dieser für die Verständigung mit Frankreich günstigen Situation waren unbedachte Äußerungen über die militärische Ausnutzung Marokkos im Falle eines Krieges unangebracht. Die militärstrategische Variante der Marokkokonzeption trat jetzt zurück. Bismarck distanzierte sich von unvorsichtigen Äußerungen, die 1883 Generalquartiermeister Graf von Waldersee gegenüber einem in der Türkei tätigen deutschen Zivilbeamten machte. Waldersee, der an einen nahe bevorstehenden Zweifrontenkrieg glaubte, ließ sich darüber aus, wie die Türkei im Kriegsfall Frankreich durch die Entfaltung von Aufständen in Nordafrika Schwierigkeiten machen könnte.¹⁸⁵ Natürlich bedeutete die Billigung der französischen Kolonialpläne gegenüber Marokko nicht, daß die Reichsregierung die Unterwerfung unter Frankreich so schnell wie möglich herbeisehnte. Auf Grund des zu erwartenden starken Widerstandes der marokkanischen Volksmassen gegen die Kolonisatoren hielt die Reichsregierung offensichtlich eine rasche Eroberung Marokkos durch Frankreich für unmöglich. Frankreich aber wäre gezwungen gewesen, bedeutende militärische Kräfte nach Marokko zu werfen, um es zu erobern, zu besetzen und gegen die Resistenz zu verteidigen. Damit wäre die deutsche Westgrenze entlastet worden. Vor allem sollte wohl Frankreich an Marokko eine harte Nuß zu knacken haben, die um so härter wäre, je größer die durch Deutschland gestärkten marokkanischen Widerstandskräfte. Zugleich würde jedes einseitige französische Vorgehen, so rechnete die Reichsregierung, unverzüglich den Widerspruch Englands, Spaniens und Italiens herausfordern. Das würde aber zur Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes, zur Vertiefung der Isolierung Frankreichs führen. Außerdem wäre Deutschland dann in die Lage gekommen, bei der Aufrollung der Marokkofrage als Vermittler aufzutreten.

Nachdem das verständigungsfreundliche erste Kabinett Ferry im Oktober 1881 von der revanchistischen Regierung Gambetta abgelöst worden war, schien der Reichsregierung die ausschließliche Begünstigung der französischen Ansprüche in Nordafrika nicht mehr angebracht. Mit ihrer Bereitschaft, gegen die Eroberung einiger marokkanischer Hafenplätze durch Spanien keinen Einwand zu erheben¹⁸⁶, hoffte sie den englisch-französischen Gegensatz zu verschärfen.

Mit der Bildung des zweiten Kabinetts Ferry 1883, das entschlossen war, die aktive koloniale Eroberung zugunsten einer Entspannung am Rhein fortzusetzen,

¹⁸² *Documents Diplomatiques Français 1871–1914*, 1. Serie, Bd 3, Nr 95 u. 189, 203, 215; *Die Große Politik*, Bd 3, S. 397ff. u. 399.

¹⁸³ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. III a, Nr 30715, Radowitz an Bismarck v. 9. 7. 1880.

¹⁸⁴ *Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu*, *Denkwürdigkeiten*, Stuttgart/Leipzig 1906, Bd 2, S. 291.

¹⁸⁵ *Holborn, Hajo*, *Deutschland und die Türkei 1878–1890*, Berlin 1926, S. 30.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 320 f.

kehrte Bismarck zu seiner früheren Haltung zurück. 1884 lehnte er das spanische¹⁸⁷, italienische¹⁸⁸ und englische¹⁸⁹ Ersuchen ab, zusammen mit den anderen Mächten gegen das französische Vordringen von Algerien aus nach Marokko Stellung zu nehmen. Die Reichsregierung bekräftigte ihre Desinteressiertheit an Marokko und ihre Entschlossenheit, in einer „derart fernliegenden Frage“ nicht aus der „gewöhnheitsmäßigen Zurückhaltung“ herauszutreten.¹⁹⁰

Die für Deutschland günstige internationale Situation, die durch die Verschärfung des französisch-italienischen (Annexion von Tunis 1881), des englisch-französischen (Annexion Ägyptens 1882) und des russisch-englischen (englisches Protektorat über Afghanistan 1880) Gegensatzes gekennzeichnet war, nutzten die herrschenden Kreise Deutschlands 1884 und 1885 zur kolonialen Eroberung aus. Da diese besonders mit den Kolonialplänen der englischen Bourgeoisie in Konflikt geriet, brauchten sie in dieser Situation Frankreich, um es gegen England ins Feld zu führen. Deshalb duldete die Reichsregierung die französischen Annexionsgelüste gegenüber Marokko. Da Frankreich ohne kontinentalen Bundesgenossen blieb und entschlossen war, seine Kolonialziele gegen den Widerstand Englands zu verwirklichen, suchte es eine Annäherung an Deutschland. Das Zusammengehen beider Mächte in der Kolonialfrage zeigte sich auf der Berliner Konferenz über die Kongo-Frage (November 1884 bis Februar 1885).

1885 wurde das Kabinett Ferry gestürzt. Der Einfluß der Anhänger der kolonialen Eroberung und der Verständigung mit Deutschland schwand. Es wuchs der Einfluß der Revanchisten, die 1886 General Boulanger auf den Sessel des Kriegsministers hoben. Seine Maßnahmen zur Verstärkung der Armee gaben den herrschenden Kreisen Deutschlands den gewünschten Anlaß, die neue Abrechnung mit Frankreich auf die Tagesordnung zu setzen. Im Januar 1887 ließen sie eine hemmungslose Kriegsstimmung entfesseln. Es scheint, daß jetzt in der Politik der Reichsregierung der Gedanke, Marokko zu einem militärischen Stützpunkt im Kampf gegen Frankreich zu machen, wieder bestimmend wurde. Dem Verfasser liegen darüber keine Akten vor, aus denen diese Politik eindeutig hervorgeht. Immerhin bezieht der erwähnte Artikel von Ax¹⁹¹ diese Jahre in seine Einschätzung mit ein. Für diese Politik spricht auch die Förderung der Krupp'schen Waffengeschäfte, die Billigung der Entsendung preußischer Offiziere zum Festungsbau in Marokko, die Teilnahme von zehn Offizieren an der deutschen Gesandtschaftsreise von 1890, die Ausbildung marokkanischer Soldaten im Berliner Garderegiment und auf dem Krupp'schen Schießplatz und die persönlichen Verhandlungen Bismarcks mit dem marokkanischen Sonderbotschafter im Jahre 1889.¹⁹² In dieser Zeit, als er die englische Interessen berührende koloniale Eroberung im transsaharischen Afrika stoppen ließ, um es England leichter zu machen,

¹⁸⁷ Ebenda, S. 552.

¹⁸⁸ Die Große Politik, Bd 3, S. 410.

¹⁸⁹ Zirkular Hatzfelds an die Botschafter v. 1. 5. 1884 (Abgedr. bei Windelband, Wolfgang, a. a. O., S. 553.)

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Siehe Anm. 50.

¹⁹² Darüber ausführlich in Kapitel III, S. 61 ff.

sich im Falle eines deutsch-französischen Krieges neutral zu verhalten, förderte Bismarck in verstärktem Maße das Eindringen des deutschen Kapitals in Marokko. Schon 1885 hatte er zur beschleunigten Fortführung der Verhandlungen mit der marokkanischen Regierung über den Abschluß eines deutsch-marokkanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages gedrängt. 1886 billigte die Regierung die Expedition Robert Jannaschs. 1889 befürwortete Bismarck den bis dahin nicht für ratsam gehaltenen Besuch der marokkanischen Gesandtschaft in Berlin.¹⁹³

Um aus der seit 1887 sich für Deutschland komplizierenden internationalen Lage herauszukommen, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden und sich die Hände freizuhalten, nutzte Bismarck auch die Differenzen aus, die England und Italien mit Frankreich in der Marokkofrage hatten. England und Italien, die über das französische Vorgehen gegenüber Marokko beunruhigt waren, schlossen am 12. 2. 1887 die sogenannte „Mittelmeerentente“. Unter dem Drucke Rußlands mußte die Reichsregierung auf einen Präventivkrieg gegen Frankreich verzichten. Frankreich und Rußland kamen sich näher.

III. Die Verstärkung der deutschen Marokkoexpansion in der ersten Hälfte der neunziger Jahre

Auf die Weltwirtschaftskrise von 1891 folgte ein neuer Aufschwung der industriellen Entwicklung. Über seine vielfältigen Ursachen bemerkte Lenin: „Der Bau riesiger Eisenbahnlinien, die Erweiterung des Weltmarktes und die Entwicklung des Handels — all das verursachte eine unerwartete Belebung der Industrie, das Entstehen neuer Betriebe, eine wilde Jagd nach Absatzmärkten, eine Jagd nach Profiten, die Gründung neuer Gesellschaften, die Einbeziehung einer großen Menge neuer Kapitalien in die Produktion...“¹⁹⁴

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erreichte ein hohes Tempo. Der Prozeß des Übergangs zum Monopolkapitalismus und die Aufteilung der Welt finden in den neunziger Jahren ihren Abschluß. Das Schwergewicht des deutschen Exports wurde in noch stärkerem Maße als in den achtziger Jahren von den Erzeugnissen der Schwerindustrie und des Maschinen- und Apparatebaues bestimmt.¹⁹⁵ Das Industriemonopol Englands wird in dieser Zeit bereits erschüttert; auf einzelnen Gebieten holt der deutsche Außenhandel England ein. Dieses hatte seine Vorherrschaft auf dem Weltmarkt zwar nicht verloren, „aber es hatte seine Monopolstellung im internationalen Handel bereits eingebüßt, mußte mit der wachsenden Kraft der deutschen Konkurrenz rechnen und hatte wenig Grund, der Zukunft optimistisch entgegenzusehen“.¹⁹⁶ Die Verstärkung der ökonomischen Konkurrenz mußte zur Entwicklung des politischen Gegensatzes zwischen beiden Staaten führen.

¹⁹³ Siehe Kapitel III, S. 64 ff.

¹⁹⁴ Lenin, W. I., Werke, Bd 5, Berlin 1959, S. 93 f.

¹⁹⁵ Oelßner, Fred, Die Wirtschaftskrisen, Bd 1, Berlin 1952, S. 274.

¹⁹⁶ Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 44 f.

In dieser Situation verstärkten sich die Anstrengungen der deutschen Großbourgeoisie zur „friedlichen Durchdringung“ Marokkos. Die Schwerindustrie, die bereits in den achtziger Jahren in das Marokkogeschäft eingestiegen war, unternahm in den neunziger Jahren noch größere Anstrengungen, um Marokko zu einem Absatzmarkt ihrer Erzeugnisse zu machen. Dabei konnte sie sich der in früheren Jahren aufgebauten Geschäftsbeziehungen bedienen und das nicht unbeträchtliche Netz deutscher Firmen sich nutzbar machen. Zugleich konnte sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf die lebhafteste Unterstützung seitens der Reichsregierung rechnen.

Zu Beginn der neunziger Jahre schmiedeten die Marokkoexpansionisten neue Pläne. Die „Exportbank“ bemühte sich in Gemeinschaft mit der von ihr finanzierten Atlas-Linie seit Ende des Jahres 1891 um die Errichtung einer Kohlenstation in Mogador oder Casablanca.¹⁹⁷ Sie ersuchte das Auswärtige Amt, durch die kaiserliche Ministerresidentur in Tanger „die marokkanische Regierung zu veranlassen... den dazu erforderlichen Platz zur Verfügung zu stellen“.¹⁹⁸ Die „Exportbank“ versprach sich von einem eigenen Kohlendepot eine Zeit- und Kostenersparnis für ihre Dampfer, die dann nicht erst nach Gibraltar zu dampfen brauchten, um zu bunkern, und damit bessere Bedingungen für den Wettbewerb mit der Firma Woermann. Zugleich sollte aber diese Kohlenstation wahrscheinlich eine Art Stützpunkt des deutschen Einflusses werden. Das Projekt wurde vom Auswärtigen Amt befürwortet. Die deutsche diplomatische Vertretung in Tanger erhielt die Anweisung, „bei der dortigen Regierung auf Erfüllung des Wunsches der Deutschen Exportbank hinzuwirken“.¹⁹⁹ Als ein Jahr danach die „Exportbank“ Aufklärung darüber verlangte, was in dieser Angelegenheit erreicht worden sei²⁰⁰, wurde diese Aufforderung erneuert.²⁰¹ Tattenbach war indessen nicht untätig geblieben und hatte bereits 1891 eine diesbezügliche Note an den Sultan gerichtet, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. Da er voraussah, daß der Antrag abgelehnt werden würde, suspendierte er vorübergehend diese Angelegenheit. Bereits vor dem Antrag der „Exportbank“ hatte Tattenbach auf Anregung einer von ihm nicht näher bezeichneten deutschen Firma mit dem Sultan verhandelt, um die Erlaubnis zu erhalten, im Hafen von Tanger schwimmende Kohlendepots (Hulks) einrichten zu dürfen. Der Sultan hatte den Antrag abgelehnt.²⁰²

Etwa zur gleichen Zeit erörterte der „Export“ „den Nutzen der Errichtung einer deutschen Bank im Sultanate Marokko“.²⁰³ Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die

¹⁹⁷ Bereits 1880 hatte die Firma Haeßner & Joachimsohn vorgeschlagen, in Tanger eine Kohlenlagerstätte einzurichten. (*Export*, 45/1880, S. 434.)

¹⁹⁸ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 22532, Bl. 81f.

¹⁹⁹ Ebenda, Bl. 83 v.

²⁰⁰ Im Brief Jannaschs an das Auswärtige Amt v. 11. 10. 1892 heißt es: „Letztere (Errichtung einer Kohlenstation — d. Verf.) halten wir im Interesse des deutschen Handels und der Schifffahrt an der westmarokkanischen Küste für so außerordentlich wichtig, daß wir die Realisierung dieses Projektes ernstlich und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiter zu betreiben gedenken.“ (Ebenda, Bl. 91.)

²⁰¹ Ebenda, Bl. 93.

²⁰² Darüber berichtet der Brief Tattenbachs an den Reichskanzler Caprivi v. 5. 12. 1892 (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 22437, Bl. 35f.).

²⁰³ *Export*, 34/1892, S. 529ff.

Finanzverhältnisse des marokkanischen Staates zu ordnen und die Zölle als wichtigste Einnahmequelle des Sultans unter Kontrolle zu bringen. Das Gelingen dieses Planes hätte ihr die Rolle eines koordinierenden Organs in der verstärkten Marokkoexpansion gegeben. Das Objekt wurde jedoch nicht realisiert.

Eine weitere Form der aktiven Förderung der Interessen der deutschen Großbourgeoisie in Marokko war die Entsendung deutscher Kriegsschiffe in marokkanische Häfen. Diese Methode der militärischen Demonstration wurde auch von anderen Mächten betrieben. Nachdem bereits der „Export“ 1883 das „öftere Erscheinen deutscher Kriegsschiffe an der marokkanischen Küste“ empfohlen hatte²⁰⁴, regte Maur, Verweser des deutschen Vizekonsulats in Mogador und verlängerter Arm Robert Jannaschs vom „Zentralverein“, 1892 die Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Mogador „im Interesse des Ansehens und der Machtstellung Deutschlands den anderen Nationen und namentlich der marokkanischen Regierung gegenüber“²⁰⁵ an. Das von Tattenbach unterstützte Gesuch wurde vom Auswärtigen Amt befürwortet und zur Kenntnis des Oberkommandos der Marine gebracht, das sich dieser Angelegenheit annahm.²⁰⁶ Im August 1892 sah das Auswärtige Amt aus nicht näher bezeichneten „politischen Gründen“ von einem Anlaufen marokkanischer Häfen durch ein deutsches Kriegsschiff vorläufig ab.²⁰⁷ Aber schon im Oktober 1892 besuchten die Kreuzer-Korvette „Prinzeß Wilhelm“ Tanger und die Kreuzerfregatte „Gneisenau“ Casablanca und Mogador. Vizekonsul Maur, der den Besuch sehr positiv einschätzte, bat darum, „derartige Besuche in regelmäßigen nichtallzufernen Zwischenräumen zu wiederholen“.²⁰⁸ Der Kaiser befahl daraufhin, „daß soweit tunlich, in Zukunft hierfür mehr geschehen solle“.²⁰⁹

Die im Handelsvertrage von 1890 verlangten Vergünstigungen befriedigten die deutsche Großbourgeoisie schon zwei Jahre später nicht mehr. Der passive Widerstand des Sultans, der die Widersprüche zwischen den europäischen Mächten geschickt ausnutzte, machte sie ungeduldig und mißmutig. Der „Export“ stellte ein ganzes Programm der offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Marokkos auf. Als Ergänzung der schon 1887 erhobenen Forderungen verlangte er u. a.:

1. die völlige Beseitigung der Ausfuhrverbote,
2. freies Niederlassungsrecht für Ausländer,
3. Schaffung eines internationalen Gerichtshofes in Tanger, der bei Streitigkeiten zwischen den Ausländern und zwischen Ausländern und Marokkanern Recht sprechen sollte,
4. ungehinderter Bau von Eisenbahnen und Telegraphenanlagen,

²⁰⁴ Ebenda, 8/1883, S. 121.

²⁰⁵ Von Maur an Tattenbach v. 31. 5. 1892 (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 53804, Bl. 73v.).

²⁰⁶ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr. 22435, Bl. 86f.

²⁰⁷ Ebenda, Bl. 131.

²⁰⁸ Ebenda, Nr. 22437, Bl. 117–119.

²⁰⁹ Ebenda, Nr. 22444, Bl. 60, Von der Goltz an Marschall von Bieberstein v. 29. 9. 1894.

5. Verbesserung der Hafenverhältnisse (Lotsen- und Sanitätsdienst, Leuchtfeuer) und Haftbarmachung der marokkanischen Regierung für alle aus den rückständigen Verhältnissen resultierenden Schäden, Anlage von Kohlendepots.²¹⁰

Diese und die bereits 1887 erhobenen Forderungen waren nicht nur Ausdruck der gröblichsten Mißachtung der Rechte eines souveränen Staates, sondern stellten ein ganzes Programm zu seiner systematischen Liquidierung und schrittweisen Verwandlung in ein Einflußgebiet der europäischen Mächte dar. Die unter Punkt 4 und 5 genannten Forderungen entsprachen genau den Wünschen der deutschen Schwerindustrie. Hatte der „Zentralverein“ nach 1886 und 1887 das Schutzgenossenwesen verworfen, so hielt er 1892 die „reservierte Stellung Deutschlands gegenüber dem Protektionswesen als unserem Handel für nachteilig“.²¹¹

Die deutsche Diplomatie, die die Marokkoexpansion der deutschen Großbourgeoisie tatkräftig förderte, war jedoch in dieser Situation nicht so dringend an einer Öffnung Marokkos interessiert, weil sie meinte, daß diese wohl oder übel vor allem England zugute käme, ohne daß sich die Beziehungen zwischen Frankreich und England dadurch verschärfen würden.²¹²

Als es 1894 im Zusammenhang mit dem marokkanischen Thronwechsel²¹³ zu Unruhen kam, wünschten die Marokkointeressenten des „Zentralvereins“ weiterhin die Erhaltung des Status quo.²¹⁴ Offenbar hielten sie ihre Stellung noch nicht für so gefestigt, um bei der Aufteilung Marokkos ein entsprechend großes Stück beanspruchen zu können. Ihnen war in erster Linie an der schnellen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Marokko gelegen.²¹⁵ Dennoch beeilten sie sich, ihre Forderungen für den Fall der Liquidierung Marokkos zu formulieren. In einer solchen Situation, meinten sie, solle Deutschland einen guten Hafen mit dem entsprechenden Hinterland an der Atlantikküste beanspruchen.²¹⁶

Die Kolonialpropaganda gegenüber Marokko erreichte einen Höhepunkt nach der Ermordung der beiden Deutschen, Neumann und Rockstroh.²¹⁷ Der „Export“ emp-

²¹⁰ *Export*, 11/1892, S. 167 f.

²¹¹ Ebenda, S. 168.

²¹² Auf den Artikel des „Berliner Tageblattes“ v. 18. 6. 1894, der ein Loblied auf die friedliche Durchdringung Marokkos sang, schrieb Ministerresident Tattenbach an Reichskanzler Caprivi am 29. 6. 1894: „Diese schön klingenden Phrasen sind mit Vorbehalt aufzunehmen . . . Es liegt viel mehr im deutschen Interesse, den gegenwärtigen Zustand noch fort dauern zu lassen, als die handelspolitischen Zustände mit einem Schlag zu ändern. Der Vorteil einer plötzlichen Erschließung würde nicht uns zugute kommen, sondern in erster Linie dem kapitalkräftigen England.“ (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 11891, Bl. 14f.)

²¹³ Sultan Mülai Hassan starb am 7. 6. 1894. Nachfolger auf dem Thron wurde sein Sohn Abd al-Aziz.

²¹⁴ *Export*, 25/1894, S. 369 f.

²¹⁵ Ebenda, 24/1894, S. 356 ff.

²¹⁶ Ebenda, S. 356.

²¹⁷ Neumann besaß eine kleine Farm in der Nähe von Casablanca. Rockstroh war Agent der Leipziger Firma Weickert & Enke und wurde in der Nähe der Stadt Safi ermordet

fahl, bei Nichterfüllung der von Tattenbach erhobenen Forderungen „Stadt und Hafen von Mogador als Pfandobjekt zu erklären und zu besetzen“.²¹⁸ Sei der Sultan nicht bereit zu zahlen, dann sollten zunächst die Zollstationen einer Hafenstadt militärisch besetzt werden. Leiste die Bevölkerung Widerstand, dann müsse die ganze Stadt besetzt, gegebenenfalls von den Kriegsschiffen beschossen werden.²¹⁹ Der Alldeutsche Verband, der in der Marokkofrage zum ersten Male in Erscheinung trat, verlangte, die Reichsregierung müsse sich als Sühne und Pfand gegen weitere Übergriffe entsprechende Rechte sichern.²²⁰

Diese Zwischenfälle waren für die Reichsregierung Anlaß zu einer militärischen Demonstration zur Erzwungung ökonomischer Zugeständnisse, die vor allem der deutschen Schwerindustrie zugute kommen sollten. 1884 entsandte sie das Kriegsschiff „Irene“ nach Tanger und Casablanca, um dem mit der Schlichtung des Zwischenfalls beauftragten Tattenbach für die Durchsetzung seiner „Forderung um Genugtuung für die erfolgte Ermordung und Beraubung eines Reichsangehörigen“²²¹ die gemäß militärische Unterstützung zu geben. Tattenbachs Bemühungen, den Zwischenfall zur Erlangung von Konzessionen auszunutzen, blieben erfolglos.

Anläßlich der Ermordung Rockstrohs entsandte die Reichsregierung Anfang Juli 1895 ein ganzes Geschwader, bestehend aus den Kriegsschiffen „Stosch“, „Hagen“ und „Kaiserin Augusta“ nach Tanger²²², um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, die „deutschen Interessen“ in Marokko wirksam zu schützen. Gemäß den von Berlin erhaltenen Weisungen begab sich Tattenbach an Bord eines Kreuzers und fuhr mit ihm nach Safi. Hier ging er mit einer Eskorte an Land und begab sich mit ihr an den Sultanshof nach Fes, um der marokkanischen Regierung ein Ultimatum zu überreichen. Das Auswärtige Amt erlaubte ihm, außer einer hohen Entschädigung von der marokkanischen Regierung folgende Konzessionen zu verlangen:

1. Erlangung einer Kabelkonzession an eine später zu gründende oder namhaft zu machende deutsche Gesellschaft;
2. Verbesserung der Leichterhältnisse im Hafen von Safi;
3. Beseitigung des in der Bucht von Mogador liegenden Wracks der „Verité“, das eine dauernde Gefährdung des Schiffsverkehrs darstellte, ggf. durch ein deutsches Sprengkommando.²²³

Die Anlage eines deutschen Kabels wäre der deutschen Elektroindustrie, die sich ebenfalls in Marokko zu interessieren begann, zugute gekommen. Hinter dem Schlagwort der Verbesserung der Leichterhältnisse verbarg sich der Wunsch, durch Lieferung von Dampfbarkassen der deutschen Schwerindustrie Aufträge zu verschaffen. Schon 1889 war Tattenbach in dieser Angelegenheit beim marokkanischen

²¹⁸ *Export*, 20/1895, S. 283.

²¹⁹ Ebenda, 32/1895, S. 445.

²²⁰ *Alldeutsche Blätter* v. 12. 5. 1895.

²²¹ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 22445, Bl. 12. Der Kommandierende Admiral Freiherr von der Goltz an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Marschall von Bieberstein, v. 12. 11. 1894. Siehe auch ebenda, Bl. 34 u. 39.

²²² *Schultheß*, Europäischer Geschichtskalender, NF, 11. Jg., 1895, S. 164.

²²³ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 11982, Bl. 9 ff. u. 19 ff.

Außenminister Sid Muhamed Torres vorstellig geworden und hatte ihn wissen lassen, daß es ihn „freuen würde, wenn der Sultan bei der eventuellen Bestellung von Dampfbarkassen die deutsche Industrie berücksichtigen würde“.²²⁴ Tattenbach, der sich damit als eifriger Förderer der Interessen der deutschen Schwerindustrie einführte, war rührend um das Wohl der deutschen Industrie besorgt. In seinem Brief an Bismarck schrieb er: „Es kann uns nur zum Vorteil gereichen, wenn der Sultan bei dieser Gelegenheit ebenso gut wie rasch bedient wird, damit er zu den Leistungen der deutschen Industrie Vertrauen gewinnt und derselben weitere Bestellungen zuwendet“.²²⁵ Den daraufhin erteilten Auftrag erhielt durch Vermittlung der Firma Woermann die Schiffswerft und Maschinenfabrik vorm. Janßen und Schmilinsky AG. Verbesserung der Hafenverhältnisse und die Einrichtung von Telegraphen waren darüber hinaus wichtige Schritte zur ökonomischen „Erschließung“ des Landes und zur Beschaffung weiterer Aufträge.

Der dem Auswärtigen Amt von Tattenbach unterbreitete Vorschlag einer längeren Besetzung von Agadir, um die Öffnung des Hafens und der Provinz Sus zu erzwingen, wurde vom Auswärtigen Amte nicht akzeptiert. Wenn dieses mit Rücksicht auf Frankreich und England nicht an eine kriegsrechtliche Aktion dachte und versicherte, den Status quo in Marokko nicht antasten zu wollen²²⁶, so zeigte die Entsendung des Geschwaders, was von der dem Sultan gegenüber verschiedentlich beteuerten „deutschen Freundschaft“ zu halten war. Trotz der erpresserischen Methode gelang es Tattenbach nicht, Konzessionen zu erlangen. Immerhin erpreßte er eine Entschädigung von 200000 Francs für die Leipziger Firma Weickert & Enke, deren Agent Rockstroh war, und die Hinterbliebenen des Ermordeten. Erwähnenswert ist, daß die Firma Weickert & Enke aus der Ermordung ihres Vertreters einen zusätzlichen Gewinn herauszuschlagen hoffte. In ihre dem Auswärtigen Amt gesandte Schadenersatzberechnung stellte sie die im Jahre 1895 möglicherweise zu realisierenden Profite in Marokko in Rechnung. Das Auswärtige Amt erkannte zwar nicht alle Forderungen der Firma an, unterstützte jedoch im großen und ganzen ihre Ansprüche und ließ sie von Tattenbach durchsetzen, obwohl es dem Auswärtigen Amt „von vornherein zweifelhaft erschien, ob sie völkerrechtlich überhaupt vertreten werden konnten“.²²⁷

Der durch den Handelsvertrag und die direkten Schiffsverbindungen begünstigte Aufschwung des deutschen Marokkohandels zeigt sich wie folgt: Der Anteil Deutschlands am marokkanischen Gesamtaußenhandel stieg von 4,6 Prozent im Jahre 1890 auf 12,0 Prozent im Jahre 1899.²²⁸

²²⁴ DZA Merseburg, Rep. 81, Preuß. Gesandtschaft in Hamburg, G XI, 26 Bd 1 Bl. 93f., Tattenbach an Bismarck v. 26. 7. 1889.

²²⁵ Ebenda, Bl. 94.

²²⁶ Die Große Politik, Bd 9, S. 418ff.

²²⁷ Sächs. Landeshauptarchiv Dresden, Außenministerium Nr 6916, Heft; Ermordung des Reisenden Rockstroh, Bl. 23, Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Königlich-Sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten v. 23. 4. 1896; über den ganzen Vorgang siehe die Blätter 2–25.

²²⁸ Siehe Williamson, a. a. O., S. 127.

Ein genaues Bild des deutschen Handels mit Marokko zu geben ist nicht möglich. Die Handelsstatistiken wurden von den Konsuln in den marokkanischen Häfen anhand der Schiffsladeverzeichnisse angefertigt. In den Statistiken des deutschen Marokkohandels wurden nur die auf deutschen Schiffen beförderten Güter erfaßt. Da auch nach 1890 noch immer ein beträchtlicher Teil der von deutschen Firmen exportierten Produkte über englische und französische Häfen verfrachtet und auf englischen und französischen Schiffen befördert wurde, sind diese in der deutschen Handelsstatistik nicht erfaßt. Die Ungenauigkeit der Statistiken des Marokkohandels wird noch von anderen Faktoren verursacht.²²⁹ So erscheinen die von der marokkanischen Regierung gekauften Waren im allgemeinen nicht mit in der Statistik. Ferner fehlte eine Kontrolle darüber, ob die angegebenen Preise dem wirklichen Wert der Waren entsprechen. Unter diesen Gesichtspunkten muß der deutsche Anteil am marokkanischen Außenhandel höher veranschlagt werden, als die Statistiken aussagen. Die Exporte der deutschen Leichtindustrie nach Marokko umfaßten hauptsächlich Textilien, Metallwaren, Farben, Porzellan und Steingutwaren, Lichte, Spirituosen, Zucker, Papier und Glaswaren. Deutschland importierte aus Marokko Mandeln, Wachs, Olivenöl, Häute, Zerealien, Wolle und Gummi arabicum.²³⁰ Wurde bis 1890 der größte Teil des deutschen Handels über Tanger abgewickelt, so traten seit den neunziger Jahren die marokkanischen Atlantikhäfen, besonders Mogador, Mazagan, Casablanca in den Vordergrund. In Mogador und Safi übertraf der deutsche Handel Ende der neunziger Jahre zeitweilig den französischen Anteil.²³¹ Insgesamt nahm Deutschland im Handel mit Marokko am Ende der neunziger Jahre nach England und Frankreich den dritten Platz ein.

Zwischen der Reederei Woermann und der Atlas-Linie entspann sich bald ein heftiger Konkurrenzkampf. Woermann, der sich bisher aus dem Marokkogeschäft herausgehalten und seine koloniale Aktivität auf die westafrikanischen Gebiete konzentriert hatte, witterte in Marokko Profite.

Die Atlas-Linie, die ihren Betrieb auf gecharterten Schiffen durchführte, war der Woermann'schen Konkurrenz nicht gewachsen. Im Sommer des Jahres 1895 kaufte Woermann die Atlas-Linie auf. Im gleichen Jahre richtete auch die Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffsreederei einen regelmäßigen Liniendienst nach Marokko ein.

In den neunziger Jahren verstärkte die deutsche Schwerindustrie ihre in den achtziger Jahren aufgenommenen Bemühungen, Marokko zu einem Absatzmarkt ihrer Produkte zu machen.

Die Firmen wie Krupp, Gruson, Siemens, Berliner Maschinen-AG (vorm. Schwarzkopf) bemühten sich seit den achtziger Jahren des 19. Jh. (Krupp schon eher) auf dem marokkanischen Markte Fuß zu fassen. In den Bestrebungen des Sultans Mülai Hasan zur Stärkung des militärischen Potentials seines Reiches, zur Anlage

²²⁹ Siehe Mohr, Paul, Le Maroc et les intérêts allemands, in: Revue économique internationale, Brüssel, 5/1904, S. 652f.

²³⁰ Siehe Deutsches Handelsarchiv, Jg. 1890 ff.

²³¹ Zusammenfassende Statistiken bei Mohr, Paul, Le Maroc et les intérêts allemands, a. a. O., S. 671 f.

moderner Befestigungsanlagen und zur technischen Modernisierung seiner Armee sahen sie Möglichkeiten, durch Lieferung des benötigten Kriegsmaterials profitable Geschäfte zu machen. Der Sultan war jedoch klug genug, zur Verwirklichung seiner Verteidigungsmaßnahmen nicht nur an eine europäische Macht heranzutreten, sondern die Aufträge sowohl an französische, englische, als auch italienische und deutsche Firmen zu vergeben.

Nachdem Krupp bereits Ende der siebziger Jahre seinen Agenten Conring zur Anbahnung von Geschäften mit der Regierung nach Marokko geschickt hatte, gelang der Essener Waffenfirma 1884 der Abschluß eines Vertrages über die Lieferung einer Batterie Feldkanonen. Bis 1890 folgten die Lieferung einer Gebirgsbatterie, eines Mörsers und eines 4-cm-Geschützes.²³² In den achtziger Jahren entsandte der Sultan zwölf marokkanische Soldaten zur artilleristischen Ausbildung auf den Schießplatz der Firma Krupp.²³³

Da der Sultan die Absicht hatte, die Häfen von Rabat-Salé und Mogador befestigen zu lassen, ersuchte er Ende 1885 die Firma Krupp, einen Ingenieur zu senden, der Vorschläge für die Armierung der Häfen ausarbeiten sollte. Krupp maß dieser Angelegenheit große Bedeutung bei, nicht nur weil davon die Bestellung des benötigten Geschützmaterials abhing, sondern auch deshalb, weil sie „für den Einfluß der deutschen Industrie in Marokko überhaupt von Bedeutung“ sein konnte.²³⁴ Er gewann für diese Aufgabe den Ingenieur Oberstleutnant a. D. Reinhold Wagner. Zusammen mit einem ihm begleitenden aktiven, auf drei Monate beurlaubten preußischen Offizier, reiste er im Juni 1886 unter Geheimhaltung seines Auftrages nach Marokko.²³⁵ Wagner war nicht nur Beauftragter Krupps; zugleich übernahm er die Interessenvertretung von Gruson-Magdeburg, Siemens²³⁶ und der Berliner Maschinen-AG.²³⁷ Wagner fertigte umfassende Entwürfe für die Befestigung von Rabat-Salé und Mogador an, die die Zustimmung des marokkanischen Kriegsministers fanden. Ihm ging es um die Errichtung kostspieliger Anlagen, die seinen Geldgebern große Aufträge und hohe Gewinne bringen sollten und die Möglichkeit boten, auf den Sultan größeren Einfluß zu gewinnen und der deutschen Industrie eine Vorrangstellung zu sichern. In einem Brief an Bismarck vom 11. 11. 1886 schreibt Wagner über seine Befestigungsentwürfe:

„Wenn der letztere (der Sultan – H. N.) sich zur Ausführung derselben entschlösse, würde für etwa 15 Millionen Francs Kriegsmaterial (Geschütze und Munition, Panzerungen, Seeminen, elektrische Apparate) sowie für einige Millionen Baumaterial zu liefern gewesen sein, während deutsche Techniker bei den Bauten selbst Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung gefunden hätten. Vertraulich war mir aber

²³² DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 8136, Bl. 129.

²³³ Ebenda, Nr 8476, Bd 1, Bl. 66.

²³⁴ Ebenda, Bd. 2, Bl. 2 f.

²³⁵ Ebenda, Bl. 22 u. 27 ff.

²³⁶ Von der Firma Siemens stammten offensichtlich die von ihm mitgenommenen elektrischen Apparate, die er den Beauftragten des Sultans vorführte.

²³⁷ Siehe DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 11884, Bl. 4, Berliner Maschinen-AG an Auswärtiges Amt v. 31. 1. 1889.

mitgeteilt, daß der Sultan es bei der Befestigung von Rabat, Salé und Mogador nicht bewenden lassen, sondern noch sieben andere Küstenplätze befestigen wolle. Das Gesamtobjekt, welches in Aussicht stand, würde daher ein sehr bedeutendes gewesen sein. Erwähnung verdient hierbei außerdem, daß ich auf rein militärische Motive hin, sowohl für Mogador, wie für Rabat und Salé, als integrierende Bestandteile meiner Projekte, habe Hafenbauten entwerfen können, so daß ... die Ausführung der Entwürfe auch dem Handelsverkehr große Vorteile gewähren würde ... Ich konnte also Marokko mit Befriedigung und mit den besten Erwartungen verlassen.“²³⁸

Da diese Pläne durch den plötzlichen Tod des Kriegsministers und die Entsendung einer französischen Gesandtschaft an den Hof des Sultans gefährdet schienen, ersuchte Wagner den Reichskanzler, die auf dem Spiele stehenden deutschen Interessen durch Einwirkung auf den Sultan tatkräftig zu unterstützen und dem französischen Einfluß entgegenzuwirken. Denn, so meinte er, die Lieferung des Kriegsmaterials „wird sicherlich nur den Angehörigen desjenigen Staates zufallen, der in Marokko auch den überwiegenden politischen Einfluß hat.“²³⁹ Wagner selbst strebte danach, als militärischer Ratgeber vom Sultan engagiert zu werden.²⁴⁰ Das Auswärtige Amt nahm auf Grund außenpolitischer Erwägungen davon Abstand, auf den Sultan im Sinne der Wagner'schen Pläne auf diplomatischem Wege einzuwirken, wies den Ministerresidenten jedoch an, die Interessen Wagners – sprich Krupps – in geeigneter Form wahrzunehmen.²⁴¹ Die Firma Krupp hatte sich inzwischen in dem bei der deutschen Ministerresidentur in Tanger angestellten Dragoman Mansūr Melhameh einen Verbindungsmann zum Sultanspalast geschaffen.²⁴² Auf ihren energischen Protest hin unterließ es das Auswärtige Amt, den Dragoman in der Vermittlung der Krupp'schen Geschäfte zu beschränken.²⁴³ Krupp betätigte sich zugleich als Vermittler des Kaufs von Handfeuerwaffen, Patronen und Schießpulver für die marokkanische Regierung, wobei die Firma Haeßner & Joachimsohn als Zwischenhändler fungierte.

1888 ließ Krupp Wagner fallen und die Interessen künftig durch den Ing.-Leutnant Rottenburg²⁴⁴ vertreten. Dieser leitete den Bau des Forts von Rabat. Durch die Fürsprache Rottenburgs erhielt Krupp im Juni 1891 den Auftrag zur Armierung

²³⁸ Ebenda, Nr 8476, Bl. 34 f.

²³⁹ Ebenda, Bl. 40.

²⁴⁰ Ebenda, Bl. 50 f.

²⁴¹ Ebenda, Auswärtiges Amt an Testa v. 17. 11. 1886.

²⁴² Mansūr Melhameh fertigte die Übersetzungen der Kruppschen Briefe an den Sultan an. Zugleich vermittelte er den „persönlichen Meinungsaustausch mit den marokkanischen Ministern“, deren Vertrauen er genoß. Er hatte auch die Mission Wagners und die Entsendung von zwölf marokkanischen Soldaten nach dem Kruppschen Schießplatz zu ihrer Artilleristenausbildung vermittelt und begleitete Kriegsminister Bargaš auf seiner Reise nach Berlin und Essen im Jahre 1884. (Ebenda, Bl. 66.)

²⁴³ Ebenda, Bl. 65 u. 71. Um den Anschein amtlicher Vermittlung zu vermeiden, wurde jedoch die Firma aufgefordert, alle Mitteilungen an den Dragoman an die Firma Haeßner & Joachimsohn auf Couverts ohne Kruppschen Firmenstempel zu adressieren. (Ebenda Bl. 72 ff. u. 74.)

²⁴⁴ Bruder des Chefs der Reichskanzlei.

des Forts mit zwei 26-cm-Geschützen. Um das Geschäft perfekt zu machen, nötigte Krupp den Sultan gleichzeitig zur Abnahme eines 500-to-Dampfers, mit dem das Geschützmaterial transportiert werden sollte. Die Gesamtkosten der Armierung beliefen sich auf 1,9 Millionen Goldfranken.²⁴⁵ Die Kruppschen Waffenlieferungen an den Sultan wurden von englischen diplomatischen und Geschäftskreisen mit Argwohn verfolgt.²⁴⁶ England fürchtete um seinen Einfluß am marokkanischen Hofe und um die beherrschende Rolle an der westlichen Einfahrt zum Mittelmeere.

Das Gruson-Werk in Magdeburg bemühte sich, den Auftrag zur Lieferung von Panzerplatten für das erbaute Fort zu erhalten. Nachdem es mit dem außerordentlichen Botschafter des Sultans, der Ende Januar-Anfang Februar 1889 in Deutschland weilte, Verbindung geknüpft hatte (was übrigens auch die Berliner Maschinen-AG tat)²⁴⁷, sandte die Firma Gruson im Juni des gleichen Jahres den Premierleutnant a. D. Ernst Diederichs nach Marokko, dem es durch Vermittlung Rottenburgs und tatkräftiger Unterstützung Tattenbachs gelang, dem Sultan die Modelle der Panzerungen vorzuführen.²⁴⁸ Ob es zur Lieferung der Platten gekommen ist, geht aus den Akten nicht hervor; es ist aber wohl anzunehmen.

All die Geschäfte wurden vom deutschen Ministerresidenten unter ausdrücklicher Befürwortung des Auswärtigen Amtes tatkräftig gefördert. Das Auswärtige Amt war jedoch darauf bedacht, mit Rücksicht auf die Politik gegenüber England und Frankreich diese Unterstützung geheim zu halten. Es versah Wagner mit einem Empfehlungsschreiben an den Sultan²⁴⁹ und wies Testa, den deutschen Ministerresidenten, an, Wagner mit „Rat und Auskunft behilflich zu sein“.²⁵⁰ Die deutsche Ministerresidentur wurde faktisch zu einem Vermittlungsbüro für die Geschäfte Krupps u. a. Rüstungsindustrieller, was auch die Sanktionierung der außeramtlichen Tätigkeit des Dragomans deutlich zeigt. Ministerresident Tattenbach identifizierte sich so sehr mit den Waffengeschäften Krupps, daß er es für erstrebenswert hielt, „wenigstens in dieser Branche alle übrigen nicht deutschen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen“.²⁵¹ Die wohlwollende Förderung der Kruppschen Waffengeschäfte durch die Reichsregierung zeigte sich noch deutlicher 1899 beim Geschützkauf durch die marokkanische Regierung. Krupp versuchte bei dieser Gelegenheit, noch drei Kanonenboote loszuwerden. Als Gefahr bestand, daß das Geschäft nicht zustande kommt, wurde Ministerresident Schenck zu Schweinsberg vom Auswärtigen Amte angewiesen, der Sache „besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden“ und „auf Berücksichtigung der deutschen Interessen hinwirken zu wollen“.²⁵² So gelang es, Krupp den Auftrag zur

²⁴⁵ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 8476, Bl. 149.

²⁴⁶ *Al Maghreb al Aksa*, das Organ der englischen Gesandtschaft in Tanger, v. 23. 10. 1892. Übersetzung in DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 8476, Bl. 153ff. Die Zeitung bezeichnet den Waffenkauf als nutzlose Geldausgabe.

²⁴⁷ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 11884, Bl. 3 f.

²⁴⁸ Ebenda, Nr 8136, Bl. 37 u. 78 f.

²⁴⁹ Ebenda, Nr 8476, Bl. 81f., Notiz Raschdaus v. 22. 5. 1888.

²⁵⁰ Ebenda, Bl. 23, Auswärtiges Amt an Testa v. 1. 6. 1886.

²⁵¹ Ebenda, Bl. 116.

²⁵² Ebenda, Nr 8477, Bl. 9 f.

Lieferung von zwölf Feldgeschützen zu sichern²⁵³, unter Zwischenschaltung der Firma Haeßner & Joachimsohn, die im Namen der Firma Krupp den Lieferkontrakt unterzeichnete.²⁵⁴ Die Firma Haessner & Joachimsohn wurde immer mehr zur Kruppschen Verkaufsagentur in Marokko.

In der Handelsstatistik der Jahre ist ein starkes Anwachsen der Einfuhr von Kriegsmaterial zu beobachten. In Rabat wurde

1890 für 2400 Pfund Sterling Schießpulver aus Deutschland eingeführt;

1893 für 20863 Pfund Sterling;

1894 für 31420 Pfund Sterling. In Larasch wurde

1892 für 365500 Francs Munition aus Deutschland gelandet.²⁵⁵

Im Jahresbericht für 1890 des deutschen Vizekonsulats in Casablanca wird die Einfuhr von 600 Fässern Schießpulver aus Deutschland erwähnt.²⁵⁶

Die deutschen Waffen- und Munitionslieferanten, darunter Hamburger Firmen, beschränkten sich nicht auf die offiziellen Lieferungen an die Regierung, sondern versorgten auch durch den Schmuggel die rebellierenden Stämme. „Der biedere Kapitän Karow, der mit einem einzigen alten Regierungsdampfer... den vierhundert Kilometer langen Küstensaum überwachte, mochte es sich zehnmal überlegen, ehe er seine mit Stricken an der Reeling festgebundene Kanone auf einen „lütten Hamburger Jung“ richtete, wenn er Waffen an Orten landete, wo es sozusagen verboten war“.²⁵⁷ Die Reichsregierung billigte stillschweigend den Schmuggel. Als 1895 offenkundig wurde, daß der Kapitän des „Zeus“, Siebert, in Casablanca einen Schmuggel in großem Umfange betrieben hatte, empfahl sie dem Vizekonsul in Mogador, der die von den Konsuln Englands, Spaniens und Frankreichs gegen den Schmuggel ergriffenen Maßnahmen aktiv unterstützte, größere Zurückhaltung.²⁵⁸ Im Unterschied zu Spanien, England und Frankreich hatte die deutsche Regierung keinen Grund, eine moderne Bewaffnung der marokkanischen Stämme befürchten zu müssen. Offensichtlich glaubte sie, die mit modernen Gewehren ausgerüsteten Stämme könnten in der Lage sein, einem spanischen oder französischen Angriff erheblichen Widerstand zu leisten und die angreifenden fremden Armeen zwingen, große militärische Anstrengungen zu unternehmen. Die Außenpolitik der Jahre 1888/89 hatte die Wesenszüge der Außenpolitik des sogenannten „Neuen Kurses“ bestimmt. In den Jahren von 1890 bis 1897 verschlechterten sich die deutsch-russischen Beziehungen, vor allem unter dem Einfluß der Militärclique um Waldersee, der auf einen Präventivkrieg mit Rußland hinarbeitete. Der deutsche Generalstab schmiedete seit den siebziger Jahren Pläne eines aggressiven Zweifrontenkrieges, auch wenn die Diplomatie sich anschickte, ihn nach Möglichkeit zu vermeiden. Die aggressiven Ziele Deutschlands gegenüber Rußland und Frankreich waren in entscheidendem Maße mitbestimmend für die

²⁵³ Ebenda, Bl. 33.

²⁵⁴ Ebenda, Bl. 26.

²⁵⁵ *Deutsches Handelsarchiv*, 1892 II, S. 478; 1893 II, S. 104; 1894 II, S. 232; 1895 II, S. 416.

²⁵⁶ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Abt. II, Nr 53819, Bl. 5.

²⁵⁷ Siehe *Hallgarten*, *George W. F.*, a. a. O., S. 512; siehe ferner *Karow*, *Leonard*, Neun Jahre in marokkanischen Diensten, Berlin 1909.

²⁵⁸ DZA Merseburg, Auswärtiges Amt, Abt. III a, Nr 33691, Bl. 39–42.

Herstellung des französisch-russischen Bündnisses von 1893. Obwohl die Verwirklichung der Herrschaftspläne des deutschen Imperialismus unweigerlich zu einem Zweifrontenkrieg führen mußten, gaben die regierenden Kreise ihre Hoffnungen noch nicht auf, Frankreich in die Isolierung zurückzuführen. Unter Ignorierung der sich immer mehr vertiefenden ökonomischen Gegensätze zwischen England und Deutschland versuchte die Regierung Caprivi durch koloniale Zugeständnisse und den Verzicht auf den Flottenbau, England auf die Seite des Dreibundes zu ziehen. Die deutsche Marokkopolitik stand ganz im Zeichen der Verfolgung dieser Ziele.

Der leitende Gedanke der deutschen Marokkopolitik war — wie unter Bismarck — England und Frankreich, die beide koloniale Ansprüche auf Marokko erhoben, durch Marokko zu entzweien, eine Annäherung unter allen Umständen zu verhindern und England zum Anschluß an den Dreibund zu veranlassen.²⁵⁹

Deshalb unterstützte die deutsche Diplomatie die englischen Ansprüche in Marokko und hielt eine Verständigung zwischen England und Frankreich über Marokko für so gut wie ausgeschlossen. Das Auswärtige Amt wünschte, „daß England durch Besitzergreifung von Tanger und Spartel sich in dauernde akute Gegnerschaft zu Frankreich bringe“.²⁶⁰

Das Auswärtige Amt wünschte zugleich ein französisches Vorgehen in Marokko, weil es nicht nur den Konflikt mit England zuspitzen, sondern auch die Westgrenze entlasten würde. Die Rücksichtnahme auf die italienischen Interessen in Nordafrika legte dieser Politik jedoch gewisse Beschränkungen auf.²⁶¹

Im Auswärtigen Amte wuchs die Besorgnis, Italien könne vom Dreibund abspringen, die Freundschaft mit Frankreich suchen, um in Nordafrika besser zum Zuge zu kommen. Die deutsche Außenpolitik bemühte sich, das unter allen Umständen zu verhindern. Sie unterstützte die italienischen Forderungen in Nordafrika bedingt, zwang aber Italien, die Kolonialinteressen dem außenpolitischen Hauptziel Deutschlands unterzuordnen.²⁶²

Die deutsche Diplomatie billigte auch die spanischen Expansionsbestrebungen gegenüber Marokko²⁶³, weil sie sie für geeignet hielt, England Appetit zu machen.

Die deutsche Marokkopolitik zeichnet sich auch in der Zeit des „Neuen Kurses“ durch Zurückhaltung aus. Die Reichsregierung bekräftigte wiederholt, in Marokko keine eigenen direkten kolonialen Interessen zu verfolgen.²⁶⁴ Sie hütete sich nach wie

²⁵⁹ *Die Große Politik*, Bd 8, Nr 1916, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von Marschall, an den Botschafter in London, Grafen von Hatzfeld, v. 31. 3. 1891.

²⁶⁰ Ebenda, Nr 1919, Marschall an Hatzfeld v. 13. 6. 1891. Siehe auch ebenda, Nr 1945, Marschall an Tattenbach v. 4. 5. 1892.

²⁶¹ Ebenda, Nr 1914, Marschall an Hatzfeld v. 25. 12. 1890: Nr 1915, Hatzfeld an Caprivi v. 6. 1. 1891.

²⁶² Ebenda, Nr 1956, Bülow an Caprivi v. 28. 2. 1894, u. Nr 1957, Bülow an Caprivi v. 9. 3. 1894.

²⁶³ Im Dezember 1893 bemerkte der Kaiser zum Telegramm Hatzfelds an das Auswärtige Amt v. 7. 12. 1893, er habe „auch nichts dagegen“, wenn die Spanier zur Sicherung ihrer Niederlassung die Halbinsel Melilla teilweise oder auch ganz nehmen wollen. (Ebenda, Nr 1954.)

vor, sich nach einer Seite hin festzulegen und war darauf bedacht, sowohl gegenüber England, als auch gegenüber Frankreich und Spanien freie Hand zu behalten, um je nach der veränderten Situation dem Hauptziel zuzusteuern.

Als die italienische Regierung, beunruhigt über die französische Absicht, die Tuat-Oasen zu besetzen, im September und Oktober 1891 die Reichsregierung ersuchte, im Einklang mit Italien, England und Spanien eine Demarche zu unternehmen²⁶⁵, lehnte das Auswärtige Amt ab und beschwor die italienische Regierung, ein Eintreten in der Marokkofrage von der englischen Mitwirkung abhängig zu machen und ja nichts zu unternehmen, falls sich England nicht engagiere.²⁶⁶ Sie wollte vor allem erreichen, daß England sich gegen Frankreich exponiert und dadurch eine Verschärfung der Gegensätze hervorruft.²⁶⁷ Aber Salisbury hielt die Tuat-Affäre für nicht wichtig genug, um sich mit Frankreich zu überwerfen.²⁶⁸

Das Auswärtige Amt war zu dieser Zeit an einer internationalen Konferenz über die Marokkofrage, wie sie offensichtlich Spanien erstrebte, nicht interessiert. Es glaubte, daß dadurch Frankreich die Möglichkeit erhält, sich leichter die Unterstützung Rußlands zu sichern. Es ließ wissen, daß es nicht gewillt war, sich schützend vor Marokko zu stellen. Deutschland könnte „eine eventuelle Reserve nicht für Marokko, sondern nur für Italien sein“.²⁶⁹ Die Reichsregierung war in dieser Situation bereit, ohne eigene koloniale Forderungen in Marokko zu erheben, der Liquidierung Marokkos zuzustimmen, wenn diese zur Verschärfung der englisch-französischen Gegensätze und zur Stärkung des Dreibundes führen würde. Sie war entschlossen, diesem Hauptziel die sich immer weiter spannenden Ambitionen der deutschen Marokkointeressenten unterzuordnen, wenn auch nicht aufzugeben. Zugleich aber bewahrte sie sich die Handlungsfreiheit, jederzeit zur Politik der Erhaltung des Status quo zurückzukehren und half der deutschen Bourgeoisie, die Positionen in Marokko zu festigen und zu erweitern.

Daß selbst innerhalb der diplomatischen Kreise des Reiches hinter der Fassade der offiziellen Politik Marokko heimlich als Kolonisationsobjekt betrachtet wurde, zeigt der Privatbrief des deutschen Botschafters in Paris, Grafen zu Münster, an Holstein vom 10. 5. 1892, in dem es heißt:

²⁶⁴ Ebenda, Nr 1915, Hatzfeld an Caprivi v. 6. 1. 1891: Nr 1918, 1. Sekretär der Botschaft in London, Graf v. Metternich, an Caprivi, v. 10. 6. 1891: Nr 1931, Marschall an Stumm v. 2. 11. 1891.

²⁶⁵ Ebenda, Nr 1923, Aufzeichnung Marschalls v. 8. 9. 1891, u. Nr 1924, Marschall an Hatzfeld v. 21. 10. 1891, Anlage 2.

²⁶⁶ Ebenda, Nr 1924 Anlage 2.

²⁶⁷ Ebenda, Nr 1928, Marschall an Hatzfeld v. 28. 10. 1891, u. Nr 1931, Marschall an Stumm v. 2. 11. 1891.

²⁶⁸ Ebenda, Nr 42, Marschall an Hatzfeld v. 19. 11. 1891. Siehe ferner: Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, hg. v. Norman Rich u. M. A. Fischer, Deutsche Ausg. v. Werner Frauentdienst, 4 Bde, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956 ff., Bd 3, S. 352, Dok. Nr 352, Hatzfeld an Holstein v. 11. 11. 1891.

²⁶⁹ *Die Große Politik*, Bd 8, Nr 1934, Marschall an Stumm v. 5. 11. 1891, u. Nr 1930, Marschall an Hatzfeld v. 2. 11. 1891.

Im April 1881 eröffnete Frankreich, einen Grenzzwischenfall ausnutzend, die Kriegshandlungen. Nachdem die französische Armee mit zwei Kolonnen in tunesisches Gebiet eingedrungen war und Truppen im Gebiet von Biserta gelandet hatte, eroberte sie im Laufe von anderthalb Monaten Nordtunesien, ohne auf ernsthaften Widerstand der schwachen Armee des Bey gestoßen zu sein. Der Bey war gezwungen zu kapitulieren und erklärte sich am 12. Mai 1881 bereit, den Vertrag von Bardo zu unterzeichnen, der die militärische Besetzung Tunesiens sanktionierte und das Land in außenpolitischen, militärischen und finanziellen Fragen seiner Selbständigkeit beraubte.

Als Antwort auf die Unterzeichnung des Vertrages und die französische Okkupation begann das tunesische Volk einen Aufstand, der den größten Teil des Landes erfaßte. Zur Unterdrückung des Volksaufstandes mußten die Franzosen eine sogenannte „zweite tunesische Kampagne“ durchführen. Nach der Bombardierung von Sfax und der Eroberung der Stadt im Juli 1881, nach grausamen Strafexpeditionen und der Einnahme von Kairouan im Oktober 1881 war der organisierte Widerstand gebrochen. Es begannen die „Befriedung“ des Landes und die Errichtung des Protektorats, das endgültig in der Konvention von La Marsa vom 8. Juni 1883 juristisch sanktioniert wurde. Die gesamte Macht in Tunesien ging faktisch in die Hände des französischen Generalresidenten über.

Die Eroberung Tunesiens eröffnete der Ausplünderung des tunesischen Volkes große Möglichkeiten, die von der französischen Bourgeoisie auch unverzüglich ausgenutzt wurden. Die Lage in Tunesien in den ersten Jahren nach der Okkupation charakterisierend, schrieb der bekannte russische Journalist M. Venjukov: „Bis jetzt ist in Tunesien vor allem der Wunsch der Franzosen spürbar, das Land ‚auszubeuten‘..., indem sie aus dem Volke Geld für die Bezahlung der Kupons für tunesische Obligationen, die französisch geworden sind, herausziehen. Außerdem macht der katholische Proselytismus auf sich aufmerksam. Von Wohltaten der französischen Herrschaft ist bis jetzt nichts zu vernehmen, zumindest nicht von unvoreingenommenen Beobachtern.“⁵ Die Eroberung wurde im Interesse einer kleinen Gruppe französischer Kapitalisten und Bankiers durchgeführt. Darüber schreibt Jules Guesde: „C'est la classe qui vit de spéculation, — de toutes les spéculations industrielles, commerciales, financières, — qui est appelée à bénéficier de ce que la presse gouvernementale elle-même appelé la conquête de la Régence“.⁶

Die französischen Bankiers und Kapitalisten raubten die Bodenschätze Tunesiens und exportierten besonders Phosphate und Eisenerze nach Frankreich. Ihnen gehörten die wenigen Betriebe der verarbeitenden Industrie, die Reedereien, die Verkehrs- und Kommunalunternehmen sowie die Banken. Französische Gesellschaften monopolisierten den Außenhandel Tunesiens, und auch gewaltige Flächen fruchtbaren tunesischen Bodens kamen in den Besitz der Kolonialherren.

Der Prozeß der Besitzergreifung des Bodens durch Franzosen und andere Europäer und ihrer Ansiedelung in Tunesien erhielt, sofern er ohne Vermittlung der Kolo-

nialverwaltung vor sich ging, die Bezeichnung „private“ Kolonisation. Die Protektoratsregierung förderte durch eine Reihe von Gesetzen (Gesetz über den Boden vom 1. Juli 1885, die Gesetze über die Habous von 1885 bis 1905 u. a.) diesen Prozeß auf jede Weise, leitete ihn aber nicht unmittelbar. Im Unterschied zu diesem unorganisierten Prozeß der Verdrängung der Tunesier von ihrem Grund und Boden nannte sich die Auswanderungsbewegung, die von der Kolonialverwaltung organisiert wurde, „offizielle“ Kolonisation.

I. Die Ursachen und das Wesen der „offiziellen“ Kolonisation

Die „private“ Kolonisation führte zur Herausbildung französischen Großgrundbesitzes in Tunesien. Der größte Teil des Bodens, der Eigentum der Europäer geworden war, befand sich in den Händen von großen Kolonisten und Boden-Aktiengesellschaften. Im Jahre 1892 gehörten von 432 963 Hektar, die Eigentum der Franzosen waren, 416 666 Hektar 116 Großgrundbesitzern.⁷ Am 31. Dezember 1900 besaßen 1167 französische Kolonisten 531 115 Hektar⁸, d. h., im Durchschnitt kamen auf jeden Kolonisten etwa 450 Hektar.

Da die „private“ Kolonisation, die sich über gewaltige Flächen fruchtbaren Bodens erstreckte, eine Wirtschaftsform hervorbrachte, die durch Großgrundbesitz charakterisiert war, förderte sie nicht die Besiedelung des Landes durch französische Bauern. Es entstanden in Tunesien keine französischen Dörfer und keine kompakten Gruppen einer französischen Landbevölkerung. Diese Tatsache beunruhigte die französischen Kolonisatoren sowie die Führer und Inspiratoren der französischen Kolonialpolitik außerordentlich.

In innenpolitischer Hinsicht sahen die französischen Kolonisatoren in der Schaffung einer zahlreichen, vom Geist des Chauvinismus durchdrungenen französischen Bevölkerung in Tunesien nicht nur einen Faktor zur Assimilierung der tunesischen Araber, sondern auch eine große Reserve für den Fall eines Aufstandes der einheimischen Bevölkerung. Für sie bedeutete die Ansiedlung zahlreicher französischer Bauern in erster Linie die Schaffung einer örtlichen Kaderreserve für die französische Armee. Einer der markantesten Anhänger der Politik der Besiedelung Tunesiens mit französischen Bauern, Jules Saurin, schrieb: „Quelle force pour notre influence si 10 000 Français établis en Tunisie fournissaient 30 000 soldats réservistes ou territoriaux!“⁹ Hinter dem Rücken der Bauern „aus der Heimat“ gedachten sich die französischen Grundbesitzer, die Angriffe der einheimischen Bevölkerung befürchteten, zu verbarrikadieren. Nicht zuletzt strebte der französische Imperialismus auch danach, in Gestalt der kleinen französischen Besitzer eine ständige soziale Stütze in Tunesien zu schaffen, die seine langjährige und dauerhafte Herrschaft sichern sollte.

⁷ Régence de Tunis. Procès-verbaux de la Conférence Consultative, 7 session, Tunis 1894, S. 79.

⁸ Dervin, G., L'Afrique du Nord. La Tunisie, S. 1, o. O. 1905, S. 98.

⁹ Zitiert nach Sebag, P., a. a. O., S. 39.

⁵ Венюков, М. Прогулка в Алжир и Тунис, Москва 1884, S. 56.

⁶ Zitiert nach Sebag, P., La Tunisie. Essai de monographie, Paris 1951, S. 57.

Einer der Initiatoren der Politik der „offiziellen“ Kolonisation, P. Bourde, sagte auf der Sitzung der Konsultativkonferenz vom 7. Dezember 1894, es sei offensichtlich, daß der Einfluß Frankreichs um so besser gesichert sein würde, je zahlreicher die Bevölkerung französischer Herkunft wäre, auf die es sich stützen könnte.¹⁰ Auch das „Komitee Bugeaud“, eine Organisation der französischen Kolonisatoren, vertrat die Ansicht, daß in jedem Land gemäßigter Zone die politische Herrschaft früher oder später derjenigen Rasse gehören würde, die den Boden bebaut und daß man Tunesien mit Franzosen besiedeln müsse, wenn man es halten wolle.¹¹

In außenpolitischer Beziehung sollte die französische Massenkolonisation ein Gegengewicht zur rasch wachsenden italienischen Bevölkerung schaffen. Nach Angaben für das Jahr 1901 waren von 111 101 Europäern, die in Tunesien lebten, 71 000 Italiener, 24 201 Franzosen, 12 056 Malteser, 3244 aus verschiedenen Ländern.¹² Dabei muß berücksichtigt werden, daß die französische Bevölkerung zum größten Teil aus Kolonialbeamten und deren Familien, Händlern usw., die italienische dagegen aus Landarbeitern, Handwerkern, Fischern und anderen vom Elend Verfolgten bestand, die ihre Heimat für immer verlassen hatten. In ländlichen Gegenden ließen sich die Italiener in kompakten Gruppen nieder und gründeten mitunter italienische Ansiedlungen. Die italienische Regierung verfolgte das Ziel, die italienische Immigration in Tunesien in ein Werkzeug ihrer imperialistischen Politik zu verwandeln. Entsprechend den zwischen Italien und Frankreich am 28. September 1896 abgeschlossenen Konventionen behielten die Italiener in Tunesien ihre Staatsbürgerschaft; außerdem erhielten sie das Recht, italienische Schulen sowie Wohltätigkeits- und andere Organisationen zu gründen. Auf diese Weise wollte der italienische Imperialismus die Assimilierung der italienischen Einwanderer in Tunesien verhindern. Dieser drohenden Gefahr einer italienischen „Unterwanderung“ gedachte die französische Protektorsregierung durch eine organisierte Immigration französischer Bauern entgegenzutreten. Eine zahlreiche französische Landbevölkerung mußte ihrer Meinung nach die Französisierung Tunesiens unter allen Umständen fördern.

Entsprechend dieser Zielsetzung formulierte de Carnières, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Nordtunesiens, die Hauptaufgabe der „offiziellen“ Kolonisation wie folgt: „Mit einem Wort — das Land französisieren!“¹³

Die französischen Großgrundbesitzer und Bodengesellschaften in Tunesien forderten nicht nur von der Protektorsregierung praktische Maßnahmen zur Entwicklung der Kleinkolonisation, sie begannen sich in zunehmendem Maße selbst mit der Umsiedlung kleiner französischer Besitzer zu beschäftigen. Das war für sie um so vorteilhafter, als sie unter den Umsiedlern das Verwaltungspersonal für ihre Güter zu werben gedachten. Jedoch sämtliche Versuche, aus Frankreich Bauernkolonisten umzusiedeln, scheiterten. Die Bauern ließen sich von der marktschreierischen Reklame der Kolonialpropagandisten nicht beeinflussen. Auf der Suche nach einem Ausweg

¹⁰ *Régence de Tunis*, a. a. O., S. 79.

¹¹ Zitiert nach Girault, A., *Principes de colonisation et de législation coloniale. La Tunisie et le Maroc*, Paris 1936, S. 208.

¹² Sebag, P., a. a. O., S. 144.

¹³ *Régence de Tunis*, a. a. O., S. 98.

gingen die Bodengesellschaften dazu über, Kolonisten anzusiedeln, an die sie Grundstücke von 50 Hektar und mehr verpachteten. Besonders charakteristisch für die Organisation der französischen Umsiedlungsbewegung war die Tätigkeit der „Gesellschaft der französischen Farmen in Tunesien“. Ende der neunziger Jahre des 19. Jh. begann sie, Grundstücke von 50 bis 200 Hektar ausschließlich an französische Kolonisten zu verpachten. Die Gesellschaft verpflichtete sich, den Kolonisten außer dem Boden auch Gebäude, Arbeitsvieh und eine Dampfdreschmaschine zur Verfügung zu stellen. Das übrige landwirtschaftliche Inventar mußte von den Kolonisten selbst erworben werden. Die Ernte wurde geteilt: einen Teil behielt der Pächter, der andere wurde zum Nutzen der „Gesellschaft der französischen Farmen“ abgeführt.¹⁴ Wie wir sehen, handelte die Gesellschaft durchaus nicht selbstlos, wenn sie ihre Landsleute auf tunesischem Boden ansiedelte.¹⁵ Die „Franko-afrikanische Gesellschaft“ bemühte sich, eine analoge Tätigkeit zu entfalten. Sie verpachtete — mitunter mit dem Recht, in der Folgezeit das Land zu kaufen — Grundstücke von 150 bis 800 Hektar an französische Kolonisten. Jedoch brachte die Ansiedlung von französischen Kolonisten durch die Bodengesellschaften nicht die erwarteten Resultate. Um so größere Hoffnungen wurden auf die „offizielle“ Kolonisation gesetzt. Paul Sebag charakterisiert die „offizielle“ Kolonisation als eine doppelte Neuverteilung des Grundbesitzes.¹⁶ Zunächst konzentrierte der Staat große Bodenflächen in seinen Händen, indem er die Rechte ihrer früheren Besitzer liquidierte. Danach stellte die Verwaltung dieses Land, das zum „freien“ Staatsfonds geworden war, zu Vorzugsbedingungen französischen Kolonisten zur Verfügung, wobei sie diese verpflichtete, sich auf den erhaltenen Grundstücken anzusiedeln. Auf diese Weise hoffte die Protektorsregierung, französische Bauern zur Massenauswanderung nach Tunesien zu veranlassen.

II. Die Schaffung eines Bodenfonds für die „offizielle“ Kolonisation

Die Grundlage des für die „offizielle“ Kolonisation geschaffenen Bodenfonds bildeten die Ländereien des Beylik und anderer Boden, der dem tunesischen Staat gehörte. In die Rechte des Erben der ehemaligen tunesischen Staatsdomäne eintretend, bestätigte die Protektorsbehörde im Namen der französischen Regierung durch einen speziellen Residentschaftsbeschluß vom 15. Dezember 1884 den Erlass der tunesischen Regierung vom 1. Dezember 1881 über die Nutzung der staatlichen Ländereien.¹⁷ Durch diese juristische Transaktion geriet diese Kategorie des Bodens, wie reien.¹⁷ Durch diese juristische Transaktion geriet diese Kategorie des Bodens, wie reien.¹⁷ Durch diese juristische Transaktion geriet diese Kategorie des Bodens, wie reien.

¹⁴ Dervin, G., a. a. O., S. 103.

¹⁵ Den Aktionären wurden regelmäßig 3 bis 5 Prozent Dividende gezahlt. (Ebenda, S. 104.)

¹⁶ Sebag, P., a. a. O., S. 39.

¹⁷ *Régence de Tunis*, 9 session, Tunis 1895, S. 106.

„Militärdomäne“ geschaffen. Unter der Militärdomäne verstand die Kolonialverwaltung jene Grundstücke, die für die Einrichtung von Schießplätzen, den Bau von Festungen usw. bestimmt waren und deren Verwaltung den Militärbehörden übergeben wurde. Die „öffentliche Domäne“ wurde durch das Dekret vom 24. Dezember 1885¹⁸ geschaffen. Zu ihr gehörten die Meeresküste, die Häfen, die Ufer der Seen, ferner Wasserläufe, Straßen, Wege und Landstreifen, auf denen sich öffentliche Anlagen befanden. Besonders zu erwähnen ist, daß ein Dekret vom 24. September 1885 das Prinzip des Staatseigentums an Wasser festlegte. Gemäß Artikel 1 dieses Dekrets gehörten zur öffentlichen Domäne alle fließenden Gewässer, Wasserleitungen, Brunnen und Tränken, die öffentlich genutzt wurden, und auch die Schiffsfahrts-, Bewässerungs- und Entwässerungskanäle, die zu gemeinnützigen Zwecken gebaut worden waren. Gleichzeitig garantierte das Dekret die bestehenden Rechte des Privateigentums an Wasser. Es muß jedoch erwähnt werden, daß im Zusammenhang mit diesem Dekret keinerlei Maßnahmen zur Regulierung der Wasserwirtschaft und zur Fixierung der Eigentumsrechte unternommen wurden. Die künstliche Bewässerung blieb in vernachlässigtem Zustand. Die Grenzen der öffentlichen Domäne sollten durch besondere Dekrete festgelegt werden. Artikel 3 erklärte die öffentliche Domäne für unveräußerlich und unabdingbar. Die Verwaltung der Domäne wurde der Direktion für öffentliche Arbeiten übertragen.

Der Boden, der nach der Schaffung der „öffentlichen“ und der „Militärdomäne“ übrig blieb, bildete die dritte Kategorie der staatlichen Ländereien, die sogenannte „Privatdomäne“ des Staates. Faktisch gehörten dazu die ehemaligen Güter der Dynastie, ferner erb- und herrenloser sowie anderer Boden, der unter der Verwaltung des Baital-Māl stand. Während der ersten Zeit gab es keine wesentlichen Veränderungen in der Verwaltung dieses Bodens. Seine Veräußerung durch Verkauf, Tausch oder Schenkung konnte nur mit Erlaubnis des Exekutivkomitees der Internationalen Finanzkommission vorgenommen werden¹⁹, die bis Oktober 1884 existierte. Am 2. Oktober 1884 wurde die Internationale Finanzkommission aufgelöst und alle ihre Vollmachten der neu geschaffenen Direktion für Finanzen übergeben, in deren Verwaltung auch die Ländereien der „Privatdomäne“ übergingen. In dieser Zeit bedeuteten diese Ländereien vor allem eine Quelle zusätzlicher Einkünfte für den Staatshaushalt.

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts gewann die „Privatdomäne“ in Zusammenhang mit den Kolonisationsplänen außerordentliche Bedeutung als große Bodenreserve der Protektoratsregierung. Die Kolonialbehörde sah in ihr einen kostenlosen Bodenfonds, den sie ohne Schwierigkeiten für die Ziele der Kolonisation ausnutzen konnte. Mehr noch: im staatlichen Grundbesitz fand die Kolonialverwaltung ein so bequemes Mittel für die Konzentration von Land, daß alle nachfolgenden Enteignungen und Käufe von Land für die „offizielle“ Kolonisation durch Vergrößerung der „Privatdomäne“ des Staates vorsich gingen. Sie wurde zum

¹⁸ Text des Dekrets siehe *Bompard, M.*, *Législation de la Tunisie*. Recueil des lois, décrets et règlements en vigueur dans la régence de Tunis au 1^{er} janvier 1888, Paris 1888, S. 96.

¹⁹ Das wurde durch ein Dekret vom 5. 1. 1882 bestätigt.

wichtigsten Bodenfonds für die Kolonisation und die einzige Form der Konzentrierung von Land in den Händen der Regierung.

Am stärksten wuchs die staatliche „Privatdomäne“ infolge der Anwendung des Dekrets vom 13. Januar 1896 über das „tote Land“ an. Dieses Dekret, das nach außen hin die Normen des muslimischen Rechts bestätigte, erklärte alles „ungenutzte und brachliegende Land, alle unbebauten Grundstücke in den Bergen und überhaupt alle Immobilien, die das muslimische Recht unter dem Begriff ‚totes Land‘ vereinigt“, zum Eigentum des tunesischen Staates.²⁰ Es ergibt sich die Frage, welchen Zweck das Dekret vom 13. Januar 1896 verfolgte, wenn bereits vor der Errichtung des Protektorats das „tote Land“ Staatseigentum war. Um darauf antworten zu können, muß geklärt werden, wie die Verfasser des Dekrets das muslimische Recht auslegten. In diesem Zusammenhang ist die Rede des Generalresidenten Alapetite interessant, die er am 26. Januar 1912 vor der Abgeordnetenkammer hielt. Er sagte: „La règle en droit musulman est celle-ci: la terre morte appartient au bey; elle appartient toutefois à celui qui l'aura vivifiée avec l'assentiment du souverain.“²¹

In der Rede Alapetites lenken zwei Umstände die Aufmerksamkeit auf sich. Erstens: Bei der Bestimmung des Inhalts des Begriffes „totes Land“ wird der Versuch gemacht, sich auf das Gewohnheitsrecht zu stützen. Dabei wird das Wesen des „toten Landes“ im krassen Widerspruch zum muslimischen Recht dargelegt, weil letzteres Landes“ im krassen Widerspruch zum muslimischen Recht dargelegt, weil letzteres Landes“ im wirtschaftlich genutzten Boden nicht zu den Mawāt rechnet.²² Zweitens: Bei der Festlegung der Eigentumsrechte, insbesondere für das „tote Land“ wird auf das Šarī'a verwiesen, das in der Tat die Mawāt zum Staatseigentum rechnet. Eine solche Vermischung von 'Urf und Šarī'a ist ausschließlich für das Ende des 19. Jahrhunderts charakteristisch. Indem die Verfasser des Dekrets dem Gewohnheitsrecht die These entnehmen, daß Mawāt Ländereien sind, die kein Eigentumsobjekt waren, erkannten sie eine andere These des Gewohnheitsrechts, die das Geobjekt waren, erkannten sie eine andere These des Gewohnheitsrechts, die das Gemeineigentum an Boden als normale Eigentumsform ansah, nicht an. Stattdessen

²⁰ *Sebag, P.*, a. a. O., S. 39.

²¹ Zitiert nach *Lanessan, J. L. de*, *La Tunisie*, Paris 1917, S. 282.

²² So wurde z. B. im „Buch Ḥarāğ“ von Abū Yūsuf folgende Definition der Mawāt gegeben: „Wenn auf diesem Land weder Spuren von Bauten noch von Bearbeitung des Bodens sind und wenn es für die Dorfbewohner weder Gemeineigentum noch Weide darstellt und weder Bestattungsplatz noch Sammelplatz für Brennmaterial noch Weideplatz für Großvieh und Schafe ist und wenn es sich nicht in irgend jemandes Eigentum oder in irgend jemandes Besitz befindet, so ist es Mawāt (totes Land). (Abū Yūsuf Yakūb, *Kitāb al-Ḥarāğ*, Būlāk, 1302/1886, S. 36.) Prinzipiell unterscheidet sich von der Definierung Abū Ḥarāğ, Būlāk, 1302/1886, S. 36.) Prinzipiell unterscheidet sich von der Definierung Abū Yūsufs auch nicht die Auslegung der Mawāt durch die Rechtsgelehrten des malikitischen Madhhab. Halil sagt, daß Mawāt „die Ländereien sind, die niemandem gehören“. In den Kommentaren zu Halil erwähnt ein anderer malikitischer Rechtsgelehrter ein zweites Merkmal der Mawāt, und zwar: Boden, der untauglich ist für den Anbau von Getreide, der jedoch zum Anpflanzen von Bäumen genutzt werden kann. Aus den angeführten Aussagen der muslimischen Rechtsgelehrten ergibt sich, daß nach dem Šarī'a der Boden als Mawāt galt, der wirtschaftlich nicht genutzt wurde und niemandem gehörte.

Jahren von 1903 bis 1910 ca. eine Million Hektar, davon die Hälfte bebautes Land, der Walddomäne einverleibten. Im Grunde genommen wurde alles Land, außer den Mulk und Habous, zu Staatseigentum erklärt; für seine Verwaltung wurde eine Direktion für Landwirtschaft geschaffen, die sich seit 1906 Direktion für Landwirtschaft, Handel und Kolonisation nannte. Zu ihr gehörte eine Abteilung, die die Walddomäne verwaltete. Neben anderen Verpflichtungen hatte die Direktion für Landwirtschaft die ganze praktische Arbeit der Konzentrierung und Auswahl des Bodens für die Kolonisation zu leisten.

Der größte Teil der Ländereien, die zum Staatseigentum erklärt und der Direktion für Landwirtschaft unterstellt worden waren, lag in den Gebirgs- und Steppengebieten in großer Entfernung von den wirtschaftlichen Zentren und Eisenbahnen. Die natürlichen Bedingungen dieser Gebiete waren für den Ackerbau ungünstig. Deshalb konzentrierten die Kolonialbehörden ihre Hauptaufmerksamkeit auf Nordtunesien, besonders auf das Medjerdatal, ein Gebiet, das für die Kolonisation am geeignetsten war. In Anbetracht dessen, daß die Fläche der „Privatdomäne“ hier unbedeutend war, ergriff die Protektorsregierung zusätzliche Maßnahmen, um die Staatsländereien in diesem Gebiet durch den Aufkauf der Mulk und Habous zu vergrößern. Während seiner Rede auf der Sitzung der Konsultativkonferenz vom 7. Mai 1895 verkündete der Direktor für Landwirtschaft P. Bourde die Absicht der Protektorsregierung, einen Teil der Kredite, die für Kolonisationszwecke bewilligt worden waren, „für den Kauf von Land in günstig gelegenen Gebieten in der Nähe von Städten“³¹ zu verwenden. Die finanziellen Mittel, die für den Kauf von Land bestimmt waren, wurden von nun an dem sogenannten „Kolonisationsfonds“ zugeführt, der durch ein Dekret vom 1. Dezember 1897 geschaffen wurde. Drei Jahre später wurde die Verwaltung dieses Fonds reorganisiert und der „Kolonisationskasse“ übergeben, die sich nunmehr mit allen Verrechnungen beschäftigte, die mit dem Kauf und Verkauf von Kolonisationsgrundstücken verbunden waren. Allein in der Zeit von 1897 bis 1914 übergab die Kolonialverwaltung dem „Kolonisationsfonds“ 7,5 Millionen Franken aus dem tunesischen Budget.³² Außer diesen Dotationen aus dem Budget flossen der „Kolonisationskasse“ jene Summen zu, die der Verkauf von Kolonisationsgrundstücken einbrachte. Dadurch, daß die Protektorsregierung die Grundstücke zu Vorzugspreisen verkaufte, deckten die Einnahmen durch den Verkauf nicht die Ausgaben für den Erwerb von Land. Die Differenz wurde durch ständig neue Dotationen aus dem Staatshaushalt ausgeglichen. Letzten Endes wurden demnach alle Ausgaben,

³¹ *Régence de Tunis*, 8 session, Tunis 1895, S. 22/23.

³² Die Kredite wurden dem „Kolonisationsfonds“ zu folgenden Terminen gewährt:

1897	ursprüngliche Dotation	1,5 Mill.
30. 12. 1903	Dotation aus dem Budget	0,8 Mill.
25. 5. 1905	Avance der Algerischen Bank	0,7 Mill.
28. 12. 1905	Dotation aus dem Budget	
31. 12. 1907	Dotation aus den Mitteln der tunesischen Anleihe von 1907	0,4 Mill.
31. 12. 1908	Dotation aus den Mitteln derselben Anleihe	4,1 Mill.

die mit dem Erwerb von Land und der Gewährung von Vergünstigungen an französische Kolonisten verbunden waren, von der tunesischen Bauernschaft bezahlt, auf deren Schultern die Hauptlast der Steuern lag.

Der „Kolonisationsfonds“ wurde ausschließlich für den Kauf von Ländereien tunesischer Großgrundbesitzer, französischer Kolonisten und Bodengesellschaften verwendet, die auf diese Weise vor allem Grundstücke mit geringem wirtschaftlichen Nutzen abstießen. Die Meliorationsarbeiten auf den erworbenen Grundstücken ließ die Protektorsregierung von Häftlingen ausführen. Infolge des allmählichen, ununterbrochenen Erwerbs von Land vergrößerte sich die „Privatdomäne“ um große Flächen kultivierten, größtenteils günstig gelegenen Bodens. Allein in der Zeit von 1897–1914 kaufte die Regierung von Privatpersonen 48808 ha.³³

Die Projekte für den Aufkauf von Habous-Ländereien entstanden gleichzeitig mit den Plänen für den Erwerb von Land aus Privatbesitz. In Zusammenhang damit veröffentlichte die Protektorsregierung – auf der Grundlage des Dekrets vom 31. Januar 1898 über die Abgabe von Habous gegen Geld – einen neuen Erlaß über die Nutzung des Bodens der öffentlichen Habous. Entsprechend diesem Dekret verpflichtete sich die „Ġam'īya al-ḥubus“, beginnend mit dem Jahre 1899, jährlich 2000 Hektar der Direktion für Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Ländereien wurden auf dem Wege des „Tausches gegen Geld“ übergeben. Die Bezahlung erfolgte mit Mitteln aus dem „Kolonisationsfonds“. Bis 1914 wurden bereits 18649 Hektar³⁴ Habous-Land, die in den Gebieten von Tunis, Beya, Biserta usw. gelegen waren, aufgekauft und den Kolonisten übergeben.

So wurde auf dem Wege der direkten Enteignung der tunesischen Bauern und durch den Aufkauf von privaten und Habous-Ländereien für das Geld der tunesischen Bauernschaft ein Bodenfonds für die „offizielle“ Kolonisation geschaffen. Die Expropriierung des Bodens zugunsten der Kolonialverwaltung bildete, nach der Charakteristik von P. Sebag, die erste Phase der Neuverteilung des Grundbesitzes im Prozeß der „offiziellen“ Kolonisation.

III. Die Bedingungen für die Zuweisung von Grundstücken an französische Kolonisten

Die „offizielle“ Kolonisation begann im Jahre 1892. Nach einem Antrag, der im November 1891 auf der Konsultativkonferenz vorgebracht wurde, nahm die Protektorsregierung am 8. Februar 1892 das Dekret über die terres sialines³⁵ im Gebiet von Sfax an. Noch vor der französischen Okkupation wurde dieses Land zu niedrigen Preisen zum Verkauf angeboten. Viele Bauern hatten sich auf diesem Boden nieder-

³³ *Girault, A.*, a. a. O., S. 210.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Les terres sialines mit einer Fläche von 200000 ha im Gebiet von Sfax erhielten ihre Bezeichnung nach dem Namen des Feudalgeschlechts Siala, das bis 1871 im Besitz dieser Ländereien war.

gelassen, ohne im Besitz von Eigentumsbescheinigungen zu sein. Gemäß Abschnitt I des Dekrets vom 8. Februar 1892³⁶ wurden die Bauern verpflichtet, im Laufe eines Jahres den von ihnen besetzten Boden zu kaufen, andernfalls sie vom Boden vertrieben würden. Dieses Land, das den größten Teil der terres sialines ausmachte, stellte die Kolonialmacht den französischen Kolonisten zur Verfügung. Die Bedingungen für die Gewährung von Grundstücken wurden im Abschnitt II des Dekrets vom 8. Februar 1892 festgelegt. Nach Artikel 6 verpflichtete sich der Kolonist, im Laufe von vier Jahren Stecklinge von Oliven- oder Obstbäumen auf dem zugewiesenen Grundstück anzupflanzen. Es ist charakteristisch, daß diese Bedingung nicht mit der Verpflichtung, auf dem Grundstück zu wohnen, verbunden war. In der Praxis bedeutete dieser Trick, daß die Behörden die Kolonisten ermunterten, das Mugārāsa-System anzuwenden. Nach Artikel 7 wurden die Grundstücke gegen Zahlung abgegeben. Allerdings war der Preis des Bodens äußerst niedrig, er wurde im Verhältnis zur Zeit vor der Okkupation um das Zweieinhalbfache gesenkt, während im allgemeinen in Tunesien die Bodenpreise bedeutend gestiegen waren. Außerdem konnten die Kolonisten das Grundstück in zwei Raten bezahlen: die erste Rate war fällig bei Empfang des Bodens, die zweite nach vier Jahren, wenn die Urkunde, die die Eigentumsrechte bestätigte, ausgestellt wurde. Durch diese Bedingungen wurde das Land, ungeachtet des Prinzips des Verkaufs, das im allgemeinen für die Kolonisation in Tunesien charakteristisch war, nahezu umsonst abgegeben. Jedoch nutzte nur eine kleine Gruppe französischer Kapitalisten die durch das Dekret von 1892 gegebenen Möglichkeiten aus. Von 133 332 Hektar der terres sialines, die von 1893 bis 1919 verkauft wurden, gelangten 103 704 Hektar in den Besitz von 208 Europäern, d. h., durchschnittlich kamen auf jeden Grundbesitzer 500 Hektar.³⁷ Die fast kostenlose Verteilung der terres sialines war im Grunde genommen ein regelrechter Diebstahl am Nationalvermögen des tunesischen Volkes. Und das war keineswegs der einzige Fall von Ausraubung der natürlichen Reichtümer des Landes durch die französischen Kolonisatoren. Hinzu kam, daß die französischen Kapitalisten der Kolonialsphäre in der Auswahl ihrer Mittel nicht besonders wählerisch waren. Die Entlarvung ihrer Machenschaften fürchtend, die so gar nicht mit der viele Male propagierten „zivilisatorischen Mission“ Frankreichs in Einklang standen, waren sie ständig bemüht, die bürgerlichen Parlamentarier und Journalisten mit umfangreichen Geldern zu korrumpieren. Der Raub der terres sialines war eine besonders günstige Gelegenheit zur Bestechung von Parlamentariern und Beamten der Kolonialverwaltung. Dienstestrig schlug man ihnen vor, für ein paar Groschen riesige Besitzungen im Sfaxer Sahel zu „kaufen“. Auf diese Weise wurden zu Kolonisten, die sich damit beschäftigten, „Oliven zu pflanzen“, der Senator und ehemalige Minister Boucher, der 10 000 Hektar kaufte, der Abgeordnete und ehemalige Minister Cochery, der Besitzer von etwa 3000 Hektar Olivenplantagen wurde, der Senator und ehemalige Minister Mougeot, der ehemalige Resident von Marokko Regnault, der Zivilkontrolleur in Tunesien Serres und andere.³⁸

³⁶ Text des Dekrets siehe Caudel, M., a. a. O.

³⁷ Sebag, P., a. a. O., S. 101.

³⁸ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 144.

Zu Bedingungen, die an die Verteilung der terres sialines erinnern, wurde auch anderer Boden in den Steppen des Zentrums und des Südens abgegeben. In Anbetracht dessen, daß dieses Land hauptsächlich für die Anlegung von Olivenplantagen bestimmt war, erhielt es die Bezeichnung „Land für Anpflanzungen“. Die Verteilung dieses Bodens wurde durch das Dekret vom 20. April 1905 geregelt, welches völlig den Prinzipien des Dekretes vom 8. Februar 1892 entsprach. Danach konnten Steppengrundstücke zu einem Preis von zehn Franken für den Hektar an französische Kolonisten verkauft werden³⁹, wenn diese sich verpflichteten, die Hälfte der erhaltenen Fläche für die Anlegung von Plantagen zu nutzen. In dieser Richtlinie bestand der einzige wesentliche Unterschied zum Dekret von 1892, das die Kolonisten verpflichtete, auf der gesamten Fläche des Grundstücks Pflanzungen anzulegen. Was die anderen Bedingungen betrifft (die Abrechnung mit der Verwaltung, das Verkaufsverbot für das Grundstück für die ersten fünf Jahre, das Recht, an einem anderen Ort zu wohnen usw.), so stimmten die Vorschriften beider Dekrete überein. Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Gesamtfläche des Bodens, der auf der Grundlage des Dekrets vom 20. April 1905 an Kolonisten abgegeben wurde. Auf jeden Fall war die Fläche bis zum ersten Weltkrieg nicht groß und überstieg anscheinend nicht 32 000 Hektar.⁴⁰

Gleichzeitig mit dem Landraub im Zentrum und im Süden begannen die Kolonialbehörden mit der Verteilung von fruchtbarem Ackerboden im Norden Tunesiens. 1892 wurde mit der Verwirklichung eines großzügigen Programms zur Kolonisierung des Nordens begonnen. Dieses Programm, das von P. Bourde vorgeschlagen und von der Direktion für Landwirtschaft ausgearbeitet worden war, sah vor, jährlich 100 französische Familien anzusiedeln und ihnen Grundstücke von 30 bis 50 Hektar⁴¹ zur Verfügung zu stellen. Man nahm an, daß ein solches Grundstück bei einem System der Zweifelderwirtschaft mit den Kräften einer Familie bearbeitet werden könnte.⁴² In dem Bestreben, die politischen Aufgaben der „offiziellen“ Kolonisation jeden Preis zu lösen, widmete die Protektoratsverwaltung der sozialen Zusammensetzung der Kolonisten größte Aufmerksamkeit. Das Ideal des „guten“ Kolonisten war ein kräftiger Landwirt, der sich für immer auf seinem Grundstück niederlassen hatte und sich persönlich an der Bearbeitung des Bodens beteiligte. Andererseits war es äußerst unerwünscht, Klein- oder landlose Bauern oder gar Arbeiter anzusiedeln und ihnen Land zu geben. Die Kolonisatoren, die aus der bitteren Erfahrung der algerischen Kommune gelernt hatten, waren keineswegs gewillt, Tunesien mit solchen, von ihrem Standpunkt aus gesehen „gefährlichen Elementen“, die die revolutionären Ideen der französischen Demokratie verbreiteten, zu besiedeln. Die Protektoratsregierung benötigte einerseits dringend französische Bauern, andererseits hatte sie jedoch Angst vor den revolutionären Traditionen der franzö-

³⁹ Siehe Girault, A., a. a. O., S. 203; Encyclopédie Mensuelle d'Outremer, Nov. 1952, S. 329.

⁴⁰ Die höchste Schätzung, die in der vorhandenen Literatur und den statistischen Sammelwerken angeführt wird. (Tunisie, Paris 1942, Sous la direction de Gouvernier, E.)

⁴¹ Régence de Tunis, 7 session, Tunis 1894, S. 93 u. 99.

⁴² Ebenda, S. 82.

6 Kolonialismus und Neokolonialismus

sischen Bauernschaft. Dieser Widerspruch bereitete der „offiziellen“ Kolonisation von Anfang an größte Schwierigkeiten.

Um die „offizielle“ Kolonisation dennoch voranzubringen und in den französischen Siedlern eine Kaderreserve der Kolonialmacht zu erhalten, schuf sich die Protektoratsregierung ein Auswahlprinzip für die „offizielle“ Kolonisation, das bis zum Zusammenbruch der französischen Kolonialherrschaft unverändert blieb und besonders in den folgenden Bedingungen für die Abgabe von Grundstücken seinen Ausdruck fand.

1. Die Abgabe von Grundstücken erfolgte nur gegen Geld, d. h. in Form des Verkaufs. Die Protektoratsregierung lehnte auf Bourdes Drängen hin eine kostenlose Abgabe von Grundstücken prinzipiell ab. In den ersten Jahren der Kolonisation wurde das Land zu einem Preis von 80 bis 150 Franken pro Hektar, die restlos bei Übernahme des Bodens in bar gezahlt wurden, abgegeben.⁴³

2. Der Kolonist verpflichtete sich, ein Wohnhaus zu bauen und sich auf dem erhaltenen Grundstück niederzulassen. Im Zusammenhang damit hatte jeder Kolonist nur auf ein Grundstück Anspruch.

3. Der Kolonist war verpflichtet, das ihm übergebene Land wirtschaftlich nutzbar zu machen und nicht anderen Personen zur Nutzung zu übergeben. Offensichtlich schien man dem bald keine große Bedeutung mehr beizumessen, da sich die Mehrzahl der Kolonisten nicht an diese Verpflichtung hielt und das Land „nutzbar machte“, indem sie es verpachtete.⁴⁴

Die beiden letzten Verpflichtungen sollten im Laufe von zwei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Übernahme des Bodens, erfüllt werden. Dazu waren, nach Berechnungen der Direktion für Landwirtschaft, 10 000 Franken erforderlich. Erst nach der Erfüllung aller Verpflichtungen erhielt der Kolonist die Urkunden, die seine Eigentumsrechte an dem Grundstück bestätigten.⁴⁵

Eine grobe Analyse der grundlegenden Bedingungen für die Abgabe von Grundstücken ergibt, daß die Kolonisatoren, indem sie den Bodenfonds des tunesischen Staates ausplünderten, die einheimische Bevölkerung ihres Bodens beraubten. Unter keinen Umständen durften Grundstücke, die für die französische Kolonisation bestimmt waren, an Tunesier verkauft werden.

Obwohl formal jeder Franzose, der nach Tunesien kam, das Recht hatte, um die Gewährung eines Grundstückes zu ersuchen, konnten nur wohlhabende Farmer, die mindestens 14 bis 15 000 Franken⁴⁶ besaßen, davon Gebrauch machen. Darin bestand auch das ganze Geheimnis des Auswahlprinzips der „offiziellen“ Kolonisation. Einerseits wurde durch den „Vermögenszensus“ den „unzuverlässigen Elementen“ der Zugang zum Erwerb von Grundstücken versperrt, andererseits gab dieser „Vermögenszensus“ durch seine verhältnismäßig geringe Höhe französischen Großbauern und Angehörigen der Mittelschichten die Möglichkeit, an der Kolonisation

⁴³ Ebenda, S. 99.

⁴⁴ Ebenda, S. 93, 99, 102.

⁴⁵ Ebenda, S. 100.

⁴⁶ Das Geld, das für den Kauf und für die Nutzbarmachung des Grundstücks notwendig war.

teilzunehmen. Schließlich hofften die Behörden, der Kolonisation einen landwirtschaftlichen Charakter zu geben, indem sie die Prinzipien der persönlichen Ansiedlung und der unbedingten Bearbeitung des Bodens einführten. Das waren die Pläne und Berechnungen der Kolonialverwaltung.

Die Ergebnisse der ersten Jahre der „offiziellen“ Kolonisation waren für die französische Kolonialmacht enttäuschend. In den Jahren 1892 bis 1895 wurden in Nordtunesien nur 39 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 2070 Hektar abgegeben und nur drei „Zentren der Kolonisation“ geschaffen.⁴⁷ Im Durchschnitt erhielt jeder Kolonist 53 Hektar. Größtenteils handelte es sich dabei um pensionierte Beamte, die das Land an tunesische Bauern verpachteten. Der Mißerfolg des Programms der „offiziellen“ Kolonisation rief eine scharfe Kritik seitens der einflußreichen französischen Kolonisatoren hervor. Sie empfahlen der Protektoratsregierung, die Grundstücke zu vergrößern und gleichzeitig ihren Preis zu senken, d. h., sie schlugen vor, denselben Personen für dasselbe Geld größere Grundstücke abzugeben, die offenkundig nicht von einer Familie bearbeitet werden konnten. Diese Maßnahme sollte nach ihrer Meinung diejenigen anziehen, die davon träumten, kleine Gutsbesitzer in Tunesien zu werden. Einen totalen Mißerfolg der „offiziellen“ Kolonisation befürchtend, ging die Protektoratsregierung im Grunde genommen diesen Weg. Vor allem wurde, um eine möglichst große Anzahl von Kolonisten anzulocken, in Frankreich eine Propagandakampagne organisiert, deren Leitmotiv war: in Tunesien erwartet euch Reichtum! Auf jede Weise wurden die Vorteile der Kolonisation angepriesen, und besonders kleinbürgerliche Kreise versuchte man mit der Aussicht auf schnelle Bereicherung nach Tunesien zu locken. Diese Gedanken kamen in zahlreichen Artikeln französischer Zeitungen und in öffentlichen Vorträgen zum Ausdruck, die vor allem in den Provinzhauptstädten gehalten wurden. Mit Mitteln der tunesischen Direktion für Landwirtschaft wurde in Paris ein spezielles Büro unterhalten, das die Kolonialpropaganda leitete und Auskünfte über alle die Kolonisation betreffenden Fragen erteilte.⁴⁸

Unter dem Druck der französischen Kolonialkapitalisten entsprach die Protektoratsregierung schließlich der Anregung, den Preis der zu verkaufenden Grundstücke auf Kosten des tunesischen Volkes zu senken. Ungeachtet der Erhöhung der Bodenpreise auf dem „freien Markt“, die 1900 im Medjerda-Tal 600 bis 700 Franken pro Hektar erreichten, verkaufte die Direktion für Landwirtschaft ihre Grundstücke an die Kolonisten weiterhin für 100 bis 300 Franken pro Hektar.⁴⁹ Ferner ging die Regierung in dem Bestreben, auf jede Weise den Erwerb von Grundstücken durch französische Kolonisten zu erleichtern, dazu über, das Land auf Abzahlung zu verkaufen. 1896 wurde ein Beschluß angenommen, daß der Preis des Grundstückes auf Wunsch des Kolonisten im Laufe von vier Jahren zu gleichen Anteilen gezahlt werden konnte. 1902 ging die Regierung noch weiter, indem sie den Kolonisten neue Vergünstigungen gewährte. Entsprechend dem Beschluß der Protektoratsregierung vom 23. Juli 1902 erhielten die Kolonisten das Recht, das Geld für das

⁴⁷ Lancessan, J. L. de, a. a. O., S. 162.

⁴⁸ Régence de Tunis, 11 session, Tunis 1896, S. 185.

⁴⁹ Géniaux, Ch., Comment on devient colon, Paris 1908, S. 71 u. 215–222.

erworbene Grundstück im Laufe von zehn Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt des Erwerbs, zu bezahlen.

Es muß bemerkt werden, daß bei der Senkung der Bodenpreise und der Einführung von Zahlungsvergünstigungen nicht den minderbemittelten Kolonisten der Vorzug gegeben wurden, sondern den reicheren und zahlungsfähigeren unter ihnen. Das hatte seine Ursache in den Grundprinzipien der „offiziellen“ Kolonisation und stimmte völlig mit ihnen überein. Das System der Gewährung von Vergünstigungen war so, daß Personen, die wohlhabend waren und über große Summen Bargeld verfügten, für gleichwertige Grundstücke weniger zahlten als Personen, die diesen Vorteil nicht besaßen. Erstens sah der Beschluß vom 23. Juli 1902 vor, daß ein Kolonist, der den Gesamtpreis des Grundstückes sofort in bar bezahlte, eine Ermäßigung von zehn Prozent erhielt. Zweitens erhielten Personen, die sich entschlossen hatten, den Gesamtwert des Grundstückes in Raten zu bezahlen, das Recht, ihre Schuld in einer beliebigen Frist zu begleichen. Dabei wurden für die ersten vier Jahresraten keinerlei Aufschläge erhoben; die fünfte und sechste Zahlung erhöhten sich um zwei Prozent und die folgenden um vier Prozent.⁵⁰ Auch dieses System der Abzahlung entsprach dem „Auswahlprinzip“ der Kolonialmacht. Gleichzeitig erleichterte das Teilzahlungssystem jenen Franzosen den Landerwerb, die im allgemeinen dem „Vermögenszensus“ entsprachen, aber fürchteten, ihr Vermögen zu riskieren. Dieser Gruppe von Kolonisten wurde die Möglichkeit gelassen, mit ihren Mitteln zu manövrieren, um auf diese Weise ihre Bedenken zu zerstreuen.

In dem Bestreben, auf jede Art und Weise Kolonisten anzulocken, kamen die Kolonialbehörden einer weiteren Empfehlung der französischen Großgrundbesitzer in Tunesien nach. Unter Berücksichtigung der Erfahrung, daß die Umsiedler danach strebten, kleine Gutsbesitzer zu werden, wurden die zur Verfügung stehenden Grundstücke durch die Protektoratsregierung bedeutend vergrößert. Nach amtlichen statistischen Angaben⁵¹ wurden in der Zeit von 1892 bis Dezember 1919 insgesamt 1340 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 137482 Hektar abgegeben. Daraus folgt, daß jedes Grundstück im Durchschnitt 102 Hektar⁵² umfaßte. In den ersten Jahren der Kolonisation (1892 bis 1895) betrug jedoch die Fläche eines Grundstückes durchschnittlich nur 53 Hektar. So kann festgestellt werden, daß sich in Tunesien in der Periode von 1896 bis 1912 die Fläche der einzelnen Grundstücke mindestens um das Doppelte vergrößerte.

Da die Hauptaufgabe der „offiziellen“ Kolonisation die Schaffung einer dichten französischen Landbevölkerung in Tunesien war, konnte die Protektoratsregierung nicht auf die Prinzipien der persönlichen Ansiedlung und der „Nutzbarmachung“ des Bodens verzichten. Diese Prinzipien wurden durch den Beschluß vom 23. Juli 1902 sowie durch ein Dekret vom 24. Januar 1914 bestätigt, das Beschlüsse und

⁵⁰ Dervin, G., a. a. O., S. 95.

⁵¹ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 167.

⁵² Diese Schlußfolgerung wird von anderen, offensichtlich unvollständigen Angaben aus der französischen Literatur bestätigt. Entsprechend diesen Angaben wurden in den Jahren 1892 bis 1914 812 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 93850 Hektar verteilt, d. h. im Durchschnitt 115 Hektar auf das Grundstück. (Siehe Girault, A., a. a. O., S. 210).

Verordnungen jeder Art über die Kolonisation, die in den vorangegangenen Jahren herausgegeben worden waren, kodifizierte. Der Artikel 12 des Dekrets vom 24. Januar 1914 verpflichtete die Kolonisten zum Bau von Wohnhaus und Wirtschaftsgebäuden, zum Wohnen auf dem erworbenen Grundstück für wenigstens zehn Jahre, zur Nutzbarmachung des Bodens und zum Verkaufsverbot desselben für zehn Jahre.⁵³ Diese Bedingungen, die zweifellos die Handlungsfreiheit der Kolonisten in der ersten Zeit einschränkten, sollten die Grundlage für eine Massensiedlung abgeben.

Die bereits geschilderten Maßnahmen der Behörden, die nach dem Mißerfolg des Programms von P. Bourde ergriffen wurden, führten zu einer gewissen Belebung der Kolonisation. In der Zeit von 1896 bis 1912 wurden jährlich im Durchschnitt 81 Grundstücke abgegeben, d. h., das Tempo der Kolonisation erhöhte sich um das Sieben- bis Achtfache. Nach diesen Angaben kann man natürlich nicht über den Erfolg oder Mißerfolg der Kolonisation, über die Erfüllung ihrer Aufgaben urteilen, da sie nur über das Tempo der Kolonisation und des Raubes der staatlichen Ländereien Tunesiens aussagen. Mit anderen Worten, wenn die Expropriierung der tunesischen Bauern mit Unterstützung des Staatsapparates zugunsten der Kolonisten als mehr oder weniger erfolgreich bezeichnet werden muß, so kann über den Erfolg der Kolonisation selbst erst eine gründliche Untersuchung der Ergebnisse der „offiziellen“ Kolonisation Auskunft geben.

IV. Die Ergebnisse der „offiziellen“ Kolonisation 1892–1914 und die italienische Kolonisation

In der Zeit von 1892 bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, der die Entwicklung der Kolonisation unterbrach, gingen etwa 250000 Hektar staatlichen Bodens in die Hände der französischen Kolonisten über. Nach Angaben für den Monat August 1914⁵⁴ verteilte sich dieser Boden, geographisch gesehen, folgendermaßen:

Norden	Zentrum und Süden	Insgesamt
125000 Hektar	132000 Hektar	257000 Hektar

Diese Angaben zeigen, daß annähernd die Hälfte der staatlichen Ländereien, deren sich im Verlauf der „offiziellen“ Kolonisation die Kolonisten bemächtigten, im Zentrum und im Süden gelegen war, in der Hauptsache im Sfaxer Sahel (etwa 100000 Hektar). Dieser Boden wurde von den Behörden als „Land für Anpflanzungen“ abgegeben und gelangte größtenteils in die Hände von Großgrundbesitzern, die zumeist nicht einmal auf tunesischem Territorium wohnten. Folglich unterschied sich in diesen Gebieten die „offizielle“ Kolonisation ihrem sozialen Charakter nach nicht von der „privaten“ Kolonisation.

⁵³ Ebenda, S. 200.

⁵⁴ Anggeführt in „Tunisie“, Paris 1942, S. 129.

Die andere Hälfte der staatlichen Ländereien, die den Kolonisten übergeben wurde, bildeten die Ackergrundstücke. Sie waren in den fruchtbarsten Tälern und Ebenen des Nordens in der Nähe von Städten und Eisenbahnstationen gelegen. Die Bedingungen für die Abgabe von Ackerland mit seinem verhältnismäßig hohen Vermögenszensus versperrten den landlosen, landarmen und überhaupt den unvermögenden Umsiedlern den Zugang zum Erwerb von Grundstücken. Was die vermögenden Elemente anbetrifft oder, nach der Terminologie Lanessans, die Bauern, die Kapital besaßen, so zogen diese es vor, in Frankreich zu bleiben und nicht ihren Wohlstand aufs Spiel zu setzen, indem sie sich in die Überseegebiete begaben.⁵⁵ Französische Bauern, die in Tunesien in der Rolle von Kolonisten auftraten, waren eine seltene Ausnahme.⁵⁶ Der größte Teil der Kolonisten bestand aus Personen, die mit der Landwirtschaft nicht vertraut waren und selbst nicht arbeiteten, aber über das notwendige Minimum an Mitteln verfügten. Das waren Beamte, Händler, Offiziere, Advokaten, kleine Rentiers und andere.⁵⁷ Besondere Hoffnungen setzte man auf die „energisches jungen Leute“ aus verarmten bürgerlichen Familien, auf die Enkel der Reichen des zweiten Imperiums, deren Söhne das Vermögen durchgebracht hatten.⁵⁸ Die am meisten erwünschten Kolonisten jedoch waren die Söhne französischer Großgrundbesitzer in Algerien und Tunesien, eine Art Erbkolonisten, die bereits von dem Bewußtsein ihrer „Überlegenheit“ über die „Eingeborenen“ durchdrungen waren und mit diesen umzugehen wußten. Wenn sie keinen anderen Beruf wählten, traten sie in die sogenannten „Schulen für koloniale Landwirtschaft“⁵⁹ ein, deren Diplom zum bevorzugten Kauf von Grundstücken im Laufe von fünf Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der Beendigung der Schule, berechnete (Dekret vom 16. Dezember 1903).⁶⁰ Der größte Teil dieser Personen behielt die Grundstücke nur kurze Zeit. Nach Empfang der Urkunden, die die Eigentumsrechte bestätigten, verkauften viele Kolonisten den von der Regierung erhaltenen Boden. Eine gewisse Rolle spielten dabei diese oder jene wirtschaftlichen Mißerfolge, die Unfähigkeit einiger Kolonisten, sich den tunesischen Verhältnissen anzupassen, usw. Aber die Mehrzahl der Kolonisten spekulierte einfach mit den Grundstücken, indem sie den Unterschied zwischen den niedrigen Preisen, zu denen die Regierung die staatlichen Ländereien verkaufte, und den ununterbrochen steigenden hohen Bodenpreisen des „freien Marktes“ ausnutzte. Der Kauf und Verkauf und die Spekulation mit den Grundstücken der „offiziellen“ Kolonisation nahmen große Ausmaße an. Nach Schätzungen Lanessans verkauften 60 bis 70 Prozent der Kolonisten ihre Grundstücke.⁶¹ Das heißt natürlich nicht, daß 60 bis 70 Prozent der Grundstücke für die französische Kolonisation verloren waren. Viele von ihnen wurden wieder von französischen Kolonisten gekauft.

⁵⁵ Siehe Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 151.

⁵⁶ Géniaux, Ch., a. a. O., S. 90.

⁵⁷ Ebenda, S. 34 u. 90.

⁵⁸ Ebenda, S. 29/30.

⁵⁹ Eine von diesen Schulen wurde 1898 in Tunis eröffnet.

⁶⁰ Géniaux, Ch., a. a. O., S. 39 u. 43.

⁶¹ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 166.

Infolge des Massenverkaufs von Grundstücken durch die einen Kolonisten und des Aufkaufs eines großen Teils durch andere Kolonisten ging eine Konzentration von Grundstücken in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von französischen Kolonisten vor sich. Die wohlhabenderen Kolonisten kauften häufig gleich einige Grundstücke ihrer weniger vermögenden oder weniger erfolgreichen Kolonisationspartner auf. Es sind Fälle bekannt, in denen einzelne Kolonisten vier und sogar acht bis zehn Grundstücke aufkauften.⁶² Eine solche Konzentrierung widersprach zweifellos den Hauptzielen der „offiziellen“ Kolonisation, da sie die Anzahl der französischen Besitzer, die sich in Tunesien angesiedelt hatten, verringerte und die Ausmaße der Besitzungen vergrößerte.

Die Kolonisten, die größtenteils aus den verschiedenen Schichten der französischen Bourgeoisie stammten und nur danach strebten, möglichst viel Land billig zu erwerben, beteiligten sich natürlich nicht an den landwirtschaftlichen Arbeiten. Mehr noch, viele von ihnen verpachteten ihr Land ganz oder teilweise. Allerdings versuchten einige Kolonisten, ihre Wirtschaft nach der Art von Farmen zu organisieren. Aber solche Wirtschaften, die die kapitalistischen Verhältnisse der Metropolen übernahmen und die für die sogenannten Auswandererkolonien charakteristisch waren, gab es wenig. Der größte Teil der Kolonisten zog es nach dem Vorbild der „privaten“ Kolonisation vor, sich den Verhältnissen feudalen Charakters anzupassen.

So stärkte die „offizielle“ Kolonisation im Grunde genommen nur zahlenmäßig die Schicht der mittleren Kolonisten, die sich im Verlauf der „privaten“ Kolonisation gebildet hatte, da sie sich prinzipiell durch nichts von der letzteren unterschied. Das waren keine Bauernkolonisten, und ihre Zahl überstieg nicht einige hundert Menschen. Folglich wurde das Bemühen der Kolonialverwaltung, eine zahlreiche Schicht von kleinen französischen Landwirten zu schaffen, ein Mißerfolg. Die Gesamtzahl der Franzosen, die auf dem Lande lebten, einschließlich ihrer Familienmitglieder erreichte, nach Schätzungen für das Jahr 1909, kaum 4400.⁶³

Die Grundstückspekulation führte zu Ergebnissen, die für die Regierung noch unerwünschter waren. Viele Kolonisationsgrundstücke wurden von tunesischen Arabern gekauft, andere von Italienern, Anglo-Maltesern und den Angehörigen anderer europäischer Mächte erworben. Da die notwendigen Angaben fehlen, ist es schwierig, die Größe der Flächen zu bestimmen, die der „offiziellen“ Kolonisation verloren gingen, und sie auf die Kategorien ihrer neuen Besitzer aufzuteilen. Auf jeden Fall unterliegt es keinem Zweifel, daß die Grundstückspekulation einer der Kanäle war, durch die die staatlichen Ländereien in die Hände europäischer nicht-französischer Grundbesitzer gelangten. Allerdings muß bemerkt werden, daß der Wiederverkauf der Grundstücke der offiziellen Kolonisation nicht das wesentlichste Mittel für die Schaffung europäischen, nichtfranzösischen Grundbesitzes war. Dieser entstand hauptsächlich durch den Aufkauf von privaten und anderen Ländereien.

⁶² Ebenda, S. 162.

⁶³ Milliot, L., L'association agricole chez les musulmans du Maghreb (Maroc, Algérie, Tunisie) Paris 1911, S. 235.

Die größte Besorgnis riefen die Entwicklung des italienischen Grundbesitzes und das Anwachsen der italienischen Landbevölkerung hervor. Dem anglo-maltesischen Grundbesitz maßen die Kolonialbehörden keine große Bedeutung bei. In der Tat besaßen, nach Angaben vom 31. Dezember 1912⁶⁴, anglo-maltesische und andere Grundbesitzer (Griechen, Belgier u. a.) nur 301 Güter mit einer Gesamtfläche von 48542 Hektar, die in der Hauptsache in Nordtunesien und in den verschiedenen Teilen des Sahel gelegen waren. Die Entstehung und Entwicklung des anglo-maltesischen Grundbesitzes war nicht mit irgendwelchen politischen Plänen der englischen Regierung verbunden, und infolge der Assimilation hatte er sogar die Tendenz zur Verschmelzung mit dem französischen Grundbesitz. Deshalb riefen sein Wachstum und seine Perspektiven bei der französischen Regierung keine ernsthaften Befürchtungen hervor.

Was den italienischen Grundbesitz betrifft, so war seine Entwicklung mit ganz bestimmten politischen Berechnungen Italiens verknüpft. Um ihre Positionen in Tunesien zu festigen, förderte die italienische Regierung die „Inbesitznahme“ Tunesiens durch italienische Staatsangehörige, darunter auch die Entwicklung des italienischen Grundbesitzes, mit allen Mitteln. Mit ihrer Unterstützung und durch die Überwindung der Mißgunst der französischen Kolonialbehörden vergrößerten die italienischen Kolonisten Schritt für Schritt die Fläche der italienischen Ländereien. Ungeachtet der hohen Bodenpreise, die im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts 700 Franken pro Hektar⁶⁵ erreichten, wuchs der italienische Grundbesitz verhältnismäßig schnell:

Jahr	Fläche der italienischen Ländereien ⁶⁶
1895	18000 Hektar
1902	ca. 36000 Hektar
1912	87122 Hektar

Die Zahl der italienischen Grundbesitzer wuchs in dieser Periode von 366 im Jahre 1895 auf 1513 im Jahre 1912 an. Ihrem Charakter nach unterschied sich die italienische Kolonisation im Detail von der französischen. 1895 betrug die durchschnittliche Größe der italienischen Güter in Tunesien 49 Hektar und 1912 ungefähr 57 Hektar. Allein das zeugt davon, daß die italienische Kolonisation zum großen Teil nicht aus großen und nicht einmal aus mittleren Kolonisten bestand. In der Hauptsache war es eine landwirtschaftliche Kleinkolonisation. Die typische italienische Wirtschaft hatte ein Maximum von acht bis zehn Hektar Land, die direkt von ihrem Besitzer und dessen Familienangehörigen bearbeitet wurden. Saisonarbeiter wurden selten hinzugezogen.⁶⁷ Das Vorherrschen kleiner Wirtschaften, die ihrem Wesen nach Bauernwirtschaften waren, schloß natürlich nicht die Existenz von mittleren und Großgrundbesitzern aus. Zum Beispiel waren im Sahel von Sousse, wo sich die Europäer mit Weinbau beschäftigten, 160 italienische Grundbesitzer

⁶⁴ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 159.

⁶⁵ Géniaux, Ch., a. a. O., S. 222.

⁶⁶ Siehe Mori, Atilio, La Tunisia, Rom 1930, S. 149; Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 159.

⁶⁷ Milliot, L., a. a. O., S. 236.

Eigentümer von 785 Hektar Weinbergen⁶⁸, d. h., im Durchschnitt besaß jeder 4,9 Hektar. Infolge der hohen Intensität und des Arbeitsaufwandes im Weinbau kann man diese Wirtschaften natürlich nicht als kleine Bauernwirtschaften ansehen, obwohl sie im Vergleich zu den riesigen französischen Weinbergen recht bescheiden waren. In Nordtunesien schließlich gab es auch italienische Großgrundbesitzer. Unter ihnen nahm die italienische Bodengesellschaft „Canino et Co“, die 3050 Hektar Land besaß⁶⁹, einen bedeutenden Platz ein. Außer dem Streben nach Bereicherung stellte sich die Gesellschaft als eine ihrer Hauptaufgaben die Förderung der italienischen Kolonisation in Tunesien. Ähnlich der „Gesellschaft französischer Farmen in Tunesien“ verpachtete sie den Boden nur an ihre Landsleute. Jedoch gab es wenig solcher italienischer Großgrundbesitzer.⁷⁰ Insgesamt gesehen waren die kleinen Grundbesitzer in der Überzahl.

Im Unterschied zur französischen Kolonisation war für die italienische Kolonisation eine große Anzahl von Pächtern und Landarbeitern charakteristisch. In den europäischen Wirtschaften vom Typ der Farmen wurden in breitem Maße italienische Landarbeiter ausgebeutet. Im Weinbau arbeiteten fast ausschließlich Emigranten aus Italien, vor allem Sizilianer.⁷¹ Außerdem pachteten viele Italiener, die hauptsächlich aus Sizilien, Sardinien und Kalabrien stammten, Land zu kleinen Grundstücken von zwei bis zehn Hektar. In den meisten Fällen verpachteten die französischen Kolonisten das Land für 35 Franken pro Hektar⁷² auf ein Jahr. Mitunter gelang es den Italienern auch, mit tunesischen Grundbesitzern Verträge über eine langfristige Pacht abzuschließen. Recht charakteristisch für die italienische Kolonisation war der Typ des kleinen Pächters, der gleichzeitig gegen Lohn außer Haus arbeitete. Ein solcher Pächter säte auf ein bis zwei Hektar Weizen, und in der übrigen Zeit arbeitete er auf den benachbarten Gütern.⁷³

Die hauptsächlichlichen Gebiete der italienischen landwirtschaftlichen Kolonisation waren Biserta, Tunis, Grombalia, Zaghuan, Sousse und andere im Nordosten Tunesiens. In diesen Gebieten bildeten die Italiener den größten Teil der europäischen Landbevölkerung. Im Gebiet von Sousse beispielsweise waren 83 Prozent aller europäischen Grundbesitzer Italiener.⁷⁴ Das Übergewicht der Pächter und kleinen Grundbesitzer zeigt, daß die italienische Kolonisation hauptsächlich eine landwirtschaftliche war. Dadurch, daß sich die Italiener in mehr oder weniger geschlossenen Gruppen ansiedelten und, entsprechend den Konventionen von 1896, ihre Staatsbürgerschaft, Schulen usw. beibehielten, erwiesen sie sich unter den Emigranten als diejenige Gruppe, die am stärksten isoliert war und der Assimilation am wenigsten unterlag. Nach Angaben einer Zählung vom Jahre 1926 be-

⁶⁸ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 145.

⁶⁹ Ebenda, S. 133.

⁷⁰ Ebenda, S. 159.

⁷¹ Géniaux, Ch., a. a. O., S. 131.

⁷² Wir erinnern daran, daß die Grundstücke für die Kolonisation zu einem Preis von 100 bis 300 Franken pro Hektar an die Franzosen verkauft wurden.

⁷³ Lanessan, J. L. de, a. a. O., S. 160.

⁷⁴ Ebenda, S. 145.

herrschen nur 41 Prozent der italienischen Umsiedler in Tunesien die französische Sprache und nur 28,6 Prozent die arabische.⁷⁵ Wenn in Tunesien somit der Prozeß der Herausbildung einer europäischen Bauernschaft begann, so war das also in der Hauptsache, sowohl der Herkunft als auch dem Charakter nach, eine italienische Bauernschaft. Im übrigen ist es nicht angebracht, die Maßstäbe und Ergebnisse dieses Prozesses überzubewerten. Nach Schätzungen für das Jahr 1909⁷⁶ zählte die italienische Bevölkerung 12 000 Menschen, während die Zahl der tunesischen Bauern mit 1,5 Millionen bestimmt wurde.

Im Ergebnis der parallelen Entwicklung der italienischen und der französischen Kolonisation überstieg trotz aller Anstrengungen der Kolonialverwaltung die italienische Landbevölkerung die Zahl der französischen Landbevölkerung um das Dreifache, obwohl die Fläche des italienischen Grundbesitzes in Tunesien zehnmal kleiner war als die des französischen Grundbesitzes. Ungeachtet der beinahe kostenlosen Verteilung der staatlichen Ländereien an französische Kolonisten war es der Protektorsregierung, nachdem sie die Pläne für die Entwicklung der französischen landwirtschaftlichen Kolonisation aufgegeben hatte, auch nicht möglich, ein Übergewicht der französischen Landbevölkerung über die italienische zu schaffen. Mit anderen Worten, den französischen Behörden gelang es nicht, der italienischen Diplomatie und chauvinistischen Propaganda den höchsten Trumpf aus den Händen zu schlagen, indem sie das Verhältnis der italienischen Landbevölkerung zur französischen zugunsten der letzteren veränderten. Das heißt, daß die zweite politische Hauptaufgabe der „offiziellen“ Kolonisation ebenfalls nicht gelöst wurde.

Wenn man die Ergebnisse der „offiziellen“ Kolonisation vom Gesichtspunkt ihrer politischen Aufgaben betrachtet, muß man feststellen, daß sie ihre Ziele nicht erreicht hat. Zu Beginn des ersten Weltkrieges gab es weder eine zahlenmäßig starke Schicht kleiner französischer Landwirte noch deren zahlenmäßiges Übergewicht gegenüber den italienischen Kolonisten. Praktisch kam die „offizielle“ Kolonisation in dem Raub der tunesischen staatlichen Ländereien durch französische Großgrundbesitzer zum Ausdruck mit dem Unterschied, daß – im Gegensatz zur „privaten“ Kolonisation – der Erwerb des Bodens mit Unterstützung der Kolonialverwaltung erfolgte. Im übrigen unterschied sie sich prinzipiell weder ihrem Charakter noch ihren Ergebnissen nach von der „privaten“ Kolonisation, deren Ergänzung sie im Grunde genommen auch darstellte.

⁷⁵ Nach denselben Angaben beherrschten 49,9 Prozent der Malteser, 55,8 Prozent der Griechen und 69,4 Prozent der Spanier die französische Sprache und 31,5 Prozent der Franzosen die arabische. (Desfeuilles, P., La Tunisie, Paris 1928, S. 75.)

⁷⁶ Milliot, L., a. a. O., S. 235.

„Volldampf vorwärts nach Euphrat und Tigris“*

Die planmäßige Vorbereitung des deutschen Imperialismus
auf den Endkampf um die Beherrschung des Osmanischen Reiches
in den Jahren 1897 bis 1903

Bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren Großbritannien, Frankreich und das zaristische Rußland die Hauptkonkurrenten im Kampf um die Unterwerfung des Osmanischen Reiches.¹ Dabei gelang es den beiden westeuropäischen Metropolen, sich der entscheidenden ökonomischen Kommandohöhen zu bemächtigen und die Türkei, die im Ausgang des Mittelalters ihren Macht- und Schreckensbereich bis an den Atlantischen Ozean und vor die Tore Wiens ausgedehnt hatte, in einen abhängigen Staat zu verwandeln.

Deutschlands Anteil an der ökonomischen Durchdringung der Türkei, vorwiegend ihres asiatischen Territoriums, war bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts außerordentlich gering. Der Umfang seines Handels mit dem Vorderen Orient blieb nicht nur weit hinter dem britischen und französischen, sondern auch hinter dem österreichischen, russischen, italienischen, spanischen und skandinavischen zurück.² Die Ursachen für diese Erscheinung liegen in der späten Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland und in den außergewöhnlich schlechten Transportbedingungen für deutsche Waren, denen im wesentlichen nur der teure und umständliche Landweg zur Verfügung stand.

Doch als seit den fünfziger Jahren die kapitalistische Industrialisierung rasche Fortschritte machte, begann auch die Industrie- und Handelsbourgeoisie in den aufstrebenden Industriezentren des unter preußischer Führung stehenden Zollvereins ihre Blicke nach Kleinasien zu lenken, um dort nach neuen Absatzmärkten für die Massenerzeugnisse der kapitalistischen Produktion zu suchen.³

* *Alldeutsche Blätter* vom 6. November 1898.

¹ Siehe *Бондаревский, Г. Л.*, Багдадская дорога и проникновение германского империализма на Ближний Восток 1888–1903, Taschkent 1955, S. 49 ff.

² Siehe *Krauss, J.*, Deutsch-türkische Handelsbeziehungen. Seit dem Berliner Vertrag unter besonderer Berücksichtigung der Handelswege, Jena 1901, S. 43 ff.

³ Bereits in jenen Jahren beschäftigten sich die deutschen Regierungen mit Kolonisationsprojekten in Kleinasien. Siehe Deutsches Zentralarchiv Potsdam (im folgenden zitiert: DZA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 11806, Bl. 1 ff.

Eifrige Verfechter einer deutschen Kolonisation in Kleinasien waren Helmuth von Moltke und der Archäologe Ludwig Ross. Siehe *Moltke, Helmuth von*, Gesammelte Schriften und der Archäologe Ludwig Ross. Siehe *Moltke, Helmuth von*, Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Bd 2, [Berlin] 1892, S. 308, 315 ff., 320; Bd 8, [Berlin] 1892, S. XXXIII, LIII, LV, 34, 218 ff., 239–245, 252, 257, 258–260, 304 ff., 308, 314 ff., 517; *Ross, Ludwig*, Kleinasien und Deutschland. Reisebriefe und Aufsätze mit Bezugnahme auf die Möglichkeit deutscher Niederlassungen in Kleinasien, Halle 1850.

Die aktive Teilnahme der deutschen Bourgeoisie an der Ausbeutung des Osmanischen Reiches begann jedoch erst in den achtziger Jahren, hervorgerufen durch die stürmische ökonomische Entwicklung in den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach der Reichsgründung.⁴ Die Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche, insbesondere das zunehmende Mißverhältnis zwischen den wachsenden Produktivkräften, der industriellen Erzeugung und den begrenzten Absatzmöglichkeiten⁵, führte – beschleunigt durch den aggressiven Charakter der bourgeois-junkerlichen Militärdespotie – gesetzmäßig zur Beteiligung Deutschlands am Kampf um die Eroberung von Kolonien und an der wirtschaftspolitischen Versklavung schwächerer kapitalistischer, vor allem halbkolonialer Länder. Während die deutsche Bourgeoisie in Afrika ihre Kolonialgelüste in Form brutaler militärischer Eroberungen und grausamer Dezimierung der Bevölkerung zu befriedigen suchte, begann sie sich in der übrigen Welt besonders des Kapitalexports zu bedienen, um ökonomisch schwachentwickelte Länder zu berauben und im Konkurrenzkampf mit den alten kapitalistischen Rivalen ihrer Kapitaldiktatur zu unterwerfen. Zu diesen Gebieten, von denen sich das rasch erstarkende deutsche Großkapital durch indirekte Kolonialausbeutung Überprofite erhoffte, zählte auch das Osmanische Reich.⁶

Drei Ereignisse führten zu einer entscheidenden Wende in der Haltung des deutschen Großkapitals und der deutschen Regierung zur Türkei: die Entsendung einer deutschen Offiziersmission zur Ausbildung der türkischen Armee, die Beteiligung der deutschen Rüstungsindustrie am profitablen türkischen Waffengeschäft sowie der Erwerb der Konzession zum Bau der Anatolischen Eisenbahn durch die Deutsche Bank.

Die militärischen Beziehungen zwischen Preußen-Deutschland und der Türkei hatten bereits eine gewisse Tradition. Schon 1798 inspizierte der preußische Oberst von Goetze türkische Armeeverbände. Der spätere Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke arbeitete von 1835 bis 1839 als Instrukteur des türkischen Heeres. Anfang der vierziger Jahre reformierte der preußische Oberst von Kuczonski nach geheimen Plänen des Sultans das Polizeiwesen in Konstantinopel. Und schließlich ersuchte der Sultan-Despot 'Abd ul-Hamid nach der militärischen Niederlage gegen Rußland 1877/78 und angesichts der im Untergrund schwelenden jungtürkischen

⁴ Siehe Бондаревский, Г. Л., a. a. O., S. 20 ff.

⁵ Siehe Nussbaum, Manfred, Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Berlin 1962, S. 42 ff. (Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, hg. v. Walter, Markov, Bd 8).

⁶ Eine stärkere deutsche Beteiligung an der Exploitation Kleinasien forderten in den siebziger und achtziger Jahren vor allem Wilhelm Pressel, Josef Cernik, Alois Edler von Südenhorst, Friedrich Delitzsch, Eduard Schau und Prof. A. Sprenger. Sprenger schrieb 1886: „Der Orient ist das einzige Territorium der Erde, das noch nicht von einer der emporstrebenden Nationen in Beschlag genommen worden ist; er ist aber das schönste Kolonisationsfeld, und wenn Deutschland die Gelegenheit nicht verpaßt und danach greift, ehe die Kosaken die Hand danach ausstrecken, hat es in der Teilung der Erde den besten Teil errungen.“ (Zit. nach: Deutschlands Ansprüche an das türkische Erbe, hg. vom Alldeutschen Verband, München 1896, S. 12/13.)

Opposition, Berlin um die Entsendung einer stärkeren Gruppe von preußischen Offizieren und Beamten zur Reorganisation der türkischen Armee und des Staatsapparates. Nach intensiven Besprechungen mit dem Generalstab erklärte sich Bismarck bereit, dem Verlangen des türkischen Sultans stattzugeben.⁷ Mehrere Motive waren für diesen Entschluß der Generäle und des Kanzlers ausschlaggebend: die Gewinnung von politischem und militärischem Einfluß in der Türkei⁸, die Kontrolle über die militärische Tätigkeit der fremden Mächte in Konstantinopel⁹, die Belieferung der türkischen Armee mit deutschen Waffen und, last not least, die militärische Aufrüstung der Türkei gegen Rußland. Die Zustimmung der deutschen Regierung zur Entsendung von Militärs und Beamten nach Konstantinopel hatte demnach a priori sowohl einen antitürkischen als auch einen antirussischen Aspekt.¹⁰

Die erste größere deutsche Militärmission in der Türkei erfüllte besonders nach 1885 unter Leitung des späteren Feldmarschalls Colmar von der Goltz-Pascha ihren Klassenauftrag zur vollsten Zufriedenheit des preußischen Generalstabes, der „Wilhelmstraße“ und der Rüstungsindustrie an der Ruhr. Es ist noch wenig, was der Öffentlichkeit über die Tätigkeit dieses preußischen Generals in der Türkei bekannt ist. Wie – nach den Worten seines Biographen – von der Goltz selbst dem Grundsatz treu blieb, „sein Scherflein nicht so laut in die Büchse“ zu werfen, „daß die ganze Kirche es hören mußte“¹¹, so verhüllten auch die offizielle Geschichtsschreibung und die Publizistik seine Arbeit im Interesse der aggressiven Politik des wilhelminischen Deutschlands und der Profitsucht deutscher Industrie- und Finanzmagnaten mit dem Mantel des Schweigens. Aber so viel steht fest: Von der Goltz verstand es geschickt, enge persönliche Beziehungen nicht nur zu alttürkischen, sondern vor allem auch zu jungtürkischen Offizieren herzustellen, die er später, während der jungtürkischen Revolution, als der deutsche Einfluß spürbar zurückging, für die Fortführung der aggressiven Orientpolitik des deutschen Imperialismus einsetzen konnte. Er erschlich sich das Vertrauen 'Abd ul-Hamids II. und teilte dessen vertrauliche Mitteilungen über militärische Geheimnisse – so über den Zustand der Befestigungen bei Konstantinopel und an den Meerengen¹² – dem auswärtigen Amt und dem Generalstab mit. Ihm gelang die Abkommandierung einer größeren Anzahl junger türkischer Offiziere zur Ausbildung in die deutsche Armee und damit die Schaffung eines dem preußischen Militarismus verschworenen Kerns im türkischen Heer. Und schließlich vermittelte Goltz – demonstrativ von Wilhelm II., der 1889 persönlich am Jildis Kiosk erschien, unterstützt – den deutschen Rüstungs-

⁷ Holborn, Hajo, Deutschland und die Türkei 1878–1890, Berlin 1926, S. 11/12.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda, S. 11.

¹⁰ Siehe Бондаревский Г. Л., a. a. O., S. 32; Сулун, А., Германская военная миссия фон дер Гольца в Турции 1882–1885, Moskau o. J., Diss., S. 315/316.

¹¹ Schmiterlow, Bernhard von, Aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Colmar Frhr. v. d. Goltz-Pascha. Nach Briefen an seinen Freund, Berlin 1926, S. 105.

¹² Siehe Holborn, Hajo, a. a. O., S. 52/53; Waldersee, Alfred Graf von, Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfr. Grafen von Waldersee, hg. v. Heinrich Otto Meisner, Bd 1, Stuttgart-Berlin 1922, S. 55.

magneteten zahlreiche Millionenaufträge¹³ auf dem profitsicheren türkischen Waffenmarkt, wo meist veraltete und zweifelhafte Modelle gehandelt wurden. Dieses vom Generalstab aktiv geförderte und unmittelbar Rußland bedrohende Waffenausfuhrgeschäft schuf die Monopolstellung der deutschen Rüstungsindustrie, insbesondere des Krupp-Konzerns in der Türkei¹⁴, es brachte die überraschende Niederlage der englischen und französischen Rüstungsgiganten im Kampf um einen der begehrtesten Märkte der „Rüstungsinternationale“. War es sonst üblich, dem Kaufmann die preußische Soldateska folgen zu lassen, so sah sich die deutsche Bourgeoisie im Vorderen Orient bei der Stärke der Konkurrenten gezwungen, die Militärs vorzuschicken; diese sollten eine Bresche in die wirtschaftspolitische Vormachtstellung Großbritanniens und Frankreichs „schießen“ und dem deutschen Industrie- und Bankkapital den Weg zu einer neuen Ausbeutzungszone freikämpfen. Wie sich bald zeigte, war diese Methode nicht schlecht gewählt, und führende deutsche Finanzkapitalisten wußten die Tätigkeit des preußischen Militaristen in Konstantinopel durchaus zu schätzen. So erschien beispielsweise 1893 der Rüstungsindustrielle Ludwig Loewe bei Goltz, um sich für dessen Einsatz im Interesse der Waffenschmieden der Ruhr zu bedanken und ihm ein Aktienpaket seiner Werke zu überreichen.¹⁵ Das Waffengeschäft am Bosphorus ist ein besonders typisches Beispiel für die frühe Verflechtung von Rüstungsindustrie, Generalstab und politischer Führung in Deutschland, für die zunehmende Unterwerfung des Staatsapparates unter das Industrie- und Bankkapital.

Neben der Entsendung der Militärmission und den Waffengeschäften am Bosphorus leitete der Kampf der Deutschen Bank um das anatolische Eisenbahnprojekt eine neue Etappe im wirtschaftspolitischen Verhältnis Deutschlands zum Osmanischen Reich ein. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte der Eisenbahnbau im asiatischen Territorium des Osmanischen Reiches erste geringe Fortschritte aufzuweisen. Lediglich vier, vom britischen und französischen Kapital kontrollierte

¹³ Im einzelnen sahen die Rüstungsgeschäfte, die von der Goltz der deutschen Waffenindustrie vermittelt, folgendermaßen aus; 1885 setzte er bei 'Abd ul-Hamîd einen Rüstungsauftrag über 500 schwere Geschütze durch. Im Februar 1886 kaufte die Türkei 426 Feldkanonen und 60 Mörser bei Krupp. 1887 lieferten die deutschen Waffenfabriken Mauser und Loewe 500000 Gewehre und 50000 Karabiner nach Konstantinopel. 1888 sandte die deutsche Rüstungsindustrie für 2,2 Millionen Mark Waffen zum Bosphorus. 1889 und 1890 wurden 1000 Feldgeschütze, einige 100000 Gewehre und mehrere Torpedoboote in Auftrag gegeben. 1891 sandte die deutsche Waffenindustrie für 5,9 Millionen Mark Kriegsmaterial an die Türkei, 1892 für 10,1 Millionen Mark, 1893 für 13,1 Millionen Mark, 1894 für 6 Millionen Mark, 1895 für 12,2 Millionen Mark, 1896 für 4,4 Millionen Mark.

¹⁴ Mit Recht schrieb Hallgarten: „Die imperialistische Expansionspolitik des Generalstabs förderte gleichzeitig auch das mächtige, unmittelbar die Russen bedrohende deutsche Waffenausfuhrgeschäft; die vom Generalstab stark geförderte Militärmission des Generals von der Goltz in der Türkei zwang zu Ende der achtziger Jahre den Türken die Kanonen des Hauses Krupp auf ..., die Monopolstellung der deutschen Waffenindustrie in der Türkei ist von Colmar von der Goltz geschaffen worden.“ (Hallgarten, George W. F., *Imperialismus vor 1914*, Bd I, München 1951, S. 268 u. 406.)

¹⁵ Schmiterlow, Bernhard von, a. a. O., S. 117.

Linien befanden sich vor 1888 in Betrieb, von denen drei ihren Ausgangspunkt an der Ostküste des Mittelländischen Meeres nahmen und als kurze Stichbahnen in das fruchtbare, relativ dichtbevölkerte Hinterland der Hafenstädte Mersina und Smyrna führten.¹⁶ Diese Linien sicherten den beiden Hauptkonkurrenten im Kampf um die ökonomische Ausplünderung des Osmanischen Reiches in einem begrenzten Gebiet eine Monopolstellung. Außerdem forderten sie die ökonomische Eigenentwicklung weitflächiger Räume und ihre Absonderung von der politischen Zentrale Konstantinopel sowie die Bildung von Interessensphären des britischen und des französischen Kapitals.¹⁷ Die alttürkische Feudalclique in Konstantinopel erkannte sehr gut die von den britischen und französischen Einfallstoren ausgehende Gefahr für den Fortbestand des Osmanischen Reiches, deshalb forderte sie immer dringender den Bau einer die ganze asiatische Türkei durchziehenden Transversallinie zur Verbindung des anatolischen Kernlandes mit den ostarabischen Vilajets, um ihre reaktionäre Herrschaft nach innen und außen zu sichern. Dem ottomanischen Völkergefängnis drohte nicht nur die Gefahr der Zerstückelung durch die am Bett des „kranken Mannes“ wartenden Erben in Gestalt der kapitalistischen Großmächte; der Sultan-Kalif fürchtete ebenso sehr ein Wiederaufleben der grausam unterdrückten jungtürkischen Opposition in seiner eigenen Metropole und die von Jahr zu Jahr stärker um sich greifenden Befreiungsversuche der in sklavischer Knechtschaft gehaltenen nichttürkischen Nationalitäten.

Im Kampf um die Erwerbung der Konzession für die profitable und politisch höchst bedeutsame Bahnlinie erlitten die britischen, vor allem aber die französischen Finanzgruppen eine überraschende Niederlage, denn 'Abd ul Hamîd II., der die Schürung von Gegensätzen zum Axiom seiner Regierungspolitik erhoben hatte, trug die Konzession der Deutschen Bank an, mit deren Hilfe er die Vorherrschaft des anglo-französischen Kapitals zu schwächen hoffte.¹⁸

Die Deutsche Bank war 1870 in der Periode des „Gründerfiebers“ von 21 großen deutschen Bank- und Handelsgesellschaften¹⁹ mit einem Aktienkapital von zunächst 15 Millionen Mark gegründet worden. Nach den Kapitalerhöhungen auf 60 Millionen Mark im Jahre 1881 und auf 75 Millionen Mark im Jahre 1888 wurde sie zur führen-

¹⁶ Siehe Earle, Edward M., *Turkey, the Great Powers, and the Bagdad Railway. A Study in Imperialism*, New York 1924, S. 30; Courau, J., *La locomotive en Turquie d'Asie*, Brüssel 1895, S. 18–47.

¹⁷ Siehe Krebs, Günther, *Die deutsche Bagdadbahnpolitik im Urteil der Entente-Publizistik*, Breslau 1933, S. 20; Wolf, John B., *The Diplomatic History of the Bagdad Railroad*, Columbia 1936, S. 12; *Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914* (im folgenden zitiert: *Die Große Politik*), Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy u. a., Berlin 1922 ff., Bd 17, Nr. 5247, Marschall an Bülow v. 2. Februar 1902.

¹⁸ Hallgarten, George W. F., a. a. O., Bd 2, S. 80/81; Holborn, Hajo, a. a. O., S. 3 ff., S. 84/85.

¹⁹ Riesser, Dr., *Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland*, 4. Aufl., Berlin 1912, S. 177 ff., 308, 347–392, 723 ff.

den deutschen Großbank.²⁰ Die Bank unterhielt enge Beziehungen zu den großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften²¹ sowie zur deutschen Industrie²², und sie beteiligte sich über ihre Tochtergesellschaften oder sogenannte Kolonialbanken²³ von Jahr zu Jahr stärker am Kapitalexport. Bestand ihre Hauptaufgabe zunächst in der Befreiung des deutschen Außenhandels auf dem europäischen und dem überseeischen Markt aus der Abhängigkeit von englischen Banken, so genügte ihr diese begrenzte Zielsetzung bald nicht mehr. Seit Ende der achtziger Jahre kämpfte sie um die führende Position der deutschen Bourgeoisie in den kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen schlechthin. Diese Entwicklung der Deutschen Bank war typisch für den Prozeß der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals, der in jenen Jahren in Deutschland einsetzte und rascher als in jedem anderen Land vor sich ging. Doch trotz des weitgespannten Rahmens ihrer ökonomischen Expansion verhielt sich die Deutsche Bank gegenüber dem kleinasiatischen Eisenbahnprojekt zunächst zurückhaltend. Sie hielt bei der Fäulnis des türkischen Regimes, der Korruption der Verwaltung, der Stagnation der Wirtschaft und der starken ökonomischen und politischen Positionen des französischen und des englischen Kapitals in der Türkei das Risiko einer erheblichen Kapitalanlage für zu groß. Erst nach eingehendem Studium der Garantien 'Abd ul-Hamids, die eine hohe Kilometergarantie und die Eintreibung der dazu bestimmten Steuern durch die Staatsschuldenverwaltung vorsahen, erklärte die Deutsche Bank ihre Bereitschaft, dem türkischen Angebot näherzutreten. Bevor sie sich jedoch vertraglich band, verlangten ihre beiden Hauptdirektoren am 15. August 1888 die Zustimmung der Reichsleitung.²⁴

Die Antwort Bismarcks lag bereits am 2. September vor.²⁵ Darin brachte der Kanzler unmißverständlich zum Ausdruck, daß der Botschafter in Konstantinopel angewiesen sei, das Eindringen der Deutschen Bank in den Vorderen Orient zu unterstützen. Diese Antwort Bismarcks bedeutete endgültig – wie sich dies bereits bei den Rüstungsgeschäften andeutete – eine Kursänderung seiner Orientpolitik.²⁶

²⁰ Jerussalimski, A. S., Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 63.

²¹ 1882 beteiligte sich die Deutsche Bank an der Übernahme von Anleihen an die Hamburg-Amerika-Paktfahrt-Aktiengesellschaft und an die Deutsche Dampfschiffahrtsreederei; 1883 leitete sie ein Konsortium, das eine Anleihe des Norddeutschen Lloyd an der Berliner Börse einführte.

²² Siehe Hallgarten, George W. F., a. a. O., Bd 1, S. 258/259.

²³ 1884 übernahm die Deutsche Bank die La-Plata-Bank; 1887 wurde sie Teilhaber der Brasilianischen Bank für Deutschland; 1889 beteiligte sie sich an der Gründung der Deutsch-Asiatischen Bank in Shanghai.

²⁴ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 11793, Bl. 2/3, Deutsche Bank an Auswärtiges Amt v. 15. 8. 1888. – Siehe auch Helfferich, Karl, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd 3, Berlin 1923, S. 33 ff.

²⁵ DZA Potsdam, ebenda, Bl. 32, Bismarck an das Direktorium der Deutschen Bank v. 2. 9. 1888. – Siehe auch Holborn, Hajo, a. a. O., S. 91.

²⁶ Die Schlußfolgerung Holborns (a. a. O., S. 92), daß Bismarck nach wie vor „im Orient keine deutschen Interessen“ anerkannte, „auf die seine Politik hätte wesentliche Rücksicht nehmen müssen“, läßt sich nicht aufrechterhalten.

Das Neue bestand darin, daß der Kanzler den immer mächtiger werdenden Expansionsdrang des deutschen Großkapitals auch im Vorderen Orient bewußt förderte, daß er mithalf, deutsche ökonomische Interessen in diesem Gebiet zu schaffen. Allerdings sollte der ökonomische Vorstoß der deutschen Bourgeoisie nach dem Vorderen Orient in Zusammenarbeit mit dem britischen Kapital erfolgen, denn auch das kleinasiatische Eisenbahnprojekt war in der Vielfältigkeit der Bismarckschen Kombinationen in erster Linie ein Mittel zur Verwirklichung antifranzösischer und antirussischer Pläne in Europa, noch nicht aber die Ausgangsbasis für die Schaffung einer mächtigen deutschen Einflußsphäre im Vorderen Orient.

Nach Einigung der Deutschen Bank mit der britischen Finanzgruppe²⁷, die, um die Gefahr eines französischen Erfolges zu beseitigen, den deutschen Bewerbern um die Eisenbahnkonzession ihre Unterstützung zukommen ließ, wurde am 4. Oktober 1888 in Konstantinopel das Geschäft perfekt.²⁸ Durch die Konzession erhielt das unter Führung der Deutschen Bank stehende Finanzkonsortium die bereits in Betrieb befindliche Linie Haidar Pascha – Ismid, ferner das Recht auf den Bau und Betrieb einer 486 Kilometer langen Linie von Ismid nach Angora, einer An- und Betrieb einer 486 Kilometer langen Linie von Ismid nach Angora, einer Anschlußbahn nach Scutari sowie von Verbindungsbahnen nach Brussa und Kutahia.²⁹ Ein Jahr später erwarb die deutsche Finanzgruppe unter Beteiligung des Wiener Bankvereins 88000 von insgesamt 100000 Aktien der Betriebsgesellschaft für orientalische Eisenbahnen mit der Linie Konstantinopel-Adrianopel-Philippopol-Bellova, wichtig als Verbindungsstück zur Bahnlinie Wien-Belgrad-Nis³⁰, und 1890 erhielt sie von der Pforte die Konzession für den Bau der mazedonischen Bahn Saloniki-Monastir.³¹ Bereits im Dezember 1892 wurde das letzte Teilstück der Strecke Ismid-Angora dem Verkehr übergeben.³²

Noch vor Beendigung der Bauarbeiten an der Angora-Linie erzielte die Deutsche Bank, unterstützt von der „Wilhelmstraße“, mit 'Abd ul-Hamid ein Übereinkommen über die Fortsetzung der Bahn in Richtung auf Bagdad.³³ Dies bedeutete eine

²⁷ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 11794, Bl. 7/8. – Siehe auch Rothstein, Th., Der Streit um die Bagdadbahn, in Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1912/13, Bd 2, S. 520/521.

²⁸ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 11793, Bl. 63/64, Radowitz an Auswärtiges Amt v. 2. 10. 1888.

²⁹ „Schon in diesem ersten Vertragsinstrument“, schreibt Mühlmann, „wurde der beherrschende Gedanke, Bagdad an Konstantinopel anzuschließen, in vorsichtigster Form angedeutet durch die Klausel, die Bahn gegebenenfalls über Angora hinaus zu verlängern.“ (Mühlmann, C., Die deutschen Bahnunternehmungen in der asiatischen Türkei 1888 bis 1914, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd 24, Jena 1926, S. 131.)

³⁰ Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 268.

³¹ Diese Strecke wurde im Juni 1894 fertiggestellt. Siehe Geschäftsberichte der Deutschen Bank für 1889, 1890, 1891. Helfferich, Karl, a. a. O., S. 48 ff.; Бондаревский, Г. И., Bank für 1889, 1890, 1891. Helfferich, Karl, a. a. O., S. 48 ff.; Cheradame, A., La question d'Orient, La Macédoine, Le chemin de fer de Bagdad, Paris 1903, S. 19/20.

³² Mühlmann, C., a. a. O., S. 133.

³³ Die Große Politik, a. a. O., Bd 14,2, Nr. 3964, Radolin an das Auswärtige Amt v. 29. 12. 1892.

7 Kolonialismus und Neokolonialismus

offene Kampfansage sowohl an das französische als auch an das englische Kapital. Bei der Angora-Konzession von 1888 konnte die Deutsche Bank, als sie den französischen Widerstand brach, auf die Unterstützung der britischen Finanzwelt rechnen, durch ihren Konzessionsantrag für die Konia-Linie trieb sie jedoch ihren ehemaligen Verbündeten in der kleinasiatischen Eisenbahnfrage auf die Seite des französischen Rivalen. Die aggressive Wirtschaftspolitik der Deutschen Bank führte zu gemeinsamen französisch-englisch-russischen Gegenaktionen, zu einer völlig neuen Allianz, die Bismarck so sehr gefürchtet, zu der er aber selbst den Keim gelegt hatte. Doch das überraschende Zusammengehen englischer und französischer Kapitalkreise und der britischen, französischen und russischen Botschafter in Konstantinopel gegen den beabsichtigten Vorstoß der Deutschen Bank nach Konia war nicht von Dauer. Abgesehen davon, daß die vorherrschenden weltpolitischen Gegensätze zwischen England und Frankreich sowie England und Rußland auch im Nahen Osten noch immer stärker wirkten als die Angst vor dem gefährlichen deutschen Rivalen, zwang die deutsche Regierung England mit der Drohung, die Unterstützung der britischen Kolonialpolitik in Ägypten einzustellen³⁴, zur Aufgabe des Widerstandes gegen die von der Deutschen Bank geplanten Linie. Wie so oft schon benutzte die deutsche Diplomatie den englisch-französischen Gegensatz in Ägypten als politisches Druckmittel, um England zum Nachgeben zu zwingen.³⁵ Mit dieser Erpressungspolitik hatte die deutsche Diplomatie Erfolg. Die Konia-Linie, 1893 der Deutschen Bank konzessioniert³⁶, wurde 1896 fertiggestellt; zusammen mit der Strecke Ismid-Angora bildete sie das Anatolische Eisenbahnsystem.

Bis zum Jahre 1888 befanden sich die Eisenbahnen des europäischen und asiatischen Territoriums des Osmanischen Reiches ausschließlich in der Gewalt des französischen, englischen und in bescheidenen Grenzen auch des österreichischen Kapitals. Mitte der neunziger Jahre hatte sich diese Situation durch den Vorstoß der Deutschen Bank grundlegend geändert. Jetzt kontrollierte die deutsche Hochfinanz einen etwa 2500 Kilometer langen, entweder konzessionierten oder bereits in Betrieb befindlichen Schienenweg auf dem Balkan und in Vorderasien. Im Kampf um die Konzessionserwerbungen sowie bei der Durchführung der ersten Finanzoperationen im Zusammenhang mit dem Aufkauf der Hirsch-Bahnen auf dem Balkan, der Übernahme der Konzession Saloniki-Monastir und der Fertigstellung der Linien bis Angora und Konia hatte sich die Deutsche Bank stark genug erwiesen, eine so bedeutende Finanzmacht wie die französische Ottomanbank aus dem Felde zu schlagen. *Seit dieser Zeit wurde ihr Kapitalexport in Form der Anleihegeschäfte und des Eisenbahnbaus zum entscheidenden Mittel der deutschen Nahostexpansion.* Das Vordringen der Deutschen Bank führte zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen der „Wilhelmstraße“ und dem reaktionären despotischen Regime des Sultans ‘Abd ul-Hamīd sowohl gegen die europäischen Rivalen als auch gegen die Unabhängigkeitsbewegung der nichttürkischen Völkerschaften innerhalb des Osmanischen Reiches.

³⁴ Ebenda, Nr. 3967–3974.

Gleichzeitig schufen die Erfolge der Waffenfabrikanten und vor allem der Deutschen Bank völlig neue Voraussetzungen für das Vordringen des deutschen Warenexports nach dem kleinasiatischen Territorium der Türkei. Jetzt, da mit aktiver Unterstützung des Auswärtigen Amtes die schon zu jener Zeit mächtigsten und einflußreichsten deutschen Industrie- und Finanzkapitalisten den Vorderen Orient in ihre Expansionssphäre einbezogen hatten, und es ihnen gelungen war, die dortige Monopolstellung Frankreichs und Großbritanniens zu brechen, versprachen sich auch die Großbreedereien Hamburgs und Bremens und die nach neuen Absatzmärkten lüsterne deutsche Exportindustrie vom Orienthandel ein profitables Geschäft. Am unmittelbarsten reflektierten sich die deutschen Rüstungs- und Eisenbahngeschäfte am Bosphorus in der Haltung der hanseatischen Großbourgeoisie zur Frage einer direkten und regelmäßigen Schifffahrtslinie zwischen den deutschen Häfen und dem Vorderen Orient. Auf Initiative der Verwaltung der preußischen Staatsbahnen und der in der Hamburger Handelskammer organisierten Großbourgeoisie wurde 1889 die Deutsche Levante-Linie gegründet³⁷ und ein Jahr später ein besonderer Tarif des „Deutschen Levante-Verkehrs über Hamburg seewärts nach den Hafenplätzen der Levante“³⁸ beschlossen. So wie die Wilhelmstraße den Waffenhandel der Essener Rüstungsschmiede und die Eisenbahngeschäfte der Deutschen Bank mit diplomatischen Mitteln unterstützt hatte, so gewährte sie nun der deutschen Exportindustrie für den Handel mit dem Vorderen Orient auf Kosten der deutschen Steuerzahler Vorzugstarife.³⁹

³⁵ Siehe auch Rathmann, Lothar, Zur Ägyptenpolitik des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Geschichtsbild Afrikas. Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung, Bd 2, S. 81 ff. ³⁶ Helfferich, Karl, a. a. O., S. 69.

³⁷ Krauss, J., a. a. O., S. 90.

³⁸ Ebenda, S. 91.

³⁹ Die Regierung in Berlin leistete den expansionistischen Bestrebungen des hanseatischen Handelskapitals und der deutschen Exportindustrie nicht nur aktive finanzielle, sondern auf Drängen des Generaldirektors der Deutschen Bank, Georg von Siemens, auch diplomatische Unterstützung. Am 26. August 1890 unterzeichneten ihre Vertreter einen sogenannten Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag mit der Türkei, der einerseits dem deutschen Handel im Osmanischen Reich unbeschränkte Meistbegünstigung, andererseits der Pforte das Einverständnis Deutschlands mit einer Erhöhung der türkischen Zollsätze sichern sollte. Während jedoch der Vertrag in der Folgezeit tatsächlich den deutschen Warenexport nach der Türkei und die Niederlassung deutscher Kaufleute und Unternehmer an den wichtigsten Plätzen des Osmanischen Reiches erleichterte, mußte die türkische Regierung den niedrigen Wertzoll von 8 Prozent beibehalten; denn eine von den deutschen Verhandlungspartnern geschickt eingefügte Klausel des Vertrages besagte, daß eine Änderung der Zollsätze nur mit Zustimmung der anderen interessierten Mächte vorgenommen werden durfte, und diese war, das wußte die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes sehr genau, nicht so bald zu erwarten. — Siehe auch: Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Türkei, abgedr. in: Die Handels- und Schifffahrtsverträge Deutschlands mit dem Auslande 1872–1897, Bd 2, Berlin 1897, S. 1239–1369; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 8. Legislaturperiode, 1. Session, 1890–1891, Bd 2, Berlin 1891, S. 887/888 u. 916.

Doch die Hoffnung der deutschen Regierung, der Großreeder und der Industriellen der Fertigwarenproduktion, einen entscheidenden Einbruch in die englisch-französisch-österreichische Monopolstellung auf dem Gebiete des Warenexports nach der asiatischen Türkei zu erzielen, erfüllte sich nicht. Zwischen 1889 und 1897 rückte Deutschland in der türkischen Einfuhrstatistik zwar von der 16. auf die 4. Stelle vor⁴⁰, aber die überholten Länder waren ausgesprochene Agrarstaaten, die mit dem überlegenen Industriepotential der deutschen Bourgeoisie nicht zu konkurrieren vermochten. Auch der Anteil der deutschen Flagge an den Häfen des Vorderen Orients stieg nach der türkischen Schiffsstatistik lediglich von einem halben Prozent der Gesamttonnage im Jahre 1880 auf zwei Prozent im Jahre 1898.⁴¹ Den 170 deutschen Schiffen, die 1897 im Hafen von Konstantinopel anlegten, standen 4596 britische, 700 italienische, 657 österreichische, 438 russische und 310 französische gegenüber.⁴² Nicht viel günstiger gestaltete sich das Verhältnis in Smyrna⁴³ und in den Häfen Syriens⁴⁴.

Eine grobe Bilanz der ökonomischen und politischen Positionen des wilhelminischen Deutschlands im Osmanischen Reich am Ende der Übergangsphase vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus ergibt: Innerhalb eines knappen Jahrzehnts war es der deutschen Bourgeoisie gelungen, in das zähe Ringen der Großmächte um die wirtschaftspolitische Versklavung der Türkei einzugreifen. Am erfolgreichsten verlief dabei – dank der Rüstungsgeschäfte Krupps und der Mauser-Werke sowie vor allem der Eisenbahnmanipulationen der Deutschen Bank – der systematisch herbeigeführte Prozeß der zunehmenden Verschuldung des türkischen Staates an das deutsche Finanzkapital. Nach einer Untersuchung der Staatsschuldenverwaltung aus dem Jahre 1898 waren die wichtigsten Länder wie folgt an der türkischen Staatsschuld beteiligt: Frankreich mit 44,88 Prozent, Belgien mit 17,95 Prozent, Deutschland mit 12,1 Prozent und Großbritannien mit 10,9 Prozent.⁴⁵ Der deutsche Anteil von 12,1 Prozent wiegt weit schwerer als die überragend erscheinende französische Position. Gelang es doch der deutschen Bourgeoisie in solchen entscheidenden ökonomischen Sphären wie dem Waffen- und Munitionsgeschäft sowie dem Eisenbahnbau die französisch-englische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und eine Position zu erringen, die in Verbindung mit der wachsenden finanziellen Verschuldung des türkischen Staates an die deutsche Hochfinanz und die Wühlarbeit der deutschen Militärinstituteure die Grundlage schuf für den Kampf der von der Deutschen Bank und dem Krupp-Konzern geführten kapitalistischen Großunternehmen Deutschlands um den *vorherrschenden* Einfluß in der Türkei, die Verwandlung ihres *gesamten* Territoriums in ein riesiges Ausbeutungsfeld der deutschen Monopole.

Eine Voraussetzung für das Gelingen dieses unersättlichen Expansionsstrebens war die Aufrechterhaltung der despotischen und zum Untergang verurteilten

⁴⁰ *Konstantinopler Handelsblatt* v. 24. 5. 1899.

⁴¹ *Krauss, J.*, a. a. O., S. 110.

⁴² *Deutsches Handelsarchiv*, hg. v. Reichsamt des Innern, Berlin 1876 ff., Jg. 1898/2, S. 92/93.

⁴³ Ebenda, Jg. 1899/2, S. 632.

⁴⁴ Ebenda, S. 615.

⁴⁵ *Krauss, J.*, a. a. O., S. 110.

Sultansherrschaft und ihre Bewahrung sowohl vor den Aufständen der unterdrückten Völker⁴⁶ als auch vor den britischen Teilungsplänen von 1895/96.⁴⁷ Damit wird verständlich, warum die deutsche Diplomatie dem türkischen Despoten bei der Niederschlagung der armenischen, mazedonischen und kretischen Aufstandsbewegung in der Mitte der neunziger Jahre politische und materielle Hilfe gewährte und die Führung bei der Torpedierung des britischen Teilungsplanes übernahm. Diese Politik verstärkte den politischen Einfluß Deutschlands in Konstantinopel und verhieß günstige Aussichten für die Errichtung der deutschen Prädominanz im Nahen Osten, wenn auch die Pläne zur Beherrschung dieses Gebietes noch nicht im einzelnen ausgearbeitet waren.

Die Aufnahme der *planmäßigen* Nahostexpansion des wilhelminischen Deutschlands steht im Zusammenhang mit der vollen Entfaltung des Imperialismus am Ende der neunziger Jahre.⁴⁸

In dieser Zeitspanne näherte sich die territoriale Aufteilung der Welt ihrem Ende, waren die wichtigsten Kapitalanlagesphären, Rohstoffquellen, Absatzmärkte und strategischen Stützpunkte im Besitz der altkapitalistischen Mächte.

Die Kolonien Deutschlands, seit den achtziger Jahren in Afrika, im Fernen Osten und im Pazifischen Ozean erobert, hatten im Hinblick auf ihre Exploitationsmöglichkeiten kaum eine Bedeutung.⁴⁹ Zudem unterlag der Weg zu ihnen der Kontrolle durch die britische Kriegsflotte. Der deutsche Kolonialbesitz entsprach in keiner Weise dem starken Expansionsdrang des deutschen Finanzkapitals.

Deshalb wurde der deutsche Imperialismus zur aktivsten Kraft bei der Eröffnung des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt, die seit dem Beginn der monopolkapitalistischen Periode auf der Tagesordnung stand. Dank seines mächtigen Wirtschaftspotentials und der Stärke und Schlagkraft der preußisch-deutschen Armee war er für diesen Wettkampf besser gerüstet als seine europäischen Rivalen, die auf dem Gebiet der industriellen Produktion, zumindest in den entscheidenden Industriezweigen, nicht Schritt zu halten vermochten.⁵⁰ Das Erscheinen des deutschen Imperialismus in der Weltarena mußte die Gegensätze zu den alten Kolonialmächten verschärfen und die Kriegsgefahr schlagartig erhöhen.⁵¹

⁴⁶ Über die Armenierygemetzel des despotischen türkischen Regimes siehe *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 199–203; *Бондапескуй Г. И.*, a. a. O., S. 83 ff.

⁴⁷ Siehe *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 215 ff.; *Бондапескуй Г. И.*, a. a. O., S. 83 ff.

⁴⁸ Über die Entstehung des deutschen Imperialismus, seinen aggressiven Charakter und seine Besonderheiten siehe *Lenin, W. I.*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd 1, Berlin 1960, S. 709/817; *derselbe*, *Hefte zum Imperialismus*, Berlin 1957; *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 35–119; *Meusel, Alfred*, *Beiträge zur Geschichte des deutschen Imperialismus von 1890 bis 1914*, Berlin 1951; *Klein, Fritz*, *Deutschland von 1897/98 bis 1917*, Berlin 1961, S. 7–37.

⁴⁹ Siehe *Nussbaum, Manfred*, a. a. O., S. 119 ff.

⁵⁰ *Meusel, Alfred*, a. a. O., S. 14–16.

⁵¹ Über die innerpolitischen Ereignisse von 1897 und 1898, die den Beginn der imperialistischen Epoche in der deutschen Geschichte charakterisieren (Sammlungspolitik, Flottenvorlagen usw.), siehe *Klein, Fritz*, a. a. O., S. 38 ff.

Zur wichtigsten Expansionszone des deutschen Imperialismus im Kampf um den „Platz an der Sonne“ wurde das asiatische Territorium des Osmanischen Reiches.

Folgende Gründe bestimmten die herrschenden Kreise des wilhelminischen Deutschlands, einen großen Teil ihrer expansiven Kraft auf dieses Gebiet zu konzentrieren:

1. Der Nahe Osten eröffnete dem expansionshungrigen deutschen Monopolkapital ein umfangreiches Betätigungsfeld. Er bot, im Gegensatz zu den von Deutschland bisher eroberten Kolonien, günstigere, profitablere Möglichkeiten für die steigende deutsche Kapitalausfuhr, einen umfangreichen Markt für die Erzeugnisse der Exportindustrie – zumal diese durch die Abwehrmaßnahmen des Auslandes auf die hohen deutschen Zollmauern zahlreiche Absatzmärkte in Europa verlor –, wertvolle Bodenschätze wie Kupfer, Chrom, Blei und vor allem Erdöl, und seine zahlreiche Bauernbevölkerung stellte bei Anwendung kolonialer Ausbeutungsmethoden größte Profite in Aussicht. Außerdem schien Kleinasien – nach Wiederherstellung und Ergänzung der Bewässerungsanlagen – geeignet, Deutschland ausreichend mit Baumwolle, dem wichtigsten Rohstoff für die Textilindustrie, sowie auch mit Lebensmitteln, besonders mit Getreide, beliefern zu können. Paul Rohrbach, „einer der verbissensten ideologischen Wegbereiter der deutschen imperialistischen Expansion im allgemeinen und der Ost- und Südostexpansion im speziellen“⁵², suggerierte dem deutschen Monopolkapital förmlich die Beherrschung der asiatischen Türkei, indem er vor allem in seiner Schrift *Die Bagdadbahn* die natürlichen Reichtümer des Vorderen Orients in den lockendsten Farben schilderte und gleichzeitig Pläne für seine Aufteilung unter die deutschen Finanzgruppen entwarf.⁵³

2. Es handelte sich hier um ein Territorium, das im Gegensatz zu allen deutschen Kolonialbesitzungen auf dem Landwege zu erreichen war und deshalb nicht durch die britische Kriegsflotte blockiert werden konnte, wo also, wie es in den „Alldeutschen Blättern“ vom 6. November 1898 heißt, „das überragende deutsche Landheer im Falle der äußersten Not wirklich zur Geltung kommen könnte und man nicht auf die Ebenbürtigmachung unserer Flotte zu warten brauchte.“⁵⁴ Zudem lag auf dem Wege nach Konstantinopel das verbündete Österreich-Ungarn, dessen reaktionäre herrschende Kreise in gleicher Weise aggressive Pläne in Richtung Südost verfolgten.

3. Die asiatische Türkei bot dem deutschen Imperialismus besonders günstige militär-strategische Möglichkeiten für die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne. Von hier aus konnten sowohl dem zaristischen Rußland als auch dem britischen Kolonialreich an ihren verwundbarsten Stellen vernichtende Schläge zugefügt werden. Der Nahe Osten sollte dem deutschen Imperialismus als Ausgangsbasis für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt dienen.

⁵² Schreiner, Albert, *Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945*, Bd 1, Berlin 1952, S. 248.

⁵³ Ebenda, S. 254.

⁵⁴ *Alldeutsche Blätter* v. 6. 11. 1898.

„England“, schrieb Rohrbach in seiner *Bagdadbahn*, „kann von Europa aus nur an einer Stelle zu Lande angegriffen und schwer verwundet werden: in Ägypten. Mit Ägypten würde England nicht nur die Herrschaft über den Suezkanal und die Verbindung mit Indien und Asien, sondern wahrscheinlich auch seine Besitzungen in Zentral- und Ostafrika verlieren. Die Eroberung Ägyptens durch eine mohammedanische Macht wie die Türkei könnte außerdem gefährliche Rückwirkungen auf die 60 Millionen mohammedanischer Untertanen Englands in Indien, dazu auf Afghanistan und Persien haben. Die Türkei kann aber nur unter der Voraussetzung an Ägypten denken, daß sie über ein ausgebautes Eisenbahnsystem in Kleinasien und Syrien verfügt, daß sie durch die Fortführung der anatolischen Bahn einen Angriff Englands auf Mesopotamien abwehren kann, daß sie ihre Armee vermehrt und verbessert und daß ihre allgemeine Wirtschaftslage und ihre Finanzen Fortschritte machen.“⁵⁵

Die „Alldeutschen Blätter“ formulierten den militär-strategischen Aspekt der Nahostpolitik mit folgenden Worten: „Also Volldampf vorwärts nach dem Euphrat und Tigris und nach dem Persischen Meer und damit der Landweg nach Indien wieder in die Hände, in die er allein gehört, in die kampf- und arbeitsfreudigen deutschen Hände.“⁵⁶ „So offen sprachen“, schrieb Rosa Luxemburg zu dieser Frage, „die halboffiziösen Wortführer des deutschen Imperialismus dessen Pläne und Absichten im Orient aus. Hier bekam die deutsche Politik bestimmte weitausgreifende Umrisse, eine für das bisherige weltpolitische Gleichgewicht höchst grundstürzende, aggressive Tendenz und eine sichtbare Spitze gegen England. Die deutsche Orientpolitik wurde so der konkrete Kommentar zu der 1899 inaugurierten Flottenpolitik.“⁵⁷

4. Das deutsche Monopolkapital verfügte in der asiatischen Türkei auf Grund der Eisenbahnbauten der Deutschen Bank und der Tätigkeit preußischer Instruktoren in der ottomanischen Armee bereits über außerordentlich günstige Startbedingungen für die Aufnahme einer konzentrierten Expansionspolitik. Treffend bemerkte dazu Rosa Luxemburg: „Mit der Modernisierung des Heerwesens waren natürlich neue drückende Lasten auf den Rücken des türkischen Bauern gewälzt, aber auch neue glänzende Geschäfte für Krupp und die Deutsche Bank eröffnet. Zugleich wurde der türkische Militarismus zur Dependenz des preußisch-deutschen Militarismus, zum Stützpunkt der deutschen Politik im Mittelmeer und in Kleinasien.“⁵⁸

5. Dem deutschen Imperialismus stand in der Türkei ein dem Zusammenbruch entgegengehendes Staatsgefüge gegenüber, das er relativ leicht in seine Gewalt zu bringen hoffte.

⁵⁵ Zitiert nach Luxemburg, Rosa, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd 1, Berlin 1951, S. 303.

⁵⁶ *Alldeutsche Blätter* v. 6. 11. 1898, siehe auch die Ausgabe vom 17. 12. 1899.

⁵⁷ Luxemburg, Rosa, a. a. O., S. 303–304.

⁵⁸ Ebenda, S. 298.

Damit sind die wichtigsten Faktoren genannt, die in der herrschenden Klasse des wilhelminischen Deutschlands den Entschluß reifen ließen, die Türkei in ihre Hauptexpansionssphäre, in eine deutsche Halbkolonie zu verwandeln, obwohl sich hier die aggressiven Absichten aller europäischen Großmächte kreuzten.

Der Verwirklichung dieser Pläne schien die Konstellation der internationalen Machtverhältnisse entgegenzukommen.⁵⁹ 1898 war der schon lange schwelende britisch-französische Gegensatz offen im Kampf um den Sudan ausgebrochen (Faschoda-Konflikt), während im Mittleren und Fernen Osten der britisch-russische Gegensatz ständig neue Nahrung erhielt. Hinzu kam, daß England mit seinem imperialistischen Raubkrieg gegen die Buren (1899 bis 1902) beschäftigt war. England durfte in dieser Situation nicht daran denken, sich auch noch Deutschland zum offenen Feind zu machen. Nur zu sehr erinnerte es sich an die Versuche, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Liga aller Kontinentalmächte gegen England zu bilden. Ein Teil der englischen Imperialisten trug sich in dieser Situation auch mit dem Gedanken, alle außenpolitischen Schwierigkeiten durch ein Bündnis mit Deutschland zu beheben. Die deutschen Imperialisten schienen also um die Jahrhundertwende Aussicht zu haben, ihre Orientpläne ungestört verwirklichen zu können.

Im Entscheidungskampf um die Beherrschung des asiatischen Territoriums des Osmanischen Reiches bedienten sich zunächst alle imperialistischen Staaten der Methode der „*pénétration pacifique*“, denn angesichts der Vielzahl der Anwärter auf das Erbe des „kranken Mannes“ am Bosphorus hätte jeder Versuch einer Großmacht, die Unterwerfung der Türkei mittels Waffengewalt herbeizuführen, Krieg gegen den feindlichen Staatenblock bedeutet, ganz abgesehen von den Auswirkungen auf das Verhältnis zu den eigenen Bündnispartnern. Das Wesen dieser Form kolonialer Expansion bestand darin, die Versklavung fremder Völker nicht durch den bewaffneten Überfall und die offene Errichtung des Kolonialstatuts, sondern vornehmlich durch die Anwendung indirekter Methoden zu erreichen, die, selbst um den Preis der Beibehaltung der formell-staatlichen Unabhängigkeit des Exploitationsobjektes, der imperialistischen Kolonialmacht alle entscheidenden ökonomischen, militärischen, politischen und kulturpolitischen Positionen ausliefern sollten. „Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, entscheidende Macht in allen ökonomischen und internationalen Beziehungen“, schrieb Lenin über die „*pénétration pacifique*“, „daß es imstande ist, sich sogar Länder zu unterwerfen, und auch tatsächlich unterwirft, die die vollste politische Unabhängigkeit besitzen.“⁶⁰

Die „*pénétration pacifique*“ war jedoch nicht die Hauptmethode der imperialistischen Kolonialpolitik vor dem ersten Weltkrieg. Sie wurde nur dort und dann angewandt, wo entweder eine zu gefährliche Konkurrenz unliebsamer Nebenbuhler oder – dies spielte allerdings noch eine untergeordnete Rolle – eine starke antikoloniale Bewegung, wenn nicht gar beide Faktoren zusammen, die Anwendung der

weiterhin vorherrschenden traditionellen Kolonialmethoden, besonders das Prinzip der Gewaltanwendung und der direkten Annexion, vorübergehend ausschlossen. Nach wie vor war es das Hauptziel der imperialistischen Expansionspolitik, ein eigenes Kolonialreich zu schaffen, bzw. neu zu erobernde Territorien dem bereits vorhandenen kolonialen Empire anzugliedern. *Die Voraussetzungen dazu sollten nicht zuletzt durch die „pénétration pacifique“ geschaffen werden.* „Aber selbstverständlich bietet dem Finanzkapital die meisten ‚Annehmlichkeiten‘ und die größten Vorteile eine *solche* Unterwerfung, die mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit der unterworfenen Länder und Völker verbunden ist ... Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampf mit dem Gegner ...“, bemerkte Lenin im April 1917.⁶¹

Die Tatsache, daß die Kolonialmächte bei der Verwirklichung ihrer aggressiven Politik in bestimmten Fällen die „*pénétration pacifique*“ der offenen Gewaltanwendung vorzogen, war eine neue Erscheinung in der Genesis der imperialistischen Kolonialpolitik der europäischen Großmächte. Ist heute der Neokolonialismus, die der Periode des Zusammenbruchs des Kolonialismus adäquate Form der Kolonialpolitik, ein Ausdruck der Schwäche und des rapiden Verfalls des imperialistischen Systems, so war die „*pénétration pacifique*“ bis zum ersten Weltkrieg vor allem eine Folge der Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten im Kampf um die Neuaufteilung der Welt, ein Ausdruck der Schwäche eines einzelnen imperialistischen Staates, seine kolonialen Eroberungsziele in jedem Falle mit den Methoden der traditionellen Kolonialpolitik durchzusetzen.

Die Bagdadbahnstrategie, die spezifische Form der von den herrschenden Klassen Deutschlands praktizierten Methode der „friedlichen“ Durchdringung des Nahen Ostens, stellte den Prototyp der indirekten Form imperialistischer Kolonialpolitik dar, da sie das vielfältige Instrumentarium ökonomischer, politischer, militärischer und kulturpolitischer Expansionsmaßnahmen am umfassendsten zur Anwendung brachte.

Träger dieser aggressiven Expansionspolitik, die zunächst nicht mit dem Kommißstiefel und den plumpen und darüber hinaus aussichtslosen Siedlungsplänen der Alldeutschen, sondern mit den raffinierteren und geschmeidigeren Methoden der „pénétration pacifique“ erobern wollte, war jene einflußreiche Gruppe des deutschen Finanzkapitals, die unter der Führung der Deutschen Bank und des Krupp-Konzerns stand und der neben der monopolistisch organisierten Schifffahrt und der Exportindustrie auch die jungen, von der Deutschen Bank weitgehend kontrollierten Industriezweige, vor allem die Elektroindustrie und die chemische Industrie, angehörten. In den Klasseninteressen dieser Monopolgruppe liegt die entscheidende Triebkraft für die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus im Nahen Osten.

Die politische Führung des wilhelminischen Deutschlands unterstützte voll und ganz diese Methode der indirekten Kolonialexpansion, die unvermeidlich in den ersten Weltkrieg hineinführte.

⁵⁹ Über die internationale Situation siehe *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., Kapitel 5 und 9.

⁶⁰ *Lenin, W. I.*, *Ausgewählte Werke in zwei Bänden*, Bd 1, Berlin 1960, S. 775.

⁶¹ Ebenda, S. 775/776.

Es gibt kein weiteres Beispiel in der aggressiven Außenpolitik des deutschen Vorkriegsperialismus, das den Mechanismus der „pénétration pacifique“, die Rollenverteilung zwischen Diplomatie und Finanzkapital zwecks Sicherstellung des maximalen Erfolges so anschaulich demonstrierte. Das Osmanische Reich wurde für den deutschen Imperialismus zum großen Experimentierfeld in der Anwendung indirekter Formen der Kolonialpolitik; hier sammelte er im Kampf mit einer Vielzahl von Rivalen jene Erfahrungen, die es ihm neben anderen Faktoren nach 1945 ermöglichen sollten, zusammen mit dem USA-Imperialismus zum Hauptrepräsentanten des Neokolonialismus zu werden.

Der Generalangriff zur Versklavung des Osmanischen Reiches, geführt von den entscheidenden Kräften des deutschen Imperialismus – der Diplomatie, dem Generalstab, dem Alldeutschen Verband und, last not least, der von der Deutschen Bank und Krupp repräsentierten Gruppe des deutschen Monopolkapitals –, fällt in die Jahre von 1897 bis 1903.

Die Regierung des wilhelminischen Deutschlands unterstützte seit 1897/98 nicht nur die expansionistischen Bestrebungen der Monopole, sie drängte vielmehr zu noch aggressiverem Vorgehen und setzte rücksichtslos die Mittel des politischen Drucks, der Intrige und Bestechung ein, wenn es galt, der an der Exploitation des Osmanischen Reiches beteiligten Bourgeoisie den Weg freizukämpfen.

Auch die Regierung des „Neuen Kurses“ hatte, wie bereits ausgeführt, der Deutschen Bank und den Rüstungsgiganten der Ruhr bei deren orientalischen Manipulationen Schrittmacherdienste geleistet und die wirtschaftspolitische Durchdringung des Vorderen Orients durch das deutsche Industrie- und Bankkapital gefördert. Aber die Regierung Caprivi ging angesichts der starken europäischen Konkurrenz in der Verwirklichung ihrer expansionistischen Absichten zögernd und vorsichtig zu Werke; sie versuchte noch immer, wenn auch sehr dilettantisch und ohne Ergebnis, die Verfolgung eigener aggressiver Ziele im Nahen Osten mit der Bismarckschen Politik des „Gegeneinander-Ausspielens der Rivalen“ zu verbinden. Seit 1897, in Zusammenhang mit der Ernennung Bernhard von Bülow, des Kandidaten des deutschen Finanzkapitals, zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes⁶², wurde in der Stellung zum Nahen Osten die „Sowohl-als-auch-Politik“ endgültig fallengelassen.

Von nun an diktierten ausschließlich aggressive Eroberungsabsichten des deutschen Imperialismus die Politik der deutschen Diplomatie gegenüber dem Osmanischen Reich, obwohl sich die „Wilhelmstraße“ durchaus im klaren war, daß die Stoßrichtung der deutschen Expansion nach der asiatischen Türkei zu einer akuten Verschärfung der Gegensätze zu England, Frankreich und Rußland und darüber hinaus zu Reibungen mit dem Dreibundpartner Italien führen mußte, „dessen imperialistische Appetite sich in erster Linie auf türkische Besitzungen“⁶³ richteten.

⁶² Siehe Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 449–451; Hallgarten, George W. F., a. a. O., Bd 1, S. 362, Fußnote 5.

⁶³ Luxemburg, Rosa, a. a. O., S. 304.

Die wiederholten Anregungen der „Downingstreet“ und der britischen Presse zur Aufteilung der Türkei wurden von der deutschen Diplomatie nach 1897 viel entschiedener zurückgewiesen als von der Regierung des „Neuen Kurses“. „Es ist nach alledem klar“, sagte Rosa Luxemburg zu dieser Frage, „daß im Interesse des deutschen Imperialismus die Stärkung der türkischen Staatsmacht liegt, soweit, daß ihr vorzeitiger Zerfall verhütet wird. Eine beschleunigte Liquidation der Türkei würde zu ihrer Verteilung unter England, Rußland, Italien, Griechenland und anderen führen, womit für die großen Operationen des deutschen Kapitals die einzigartige Basis verschwinden müßte. Zugleich würde ein außerordentlicher Machtzuwachs Rußlands und Englands sowie der Mittelmeerstaaten erfolgen. Es gilt also für den deutschen Imperialismus, den bequemen Apparat des selbständigen türkischen Staates, die Integrität der Türkei zu erhalten, so lange, bis sie, vom deutschen Kapital von innen heraus zerfressen, wie früher Ägypten von den Engländern oder neuerdings Marokko von den Franzosen, als reife Frucht Deutschland in den Schoß fallen wird.“⁶⁴

Diese treffende Feststellung Rosa Luxemburgs bestätigt sich durch eine Anweisung, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, am 28. Juli 1913 dem damaligen Botschafter in der Türkei, von Wangenheim, erteilte, und in der es heißt: *Die Türkei muß solange fortbestehen, „bis wir uns in unseren dortigen Arbeitszonen weiter konsolidieren und für die Annexion fertig werden.“*⁶⁵ (Hervorhebung von mir – L. R.)

Aller Welt sichtbar wurde die neue Einstellung der deutschen Regierung zur Orientfrage durch zwei Ereignisse, die in engstem Zusammenhang mit der Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf den Kampf um die Neuaufteilung der Welt standen: die Ernennung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Marschall von Bieberstein, zum Botschafter bei der Pforte und die zweite Orientreise Wilhelms II. vom 13. Oktober bis 24. November 1898.

Erich Lindow stellte in seiner 1934 veröffentlichten Dissertation, „Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel“⁶⁶, die Behauptung auf, der Entsendung Marschalls nach Pera hätten keinerlei politische Motive zugrunde gelegen, ausschlaggebend für die Versetzung sei ausschließlich die Versorgung des ehemaligen Staatssekretärs mit einer „fetten Pfründe“ gewesen.⁶⁷ Diese Angabe Lindows kommt objektiv einer Geschichtsfälschung gleich, die die planmäßige Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf die Versklavung der Türkei nachträglich verschleiern mußte. Marschall, der Großgrundbesitzer aus Baden, seit seiner Tätigkeit als Chef des Auswärtigen Amtes in engsten Beziehungen zur Hochfinanz⁶⁸, ins-

⁶⁴ Ebenda, S. 297.

⁶⁵ Zitiert nach Brandenburg, Erich, Von Bismarck zum Weltkrieg. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege, Berlin 1924, S. 393.

⁶⁶ Lindow, Erich, Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897–1912, Danzig 1934.

⁶⁷ Schütte, Ernst, Freiherr Marschall von Bieberstein. Ein Beitrag zur Charakterisierung seiner Politik, Berlin 1936, S. 59.

⁶⁸ Hallgarten, George, W. F., a. a. O., Bd 1, S. 406 ff.

besondere zur Deutschen Bank stehend, war einer der offensten Vertreter deutscher „Weltpolitik“, ein rückhaltloser Kolonialist, ein eifriger Propagandist des Pangermanismus⁶⁹ und vor allem ein aktiver Förderer der deutschen Nahostexpansion. Bereits als Staatssekretär vertrat er die These, daß die deutsche Expansion in Form des Waren- und Kapitalexports sowie der Auswanderung nach den sogenannten „hochzivilisierten Ländern des Westens“ dem Deutschtum keinen politischen Gewinn bringe und deshalb in solche Länder geleitet werden müsse, „die eine so hohe Stufe der Zivilisation noch nicht erreicht hätten, wo noch weite Gebietsstrecken zu erschließen wären und staatliche Ordnungen und Einrichtungen noch viele Lücken hätten.“⁷⁰ Marschall dachte dabei vor allem an das Osmanische Reich, deshalb auch seine wiederholten demagogischen Freundschaftskundgebungen an die Adresse des Sultans⁷¹ und die vorbehaltlose Unterstützung der Eisenbahnmagnaten der Deutschen Bank während seiner Amtszeit in der „Wilhelmstraße“. Seine engen Beziehungen zu den Direktoren der Deutschen Bank, sein Renommee als angeblicher Türkenfreund bei der Pforte, seine Erfahrungen in der „großen Politik“ und der damit verbundenen Korruptionspraktiken sowie sein offenes Bekenntnis zur „weltpolitischen Mission“ Deutschlands ließen ihn dem deutschen Imperialismus für die politische Vertretung des Reichs am Bosphorus besonders geeignet erscheinen. Deshalb erhielt er 1897 nach seiner Ablösung in der „Wilhelmstraße“ auch nicht den in Washington vakanten Botschafterposten, sondern für ihn wurde vielmehr das Diplomatenamt in Pera freigemacht.⁷² Der ehemalige Staatssekretär sollte an Ort und Stelle die Voraussetzungen schaffen für einen erfolgreichen Einbruch des deutschen Imperialismus in den nahöstlichen Raum, für die Verwandlung der Türkei in eine deutsche Halbkolonie. Marschall hat diese ihm zugedachte Aufgabe sehr gut verstanden, entsprach sie doch völlig seiner eigenen aggressiven Grundhaltung. Er fühlte sich am „Goldenen Horn“ sehr wohl als erster politischer Repräsentant des deutschen Imperialismus, und er setzte seinen ganzen Ehrgeiz, seine Diplomatenkunst und die bereits in Berlin scharf geschliffene Waffe der Intrige ein, um dem deutschen Finanzkapital den ersten Platz in Konstantinopel zu erkämpfen.

Worin bestanden nun die von den Verfechtern der deutschen Kolonialexpansion im Nahen Osten viel gepriesenen Verdienste Marschalls?

Der Botschafter war unablässig am Werk, um nicht nur die verantwortlichen Staatsmänner in Berlin, sondern auch den letzten Beamten im Auswärtigen Amt davon zu überzeugen, daß die einzige Chance für Deutschland, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu entscheiden, im Vorderen Orient lag. Schon in seiner ersten größeren Meldung an das Auswärtige Amt erörterte er die gewaltigen Möglichkeiten, die das Osmanische Reich dem deutschen Waren- und Kapitalexport zu bieten habe.⁷³ Am 3. Februar 1899 sandte er einen 60 Seiten um-

⁶⁹ Earle, Edward M., a. a. O., S. 43.

⁷⁰ Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1896, S. 43 ff.

⁷¹ Ebenda, Jg. 1895, S. 40 ff.

⁷² Schütte, Ernst, a. a. O., S. 59.

⁷³ Die Große Politik, a. a. O., Bd 12, Nr. 3339, Marschall an Hohenlohe v. 5. 3. 1898; siehe auch Jerussalinski, A. S., a. a. O., S. 678.

fassenden Geheimbericht über die wirtschaftspolitischen Aufgaben Deutschlands im Vorderen Orient nach Berlin, der wohlweislich von den Herausgebern der „Großen Politik“ unterschlagen wurde. In diesem Memorandum, das Helfferich⁷⁴ auszugsweise wiedergab, verlangte Marschall die Einwirkung der politischen Führung auf die deutschen Kapitalisten, um sie zu einem verstärkten Waren- und Kapitalexport nach der asiatischen Türkei zu veranlassen. Die konzentrierte Kraft des deutschen Kapitals sollte nach Meinung des Botschafters unter Anleitung der Reichsregierung eingesetzt werden, um die Konkurrenz in Konstantinopel aus dem Felde zu schlagen und die deutsche Vormachtstellung zu erzwingen. In dem Bericht Marschalls heißt es: „Deutschland bedarf zur Lösung seiner großen Aufgaben, zur Entwicklung seiner Kolonien, zur Schaffung neuer Absatzgebiete seiner Arbeit einheimischer Privatkapitalien, die bereit sind, gewisse Risiken zu übernehmen. Die Regierung übernimmt eine große Verantwortung, wenn sie die vorhandenen Kapitalien dieser Art durch ihre Zurückhaltung in gefährliche Anlagen hineingehen und dem nationalen Interesse verloren gehen läßt; ihre Verantwortung ist jedenfalls viel leichter, wenn sie jenen Kapitalisten in vorsichtiger Weise diejenigen Unternehmungen kennzeichnet, welche dem nationalen Interesse dienen . . . Wenn ich ein Zukunftsbild ausmale, wie die Dinge sich einst gestalten werden, wenn Deutschland fortfährt, sich im Orient wirtschaftlich auszustrecken, – der Hafen von Haidar-Pascha, dem zu erheblichen Teil auf deutschen Schiffen deutsche Waren zugeführt werden, die Bahnlinie von dort bis Bagdad ein deutsches Unternehmen, das nur deutsches Material verwendet und zugleich für Güter und Personen die kürzeste Linie bildet aus dem Herzen Deutschlands nach seinen ostasiatischen Besitzungen – so tritt dem vorschauenden Blick der Moment entgegen, in dem der berühmte Ausspruch, daß der ganze Orient nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei, eine interessante historische Reminiszenz, aber keine aktuelle Wirklichkeit mehr bildet.“⁷⁵

In einem anderen, vom deutschen Generalkonsul in Konstantinopel entworfenen und von Marschall gebilligten Bericht an den Reichskanzler vom 25. März wurden folgende konkrete Vorschläge für die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Positionen der deutschen Bourgeoisie in Kleinasien unterbreitet: 1. Der deutsche Kapital- und Warenexport nach dem Vorderen Orient müsse in erster Linie von großen Unternehmen durchgeführt werden. „Ich denke dabei an Unternehmen“, heißt es wörtlich, „die in einer Weise auftreten, daß sie den Lokalbehörden Respekt einflößen und die genügende finanzielle Macht haben, um nötigenfalls auch hier in Konstantinopel einen Druck auszuüben. Das würde beispielsweise der Fall sein, wenn die Deutsche Bank oder eine mit ihr in Verbindung stehende Gesellschaft Land-, Forst- und Bergwerksunternehmungen (etwa im Bereiche der anatolischen Bahn) in die Hand nähme.“⁷⁶ 2. Die wirtschaftspolitische Bearbeitung des vorderasiatischen Marktes habe durch deutsche Kommissionäre und Agenturen unter Ausschluß der einheimischen Handelshäuser zu erfolgen. Diese Forderung erläu-

⁷⁴ Helfferich, K., a. a. O., S. 90.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 11659, Bl. 38–46.

ternd, meldeten Marschall und der Generalkonsul nach Berlin: „Auch hier gibt es hochachtbare Handelshäuser, ungemein zahlreich neben denselben sind aber die einheimischen (armenischen, griechischen und persischen) Händler, deren moralisches Niveau sehr niedrig steht, und bei denen Klugheit durch Schlaueit und kaufmännische Treue durch Skrupellosigkeit ersetzt wird.“⁷⁷ 3. Die Schifffahrtsverbindungen zwischen Deutschland und dem Nahen Osten seien einmal durch die Einbeziehung der syrischen Häfen in die Fahrten der Levante-Linie, und zum anderen durch die Herstellung einer deutschen Schifffahrtsverbindung zwischen Genua und dem Vorderen Orient zu erweitern. Durch diese Linie sollte insbesondere dem österreichisch-ungarischen Lloyd ein vernichtender Schlag versetzt werden. 4. In Konstantinopel müsse sich eine deutsche Bank etablieren, um die Abhängigkeit der deutschen Handelshäuser und Firmen von der französischen Hochfinanz zu beenden. 5. Der Nachrichtendienst in Deutschland über die Handels- und Marktverhältnisse im Osmanischen Reich sollte verbessert werden, um der deutschen Bourgeoisie die wirtschaftspolitische Expansion zu erleichtern. 6. Die Anstellung eines Handelsattachés bei der Botschaft in Pera sei dringend erforderlich, denn, heißt es in dem Memorandum: „Seit Ende vorigen Jahres hat sich die Zahl der hier eingehenden Handelsfragen erheblich vermehrt und gleichzeitig ist in dem Gegenstande der Erkundungen eine wesentliche Änderung eingetreten. Während früher die Anfragen in der Regel darauf gerichtet waren, Auskunft über die Vertrauenswürdigkeit hiesiger Firmen zu erhalten, welche ihre Dienste als Vertreter angeboten oder um Warenlieferungen gebeten hatten, wenden sich jetzt deutsche Fabrikanten, Handelsfirmen und Unternehmer in großer Anzahl hierher, um ihrerseits die Initiative zur Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen mit dem Orient zu ergreifen. Die Anfragen beziehen sich auf die verschiedensten Verhältnisse. Häufig sind es Ersuchen, in welchen Auskunft über die Bezugsquellen für orientalische Artikel, namentlich landwirtschaftliche und Bergwerkserzeugnisse gebeten wird. Außerordentlich zahlreiche Anfragen betreffen die Aufnahmefähigkeit des hiesigen Marktes für deutsche Waren. Dazu kommen Erkundigungen der verschiedensten Art, aus denen hervorgeht, daß in der Heimat der Gedanke erwogen wird, hier in der Türkei landwirtschaftliche Unternehmungen ins Leben zu rufen, die Holzbestände des Landes auszunutzen und die Ausbeutung der Bergwerke Kleinasien in die Hand zu nehmen oder sich an derselben zu beteiligen.“⁷⁸

Die Berichte Marschalls und seines Generalkonsuls, juristischer Spitzfindigkeit und geschliffenen Stils nicht entbehrend, erfüllten durchaus ihren Zweck: Die verantwortlichen Männer des Auswärtigen Amtes stellten sich immer bewußter und offener hinter die aggressive Nahostexpansion des deutschen Finanzkapitals⁷⁹, und die Handelspolitische Abteilung verwandelte sich geradezu in ein Büro, in dem es nichts Wichtigeres zu tun gab, als die Anregungen der Botschaft und des Generalkonsulats in Konstantinopel den deutschen Kapitalisten nahezubringen. Am stärksten wurde der Kaiser von den zahlreichen Memoranden Marschalls beeinflusst. Dies

war die Sprache, das wußte Marschall aus seiner Amtszeit in der „Wilhelmstraße“ sehr gut, die der Finanzkapitalist auf dem deutschen Thron zu hören wünschte. Auf keinen anderen Botschaftsberichten ist so oft das kaiserliche „ausgezeichnet!“, „ganz vorzüglich!“, „Entspricht völlig meinen Auffassungen!“, „eine ausgezeichnete Leistung!“ zu finden, wie auf den Meldungen Marschalls. Bei dem Einfluß, den Wilhelm II. auf die deutsche Außenpolitik ausübte, hatte dies größte Bedeutung. Die kaiserlichen Randbemerkungen waren für die willenlosen Figuren in der „Wilhelmstraße“ eine Art Befehl, sich nachdrücklichst für die Verwirklichung der Intentionen des Botschafters in Konstantinopel einzusetzen.

Doch Marschall beeinflusste nicht nur die politische Zentrale in der imperialistischen Metropole, er verwandelte zugleich sein Hauptquartier in Pera in ein wirkungsvolles Instrument zur Unterstützung der Profitinteressen der deutschen Hochfinanz, in erster Linie solcher großen Unternehmen wie der Deutschen Bank und des Krupp-Konzerns. Wie keine andere politische Vertretung des Reichs griff die Botschaft aktiv ein – oft mittels diplomatischen Drucks –, um den deutschen Kapitalisten Großaufträge zu sichern. Außer ihrer eigenen besoldeten Agenturen verfügte die deutsche Monopolbourgeoisie damit in der Türkei über eine zusätzliche, von den Werkträgern finanzierte Vertretung – die deutsche Botschaft.⁸⁰

Durch widerliche Anbiederung, demagogische Freundschaftsbeteuerungen, aber auch durch Drohungen und Erpressungen, gelang es Marschall schließlich, einen bedeutenden Einfluß auf Abd ul-Hamid II. zu gewinnen. Bei dem despotischen Regime in der Türkei spielte dieser Faktor eine große Rolle; denn Einfluß auf den Sultan bedeutete Konzessionen für das deutsche Finanzkapital und Gewinnung politischer Macht.

Es unterliegt keinem Zweifel: Marschall von Bieberstein war derjenige unter den Botschaftern des wilhelminischen Deutschlands, der am geschicktesten die Interessen des deutschen Imperialismus wahrnahm.

Neben der Entsendung Marschall von Biebersteins nach Konstantinopel kündigte die Reise des deutschen Kaisers nach dem Nahen Osten den Beginn der imperialistischen Phase der deutschen Orientpolitik an.

Wohl kein anderer Auslandsaufenthalt Wilhelms II. wurde so sorgfältig, aber auch so geheimnisvoll vorbereitet, wie diese zweite Reise nach dem Vorderen Orient. Ganz im Gegensatz zur sonstigen Gewohnheit erhielt die Öffentlichkeit lange Zeit keine Kenntnis von den Begleitern des Kaisers, und die offiziöse Presse berichtete – sicher auf Anweisung der „Wilhelmstraße“ – nur gelegentlich und an unauffälliger Stelle über die geplante Palästinafahrt. Die heftigen Angriffe der Auslandspresse, vor allem der französischen und russischen Zeitungen, die die Reise Wilhelms mit expansionistischen Absichten Deutschlands im Vorderen Orient in Verbindung brachten, sowie die schriftlichen und mündlichen Äußerungen der Alldeutschen

⁷⁷ Ebenda.⁷⁸ Ebenda.⁷⁹ Siehe *Sitki, Bekir*, Das Bagdadbahn-Problem 1890–1903, Freiburg i. Br. 1935, S. 70/71.⁸⁰ Siehe auch *Stoecker, Helmuth*, Deutschland und China im 19. Jahrhundert, Berlin 1958, S. 185, der dieselbe Einschätzung für die Tätigkeit der deutschen Gesandtschaft in China gibt.

über die Bedeutung der „Kreuzfahrt“ des Kaisers für die deutschen Kolonisationspläne im Nahen Osten⁸¹ wurden von der deutschen Diplomatie scharf zurückgewiesen. Ärgerlich über die allzu plumpe und offene Sprache der Alldeutschen, die sich über die Verschleierungstaktik der „Wilhelmstraße“ einfach hinwegsetzten, ließ das Auswärtige Amt verbreiten, daß die Reise des Kaisers nur religiösen Zwecken diene und daß sie ausschließlich als die Wallfahrt eines gekrönten Pilgers zu den Heiligen Stätten anzusehen sei.⁸² Durch diese Verdummungsoffensive versuchte die politische Führung, sowohl die aufmerksam gewordenen europäischen Rivalen in Konstantinopel, als auch die innere deutsche Opposition hinter Licht zu führen. Daß ihr dies zumindest im innerdeutschen Rahmen weitgehend gelang, beweist ein Artikel des „Vorwärts“, des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vom 27. August 1898. Darin heißt es:

„Die Palästina-Reise des Kaisers hat zumal in der ausländischen Presse schon viel Staub aufgewirbelt, sowohl aus staatlich-politischen als auch religiösen Gründen. In erster Beziehung ist besonders der Verdacht ausgesprochen worden, es handle sich um eine Stärkung deutscher Kolonien. Man wolle zunächst eine starke deutsche Auswanderung nach der Levante leiten und später dort einige Gebiete ‚annektieren‘.

Aus religiösen Gründen hat man sich vor allem in katholischen, aber auch in russisch-orthodoxen Kreisen mißtrauisch gezeigt. Französische wie russische Blätter deuteten an, es handle sich um eine Stärkung des Protestantismus im heiligen Lande auf Kosten der katholischen und russisch-orthodoxen Kirche. Aber nicht nur an der Seine und Newa wurden solche Befürchtungen laut: selbst in Wien stieß man in dasselbe Horn . . . Was uns betrifft, so sehen wir die Palästina-Reise mit kühler Ruhe an und glauben, daß sich weder die katholischen Befürchtungen, noch die protestantischen Hoffnungen in irgendeiner Weise erfüllen werden. Man sage uns doch, was zur ‚Stärkung des evangelischen Einflusses‘ dort geschehen könnte? . . . Ebenso wenig ist zu erwarten, daß die Palästina-Reise zu ‚nationalpolitischen Errungenschaften‘ im deutschen Interesse führen werde. Man könnte vielleicht von Herrn ‘Abd ul-Hamīd zu billigen Preisen einen Landstrich erstehen, aber wenn man ihn mit deutschen Bauern besiedelte, so machten sie vielleicht unseren Agrariern eine unangenehme Konkurrenz und führten trichinöses Schweinefleisch oder billigen Weizen ein. Aber das ist natürlich nur ein Scherz, denn auf den unfruchtbaren Flächen des alten Palästina würden deutsche Bauern nicht bestehen können. Von einer Kolonisierung Palästinas durch Deutsche kann gar keine Rede

⁸¹ *Alldeutsche Blätter* vom 26. Juni 1898.

⁸² Auch den russischen Zaren, Nikolaus II., versuchte Wilhelm II. mit dieser Legende zu verdummen. In seinem Brief vom 18. 8. 1898 an den Zaren heißt es: „Ich bin höchst erstaunt über die Menge von unsinnigem Geschwätz, das in den Zeitungen Europas über meinen Besuch in Jerusalem verbreitet wird. Es ist höchst entmutigend, festzustellen, daß Gefühle wahrer Gläubigkeit, die einen Christen treiben, das Land aufzusuchen, in dem unser Erlöser lebte und litt, in den sogenannten besseren Klassen des 19. Jahrhunderts nahezu völlig erloschen sind, so daß sie die Pilgerfahrt in gezwungener Weise mit politischen Motiven erklären müssen!“ (Zitiert nach *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 682 Fußnote.)

sein. Nach unserer Meinung kann in Palästina gar nichts gemacht werden, weder in ‚nationaler‘ noch in ‚religiöser‘ Beziehung . . .

Was soll denn ein Monarch bei seinen Reisen stets so großartige politische Absichten im Schilde führen? Wer die Persönlichkeit des Kaisers studiert und den romantischen Grundzug seines Wesens herausgefunden hat, wird sich ebenso wenig über seinen Besuch in Jerusalem wundern, wie über sein Erscheinen im Vatikan . . . Wir haben gar nichts gegen die Palästina-Reise und werden nicht leidenschaftlich dagegen ankämpfen.“⁸³

Trotz der zahlreichen, bereits vorliegenden Anzeichen über die aggressiven Absichten der deutschen Bourgeoisie im Vorderen Orient vermochte es der „Vorwärts“ nicht, die demagogischen Betrugsmanöver der „Wilhelmstraße“ zu durchschauen; auch er sah in der Reise Wilhelms II. nur die Pilgerfahrt eines im Grunde genommen harmlosen Romantikers. Mit dieser Auffassung leistete der „Vorwärts“ dem deutschen Imperialismus vorübergehend vortreffliche Sekundantendienste bei der Täuschung der Volksmassen über die wahren Hintergründe der „Orient-Sehnsucht“ des Monarchen.

Von allen demagogischen Hüllen entblößt, verbargen sich hinter dem Wunsch des Kaisers, die Wunder des Orients und die Heiligen Stätten zu sehen, in Wirklichkeit höchst bedeutungsvolle Motive. Trotz aller entgegengesetzten offiziellen Erklärungen verfolgte der „moderne Kreuzzug“ Wilhelms II., zu einer Zeit, da Frankreich und England wegen der Faschoda-Krise am Rande eines Krieges balancierten und deshalb den Vorgängen am Bosphorus nicht die übliche Aufmerksamkeit zuwenden konnten, das Ziel, den Einfluß Deutschlands im Vorderen Orient auf Kosten seiner europäischen Rivalen zu stärken und die Verwandlung der Türkei in eine Halbkolonie des deutschen Imperialismus zu beschleunigen. Ausschließlich unter diesem Aspekt muß die vielfältige Initiative gesehen werden, die Wilhelm II. bei seinem Aufenthalt im Nahen Osten auf politischem, kulturpolitischem und ökonomischem Gebiet entfaltete.

Eine Hauptaufgabe der Reise sahen Wilhelm II. und der ihn begleitende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes darin, Marschall von Bieberstein in den Bemühungen zu unterstützen, den prodeutsch eingestellten Despoten auf dem türkischen Thron, ‘Abd ul-Hamīd, noch fester an den deutschen Imperialismus zu ketten, ihn vollends in ein willenloses Werkzeug der aggressiven deutschen Nahostpolitik zu verwandeln. ‘Abd ul-Hamīd und die ihn umgebende Feudalclique sollten endgültig in die Rolle einer türkischen Agentur des junkerlich-bourgeois deutschen Ausbeuterstaates gedrängt werden. Die Verwirklichung dieses Planes erforderte, und dessen war sich Wilhelm II. recht gut bewußt, die Stärkung der politischen Autorität des Sultans gegenüber den europäischen Konkurrenten Deutschlands in Konstantinopel, gegenüber der antideutsch eingestellten, illegalen bürgerlich-liberalen jungtürkischen Opposition und vor allem gegenüber den nichttürkischen Völkern im ottomanischen Nationalitätengefängnis. Diese Überlegungen waren der realpolitische Hintergrund für die Verbrüderungsszenen Wilhelms II. mit dem

⁸³ *Vorwärts* vom 27. 8. 1898.

8 Kolonialismus und Neokolonialismus

Armenierschlächter 'Abd ul-Hamīd, für sein „Versprechen“, die Integrität des Osmanischen Reiches zu schützen und für die Unterstützung, die er der reaktionären, vor allem gegen Rußland und England gerichteten panislamischen Propaganda des Sultans gewährte.⁸⁴

Das Bündnis des deutschen Imperialismus mit dem Despoten im Jildis Kiosk, das durch den Aufenthalt Wilhelms II. in Stambul gefestigt und aller Welt deutlich sichtbar vor Augen geführt wurde, war sowohl gegen die zur damaligen Zeit progressive jungtürkische Bewegung als vor allem auch gegen den Befreiungskampf der nicht-türkischen Völkerschaften im Osmanischen Reich, insonderheit gegen die arabische Emanzipation gerichtet.⁸⁵

Ein weiterer unmittelbarer Zweck der Kaiserreise bestand in der Stärkung des kulturpolitischen Einflusses Deutschlands im Vorderen Orient.

Diese für die Erringung der politischen Vorherrschaft außerordentlich wichtige Sphäre war noch immer eine Domäne des französischen Rivalen. Frankreich unterhielt um die Jahrhundertwende nicht nur 600 Schulen auf dem Territorium der asiatischen Türkei, auch der alte, aus den sogenannten „Lettres patentes“ vom 30. Mai 1740 hergeleitete Anspruch des *rex christianissimus*, auf den Schutz der römisch-katholischen Christen im Orient wurde von der Dritten Republik aus machtpolitischen Gründen weiter gepflegt.⁸⁶ So ging der diplomatische Verkehr zwischen der Pforte und dem Vatikan nur über die Vermittlung der französischen Botschaft in Konstantinopel⁸⁷, und mit finanzieller Unterstützung der halbamtlichen „Alliance française“, der „Mission laïque“ und der „Office nationale des universités et des grandes écoles françaises“ wirkten an den 600 französischen Schulen im Vorderen Orient mehrere Tausend Ordensleute – Kapuziner und Dominikaner in Armenien und Nordsyrien, Augustiner in Anatolien, Jesuiten in Syrien und die profranzösisch eingestellte jüdische „Alliance Israélite Universelle“ mit Schulen in Bagdad, Mosul, Aleppo und in Persien – im Interesse der Expansionspolitik des französischen Imperialismus.⁸⁸

Solange dieser überragende kulturpolitische Einfluß des französischen Konkurrenten im Ottomanischen Reich vorherrschte, bestand eine ernsthafte Gefahr für die

⁸⁴ Die bekannte Damaskusrede des Kaisers siehe in: *Die Große Politik*, Bd 12, S. 575 Anmerkung.

⁸⁵ Erich Eyck versucht das Bündnis Wilhelms II. mit 'Abd ul-Hamīd vergeblich „reinzuwaschen“, wenn er schreibt: „Erfolge konnten im türkischen Gebiet nur mit der Unterstützung des Sultans erzielt werden. Es entsprach nur den Grundsätzen der Realpolitik, wenn man sich in seinen Bemühungen um die Gunst dieses Herrschers nicht durch das Blut seiner armenischen Untertanen stören ließ...“ (Eyck, *Erich*, Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach-Zürich, 1948, S. 239.)

⁸⁶ Siehe Blankenburg, W., Die Zukunftsarbeit der deutschen Schule in der Türkei, in: *Länder und Völker der Türkei, Schriften des Deutschen Vorderasienkomitees*, Heft 1, Leipzig 1915, S. 15.

⁸⁷ *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr 3359, Marschall an Reichskanzler Hohenlohe v. 30. 3. 1898.

⁸⁸ Blankenburg, W., a. a. O., S. 15/16.

Verwirklichung des aggressiven Nahost-Programmes des deutschen Imperialismus. Die Kaiserreise, zu einem Zeitpunkt unternommen, da durch die Dreyfus-Affäre und die diplomatische Niederlage Frankreichs in der Faschoda-Krise das französische Prestige auch im Nahen Osten gelitten hatte⁸⁹, sollte deshalb der kulturpolitischen Vorherrschaft Frankreichs in der asiatischen Türkei durch die Liquidierung seines Protektorats über die römisch-katholischen Christen einen entscheidenden Schlag versetzen und die Positionen des deutschen Imperialismus auch auf diesem Gebiet stärken helfen.⁹⁰ Marschall, der sich zunächst ausschließlich auf die Festigung der ökonomischen, militärischen und diplomatisch-politischen Positionen des deutschen Imperialismus in der Türkei konzentrierte und der Ausdehnung des kulturpolitischen Einflusses Deutschlands zu wenig Aufmerksamkeit widmete, gab nach einer recht scharfen Rüge Bülow⁹¹ der politischen Zentrale in Berlin sofort zu verstehen, daß er die Absicht des deutschen Imperialismus, seine Offensive auch auf das kulturpolitische Terrain vorzutragen, verstanden hatte. Am 24. Februar 1898 schrieb der Botschafter in einem Brief an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein:

„Ich glaube die Intentionen Seiner Majestät und auch des Auswärtigen Amtes richtig dahin zu verstehen, daß es sich ... darum handelt, ... unberechtigte Ansprüche Frankreichs in römisch-katholischen Angelegenheiten der asiatischen Türkei zu bekämpfen. Dieses Ziel muß selbstverständlich jeder deutsche Botschafter hier im Auge haben, und ich bin vollkommen damit einverstanden, daß nach den großen Diensten, die wir der Türkei im letzten Jahre geleistet haben, der Moment gekommen ist, wo wir unseren Einfluß auch auf dem kirchenpolitischen Gebiete mit dem französischen messen können.“⁹²

Einen Tag später beilegte sich Marschall, diese Auffassung in einem vertraulichen Schreiben auch dem Reichskanzler persönlich mitzuteilen. In diesem ausführlichen Memorandum heißt es u. a.:

„Zu den mannigfachen wichtigen Aufgaben, welche der deutschen Politik in der Türkei gestellt sind, gehört auch die Bekämpfung des Einflusses, den Frankreich sich in den kirchlichen Angelegenheiten der römisch-katholischen Christen in der Türkei und damit indirekt auch in politischen Fragen erworben hat ... Allein wir sind dank des Einflusses, den wir in der Türkei gesichert haben, sehr wohl in der Lage, den Abbröckelungsprozeß, in dem sich das französische Schutzrecht befindet, zu fördern und zu beschleunigen. Wird das bisherige exklusive Schutzrecht Frankreichs durch Deutschland de facto beseitigt, so würde das in den Augen der Orientalen unser Ansehen gewaltig heben.“⁹³

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Anschlages auf die kulturpolitische Vormachtstellung Frankreichs im Osmanischen Reich leisteten die zahlreichen

⁸⁹ *Jerussalimski*, A. S., a. a. O., S. 684.

⁹⁰ *Бондаревский* Г. Л., a. a. O., S. 97.

⁹¹ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3353, Bülow an Marschall v. 23. 2. 1898; ebenda, Nr 3355, Bülow an Marschall v. 24. 2. 1898.

⁹² Ebenda, Bd 12,2, Nr 3356, Marschall an Mumm von Schwarzenstein v. 24. 2. 1898.

⁹³ Ebenda, Nr 3357, Marschall an Hohenlohe v. 25. 2. 1898.

deutschen christlichen Gesellschaften in der Levante dem deutschen Imperialismus eine entscheidende Hilfe. Besonders die deutschen protestantischen Missionen entfalteten seit den neunziger Jahren – im Zusammenhang mit dem Beginn des wirtschaftspolitischen Vorstoßes Deutschlands nach dem Nahen Osten – eine äußerst agile Tätigkeit. Der „Jerusalem-Verein“, Anfang der sechziger Jahre unter dem Vorsitz des Grafen von Zieten-Schwerin gegründet, nahm, nachdem ihn Kaiserin Auguste Viktoria unter ihr persönliches Patronat gestellt hatte⁹⁴, enge Beziehungen zum kaiserlichen Hof auf. 1896, nach Fertigstellung des Anatolischen Eisenbahnsystems, eröffnete mit unmittelbarer finanzieller Unterstützung der Regierung und der evangelischen Kirchenleitung der „Evangelische Bund“ in Jerusalem ein großes Waisenhaus⁹⁵, und in Cilicien begann die „Deutsche Orient Mission“⁹⁶, die in Berlin ein eigenes Organ, „Der christliche Orient“⁹⁷, herausgab, eine vielseitige Propagandarbeit. Am Ende des 19. Jahrhunderts wirkten etwa 450 deutsche protestantische Missionare mit mehreren hundert Hilfspredigern in der asiatischen Türkei⁹⁸, um nicht zuletzt der wirtschaftspolitischen Expansion des deutschen Imperialismus die Wege zu ebnen.

Nicht so eng waren die Beziehungen zwischen den deutschen katholischen Missionaren in Palästina – den Orden der Templer-, Lazaristen, Benediktiner, Malteser und Karmeliter, die unter der Ägide des „Deutschen Vereins vom Heiligen Lande“⁹⁹ standen – und der Reichsregierung, da ein Teil von ihnen, dem französischen Protektoratsanspruch folgend, noch immer seine kirchlichen Desiderien bei dem Vertreter Frankreichs in Jerusalem geltend machte. Dieser Zustand war für die Exponenten des „Dranges nach Süd-Osten“ untragbar. Denn wenn sogar Katholiken deutscher Nationalität in der Levante französischen Einflüssen unterlagen, war die beabsichtigte Erschütterung des französischen Protektorats über die römisch-katholischen Christen ernstlich in Frage gestellt. Die deutschen Imperialisten glaubten, durch folgende „Lockmittel“ den deutschen Katholizismus „als Werkzeug zur Verdrängung des bedeutenden Einflusses des verhaßten Frankreichs“¹⁰⁰ zu gewinnen und auch die deutschen katholischen Gesellschaften in der Levante als aktive Parteigänger der imperialistischen Kolonialpolitik zu verwandeln¹⁰¹: 1. An der

⁹⁴ Earle, Edward M., a. a. O., S. 132.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Ebenda; siehe auch Richter, J., A History of Protestant Mission in the Near East, New York 1910, S. 258–270, 416–419.

⁹⁷ Earle, Edward M., a. a. O., S. 132.

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Ebenda, S. 133; siehe auch *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3351, 3352, 3375.

¹⁰⁰ Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 684.

¹⁰¹ Das Kokettieren Wilhelms II. mit dem Katholizismus hatte auch einen innerdeutschen Aspekt. Jerussalimski gibt dazu folgende treffende Einschätzung: „Ebenso wie durch die auf die Katholiken berechneten Gesten, von denen die Eroberung Kiautschous begleitet war, suchte der Kaiser auch durch diese neue Geste die Unterstützung der katholischen Zentrumspartei, die im Reichstag die zahlenmäßig stärkste und außerhalb des Reichstags eine recht einflußreiche Partei war, für seine Politik zu gewinnen... Wenn die einflußreiche Zentrumspartei die Kolonial- und Flottenpolitik unterstützte, konnte die deutsche Regierung den Katholizismus zu einer mächtigen Waffe der sich entfaltenden Expansion im Nahen Osten machen.“ Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 683.

„Pilger“fahrt Wilhelms II. nahmen außer den offiziellen Vertretern der deutschen evangelischen Kirchenregierungen auch einflußreiche katholische Repräsentanten unter Leitung des Bischofs von Köln teil.¹⁰² 2. Wilhelm II. schenkte – nach intensiver Vorarbeit Marschalls in Konstantinopel – dem „Deutschen Verein vom Heiligen Lande“ das Grundstück „La Dormition de la Sainte Vierge“ in Jerusalem zur freien Nutznießung.¹⁰³ Dieses Präsent der „Wilhelmstraße“ genügte – wie folgende Einzelheiten beweisen – tatsächlich, um auch den deutschen Katholizismus in den Dienst der außenpolitischen Bestrebungen des deutschen Imperialismus im Nahen Osten zu stellen.

Als Wilhelm II. am 26. Oktober in Haifa landete, wurde er vom Direktor der deutschen katholischen Niederlassung in Tabgha, Pater Biever, mit folgenden Worten begrüßt: „Wir wagen es, die zuversichtliche Hoffnung auszusprechen, daß es uns auch fürderhin gegönnt sein möge, unter den mächtigen Schwingen des deutschen Aars in Palästina zu wirken, um deutscher Sitte und deutschem Fleiße immer weiteren Eingang zu verschaffen.“¹⁰⁴ Wilhelm II. entgegnete, damit zum ersten Male auf seiner Reise den deutschen Protektoratsanspruch verkündend: „Ihre patriotische Ansprache hat mich mit hoher Freude erfüllt... In Erwiderung ergreife ich gern die Gelegenheit, ein für allemal auszusprechen, daß die katholischen Untertanen, wo und wann sie desselben bedürfen sollten, meines kaiserlichen Schutzes stets sicher sein werden.“¹⁰⁵

Der Vorstand des Vereins vom Heiligen Lande – Kardinal Kremenz, Weihbischof Dr. Schmitz und Landrat Yanssen – antwortete auf ein Telegramm des Kaisers, das ihm die Übergabe der Dormition anzeigte, am 29. Oktober wie folgt: „Euer Majestät sprechen wir für die huldreichste Überweisung der Dormition an die deutschen Katholiken den tiefgefühltesten Dank aus... Sein Besitz wird dem deutschen Verein vom heiligen Lande ein unschätzbares Mittel für immer sein, um im Orient die katholischen deutschen Interessen zu fördern.“¹⁰⁶ Am 19. November sandten die katholischen deutschen Interessen zu fördern.“¹⁰⁶ Am 19. November sandten auf Vorschlag des Kardinal-Erzbischofs Kremenz die in Fulda versammelten katholischen Bischöfe Preußens eine Dankadresse an Wilhelm II., in der sie gleichzeitig ihre Glückwünsche über die erfreulichen Ergebnisse der Palästinareise für Deutschland zum Ausdruck brachten.¹⁰⁷ Eine Abordnung des Malteserordens, vertreten durch Graf von Praschma, Graf Wilhelm von Hoensbroech und Graf Droste, versäumte es ebenfalls nicht, Wilhelm II. nach seiner Rückkehr im Namen der deutschen Katholiken zu danken.¹⁰⁸ „Es sei nunmehr Sache der Katholiken“, berichtete die „Germania“ über die Erwiderung des Kaisers, „die gewonnene Position auszunutzen; die Katholiken könnten unter allen Umständen auf seinen kaiserlichen Schutz rechnen.“¹⁰⁹ Als sich schließlich auch die Wortführer des Zentrums, die

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3351 ff.

¹⁰⁴ *Deutscher Geschichtskalender für 1889*, Leipzig 1899, S. 14.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 17.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 33/34.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 34.

¹⁰⁹ Ebenda.

Reichstagsabgeordneten Fritzen und Lieber¹¹⁰, und der Kongreß der deutschen Katholiken in Krefeld¹¹¹ entschieden gegen die Schirmherrschaft Frankreichs über die römisch-katholischen Christen im Vorderen Orient aussprachen und dieses Recht für das Deutsche Reich forderten, erkannte die Weltöffentlichkeit, daß es der deutschen Regierung gelungen war, „den Katholizismus zu einer mächtigen Waffe der sich entfaltenden Expansion im Nahen Osten zu machen.“¹¹²

Über das kulturpolitische Ergebnis der Kaiserreise telegraphierte Bülow bereits am 15. November „geheim“ an den Generalkonsul in Kairo, von Müller:

„In Jerusalem haben Seine Majestät einerseits . . . langgehegte Wünsche der evangelischen Christenheit erfüllt und unserer evangelischen Kirche nach außen eine weit glanzvollere Stellung als bisher verschafft, andererseits durch die Erwerbung der Dormition für die katholischen Deutschen den patriotisch gesinnten Teil der letzteren enger an den allerhöchsten Thron geknüpft . . . und endlich das bisherige französische Protektorat über die orientalischen Christen über den Haufen geworfen.“¹¹³

Darüber hinaus wollte Wilhelm II. während seines Aufenthaltes in Konstantinopel dem deutschen Finanzkapital, vor allem der deutschen Rüstungsindustrie, neue profitable Aufträge sichern und eine Einigung zwischen dem Sultan und Siemens, der sich ebenfalls in der Begleitung des Kaisers befand, über die Vollendung der Bagdadbahn durch die Deutsche Bank herbeiführen. Dieser letztgenannte Zweck der Reise trat besonders in den Vordergrund, als sich Wilhelm II. an Ort und Stelle von der überragenden Bedeutung der Bahnbauten der Deutschen Bank für eine erfolgreiche deutsche Expansionspolitik im Nahen Osten überzeugte. Jetzt war er entschlossen, wie Helfferich schreibt, „dem großen Plane mehr denn je seine Förderung zuteil werden zu lassen“¹¹⁴.

Der Krupp-Aktionär und Finanzkapitalist auf dem deutschen Thron erfüllte seine Aufgabe als Handelsreisender zur vollsten Zufriedenheit der deutschen Bourgeoisie. Als er bei seiner Rückkehr auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin von seinen Ministern, der hohen Generalität und den Spitzen der Finanz und Industrie begeistert empfangen wurde, konnte er ihnen folgendes Souvenir des Sultans überreichen: Konzessionen zum Bau eines Hafens in Haidar-Pascha¹¹⁵ und für ein deut-

¹¹⁰ *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3393 Fußnote v. 22. 12. 1898.

¹¹¹ *Jerussalimski*, A. S., a. a. O., S. 683.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3347.

¹¹⁴ *Helfferich*, Karl, a. a. O., S. 89. — Während seines Aufenthaltes in Konstantinopel verlieh Wilhelm II. den Direktoren der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft in Anerkennung ihrer Dienste für die Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus verschiedene Orden.

¹¹⁵ Marschall von Bieberstein berichtete darüber am 29. 1. 1899 an das Auswärtige Amt: „Damit ist ein großes Werk sichergestellt, welches für die Zukunft der Anatolischen Bahn, für den deutschen Handel und auch für die deutsche Schifffahrt von großer Bedeutung werden wird. Die endgültige Entscheidung zu unseren Gunsten enthält zugleich einen Erfolg gegenüber den französischen Treibereien, mit denen ich während eines gan-

ses Kabel zwischen Konstanz und Konstantinopel, die Erweiterung der zwischen der türkischen Regierung und großen deutschen Firmen bestehenden geschäftlichen Beziehungen und die Aussicht auf eine baldige Konzessionserteilung an die Deutsche Bank zur Vollendung der Anatolischen Bahn bis Bagdad.¹¹⁶

Durch sein Auftreten in Konstantinopel, Damaskus und Jerusalem und die dabei erzielten Ergebnisse hatte der oberste Repräsentant des imperialistischen Deutschlands vor den Augen der Weltöffentlichkeit eindeutig den Anspruch des deutschen Imperialismus auf eine Vormachtstellung im Vorderen Orient erhoben.¹¹⁷

Begeistert von den Erfolgen und dem „standhaften“ Auftreten des geschäftstüchtigen Monarchen entschlüpften zahlreichen Blättern der Bourgeoisie aufschlußreiche Äußerungen über die aggressiven Absichten des deutschen Imperialismus im Vorderen Orient, die in dieser offenen Form erst wieder nach Ausbruch des Weltkrieges in der bourgeoisen Presse zu lesen waren.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb: „Es bedarf einer jahrelangen stillen Arbeit, und vor allem, was uns bisher fehlt, einer jahrelangen zielbewußten Regierungspolitik, um das deutsche Ansehen in der Levante an die erste Stelle zu bringen.“¹¹⁸

Die „Deutsche Zeitung“ kommentierte 1898 das Ergebnis der Kaiserreise wie folgt: „Für den Augenblick läßt sich also nur sagen: es sind Hoffnungen geweckt, große Hoffnungen, welche das politische Denken und Streben des deutschen Volkes für die Enttäuschung, die uns der letzte Vertrag mit England möglicherweise bringen wird, entschädigen und unsere Unternehmungslust auf eine große, wenn auch vielleicht nicht gefahrlose Aufgabe hinlenken ‚kann‘. Der kranke Mann soll durch uns noch einmal gesund werden . . . Aber in der Politik dürfen auch die ehrlichen Freunde nicht selbstlose Freunde sein, und darum ist der Preis der deutschen Freundschaft für das türkische Reich, daß es uns in Kleinasien die Rolle des bevorrechteten Hausfreundes einräumt, dem zwar das Haus nicht gehört, der sich aber dort wie zu Hause fühlen darf. Die Deutschen in Kleinasien und Mesopotamien bis später an den Persischen Golf, ähnlich wie die . . . Engländer in Ägypten, das müssen die Vergleichsbeispiele sein . . .“¹¹⁹

zen Jahres zu kämpfen hatte, und die sogar in wiederholten Protestnoten des Herrn Cambon wegen angeblicher Benachteiligung der hiesigen französischen Quaigesellschaft ihren Ausdruck gefunden hatten.“ *Die Große Politik*, Bd 14,2, S. 473. — Der französische Botschafter protestierte offiziell gegen die Konzessionserteilung an das deutsche Finanzkapital. (Siehe *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr. 3979 u. 3981.) — Protest des russischen Außenministers Muraviev bei Botschafter Fürst von Radolin, ebenda, Nr. 3982.

¹¹⁶ Siehe *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3347 Anmerkung, Bülow an Mirbach v. 26. 3. 1899.

¹¹⁷ *Jerussalimski*, A. S., a. a. O., S. 685/686: „So begann als Ergebnis der Reise Wilhelms II. nach Konstantinopel, Jerusalem und Damaskus ein neuer Abschnitt nicht nur der wirtschaftlichen Expansion, sondern auch, wie W. I. Lenin feststellte, der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten. Das bedeutete die Verschärfung der englisch-deutschen Gegensätze auch auf diesem Schauplatz der Weltpolitik.“

¹¹⁸ *Rheinisch-Westfälische Zeitung* v. 5. 11. 1898.

¹¹⁹ *Deutsche Zeitung* v. 6. 11. 1898.

Die „Märkische Volkszeitung“ äußerte: „Im übrigen aber bedeutet die Kaiserfahrt in ihren Folgen eine ganz wesentliche Stärkung des deutschen Einflusses im Orient, und diese Stärkung wird deutschem Handel und Wandel dort ohne Zweifel in hervorragendem Maße zugute kommen.“¹²⁰

Die „Frankfurter Zeitung“ gab folgende Einschätzung der Palästinafahrt: „Mit der angeblich geplanten Massenansiedlung deutscher Kolonisten in Anatolien . . . hat es noch gute Wege . . . Aber auch ohne sie wird der deutsche wirtschaftliche Einfluß sich weiter ausdehnen, und in diesem Sinne mag zum Vorteil der Türkei das Wort eines deutschen Nationalökonomen zur Wahrheit werden: Die deutschen Arbeiterbataillone werden Kleinasien erobern.“¹²¹

Die „Rheinische Volksstimme“ besprach in einem Leitartikel vom 15. November 1898 die Kreuzfahrt Wilhelms II. Die wichtigsten Stellen lauten: „Es ist immerhin eine Beruhigung, daß in einem zukünftigen Weltkriege ein tapferes, gut bewaffnetes und geübtes Heer von 300 000 bis 400 000 Mann auf deutscher Seite kämpfen wird. Aber auch der deutschen Industrie, dem deutschen Handel, die jetzt schon im Orient eine hervorragende Stelle einnehmen, wird die Kaiserreise eine gewaltige Förderung gewähren. Das weite türkische Reich hat fast gar keine Industrie, es ist in seinen meisten Bedürfnissen auf fremde Waren angewiesen und diese Ware wird zukünftig, wo es auf den Türken ankommt, die deutsche sein. Alle Aufträge, die der Staat zu vergeben hat, werden ausschließlich Deutschland zufallen. Wenn unter solchen Umständen die Franzosen und Engländer sich über die Folgen der Kaiserreise beunruhigen, so hat das seine guten Gründe; wir Deutschen freuen uns über diese Unruhe und über die Tatkraft unseres Kaisers.“¹²²

Der „Westfälische Merkur“ befaßte sich am 18. November 1898 vor allem mit dem militärischen Aspekt der Kaiserreise; dabei kam er zu folgender Einschätzung: „Bei dieser Rivalität erfüllt es uns Deutsche mit Stolz und Genugtuung, daß auch das deutsche Reich zeigt, daß ihm der Orient nicht Hekuba ist und bei seiner neuen überseeischen Politik nicht gleichgültig zusehen kann, wer den Schlüssel zum hochwichtigen Suezkanal besitzt. Was Deutschland bis jetzt schon dort getan, hat uns nichts gekostet, die Orientalen haben aber durch die Arbeit und Leistungsfähigkeit der Deutschen, wie durch das Ansehen unseres Kaisers in der ganzen islamitischen Welt schon so viel herausgefunden, daß man in politischen Dingen bei aller Bescheidenheit der Deutschen eben doch nicht mehr ohne sie dort Politik machen kann.“¹²³

Am offensten plauderte „Die Welt am Montag“ aus der Schule. Die Aufgaben, die sie der deutschen Orientpolitik stellte, entsprachen völlig den Auffassungen des deutschen Finanzkapitals und der politischen Führung des imperialistischen Deutschlands. Das Blatt schrieb: „Zwischen zwei Dingen haben wir nur die Wahl:

¹²⁰ Märkische Volkszeitung v. 9. 11. 1898.

¹²¹ Frankfurter Zeitung v. 9. 11. 1898.

¹²² Rheinische Volksstimme v. 15. 11. 1898.

¹²³ Westfälischer Merkur v. 18. 11. 1898; siehe auch v. 12. 11. 1898. Siehe ferner Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 15. 11. 1898.

Völkerdünge wie bisher zu sein, oder Völkerbeherrscher zu werden. Daß unsere Sandbüchsen in Afrika verzweifelt wenig Wert haben, wird allmählich selbst von Kolonialschwärmern zugegeben . . . Nur die Türkei kann das Indien Deutschlands werden . . . Der Sultan muß unser Freund bleiben, natürlich mit dem Hintergedanken, daß wir ihn „zum Fressen gern“ haben. Zunächst freilich kann unsere Freundschaft völlig selbstlos sein. Wir helfen den Türken, Eisenbahnen bauen und Häfen anlegen. Wir suchen, eine Industrie bei ihnen zu erwecken. Wir stützen sie mit unserem Kredit. Wir liefern ihnen Schiffe und Kanonen samt den Offizieren, die ihnen das Manövrieren dieser Schiffe und das Richten dieser Geschütze beibringen. Wir leihen ihnen deutsche Beamte und deutsche Militärs, die die höchsten Stellen in der Zivil- und Militärverwaltung besetzen, zunächst natürlich zum Nutzen des türkischen Reichs. Der „kranke Mann“ wird gesund gemacht, so gründlich kuriert, daß er, wenn er aus dem Genesungsschlaf aufwacht, nicht mehr zum Wiedererkennen ist. Man möchte meinen, er sehe ordentlich blond, blauäugig germanisch aus. Durch unsere liebende Umarmung haben wir ihm soviel deutsche Säfte infiltriert, daß er kaum noch von einem Deutschen zu unterscheiden ist. So können und wollen wir die Erben der Türkei werden, von ihr selbst dazu eingesetzt. Wir pflegen den Erblasser getreulichst bis zu seinem Tode. Ja, selbst nach seinem tatsächlichen Verschiden wollen wir ihn noch als einen scheinbar Lebenden behandeln. Die äußeren Formen sollen dieselben bleiben. Die Sultane sollen genau so regieren, wie der Bey von Tunis noch heute unter französischem oder der Khedive von Ägypten unter englischem Schutz regiert. Den Schein der Macht lassen wir ruhig den andern, wenn wir die Macht selbst haben.

Ein reiches Erbe steht uns bevor. Die Türkei bietet unendliche Absatzgebiete für deutsches Kapital und deutsche Industrie, aber auch Unterkunft für deutsche landwirtschaftliche Ansiedler. Das osmanische Volk stellt die besten Untertanen, die sich ein Staat wünschen kann . . . Der beste Teil der Bevölkerung, der türkische, von Deutschen regiert – das hat die Zukunft. Diesem Zukunftsgedanken hat die Kaiserreise kräftig vorgearbeitet.“¹²⁴ (Hervorhebungen von mir – L. R.)

Parallel zu den Aktionen der Reichsregierung verstärkte seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts auch der preußisch-deutsche Generalstab, „das Gehirn des in Deutschland allmächtigen preußischen Militarismus“¹²⁵, seine Wühlätigkeit in der Türkei. Er stellte sich die Aufgabe, die Großoffensive des deutschen Imperialismus zur Beherrschung des Osmanischen Reiches auf dem militärischen Sektor vorzubereiten. Das wichtigste Werkzeug zur Ausführung seiner aggressiven Pläne war in Konstantinopel – nach der Rückkehr des Generals von der Goltz – der Militärattaché, Hauptmann Morgen, „der große Beziehungen nicht nur im deutschen Generalstab, sondern auch am Hofe hatte“¹²⁶. Wie Marschall von Bieberstein auf diplomatischer Ebene, so erwies sich Morgen, von Wilhelm II. zum Flügeladjutanten ernannt, im militärischen Bereich als ein überaus aktiver Vertreter der expansio-

¹²⁴ Die Welt am Montag v. 21. 11. 1898.

¹²⁵ Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 88.

¹²⁶ Ebenda, S. 678.

nistischen deutschen Orientpolitik; beide gaben ein „Gespann“ ab, das durch sein rückhaltloses Eintreten für die Verwirklichung des imperialistischen Nahostprogramms den uneingeschränkten Beifall der monopolkapitalistischen Presse fand. Auf Anweisung des Generalstabs war Morgen bestrebt, die türkische Armee noch fester als bisher an den preußisch-deutschen Militarismus zu ketten. Geling die Verwirklichung dieser Absicht – General von der Goltz hatte bereits gute Vorarbeit geleistet –, standen dem deutschen Imperialismus im Vorderen Orient nicht nur mehrere hunderttausend auf preußische Art gedrillte und mit Kruppschen Waffen ausgerüstete Soldaten für seinen Kampf um die Neuaufteilung der Welt zur Verfügung, dann war er auch in der Unterwerfung des Osmanischen Reiches selbst einen entscheidenden Schritt vorangekommen. „Wir haben unter allen Umständen Ursache, die Erhaltung des Osmanischen Reiches zu wünschen“, kablete Morgen nach Berlin, „von dem wir materielle Vorteile bereits ziehen und noch militärische in der Zukunft ziehen können. Mein ceterum censeo ist daher immer wieder: ‚Die Türkei muß militärisch gestärkt werden.‘“¹²⁷

Zur Verwirklichung des militär-politischen Programms des deutschen Imperialismus entfaltete Morgen eine außerordentlich geschäftige und erfolgreiche Tätigkeit. Im Frühjahr 1898 verschaffte er der deutschen Rüstungsindustrie einen neuen Großauftrag für Gewehre und Munition.¹²⁸ 1901 erhielt Krupp durch die Vermittlung des deutschen Militärattachés eine Bestellung von 96 Schnellfeuergeschützen.¹²⁹ Darüber hinaus riet Morgen dem Sultan, die türkische Flotte zu verstärken und die Dardanellen zu befestigen¹³⁰; er organisierte die Reise türkischer Offiziere nach Deutschland, um sie mehrere Monate mit dem Geist des preußischen Militarismus infizieren zu lassen¹³¹; er überredete ‚Abd ul-Hamīd, weitere deutsche Offiziere als Instruktoren in der türkischen Armee und deutsche Beamte als ‚Ratgeber‘ im türkischen Staatsapparat einzusetzen¹³², im Auftrage Wilhelms II. inspizierte er die türkisch-russische Grenze¹³³, um die türkischen Militärs von der Unvermeidlichkeit eines Krieges gegen Rußland zu überzeugen; und schließlich bearbeitete er unermüdlich den türkischen Kriegsminister, damit er der Vollendung der Anatolischen Bahn bis Bagdad durch das deutsche Finanzkapital zustimme. Hallgarten schrieb zu dieser Frage: „Die deutschen Offiziere in der Türkei setzten auch nach dem Weggang des großen deutschen Pascha seine Tradition fort, die Türkei, so gut als es ging, zu verstärken. Die Frage der türkischen Kriegsstärke aber hing von der Möglichkeit ab, aus den Ländern des Euphrat und Tigris rechtzeitig Reserven nach Konstantinopel zu ziehen; die Bagdadbahn erhielt also außer für die deutsche Finanz und die Kriegs- und Schwerindustrie, die die Schienen lieferte, auch für die

¹²⁷ *Die Große Politik*, Bd 12,2, S. 571 Anmerkung.

¹²⁸ Ebenda, S. 678.

¹²⁹ Siehe Menne, Bernhard, Krupp, Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 256.

¹³⁰ Auch der Kaiser unterstützte diese gegen Rußland gerichteten Vorschläge, die Krupp neue Profite sichern sollten. Siehe Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 695.

¹³¹ *Die Große Politik*, Bd 12,2, Nr. 3341, Marschall an Hohenlohe v. 6. 8. 1898.

¹³² Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 695.

¹³³ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr. 4025.

deutschen Offiziere Bedeutung, denen seit der Amtszeit Waldersees die strategische Stärkung der Türkei am Herzen lag.“¹³⁴

Auch die Marineleitung, die noch in den neunziger Jahren aus Angst, die Flotten-ausrüstung könnte vernachlässigt werden, der Nahostexpansion zurückhaltend gegenüberstand, wurde seit der Eröffnung des internationalen Kampfes um die Erdölquellen zu einem der aktivsten Verfechter der Bagdadbahnstrategie. Da sich die wichtigsten Ölgebiete der Erde in der Hand der britischen Rivalen befanden, erwuchs für den deutschen Imperialismus die akute Gefahr, im Kriegsfall von dem Erdöl abgeschnitten zu werden. In diesem Zusammenhang gewannen die bekannten, aber noch nicht angezapften Ölfelder Mesopotamiens höchste Bedeutung, da sie auf dem Landwege zu erreichen waren und nicht im Schußfeld der britischen Kriegsflotte lagen. Aus diesem Grunde verlangte die Marineleitung eine Verstärkung der im Mittelmeer operierenden deutschen Kriegsschiffe und ihren regelmäßigen Besuch in türkischen Häfen, um durch diese Machtentfaltung den politischen Einfluß Deutschlands in der Türkei zu erhöhen. Wie bei der Vorbereitung derartiger Aktionen üblich, wurden bestimmte, mit den militärischen Kreisen in Verbindung stehende Presseorgane angewiesen, entsprechende Notizen zu veröffentlichen, damit die Ausführung des Vorhabens als Wunsch der öffentlichen Meinung hingestellt werden konnte. So ist zum Beispiel in der „Hamburger Correspondenz“ zu lesen: „Von deutschen Kriegsschiffen erscheint die ‚Lorelei‘ jährlich einmal an der hiesigen Küste (gemeint ist die vorderasiatische Küste – L. R.), um die Musterung der deutschen Militärpflichtigen vorzunehmen. Dann war im vergangenen Jahr die ‚Hohenzollern‘ mit dem erlauchten Kaiserpaar, begleitet von zwei Kriegsschiffen, hier. Der hohe Besuch, durch unser erhabenes und leutseliges Kaiserpaar hat im ganzen Orient einen sehr großen Eindruck gemacht; doch verwischen sich die daraus genommenen Urteile bald, wenn nicht von Zeit zu Zeit etwas geschieht, um sie wieder aufzufrischen . . . Eine größere deutsche Flotte hat die syrische Küste seit 1877 . . . nicht gesehen. Und doch wäre es für den deutschen Einfluß, besonders auch auf dem Gebiet des Handels, von großer Bedeutung, wenn den Eingeborenen öfter zur Anschauung gebracht würde, daß nicht bloß England und Frankreich mächtige und in jeder Hinsicht vorgeschrittene Staaten sind, sondern daß dies auch von Deutschland durchaus gilt.“¹³⁵

Der Alldutsche Verband, die reaktionärste und aggressivste Organisation der deutschen Monopolherren und Junker, propagierte schon seit seiner Gründung im Jahre 1891 die koloniale Unterwerfung der Türkei durch Deutschland.

Als Hauptmethoden zur Verwirklichung dieses Zieles forderte der Verband – wie seine ideologischen Vorläufer von Moltke bis Sprenger – neben der wirtschafts-politischen die kolonialpolitische Infiltration der asiatischen Türkei durch deutsches Kapital und deutsche „Herrensiedler“.

¹³⁴ Hallgarten, George W. F., a. a. O., Bd 1, S. 406.

¹³⁵ *Hamburger Correspondenz*, Nr. 572 v. 6. 12. 1899.

Den Startschuß für den Beginn der äußerst intensiv durchgeführten Agitation gab der bekannte „Kolonialtechniker“ Karl Kaerger mit seiner 1892 in Berlin erschienenen Schrift „Kleinasien – Ein deutsches Kolonisationsfeld“¹³⁶. Kaerger verlangte in dieser Propagandabroschüre eine möglichst rasche Massenansiedlung deutscher Bauern, Handwerker und Arbeiter in der asiatischen Türkei. Die Organisation der Auswanderung und Ansiedlung der Kolonisten sollte nach seiner Vorstellung die Anatolische Eisenbahngesellschaft, das einflußreichste Werkzeug der deutschen Bourgeoisie im Vorderen Orient, übernehmen. „Diese Gesellschaft“, heißt es in der Flugschrift, „deren Aktionäre größtenteils Deutsche und deren oberste Beamte alle von deutscher Nationalität sind, würde sicherlich bei Inangriffnahme einer Kolonisation sich auch von deutsch-nationalen Gesichtspunkten leiten lassen und es prinzipiell vermeiden, irgend welche Einwanderer anderer Abstammung zwischen die deutschen Kolonisten zu setzen.“¹³⁷ Für die türkische Regierung hielt Kaerger ein Sieben-Punkte-Programm bereit. Er forderte von ihr: „1. Erlaubnis, geschlossene Gemeinden mit eigener, möglichst autonomer Gemeindeverwaltung und insbesondere eigener Polizei zu errichten, unbeschadet natürlich der Autorität der höheren Behörden. 2. Steuerfreiheit der Kolonisten auf 10 Jahre. 3. Nach Ablauf der Freijahre Feststellung eines Pauschalquantums, das die Gesamtheit der Kolonisten, bzw. für diese die Gesellschaft, an Stelle des Zehnten und der Grundsteuer zu entrichten hätten . . . 4. Unentgeltliche Überlassung größerer zusammenhängender Flächen zur freien Verfügung der Gesellschaft . . . 5. Befreiung der Kolonisten von der Militärsteuer auf 10 Jahre. 6. Zollfreie Einfuhr der für die erste Einrichtung der Einwanderer bestimmten Gegenstände. 7. Erlaubnis zur Ausprägung größerer mit der steigenden Einwanderung wachsender Summen von Kleingeld.“¹³⁸ Darüber hinaus propagierte Kaerger die Herstellung einer engen zollpolitischen Verbindung mit der Türkei, einschließlich ihrer ostarabischen Provinzen, um der deutschen Bourgeoisie eine Monopolstellung bei der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte sowie auf dem Gebiet des Warenverkehrs zu sichern.¹³⁹ Diese Flugschrift Kaergers wurde im wilhelminischen Deutschland keineswegs als das geistige Erzeugnis eines Irren abgetan, sie fand vielmehr in den alldeutschen Kreisen lebhafteste Zustimmung und Nachahmung. So griff bereits wenige Monate später der Regierungsrat Reinhold Menz nach einer ausgedehnten Reise durch Türkisch-Asien in der Publikation „Deutsche Arbeit in Kleinasien, Reiseskizze und Wirtschaftsstudie“ die Gedanken Kaergers auf, um sich seinerseits für eine möglichst gründliche Kolonisation der fruchtbarsten Gebiete Kleinasiens durch deutsche Ansiedler einzusetzen.¹⁴⁰ Kleinasien sei das einzige geeignete Land für die Aufnahme des „Überschusses“ des deutschen Volkes, meinte Menz, hier allein, in einer von Deutschland politisch abhängigen Türkei, könne der Strom der deutschen Auswanderer dem „Deutschtum“ erhalten bleiben. Dr. C. Naumann, der nach mehreren Reisen durch

¹³⁶ Kaerger, Karl, Kleinasien, ein deutsches Kolonisationsfeld, Berlin 1892.

¹³⁷ Ebenda, S. 88.

¹³⁸ Ebenda, S. 90.

¹³⁹ Deutschlands Ansprüche an das türkische Erbe, a. a. O., S. 14.

¹⁴⁰ Menz, Reinhold, Deutsche Arbeit in Kleinasien, Berlin 1893.

den Vorderen Orient als einer der besten Kenner dieses weitflächigen Territoriums galt, scheute sich in seinem ebenfalls 1893 veröffentlichten Buche, „Vom goldenen Horn bis zu den Quellen des Euphrat“, nicht, die hervorragende Arbeit deutscher Wissenschaftler zur Erforschung der alten Kultur dieser Völker mit der aggressiven Ideologie des Alldeutschen Verbandes zu beschmutzen, in dem auch er für die Besiedlung Anatoliens mit deutschen „Herrensiedlern“ eintrat.¹⁴¹ Auch Dr. Oehlmann, Hannover, beantwortete 1894 die in einem Aufsatz der „Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge“ aufgeworfene Frage, „Ist es möglich, die deutsche Auswanderung nach Kleinasien abzulenken“, im Sinne des Alldeutschen Verbandes.¹⁴² Neben den berufsmäßigen Kolonialpropagandisten und reaktionären Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft waren es zwischen 1894 und 1896 vor allem die vom deutschen Generalstab zu Kartenaufnahmen nach Kleinasien entsandten preußischen Offiziere, die kategorisch die Besiedlung bestimmter Gebiete des Vorderen Orients mit „wehrfähigen“ Deutschen verlangten. Erinnert sei nur an die seiner Zeit aufsehenerregende Arbeit des Kommandeurs des westpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 1, Oberstleutnant von Dienst, „Neue Forschungen im westlichen Kleinasien“, geschrieben nach mehreren Reisen zur topographischen Erforschung des westlichen und zentralen Teils Kleinasiens¹⁴³, und an den Artikel der Offiziere Maercker und Kannenberg in der „Täglichen Rundschau“, „Kleinasien – ein deutsches Kolonisationsland?“¹⁴⁴ Selbst General von der Goltz-Pascha, die größte militärische Autorität in allen auf das Osmanische Reich bezugnehmenden Fragen, ergriff, sicher daran denkend, welche überragende Rolle zehntausende deutsche Kolonisten bei der systematischen Unterwerfung der Türkei durch Deutschland oder bei einem bewaffneten Kampf um das türkische Erbe mit Rußland oder England spielen konnten, Partei für eine Ansiedlung deutscher Bauern in der asiatischen Türkei. In dem 1896 publizierten Reisebericht „Anatolische Ausflüge“ schrieb er: „Es ist merkwürdig, aber doch unstreitig richtig, daß es schwerer fällt, ein altes Kulturland, welches im Laufe der Geschichte einmal ins Dunkel zurücktrat, wieder zu beleben, als ein ganz neues zu eröffnen. Trotz aller Hindernisse fände eine verständig geleitete Kolonisation in Vorderasien wohl immer noch ebensoviel Aussicht auf Erfolg, als in Brasilien, den La Platastaaten oder Afrika, aber es fehlt der Zug dahin, welcher doch einst gerade in der germanischen Welt so rege war.“¹⁴⁵

Seit 1895 stellten die Alldeutschen auch ihr Zentralorgan, die „Alldeutschen Blätter“, in den Dienst der angestrebten kolonialen Unterwerfung des Osmanischen Reiches durch die deutsche Bourgeoisie und machten es zum wirksamsten Propagandamittel dieser reaktionären, zutiefst aggressiven Zielsetzung. Ganz offen betrachteten Redakteure und Mitarbeiter der „Alldeutschen Blätter“ die Kolonisations-

¹⁴¹ Naumann, C., Vom goldenen Horn bis zu den Quellen des Euphrat, München und Berlin 1893.

¹⁴² Schlaginweit, M. v., Deutsche Kolonisationsbestrebungen in Kleinasien, München 1902, S. 36.

¹⁴³ Ebenda, S. 37.

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 36.

gebüßt hatte.¹⁵² Für die alldutschen Chauvinisten bedeutete diese Entwicklung ein „böses Erwachen“; sie hatten bereits deutsche Bauern- und Arbeiterregimenter die deutsche Herrschaft über die fruchtbarsten Teile des Nahen Ostens errichten sehen. Die Mißstimmung darüber war so groß, daß sie sich für ein bis zwei Jahre in der Propagierung ihres aggressiven, imperialistischen Orient-Programmes Zurückhaltung auferlegten. Die alldutschen Imperialisten, die Verkünder der skrupellosen Machtpolitik um jeden Preis, hielten zwar nach wie vor Türkisch-Asien für das lohnendste deutsche Kolonialobjekt, sie sahen sich aber gezwungen, auf neue, für die Verwirklichung ihrer chauvinistischen Absichten günstigere Bedingungen zu warten. Diese „unfreiwillige“ Pause benutzten sie jedoch, um in ihrer Presse heftige Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten, der sie vorwarfen, die Interessen der deutschen Bourgeoisie in der Orientfrage nicht genügend vertreten zu haben.

Es ist eine außerordentlich interessante und zugleich bedeutungsvolle Aufgabe für den Historiker, diese Behauptung der Alldutschen, die in der Folgezeit, besonders nach dem ersten Weltkrieg, von der reaktionären bourgeoisen Historiographie „nachgebetet“ und als Beweis für die türkenfreundliche und antikoloniale Politik der Regierung des „Neuen Kurses“ gewertet wurde, nach ihrem Wahrheitsgehalt zu untersuchen.

A. S. Jerussalimski hat in seinem hervorragenden Werk bereits zur Klärung dieser Frage beigetragen.¹⁵³ Durch den Fund einer geheimen Denkschrift des Referenten in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Raffauf, mit dem Titel „Sicherstellung der deutschen Interessen für den Fall der Lösung der Dardanellenfrage“, die dieser am 19. Juli 1894 im Auftrage Reichskanzler Caprivis anfertigte, können die Einschätzungen A. S. Jerussalimskis präzisiert werden. Zunächst geht aus der Denkschrift hervor, daß die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes bereits am 15. Dezember 1891 Caprivi ein Promemoria „über den Plan deutscher Ansiedlungen in Klein-Asien“ vorlegte, worin sie sich, um nicht durch die Schaffung eigener deutscher Interessen die Gegensätze zwischen den Großmächten im Orient zu neutralisieren, gegen eine Verwirklichung deutscher Kolonisationsprojekte in Kleinasien aussprach.¹⁵⁴ Nach Erhalt dieser Vorlage befahl Caprivi der Kolonial-Abteilung, eine Stellungnahme zu der Frage abzugeben. Die von dieser daraufhin am 28. Dezember 1891 eingereichte Aufzeichnung kam zu dem Ergebnis, „daß, wenn Klein-Asien deutsche Kolonie werden würde, dann zweifelsohne ein Zuzug dorthin in kürzester Zeit in Fluß zu bringen sei, während unter türkischer Herrschaft nach diesseitigen Ermittlungen der Betrieb einer Kolonisation deutscherseits keine genügende Aussichten habe.“¹⁵⁵ Einer deutschen Kolonisation bei Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität stand die Kolonial-Verwaltung ablehnend gegenüber, da ihrer Ansicht nach die deutschen Siedler „schließlich der Mißwirtschaft des türkischen Beamtentums zum Opfer fallen würden“¹⁵⁶. Durch

¹⁵² Siehe *Jerussalimski, A. S., a. a. O.*, S. 215/216.

¹⁵³ Ebenda, Kapitel 5.

¹⁵⁴ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11806, Bl. 1–12.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Ebenda.

eine neue Anweisung Caprivis entstand schließlich die erwähnte Denkschrift des Legationsrates Raffauf. Darin wurde festgestellt, daß die Frage der Kolonisation kleinasiatischer Gebiete durch deutsche Siedler „jetzt noch nicht übersehen werden kann, daß aber bei Aufstellung und Gestaltung des Entwurfs für das neue Auswanderungsgesetz die Eventualität künftiger Besiedlung Klein-Asiens in Berücksichtigung gezogen worden ist“.¹⁵⁷ Für eine Charakterisierung der Haltung der „Wilhelmstraße“ zur Kolonisationsfrage ist die Denkschrift Raffaus höchst aufschlußreich. Wie Bismarck stand die Regierung des „Neuen Kurses“ einer Verwirklichung der verschiedenen Kolonisationsprojekte im kleinasiatischen Territorium des Osmanischen Reiches zunächst ablehnend gegenüber; sie betrachtete diese Frage trotz ihrer Neuorientierung hinsichtlich der Schaffung wirtschaftspolitischer Interessen der deutschen Bourgeoisie in Vorderasien noch unter dem Aspekt der zwischenstaatlichen Beziehungen. Doch schon 1894 hatte sich ihre Haltung angesichts der erfolgreichen Rüstungs- und Eisenbahngeschäfte des deutschen Industrie- und Bankkapitals und der beginnenden Verkündung des chauvinistischen alldutschen Orient-Programms geändert. Die Regierung des „Neuen Kurses“ wies zwar auch weiterhin die verschiedenen, auf Türkisch-Asien bezugnehmenden Kolonisationsprojekte zurück, aber ihre ablehnende Haltung war jetzt nicht mehr grundsätzlicher Art, sie sollte nur noch für die Periode bis zur Eröffnung des Entscheidungskampfes um das türkische Erbe gelten. War dieser Augenblick aber gekommen, dann war die Regierung entschlossen, und darüber gibt es keinen Zweifel mehr, die Massenansiedlung deutscher „Herrensiedler“ in Türkisch-Asien zu unterstützen und sie als eines der wirkungsvollsten Mittel zur Errichtung der deutschen Vorherrschaft zu betrachten. Die Vorbereitungen für diesen Fall wurden durch die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes, insbesondere durch die Erarbeitung eines neuen Auswanderungsgesetzes, rechtzeitig getroffen. Da dieser neuen Einstellung der „Wilhelmstraße“ die Forderung der Alldutschen nach sofortiger Organisation der Massenauswanderung nach dem Vorderen Orient hindernd im Wege stand, konnte sie nicht die Unterstützung der Regierung des „Neuen Kurses“ finden. Jedoch geschah dies keinesfalls aus „Schlappheit“, wie die Alldutschen meinten, auch nicht aus „Türkenfreundlichkeit“, wie die bürgerliche Historiographie nach 1918 behauptete, um die Regierung des „Neuen Kurses“ zu rehabilitieren, sondern aus ganz anderen Gründen. Ein wichtiges Motiv für die Haltung der politischen Führung des junkerlich-bourgeoisen Deutschlands nennt A. S. Jerussalimski, indem er schreibt: „... die unmittelbaren und näheren Ziele der deutschen Diplomatie während der Nahost-Krise bestanden darin, die Bande des französisch-russischen Bündnisses zu lockern, Reibungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Rußland hervorzurufen und noch stärker dahin zu wirken, daß eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten verhindert und nach Möglichkeit ein Zusammenstoß zwischen diesen beiden Mächten herbeigeführt werden könnte.“¹⁵⁸ Eine solche Politik war allerdings bei dem Versuch einer Ver-

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ *Jerussalimski, A. S., a. a. O.*, S. 777.

wirklichung der von den Alldutschen verlangten sofortigen Massenauswanderung nach Kleinasien nicht möglich; im Gegenteil, sie mußte die unmittelbare Gefahr einer gemeinsamen Front Englands, Frankreichs und Rußlands gegen den neuen Rivalen heraufbeschwören. Doch außer diesem von A. S. Jerussalinski herausgearbeiteten Motiv, das schon die Haltung aller früheren preußischen beziehungsweise deutschen Kabinette zur Orientfrage entscheidend beeinflußt hatte, kam nunmehr die Rücksichtnahme der „Wilhelmstraße“ auf einen anderen Faktor hinzu, der den Übergang zur imperialistischen Epoche schlagartig erhellte: das Streben der deutschen Bourgeoisie nach der Errichtung der deutschen Vorherrschaft im Vorderen Orient. Die Regierung des „Neuen Kurses“ begann sich immer entschiedener mit dieser reaktionären Zielsetzung zu identifizieren, auch wenn die Pläne zur Knechtung des Nahen Ostens noch nicht in allen Einzelheiten ausgereift waren. Aber die Eroberung des kleinasiatischen Territoriums des Osmanischen Reiches war mit Schwierigkeiten verbunden, „gegen die die Schwierigkeiten der Anfangsperiode der kolonialen Eroberungspolitik in Afrika als völlig unbedeutend erschienen“¹⁵⁹; denn am Bett des „kranken Mannes“ standen mehrere Erben bereit – neben dem junkerlich-bourgeoisien Deutschland auch England, Frankreich und das zaristische Rußland. Die Methoden vom Schlage der Kolonialräuber Lüderitz und Peters waren im Nahen Osten, das wußte die politische Führung nur zu gut, nicht anwendbar. Abgesehen von der zu erwartenden Gegenaktion der europäischen Rivalen mußten sie die Pforte abstoßen und die aggressiven deutschen Orientpläne dadurch überhaupt in Frage stellen. Die Regierung des „Neuen Kurses“ sah deshalb nicht in der Realisierung der alldutschen Kolonisationsprojekte, sondern in der Stärkung der ökonomischen Positionen der deutschen Bourgeoisie in Türkisch-Asien, der systematischen wirtschaftspolitischen Infiltration des Osmanischen Reiches durch das deutsche Industrie- und Bankkapital das wichtigste Mittel, um die schließliche Unterwerfung durch Deutschland herbeizuführen. Auf diese Art und Weise glaubte sie, immer unter der Maske des harmlosen „Türkenfreundes“ auftretend, die Interessen der deutschen Bourgeoisie im Vorderen Orient besser zu vertreten als die „plumpen“ alldutschen Agitatoren. In der von Raffauf gezeichneten Denkschrift der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes heißt es zu dieser Frage: „Kl. Asien hat Wichtigkeit für uns als Absatzgebiet für die deutsche Industrie, als Unterkunftsstätte für . . . deutsche Kapitalien und als ein hochentwicklungsfähiges Bezugsgebiet für solche notwendigen Importartikel, die wir (wie Getreide, Baumwolle) jetzt aus Ländern beziehen, von denen uns unabhängig zu machen, früher oder später unsern Interessen entsprechen dürfte. Nach Lage der Verhältnisse ist gegenwärtig das kapitalistische Interesse das bei weitem überwiegende. Unsere Ausfuhr nach der Türkei und insbesondere nach Kl. Asien ist noch einer sehr erheblichen Steigerung fähig. Deutschland ist noch weit davon entfernt, wie z. B. in Rumänien die führende Stelle zu haben; vielmehr stößt es daselbst überall auf den überlegenen Wettbewerb vor allem Englands, Österreichs und Frankreichs. Es war daher nicht eine der letzten Hoffnungen, die sich an die kleinasiatischen Bahn-

¹⁵⁹ Ebenda, S. 265.

konzessionen der Deutschen Bahn knüpften, daß diese deutschen Bahnbauten die Leiter unseres Imports in bisher deutscher Ware wenig zugängliche Gebiete werden würden. In dieser Beziehung war die deutsche Industrie um so mehr berechtigt, sich Hoffnungen hinzugeben, als die Aufnahmefähigkeit dieses kleinasiatischen Marktes auf Grund der stattgefundenen Erhebungen als sehr steigerungsfähig angesehen werden durfte . . . Es steht bei der Rührigkeit der deutschen Industrie zu erwarten, daß sie nach Kräften bestrebt sein wird, die Chancen dieses neuen Absatzmarktes für sich auszunutzen.“¹⁶⁰

Eine neue Phase der alldutschen Agitation begann im Zusammenhang mit der Aufnahme der *planmäßigen* Nahostexpansion des deutschen Imperialismus im Ausgang der neunziger Jahre.

Das offensive Vorgehen der Regierung und des Generalstabes wurde vom Alldutschen Verband, der nach dem Scheitern seiner Kolonisationsagitation vom Herbst 1896 bis 1897 heftige Angriffe gegen das Auswärtige Amt gerichtet hatte, nicht nur mit außerordentlicher Genugtuung aufgenommen, sondern auch als Signal zur Wiederaufnahme des Propagandarummels für die „Bildung lebender Stützpunkte des Deutschtums“ im Osmanischen Reich betrachtet.

Georg Schiele eröffnete die neue Agitationswelle der Alldutschen mit seiner Schrift „Was ist uns Anatolien?“¹⁶¹ Schiele sprach sich darin gegen eine bäuerliche Kolonisation Anatoliens und Mesopotamiens aus; er forderte vielmehr – dem amerikanischen Beispiel folgend – die Errichtung großkapitalistischer landwirtschaftlicher Betriebe in den fruchtbarsten Gebieten des Osmanischen Reiches durch deutsche Unternehmer und die Ausbeutung der „billigen“ türkischen, armenischen und arabischen bäuerlichen Bevölkerung. Nach der Auffassung Schieles reichte eine dünne Schicht deutscher „Herrensiedler“ völlig aus, um in Zusammenarbeit mit den deutschen Offizieren in der türkischen Armee und einigen preußischen Schulmeistern die geknechteten Bauernmassen bestimmter Gebiete des Ottomanischen Reiches in treue Gefolgsleute des deutschen Imperialismus zu verwandeln. Die Arbeiter und die „überschüssige“ Landbevölkerung Deutschlands sollte dagegen an einer Auswanderung gehindert werden. Ihnen wies Schiele die Aufgabe zu, in den Mammutbetrieben ihrer eigenen Ausbeuter genügend Kapital zu produzieren, um die wirtschaftspolitische Durchdringung der asiatischen Türkei durch den deutschen Imperialismus im großen Stil zu gewährleisten. Dieses Programm Schieles wurde in der Folgezeit von der gesamten alldutschen Presse, allerdings in verschiedenen Varianten, übernommen, vor allem von den „Berliner Neuesten Nachrichten“¹⁶², der „Deutschen Zeitung“¹⁶³, den „Dresdner Nachrichten“¹⁶⁴ und dem Zentralorgan des Verbandes, den „Alldutschen Blättern“¹⁶⁵.

¹⁶⁰ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11806, Bl. 1–12.

¹⁶¹ Schiele, Georg, Was ist uns Anatolien?, in *Grenzboten*, Nr. 38 u. 39 v. 22. u. 29. 9. 1898, S. 529–538 und 581–591.

¹⁶² *Berliner Neueste Nachrichten* v. 5. 12. 1899.

¹⁶³ *Deutsche Zeitung* v. 6. 11. 1898.

¹⁶⁴ *Dresdner Nachrichten* v. 25. 1. 1902.

¹⁶⁵ *Alldutsche Blätter*, 11. Jg., Nr 13 v. 30. 3. 1901, S. 152ff.; 12 Jg., Nr 29 v. 19. 7. 1902, S. 255ff.; 13. Jg., Nr 38 v. 19. 9. 1903, S. 331ff.; 10. Jg., Nr 15 v. 8. 4. 1900, S. 141.

Zweiter Experte in der Propagierung der alldeutschen Kolonialprojekte für den Nahen Osten wurde neben Schiele der Major a. D. *Max Schlaginweit*. Dieser bekannte Kolonialist hielt nach seiner Rückkehr von einer „Studienreise“ durch West- und Kleinasien, die er 1897 zusammen mit Professor Oberhumer von der Universität München unternommen hatte, in verschiedenen Abteilungen der „Deutschen Kolonial-Gesellschaft“ Vorträge, in denen er folgende Gedanken entwickelte: Eine Besiedlung Kleinasiens durch Deutsche wäre nur dann ausführbar, wenn dieselbe in großem Maßstabe erfolge und „von einer kapitalkräftigen, politisch festgestützten Gesellschaft“¹⁶⁶ geleitet würde. Letztere sollte nach seinem Vorschlag die Generaldirektion der deutschen „Anatolischen Bahnen“ in Konstantinopel, das heißt letzten Endes die Deutsche Bank, sein. Wörtlich äußerte Schlaginweit in dem am 8. Januar 1900 in der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft gehaltenen Vortrag: „Hier in Anatolien sind . . . noch weite fruchtbare Ländereien gegeben, in welchen eine deutsche Siedlung ohne Schädigung des Mutterlandes angelegt werden könnte, ein Gebiet, welches mit Europa aufs engste verknüpft ist. Tausende von deutschen Auswanderern würden gewiß von den fernen Weltgegenden abgelenkt und den Weg nach Kleinasien finden, wo sie der deutschen Heimat so nahe bleiben und damit auch dem Schutze des kräftigen deutschen Armes. Die deutschen Auswanderer würden in Anatolien sicher ebenso gute Deutsche bleiben, wie die Kolonisten in Syrien und Palästina; eine Verschmelzung mit der türkischen Bevölkerung ist ja schon aus religiösen Gründen vollkommen ausgeschlossen . . . Schon jetzt ausführbar und dringend wünschenswert . . . ist für uns der ungesäumte Erwerb möglichst weitgehender Landkonzessionen durch kapitalkräftige deutsche Gesellschaften . . . Die Hauptstütze für diese unsere Bestrebungen bildet die anatolische Bahn; sie ist für uns ein kolonialer Vorposten von der größten Wichtigkeit. Die Hauptsache ist, daß der deutsche Einfluß am Goldenen Horn in seiner jetzigen Stärke erhalten bleibt: dann wird sich alles weitere mit der Zeit durchführen lassen.“¹⁶⁷ Im Gegensatz zu Schiele oder anderen alldeutschen Orientchauvinisten begnügte sich Schlaginweit nicht mit der Propagierung seiner aggressiven Ziele; er ergriff zugleich die Initiative, um die ersten organisatorischen Voraussetzungen für die Verwirklichung seines Projekts zu schaffen. Am geeignetsten erschien ihm dazu das „Kolonial-Wirtschaftliche-Komitee“¹⁶⁸. In der Hauptversammlung des Komitees im Mai 1899 brachte er folgenden Antrag ein, der auch mit großer Mehrheit angenommen wurde: „Mit der Generaldirektion der deutschen anatolischen Bahnen in Konstantinopel ist in Verbindung zu treten, behufs Durchführung einer deutschen Kolonisation größeren Stils auf dem anatolischen Hochland.“¹⁶⁹ Das Komitee stellte als Grundlage für eine deutsche Kolonisation in Anatolien „Vorschläge für Forderungen des Reiches an die türkische Regierung“ zusammen, die am 10. Oktober gemeinsam mit einer von Professor Fesca bearbeiteten „Denkschrift

¹⁶⁶ *Schlaginweit, M. v.*, a. a. O., S. 44.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 51–53.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 48.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 48/49.

über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Anatoliens“ dem Reichskanzler übergeben wurden.¹⁷⁰

Inspiziert von diesem „schneidigen“ Vorgehen des Majors Schlaginweit und des „Kolonial-Wirtschaftlichen-Komitees“ konstituierte sich wenige Wochen später, am 14. Mai 1900, in Stuttgart eine weitere Organisation zur Durchführung deutscher Kolonisationsprojekte im Vorderen Orient, die „Gesellschaft zur Förderung der deutschen Ansiedlungen in Palästina.“¹⁷¹ Dem Aufsichtsrat dieser mit einem Stammkapital von 1285 000 Mark gegründeten Gesellschaft gehörten u. a. an: Fürst Karl von Urach (Vorsitzender), D. v. Sandberg (stellvertretender Vorsitzender), Generalstaatsanwalt Dr. v. Rupp, Kommerzienrat Fr. Chevalier, Kommerzienrat E. Zöppritsch, Freiherr von Gemmingen-Hornberg, Hofkammerpräsident von Geßler, Baurat G. Hardegg, Prof. Dr. Hieber.¹⁷² Diese illustre Gesellschaft von Großindustriellen, Großgrundbesitzern, hohen Staatsbeamten und reaktionären Professoren versandte an führende Vertreter des deutschen Finanzkapitals und des Staatsapparates einen vertraulichen Aufruf, in dem sie um aktive finanzielle und politische Unterstützung ihrer reaktionären, gegen die arabische Bevölkerung gerichteten Absichten ersuchte.¹⁷³

Die offene Kolonialpropaganda der alldeutschen Imperialisten¹⁷⁴ rief nicht nur in London, Paris und Petersburg eine heftige Reaktion hervor¹⁷⁵, sie verstärkte auch in Konstantinopel das Mißtrauen gegen die „uneigennützigsten deutschen Freunde“. Eine starke antideutsche eingestellte Partei begann die alldeutsche Kolonialpropaganda zum Anlaß zu nehmen, um die Erteilung der Bagdadbahnkonzession an das deutsche Finanzkapital zu verhindern. Sogar ‘Abd ul-Hamîd sah sich auf Grund dieser wachsenden antideutschen Opposition gezwungen, Marshall von Bieberstein sein Mißfallen zum Ausdruck zu bringen. In dieser Situation, da durch die alldeutsche Propaganda dem gesamten aggressiven Nahostprogramm des deutschen Imperialismus und damit den Profitinteressen des deutschen Finanz-

¹⁷⁰ Ebenda. – Im Gegensatz zu Schlaginweit forderten 1900 Sachau und Oppenheim nach ausgedehnten Reisen durch Vorderasien die Besiedlung Mesopotamiens durch deutsche Bauern. Beide versprachen sich bei der Verwirklichung ihrer Kolonialpläne große Hilfe von unter deutschem Befehl stehenden türkischen Truppen, die die arabischen Stämme in Schach halten sollten. Siehe *Sachau, E.*, *Am Euphrat und Tigris*. Reisenotizen, Leipzig 1900; *Oppenheim, M.*, *Vom Mittelmeer zum Persischen Golf*, Bd 2, Berlin 1899.

¹⁷¹ Siehe DZA Potsdam, Akten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Nr 287, betr. Gesellschaft zur Förderung der deutschen Ansiedlungen in Palästina, Be. 76 ff. Siehe ferner *Münchener Allgemeine Zeitung* v. 18. 1. 1900.

¹⁷² DZA Potsdam, ebenda, Bl. 76 ff.

¹⁷³ Ebenda.

¹⁷⁴ 1902 erschienen noch zwei weitere Arbeiten, in denen die Kolonisation Kleinasiens durch deutsche „Herren“siedler befürwortet wurde. Siehe *Grothe, H.*, *Die Bagdadbahn und das schwäbische Bauernelement in Transkaukasien und Palästina*. Gedanken zur Kolonisation Mesopotamiens, München 1902; *Schneider, S.*, *Die deutsche Bagdadbahn und die projektierte Überbrückung des Bosphorus*, Wien 1910. Siehe auch *Бондапеску, Г. И.*, a. a. O., S. 43.

¹⁷⁵ Siehe *Sitki, Bekir*, a. a. O., S. 162–164.

kapitals Gefahr drohte, griff die Deutsche Bank ein. Der Generaldirektor der Deutschen Bank, von Siemens, erschien persönlich zu einem Vortrag Schlaginweits in der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, um, wie das „Berliner Tageblatt“ vom 11. Januar 1900 mitteilte, sich gegen die alldutsche Kolonialpropaganda auszusprechen, und die Mitarbeit der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft abzulehnen.¹⁷⁶ Daraufhin zeigte auch das Auswärtige Amt offensichtliche Zurückhaltung, und das Memorandum des „Kolonial-Wirtschaftspolitischen-Komitees“ blieb unbeantwortet.

Doch noch weniger als 1896 bedeutete diese Haltung der entscheidenden Kreise des deutschen Finanzkapitals und der Reichsregierung eine grundsätzliche Ablehnung der alldutschen Kolonisationsvorhaben;¹⁷⁷ ihre Einstellung zur Kolonisationsfrage wurde auch zu diesem Zeitpunkt ausschließlich von taktischen Erwägungen, von der Rücksichtnahme auf den Enderfolg des Kampfes um die Beherrschung des Osmanischen Reiches bestimmt.

Die Absicht des deutschen Imperialismus, den Vorderen Orient in seine Hauptexpansionssphäre zu verwandeln, kam jedoch nicht nur darin zum Ausdruck, daß die verschiedenen Institutionen des Staatsapparates ihre expansive Kraft auf diese Aufgabe konzentrierten, auch die eigentlichen Träger der wirtschaftspolitischen Infiltration, die *Exportindustrie, die Großreedereien und das Finanzkapital* begannen zwischen 1897 und 1903, besonders im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise nach der Jahrhundertwende, intensive Vorbereitungen zu treffen, die den deutschen Waren- und Kapitalexport nach dem Nahen Osten auf ein völlig neues Niveau heben und letzten Endes die ökonomische Vormachtstellung der altkapitalistischen Mächte in der Türkei endgültig beseitigen sollte.

Die vom „Bund der Industriellen“ gegründete „Zentralstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge“ beschloß unmittelbar nach der Kaiserreise, Anfang Dezember 1898, dem Auswärtigen Amt und der Botschaft in Pera die Gründung einer deutschen Handelskammer in Konstantinopel, die Bildung eines kleinasiatischen oder deutsch-türkischen Export-Syndikats, die Erweiterung der Levante-Linie und die Ausdehnung ihres Verkehrs auf die syrischen Hafenplätze sowie die Ernennung eines Handelsattachés bei der Botschaft in Pera zu empfehlen. In dem Schreiben des Bundes an das Auswärtige Amt heißt es: „Euer Exzellenz beehren wir uns . . . davon Kenntnis zu geben, daß die Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge die Errichtung einer deutschen Handelskammer in Konstantinopel ins Auge gefaßt hat . . . Die allgemeine handelspolitische Lage Deutschlands im Orient, welche durch die Reise Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Königs, sowie durch das türkische Gesetz zur Begünstigung der Industrie vom 20. Oktober 1897 geschaffen worden ist, legt es der deutschen Industrie nahe, den ihr durch aller-

¹⁷⁶ *Berliner Tageblatt* v. 11. 1. 1900. Siehe ferner *Schlaginweit*, M. v., a. a. O., Anhang; *Sitki, Bekir*, a. a. O., S. 164; *Helfferrich*, K., a. a. O., S. 75ff.

¹⁷⁷ Die Darstellung Sitkis, die deutsche Regierung habe nicht beabsichtigt, „gewisse türkische Gebiete als Kolonie zu erwerben“, ist völlig unhaltbar. (*Sitki, Bekir*, a. a. O., S. 165 ff.)

höchste Initiative vorgeschriebenen Weg zu beschreiten. Es ist deshalb auch von uns gleichzeitig die Errichtung eines Deutsch-Türkischen, bzw. Klein-asiatischen Export-Syndikats angeregt worden, das als inländisches Korrelat zu der ausländischen Handelskammer zu betrachten wäre.“¹⁷⁸ Gleichzeitig wurde der Vorsitzende des Bundes der Industriellen, der Fabrikbesitzer v. Dreyse, nach Konstantinopel und anderen Städten Kleinasien geschickt, um an Ort und Stelle die Möglichkeiten für eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Offensive der deutschen Exportindustrie zu untersuchen.¹⁷⁹

Wenige Tage später wandte sich der „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ direkt an die Hamburger Levante-Linie mit der dringenden Bitte, Mersina, Alexandrette, Beirut und Jaffa in ihre Nahosttroute aufzunehmen.¹⁸⁰ Gemeinsam mit dem Bund der Industriellen drängten die Kapitalisten der nach neuen Exportmärkten suchenden Chemieindustrie das Auswärtige Amt, für diese Aufgabe staatliche Subventionsmittel zur Verfügung zu stellen.¹⁸¹

Darüber hinaus agitierte der „Bund der Industriellen“, der führende Verband der deutschen Exportindustrie, für die Errichtung einer deutschen Bank in Konstantinopel, um bessere Bedingungen für einen deutschen Waren- und Kapitalexport zu schaffen. Auf seinen Wink hin wurde diese Frage von mehreren bourgeois Zeitungen aufgegriffen. So schrieb die „Kölnische Zeitung“ am 12. September 1898: „Die militärische Machtentwicklung Deutschlands“ hat „... auch unserm Handel am goldenen Horn und weit darüber hinaus neue und große Absatzgebiete erschlossen.“ Beschämend aber wäre, wie das Blatt bemerkt, die Abhängigkeit deutscher Kaufleute von fremden Banken. „Daß die deutsche Reichsbank dem Beispiele der deutschen Reichspost folge und in Konstantinopel eine Reichsbankstelle errichte, ist vielleicht zu viel gehofft, aber der Erwartung darf sich doch wohl der deutsche Kaufmannsstand mit einigem Recht hingeben, daß wenigstens Privatbanken dem Gedanken der Errichtung einer deutschen Bank in Konstantinopel nähertreten und womöglich einen Versuch wagen, der nicht nur aller Voraussetzungen nach das Unternehmen lohnen, sondern vor allem der Festigung und weiteren Ausbreitung unseres Handels am goldenen Horn die besten Dienste leisten wird. Was Fallmerayer (Fragmente aus dem Orient) in politischer Hinsicht äußert, gilt mit der Einschränkung, die jedes Zitat erfordert, heutigen Tages vielleicht viel mehr in kommerzieller Beziehung: „Wer hier mit Kraft regiert, dem gehorcht die Welt.“¹⁸²

Diese Forderungen, besonders von der deutschen Exportindustrie und ihrer Presse an die Reichsleitung herangetragen, wurden durch das „Konstantinopler Handelsblatt“, ein von der deutschen Botschaft und deutschen Industriellen finanziertes Organ für „Handel, Finanzen, Industrie und Verkehr in der Levante“,

¹⁷⁸ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11658, Bl. 79. Siehe auch *Vossische Zeitung* v. 7. 12. 1898 u. *Schlesische Zeitung* v. 8. 12. 1898.

¹⁷⁹ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, ebenda.

¹⁸⁰ Siehe *Der deutsche Ökonomist* v. 10. 12. 1898.

¹⁸¹ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11658, Bl. 68.

¹⁸² *Kölnische Zeitung* v. 12. 9. 1898. Siehe ferner DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11657, Bl. 101, u. Nr. 11659, Bl. 91–93.

nachdrücklich unterstützt. Der alldeutsche Chefredakteur Hugo von Koeller schrieb im Leitartikel der Neujahrsausgabe von 1899: „Man darf wohl mit Recht behaupten, daß Deutschlands Handel nach der Levante unter einem günstigen Sterne in das Jahr 1899 eintritt. Dem Deutschtum sind die Wege im Orient geebnet, auf denen die deutsche Industrie erfolgreich vordringen kann; es wäre wünschenswert, daß unsere heimischen Fabrikanten, Industriellen und Kapitalisten nicht zögern möchten, die Situation auszunützen.“¹⁸³

Selbst so bekannte Wissenschaftler wie der Orientforscher Freiherr von Oppenheim stellten sich in den Dienst der imperialistischen Nahostexpansion. Oppenheim unternahm im Auftrage des Auswärtigen Amtes eine ausgedehnte Reise durch den Vorderen Orient, um die Bedingungen für einen verstärkten deutschen Warenexport in die arabischen Gebiete zu untersuchen. Über die Ergebnisse seiner Erkundungstour berichtete er am 26. September 1901 an das Auswärtige Amt: „An der arabischen Küste des persischen Golfs sind es vorzüglich einige kleinere Distriktfürsten, die als die größten Kauflleute in ihrem Gebiete zu bezeichnen sind, so die . . . Herren von Kuwait, ferner . . . die Herren der Bahrein-Inseln . . . und der Herr der Halbinsel Katar. Neben diesen, und in seinem kaufmännischen Betriebe vielleicht bedeutender noch, ist das Haus der Al Ibrahim zu nennen, deren Stammsitz unweit nördlich von Kuwait . . . sich befindet. Die Al Ibrahim haben in Kuwait, Basra, Bagdad und Dschidda Niederlassungen. In Innerarabien, im Nedjd selbst, befinden sich die Zentralsitze mehrerer großer Handelshäuser und unter diesen dürfte die erste Stelle das der Ibn Bessam einnehmen . . . Die Geschäfte des Handelshauses erstrecken sich gegenwärtig von Indien bis nach der Gegend von Marokko hin . . . Zweigniederlassungen, die von Familienmitgliedern geleitet werden, sind in Damaskus, Basra, Dschidda, Bombay und Kalkutta vorhanden. In Mekka, Ghazza (Palästina), Homs, Hama, Aleppo, Kairo, Alexandrette, Tripolis (Nordafrika) usw. sind Kauflleute der genannten Städte mit der dauernden Vertretung und Besorgung der Geschäfte der Bessam betraut. Die verschiedenen Zweighäuser stehen untereinander in beständiger Verbindung, das eine den Wunsch des anderen erfüllend . . . Die Vermögenshauptstelle ist in Bombay . . . Solcher mohammedanischer Kauflleute gibt es aber noch viele, nicht nur in Damaskus, sondern auch in Aleppo, Urfa, Mosul, Diabekir, Bagdad, Basra usw., und diese würden bei geschickter Behandlung die eingeborenen Verbündeten und Helfer für die zukünftige Bagdadbahn werden.“¹⁸⁴ (Hervorhebung von mir – L. R.) Der Vorschlag Oppenheims war eine Aufforderung an die Regierung des imperialistischen Deutschlands, die englischen Erfahrungen zu übernehmen, das heißt, sich eine innere Agentur in Gestalt einheimischer Großkauflleute bzw. handeltreibender Feudalherren zu schaffen, um im arabischen Territorium erfolgreicher als bisher im Konkurrenzkampf mit England zu bestehen.

Die meisten der hier genannten Vorschläge zur Verbesserung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den deutschen Waren- und Kapitalexport nach dem Nahen Osten wurden in Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt, der Botschaft in Konstantinopel und den Wirtschaftsverbänden realisiert.

¹⁸³ DZA Potsdam, Nr 658, Bl. 46.

¹⁸⁴ Ebenda, Nr 11665, Bl. 55–58.

Mit finanzieller Unterstützung des Staates erweiterte die Levante-Linie ab 1899 ihren Verkehr mit dem Vorderen Orient. Sie stellte neue Dampfer in Dienst und bezog die syrischen Häfen in ihren Schiffsverkehrsverkehr mit der asiatischen Türkei ein.

In Berlin erschien ein neues Organ, „Der Orient“, subventioniert von der deutschen Exportindustrie, das speziell den deutschen Industrieunternehmen Winke für den Handel mit dem Osmanischen Reich erteilen und außerdem die politisch-ideologische Verschleierungsoffensive des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der deutschen Ziele im Nahen Osten unterstützen sollte.¹⁸⁵

Im Oktober 1899 ernannte Staatssekretär Bülow – auf Vorschlag des „Bundes der Industriellen“ – Dr. Quandt zum Handelsattaché in Konstantinopel und erklärte sich gleichzeitig bereit, dem Bunde die konsularischen Berichte zur Auswertung zu überlassen.¹⁸⁶

Mit Hilfe der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes errichtete Mitte Mai 1899 die „Zentralstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge“ auf Grund eines Berichtes des von seiner Reise aus dem Vorderen Orient zurückgekehrten Vorsitzenden des „Bundes der Industriellen“, von Dreyse, eine „Deutsch-Orientalische Export-Gesellschaft“ mit dem Sitz in Berlin und Zweigniederlassungen in Konstantinopel, Smyrna und Kairo.¹⁸⁷

Ebenfalls 1899 konstituierte sich auf der Basis der aus dem „Jerusalem-Verein“ hervorgegangenen „Deutschen Palästina- und Orientgesellschaft“ die *Deutsche Palästina-Bank* mit Zweigstellen zunächst in Jerusalem und Jaffa, um speziell das südliche Syrien dem deutschen Waren- und Kapitalexport zu erschließen. Die Führung der Bank lag in den Händen des Bankhauses von der Heydt¹⁸⁸; im Auf-

¹⁸⁵ In dem Artikel „Der neueste Förderer des deutschen Orienthandels“ des *Konstantinopler Handelsblattes* v. 1. 6. 1898 heißt es darüber: „Dieser Tage ist in Berlin ein neues publizistisches Unternehmen entstanden, betitelt „Der Orient“, das sich die Aufgabe stellt, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der Levante zu kräftigen und zu heben; es will zum besseren Verständnis der dortigen politischen und kommerziellen Lage beitragen, bei den Orientalen aber altüberlieferte Vorurteile bekämpfen und zeigen, daß wir deutsche, ohne direkte politische Interessen zu verfolgen, als uneigennützig Freunde und Pioniere westlicher Kultur bei ihnen erscheinen.“

¹⁸⁷ *Berliner Tageblatt* v. 16. 5. 1899.

¹⁸⁶ Siehe *Kreuzzeitung* v. 17. 10. 1899.

¹⁸⁸ *National-Zeitung* v. 17. 5. 1899. – Karl Strasser schreibt: „Die Umwandlung der ursprünglichen Gesellschaft in eine Bank war damals, abgesehen von der Beeinflussung durch politische Stellen, aus dem Wunsche heraus erfolgt, den deutschen Interessen im Orient einen besseren Rückhalt an einem nationalen Bankinstitut zu bieten.“ (Strasser, Karl, Die deutschen Banken im Ausland, Lausanne 1924, S. 93.) – Über die Gründung der Deutschen Palästina-Bank siehe ferner DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 2265, Bl. 1–24, Generalkonsul Stemrich an Reichskanzler Hohenlohe v. 15. 5. 1896: ebenda, Bl. 29–31. Zweiter Geschäftsbericht der Deutschen Palästina- und Orientgesellschaft für das Jahr 1897: ebenda, Bl. 33ff., Konsulat Jerusalem an Reichskanzler Hohenlohe v. 26. 4. 1908 (im Anhang befindet sich eine Liste der Gesellschafter der Deutschen Palästina- und Orient-Gesellschaft).

sichtsrat saßen: Rittergutsbesitzer Schöller, Reichstagsabgeordneter Peter Paul Cahensly, Rittergutsbesitzer Max Hiller, Landtagsabgeordneter Dr. Porsch, Bankier Karl von der Heyd, der Vorsitzende des „Jerusalem-Vereins“ und der „Deutschen Palästina- und Orientgesellschaft“ Graf von Zieten-Schwerin, Justizrat von Schroeder-Poggelow und andere; die meisten von ihnen waren berühmte alldeutsche Politiker.¹⁸⁹ Der Bitte des Grafen von Zieten-Schwerin, Mitglied des Herrenhauses und des Staatsrats, der Bank staatliche Förderung zuteil werden zu lassen, wurde sofort entsprochen.¹⁹⁰ Der preußische Reaktionär erhielt vom Auswärtigen Amt folgende Antwort: „Unter dem Ausdruck meines lebhaftesten Bedauerns, daß ich wegen Überbürdung mit Dienstgeschäften leider auf die Ehre habe verzichten müssen, Euer Hochgeboren persönlich zu empfangen, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß ich, dem von Ihnen geäußerten Wunsche sehr gern entsprechend, den Kaiserlichen Konsul von Jerusalem beauftragt habe, der von der Deutschen Palästina- und Orient-Gesellschaft dort gegründeten Deutschen Palästinabank tunliche Förderung zuteil werden zu lassen. gez. Bülow“.¹⁹¹ Die Gründung der Deutschen Palästinabank ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die enge Verflechtung und Interessengemeinschaft von Finanzkapital, Reichsregierung und christlicher Missionstätigkeit in der Levante.

Die Verwaltung der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft erhöhte bis 1902 ihre Handelsagenturen in der Türkei, die außerdem Konsulatsfunktionen ausübten, auf 23.¹⁹²

Unter der technischen Oberleitung des deutschen Ingenieurs Meißner-Pascha begann im Jahre 1900 im Zeichen des Panislamismus der Bau der *Hedschasbahn*. Die deutsche Diplomatie zollte diesem Unternehmen ungeteilten Beifall, sah sie doch bereits mit seiner Hilfe Deutschland den Landweg nach Ägypten und zum Indischen Ozean blockieren. Unter diesem Aspekt ist auch der um die gleiche Zeit unternommene Versuch deutscher Finanzkreise und der „Wilhelmstraße“ zu werten, einen Flottenstützpunkt auf jemenitischem Territorium zu erwerben und sich am Bau einer Eisenbahnlinie von Hodeida nach Sana zu beteiligen.¹⁹³

Gleichzeitig eröffnete die Deutsche Bank den Kampf um die Konzession für den Bau der Bagdadbahn. *Die Unternehmungen der Bagdadbahn bildeten das Rückgrat der gesamten Aktionen des deutschen Imperialismus zur Beherrschung des Osmanischen Reiches.*

Die Agitation für den Bau der Bagdadbahn mit einer Streckenführung von Konia oder Angora über Bagdad und Basra zum Persischen Golf begann unmittelbar nach der Vollendung der Anatolischen Linie im Jahre 1896. Ausgelöst wurde sie von den in engen Beziehungen zur Deutschen Bank stehenden konsularischen Vertretern des Reiches in Teheran und Bagdad. Sowohl Generalkonsul Gaertner in

¹⁸⁹ *Die Post* v. 16. 12. 1898; *National-Zeitung* v. 17. 12. 1898 u. 19. 12. 1898.

¹⁹⁰ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 2265, Bl. 26.

¹⁹¹ Ebenda, Bl. 27.

¹⁹² Siehe *Бондапеевский Г. П.*, a. a. O., S. 81.

¹⁹³ *Die Große Politik*, a. a. O., Bd 14, 2, Nr. 4008ff.; *Бондапеевский Г. П.*, a. a. O., S. 123–127.

Teheran als auch der ihm unterstellte Konsul in Bagdad, Richarz¹⁹⁴, waren Verfechter einer aktiven deutschen Expansionspolitik in Anatolien, Mesopotamien, Arabien und Südpersien. Ihre Hauptaufgabe sahen sie darin, den dominierenden britischen Einfluß zu bekämpfen und die Reichsleitung auf die ökonomische, militär-strategische und koloniale Bedeutung dieser Gebiete für die deutsche Bourgeoisie aufmerksam zu machen. Die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes und das Reichsamt des Innern maßten den Berichten der beiden Konsuln, in denen offen die Verwandlung der ost- und südarabischen Länder sowie Südpersiens in eine deutsche Einflußsphäre gefordert wurde, immer größere Bedeutung bei. Im Gegensatz zur üblichen Verfahrensweise sandten die verantwortlichen Stellen die Konsulatsmitteilungen aus Bagdad und Teheran häufig nicht zur Veröffentlichung an das „Handelsarchiv“¹⁹⁵, sondern nur vertraulich an die Interessenten aus den Kreisen der Bankiers, der Handelsbourgeoisie und Exportindustrie.

Im Juli 1896 stellte Gaertner dem Auswärtigen Amt die Frage, ob Deutschland „etwas zur Hebung seines Ansehens und Einflusses im Persischen Golf“¹⁹⁶ zu tun gedenke. Um die „Wilhelmstraße“ zu einer aggressiven Politik im Vorfeld von Indien zu veranlassen, zeichnete der Generalkonsul folgende Perspektiven: „Geschicht etwas nach dieser Richtung hin, so wird dem Handel und der Industrie Deutschlands ein neues Gebiet erschlossen, das durchaus nicht als eine quantité négligeable angesehen werden darf. Vor der Hand beträgt der Wert der Einfuhr allerdings nur 45,5 Millionen Mark; aber es darf nicht vergessen werden, daß dieser Handel dort überhaupt erst seit etwa zehn Jahren, seit der Errichtung der regelmäßigen Post-Dampferlinien existiert, und daß er seitdem stetig zugenommen hat . . . Daß es dem deutschen Handel bei einiger Anstrengung gelingen wird, eine hervorragende Rolle im Persischen Golfe zu spielen, darüber besteht bei mir kein Zweifel . . . Fährt Deutschland fort, sich in den Gebieten des Persischen Golfes auf die Rolle eines bloßen Zuschauers zu beschränken, so liegt die Gefahr nahe, daß die Hände Großbritanniens fällt und so für immer dem deutschen Handel verloren geht . . . Der Verlust von Mesopotamien dürfte für Deutschland ganz besonders schmerzlich sein, da dieses Land für koloniasatorische Zwecke außergewöhnlich geeignet erscheint. Aber auch Arabien, das unbekannteste Land der Erde nach Tibet, dürfte noch eine Zukunft haben.“¹⁹⁷ Gleichzeitig empfahl Gaertner die Mittel zur Durchsetzung des deutschen Einflusses „in den vom Persischen Golf bespülten Gebieten“¹⁹⁸: Gründung eines Berufskonsulats in Buschir¹⁹⁹ und einer Konsular-Agentur in Basra, alljährliche Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem

¹⁹⁴ Das deutsche Konsulat in Bagdad wurde am 14. April 1895 als „Deutsches Konsulat für Mesopotamien“ gegründet.

¹⁹⁵ *Deutsches Handelsarchiv*, a. a. O.

¹⁹⁶ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 13017, Bl. 129ff., Gaertner an Reichskanzler.

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ Das Vizekonsulat in Buschir wurde im November 1897 eröffnet.

der Sultan Marschall mitteilen, daß sich bereits französische und englische Kapitalisten um die Konzession beworben hätten.²⁰⁸

Diese Nachricht war für Marschall das Signal, sich mit allen Kräften für den Bahnbau durch das deutsche Finanzkapital einzusetzen. Zunächst konferierte er mit Zander, um sich über die Haltung der Deutschen Bank Klarheit zu verschaffen.²⁰⁹ Als letzterer Befürchtungen wegen der Finanzierung äußerte und sich für eine englische Beteiligung aussprach, wurde ihm von Marschall kategorisch erklärt, „daß die Anatolische Bahn auch in ihrer Fortsetzung ein *deutsches* Unternehmen bleiben muß und etwaige Schwierigkeiten der Finanzierung besser durch vorsichtiges allmähliches Weiterbauen als durch Beiziehung fremden Kapitals und damit Zulassung fremden Einflusses überwunden werden.“²¹⁰ Schließlich erzielten der Vertreter der Deutschen Bank und der Exponent der politischen Führung des Reiches in Konstantinopel Übereinstimmung in folgenden Fragen: „1. daß der Moment für die Vorbereitung der Verlängerung der Anatolischen Bahn zunächst von Angora nach Caesarea gekommen ist; 2. daß gleichzeitig die Anatolische Bahngesellschaft sich das Vorrecht für den Weiterbau nach Bagdad unter Ausschluß jeder fremden Konkurrenz sichern muß; 3. daß, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, dem vom Sultan gewünschten Projekte der Schiffbarmachung des Euphrat und Tigris, sowie der Gründung einer Schifffahrtsgesellschaft auf beiden Flüssen ernstlich nähergetreten werden sollte.“²¹¹ Während Zander sofort nach Berlin reiste, um die Zustimmung der Leiter der Deutschen Bank einzuholen, trat Marschall in einem Schreiben vom 9. April 1898 an das Auswärtige Amt nachdrücklichst für die Vollendung der Transversallinie bis Bagdad durch deutsches Kapital ein. Angesichts der akuten französischen und englischen Konkurrenz verlangte er, „daß für uns die Zeit des Zuwartens zu Ende geht und wir den *Wünschen des Sultans* nicht mehr wie bisher durch Ausdruck des guten Willens für die Zukunft, sondern durch tatsächliche Inangriffnahme gewisser Vorarbeiten, natürlich im Austausch gegen Konzessionen von türkischer Seite, entgegenkommen müssen.“²¹²

Die Nachricht von ernstzunehmenden englischen und französischen Konzessionsgesuchen hatte inzwischen auch Siemens veranlaßt, aus seiner Reserve herauszu-gehen. Dieser schlaue deutsche Finanzkapitalist war längst entschlossen, den gewaltigen Profite versprechenden Bahnbau bis zum Persischen Golf weiterzuführen. Durch seine engen Verbindungen zur politischen und militärischen Führung wußte er, daß hohe preußische Militärs²¹³ und alle maßgeblichen Vertreter des Reiches in

²⁰⁸ Ebenda, S. 87; *Бондаревский Г. Л.*, S. 128ff. — *Бондаревский* spricht an dieser Stelle auch ausführlich über ein russisches Eisenbahnprojekt in Kleinasien.

²⁰⁹ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3975, Marschall an Hohenlohe v. 9. 4. 1898.

²¹⁰ Ebenda, Nr 3975.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Ebenda; *Wolf, John, B.* (a. a. O., S. 19), identifiziert sich völlig mit den demagogischen Worten Marschalls vom Nutzen der Bagdadbahn für die Bevölkerung Kleinasien.

²¹³ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3976, Mumm von Schwarzenstein an Marschall v. 17. 5. 1898; *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 679/680.

der „Wilhelmstraße“ und in Konstantinopel aus militär-strategischen und ökonomischen Gründen auf die Vollendung der Bahn drängten. Dies nutzte Siemens zu einem nicht ungeschickt angelegten Erpressungscoup! In einem Brief vom 20. Mai 1898 verlangte er vom Auswärtigen Amt eine Erklärung, daß an der Fortsetzung der Linie „ein erhebliches deutsch-nationales Interesse“²¹⁴ bestehe und die Mitwirkung der staatlichen Preußischen Seehandlung bei der Finanzierung des Weiterbaues.²¹⁵ Dieser Brief beweist die tiefe strukturelle Veränderung, die seit 1888 in Deutschland eingetreten war, sowie die zunehmende Unterwerfung des Staatsapparates unter das Finanzkapital. Während am Ende der achtziger Jahre die Deutsche Bank lediglich die Unterstützung des Reiches bei der Konzessionserteilung erbat, konnte sie es jetzt wagen, die gesamte militärische und politische Macht des imperialistischen Deutschlands für die Sicherung ihres vorderasiatischen Profitgeschäfts anzufordern. Die Regierung vermied zwar zunächst aus taktischen Gründen eine öffentliche Sanktionierung des Unternehmens der Deutschen Bank durch das Reich, und auch das Finanzministerium stand einer Beteiligung der Seehandlung skeptisch gegenüber²¹⁶, aber Siemens' Rechnung ging trotzdem auf. Noch im September 1898 stellte sich Staatssekretär Bülow auf den Standpunkt Marschalls und des Direktors der Deutschen Bank.²¹⁷ Wie er in einem Brief vom 30. September 1898 an Wilhelm II. hervorhob, versprach er sich jetzt von der Vollendung des kürzesten Verkehrsweges von Europa nach Indien eine Stärkung des politischen Einflusses Deutschlands im Osmanischen Reich sowie die Schaffung eines neuen ausgedehnten Marktes.²¹⁸ Seit 1898 wurde Bülow, inspiriert von seinen diplomatischen und konsularischen Vertretern in der Türkei, zu einem entschiedenen Verfechter der imperialistischen Eisenbahnpolitik des deutschen Finanzkapitals.

Doch nicht nur die Haltung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ermunterte Siemens zum Konzessionserwerb für die Fortsetzung des Bahnbaus, auch der Kaiser sprach sich — wie bereits bei der Übernahme der Konia-Linie — ganz entschieden für einen deutschen Schienenweg von Berlin bis Bagdad aus. Ließ er noch im April 1898 dem Auswärtigen Amt durch den Chef seines Militärkabinetts mitteilen, daß er sich für die Bagdadbahn interessiere²¹⁹, so fuhr er vom 13. Oktober bis 24. November 1898 selbst nach Konstantinopel, um an Ort und Stelle das künftige deutsche Expansionsgebiet zu inspizieren. Welche Bedeutung der „Kreuzzug“ des Kaisers für die Einstellung der deutschen Diplomatie zur Bagdadbahn hatte,

²¹⁴ *Helfferrich, Karl*, a. a. O., S. 86.

²¹⁵ Ebenda.

²¹⁶ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3977, Bülow an Wilhelm II. v. 30. 9. 1898.

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr. 3976 u. 3977. — Die Meinung John Wolfs (a. a. O., S. 20), „whether or not the Kaiser entirely accepted Marschall's program for the peaceful penetration of the Ottoman empire is difficult to say“, ist ein klägliches Versuchs, Wilhelm II. zu rehabilitieren, der um so mehr befremden muß, als Wolf allein durch die Kenntnis der Materialien in der „Großen Politik“ über die aggressive Haltung Wilhelms II. genau informiert sein mußte.

bemerkte Siemens unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Türkei. Das Bagdadbahnprojekt begann jetzt in den Beratungen der Politischen und Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes einen zentralen Platz einzunehmen, und Siemens wurde fast täglich zu Verhandlungen in die „Wilhelmstraße“ gebeten²²⁰ und zur Aufnahme der durch den Kaiser vorbereiteten Verhandlungen mit dem Sultan gedrängt. Wie Bülow am 17. März 1899 Wilhelm II. berichtete, erhielt der Direktor der Deutschen Bank bei diesen Beratungen „die Mitteilung, daß von unserer Seite nicht nur keinerlei Bedenken gegen die Erweiterung des anatolischen Bahnnetzes bestünden, sondern daß wir im Gegenteil vollständig bereit seien, den Eisenbahnplan nach allen Richtungen hin zu fördern und bei der Pforte nachdrücklich zu unterstützen.“²²¹ Auch das preußische Finanzministerium bekam die Anweisung, sich für die Mitwirkung der Seehandlung einzusetzen. *Seit der Kaiserreise begannen die politischen Experten des wilhelminischen Deutschlands die möglichst rasche Vollendung der vorderasiatischen Transversallinie als entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Ostexpansion des deutschen Imperialismus anzusehen und alle sonstigen Vorschläge deutscher Offiziere, Kapitalisten und Kulturpolitiker, den Nahen Osten betreffend, dem zentralen Bagdadbahnprojekt unterzuordnen.*

Diese neue Einstellung des Auswärtigen Amtes zur Bagdadbahn wurde zum ersten Male sichtbar, als der deutsche Militärattaché in Konstantinopel, Major Morgen, dem Kaiser vorschlug, das Mündungsgebiet des Euphrat und Tigris in eine „exklusive Interessensphäre“ des deutschen Imperialismus zu verwandeln²²², und der britischen „Euphrates and Tigris Steam Navigation“ das Schiffsfahrtsmonopol auf beiden Flüssen zu entwinden²²³. Siemens, in dieser Angelegenheit von Bülow sofort konsultiert, hielt es für taktisch zweckmäßiger, „erst nach Lösung der Eisenbahnfrage der Schiffsfahrtsfrage näherzutreten“²²⁴, da der Morgen-Plan England zu ungeeigneter Zeit herausfordern und zum Widerstand auch gegen den Bau der Bagdadbahn veranlassen mußte. Bülow schloß sich dieser Auffassung der Deutschen Bank an. „Denn als erste Aufgabe“, schrieb er dem Kaiser, „die unserer in Kleinasien harrt, muß wohl die Verlängerung der Anatolischen Bahnen bis Bagdad angesehen werden. Auf der glücklichen Lösung dieser Frage, deren Herbeiführung ich auf das angelegentlichste weiter verfolgen werde, wird sich in Zukunft die Erweiterung unseres Handelsverkehrs und die Erschließung des Landes für die deutschen Gesamtinteressen aufzubauen haben.“²²⁵

Nachdem sich Siemens der vorbehaltlosen Unterstützung der politischen Führung versichert hatte, gab er noch im Mai 1899 Anweisung nach Konstantinopel, das offizielle Konzessionsgesuch für die Bagdadbahn einzureichen.²²⁶ Im Gegensatz zur Auffassung des Sultans, der auf die Trassenführung Angora-Diabekir-Mosul-

Bagdad-Basra bestand, schlug die Deutsche Bank die Fortsetzung der Anatolischen Bahn von Konia aus nach Bagdad und Basra vor. Diese Strecke war wegen geringerer Geländeschwierigkeiten nicht nur billiger, sie eröffnete auch die Aussicht, in die fruchtbare, bisher vom britischen und französischen Kapital beherrschte cilicische Ebene einzubrechen und nach Nordsyrien vorzudringen; hier sollte Alexandrette zum wichtigsten Hafen der Bagdadbahn und zum Einfallstor des deutschen Warenexports nach dem Vorderen Orient ausgebaut werden. Gleichzeitig ordnete die Deutsche Bank die Entsendung einer Studienkommission in das vorgesehene Bahngebiet an, um „die merkantile Leistungsfähigkeit“²²⁷ desselben festzustellen. Wie aus einem Schreiben an den Direktor im Auswärtigen Amt, Reichardt, hervorgeht, suchte Siemens für die Leitung der Expedition einen konsularischen Beamten des Reiches in Kleinasien und einen deutschen Offizier mit Landeskenntnis zu gewinnen.²²⁸ Die „Wilhelmstraße“ gab diesem Ansinnen sofort großzügig nach, indem sie den Generalkonsul in Konstantinopel und späteren Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Stemrich, den Militärattaché Hauptmann Morgen, den Direktor der Preußischen Staatseisenbahnen Dr. Mackensen sowie den preußischen Baurat von Kapp für die Leitung der Expedition zur Verfügung stellte.²²⁹ Die Beteiligung hoher Staatsfunktionäre an der Expedition in das Hinterland von Konia ist ein weiterer Beweis für die enge Zusammenarbeit zwischen politischer Führung und Deutscher Bank in der Bagdadbahnfrage seit der zweiten Kaiserreise. Durch diese politische Demonstration sollte der Widerstand ‘Abd ul-Hamids gegen die von der Deutschen Bank vorgeschlagene Streckenführung gebrochen werden.

Das „forsche“ Auftreten der deutschen Diplomatie und des Finanzkapitals in Konstantinopel konnte jedoch die mit der Finanzierung des Projektes verbundenen Schwierigkeiten nicht verdecken. Siemens bezweifelte, bei der Zersplitterung des deutschen Kapitaleports und der nahenden Wirtschaftskrise, die notwendigen Kapitalien auf dem deutschen Markt beschaffen zu können.²³⁰ Auch Marschall hegte diese Befürchtungen, nicht zuletzt deshalb stellte er am 3. Februar 1899 der Reichsregierung die Aufgabe, die geballte Kraft des deutschen Finanzkapitals nach dem Vorderen Orient zu lenken, um auf diese Art und Weise dessen Verwandlung in eine deutsche Ausbeutungssphäre zu erreichen.²³¹ Doch dieser Gedanke, so begeistert er in Berlin auch aufgenommen wurde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht realisierbar, zunächst konnte die finanzielle Kalamität lediglich durch eine Beteiligung ausländischen Kapitals, selbstredend unter deutscher Führung, überwunden werden.

Im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt versuchte Siemens vorerst – trotz der scharfen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und England bei dem Erwerb der Konia-Konzession – britische Kapitalisten für eine Beteiligung zu ge-

²²⁰ Ebenda, Nr 3980, Bülow an Wilhelm II. v. 17. 3. 1899.

²²¹ Ebenda.

²²² Ebenda.

²²³ Ebenda.

²²⁴ Ebenda.

²²⁵ Ebenda; siehe ferner Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 686/687.

²²⁶ Helfferich, Karl, a. a. O., Bd 3, S. 98.

²²⁷ Die Große Politik, Bd 14,2, Nr 3980.

²²⁸ DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr 11796, Société du chemin de fer ottoman d'Anatolie an den Direktor im Auswärtigen Amt, Reichardt, v. 20. 4. 1899.

²²⁹ Helfferich, Karl, a. a. O., S. 98; Earle, Edward M., a. a. O., S. 34; Diplomatic and Consular Reports, Nr 3140, London 1903; National-Zeitung v. 12. 5. 1899.

²³⁰ Die Große Politik, Bd 14,2, Nr 3980.

²³¹ Siehe bei Helfferich, Karl, a. a. O., S. 90.

16 Kolonialismus und Neokolonialismus

winnen.²³² Er verhandelte in London mit Vertretern der City, unterhielt ständigen Kontakt mit dem britischen Kolonialminister Chamberlain und versuchte durch Vermittlung des Kaisers, auf Cecil Rhodes, der Anfang März 1899 in Berlin weilte, Einfluß zu nehmen.²³³ Bei diesen verschiedenen Sondierungen begegneten Siemens und der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeld, mit dem ersterer gemeinsam die Marschroute in mehreren vertraulichen Besprechungen festgelegt hatte, einer durchaus wohlwollenden Haltung britischer Regierungskreise. England befand sich 1899 noch immer in einer schwierigen außenpolitischen Situation: die Nachwehen der Fashoda-Krise waren nicht überwunden, die Vorbereitungen zum Burenkrieg liefen auf vollen Touren, und im Fernen Osten spitzte sich der Gegensatz zu Rußland weiter zu. Unter diesen Umständen betrachteten die britischen Diplomaten die Aktivität des deutschen Konkurrenten im Vorderen Orient noch als das kleinere Übel, zumal sie dabei hofften, Deutschland in einen heftigen Gegensatz zu Rußland zu bringen.²³⁴ Die „freundschaftliche Neutralität“ der britischen Regierung führte allerdings nicht zu der von der deutschen Seite erhofften Beteiligung britischen Kapitals; Londoner Bankiers unternahmen im Gegenteil den Versuch, mit Hilfe des ungarischen Finanziers Rechnitzer vom Sultan eine Gegenkonzession für die Strecke Alexandrette-Haleb-Bagdad-Basra zu erhalten, um im letzten Augenblick die Konzessionserteilung an die Deutsche Bank zu verhindern. Siemens gelang es zwar, diesen Plan einiger britischer Finanzkapitalisten, denen die Unterstützung ihrer Regierung als Folge des inzwischen ausgebrochenen Burenkrieges fehlte, zu vereiteln, aber er vermochte es nicht, „sich der englischen finanziellen Unterstützung bei der Verwirklichung der eigenen Konzessionspläne zu versichern“²³⁵. Die ersten Fühlungen der Deutschen Bank über eine Beteiligung des britischen Kapitals an der Bagdadbahn waren gescheitert.

Doch während sich die britische Diplomatie infolge ihrer außenpolitischen Bedrängnis immerhin zu einer „wohlwollenden“²³⁶ Haltung genötigt sah, stieß das Bagdadbahnprojekt der Deutschen Bank im zaristischen Rußland auf heftigsten Widerstand. Nicht nur die russische Presse richtete im Frühjahr und im Sommer 1899 heftige Angriffe gegen die Aktivität des deutschen Imperialismus im Vorderen Orient, auch die zaristische Diplomatie erhob in Berlin ernste Vorstellungen.²³⁷ Die herrschende Klasse Rußlands betrachtete die deutsche Orientexpansion nicht nur als eine Durchkreuzung der eigenen aggressiven Ziele in Kleinasien, sie befürchtete auch eine Verdrängung der russischen Waren vom nächstlichen Markt und eine

²³² Siehe zu dieser Frage *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 687–689; *Helfferrich, Karl*, a. a. O., S. 91/92.

²³³ *Earle, Edward, M.*, a. a. O., S. 66/67; *Helfferrich, Karl*, a. a. O., S. 106.

²³⁴ Siehe *Ibbeken, Rudolf*, Das außenpolitische Problem. Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1888–1914, Schleswig 1928, S. 222.

²³⁵ *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 689.

²³⁶ Ebenda, S. 690–692.

²³⁷ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 4015, Bülow an Radolin v. 24. 3. 1899; ebenda, Nr 4017, Aufzeichnung Bülows v. 18. 4. 1899; ebenda, Nr 4018, Aufzeichnung Bülows v. 26. 4. 1899; ebenda, Nr 4020, Aufzeichnung Bülows v. 5. 5. 1899.

unmittelbare Bedrohung ihrer eigenen Grenze durch eine im ökonomischen, politischen und militärischen Schlepptau Deutschlands auftretende Türkei.²³⁸ Vergeblich bemühte sich Bülow in seinen Besprechungen mit Muraviev, dem russischen Außenminister,²³⁹ und Osten-Saken, dem russischen Botschafter in Berlin²⁴⁰, die Bedenken Petersburgs durch den Hinweis auf das angebliche politische Desinteresse Deutschlands im Vorderen Orient zu zerstreuen. Den wirklichen Standpunkt des deutschen Imperialismus brachte Marschall zum Ausdruck, als er am 6. Juni 1899 an Bülow folgende Zeilen schrieb, die völlig der Auffassung Wilhelms II. entsprachen und von ihm mit „Bravo!“ und „Vorzüglich!“ zensiert wurden: „Man sagt, daß Rußland gegen die Fortsetzung der Anatolischen Bahn bis Bagdad Einwendungen bei der Pforte erheben wolle . . . Bei aller Geneigtheit, mit den benachbarten Staaten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, wird Deutschland vor Präbationen nicht zurückweichen, die darin gipfelt, daß wir auf die wirtschaftliche Entwicklung eines weiten Gebietes verzichten sollen, dessen wir für unsere Industrie bedürfen, und auf das wir durch ernste Vorarbeit einen wohlbegründeten Anspruch haben.“²⁴¹

Völlig im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung war die Stellungnahme der an den vorderasiatischen Eisenbahnen beteiligten französischen Finanzgruppen, insbesondere der Ottomanbank und der Regie Générale des Chemins de fer, zu dem Konzessionsantrag der Deutschen Bank auf Verlängerung der Anatolischen Bahn bis Bagdad. Zur Überraschung sowohl der englischen als auch der russischen Hochfinanz bemühten sich die Ottomanbank und eine französisch-englische Kapitalgruppe unter Führung Nagelmakers²⁴² um eine finanzielle Beteiligung an der Bagdadlinie. Die französischen Finanzgruppen hatten die Hoffnungslosigkeit ihres Widerstandes gegen das im kleinasiatischen Eisenbahnbau erfolgreiche deutsche Kapital erkannt. Den einzigen Ausweg, um ihrerseits aus dem Bagdadunternehmen Kapital erkannt. Den einzigen Ausweg, um ihrerseits aus dem Bagdadunternehmen Kapital profitieren zu können, sahen sie in der Zusammenarbeit mit der deutschen Hochfinanz, zumal die Ottomanbank durch unglückliche Spekulationen in Südafrika große Verluste erlitten hatte. Auf der anderen Seite sollte durch das Entgegenkommen des französischen Kapitalmarktes Deutschland zur Neutralität bei den Bemühungen Frankreichs um neue Konzessionen für syrische Eisenbahnprojekte verpflichtet werden.²⁴³ Zum Entsetzen der diplomatischen Vertreter Englands und Rußlands stellte sich Constans, der neue französische Botschafter in Konstantinopel, ein Vertreter der Pariser Großfinanziers Öttinger und Malet und des Leiters des größten französischen Hüttenkonzerns²⁴⁴ Vitali, an die Seite der Ottomanbank und verließ ihren Annäherungsversuchen an das deutsche Finanzkapital aktive diplomatische Unterstützung. Entsprechend den Ambitionen seiner kapitalkräftigen

²³⁸ Siehe *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 691 Fußnote 142.

²³⁹ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3990, Aufzeichnung Bülows v. 8. 11. 1899.

²⁴⁰ Ebenda, Nr 4015, 4017, 4018, 4020.

²⁴¹ Ebenda, Nr 3988, Marschall an Hohenlohe v. 6. 6. 1899.

²⁴² Ebenda, Nr 3985, Marschall an das Auswärtige Amt, v. 3. 5. 1899.

²⁴³ *Helfferrich, Karl*, a. a. O., S. 94.

²⁴⁴ *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 689.

Auftraggeber unterbreitete Constans am 12. April 1899 Marschall den Vorschlag für eine Entente zwischen deutschem und französischem Kapital zwecks gemeinsamer Exploitation des Osmanischen Reiches.²⁴⁵ Die Versicherung des Botschafters, daß dieser Vorschlag auch die Zustimmung des französischen Außenministers Delcassé gefunden habe, erscheint recht zweifelhaft; denn gerade Delcassé war es, der in jenen Monaten aus der Niederlage in Faschoda die Notwendigkeit für eine radikale Kursänderung der französischen Außenpolitik in Richtung auf eine englisch-französische Kapitalentente ableitete. In Berlin wurde die Annäherung der Ottomanbank – nachdem die britische Hochfinanz die „kalte Schulter“ gezeigt hatte – mit außerordentlicher Genugtuung aufgenommen. Damit schienen nicht nur die finanziellen Schwierigkeiten beseitigt, durch eine deutsch-französische Zusammenarbeit in Kleinasien ergab sich für die „Wilhelmstraße“ zugleich die Chance, den Widerstand Rußlands zu neutralisieren und Mißtrauen zwischen den beiden Bündnispartnern zu säen. Bülow stellte der Deutschen Bank jedoch die Bedingung, „daß durch die Mitarbeit des französischen Kapitals der deutsche Einfluß auf die betreffenden Unternehmungen keine Einbuße“ erleiden dürfe.²⁴⁶ In Berlin kam es am 5. und 6. Mai 1899 zwischen der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft einerseits und der Ottomanbank und der Regie Générale des chemins de fer andererseits zu einem definitiven Vertragsabschluß über den gemeinsamen Betrieb der Anatolischen Bahn und der Smyrna-Kassaba-Bahn sowie über die Fortführung der kleinasiatischen Linie nach Bagdad und Basra mit einer 40prozentigen französischen Kapitalbeteiligung.²⁴⁷ Diese Kapitalentente beseitigte keinesfalls die deutsch-französische Rivalität im Nahen Osten, verminderte aber vorübergehend den französischen Widerstand gegen das Bagdadbahnprojekt.²⁴⁸

Als sich nach diesem Erfolg der Deutschen Bank über den bisher gefährlichsten Konkurrenten der russische Widerstand gegen das deutsche Eisenbahnprojekt verstärkte und auch in England die antideutsche Stimmung anwuchs, unterbreitete Marschall, ohne die Rückkehr der Studienkommission abzuwarten, im September 1899 ‘Abd ul-Hamīd den Plan, mit der Deutschen Bank einen Vorvertrag abzuschließen, durch den die Konzessionserteilung an das deutsche Finanzkapital endgültig gesichert und die gefährlich werdende britische Konkurrenz – Londoner Großbanken hatten sich bereit erklärt, ohne staatliche Garantien zu arbeiten – ausgeschaltet werden sollte.²⁴⁹ Die Verzögerungstaktik des Sultans beantwortete

²⁴⁵ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3983, Marschall an das Auswärtige Amt v. 12. 4. 1899.

²⁴⁶ Ebenda, Nr 3986, Bülow an Marschall v. 4. 5. 1899.

²⁴⁷ Ebenda, Nr 3988 Fußn.; *Wolf, John, B.*, a. a. O., S. 22; *Earle, Edward M.*, a. a. O., S. 59/60.

²⁴⁸ *Wolf, John, B.*, a. a. O., S. 22ff.; *Débats Parlementaires, Chambre des Députés*, 1902, I (2), S. 1857; *Documents Diplomatiques Français* (im folgenden zitiert: DDF), Serie 2, Bd 1, Paris 1929 ff. Nr 65, Delcassé an Constans v. 5. 2. 1901.

²⁴⁹ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3991, Marschall an das Auswärtige Amt v. 26. 11. 1899; ebenda, Nr 3992, Marschall an Hohenlohe v. 27. 11. 1899. – Über die Bemühungen britischer Finanzkapitalisten, für die in Konstantinopel E. Reznitzer die Verhandlungen führte, eine Konzession für eine Bahn Alexandrette – Bagdad – Persischer Golf zu erhalten, siehe *Earle, Edward M.*, a. a. O., S. 60; *Бондапескуй, Г. И.*, a. a. O., S. 135 ff.

Marschall mit einem persönlichen Boykott des Jildis Kiosk und der Drohung, er werde nach Berlin kabeln, der Padischah sei nicht mehr Herr im eigenen Lande.²⁵⁰ Dies genügte, um den ängstlich auf seine Autorität bedachten Despoten zum Nachgeben zu veranlassen. Am 25. November 1899 sperrte er seinen Ministerrat solange im Jildis ein, bis dieser der Erteilung der Konzession zum Bau einer Normalspurbahn von Konia bis Bagdad-Basra an die Deutsche Bank unter Gewährung einer in ihrer Höhe noch nicht festgesetzten Kilometergarantie zustimmte.²⁵¹ Am 23. Dezember 1899 wurde der Vorvertrag von Siemens unterzeichnet.

Der neue Erfolg des deutschen Finanzkapitals in der wirtschaftspolitischen Infiltration des Osmanischen Reiches fand bei der herrschenden Klasse Deutschlands begeisterten Widerhall. Wilhelm II. sandte bereits am 28. November 1899 ein Telegramm an ‘Abd ul-Hamīd, in dem er ihm „für den Beweis seines Vertrauens in die Kraft und Loyalität der deutschen Industrie“²⁵² dankte. Die „Kölnische Zeitung“ nahm am gleichen Tage wie folgt Stellung:

„Der Bau der Bagdadbahn ermöglicht nicht nur einen schnelleren Verkehr des Westens mit dem Osten . . . , sondern bedeutet auch . . . in hervorragendem Maße eine Stärkung der deutschen Industrie, des deutschen Volkstums und des deutschen Einflusses überhaupt.“²⁵³

Das „Kleine Journal“ schrieb am 30. November 1899:

„Die neu zu schaffenden Verkehrswege eröffnen unserem Handel weite und blühende Landstrecken und Absatzgebiete. Wenn der deutsche Kaufmann die durch den Kaiser-Besuch geschaffene günstige Konjunktur am rechten Zipfel erfaßt, so werden sich nennenswerte Eroberungen machen lassen, vor allem ist es wichtig, daß der von Indien und Persien sich einherbewegende Kontinenthandel in Bagdad gewissermaßen in eine deutsche Machtsphäre eintritt.“²⁵⁴

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ deckte ungewollt die aggressiven Ziele auf, die die deutsche Politik mit dem Abschluß der Vorkonzession verband. Das von den Ruhrindustriellen beherrschte Organ kommentierte: „So ist anzunehmen, daß der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in der Türkei auch weiter ständig wachsen wird und daß dagegen alle politischen Machenschaften . . . machtlos bleiben werden. Daß dadurch auch der politische Einfluß Deutschlands mittelbar gestärkt werden wird, ist eine selbstverständliche Folge, die namentlich von England unangenehm empfunden werden mag.“²⁵⁵ Angesichts der Erfolge des deutschen Imperialismus im Kampf um den Nahen Osten gingen auch die reformistischen Elemente der deutschen Sozialdemokratie verstärkt dazu über „durch hochtrabende Worte von der Kulturträgermission des Imperialismus“²⁵⁶ ihr Einverständnis mit der deutschen

²⁵⁰ *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3992, Marschall an Hohenlohe.

²⁵¹ *Helferich, Karl*, a. a. O., S. 98 ff.; *Die Große Politik*, Bd 14,2, Nr 3991, Marschall an das Auswärtige Amt v. 26. 11. 1899.

²⁵² Zitiert nach *Helferich, Karl*, a. a. O., S. 103.

²⁵³ *Kölnische Zeitung* v. 29. 11. 1899.

²⁵⁴ *Kleines Journal* v. 30. 11. 1899.

²⁵⁵ *Rheinisch-Westfälische Zeitung* v. 9. 12. 1899.

²⁵⁶ *Jerussalimski, A. S.*, a. a. O., S. 696.

Expansionspolitik zum Ausdruck zu bringen. So erklärte Ernst Frei in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Wir sollten endlich davon ablassen, auf dem Ozean unsere Zukunft zu suchen. Denn unsere ganzen Verhältnisse, namentlich unsere geographische Lage weist uns nach anderer Richtung. Es winkt uns auch Exportgelegenheit in Kleinasien, und es drängt uns, aus der Liquidationsmasse der Habsburgischen Monarchie, Deutsch-Österreich in unseren deutschen Staatenbund aufzunehmen.“²⁵⁷ Das war haargenau die alldeutsche Propaganda, die mit der Jahrhundertwende die Einverleibung Österreichs forderte, die dann später von den Nazis in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges vollzogen wurde. Diese Position der Reformisten führte dann während des ersten Weltkrieges zum Verrat der rechten Führer an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, führte und führt erst recht heute zum Pakt mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus, der erneut mit dem Anschluß Österreichs liebäugelt.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Vorkonzession begann der hartnäckige Kampf des deutschen Imperialismus um den definitiven Abschluß des Vertrages. Dabei sind zwei Phasen zu unterscheiden: die erste erstreckte sich bis zur formellen Einreichung des Konzessionsgesuches und der damit verbundenen Bedingungen und die zweite bis zur Unterzeichnung des umfassenden Konzessionsvertrages im April 1903.²⁵⁸ Wiederum kam es zu einem exakt funktionierenden Zusammenspiel zwischen Marschall und den Vertretern der Deutschen Bank. Zunächst übernahm der Botschafter die Führung, um mit Hilfe seines Einflusses auf den Sultan die immer stärker werdende türkische Opposition gegen den wachsenden Einfluß des deutschen Imperialismus zurückzudrängen. Nachdem dies gelungen war, überließ Marschall den Vertretern des deutschen Finanzkapitals die weitere Abwicklung der Geschäfte, insbesondere die Sicherung der Profite. Er selbst schrieb darüber an Bülow: „Nur in erster Periode bin ich in der vorderen Linie gestanden, während ich in der zweiten die Vertreter der Gesellschaft agieren ließ und in die Reserve trat.“²⁵⁹ Durch diese Taktik wollte die deutsche Diplomatie in Konstantinopel den Eindruck hervorrufen, als ob sie und die Deutsche Bank völlig unabhängig voneinander operierten, als stünde die ökonomische Initiative des deutschen Finanzkapitals nicht mit politischen Hintergedanken der „Wilhelmstraße“ in Zusammenhang.

Das Signal für den Beginn der neuen Phase im Kampf um die Konzession gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow. Nachdem der türkische Botschafter in Berlin, Tewfik Pascha, ein ausgesprochener Agent des deutschen Imperialismus, ihm im Januar 1900 streng vertraulich den Rat gegeben hatte, die Bahnfrage wegen neuerlicher russischer und englischer Intrigen rasch zum Ende zu bringen, vereinbarte er mit Siemens die Eröffnung des Kampfes um die definitive Konzessionserteilung.²⁶⁰

²⁵⁷ *Sozialistische Monatshefte*, Berlin 1900, Heft 1, S. 38.

²⁵⁸ *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5247, Marschall an Bülow v. 2. 2. 1902.

²⁵⁹ Ebenda.

²⁶⁰ Ebenda, Nr 5211, Aufzeichnung Bülow v. 16. 1. 1900.

Zunächst ging es um die Festsetzung der Streckenführung der Bagdadbahn. Marschall hatte von seinen Agenten im türkischen Kabinett die Nachricht erhalten, daß die Petersburger Regierung ihrem Botschafter in Konstantinopel, Sinovjew, den Auftrag erteilt hatte, als Kompensation für die Erteilung der Vorkonzession an die Deutsche Bank, von der Pforte das Vorzugsrecht für den Bau von Eisenbahnen in einer Zone zu verlangen, die sich vom Schwarzen Meer aus tief in das kleinasiatische Gebiet erstrecken sollte.²⁶¹ Sinovjew kam dieser Aufforderung auch sofort nach und überreichte am 10. Februar 1900 der türkischen Regierung einen entsprechenden Entwurf. Durch diese geschickte Gegenaktion Petersburgs konnte der Bagdadbahn unter Umständen der Weg nach Mossul und von da aus über das linke Tigrisufer verlegt werden. Obwohl die Studienkommission noch nicht zurückgekehrt war, sprachen sich sowohl Marschall auch als Zander für die deutscherseits bereits in Aussicht genommene Trasse aus, da sie durch fruchtbarste Gebiete führte und im Gegensatz zur Euphratlinie hohe Profite für die Aktionäre der Deutschen Bank erwarten ließ. Marschall riet deshalb der „Wilhelmstraße“ am 11. Februar 1900, „sich sofort mit der Türkei über die Trasse der Bagdadbahn, vorbehaltlich späterer Modifikation, in ganz vertraulicherweise zu verständigen und uns auf diese Weise die Tigrislinie zu sichern.“²⁶² Bereits einen Tag später kabelte Bülow im Einverständnis mit Wilhelm II. nach Konstantinopel, daß Siemens, „überzeugt von der Wichtigkeit des Augenblicks, beabsichtigt ... sogleich entweder selbst nach Konstantinopel zu kommen oder Herrn Zander mit den betreffenden Vollmachten dorthin zu senden.“²⁶³ Marschall wurde beauftragt, den türkischen Großvesir streng vertraulich davon in Kenntnis zu setzen, um den „Austausch einer geheimen Erklärung bezüglich der Tigrislinie“ vorzubereiten.²⁶⁴ Marschall, der sofort nach Erhalt dieser Anweisung, die ganz seinen Vorstellungen entsprach, im Jildis Kiosk die notwendigen Schritte einleitete, konnte schon am 14. Februar nach Berlin berichten, daß der Sultan für die deutschen Vorschläge gewonnen sei.²⁶⁵ Um die Angelegenheit vor den Ministern der Pforte und dem russischen Botschafter geheim zu halten, wurde beschlossen, die Unterzeichnung des Abkommens über die Tigrislinie im Palais des Sultans vorzunehmen.²⁶⁶ Das geschah am 10. März 1900.²⁶⁷ Das Komplott Marschalls und ‘Abd ul-Hamids schaltete die Gegenwirkung Rußlands zunächst aus. Der deutsche Imperialismus war seinem Ziel, dem Abschluß der endgültigen Konzession, einen Schritt näher gekommen.

Höchst bedeutungsvoll wurde nun die Festlegung des definitiven Endpunktes der Bahn. Von Anfang an war es das Ziel des deutschen Finanzkapitals, die kleinasiatische Transversallinie bis zum Persischen Golf zu bauen, um dem deutschen

²⁶¹ Siehe *Jerussalinski*, A. S., a. a. O., S. 694.

²⁶² *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5214, Marschall an das Auswärtige Amt v. 11. 2. 1900.

²⁶³ Ebenda, Nr 5215, Bülow an Marschall, v. 12. 2. 1900.

²⁶⁴ Ebenda.

²⁶⁵ Ebenda, Nr 5216, Marschall an das Auswärtige Amt v. 14. 2. 1900.

²⁶⁶ Ebenda.

²⁶⁷ Ebenda, Nr 5219, Marschall an das Auswärtige Amt v. 10. 3. 1900.

Waren- und Kapitalexport ein weites Gebiet der wirtschaftspolitischen Expansion zu erschließen. Das Bekanntwerden dieser Zielsetzung mußte von vornherein den britischen Widerstand hervorrufen und England, das in Verfolgung seiner aggressiven indischen Glacispolitik die Hegemonie im Bereich des Persischen Golfs beanspruchte, zumindest in der Bagdadbahnfrage an die Seite Rußlands führen. Aus diesem Grunde nannten die offiziellen Erklärungen der Deutschen Bank und der „Wilhelmstraße“ zunächst nur Bagdad als Endpunkt der Bahn. Die Vorkonzession vom 23. Dezember 1899 verlegte zwar die Strecke etwas weiter südlich nach Basra, aber auch in ihr wurde der beabsichtigte deutsche Vorstoß bis zum Persischen Golf verschwiegen. Als jedoch der Kampf um den endgültigen Abschluß der Konvention einsetzte, mußte der deutsche Imperialismus Farbe bekennen. Seine verantwortlichen Orientpolitiker waren sich völlig einig, daß der Sultan in dem endgültigen Vertragswerk die Streckenführung der Bahn bis an den Persischen Golf, am besten bis nach Kuwait mit seinen glänzenden Hafenverhältnissen, konzessionieren mußte. Um die britische Gegenwirkung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, sollte aber die Verlängerung der Bahn bis Kuwait nicht als Forderung der Deutschen Bank, sondern als ausdrücklicher Wunsch des Sultans bzw. der Pforte hingestellt werden. Unter der Maske eines harmlosen, uneigennütigen Türkenfreundes, der nichts anderes im Sinne hatte, als dem „kranken Mann“ am Bosphorus durch den Bau eines Schienenstranges bis zum Indischen Ozean neues Leben einzuflößen, beabsichtigte der deutsche Imperialismus, in die Einflußsphäre des britischen Rivalen einzubrechen, um von hier aus eines Tages seine wichtigste Kolonie, Indien, zu bedrohen. Tewfik Pascha, ehemals türkischer Botschafter in Berlin, nun Minister des Äußeren in Konstantinopel, leistete Marschall gute Handlangerdienste, indem er ihm am Tage der Unterzeichnung der Vorkonzession riet, die Linie bis nach Kuwait zu führen²⁶⁸, nicht zuletzt um der Absicht der Engländer, das Scheichtum der Türkei zu entreißen, zuvorzukommen. Voller Freude über den gelungenen Taschenspielertrick, der vorher genau einstudiert war, depeschierte Marschall sofort den Inhalt der Unterredung nach Berlin, und postwendend kam folgende, für die Verschleierungstaktik des Auswärtigen Amtes höchst aufschlußreiche Antwort: „Die Erklärung Tewfik Paschas hinsichtlich der Bedeutung von Kuwait als Ausgangspunkt für die Bagdadbahn schaffen uns in dieser Frage eine sehr günstige Position. Wir werden den uns von dem türkischen Minister dargebotenen Faden nicht mehr aus der Hand lassen dürfen und uns von jetzt an auf den Standpunkt zu stellen haben, daß wir mit der Führung der Bahn nach Kuwait dem Sultan einen besonderen Gefallen erweisen ... Ich möchte ... Ew. pp. ... ermächtigen, auf den Ideengang Tewfik Paschas einzugehen und die Verhandlungen über Kuwait in der Weise weiterzuspinnen, daß wir dabei nicht als der fordernde, sondern als der gebende Teil erscheinen. Wenn es, wie dies Seine Majestät der Kaiser erwartet, Ew. bewährtem Einfluß und Geschick gelingt, diesen Standpunkt zu wahren, so wäre diese

²⁶⁸ Ebenda, Nr 5278, Marschall an das Auswärtige Amt v. 23. 12. 1899.
Über die Kuwaitfrage siehe die sehr fundierten Ausführungen bei *Бондаревский, Г. Л.*, a. a. O., S. 56 ff.

Gelegenheit sehr willkommen, um die Frage wegen Erwerbs einer Kohlenstation am Roten Meere endlich in Fluß zu bringen. Aus meinen früheren Instruktionen ist Ew. pp. bekannt, welchen großen Wert unser allergnädigster Herr darauf legt, einen maritimen Stützpunkt am Roten Meer zu gewinnen ...“²⁶⁹

Durch dieses neue Betrugsmanöver wollte die deutsche Diplomatie den englischen Rivalen überrumpeln und als türkische Gegenleistung für den „Freundschaftsdienst“ einen Stützpunkt im Südosten der arabischen Halbinsel einhandeln. Geling dies, dann eröffneten sich sowohl im Norden als auch im Süden der arabischen Halbinsel dem deutschen Imperialismus glänzende Aussichten für seine Expansionspolitik.

Doch nicht genug damit! Die „Wilhelmstraße“ glaubte noch über ein anderes, sicher wirkendes Mittel zu verfügen, um England zum Nachgeben zu veranlassen: die Ausnutzung des britisch-russischen Gegensatzes in Persien, der besonders in jenen Monaten äußerst akut war.²⁷⁰ Durch möglichst unauffällige Unterstützung jenen Monarchen sollte das britische Einverständnis zum der Machenschaften Englands in Südpersien sollte das britische Einverständnis zum deutschen Vorstoß nach Kuwait erkaufte werden. Weigerte sich London, genüge unter Umständen schon ein Kurswechsel zugunsten der nicht weniger aggressiven Persien-Politik des russischen Zarismus, um das Foreign Office zum Nachgeben zu veranlassen. Der vortragende Rat im Auswärtigen Amt, von Mühlberg, gab in einem geheimen Privatbrief an den Ersten Sekretär bei der Botschaft in London, Freiherrn von Eckardstein, dieser zweiten Variante wie folgt Ausdruck: „Wenn man in offiziellen englischen Kreisen das deutsche Projekt der Bagdadbahn nicht mehr mit so scheelchen Augen ansieht wie früher und sich vielmehr den Anschein gibt, als wären wir willkommene Pioniere in Kleinasien, so hängt dies wohl mit dem geheimen Wunsche zusammen, in uns einen kräftigen Bundesgenossen gegen die russischen Begehrlichkeiten auf Persien zu gewinnen. Der Glaube und die Hoffnung machen auch im politischen Leben manchmal selig. Wir haben keinen Grund, diese ersprißlichen Kräfte zu zerstören, solange sie sich auf platonischem Gebiet bewegen und uns nicht in reale Verdrießlichkeiten mit Rußland stürzen, dem wir in Persien freie Hand zu lassen wünschen. *Es gilt also, die asiatische Rivalität Englands und Rußlands so für uns auszunutzen, daß wir bald mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen, bald mit einem Knix vor dem russischen Bären unsere Bahn bis Kuwait am Persischen Golf hindurchschlängeln.* In großen Umrissen ist Herr von Siemens von diesen Gedanken unterrichtet worden, welche unseren Herrn Staatssekretär auf diesem Gebiete leiten, und von welchen ich Sie auf sein Geheiß verständigen darf.“²⁷¹ (Hervorhebung von mir – L. R.)

Wenige Tage nach diesen taktischen Absprachen zwischen Bülow, der Deutschen Bank, Marschall und Tewfik Pascha begann der deutsche Imperialismus in der Kuwait-Frage auch sofort offensiver aufzutreten. Sicher auf Weisung aus Pera oder gar aus Berlin – aus den Akten läßt sich das nicht bestätigen – erschien am 17. Januar 1900 die Studienkommission der Anatolischen Eisenbahngesellschaft bei Scheich

²⁶⁹ *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5279, Bülow an Marschall v. 26. 12. 1899.

²⁷⁰ Ebenda, Nr 5286, Richarz an Hohenlohe v. 19. 4. 1900.

²⁷¹ Ebenda, Nr 5213, Mühlberg an Eckardstein v. 31. 1. 1900.

Mubarak in Kuwait, offiziell um das Terrain für den Bahnbau und die Hafenverhältnisse zu erkunden²⁷², in Wirklichkeit aber, um die Absicht ihrer Auftraggeber zum Ausdruck zu bringen, die Bahn unter allen Umständen bis nach dem Persischen Golf zu führen.

Nach dieser politischen Demonstration in Kuwait und der wenige Wochen darauf erfolgten Sicherung der Tigrislinie durch das Geheimabkommen mit 'Abd ul-Hamīd drängte die deutsche Diplomatie die Finanzkapitalisten der Deutschen Bank – in Erwartung deutschfeindlicher Gegenmaßnahmen Rußlands und Englands –, die Konvention so rasch wie möglich abzuschließen. Am 4. April 1900 versah Bülow ein Schreiben Marschalls²⁷³ mit der Randbemerkung: „Wir müssen jetzt rasch abschließen, auch weil Seine Majestät drängt.“²⁷⁴ Marschall setzte sich daraufhin sofort mit 'Abd ul-Hamīd in Verbindung, und schon am 7. Mai 1900 konnte er dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß der Sultan den Bautenminister angewiesen habe, die Besprechungen über die Konzession zu beginnen.²⁷⁵ Während Marschall mit gewohnter Rücksichtslosigkeit alle Widerstände in- und außerhalb des Jildis beseitigte, erklärte Siemens plötzlich, die Verhandlungen in Konstantinopel erst dann aufzunehmen, wenn der Finanzminister Miquel dem bereits im Frühjahr 1900 erteilten Befehl des Kaisers nachkomme und die Mitwirkung der Seehandlung als Emissionsstelle veranlasse. Den Direktoren der Deutschen Bank genügte nicht, daß die politische Führung entschlossen war, der Bagdadbahn den Weg bis zum Persischen Golf freizukämpfen, sie sollte auch den Gründern und Aktionären der Deutschen Bank bei der Beschaffung der notwendigen Kapitalien auf dem deutschen Markt Hilfestellung leisten. Das gelang relativ schnell. Nach einer Intervention des Kaisers²⁷⁶ sicherte Miquel der Deutschen Bank am 20. September die gewünschte Mitarbeit der preußischen Seehandlung zu.²⁷⁷ Schon Anfang Oktober 1900 begannen Dr. Zander und Huguenin, Generaldirektor-Adjoint der Anatolischen Eisenbahngesellschaft, mit dem türkischen Kammerherrn Izzet Bey und dem Chef des türkischen Artilleriewesens, Zeki Pascha, die Besprechungen über die von den deutschen Finanziers vorgeschlagene Trasse Konia – Karaman – Adana – Hamidie – Osmanije – Killis – Nesibin – Mosul – rechtes Tigrisufer – Bagdad – Basra – Kuwait.²⁷⁸ Die türkischen Vertreter wurden dabei von den geschickten Unterhändlern der Deutschen Bank vollständig überrumpelt. Marschall berichtete nach Berlin: „Die Verhandlungen dauerten mehrere Tage. Das durch die Bagdadbahnkommission gewonnene Material und die darauf gestützte Kenntnis des Terrains, der Kosten usw. verlieh den Anatoliern eine Überlegenheit, gegen welche die Türken nicht aufzukommen vermochten.“²⁷⁹

²⁷² Ebenda, Nr 5281, Marschall an das Auswärtige Amt v. 18. 1. 1900.

²⁷³ Ebenda, Nr 5220, Marschall an das Auswärtige Amt v. 4. 4. 1900.

²⁷⁴ Ebenda, Fußnote; auch Nr 5221, Marschall an Hohenlohe v. 4. 4. 1900.

²⁷⁵ Ebenda, Nr 5222, Marschall an das Auswärtige Amt v. 7. 5. 1900.

²⁷⁶ Ebenda, Nr 5223, Wilhelm II. an das Auswärtige Amt v. 19. 8. 1900.

²⁷⁷ Ebenda, Nr 5225, Marschall an Hohenlohe v. 5. 9. 1900, Fußnote.

²⁷⁸ Ebenda, Nr 5226, Marschall an das Auswärtige Amt, v. 8. 10. 1900.

²⁷⁹ Ebenda, Nr 5247, Marschall an Bülow v. 2. 2. 1902.

Damit hatte die Deutsche Bank ihr Ziel erreicht, und Marschall zog sich jetzt aus der vorderen Linie des Kampfes zurück, um die Ausarbeitung des Konzessionsentwurfs mit seinen technischen Einzelheiten den Direktoren der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft selbst zu überlassen. Als sich diese Arbeiten jedoch unerwartet lange hinzogen – nicht zuletzt wegen notwendiger Verhandlungen mit den beteiligten französischen Kapitalisten – wurde das Auswärtige Amt in Berlin ungeduldig, zumal England und Rußland in und um Kuwait eine gefährliche Aktivität entfalteten. Deshalb erteilte Staatssekretär von Richthofen dem Botschafter in Pera am 6. März 1901 folgende Anweisung: „Für den Fall, daß der Zeitpunkt des Abschlusses einer definitiven Konvention über den Bau der Bagdadbahn zurzeit noch nicht abzusehen ist, erscheint es wünschenswert, Maßnahmen zu treffen, um die für den späteren Bau und Betrieb der Bahn erforderlichen Rechte an dem fernerer Endpunkt der Bahn, in Kuwait, schon jetzt sicherzustellen.“²⁸⁰ Dieser Brief Richthofens war nicht nur für Marschall, sondern auch für das Auswärtige Amt und die Botschaft in London der Anlaß, die verschiedensten britischen Politiker darauf aufmerksam zu machen, „daß das Bagdadbahnprojekt eine Lieblingsidee seiner Majestät des Kaisers, und daß Kuwait als voraussichtlicher Endpunkt der Bahn ins Auge gefaßt sei.“²⁸¹

Mit dieser Taktik wollte die „Wilhelmstraße“ offensichtlich Zeit gewinnen und durch den Abschluß der Bahnkonvention einer englischen Aktion in Kuwait zuvor kommen.

Inzwischen schritten die Verhandlungen zwischen den Beauftragten der Deutschen Bank und der Pforte voran. Ende Mai 1901 erfolgte die Einreichung der Konzessionsentwürfe bei der türkischen Regierung²⁸². Mitte November war über die meisten Detailfragen der Konzession, nicht zuletzt deshalb, weil Siemens etwa zehn Millionen Franken Bestechungsgelder unter die türkischen Minister und die Kammerherren des Sultans verteilt hatte²⁸³, zwischen der Anatolischen Eisenbahngesellschaft und der Pforte Übereinstimmung erzielt.²⁸⁴

Am 16. Januar 1902 wurde die Konzession von 'Abd ul-Hamīd unterzeichnet.²⁸⁵ Die von der Deutschen Bank kontrollierte Anatolische Eisenbahngesellschaft erhielt dadurch auf 99 Jahre die Konzession zum Bau und Betrieb der Hauptbahn von Konia über Karaman, Eregli, Adana, Hamadie, Killis, Tell Habesch, Nesibin, Mosul, Tekrit, Sadjie, Bagdad, Kerbela, Nadjef, Sobeir, Basra bis an die Küste des Persischen Golfs und der Zweiglinien nach Castabol am Golf von Alexandrette, nach Urfa, von Tell Habesch nach Aleppo sowie von Sadjie nach Chanikin an der persi-

²⁸⁰ Ebenda, Nr 5289, Richthofen an Marschall v. 6. 3. 1901.

²⁸¹ Ebenda, Nr 5290, Aufzeichnung Rosen v. 30. 7. 1901; vgl. dazu ebenda, Nr 5278–5331, Die Kuwaitfrage 1900–1904.

²⁸² Ebenda, Nr 5247, Marschall an Bülow v. 2. 2. 1902.

²⁸³ Ebenda, Nr 5235, Bülow an Wilhelm II. v. 28. 9. 1901.

²⁸⁴ Ebenda, Nr 5247.

²⁸⁵ Siehe über die Konzessionsbedingungen: *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5242, Marschall an das Auswärtige Amt; Earle, Edward M., a. a. O., S. 68; Бондаревский, Г. П., a. a. O., S. 201 ff.

schen Grenze und außerdem Vorzugsrechte für eine Reihe anderer Zweiglinien, u. a. nach Diabekir, Charput, Marasch, Biredjik und Mardin. Darüber hinaus wurde ihr zugestanden, in Castobol, Bagdad und am Endpunkt der Bahn Hafenanlagen mit allem Zubehör zu errichten. Die Kilometergarantie überschritt die bisher übliche Höhe. Sie lag bei 16500 Fr. Mit dem Bau der Bahn – die Bauzeit war auf acht Jahre festgelegt – konnte allerdings nicht sofort begonnen werden, da der Vertrag die Frage der Finanzierung noch offen ließ. Die notwendigen Pfänder für die Kilometergarantien ließen sich erst nach Erhöhung der türkischen Staatseinnahmen beschaffen.

Durch Anwendung der verschiedensten Methoden war der deutsche Imperialismus mit dem Abschluß der Konvention seinem strategischen Ziel, Verwandlung des Vorderen Orients in seine ökonomische und politische Einflußsphäre, einen mächtigen Schritt nähergekommen. Die Hauptlinie bis zum Persischen Golf schuf die Voraussetzungen für die wirtschaftspolitische Durchdringung Mesopotamiens, die konzessionierte Zweigbahn bis nach Aleppo ermöglichte einen tiefen Einbruch in die syrische Domäne des französischen Imperialismus, und die geplante Strecke bis nach Chanikin sollte die Waren des kapitalistischen Deutschland nach Persien werfen und den Anschlußpunkt für ein zukünftiges, unter deutscher Kontrolle stehendes persisches Bahnnetz abgeben.

Parallel zu seinen auf den Abschluß der Konzession gerichteten Aktionen in Konstantinopel unternahm der deutsche Imperialismus intensive Anstrengungen, um die Finanzierung des Riesenprojekts zu sichern.²⁸⁶ Die Schwierigkeiten lagen weniger in der Beschaffung des von der Studienkommission der Anatolischen Eisenbahngesellschaft mit 550 Millionen Franken veranschlagten Baukapitals – diese Summe hoffte die Deutsche Bank durch das Abkommen mit den französischen Finanzkapitalisten unter Anspannung aller Kräfte aufzubringen –, sondern vielmehr in der Sicherstellung der Garantien, die die Türkei für das Anlagekapital in einer jährlichen Höhe von etwa 1,25 Millionen Ltq aufzubringen hatte. Die von der Dette publique aus den Volksmassen herausgepreßten Steuern waren längst an die ausländischen Imperialisten in der verschiedensten Form verpfändet, und eine weitere Erhöhung erwies sich als nutzlos, da die übergroße Mehrheit der bäuerlichen Massen des Osmanischen Reiches bereits weit unter dem Existenzminimum lebte. Auf der anderen Seite waren die deutschen Imperialisten entschlossen, erst nach Sicherung ihrer Profite mit dem Bau der Bagdadbahn zu beginnen. Da das eine Steigerung der türkischen Staatseinnahmen voraussetzte, verfielen die Siemens, Zander und Marschall auf den Ausweg, die notwendigen Summen entweder durch eine Unifikation der türkischen Staatsschuld oder aber – und dieser Weg schien der erfolgreichere zu sein – durch eine Erhöhung der türkischen Zölle zu beschaffen. Beide Maßnahmen bedurften jedoch der Zustimmung der Großmächte; war für die

²⁸⁶ Wolf, John, B., (a. a. O., S. 35 ff.) stellt die Anstrengungen der Deutschen Bank, die Finanzierung des Riesenprojekts zu sichern, als einen Wunsch des deutschen Finanzkapitals dar, die Internationalisierung der Bahn zu erreichen. Diese Auffassung widerspricht den Tatsachen. Zu keiner Zeit war der deutsche Imperialismus bereit, auf seine eindeutige Vorherrschaft in der Bagdadbahn-Gesellschaft zu verzichten.

Unifikation der türkischen Staatsschuld Frankreich der zuständige Verhandlungspartner, so hatte sich in der Zollfrage der deutsche Imperialismus insonderheit mit England auseinanderzusetzen.

Zunächst waren die Aussichten für eine britische Unterstützung günstig. England befand sich noch immer in einer schwierigen außenpolitischen Lage. Der unerwartete Widerstand der Buren gegen den Kolonialkrieg des britischen Imperialismus band starke britische Streitkräfte in Südafrika. Im Fernen Osten war noch immer der Gegensatz zu Rußland akut, im Vorderen Orient beobachteten die Diehards mit Besorgnis die zunehmende Aktivität des Zarismus in Nordpersien und am Persischen Golf. Unter diesen Umständen hielt die britische Diplomatie auch nach dem Abschluß der Vorkonvention zwischen der Pforte und der Deutschen Bank über die Fortführung der Anatolischen Bahn bis Basra an dem Grundsatz fest, das deutsche Vordringen in Kleinasien und in Mesopotamien nicht zu fördern, aber auch nicht zu bekämpfen, um auf diese Art und Weise zur Verschärfung des deutsch-russischen Gegensatzes beizutragen und den lästigen deutschen Konkurrenten auf dem vorderasiatischen Markt bei Bedarf die „Kastanien aus dem russischen Feuer“ holen zu lassen. Verschiedene deutsche Diplomaten hatten diese hinterhältigen Absichten der „Downingstreet“ durchaus richtig erkannt.²⁸⁷ Trotzdem zogen sie aus dieser Erkenntnis eine falsche Schlußfolgerung. Wilhelm II., Bülow, Holstein, Mühlberg, Marschall und die Legationsräte im Orientreferat vertraten noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Auffassung von der Unüberbrückbarkeit des britisch-russischen Gegensatzes; eine Auffassung, die auch ihrer Politik der „starken Hand“ während der britisch-deutschen Bündnisverhandlungen von 1898 und 1901 zugrunde lag. Gemäß ihrer Einschätzung war Großbritannien, wollte es nicht seines indischen Vorfeldes verlustig gehen, auf die deutsche Hilfe im Vorderen Orient gegen Rußland angewiesen. Berlin beabsichtigte, diese Unterstützung, wenn auch mehr in Worten als in Taten, zu gewähren²⁸⁸, erwartete aber als Kompensation, daß Großbritannien seine wohlwollende Neutralität in der Bagdadbahnfrage gegen eine aktive finanzielle Beteiligung eintausche und sich vor allem auch für die Erhöhung der türkischen Zölle ausspreche. Siemens fuhr deshalb mit großen Erwartungen am 4. Januar 1901 nach London, um durch Unterredungen „mit den politisch und finanziell maßgebenden Persönlichkeiten zu ergründen, ob und unter welchen Bedingungen eine Beteiligung britischen Kapitals an dem jetzt in konkreter Gestalt vorliegenden Bagdadung unternommen, und wie weit dessen Förderung durch die britische Regierung zu erlangen sei“²⁸⁹. Ohne Rücksicht auf die bisher übliche Verschleierungstaktik der „Wilhelmstraße“ teilte der Direktor der Deutschen Bank den amtlichen Vertretern des Foreign Office, dem Unterstaatssekretär Thomas Sanderson und dem Botschafter in Konstantinopel, Nicolas O’Conor, mit, daß die Bagdadbahn bis zum Persischen Golf gebaut und als zweiter Weg nach Indien dienen werde.²⁹⁰ Sollte Großbritannien

²⁸⁷ *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5212, Eckardstein an Bülow v. 22. 1. 1900.

²⁸⁸ Ebenda, Nr 5213.

²⁸⁹ *Helfferrich, Karl*, a. a. O., S. 120.

²⁹⁰ Ebenda, S. 121; *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5227, Anlage: Aufzeichnung des Direktors der Deutschen Bank, von Siemens, v. 4. 1. 1901.

wider Erwarten von einer Teilnahme an der Finanzierung Abstand nehmen und die Zustimmung zur geplanten Erhöhung der türkischen Zölle verweigern, würde die Bahn, so warnte Siemens, auch ohne britische Partizipation zustande kommen.²⁹¹ Doch trotz dieser Drohungen lehnten die Engländer geschickt argumentierend ab. Während Sanderson und O'Connor erklärten, daß erst „die Frage nach Etablierung einer englischen Gruppe erledigt sein müsse, ehe man an die Diskussion der Frage gehen könne“²⁹², entgegneten in weiteren Besprechungen die britischen Finanzkapitalisten Alfred und Leopold von Rothschild sowie Baron Reuter von der Imperial Bank of Persia, „daß das Geschäft bis jetzt nur einen politischen Charakter und noch keinen finanziellen trage und daher für Verhandlungen unter Bankiers noch nicht reif sei“²⁹³. Auch die Unterredungen, die Gwinner im Juni und Juli 1901 in London geführt hatte, blieben, obwohl recht freundschaftlich, ebenfalls ergebnislos. Im Verlaufe dieser deutsch-englischen Fühlungen zeigte es sich, daß der britische Imperialismus zwar versuchte, Deutschland im Vorderen Orient als „Prellbock“ gegen Rußland zu gewinnen, daß er aber keinesfalls bereit war, seine Kapitalkraft und diplomatische Hilfe für die Etablierung der ökonomischen und politischen Vorherrschaft des imperialistischen Deutschland im Nahen Osten einzusetzen. Bereits in den neunziger Jahren gab es durch die am kleinasiatischen und mesopotamischen Markt interessierten britischen Kapitalgruppen, angeführt von der Lynch-Gesellschaft, eine starke Opposition gegen die deutschen Eisenbahnprojekte. Doch die britische Gegenwirkung blieb infolge des primären politischen und militärstrategischen Aspekts der Sicherung des indischen Vorfeldes gegen den Zarismus und der bedenklichen außenpolitischen Isolierung Englands um die Jahrhundertwende, die durchaus nicht mehr als eine splendid isolation angesehen werden konnte, mehr oder weniger wirkungslos. Das Foreign Office ließ es zwar nie zu einer finanziellen Beteiligung des britischen Kapitals an den deutschen Eisenbahnen in Kleinasien kommen, vermied es aber auch, sich in die antideutsche Entente drängen zu lassen, die 1888 von Frankreich und später von Rußland ausging. Doch seit der Jahrhundertwende, genau genommen seit 1901, wurde dieser Orientpolitik des Foreign Office endgültig die Grundlage entzogen. Die britisch-französischen Spannungen in Südostasien und in Afrika, die Differenzen Englands mit Rußland in China, an den Dardanellen und in Persien waren zwar besonders was die letzteren anbetrifft, noch immer akut, aber die internationalen Beziehungen und die europäische Mächtekonstellation wurden von jetzt an nicht mehr durch den englisch-französischen und englisch-russischen, sondern durch den deutsch-englischen Antagonismus entscheidend beeinflußt. Gewissermaßen hinter dem Schild der beiden traditionellen Gegensätze des 19. Jahrhunderts hatte die expansionslüsterne deutsche Bourgeoisie infolge ihrer leistungsfähigen ökonomischen Potenz in den neunziger Jahren England nicht nur in den entscheidenden Produktionszweigen überflügelt und die Hegemonie britischer Waren auf dem europäischen Kontinent gebrochen, sondern sie war darüber hinaus mit ihrem Waren- und Kapitalexport erfolgreich in

²⁹¹ Ebenda.

²⁹² Ebenda.

²⁹³ Ebenda.

nahezu alle englischen Überseemärkte und mit ihren bewaffneten Söldnern auch in die sorgsam behütete Kolonialdomäne Englands in Afrika eingedrungen. Richtung, Ausdehnung und Stärke der wirtschaftspolitischen Expansion, verbunden mit dem besonders aggressiven Wesen des junkerlich-bourgeois Imperialismus, ließen Deutschland zum Hauptfeind der britischen Bourgeoisie werden. Der deutsch-englische Gegensatz war auf Grund der ausgedehnten ökonomischen und politischen Interessen und der beherrschenden Stellung, die beide Länder im imperialistischen Weltsystem einnahmen, zum hauptsächlichsten Antagonismus in der internationalen Mächtekonstellation geworden. Wenn sich diese rapide Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen in Afrika viel früher widerspiegelte als im Vorderen Orient, so lag das daran, daß sich dort die Kolonialräuber beider Länder „Auge in Auge“ gegenüberstanden, während im Vorderen Orient die deutsche Expansion durch den englisch-russischen Antagonismus überschattet und von der „Downingstreet“ – solange sich die deutschen Bahnprojekte noch weit ab von der britischen Einflußsphäre bewegten – als das kleinere Übel betrachtet wurden. Doch als sich in London durch die unzweideutigen Erklärungen des Direktors der Deutschen Bank am 4. Januar 1901 die Vermutungen bestätigten, daß Deutschland entschlossen war, die Bagdadbahn bis zum Persischen Golf zu führen, übertrug sich der britisch-deutsche Gegensatz auch sofort auf diese weltpolitisch so bedeutsame Zone.

Der Persische Golf nahm in der expansionistischen Doktrin der britischen Bourgeoisie vom „indischen Glacis“ eine Schlüsselstellung ein. Von hier aus ließ sich nicht nur der Schiffsverkehr im nordwestlichen Teil des Indischen Ozeans kontrollieren, das Golfgebiet gab auch eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die aggressive Politik Großbritanniens gegenüber Persien, Mesopotamien und der arabischen Halbinsel ab. Jeder Vorstoß gegen den Golf, den man seit Curzons Buch, „Persia and the Persian Question“²⁹⁴, „englischen Binnensee“ oder „englische Themse“ nannte, wurde als Bedrohung des „indischen Glacis“ aufgefaßt.²⁹⁵

Der Konzessionsvertrag von 1902, der den Persischen Golf als Endpunkt der Bagdadbahn vorsah, mußte deshalb auf die britische Bourgeoisie wie eine Provokation wirken. Sofort verschärfte sich der britische Widerstand. *England*, das durch den Abschluß des Bündnisses mit Japan, die Beendigung des Kampfes mit den Vereinigten Staaten um die Beherrschung der mittelamerikanischen Landenge durch den Hay-Pauncefote-Vertrag und die Niederwerfung der Burenrepubliken wieder die größere außenpolitische Bewegungsfreiheit erhalten hatte, begann seit 1902 die *Abwehr des deutschen Vorstoßes nach dem Persischen Golf zu übernehmen*. Die Hauptträger der antideutschen Aktionen waren die britischen Diehards mit dem Vizekönig von Indien, Lord Curzon, an der Spitze sowie britische Kapitalisten, allen voran die Lynch-Gesellschaft²⁹⁶ und die Inhaber der persischen Öl-

²⁹⁴ Curzon, G. N., *Persia and the Persian Question*, 2 Bde, London 1892; siehe auch *The Cambridge Modern History*, Bd 12, 5. Auflage, 1934, S. 499.

²⁹⁵ Krebs, Günther, a. a. O., S. 67.

²⁹⁶ Die Euphrates und Tigris Navigation Comp. (Lynch Brothers) übte faktisch das Handelsmonopol zwischen Bagdad und Basra aus. Vgl. die Proteste der Gesellschaft bei Fraser, *The short cut to India*, London 1909, S. 42/43.

konzession von 1901, die durch die gefährliche wirtschaftspolitische Expansion des deutschen Rivalen ihre Monopolstellung in Mesopotamien und Persien gefährdet sahen. Die von diesen finanzkräftigen und politisch einflußreichen Kreisen der britischen Bourgeoisie beherrschten Verbände und Presseorgane, die noch 1899 die Bagdadbahnkonzession „am liebsten in deutschen Händen sahen“²⁹⁷, eröffneten jetzt eine massive Kampagne gegen den deutschen Imperialismus und „rieten zu einer englisch-russischen Verständigung über die Fragen des Persischen Golfs“²⁹⁸. Auch die „Downingstreet“ nahm nunmehr entschiedenen Kurs darauf, das Bagdadbahnprojekt des deutschen Imperialismus zu vereiteln, oder, falls dies nicht gelingen sollte, zumindest die Endstrecke Bagdad-Golf dem eigenen Finanzkapital zu sichern. Unter diesem Aspekt sind auch die Verhandlungen zu sehen, die eine britische Finanzgruppe im Frühjahr 1903 nach vorheriger Konsultation des Foreign Office mit dem Direktor der Deutschen Bank, Gwinner, führte.²⁹⁹ Diese Verhandlungen waren keineswegs ein Ausdruck dafür – wie es in der bisherigen Bagdadbahnliteratur dargestellt wird –, daß die britische Regierung noch immer mit Wohlwollen der mesopotamischen Bahnaktivität des deutschen Rivalen gegenüberstand. Sie wollte vielmehr testen, ob es möglich sei, durch eine Finanzbeteiligung – unter Umständen in Kapitalentente mit Frankreich – der deutschen Bourgeoisie die Führung im Bahnbau zu entreißen.³⁰⁰ Doch schon das Bekanntwerden der Gespräche der englischen Bankiers Baring Brothers, Morgan und Ernest Cassel mit Vertretern des deutschen Finanzkapitals durch eine zurückhaltende Erklärung Balfours am 8. April 1903 im Unterhaus³⁰¹ genügte, um in der bourgeoisen Presse Großbritanniens einen wahren Entrüstungssturm hervorzurufen.³⁰² Mit Ausnahme der „St. James Gazette“ richteten die führenden Blätter der britischen Bourgeoisie, konservative wie liberale, angeführt von der „Times“, des „Daily Mail“, des „Daily Telegraph“, der „Pall Mall Gazette“, der „National Review“, des „Manchester Guardian“, der „Morningpost“, des „Daily Chronicle“, des „Spectator“ und des „Globe“ heftige Angriffe gegen das wirtschaftspolitische Vordringen des deutschen Imperialismus im Vorderen Orient im allgemeinen und den Bau der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf im besonderen.³⁰³ Unter Hinweis auf die deutsche Flottenkonkurrenz, den deutsch-englischen Zusammenstoß in der Venezuela-Affäre und die vielen kolonialen Reibungsflächen in Afrika forderten die Blätter den sofortigen Abbruch der Verhandlungen mit dem deutschen Finanzkapital. Dieser Protest-

²⁹⁷ Ibbeken, Rudolf, a. a. O., S. 239.

²⁹⁸ Ebenda.

²⁹⁹ British Documents on the Origins of the War, 1898–1914 (im folgenden zitiert: BD), hrsg. v. Gooch, G.P., u. Temperley, Harold, London 1926ff., Bd 2, Nr 206 u. 223.

³⁰⁰ Ebenda, Nr 207, Nr 212, Nr 213, Nr 224.

³⁰¹ Parliamentary Debates, House of Commons, Fourth Series, Bd 120, S. 1247 ff.; ebenda, Bd 121, S. 222; Die Große Politik, Bd 17, Nr 5258, Metternich an Bülow v. 9. 4. 1903.

³⁰² Siehe u. a. Earle, Edward M., a. a. O., S. 182 ff.

³⁰³ Am schärfsten kam die antideutsche Tendenz der Pressepolemik in der Pall Mall Gazette und im Globe zum Ausdruck. Siehe Die Große Politik, Bd 17, Nr 5261, Bernstorff an Bülow v. 24. 4. 1903.

sturm der bourgeoisen Presse kam dem Foreign Office nicht nur sehr gelegen, er wurde von ihm aller Wahrscheinlichkeit nach sogar inspiriert, denn die Verhandlungen der Deutschen Bank mit britischen Finanziers hatten gezeigt, daß sich der deutsche Imperialismus zwar um eine Beteiligung britischen Kapitals bemühte, aber nicht um den Preis einer Aufgabe seines Führungsanspruchs innerhalb der noch zu gründenden Bagdadbahn-Gesellschaft. Letzten Endes enthüllt diese Absicht den ebenso dreisten wie plumpen Plan des deutschen Imperialismus, mit diplomatischer und finanzieller Unterstützung Englands jenes Instrument zu schaffen, mit dem er in das „indische Glacis“ Großbritanniens einbrechen und seine Vorherrschaft in einem großen Teile Vorderasiens errichten wollte. Das Foreign Office durchschaute diese Manipulationen des deutschen Rivalen recht schnell, daher auch die eindeutige Erklärung Balfours am 23. April 1903 im Unterhaus gegen eine britische Kapitalbeteiligung an der Bagdadbahn.³⁰⁴ Das Auftreten des britischen Premiers löste im offiziellen England eine Art antideutsche Kettenreaktion aus. Die Finanzgruppe um Cassel und Baring Brothers brach sofort die Verhandlungen mit Gwinner ab, im House of Lords erklärte Lansdowne am 5. Mai, daß Großbritannien den Persischen Golf als einen Teil der indischen Grenze betrachte, und im November unternahm Lord Curzon seine demonstrative Fahrt zum Persischen Golf, um die kolonialen Ansprüche des britischen Imperialismus auf diese so begehrte Zone an Ort und Stelle zum Ausdruck zu bringen. Das Manöver des deutschen Imperialismus, für die Ausführung der Bankkonzession Konia-Kuwait britische Unterstützung zu erhalten, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Großbritannien war jetzt aktivster und gefährlichster Gegenspieler des deutschen Monopolkapitalismus im Vorderen Orient, und die Bagdadbahnfrage wurde zu einem Zentralpunkt des deutsch-englischen Antagonismus.

Der Übergang Englands auf die Seite der entschiedenen Gegner der Bagdadbahnpolitik Deutschlands hatte gleichzeitig Bedeutung für die Haltung Frankreichs und Rußlands.

Zunächst beobachtete der sich um die Ottomanbank gruppierende Teil der französischen Hochfinanz die Verhandlungen, die Gwinner in London mit einflußreichen britischen Bankiers führte, voller Mißtrauen. Die Faschoda-Krise war zwar durch die Abgrenzung der nordafrikanischen Einflußsphäre im Jahre 1899 weitgehend bereinigt, aber noch immer gab es zwischen beiden Mächten, wenn auch meist nicht direkt, sondern auf dem Umweg über Petersburg, eine Reihe anderer Reibungsflächen – eine davon lag im Vorderen Orient. Hier mußte der „Quai d'Orsay“, ob er wollte oder nicht, dem überaus wertvollen russischen Bundesgenossen aktive Unterstützung leisten. Obwohl beispielsweise im März 1900 London heftig gegen das Erscheinen eines russischen Kriegsschiffes im Persischen Golf protestierte, ging ein französischer Kreuzer in der „britischen Themse“ vor Anker, um die Zustimmung der Dritten Republik zur Orientpolitik des Zarismus zum Ausdruck zu bringen. In der Frage der Bagdadbahn gab es zwar in Petersburg zunächst einige kritische Stimmen gegen die beabsichtigte Beteiligung der Ottomanbank, aber sie

³⁰⁴ BD, Bd 2, Nr 217ff.

verstummen bald, als Delcassé versicherte, daß es für Rußland weitaus vorteilhafter sei, wenn nicht britische Kapitalisten, sondern französische über das deutsche Projekt eine gewisse Kontrolle ausübten. Der „Quai d'Orsay“ konnte zufrieden sein: Die Profite der Aktionäre der Ottomanbank schienen gesichert, ohne daß eine ernsthafte Verstimmung Petersburgs erfolgt war. Unter diesen Voraussetzungen hatte auch Delcassé die Ottomanbank gewähren lassen. Doch durch die Verhandlungen der Deutschen Bank mit der britischen Hochfinanz drohte der französischen Orientpolitik Gefahr. Kam es zu einer Einigung zwischen beiden Gruppen, waren sowohl die Profite der Ottomanbank als auch der Rußland zugesicherte Einfluß auf die Bahn gefährdet. Deshalb forderte Delcassé im Februar 1901 größere Rechte für die französischen Kapitalisten im Bagdadbahn-Unternehmen, um Frankreich auch im Falle einer deutsch-britischen Verständigung zumindest die Gleichberechtigung zu sichern. Siemens brachte eine Stellungnahme zu dieser neuen Situation am 2. März 1901 in einem Brief nach Konstantinopel wie folgt zum Ausdruck: „Die Franzosen sind zwar bisher treu geblieben. Das kann sich aber unter dem russischen Druck ändern. Deshalb handelt es sich darum, eine Formel zu finden, welche erstens den Franzosen zeigt, daß sie ein größeres Interesse an der Bagdadbahnlinie haben, zweitens bei den Russen ein Interesse für die Bagdadbahn erweckt.“³⁰⁵ Angesichts der gescheiterten Verhandlungen mit der Londoner Hochfinanz im Januar 1901 sah sich die Deutsche Bank gezwungen, auf die Forderungen Delcassés einzugehen, wollte sie nicht auch noch den Abfall der französischen Kapitalisten riskieren. In den Konferenzen, die vom Februar bis Mai 1901 zwischen ihren Vertretern und den Beauftragten der Ottomanbank, Graf Vitali, von Biedermann und Bardac stattfanden, stimmte sie einer Erhöhung des französischen Anteils an der Bagdadbahngesellschaft von 40 auf 50 Prozent unter der Bedingung zu, daß Frankreich diese 10 Prozent als russische Quote einbringe. Darüber hinaus wurde der Gesellschaft Vitali der Bau von 1600 Kilometern, das heißt von zwei Dritteln der Gesamtstrecke, übertragen.³⁰⁶

Die „Wilhelmstraße“, die über die Verhandlungen mit der Ottomanbank nur spärlich informiert war, zeigte sich entsetzt über diese Zugeständnisse, insonderheit über die von der Deutschen Bank angestrebte russische Beteiligung. Doch Siemens gelang es in einer persönlichen Aussprache im Auswärtigen Amt, die Bedenken der politischen Führung weitgehend zu zerstreuen. Nach Aufzeichnungen erklärte der Direktor der Deutschen Bank: „Die finanzielle Beteiligung der Russen werde eine sehr geringe und dementsprechend auch ihre politische Einflußnahme eine unbedeutende sein. Die Befürchtung, daß Rußland weit über seine kapitalistische Beteiligung hinaus durch die Bahn Einfluß in der Türkei gewinnen würde, wollte er durchaus nicht teilen. Die Leitung der Bahn werde trotz der russischen Beteiligung ganz in seinen Händen bleiben.“³⁰⁷ Kurze Zeit später sah der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Mühlberg, in der neuen Taktik der

³⁰⁵ Helfferich, Karl, a. a. O., S. 126; siehe auch DDF, Serie 2, Bd 1, Nr 65, Nr 80, Nr 175, Nr 292.

³⁰⁶ DDF, Serie 2, Bd 1, Nr 292; siehe auch Die Große Politik, Bd 17, Nr 5230–5233.

³⁰⁷ Die Große Politik, Bd 17, Nr 5230, Aufzeichnung Rosen v. 4. 6. 1901.

Deutschen Bank ebenfalls das einzige Mittel, der englisch-russischen Annäherung im Vorderen Orient entgegenzuarbeiten.³⁰⁸ Das war auch der tiefere politische Hintergrund für die offizielle Mitteilung Bülow's an den Zaren, Deutschland sei bereit, russisches Kapital an der Bagdadbahn zu beteiligen.³⁰⁹ Aber trotz der Bemühungen des deutschen Kanzlers, die eine entsprechende Initiative des Geschäftsträgers in Petersburg, von Pückler, zur Folge hatte³¹⁰, lehnte Rußland eine Mitarbeit an dem Bahnprojekt des deutschen Imperialismus ab. Das Organ des russischen Finanzministers Witte, „Vjestnik Finanssov“, erklärte am 6. Januar 1902 – die bisherige Linie der russischen Einstellung zu dieser Frage fortsetzend – ganz eindeutig: „Die russische Regierung beurteile die Bagdadbahn als ein Unternehmen, das den Interessen Rußlands direkt zuwiderlaufe. Diese neue Bahn werde zunächst den russischen nach Indien gerichteten Bahnen eine sehr fühlbare Konkurrenz bringen; da sie wesentlich mit deutschem Gelde gebaut werde, sei sie überdies ein unmittelbarer Schlag gegen den russischen Getreideexport, indem sich Deutschland in Kleinasien eine neue reiche Bezugsquelle für Getreide eröffne und dadurch vom russischen Korn entsprechend unabhängig werde. Infolgedessen habe die russische Regierung keine Veranlassung, diesen Bahnbau irgendwie zu unterstützen.“³¹¹

Diese klare Stellungnahme der russischen Regierung gegen eine finanzielle Beteiligung an der Bagdadbahn führte – sowohl zur Freude Petersburgs als auch Londons – in Frankreich zu einem Entrüstungsturm über die Zusammenarbeit französischer Kapitalisten mit dem deutschen Rivalen. Der Abgeordnete Deschanel gab gewissermaßen das Signal für den Ausbruch der lange Zeit unter der Oberfläche schwelenden Opposition, als er in der Kammer fragte, wie es möglich sei, „daß die Ottomanbank ein Unternehmen unterstütze, daß so ausgesprochen politischen und militärischen Charakters sei und die französischen Orientinteressen schädige“³¹². Ihm zur Seite trat bald als bedeutendster Repräsentant der anti-deutschen Orientpolitik der Publizist Chéradame, der enge Beziehungen zur chauvinistischen französischen Presse – wie den Blättern „Eclair“, „Patrie Française“ und „L'Energie Nationale“ – sowie zur meistgelesenen Tageszeitung der russischen Hauptstadt, „Novaja Vremja“, unterhielt.³¹³ Chéradame bezeichnete den Finanzminister im radikalen Ministerium Combes, den Bankier Rouvier, auf Grund seiner Beteiligung an der Ottomanbank als „äußerst aktiven Mitarbeiter deutscher Politik in der Türkei“ und als „Agenten der Deutschen Bank“.³¹⁴ In seinem Buch „La Question d'Orient“ schrieb er: „Wenn die Deutschen in der asiatischen Türkei triumphierten, wäre jede moralische oder materielle französische Ausdehnung gehemmt ... Die deutsche Herrschaft würde sich von Hamburg bis zum Persischen

³⁰⁸ Ebenda, Nr 5233, Aufzeichnung Mühlberg v. 2. 8. 1901.

³⁰⁹ Ebenda, Nr 5236 Fußnote.

³¹⁰ Ebenda, Nr 5238, Bülow an Pückler v. 12. 11. 1901.

³¹¹ Zitiert nach Die Große Politik, Bd 17, Nr 5245 Fußnote; siehe ferner Sitki, Bekir, a. a. O., S. 146; Бондаревский, Г. Л., a. a. O., S. 262 ff.

³¹² Zitiert nach Ibbeken, Rudolf, a. a. O., S. 11.

³¹³ Krebs, Günther, a. a. O., S. 26.

³¹⁴ Ebenda, S. 35.

Golf ausdehnen. Die mitteleuropäische Zollunion würde in den Händen der Hohenzollern ein furchtbares Instrument ökonomischer Herrschaft bilden. Dieses Grand-Allemagne würde noch ein größeres Bedürfnis nach Kolonien haben als das heutige Kaiserreich. Auf Grund seiner Bevölkerung, seines Handels und seiner mittelmäßigen Besitzungen in Übersee hat Deutschland noch mehr Interesse als England, sich französische Kolonien anzueignen.³¹⁵ Hauptträger dieser Pressekampagne gegen eine Finanzentente mit Deutschland im Orient waren der hohe Klerus und ein Teil der bürgerlichen Intelligenz, die durch das deutsche Vordringen die kulturpolitische Monopolstellung Frankreichs in Syrien und im Libanon, das „Prestige moral“, bedroht sahen, sowie einflußreiche Finanzkreise, insbesondere des südlichen Frankreichs. Diese innerfranzösische Opposition gegen die „antinationale“ Finanzentente der Ottomanbank mit dem deutschen Imperialismus verstärkte sich weiter, als das Communiqué der zaristischen Regierung vom 6. Januar 1903, welches allen Bürgern abriet, sich in irgendeiner Form an der Bagdadbahn zu partizipieren³¹⁶, der Abbruch der deutsch-britischen Verhandlungen und die Erklärung Balfours vom 23. April 1903 bekannt wurden. Jetzt ließ auch Delcassé die Aktionäre der Ottomanbank fallen und verbot Mitte Mai 1903 die Notierung der Bagdadwerte an den französischen Börsen.³¹⁷ Die von der Ottomanbank repräsentierte französische Finanzgruppe hielt zwar trotz dieser Erklärung ihrer Regierung die Mitarbeit an der Bagdadbahn-Gesellschaft aufrecht³¹⁸, „aber diese Beteiligung an dem geringfügigen Aktienkapital der Gesellschaft war für die Durchführung des Unternehmens so gut wie wertlos, da die Baugelder durch die Ausgabe von Obligationen zu beschaffen waren und da der französische Markt für die Bagdad-Obligationen gesperrt blieb.“³¹⁹

Mit dieser Entscheidung des „Quai d'Orsay“ hatten Frankreich, England und Rußland ihre Differenzen in der Orientfrage zurückgestellt, um sich zum gemeinsamen Kampf gegen den Bahnbau des deutschen Imperialismus zu vereinigen. Die führende Rolle in diesem Triumvirat der Mächte übernahm England, das sich durch die wirtschaftspolitische Expansion des deutschen Konkurrenten in seinen aggressiven Absichten im „indischen Glacis“ am stärksten bedroht fühlte. Erster Ausdruck dieser Zusammenarbeit der „Gegner von gestern“ waren der gemeinsame Besuch des britischen und französischen Botschafters am 30. Juli 1903 bei der Pforte und ihre Erklärung, daß „die neue Entente einesteils für Frankreich eine größere Rücksichtnahme auf die englischen Interessen nötig mache, anderenteils aber bewirke, daß das Schwergewicht Englands überall zugunsten Frankreichs in die Waagschale fallen werde. Die Türkei werde gut daran tun, in ihrer Politik auf die

³¹⁵ Ebenda, S. 26 ff.

³¹⁶ Caix, Robert de, La Question de Bagdad après Potsdam, in *Questions Diplomatiques et Coloniales*, Bd 31, Paris 1911, S. 273.

³¹⁷ DDF, Serie 2, Bd 4, Nr 70; Ragey, Louis, La Question du Chemin de fer Bagdad 1893-1914, Paris 1936, S. 28 ff., 42 ff., 68 ff., *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5254, Marschall an das Auswärtige Amt v. 13. 2. 1903; ebenda, Nr 5276, Marschall an Bülow v. 4. 12. 1903.

³¹⁸ DDF, Serie 2, Bd 4, Nr 106.

³¹⁹ Helfferich, Karl, a. a. O., S. 141.

durch das neue Einvernehmen gestärkte Stellung der beiden Mächte in den orientalischen Dingen Rücksicht zu nehmen.“³²⁰

Doch die Deutsche Bank, aktiv unterstützt von der politischen Führung des Reiches, gab trotz dieser außenpolitischen Gegnerschaft ihre Pläne nicht auf. Noch vor der definitiven Absage der englischen und französischen Regierung beschloß sie, die Bagdadbahn auch gegen den Widerstand Englands, Frankreichs und Rußlands zu vollenden. Das war bei der überragenden ökonomischen und militärstrategischen Bedeutung sowohl der Bahn als auch des Territoriums, das sie durchziehen sollte, und der expansionistischen Absichten, die alle europäischen Großmächte hier verfolgten, eine erneute ungeheure Herausforderung seitens des deutschen Imperialismus. Allein schon die Ankündigung des Vorhabens mußte die Gegensätze der Mächte zu Deutschland verschärfen und zu einer akuten Kriegsgefahr führen. 'Abd ul-Hamīd und die ihn umgebende prodeutsche Clique im türkischen Kabinett waren für den Plan der Deutschen Bank und der „Wilhelmstraße“ rasch gewonnen; denn sie benötigten dringend die Strecke, um die sich überall regende Unabhängigkeitsbewegung in den arabischen Vilajets des Reiches durch den Einsatz beweglicher türkischer Truppen niederwerfen zu können.

Nach intensiven Geheimverhandlungen zwischen den Vertretern des deutschen Finanzkapitals und der Pforte wurde am 5. März 1903 ein Zusatzvertrag zur Konvention von 1902 unterzeichnet, der die Strecke Konia–Persischer Golf in 200 Kilometersektionen mit getrennter Garantie aufteilte. Durch dieses von der Deutschen Bank wohl durchdachte Finanzierungsprinzip wurde die Pforte verpflichtet, die Pfänder für die jeweils zu bauenden Sektionen zur Verfügung zu stellen, und nicht – wie das bisher üblich war – unmittelbar bei der Konzessionierung für die Gesamtstrecke. Auf diese Art und Weise hofften die deutschen Imperialisten, auch ohne die Erhöhung der türkischen Zölle, den Bau der Bagdadbahn zu vollbringen.

Mit dem gigantischen Bagdadbahnunternehmen zog das deutsche Finanzkapital in der Folgezeit der Türkei das „Fell zweimal über die Ohren“: einmal durch die Profite der zahlreichen Anleihen, die der Türkei zur Finanzierung des Bahnbaus „gewährt“ wurden, und zum anderen durch den Bahnbau selbst. „Es fällt ja bei solchen internationalen Geschäften immer etwas für den Geldgeber ab, sei es ein handelspolitischer Vorteil oder eine Kohlenstation, sei es ein Hafenbau, eine fette Konzession oder ein Kanonenauftrag . . . Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern.“³²¹ Allein der Reingewinn der Anatolischen Eisenbahngesellschaft stieg von 767 557 Franc im Jahre 1890 auf 3 382 286 Franc im Jahre 1910 und auf 5 169 894 im Jahre 1914. Der Gründergewinn der Bagdadbahn wurde auf 138 Millionen Franc geschätzt, und die „Einsparungen“, die die Unternehmer der Bank dank der ihnen bewilligten Baukosten erzielten, betrugen 160 Millionen Franc. Die direkten Kapitalinvestitionen des deutschen Imperialismus im Eisenbahnwesen der asiatischen Türkei betrugen bei Kriegsausbruch 225 Millionen Mark;

³²⁰ *Die Große Politik*, Bd 17, Nr 5271, Wangenheim an das Auswärtige Amt, v. 30. 7. 1903.

³²¹ Lenin, W. I., *Ausgewählte Werke* in zwei Bänden, Bd 1, Berlin 1960, S. 761.

außerdem befanden sich für etwa 500 Millionen Mark türkische Staatsschuldenverschreibungen im Besitz der deutschen Bourgeoisie.

Durch die konzentrierte Anwendung der verschiedenartigen Methoden der „pénétration pacifique“ legte der deutsche Imperialismus zwischen 1897 und 1903 den Grundstein für die Verwandlung des Osmanischen Reiches in eine vom deutschen Monopolkapital beherrschte Halbkolonie. Seine „Erfolge“ am Bosphorus führten zu einer ungeheuren Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland und den Mächten der Entente.

England und Rußland sahen durch den deutschen Vorstoß nach Vorderasien nicht nur ihre Aggressionspläne gefährdet, sondern fühlten sich darüber hinaus im eigenen Machtbereich bedrängt. Abgesehen von den ungewissen Auswirkungen der von Deutschland geschürten panislamischen Propaganda auf die Muslims in den mittelasiatischen Gebieten des zaristischen Rußland, in der britischen Kronkolonie Indien und in Ägypten rief die Bagdadbahnstrategie die reale Gefahr eines Angriffs der von preußischen Kommandeuren befehligten und mit Hilfe der transkontinentalen Eisenbahnlinie mit Waffen und Nachschub versorgten türkischen Millionenarmee auf russisches Territorium und die wertvollsten Gebiete des englischen Kolonialreiches hervor. Die in London und Petersburg aufmerksam registrierte gefährliche Perspektive der deutschen Nahostexpansion bewirkte zu einem großen Teile den Interessenausgleich der einstigen Gegner und die Bildung und Festigung der Entente. Der Nahe Osten war zum Hauptoperationsfeld der beiden imperialistischen Kriegsblocks im Kampf um die Neuaufteilung der Welt geworden; hier schwelte – insbesondere durch die aggressive Aktivität des deutschen Monopolkapitalismus – ein großer Teil jenes Zündstoffs, der im August 1914 den ersten imperialistischen Weltkrieg auslösen sollte.

Die von der Aggressionspolitik der Großmächte im Vorderen Orient ausgehende Kriegsgefahr wurde weiter durch die Tatsache verstärkt, daß sich im zweiten Jahrzehnt des 20. Jh. in den entscheidenden Kreisen des deutschen Finanzkapitals immer mehr der Entschluß festigte, von den Methoden der „pénétration pacifique“ abzugehen und im Rahmen einer allgemeinen bewaffneten Auseinandersetzung die „Orientfrage“ endgültig zugunsten des deutschen Imperialismus zu lösen. Denn trotz der aufgezeigten Erfolge der deutschen Nahostexpansion herrschte vor Ausbruch des Weltkrieges bei dem um die Kontrolle des nahöstlichen Raumes kämpfenden Teil der deutschen Bourgeoisie eine pessimistische Stimmung. Anlaß dazu gaben die deutsch-englischen Vereinbarungen über den Verzicht Deutschlands auf Ausfuhr der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf sowie besonders die Tatsache, daß es trotz aller Kraftanstrengung nicht gelungen war, die starken ökonomischen Positionen des englischen und französischen Konkurrenten im Schiffsverkehr und im Außenhandel mit der Türkei, in der Ausbeutung der Rohstoffquellen und im Export von produktivem Kapital entscheidend zu schwächen. Die Entente-Mächte hatten dem Vorhaben Deutschlands, alleiniger Ausbeuter des nahöstlichen Raumes zu werden, einen Sperriegel entgegengesetzt, der mit der Methode der „pénétration pacifique“ nicht zu durchbrechen war. Das Signal für den geplanten Übergang des

deutschen Imperialismus zu Methoden bewaffneter Aggression gaben die Entsendung der Militärmission unter Liman von Sanders und schließlich die Schüsse von Sarajewo.

Es ist ein Hohn auf die historische Wahrheit, wenn die Direktion der Deutschen Bank am 20. Februar 1922 auf eine Anfrage folgende vertrauliche Auskunft erteilte: „Für die Entstehungsgeschichte des Weltkrieges hat die Bagdadbahn höchstens insofern eine Bedeutung als bei verschiedenen Gelegenheiten die feindselige Haltung Englands sich erkennbar machte . . . Also mit dem Ausbruch des Weltkrieges hat die Bagdadbahn nichts zu tun, und wir möchten nicht unterlassen, Sie besonders darauf hinzuweisen, daß es dem deutschen Interesse nur schaden könnte, wenn eine abweichende Ansicht verbreitet wird.“³²²

Um den deutschen Imperialismus zu rehabilitieren und der Wiederaufnahme der Nahostaggression ideologisch die Wege zu ebnen, wurde diese Legende in der Folgezeit – sowohl in der Periode der Weimarer Republik und des Faschismus als auch in Westdeutschland – in immer neuen Varianten verbreitet.

Geantwortet sei diesen Apologeten des Monopolkapitals mit W. I. Lenin, der im Jahre 1916 schrieb:

„Für den Spießbürger ist es wichtig, *wo* die Truppen stehen, wer *im Augenblick* siegreich ist. Für den Marxisten ist es wichtig, *worum* der gegebene Krieg geführt wird . . .

Worum wird dieser Krieg geführt? . . . England, Frankreich und Rußland führen den Krieg, um die zusammengeraubten Kolonien zu behalten, die Türkei auszuplündern usw. Deutschland führt den Krieg, um anderen Ländern Kolonien zu entreißen, um selber die Türkei auszuplündern usw. . . Das Ziel der Deutschen – und, was noch wichtiger ist, die im Falle eines Sieges der Deutschen verwirklichte Politik – würde dann die Wegnahme der Kolonien, die Beherrschung der Türkei, die Fortnahme fremdnationaler Gebiete . . . sein . . .“³²³

³²² Akten der Deutschen Bank, Orientbüro. (Aus dem Archiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin [ohne Signatur].)

³²³ Lenin, W. I., Über die nationale und die koloniale nationale Frage, Berlin 1960, S. 440.

E. K. SARKISOV

Zum Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Zentralmächte im November 1914

Das Osmanische Reich, durch innere Widersprüche zerrissen und durch die despotische Herrschaft der Jungtürken geschwächt, hatte im Tripolis-Krieg und in den Balkankriegen schwere Niederlagen erlitten, die zu einer weiteren Verschärfung der inneren Krise des Vielvölkerstaates, zu einem Anwachsen der Unzufriedenheit der unterdrückten Bevölkerung führten. Durch den Übergang zu einer aktiven Außenpolitik und durch territoriale Eroberungen bemühte sich die jungtürkische Regierung, ihre erschütterten Positionen im Inneren zu festigen. Voraussetzung für das Gelingen dieses reaktionären Planes waren die Reorganisation und Neubewaffnung der Armee, die besonders während des ersten Balkankrieges ihre Kampfunfähigkeit nachdrücklich demonstriert hatte. Das jungtürkische Regime entschloß sich, diese komplizierte Aufgabe mit Hilfe des preußischen Militarismus zu lösen.

Der offizielle Antrag der Hohen Pforte auf Entsendung einer deutschen Militärmission wurde am 22. Mai 1913 gestellt. Die deutsche Regierung sah in dem türkischen Ersuchen eine günstige Chance für die Stärkung des deutschen Einflusses im Osmanischen Reich, denn die Kontrolle der türkischen Armee durch preußische Offiziere mußte dem deutschen Imperialismus das wichtigste Mittel zur Beeinflussung der Politik der Hohen Pforte in die Hand spielen. Über diese Folgen ihres Angebotes waren sich selbst die Jungtürken nicht im unklaren. Der Großwesir Mahmud Schewket Pascha wies den deutschen Botschafter in Konstantinopel, von Wangenheim, unumwunden auf die sich für Deutschland ergebenden Perspektiven hin. „Die Macht, welche die Armee kontrolliert“, sagte der germanophile Politiker, „wird in der Türkei immer die stärkste sein.“¹

Das Bemühen des deutschen Imperialismus, die türkische Armee für die Verwirklichung seiner Kolonialpläne im Nahen Osten und für die Stärkung der militärischen Positionen Deutschlands im Falle des Entstehens eines bewaffneten Konfliktes in Europa zu gebrauchen, ist unverkennbar. Doch es würde der historischen Wahrheit widersprechen und – wenn auch unbeabsichtigt – zu einer Rechtfertigung der reaktionären Politik des jungtürkischen Regimes führen, wollte man die Initiative zur Entsendung der Militärmission ausschließlich der „Wilhelmstraße“ zuschreiben. Diesem Fehler unterliefen A. A. Mogilevič und M. E. Ajrapetjan, als sie in ihrer

¹ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914 (im folgenden zitiert: *Die Große Politik*). Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy u. a., 2. Aufl., Berlin 1927, Bd 38, Neue Gefahrenzonen im Orient 1913–1914, Nr 15439, S. 200.

Untersuchung behaupteten, daß „... die Entsendung der Mission Liman von Sanders nicht von der Türkei ausging, sondern der türkischen Regierung von Deutschland aufgezwungen wurde, das bemüht war, in der Türkei festen Fuß zu fassen und sie sowohl in eine Kolonie als auch in ein Aufmarschgebiet für einen zukünftigen Krieg gegen Rußland, England und Frankreich zu verwandeln.“² Bei dieser Darstellungsweise entsteht der Eindruck, als ob die Jungtürken ihrerseits das Eindringen Deutschlands in das Osmanische Reich nicht aktiv gefördert hätten, sondern daß sie vielmehr keine Möglichkeit sahen, die vom deutschen Imperialismus aufgezwungene Militärmission zurückzuweisen. In diesem Fall entsteht naturgemäß die Frage, warum nicht England und Frankreich, die in der Türkei über stärkere ökonomische Positionen als Deutschland verfügten, der türkischen Regierung ihre Militärmissionen „aufzuzwingen“ vermochten, zumal bekannt ist, daß die anglo-französischen Imperialisten in nicht geringerem Maße als ihre deutschen Rivalen bemüht waren, das Osmanische Reich ihrem Diktat zu unterwerfen. Der Sieg des imperialistischen Deutschlands im Wettrennen der Großmächte um die Beherrschung der türkischen Armee erklärt sich vielmehr vorrangig – wie die vorliegenden Aktenbestände eindeutig beweisen – aus der Politik der herrschenden jungtürkischen Clique, die mit Unterstützung des deutschen Imperialismus und Militarismus ihre eigenen aggressiven Ziele am ehesten zu verwirklichen hoffte. Aus diesem Grunde unterstellten die Jungtürken vorbehaltlos die Streitkräfte des Landes den deutschen Militaristen. Djemal Pascha, eines der Mitglieder des türkischen „Triumvirates“, schrieb dazu: „Wir wollten unsere Armee reorganisieren, und deshalb wandten wir uns an Deutschland³. . . Wir waren völlig überzeugt von ihren (den deutschen – E. K. S.) organisatorischen Fähigkeiten, und deshalb erwählten wir gerade sie.“⁴

Die Ansicht, daß die Initiative zur Einladung einer deutschen Militärmission von den Jungtürken ausging, wird ebenfalls von dem ehemaligen türkischen Botschafter in Wien, Hilmi Pascha, vertreten.⁵ Auch Karabekir Pascha betont, daß nach der Katastrophe, die die Türkei im Balkankrieg erlitten hatte, Mahmud Schewket Pascha keinen anderen Weg für die Durchführung der Militärreform sah, als die Armee und den Generalstab den Deutschen zur Verfügung zu stellen.⁶ „Für die Reorganisation der Armee rechne ich bestimmt auf Deutschland“, sagte der Großwesir dem Botschafter von Wangenheim. „Dies ist der wichtigste Punkt meines Programms. Die Armee muß von Grund auf reformiert . . . werden.“⁷

Die Aggressivität des jungtürkischen Regimes und seine Absicht, mit deutscher Unterstützung eine Angriffsarmee für die Verwirklichung expansionistischer Pläne zu schaffen, spricht den deutschen Imperialismus in keiner Weise – wie eine Reihe

² Айрапетян М. Э. *Могилевич, А. А., На путях к мировой войне 1914–1918*, Ленинград 1940, S. 215.

³ *Джемаль-Пауа, Записки* Тифлис 1923, S. 55/56.

⁴ Ebenda, S. 58.

⁵ *Die Große Politik*, a. a. O., Nr 15439, S. 228.

⁶ Kâzım, Karabekir, Cihan harbine neden girdik, nasıl girdik, nasıl idare ettik?, Istanbul 1938, Bd 1, S. 66.

⁷ *Die Große Politik*, a. a. O., Nr 15439, S. 199.

bürgerliche, vor allem deutsche Historiker⁸ nachzuweisen bemüht sind – von der Anklage frei, mit der Entsendung der Militärmission eigene reaktionäre Ziele verfolgt zu haben. Die Dokumente beweisen das Gegenteil. Das kaiserliche Deutschland nutzte die militärische Schwäche der Jungtürken aus, um an die Spitze des Osmanischen Heeres deutsche Generale und Offiziere zu stellen, und die Türkei ihrem politischen Einfluß zu unterwerfen. Der deutsche Militärhistoriker Mühlmann, der mehrere Jahre als Adjudant General Liman von Sanders in der Türkei zugebracht hatte, gab später zu, daß das deutsche Übergewicht in der türkischen Armee den politischen Einfluß Deutschlands am Bosphorus wesentlich verstärkte.⁹

Es entsprach der expansiven Zielsetzung seiner Bagdadbahnpolitik, als der deutsche Imperialismus den Vorschlag der türkischen Regierung, eine Militärmission nach Stambul zu entsenden, unverzüglich aufgriff. Die Verhandlungen wurden von beiden Regierungen streng geheim geführt. Deshalb erfuhren die Diplomaten und Militärfachleute der Entente – trotz ihres sonst ausgezeichnet funktionierenden Spionagedienstes in der türkischen Hauptstadt – erst relativ spät davon. Im November 1913 wurde der Vertrag perfekt, und bereits am 14. Dezember 1913 traf General Liman von Sanders an der Spitze von 42 deutschen Offizieren in Konstantinopel ein.

Vorhandene Dokumente beleuchten, daß die deutsche Militärmission mit dem Auftrag nach der türkischen Hauptstadt kam, die türkische Armee im Interesse des deutschen Imperialismus auf einen Krieg gegen Rußland vorzubereiten. Die Nachricht vom Eintreffen der Mission Liman von Sanders an den Küsten des Bosphorus löste sofort in Petersburg Empörung aus, und Außenminister Sasonov ließ in Berlin wissen, daß die deutsch-türkische Provokation als ein feindseliger Akt gegen die Interessen Rußlands gewertet werde.¹⁰ In einer Sondersitzung der zaristischen Regierung vom 13. Januar 1914 entlarvte Kriegsminister Suchomlinov mit eindeutigen Beweisen die antirussischen Pläne des wilhelminischen Deutschlands. „Die türkischen Truppen“, so führte er aus, „für deren militärische Kampfkraft die deutsche Militärmission verantwortlich ist, befinden sich an unserer Kaukasusgrenze und sind naturgemäß gegen Rußland gerichtet.“¹¹ Doch die Forderung der zaristischen Regierung nach Abberufung der deutschen Militärmission wurde, zumal sich die Downingstreet zurückhaltend verhielt, sowohl in Berlin als auch in Konstantinopel abgewiesen. Die Haltung der britischen Regierung zum russisch-deutschen Konflikt in der Frage der Militärmission ergab sich aus den scharfen kolonialpolitischen Gegensätzen, die noch immer unter den Mitgliedstaaten der Entente, namentlich zwischen Rußland und England, bestanden. Lenin bemerkte dazu treffend: „Neben dem Konflikt der räuberischen Interessen Rußlands und Deutschlands

⁸ Herzfeld, Hans-Julius, Die Limankrise und die Politik der Großmächte in der Jahreswende 1913/14, in *Berliner Monatshefte*, 9/1933, S. 857/858; 10/1933, S. 973–993.

⁹ Mühlmann, Carl, Deutschland und die Türkei 1913–1914, in: Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik (Berlin) und des Instituts für Auswärtige Politik (Hamburg), Berlin 1928, Heft 7, S. 4.

¹⁰ Тарле Е. В., Сочинение Москва 1958, S. 259.

¹¹ Вестник Народного Комиссариата Иностранных дел РСФСР, Москва, 1919, Nr 1, S. 28.

besteht ein nicht minder tiefer, wenn nicht gar noch tieferer Konflikt zwischen Rußland und England.“¹² Trotz seines unüberbrückbaren Gegensatzes zu Deutschland fühlte sich der britische Imperialismus in seiner Herrschaft „über eine Reihe fremder Völker“¹³ auch durch den Zarismus bedroht. Infolge dieser zweideutigen Haltung Englands mußte sich die zaristische Regierung, die sich nicht entscheiden konnte, ihre Auseinandersetzung mit dem deutschen Rivalen bis zum bewaffneten Konflikt zu steigern, mit der Niederlage abfinden. In der Sondersitzung vom 13. Januar 1914 kam das zaristische Kabinett zu folgender Einschätzung der Gegebenheiten: „Auf Grund der Ungewißheit hinsichtlich der aktiven Teilnahme sowohl Frankreichs als auch Englands im gemeinsamen Vorgehen mit Rußland bietet sich keine Möglichkeit, gewisse Druckmittel anzuwenden, da diese einen Krieg mit Deutschland nach sich ziehen könnten.“¹⁴

Die deutsche Militärmission unter Liman von Sanders spielte eine bedeutende Rolle bei der Einbeziehung des Osmanischen Reiches in den Weltkrieg auf seiten der Zentralmächte, außerdem förderte sie unmittelbar den Überfall der Türkei auf Rußland.

Es kann nicht Aufgabe dieser Studie sein, den diplomatischen Kampf, den die beiden Mächtekoalitionen in den ersten Monaten des Krieges in Konstantinopel führten, sowie die Gegensätze in dieser Frage im Lager der Entente im einzelnen zu behandeln. Hauptziel der Darlegung ist es vielmehr, die Politik der herrschenden Kreise der Türkei und die Motive herauszuarbeiten, von denen sie sich bei ihrem Kriegseintritt auf seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns leiten ließen.

Die Initiative über ein mögliches Bündnis zwischen Deutschland und der Türkei ging wiederum von der Hohen Pforte aus. So schreibt Kâzım Karabekir, daß bereits am 20. Juli 1914 auf einer Beratung, an der der Großwesir Said Halim, der Innenminister Talaat-Bey und der Kriegsminister Enver Pascha teilnahmen, der Entschluß gefaßt wurde, sich dem Block der Zentralmächte anzuschließen. Diese Absicht teilten noch in der gleichen Nacht Enver und Talaat dem deutschen Botschafter von Wangenheim mit. Der Botschafter versprach, den türkischen Vorschlag sofort nach Berlin weiterzuleiten und die Antwort der deutschen Regierung unverzüglich mitzuteilen.¹⁵

Unter dem Eindruck des serbisch-österreichischen Konfliktes begrüßte Wilhelm II. jeden Verbündeten auf dem Balkan im Kampf gegen die Slawen.¹⁶ Nach Erhalt des kaiserlichen Einverständnisses wandte sich die türkische Regierung sofort mit dem offiziellen Angebot an Deutschland, gegen Rußland ein Verteidigungs- und Offensivbündnis abzuschließen. Dieses Angebot wurde dem deutschen Botschafter vom

¹² Lenin, W. I., Über den Separatfrieden, in: Werke, Bd 23, 4. Ausg., Berlin 1960, S. 124.

¹³ Ebenda, S. 125.

¹⁴ Вестник НКВД, а. а. О., S. 31/32.

¹⁵ Kâzım, Karabekir, а. а. О., S. 68.

¹⁶ Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, hg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Charlottenburg 1919, Bd 1, Vom Attentat in Sarajewo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote, Nr. 99, S. 123.

Großwesir in der Nacht zum 28. Juli übergeben.¹⁷ Bereits wenige Stunden später lag in Konstantinopel die Zustimmung der „Wilhelmstraße“ vor.¹⁸ Auch die regierenden Kreise der Doppelmonarchie waren von der türkischen Initiative begeistert. Österreich-Ungarn erklärte sich sofort bereit, einem deutsch-türkischen Bündnis beizutreten. Der Botschafter der Doppelmonarchie in Stambul, Pallavinci, leistete entsprechende Vorarbeit.¹⁹

Inzwischen überstürzten sich die Ereignisse. Am 28. Juli überfiel Österreich-Ungarn Serbien. Am 1. August erklärte Deutschland Rußland und am 3. August Frankreich den Krieg. Am darauffolgenden Tag proklamierte Großbritannien den Kriegszustand mit Deutschland. Die beiden feindlichen Mächtegruppierungen begannen verstärkt, neue Bundesgenossen zu werben. Unter diesen Bedingungen entsprach das Bemühen der jungtürkischen Führer, eine Vereinigung der Türkei mit dem deutsch-österreichischen Block zu erlangen, völlig den Interessen des deutschen Imperialismus. Im Ergebnis der türkisch-deutschen Verhandlungen wurde am 2. August 1914 um 4.00 Uhr in Stambul unter äußerster Geheimhaltung der Bündnisvertrag abgeschlossen. Von türkischer Seite unterzeichnete ihn der Großwesir Said Halim, von deutscher Seite von Wangenheim. Dem Abschluß wohnten Enver Pascha und Talaat bei. Am 3. August schloß sich Österreich-Ungarn dem deutsch-türkischen Bündnis an.

Der Text des Vertrages²⁰ zeigt unwiderlegbar, daß er ausschließlich gegen Rußland gerichtet war. Das wurde selbst von den Politikern der jungtürkischen Partei zugegeben. So betont Kâzım Karabekir, daß die antirussische Zielstellung des Vertrages besonders im zweiten Artikel ersichtlich wird. „Auf Grund des zweiten Artikels“, schreibt er, „waren wir gezwungen, Deutschland und Österreich-Ungarn Hilfe zu leisten, d. h. nicht nur die Meerengen zu schließen, sondern auch in den Krieg einzutreten.“²¹

Sowohl der Inhalt des Vertrages als auch die Aussagen jungtürkischer Politiker berechtigten zu der Feststellung, daß sich das Osmanische Reich mit dem 2. August 1914 faktisch entschieden hatte, am Weltkrieg teilzunehmen, obgleich es die Kriegshandlungen wegen ungenügender militärischer Vorbereitung erst Ende Oktober eröffnete. Der angesehene türkische Politiker aus der Zeit der jungtürkischen Revolution, der Historiker Ahmed Bedevi Kuran schreibt zu dieser Frage: „Wir traten keineswegs in den ersten Weltkrieg auf Grund einer Forderung oder einer Drohung

¹⁷ Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, hg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, 5. durchges. u. erweiterte Ausgabe, Berlin 1928, Bd 2, Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung Nr 285, S. 6.

¹⁸ Ebenda, S. 35.

¹⁹ *Номович Ф. И.*, Дипломатическая борьба в годы первой мировой войны. Москва/Ленинград 1947, S. 100.

²⁰ Der vollständige Text des Vertrages ist enthalten in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, a. a. O., Bd 3, Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich, Nr 733, S. 171.

²¹ Kâzım, Karabekir, a. a. O., S. 83–85.

ein, sondern einfach auf eigenen Wunsch und durch eigene Beharrlichkeit.“²² Der türkische Journalist Ahmed Emin Yalman, der sich ebenfalls mit der Geschichte der Türkei, besonders mit der Periode des ersten Weltkrieges beschäftigte, bemerkt, daß der Kriegsminister Enver Pascha und der Innenminister Talaat-Bei bewußt das Schicksal der Türkei herausforderten, um „gegen Rußland einen umfassenden Stoß zu richten“, und die Verwirklichung ihrer pantürkischen Pläne zu erreichen.²³ Die provokatorische Kriegspolitik der regierenden jungtürkischen Clique wurde, wie die Quellen beweisen, ausschließlich von ihren aggressiven Plänen gegenüber Rußland bestimmt.

Bürgerliche amerikanische und englische Autoren heben in der jüngsten Vergangenheit diesen antirussischen Aspekt der jungtürkischen Taktik besonders hervor, um die Türkei als Verbündeten des anglo-amerikanischen Imperialismus zur Neuaufnahme der längst gescheiterten antirussischen Pläne zu inspirieren. So schreibt Charles Hostler, der als Mitglied einer amerikanischen Militärmission von 1948–1954 in der Türkei weilte, in seinem Buch „Turkism and the Soviets“: „Gerade die panislamischen und pantürkischen Ideen der Jungtürken spielten in der Frage der Teilnahme der Türkei am ersten Weltkrieg, als die Jungtürken glaubten, mit Hilfe Deutschlands ihre Expansionspläne zu verwirklichen, eine entscheidende Rolle.“²⁴ Der englische Autor Lewis, Dozent an der Oxford University, bemerkt: „Als der Krieg begann, schlug Enver Pascha vor, an der Seite der Zentralmächte in den Krieg einzutreten.“²⁵

Zum Zwecke der Maskierung des Abkommens mit der deutsch-österreichischen Koalition, und um Zeit für die Durchführung der am 2. August durch Enver Pascha verkündeten Mobilmachung²⁶ zu gewinnen, veröffentlichte die Hohe Pforte am 3. August eine Deklaration über die Neutralität des Osmanischen Reiches. Ein Mitglied des Triumvirats, Djemal Pascha, bekannte später „... wir erklärten uns nur deshalb neutral, um Zeit zu gewinnen. Wir warteten auf den Moment, da unsere Mobilmachung abgeschlossen war, und wir am Krieg teilnehmen konnten.“²⁷

Die Neutralitätserklärung der Türkei nach Ausbruch des Weltkrieges war eine offene Heuchelei. Ahmed Bedevi Kuran bekennt, daß die Partei „Einheit und Fortschritt“ schon in den ersten Tagen des Krieges entschieden hatte, am Krieg teilzunehmen.²⁸ Historiker verschiedener Länder interpretierten wiederholt die Ursachen für die türkische Neutralitätserklärung vom 3. August 1914. Die reaktionäre anglo-amerikanische Geschichtsschreibung ist dabei bemüht, die Schuld für den prodeutschen Kurs des jungtürkischen Regimes der zaristischen Regierung zu unterstellen. So bemerkt der englische Militärgeschichtler Liddell-Hart, als er auf die Verhandlungen der Türkei mit Rußland, die auf Initiative der Hohen Pforte schon vor

²² Kuran, Ahmed Bedevi, *Inkilâp tarihimiz ve Jön Türkler*, Istanbul 1945, S. 342–343.

²³ Emin, Ahmed, *Turkey in World War*, New Haven 1930, S. 68.

²⁴ Hostler, Ch. W., *Turkism and the Soviets*, London 1957, S. 146/147.

²⁵ Lewis, G. L., *Turkey*, London 1957, S. 45.

²⁶ Emin, Ahmed, a. a. O., S. 72/73.

²⁷ *Джемаль-Пама*, a. a. O., S. 101/102.

²⁸ Kuran, Ahmed Bedevi, a. a. O., S. 342/343.

dem Abschluß des Militärbündnisses mit Deutschland und vor ihrer Neutralitätserklärung begonnen worden waren, zu sprechen kommt, daß die zaristische Regierung die türkischen Bündnisvorschläge abgewiesen habe, obwohl sie ihr die einzigartige Möglichkeit geboten hätten, ein Schlupfloch für die Waffen- und Munitionstransporte der westlichen Verbündeten zu gewinnen. „Rußland zog es vor“, schreibt Liddell-Hart, „in die Isolierung zu gehen . . ., da es nicht wünschte, seinen Wunschtraum von der Annexion Konstantinopels und der Meerengen aufzugeben . . .“²⁹

Bei dieser Beweisführung beruft sich Liddell-Hart auf M. N. Pokrovskij, der zu dieser Frage schrieb: „In Petersburg vertrat man die Auffassung, daß man der Türkei keinesfalls – nicht einmal als eines ruhigen und folgsamen – Verbündeten bedürfe. Dort wollte man nicht die Türkei, sondern Konstantinopel haben und der beste Vorwand, sich mit Konstantinopel zu beschäftigen, wäre ein Krieg gegen die Türkei gewesen.“³⁰

Aber gleichzeitig stellte Pokrovskij fest, und dieser richtige Gedanke wird von Liddell-Hart unterschlagen, daß es sich der Zarismus bei der gewaltigen militärischen Auseinandersetzung mit der preußischen Militärmacht nicht leisten konnte, im Kaukasus eine neue Front zu eröffnen. Deshalb war der Zarismus zwar einerseits bestrebt, ein Bündnis mit der Türkei im Interesse seines Annexionsprogrammes zu vermeiden, andererseits aber gedachte er die von Enver Pascha eingeleiteten Verhandlungen auszunutzen, um für eine gewisse Zeit die Türken von einem Krieg gegen Rußland abzuhalten.

Aber auch für die Jungtürken waren die Verhandlungen mit Petersburg nichts anderes als ein taktisches Manöver, um die wahren Ziele zu verschleiern, denn während die Pforte noch mit dem russischen Vertreter in Petersburg verhandelte, hatte sie längst das Militärabkommen mit Berlin zum Abschluß gebracht. Analoge Verhandlungen führte die Pforte mit dem britischen und dem französischen Botschafter in Stambul, um, wie Djemal Pascha schreibt, „deren Verdacht hinsichtlich unseres Bündnisses mit Deutschland zu beseitigen“³¹. Es war charakteristisch für die Heimtücke und Heuchelei des „starken Mannes“ im jungtürkischen Kabinett, Enver Pascha, daß er während der Verhandlungen mit dem russischen Vertreter am 5. und 9. August die friedlichen Absichten der Türkei gegenüber dem Russischen Reich beteuerte und gleichzeitig die Existenz des Angriffsbündnisses mit den Zentralmächten entschieden verleugnete.³² Auch Großwesir Said Halim, der ebenso wie Enver Pascha log, versicherte der russischen Regierung, er sei ein überzeugter Verfechter einer türkisch-russischen Annäherung³³, dabei wußte er genau, daß die Verhandlungen nur geführt wurden, um die militärische Vorbereitung der Türkei speziell gegen Rußland zum Abschluß zu bringen.

²⁹ Лиддell-Гарт, Правда о войне 1914–1918, Москва 1935, S. 121.

³⁰ Покровский, М. Н., Империалистическая война. Сборник статей 1915–1930, 2. erg. Aufl., Москва 1931, S. 153.

³¹ Джемаль-Паша, а. а. О., S. 102.

³² Международные отношения в Эпоху империализма. Документы из архивов царского и Временного правительств 1878–1917 гг., Serie 3 (1914–1917), Bd 6, Teil 1, Москва 1935, Nr 8, 48.

Während sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen der Hohen Pforte und der Entente und den Alliierten untereinander in die Länge zogen, festigte sich endgültig die Stellung der prodeutschen Gruppierung unter Enver Pascha, der sich längst entschieden hatte, die Türkei in den Krieg auf seiten der Zentralmächte hineinzuziehen. Bildeten die Anhänger Enver Paschas auch die Minderheit in der Regierung, so bekleideten sie doch die wichtigsten Funktionen in der Staatsführung. Der Kriegsminister entschied faktisch die Frage: Krieg oder Frieden. So wurde mit seiner Kenntnis, wie Kâzim Karabekir bestätigt, den deutschen Kreuzern „Goeben“ und „Breslau“ die Einfahrt in die Dardanellen freigegeben.³⁴ „Wir selbst“, so schreibt Karabekir dazu, „bemühten uns darum, daß sich diese Flotteneinheiten, die der Schwarzmeerflotte Rußlands überlegen waren, in Stambul befanden.“³⁵ Wie war es möglich, daß die „Goeben“ und die „Breslau“ in die Meerengen einlaufen konnten, wo sich das Mittelmeer unter der ausschließlichen Kontrolle der Seestreitkräfte Englands und Frankreichs befand? Einige westeuropäische Historiker versuchen das Oberkommando der englischen und französischen Streitkräfte im Mittelmeer von der Verantwortung für die Durchfahrt der deutschen Schiffe in die türkischen Gewässer freizusprechen, indem sie behaupten, daß die „Goeben“ und „Breslau“ den Engländern im Mittelmeer versehentlich entwischt wären.

Liddell-Hart bemerkt, die „Goeben“ sei, begleitet von dem Kreuzer „Breslau“, am 10. August in der Einfahrt zu den Dardanellen erschienen, nachdem beide Schiffe die britische Flottille, die in den Gewässern von Sizilien stand, unbemerkt passiert hätten.³⁶ Diese Version wiederholt auch Marriott.³⁷

Die Dokumente erwecken jedoch im Gegensatz zu diesen Äußerungen den Verdacht, daß die britische Regierung die deutschen Kreuzer absichtlich passieren ließ. Außenminister Grey erklärte dem russischen Botschafter unumwunden, er ziehe es vor, „diese zwei Schiffe lieber in den Händen der Türken als in deutschen Händen im Mittelmeer zu sehen.“³⁸ Der englische marxistische Wissenschaftler Gottlieb weist durch umfangreiches Faktenmaterial überzeugend nach, daß englische Seestreitkräfte die „Goeben“ und die „Breslau“ zunächst zu verfolgen begannen. Aber durch das Verbot der britischen Admiralität, die deutschen Kreuzer anzugreifen, vermochten diese der Vernichtung zu entgehen und ihren Verfolgern zu entkommen.³⁹ Gottlieb zitiert hierzu die Meinung des Sekretärs des griechischen Königs: „Wenn

³³ Ebenda.

³⁴ Kâzim, Karabekir, а. а. О., S. 78. — Liddell Hart bemerkt dazu: „Auf der ‚Goeben‘ und der ‚Breslau‘ befanden sich etwa 450 deutsche Offiziere und Soldaten auf dem Wege nach der Türkei, die als Marineinstruktoren unter dem Konteradmiral Souchon eingesetzt werden sollten.“ (Лиддell Гарт, а. а. О., S. 122)

³⁵ Kâzim, Karabekir, а. а. О., S. 186.

³⁶ Лиддell Гарт, а. а. О., S. 121.

³⁷ Marriott, I. A. K., A historical Study in European Diplomacy, 4. Aufl., Oxford 1951, S. 482.

³⁸ Международные отношения в Эпоху империализма, а. а. О., Nr 76 u. 97.

³⁹ Готлиб, В., Тайная дипломатия во время первой мировой войны, Москва 1960, S. 62/63.

die Engländer gewollt hätten, dann hätten sie das Passieren dieser zwei Schiffe in die Dardanellen verhindern können.⁴⁰ Diesen Standpunkt teilen auch Kâzim Karabekir⁴¹ und der damalige türkische Botschafter in Berlin, der ehemalige Marineminister Mahmud Muhtar Pascha. Dieser telegraphierte am 17. Oktober 1914 nach Stambul, daß seiner Meinung nach die britische Regierung entschlossen sei, die Beherrschung der Meerengen durch Rußland zu verhindern und deshalb das englische Mittelmeergeschwader „den Deutschen die Möglichkeit gab, die Schiffe zu retten und im Marmarameer zu verbergen“⁴².

Alle diese Fakten bestätigen die Absicht der herrschenden Kreise Englands, die Meerengen lieber in den Händen der Türkei und sogar unter der Kontrolle Deutschlands als im Besitz Rußlands zu sehen.

Die prodeutsche Clique der Jungtürken unter Enver Pascha und Talaat-Bei sowie die Vertreter Deutschlands in Stambul nutzten diese Gegensätze im Lager der Entente aus, um das Eintreten des Osmanischen Reiches in den Krieg auf seiten der Zentralmächte zu beschleunigen. Petersburg erkannte klar, daß sich im Falle des Kriegseintritts der Türkei der Hauptstoß der deutsch-türkischen Flotte und der osmanischen Armee gegen die Schwarzmeerküste Rußlands und Transkaukasiens richten würde, und deshalb war die zaristische Regierung bemüht, die Hohe Pforte zur Befolgung einer Politik der echten Neutralität zu veranlassen. Aus dem gleichen Grunde verlangte Petersburg von der Türkei die unverzügliche Ausweisung der „Goeben“ und der „Breslau“ aus den türkischen Gewässern. Dabei setzte Rußland, wie das bereits schon einmal während des diplomatischen Konflikts bezüglich der Mission Liman von Sanders geschehen war, große Hoffnung auf die Unterstützung seiner Demarche durch England und Frankreich. Aber auch in diesem Falle gingen beide Mächte über formale Proteste, denen die Jungtürken keine Beachtung schenkten, nicht hinaus.

Im Zusammenhang mit der Niederlage der deutschen Truppen an der Marne und dem erfolgreichen Vordringen der russischen Armee, die einen bedeutenden Teil Galiziens besetzt hatte, forderte der deutsche Oberbefehlshaber von Moltke den Chef der deutschen Militärmission, Liman von Sanders, wiederholt zur unverzüglichen Eröffnung der Kriegshandlungen im Kaukasus, auf dem Schwarzen Meer und im Gebiet des Suezkanals auf.⁴³ Diese dringenden Vorstellungen aus Berlin führten zu einem verstärkten Druck auf die Hohe Pforte. Am 27. September schloß die türkische Regierung die Meerengen. Es wurden Minen gelegt und Sperren errichtet, die Leuchtbojen und Schiffsfahrtszeichen beseitigt und die Durchfahrt gesperrt. Dieser Akt ließ klar erkennen, daß der Moment des Kriegseintritts der Türkei herangerückt war.

⁴⁰ Ebenda, S. 65.

⁴¹ Kâzim, Karabekir, a. a. O., S. 77.

⁴² „Константинополь и проливы“. По секретным документам бывшего Министерства иностранных дел, hg. v. E. A. Адамов, Bd. 1, Moskau 1925, S. 225

⁴³ Лопейл Г., Операции германо-турецких морских сил в 1914–1915 гг., 2. Ausg., Moskau 1938, S. 67

Am 11. Oktober wurde auf einer Beratung in der deutschen Botschaft zwischen von Wangenheim einerseits und Enver Pascha, Talaat-Bei und Djemal-Bei andererseits ein Abkommen geschlossen, das die Türkei verpflichtete, sofort in den Krieg einzutreten, sobald sie von Deutschland eine finanzielle Hilfe⁴⁴ von 100 Millionen Franken erhalten habe.⁴⁵ Am darauffolgenden Tag bestanden, wie Djemal Pascha schreibt, auf einer im engeren Rahmen abgehaltenen Sitzung des Ministerrats alle Anwesenden, abgesehen von Djawid-Bei, darauf, sich unverzüglich am Weltkrieg zu beteiligen.⁴⁶ Während dieser Beratung erklärte der türkische Kriegsminister: „Deutschland ist einverstanden mit der Eroberung Ägyptens, des Kaukasus und sogar Persiens durch die Türkei . . . Deshalb bestehen keine Zweifel, daß wir den Weg nach Turan eröffnen und die Einheit der Türken verwirklichen werden.“⁴⁷

Am 26. Oktober erhielt die Hohe Pforte von Deutschland einen Teil der Anleihe in Gold. Daraufhin forderten von Wangenheim und der Botschafter Österreich-Ungarns in Stambul das unverzügliche Vorgehen der Türkei gegen Rußland. Talaat-Bei und Halil-Bei zauderten. Sie erklärten dem österreichischen Botschafter, daß sie es „bevorzugten, das Frühjahr abzuwarten, bis die Türkei . . . die Vorbereitungen in Persien, im Kaukasus und in Ägypten beendet habe“⁴⁸. Enver Pascha beruhigte jedoch sofort Pallavicini, indem er ihm versicherte, „daß er persönlich unerschütterlich am Kriegseintritt festhalte. Die Flotte bekäme in den nächsten Tagen den endgültigen Befehl . . .“⁴⁹ Diese Worte wurden am 22. Oktober ausgesprochen. Noch am gleichen Tage erhielt der deutsche Oberkommandierende der Seestreitkräfte in der Türkei, Admiral Souchon, von Kriegsminister Enver Pascha folgenden Geheimbefehl: „Die türkische Flotte muß auf dem Schwarzen Meer die Herrschaft erlangen. Finden Sie die russische Flotte, und greifen Sie diese ohne Kriegserklärung an, ganz gleich, wo Sie ihr nur begegnen!“⁵⁰ Dieser Befehl beweist, daß der verräterische Überfall der osmanischen Flotte unter Leitung Souchons auf die russischen Städte Feodosia, Sewastopol, Odessa, Noworossisk keinesfalls nur eine Angelegenheit des deutschen Kommandos war, wie einige Politiker der jungtürkischen Partei⁵¹ und eine Reihe türkische Historiker zu behaupten versuchen. Dieser verbrecherische Überfall erfolgte mit völliger Billigung und unter direkter Beteiligung der Führer der Partei „Einheit und Fortschritt“. Als die Türkei am 29. Oktober die Kriegshandlungen auf dem

⁴⁴ Международные отношения в эпоху империализма, а. а. О., Nr 401; siehe ferner Davenport, B., A History of the Great War 1914. The Genesis of the War, June 1914–August 1915, New York u. London 1916, S. 54; Джемальпаша, а. а. О., S. 107.

⁴⁵ Международные отношения в эпоху империализма, а. а. О., S. 413 Anm. 1.

⁴⁶ Джемальпаша, а. а. О., S. 107.

⁴⁷ Rifat, M. Z., Schwarze Seiten der türkischen Revolution, Beirut 1938, S. 12 (Übersetzung aus dem Armenischen).

⁴⁸ Международные отношения в эпоху империализма, а. а. О., Nr. 414.

⁴⁹ Ebenda. ⁵⁰ Лопейл, Г., а. а. О., S. 68.

⁵¹ Talât pasanın hatıraları, Istanbul 1946, S. 29. – Gottlieb betont, daß Talaat oder Djemal ungeachtet ihrer Dementierung entweder an dem Plan, der von Enver Pascha, dem General von Sanders und dem Admiral Souchon kaltblütig durchdacht worden war, beteiligt waren oder zumindest davon wußten. (Готлиб, В. В., Тайная Дипломатия во время первой мировой войны, Moskau 1960, S. 85.)

12 Kolonialismus und Neokolonialismus

Schwarzen Meer eröffnete, zeigte sie der ganzen Welt, daß ihre Neutralitätspolitik, die sie drei Monate lang befolgt hatte, nichts anderes als ein Betrugs- und Täuschungsmanöver war.⁵² Die Hohe Pforte versuchte ihren früheren politischen Kurs, der auf verlogenen Beteuerungen beruhte, sogar noch weiter zu verfolgen, als bereits die türkische Flotte die russischen Häfen am Schwarzen Meer beschossen hatte. Die türkische Regierung trat mit einer Erklärung auf, in der sie die Schuld für die Eröffnung der Kriegshandlungen auf dem Schwarzen Meer in zynischer Art und Weise der russischen Flotte zuschob. Gleichzeitig erklärte man sich in Stambul heuchlerisch bereit, den Zwischenfall mit Rußland zu bereinigen. Der Großwesir Said Halim äußerte „sein aufrichtiges Bedauern über den Überfall durch die türkische Flotte“, und er bemühte sich, Petersburg davon zu überzeugen, daß der Angriff „völlig gegen den Befehl der Hohen Pforte erfolgt war“⁵³. Der Geschäftsträger in Petersburg übergab eine Erklärung der türkischen Regierung, in welcher davon gesprochen wurde, daß „die Hohe Pforte ... entsprechende Maßnahmen ergreifen werde, um eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhüten ... Wir haben beschlossen“, heißt es weiter, „der kaiserlichen Flotte nicht mehr zu erlauben, ins Schwarze Meer auszulaufen, und hoffen, daß die russische Flotte ihrerseits nicht mehr in unseren Gewässern kreuzt.“ Weiterhin wurde behauptet, „die russische Flotte habe als erste einen ‚feindlichen Akt‘ vollführt“⁵⁴. Die zaristische Regierung wies diese lügnerische Version kategorisch zurück und erklärte, Rußland könne nur dann die Verhandlungen fortsetzen, wenn die Türkei dem Ultimatum der in Stambul vertretenen Botschafter Rußlands, Englands und Frankreichs nachkomme und innerhalb von 24 Stunden die deutsche Militärmission und die im Dienste der Türkei stehenden deutschen Seecoffiziere und Matrosen außer Landes weist sowie es ablehnt, den deutschen Kriegsschiffen weiter Zuflucht zu gewähren.⁵⁵ Die Hohe Pforte ließ das Ultimatum der Entente unbeantwortet. Am 31. Oktober verließ der russische Botschafter Stambul. Am 1. November folgten ihm die Botschafter Englands und Frankreichs. Am gleichen Tage trat in der türkischen Hauptstadt die Kriegspartei, die sich aus einigen Ministern und einflußreichen Politikern der jungtürkischen Partei zusammensetzte, zu einer Beratung zusammen. In den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden wurde auf die „großen Möglichkeiten“ hingewiesen, die der Krieg der Türkei hinsichtlich der Eroberung Ägyptens, Tunesiens, Algeriens und Tripolitaniens und der von Muselmanen bewohnten Gebiete Rußlands eröffnet. Drei Mitglieder der Regierung, die als Gegner des Kriegseintritts der Türkei auftraten, reichten ihre Demission ein. Hauptursache für den Kriegseintritt des Osmanischen Reiches auf seiten des deutsch-österreichischen Blocks waren die Annexionspläne der herrschenden jungtürkischen Clique.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die deutsche Militärmission unter Liman von Sanders auf Initiative der jungtürkischen Regierung nach Stambul entsandt wurde.

⁵² Davenport, A., a. a. O., S. 456.

⁵³ Международные отношения в эпоху империализма, а. а. О., Nr 434, Anm. 1.

⁵⁴ Ebenda, Nr 445.

⁵⁵ Ebenda, Nr 427.

Die prodeutsche Haltung der Jungtürken resultierte aus dem seit 40 Jahren systematisch geförderten deutschen Einfluß in den türkischen Streitkräften.

Die Militärreformen, die die Jungtürken mit Unterstützung des kaiserlichen Deutschlands durchführten, dienten der Aggressionsvorbereitung gegen Rußland, vor allem gegen Transkaukasien.

Diese Aggressionsabsichten der herrschenden Kreise der Türkei entsprachen den Interessen der deutschen Militaristen, die damit rechneten, durch die türkische Armee einen bedeutenden Teil der russischen Kräfte an der Kaukasusfront zu binden. Schließlich hoffte Berlin, durch die Teilnahme des Osmanischen Reiches am Krieg gegen die Entente die zahlreiche muselmanische Bevölkerung der englischen und französischen Kolonien auf die Seite der Zentralmächte zu ziehen. Die Tätigkeit der Mission Liman von Sanders am Vorabend des Krieges in der Türkei war deshalb auch besonders auf die Konzentration einer möglichst großen Anzahl türkischer Truppen an der russisch-türkischen Grenze und auf die Organisation von Spionage- und Diversionsagenturen in Transkaukasien und Mittelasien gerichtet.

Der geheime Militärvertrag, der am 2. August 1914 zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnet wurde, legt eindeutig Zeugnis von dem Plan der Jungtürken ab, auf seiten der Zentralmächte am Weltkrieg teilzunehmen. Das deutsch-türkische Bündnis war gegen Rußland gerichtet und sah die Mitwirkung Deutschlands bei territorialen Eroberungen der Türken in Transkaukasien vor.

Die von der Türkei in den ersten Augusttagen abgegebene Neutralitätserklärung und die daraufhin auf Initiative von Enver Pascha mit Vertretern Rußlands geführten Verhandlungen waren lediglich ein taktisches Manöver, um Zeit für die Mobilmachung der Armee und für andere, bereits vorbereitete militärische Maßnahmen zu gewinnen.

Das Eintreffen der „Goeben“ und „Breslau“ und der fingierte Kauf der deutschen Kreuzer durch die türkische Regierung bestimmten endgültig die Stellung des Osmanischen Reiches im Weltkrieg. Der verräterische Überfall der deutsch-türkischen Flotte auf die Schwarzmeerhäfen Rußlands bedeutete den offenen Kriegseintritt der Türkei an der Seite des deutsch-österreichischen Blocks.

N. LUCKAJA

Die Kolonialpolitik des französischen Imperialismus in Marokko

während der ersten Jahre des Protektorats 1912–1920

Von den Ländern Nordafrikas oder des Maghreb konnte Marokko am längsten seine nationale Unabhängigkeit bewahren. Eine der Ursachen dafür war der scharfe Kampf einiger imperialistischen Mächte um dieses Land, der zu Anfang des 20. Jh. seinen Höhepunkt erreichte. Besonders aktiv traten die imperialistischen Kreise Frankreichs auf, die danach strebten, ihren nordafrikanischen Kolonien Algerien und Tunesien auch noch Marokko anzugliedern.

Um den hartnäckigen Widerstand ihrer Konkurrenten zu brechen, schloß die französische Regierung mit ihnen eine Reihe von Abkommen auf Kosten der Interessen der schwachen Völker.

Im Jahre 1902 wurde ein französisch-italienisches Abkommen unterzeichnet, worin sich die zwei Großmächte über die Verteilung der Einflußsphären einigten. Italien erhielt die Möglichkeit, Tripolitanien zu erobern, Frankreich dagegen Marokko.

Ungleich größere Bedeutung für das Schicksal Marokkos hatte der englisch-französische Vertrag vom 8. April 1904, weil England mehr als alle anderen europäischen Mächte daran interessiert war, daß Frankreich die marokkanische Küste, die der englischen Festung Gibraltar gegenüberliegt, nicht in die Hände bekam.

Deshalb bestand England trotz seiner uneingeschränkten Handlungsfreiheit in Ägypten darauf, daß der nördliche Teil Marokkos an Spanien fiel, was auch in Geheimartikeln festgelegt wurde.

Artikel drei dieses Vertrages lautete: „Les deux Gouvernements conviennent qu'une certaine quantité de territoire marocain adjacente à Melilla, Ceuta, et autres présides doit le jour ou le Sultan cessera d'exercer sur elle son autorité, tomber dans la sphère d'influence espagnole et que l'administration de la côte depuis Melilla jusqu'aux hauteurs de la rive droite du Sebou exclusivement sera confiée à l'Espagne.“¹

Am 3. Oktober 1904 wurde in Paris zwischen Frankreich und Spanien eine Geheimkonvention abgeschlossen, in welcher die zukünftigen Grenzen der spanischen Zone festgelegt wurden. Spanien erhielt das Recht, innerhalb dieser Zone „... de veiller à la tranquillité de ce pays et de lui prêter son assistance pour toutes les formes administratives, économiques, financières et militaires dont il a besoin.“²

Mit anderen Worten, die nördliche Zone Marokkos wurde der ökonomischen und militärischen Macht Spaniens ausgeliefert.

¹ *Traité, codes et lois du Maroc*, Bd 1, Paris 1924, S. 77/78.

² Ebenda, S. 79–81.

Die Aktivität der französischen Regierung stieß auf den erbitterten Widerstand des deutschen Imperialismus. Die deutschen Monopole betrachteten Marokko längst als ihr unmittelbares Interessengebiet, um so mehr, als Deutschland zu Anfang des 20. Jh. hinter England und Frankreich den dritten Platz im Handel mit diesem Lande einnahm.³

Deshalb besuchte Kaiser Wilhelm II. im März 1905 Tanger. „Ich bin nach Marokko gekommen“, erklärte er, „um meine Absicht zu bekunden, mein möglichstes für einen wirksamen Schutz der deutschen Interessen in Marokko zu tun. Den Sultan betrachte ich als einen völlig unabhängigen Monarchen, und mit ihm will ich zu einer Übereinkunft über den verhältnismäßig besten Weg zur Erreichung dieses Zieles kommen.“⁴

In diesem internationalen Konflikt ergriff England die Partei Frankreichs, weil es keine Stärkung Deutschlands wünschte. Die Gespanntheit der internationalen Lage jener Periode wurde von W. I. Lenin in seinen „Hefte zum Imperialismus“ wie folgt charakterisiert: „1905: Um ein Haar Krieg Deutschlands mit Frankreich und England. Marokko wird geplündert („aufgeteilt“).“⁵

Trotz des für Deutschland offensichtlich ungünstigen Kräfteverhältnisses bestand die deutsche Regierung auf der Einberufung einer internationalen Konferenz, die 1906 in Algier stattfand. Die deutsche Diplomatie erlitt auf der Konferenz eine schwere Niederlage. Die Delegierten Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands, der Vereinigten Staaten und Italiens bildeten eine geschlossene Front gegen die Versuche des deutschen Imperialismus, in Marokko auch politisch Boden zu gewinnen und Marokko dem französischen und spanischen Einfluß zu entziehen. Die Konferenz beschloß zwar, die Integrität und Souveränität Marokkos sowie die allgemeine Handelsfreiheit für alle Mächte zu garantieren, übertrug aber zugleich Frankreich und Spanien die Polizeigewalt in den marokkanischen Häfen und bedeutende Vollmachten in der Verwaltung der marokkanischen Staatsbank. Schon im Jahre 1907 begann die Eroberung marokkanischen Territoriums durch französische Truppen. In den folgenden Jahren setzte Frankreich – unter offensichtlicher Verletzung der Beschlüsse von Algier – die Okkupation des Landes fort. Seinem Beispiel folgte auch Spanien. Diese Eroberungen erregten jedoch bei der deutschen Regierung keine sonderliche Unruhe. Nachdem sie am 8. Februar 1909 ein Abkommen mit Frankreich abgeschlossen hatte, worin letzteres sich verpflichtete, die Prinzipien der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Scherifenreiches und der ökonomischen Gleichberechtigung zu wahren, und die deutschen Industrie- und Handelsinteressen in Marokko nicht zu behindern⁶, hielt Deutschland seine Interessen in diesem Lande für geschützt.

Zu dieser Zeit drangen deutsche Gesellschaften in viele Zweige der marokkanischen Wirtschaft ein. Sie waren am Tabakmonopol, an der Ausbeutung der marokkanischen

³ *Wolerom, Gustave*, Le Maroc. Ce qu'il faut en connaître, Paris 1906, S. 171.

⁴ Zitiert nach *Морель, Э. Д.*, Десять лет секретной дипломатии, Москва 1924, S. 71/72.

⁵ *Lenin, W. I.*, Hefte zum Imperialismus, Berlin 1957, S. 678.

⁶ *Морель, Э. Д.*, a. a. O., S. 32.

Reichtümer im Bergbau und an der marokkanischen Gesellschaft für öffentliche Anlagen beteiligt. In Marokko wurde eine deutsche Bank gegründet, in deutscher Sprache erschien eine Zeitung.⁷

Um 1907 entfielen 40 Prozent des gesamten Handels der Stadt Casablanca auf Deutschland. Die regulären Verbindungen zu den marokkanischen Häfen wurden von drei deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften aufrechterhalten. Im gleichen Jahr 1907 wurden acht marokkanische Häfen von 324 deutschen Schiffen mit einem Rauminhalt von 350 777 Tonnen angelaufen.

Die deutschen Firmen beteiligten sich an der Erweiterung des Hafens von Larache, am Bau eines Wellenbrechers in Tanger und an der Erforschung der Mineralreichtümer. In allen Städten des Landes konnte man deutsche Kaufleute antreffen. Ebenso gern schlossen sich die deutschen Firmen internationalen Gesellschaften an, die die Reichtümer Marokkos ausbeuteten. 1907 waren sie an der Gründung der internationalen Assoziation „Union de Mines“ beteiligt, der französische, englische spanische, deutsche, italienische, österreichische, belgische und portugiesische Bankiers und Industrielle beitraten.⁸ Französisch-deutsches Kapital verfügte über eine Monopolstellung im Bau von Eisenbahnlinien in verschiedenen Teilen Marokkos.

Die französische Regierung setzte unter Bruch des Algeciras-Paktes und der französisch-deutschen Deklaration vom 8. Februar 1909 die Eroberung marokkanischen Territoriums fort.

Im Mai 1911 wurde die Stadt Fes, die Hauptstadt des Sultans, von französischen Truppen eingenommen. Die Spanier besetzten El-Ksar el-Kebir und Larache.

Als Antwort darauf erschien im Juli 1911 das deutsche Kanonenboot „Panther“ im marokkanischen Hafen Agadir. Dieser Aggressionsakt bedeutete für die französische Regierung eine völlige Überraschung. Der berühmte „Panthersprung“ und die Forderungen, die Deutschland damit verknüpfte, führten an den Rand eines Weltkrieges. Es begann ein langwieriger und hartnäckiger Handel, bei dem keine der Mächte nachgeben wollte. Erst am 4. November 1911 wurde ein französisch-deutsches Abkommen unterzeichnet. Die französische Regierung trat einen Teil des Kongogebietes an Deutschland ab und erreichte dadurch dessen Verzicht auf politische Ansprüche in Marokko. Frankreich garantierte jedoch die Freiheit der ökonomischen Betätigung der deutschen Monopole in Marokko.

Das französisch-deutsche Abkommen von 1911 räumte für die französischen Monopolgruppen den letzten Nebenbuhler aus dem Wege, und am 30. März 1912 mußte der marokkanische Sultan, der sich in finanzieller Abhängigkeit von französischen Bankiers befand, in Fes den Protektoratsvertrag unterzeichnen.⁹ Marokko verlor seine Unabhängigkeit und geriet unter französische Herrschaft. Eine Ausnahme bildete die Stadt Tanger, die einen internationalen Status erhielt. Spanien wurde am

⁷ Ebenda, S. 22.

⁸ Ebenda, S. 112.

⁹ Im Ergebnis zweier räuberischer Darlehen, die dem Sultan in den Jahren 1904 und 1910 von ausländischen Banken aufgedrängt worden waren, befanden sich die Finanzen Marokkos in einem äußerst traurigen Zustand. Die Passiva erreichten 169 624 000 Franken. (Colliez, A., Notre Protectorat Marocain, Paris 1930, S. 230.)

27. November 1912 durch einen etwa 50 Kilometer breiten Gebietsstreifen entlang der marokkanischen Mittelmeerküste und mit der Enklave Ifni im Südwesten Marokkos abgefunden.¹⁰

Um die Eroberung Marokkos zu rechtfertigen, schrieben französische Autoren, daß im Augenblick der Okkupation in Marokko die Anarchie geherrscht habe. „Le Sultan, discrédité et honni, se déroba à toute collaboration et ne songea qu'à négocier au plus haut prix son abdication. Le mahkzen, sans valeur et sans autorité, n'existait plus que de nom. Les tribus, en pleine révolte partout où nos troupes n'occupaient pas le territoire, s'épuisaient dans la plus complète anarchie.“¹¹

Der Verfasser „vergißt“ dabei, daß die Stämme nur deshalb das Banner des Aufstandes erhoben, um die französischen Truppen aus dem Lande zu jagen, und daß die Unpopularität des Sultans und des Maghzen ein Ausdruck ihrer Nachgiebigkeit gegenüber der ausländischen Einmischung war. Ein ganz anderes Bild schildert der erste Generalresident Frankreichs in Marokko, Marschall Lyautey. In einer seiner Reden, in der er an seinen ersten Marokkobesuch im Jahre 1907 erinnerte, bemerkt er, er sei außerordentlich erstaunt gewesen, als er dort große, gut bewässerte Landgüter vorfand, die genaue Grenzen hatten und nach bestimmten Regeln geordnet waren. Sogar ein flüchtiger Blick auf die angebauten Kulturen zeige, daß das Land gut bearbeitet werde.¹²

Diese Beobachtung ist deshalb so besonders wertvoll, weil viele bürgerliche französische Journalisten sich ebenso wie Réginald Kann bemühten, Marokko der Anarchie zu bezichtigen.

Die Protektoratserklärung bedeutete keineswegs die bedingungslose Unterwerfung des Landes. Die Kolonialpolitik des französischen Imperialismus in Marokko begann mit militärischen Operationen, mit der Eroberung durch Feuer und Schwert. Die „Befriedung“ Marokkos dauerte bis 1934, als die letzten Herde des Widerstandes vernichtet wurden.

Sofort nach der Errichtung des Protektorats antwortete das Land mit dem Aufstand. Der Vertrag von Fes wurde als Verrat betrachtet, um so mehr, als vier Jahre vor der Protektoratserklärung der marokkanische Sultan Abd el-Aziz gerade deshalb von aufständischen Stämmen gestürzt worden war, weil er das Land den Ausländern überließ. Von seinem zum Sultan ausgerufenen Bruder Abd el-Hafid hatten die Volksmassen gehofft, er werde der französischen Invasion widerstehen.

Besonders heftig war der Aufstand der Berberstämme in den Bergen des Mittleren Atlas, die den französischen Okkupanten energischen Widerstand entgegensetzten. In der Hauptstadt Marokkos, Fes, wurde drei Tage lang erbittert gekämpft. Die Volksmassen, unterstützt von Soldaten der Armee des Sultans, rechneten mit den verhaßten französischen Soldaten und Offizieren ab.

Die Franzosen bombardierten Fes¹³, der Aufstand in der Stadt wurde niedergeschlagen. Doch in den ersten Maitagen griffen Tausende von Marokkanern erneut die Hauptstadt an.

¹⁰ *Traité, codes et lois du Maroc*, Bd 1, Paris 1924, S. 120/121.

¹¹ Kann, Réginald, *Le protectorat marocain*, Paris 1921, S. 63.

¹² *L'Afrique Française*, 1/1924, S. 49.

¹³ Ayache, Albert, *Le Maroc*, Paris 1956, S. 70.

Empört über den Verrat des Sultans, der ihr unabhängiges Land den Fremden ausgeliefert hatte, erhoben sich die Stämme. Überall flammten Aufstände auf. Das französische Okkupationskorps unterdrückte sie in Marrakesch, in Chauia, in Rabat dann wieder im Süden, bei Mogador. Die Marokkaner, die sich den Okkupanten nicht unterwerfen wollten, widersetzten sich beharrlich. Im Gebiet von Sus wurde der Kampf von El-Hiba geleitet. Sein Einfluß reichte bis nach Marrakesch. Als er eine Reihe von Stämmen unter seinem Kommando vereinigt hatte, wandte er sich gegen Marrakesch, das von der französischen Verwaltungsbehörde geräumt werden mußte. Am 17. August nahm El-Hiba die Stadt ein und zog an der Spitze seiner Truppen weiter nach Norden.¹⁴

Um das Land niederzuzwingen, entsandte die französische Regierung Verstärkungen unter Führung des Generals Lyautey, der sich durch die Niederwerfung der nationalen Befreiungsbewegung auf Madagaskar schon einen traurigen Ruhm erworben hatte und am 27. April 1912 zum Generalresidenten von Marokko ernannt wurde.

Kaum in Fes angekommen, begann Lyautey mit der Eroberung des Landes. Im Süden Marokkos, wo sich schon seit langem Feudalverhältnisse herausgebildet hatten, unterwarfen sich sieben große Kaida oder Feudalherren, faktisch die Herren dieses Gebietes, den Eroberern und wurden ihre Vasallen. In den nördlichen und zentralen Bezirken des Landes, wo es noch starke Überreste der ursprünglichen Gemeindeordnung gab, wollten sich die Stämme den Okkupanten nicht unterwerfen. Zur Eroberung dieser Gebiete entsandte die französische Truppenführung Strafexpeditionen. Mit Feuer und Schwert wollten die französischen Kolonisatoren die Unterwerfung erzwingen. Sie rissen die Stammesterritorien an sich, trieben das Vieh fort oder schossen es nieder, äscherten die Dörfer ein und verbrannten die Saaten.¹⁵ Wenn die Kolonialsöldner in ein Dorf eindrangen, so entwaffneten sie den Stamm. Oft nutzten sie Zwistigkeiten zwischen den Stämmen aus und hetzten unterworfenen auf nicht unterworfenen Stämme, wofür sie ihnen einen Teil der Beute abgaben. Um ihre Macht zu festigen, errichteten die Kolonisatoren in den eroberten Gebieten Militärstützpunkte.

Eine offizielle französische Anweisung für die Kampfhandlungen der Expeditionstruppen empfahl: „Alle Repressalien müssen schnell und hart durchgeführt werden. Vor dem Verbrennen der Dörfer und der Saaten darf nicht zurückgeschreckt werden, da die Erfahrung gezeigt hat, daß Großzügigkeit als Schwäche ausgelegt wird und die Marokkaner nur zu neuen Überfällen reizt.“¹⁶

Die französischen Behörden vernichteten langsam und planmäßig alle Kräfte, die nicht bereit waren, sich ihrem Diktat zu unterwerfen.

Das ganze Jahr 1912 hindurch währte die grausame Niederwerfung der sich widersetzenden Stämme. Am 28. Mai 1912 wurde Fes eingenommen, im Juni und Juli des gleichen Jahres wurden militärische Operationen zur Beherrschung des Nordens

¹⁴ Khorat, Pierre, *Scènes de la pacification marocaines*, Paris 1914, S. 277.

¹⁵ Martinot, A., *Les délires de l'impérialisme et les folies marocaines*, Paris 1925, S. 170/171.

¹⁶ Frunse, M. W., *Die europäischen Zivilisationen und Marokko*. Ausgewählte Schriften, Berlin 1956, S. 460.

und Ostens durchgeführt. Im Süden eroberten Söldner des französischen Imperialismus in Kämpfen mit den Truppen El-Hibas am 7. September Marrakesch und setzten die Okkupation des Gebietes Oum er Rbia-Marrakesch-Safi fort.¹⁷ Auf den eroberten Territorien wurden Militärposten errichtet. Neben den militärischen Operationen korrumpierten die französischen Eindringlinge einzelne Stammesführer, um sie auf ihre Seite zu ziehen.¹⁸

Im Jahre 1913 gelang es den französischen Truppen, die inzwischen auf 70 000 Mann angewachsen waren¹⁹, das Gebiet um die Städte Fes und Meknes zu besetzen und die okkupierte Zone um Rabat und Casablanca zu erweitern. Außerdem unterwarfen sich ihnen, wie schon erwähnt, die Kaida der Ebenen im Süden bis zu den Ketten des Großen Atlas. Aber in den unterworfenen Gebieten leisteten einige Stämme noch hartnäckigen Widerstand.

Die halbnomadischen Stämme der Zaïan, die das Gebiet am Fluß Oum er Rbia bewohnten, und die Stämme des Taza-Korridors waren durch die Strafexpeditionen nicht besiegt, obwohl es den Truppen des Generals Henry gelungen war, Khenifra zu nehmen und die Kolonnen Gourands und Baumgartens im Korridor von Taza vorrückten. Der Führer der Zaïan nutzte jede Gelegenheit, den Franzosen Niederlagen zuzufügen. Mit wechselndem Erfolg wurden erbitterte Kämpfe geführt.

Im Mai 1914 gelang es den französischen Okkupanten, den Korridor von Taza zu besetzen, und sich dadurch die Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Teilen des Landes zu sichern.

Doch trotz der starken Konzentrierung französischer Truppen im Lande und ungeachtet der gewaltigen Kosten, die die französische Regierung für die Eroberung aufgewandt hatte, war Marokko zu Beginn des ersten Weltkrieges keineswegs endgültig besiegt.

Nach offiziellen Angaben wurden von 1909 bis 1914 für die Unterwerfung Marokkos ausgegeben²⁰:

im Jahre 1909	1 700 000 Franken
im Jahre 1910	1 200 000 Franken
im Jahre 1911	6 300 000 Franken
im Jahre 1912	13 300 000 Franken
im Jahre 1913	24 400 000 Franken
im Jahre 1914	33 300 000 Franken
insgesamt	80 200 000 Franken

In Wirklichkeit überstiegen die Ausgaben die genannte Summe.

Die französischen Behörden erhöhten laufend die Stärke der Okkupationstruppen in Marokko. Zu Beginn des ersten Weltkrieges zählte das Expeditionskorps bereits 90 000 Mann.²¹ Auf diese Weise unterhielt Frankreich unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg in Marokko eine hervorragend ausgerüstete Armee.

¹⁷ Bernard, Augustin, *La France au Maroc*, Paris 1917, S. 7.

¹⁸ Kann, Réginald, a. a. O., S. 2.

¹⁹ Ayache, Albert, a. a. O., S. 329.

²⁰ Павлов, М., *Борьба за Азию и Африку*, 1923, S. 185.

²¹ Ebenda, S. 187.

Der Nordteil Marokkos kam, wie erwähnt, durch den spanisch-französischen Vertrag vom 27. November 1912 unter die Herrschaft des reaktionären spanischen Regimes. Dadurch wurde Marokko, berücksichtigt man auch die Abtrennung des Tanger-Gebietes als internationale Zone, praktisch in drei Teile zerschlagen. Auf dem ehemals einheitlichen Territorium existierten nunmehr von den Imperialisten geschaffene künstliche Grenzen.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges war Frankreich, trotz der Vergrößerung seiner Okkupationsarmee und des riesigen finanziellen Aufwandes, die Eroberung Marokkos noch nicht völlig gelungen. Mehr noch, das marokkanische Problem, das im Grunde genommen eine der Ursachen des ersten Weltkrieges war, spielte im Verlaufe des ganzen Krieges eine sehr bedeutende Rolle.

Frankreich war nicht auf den Krieg vorbereitet. Deshalb bestand der erste Beschluß der französischen Regierung darin, zur Verteidigung der französischen Grenzen Truppen aus Marokko abzuziehen. Der Generalresident wurde aufgefordert, den größten Teil seiner Truppen nach Frankreich abzukommandieren, sie aus den weit von der Küste im Inneren des Landes gelegenen Städten zurückzuziehen und nur in den Hafenstädten die unumgänglich notwendige Truppenstärke aufrechtzuerhalten.

General Lyautey widersetzte sich diesem Plan entschieden. Er erklärte, die Evakuierung der Städte bedeute eine Ermunterung der Stämme, die augenblicklich die befestigten Küstenstädte belagern würden. Die ganze von ihm geführte Eroberungskampagne werde ein Fiasko erleiden.

Am 30. Juli 1914 tagte der Kriegsrat. Es wurde beschlossen, die in Marokko eroberten Positionen zu halten.

Weil aber ein Teil der Truppen trotzdem nach Frankreich geschickt werden mußte, steckte Lyautey die arbeitsfähige französische Bevölkerung Marokkos in Uniformen, um den Anschein zu erwecken, daß in Marokko nach wie vor starke französische Streitkräfte stationiert seien.

Im Verlaufe der ersten drei Kriegsmonate setzten die französischen Truppen in Marokko die aktiven Kampfhandlungen in den Bezirken Tadla-Khenifra, Taza und Sus fort, wo ihnen besonders die Truppen El-Hibas zu schaffen machten, die bald in Marokko auftauchten, bald nach Mauretanien zurückwichen.

Am 13. November 1914 erlitten die Franzosen im Raum von Khenifra eine schwere Niederlage. 600 französische Soldaten blieben tot auf dem Schlachtfeld.²²

Im Mai und Juni 1914 schlugen Truppenteile unter dem Kommando des Generals Henry zahlreiche Angriffe noch nicht niedergeworfener Stämme zurück.

Die französische Truppenführung unternahm in dieser Zeit keine entscheidenden Maßnahmen, und es gelang ihren Truppen lediglich, an der Nord- und Südfront des Taza-Gebietes 20 bis 30 Kilometer in bisher unbesetztes Territorium vorzustoßen.

Im Süden Marrakeschs wurden mit den von El-Hiba geleiteten Stämmen heftige Kämpfe geführt, ebenso im Norden mit den Abteilungen Abd el-Maliks.

²² Cambon, Henri, *Histoire du Maroc*, Paris 1952, S. 254/255; Colliez, A., a. a. O., S. 120.

Im Gebiet des Mittleren Atlas setzte Moha ou Hamou den Widerstand fort.

Am 25. März 1917 wurde El-Hiba geschlagen und mußte zurückweichen.²³

Die Weigerung der marokkanischen Stämme, sich den französischen Eroberern zu unterwerfen, schreiben viele französische Autoren in den meisten Fällen dem Einfluß der deutschen Propaganda zu. Colliez, Cambon, Kann, Bernard und viele andere sind der Meinung, daß die antifranzösische Propaganda deutscher Agenten die Stämme zum Aufstand getrieben habe. So behauptet Bernard, Moha ou Hamou habe Verbindungen zu El-Hiba und Abd el-Malik aufrechterhalten, welche ihm deutsche Unterstützung versprochen und ihn zum Heiligen Krieg aufgerufen hätten.²⁴

Es soll nicht bestritten werden, daß es in Marokko ein dichtes Netz deutscher Agenten gab, die Einfluß auf die Führer verschiedener Stämme besaßen. Dennoch war diese Propaganda nicht das entscheidende Moment. Die freiheitsliebenden marokkanischen Stämme wollten sich keinerlei Diktat unterwerfen – weder dem französischen, noch dem spanischen oder deutschen. Die Stämme der französischen Zone Marokkos kämpften gegen die französischen Eroberer, die ihr Gebiet besetzt hatten, genauso erbittert wie die Stämme der spanischen Zone gegen die spanischen Truppen.

Es steht außer Zweifel, daß die Führer einzelner Stämme die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten ausnutzten, um finanzielle Unterstützung oder zusätzliche Waffen zu erhalten. Aber die Mehrzahl der Stammesführer ließ sich auf keinerlei Abkommen mit Ausländern ein und verteidigte das Land selbstständig gegen die unerwünschten Eindringlinge.

Der deutsche Spionagedienst arbeitete besonders aktiv in der spanischen Zone Marokkos. Während des Krieges war der spanische Teil Marokkos geradezu überschwemmt von deutschen Agenten, die sich als Angestellte, Juweliere, Kleinhändler usw. ausgaben. Sie leisteten den Stämmen finanzielle Unterstützung für den anti-französischen Kampf, der von Abd el-Malik, dem Sohn des berühmten algerischen Feldherrn Abd el Kader, geführt wurde. Sie boten dem Führer der Beni Uriaghel, Mohammed Abd el-Krim, Geld und Waffen an, damit er ebenfalls den Kampf gegen die Franzosen eröffne.²⁵ Jedoch trotz ihres Angebots und trotz Abd el-Maliks Versuch, die Rifstämme auf seine Seite zu ziehen, blieben diese neutral und wollten nicht gegen die französischen Truppen kämpfen, die damals ihr Gebiet nicht unmittelbar bedrohten.

Unter den Augen der spanischen Verwaltung wurden auf Schmuggelwegen deutsche Waffen nach Marokko gebracht. Die Seele dieses Schmuggelhandels war der spanische Konsul Soston, der mit einer Deutschen verheiratet war und während des Krieges in Tanger lebte. Die Waffen wurden über Melilla, Tetuan, Ceuta und Tanger geliefert. In den Küstengewässern der spanischen Zone fanden deutsche

²³ Bordeaux, Henri, *Le visage du Maroc*, Paris 1954, S. 213.

²⁴ Bernard, A., a. a. O., S. 369.

²⁵ *Mémoires d'Abd el-Krim*, recueillis par J. Roger-Mathieu, Paris 1927, S. 60/61.

Unterseeboote Unterschluß.²⁶ Deutschland nützte die französisch-spanischen Gegensätze in Marokko geschickt für seine Ziele aus.

Die französische Regierung war in der Kriegsperiode bestrebt, die marokkanischen Ressourcen auszunützen. Von August 1914 bis September 1917 preßte sie aus Marokko 387 000 Tonnen Lebensmittel – vor allem Getreide – heraus. Indem sie das Korn zu erhöhten Preisen verkaufte, erzielte sie Gewinne in Höhe von 300 Millionen Goldfranken.

Außerdem wurden 25 000 Menschen in die Metropole als Fabrikarbeiter geschickt, und 12 500 wurden als Freiwillige für die Armee geworben.²⁷ Sowohl die Lebensmittel- als auch die Menschenreserven des Landes wurden von Frankreich, das Marokko als seine neue Kolonie betrachtete, rücksichtslos ausgebeutet.

Zur Eroberung weiterer marokkanischer Gebiete kam es während des ersten Weltkrieges nicht. Frankreich bemühte sich vielmehr, die bereits unterworfenen Stämme unter seiner Botmäßigkeit zu halten, die Führer der widerspenstigen Stämme auf seine Seite zu ziehen. Der französische Imperialismus wartete das Ende des ersten Weltkrieges ab, um dann einen Generalangriff gegen den noch unbezwungenen Teil Marokkos zu führen.

Schon lange vor der Errichtung des Protektorats hatte das französische Kapital Marokko ökonomisch erobert. Vor der Unterzeichnung des Protektoratsvertrages wurde die finanzielle Durchdringung Marokkos von den bedeutendsten Finanzgruppen Frankreichs planmäßig durchgeführt. In erster Linie waren das die „Banque de Paris et des Pays-Bas“, die „Banque de l'Union Parisienne“, der Schneider-Konzern und andere. Diese Gruppierungen besaßen in Marokko ihre Tochtergesellschaften, deren Aufgabe es war, die ökonomische Vorherrschaft Frankreichs durchzusetzen.

Die Eroberung Marokkos kostete der französischen Regierung mehr als zwei Milliarden Franken²⁸, Nutzen aus der Errichtung des Protektorats aber zogen nur einzelne Gruppen von Kapitalisten.

Die „Banque de Paris et des Pays-Bas“, der „Credit Foncier d'Algérie et de Tunisie“, die „Banque de l'Union Parisienne“ und die „Compagnie Commerciale de Bordeaux-Bassens“ verteilten die Einflußsphären im Handel und in der Industrie Marokkos. Von ihnen wurde das ökonomische und politische Leben des Landes beherrscht.

Der französische Kommunist Pierre Semard schreibt in seiner Untersuchung über die Rolle der Banken in Marokko: „Sie sitzen in allen Aufsichtsräten: in den vier Eisenbahn-Konzessionsgesellschaften, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (Kapital zehn Millionen), der Gesellschaft Marokkanischer Brauereien (Kapital sechs Millionen), der Mühlengesellschaft von Maghreb (zwölf Millionen), der Marokkanischen Licht- und Kraftgesellschaft (1 250 000), der Gesellschaft der Gemeindefürsorge (6 200 000), der drei landwirtschaftlichen Gesellschaften Marokkos:

²⁶ Ebenda, S. 62.

²⁷ Collier, a. a. O., 117/118.

²⁸ Павлович, Мих., Французский империализм и экономическое развитие Франции в XX столетии, Petrograd 1918, S. 69.

„Marokkanische Gesellschaft für Landwirtschaftsbetrieb“ (Kapital eine Million), „Landwirtschaftsgesellschaft von Marokko“ (Kapital drei Millionen) und „Sebou-Gesellschaft“ (Kapital acht Millionen), der Allgemeinen Gesellschaft zum Ausbau von Casablanca (Kapital fünf Millionen), der Kalk- und Baumaterialgesellschaft von Marokko (Kapital 14 Millionen), der Immobilien- und Bau-Gesellschaft (Kapital zwei Millionen) und der Marokkanischen Exportgesellschaft (fünf Millionen).“²⁹ Auf diese Weise kontrollierte eine Gruppe französischer Banken die Wirtschaft Marokkos. Die Hauptrolle spielte jedoch die „Banque de Paris et des Pays-Bas“.

Wenn sich nach dem ersten Weltkrieg die Gesamtsumme der Kapitalanlagen im Handel und in der Industrie auf 483 Millionen Franken belief, so kontrollierte diese Bank unmittelbar 198 Millionen, indirekt (über die „Allgemeine Gesellschaft von Casablanca“ und die „Allgemeine Marokkanische Gesellschaft“) nochmals 48 Millionen. Auf diese Weise befanden sich mehr als die Hälfte der in Marokko investierten Kapitalien unter der Kontrolle der „Banque de Paris et des Pays-Bas“³⁰.

Die Eroberung Marokkos hatte in Frankreich bedeutende Börsenspekulationen zur Folge. Im Jahre 1912 gingen in Casablanca 8744 Einwanderer an Land, darunter 5863 Franzosen, 1335 Spanier, 1055 Italiener, 84 Engländer und 62 Deutsche.³¹ In den folgenden fünf Jahren stieg die Anzahl der Einwanderer auf 25 000 Personen.³²

In Marokko setzten Bodenspekulationen ein. André Collier führt als Beispiel für derartige Spekulationen an, daß ein Eigentümer im Jahre 1913 einen Kaufpreis von drei Millionen Franken für sein Stück Land im Weichbild der Stadt zurückwies, während er selbst für dieses Land im Jahre 1911 nur 19 000 Franken gezahlt hatte.³³

Im Jahre 1916 wurde ein Komitee für die Kolonisation gegründet³⁴, dessen Aufgabe es war, Bodenparzellen ausfindig zu machen und an die Siedler zu verteilen. Nach Angaben der Landwirtschaftsverwaltung des Protektorats gab es in Marokko 9 500 000 ha zur Bearbeitung geeigneten Bodens, der sich wie folgt aufteilte³⁵:

Felder mit Fruchtfolge	2200 000 ha
Weideland	4700 000 ha
Sumpfiger Boden	80 000 ha
Gemüsefelder, Weinberge, Gärten	50 000 ha
Wälder	470 000 ha
Brachland	2000 000 ha

Die Kolonisation ging in sehr raschem Tempo voran, der Boden dazu wurde hauptsächlich auf Kosten der Gemeinde- und Stammesländereien gewonnen. Bis 1921 waren der einheimischen Bevölkerung etwa 900 000 ha der besten Böden geraubt worden. Die französischen Behörden bemühten sich, den Gemeinschaftsbesitz an

²⁹ Semard, Pierre, Marokko, Hamburg 1925, S. 28.

³⁰ Ebenda, S. 29.

³¹ Collier, A., a. a. O., S. 298.

³² Ebenda.

³³ Ebenda.

³⁴ Kann, R., a. a. O., S. 176.

³⁵ Ebenda, S. 184.

Boden zu zerstören und dieses Land in individuelles Eigentum zu verwandeln. Indem sie bei der Neuverteilung einen Teil des Landes konfiszierte, schuf die französische Verwaltung einen Bodenfonds für die Ansiedlung. In diesen Kolonisationsfonds wurde sogar ein bedeutender Teil der staatlichen Ländereien übernommen. 1923 waren mehr als 1000 französische Siedler auf 300 000 ha angesiedelt.³⁶

Diese Kampagne, bei der das Land seinen rechtmäßigen Eigentümern entrissen wurde, ging unter der Leitung des 1919 gegründeten „Regierungsschutzzrates für Gemeinschaftsländereien“ vor sich. Er bestimmte die Größe der Bodenanteile für die marokkanische Bevölkerung und beschlagnahmte den sogenannten Überschuß. Juristisch gesehen wurden die alten marokkanischen Gesetze, nach welchen Gemeindeländereien nicht enteignet werden durften, von den französischen Behörden nicht außer Kraft gesetzt, sondern nur „etwas abgeändert“. Die Enteignung wurde mit Zustimmung der Protektorsregierung gestattet. Der Bodenbesitz von Religionsgemeinschaften, der nach muslimischem Gesetz unverkäuflich war, konnte unter dem Vorwand des „Austausches gegen Geld“ ebenfalls gekauft und verkauft werden.³⁷

Der Vizepräsident der französischen Abgeordnetenkammer, Bouilloux-Lafon, bemerkte in einem Vortrag im Jahre 1915: „Le Protectorat est parvenu à mobiliser dans certaines conditions les terres domaniales maghzen, les terres habous ou pieuses, les terres des tribus . . . Et les colons peuvent en outre acquérir les biens privés (melk).“³⁸

Die Errichtung des französischen Protektorats verstärkte die Rassendiskriminierung der einheimischen Bevölkerung. Wenn ein französischer Landarbeiter im Monat von 500 bis 1000 oder sogar 1500 Franken erhielt und ihm außerdem eine Wohnung nebst Gemüsegarten und Geflügelhof zur Verfügung stand, so bekam ein Marokkaner, je nach seinem Bezirk, 90 bis 360 Franken, und der Arbeitslohn für Frauen und Kinder erreichte höchstens sechs Franken täglich.³⁹

Außerdem wurde die bäuerliche Bevölkerung des Landes gezwungen, sich am Bau strategisch wichtiger Bahnlinien und Straßen zu beteiligen. Nur die wohlhabenden Schichten des Dorfes, die Feudalherren, konnten sich von der Arbeitspflicht freikaufen.

Der französische Kapitalzustrom nach Marokko brachte die Notwendigkeit mit sich, für die von französischen Gesellschaften oder Einzelpersonen gegründeten Unternehmen Arbeitskräfte zu sichern. Ein Teil der Bauern, denen das Land genommen worden war, und auch solche, die die drückenden Steuern nicht bezahlen konnten, verdingten sich zur Arbeit in Bergwerken, bei Baugesellschaften oder in der Holzverarbeitung.

Viele Bauern arbeiteten als Landarbeiter oder Pächter auf den der einheimischen Bevölkerung geraubten Feldern der französischen Siedler. Die französischen Siedler

³⁶ *L'Afrique Française*, 1/1924, S. 49.

³⁷ *Аграрный вопрос и крестьянское движение*, Moskau, 1932 S. 124.

³⁸ Zitiert nach: *Le Maroc français en 1925 d'après le rapport de M. Bouilloux-Lafon*, vice-président de la chambre, in *Renseignements coloniaux*, 8/1925, S. 385.

³⁹ *L'Enquête de la Résidence générale du Maroc sur la crise de la main-d'œuvre*, in *Renseignements coloniaux*, 2/1931, S. 116/117.

bedienten sich in steigendem Maße des Systems der Fronarbeit. Sie stellten der Bauernfamilie eine Hütte und ein paar Obstbäume oder ein kleines Gemüsefeld zur Verfügung und zwangen damit den Bauern, für einen Hungerlohn auf den Feldern zu arbeiten. Viele von ihrem Boden vertriebene Bauernfamilien gingen jedoch in die Berge, rodeten Waldflächen und gewannen sich so neues Ackerland.

Um die französischen Unternehmen mit billigen Arbeitskräften zu versorgen, führten die Behörden einiger Bezirke Arbeitsbücher ein, deren Inhaber jährlich einige Monate in einem beliebigen Betrieb arbeiten mußten.

Sehr nachteilig wirkte sich auf die Lage der marokkanischen Bauern und Nomaden auch die Entwicklung des Waren-Geldverhältnisses aus, das sich nach Errichtung des Protektorats rascher ausbreitete. Da die Steuern in Geldform entrichtet werden mußten, waren die Bauern gezwungen, stets einen großen Teil ihrer Produkte zu verkaufen. Oft genug mußten sie sich an Wucherer um Hilfe wenden, damit die geforderte Summe rechtzeitig gezahlt werden konnte. Neben den einheimischen Kaufleuten traten allmählich auch französische Kolonisten als Wucherer auf. Das wurde ihnen durch Bankkredite ermöglicht, die sie zu verhältnismäßig niedrigen Zinsen erhalten konnten. Die Kolonisten forderten für ihre Darlehen von den Bauern nicht nur übermäßig hohe Zinsen, sie fesselten damit auch die in ihre Abhängigkeit geratenen Fellachen an sich und ihren Landbesitz. Die marokkanischen Bauern, die der Möglichkeit beraubt waren, selbst Kredite zu erhalten und die sich daher in Schuldverpflichtungen verstrickt hatten, arbeiteten fast unentgeltlich auf den Feldern der Kolonisten.

Nach der Errichtung des Protektorats verschärfte sich die steuerliche Ausplünderung der Bevölkerung. Die einheitliche Landwirtschaftssteuer „Tertib“, die für die Saaten, das Vieh und die Obstbäume erhoben wurde, ermöglichte einen unbestraften Raub. Die Höhe der Steuer änderte sich jährlich, sie war vom Ergebnis der Ernte abhängig und wurde willkürlich von dem Kaid oder Scheich festgesetzt, der die Steuer einzog und dafür vier bis sechs Prozent der Einkünfte erhielt. In der Zeit von 1915 bis 1925 erhöhten sich die Einkünfte aus dem „Tertib“ von 20,7 Millionen Franken auf 115,4 Millionen.⁴⁰

Die Last der Steuern traf jedoch nicht die europäische Bevölkerung, die nach einem Erlass vom 23. Juli 1923 für die Bodenbearbeitung nach „europäischen“ Methoden 50 Prozent Ermäßigung erhielt. Im gleichen Jahre wurden von der Gesamtsteuersumme in Höhe von 65 Millionen Franken 97,5 Prozent von der marokkanischen Bevölkerung, jedoch nur 2,5 Prozent von den ausländischen Kolonisten aufgebracht, obgleich ihnen mindestens 20 Prozent des Bodens gehörten.⁴¹ Die Bauern, die ihre Produkte auf dem Markt verkauften, mußten außerdem eine Marktsteuer zahlen.

Die ökonomische Lage der Bauern verschlechterte sich auch dadurch beständig, daß die französischen Behörden, um den Raub der Stammesländereien zu erleichtern, in verstärktem Maße den Übergang vom gemeinschaftlichen zum privaten Land-

⁴⁰ *Collier, A.*, a. a. O., S. 226.

⁴¹ *L'Afrique Française*, 6/1924, S. 377/378.

eigentum vorantrieben. Am 5. Dezember betonte Lyautey in einer Rede, die er auf einer Sitzung der Landwirtschaftsakademie in Rabat hielt: „... beaucoup de tribus ont gardé la coutume antique de la propriété collective des terres. Nous arrivons progressivement à leur faire comprendre, à les convaincre que la véritable forme de la propriété est la propriété individuelle.“⁴²

Es unterliegt allerdings keinem Zweifel, daß das individuelle Eigentum eines verarmten, von Wucherern abhängigen Bauern viel leichter eine Beute der Kolonisatoren wird, als das ungeteilte Eigentum von Stämmen oder Gemeinden.

Auf dem Gebiet der Industrie waren alle Kommandoposten vom französischen Monopolkapital besetzt: die Holzverarbeitung, die Phosphorit- und Eisenbergwerke, die Eisenbahnen, die Häfen, die fischverarbeitende Industrie, die Elektrizitätswerke.

Marokko ist reich an Bodenschätzen; es werden Phosphorite, Mangan, Zink, Blei, Gips, Steinsalz, Steinkohle, Erdöl, Kobalt und Eisen gewonnen. In geringen Mengen gibt es Pyrite, Kupfer, Fluor, Baryt, Antimon, Glimmer, Vanadium, Beryllium, Gold und Silber.

Das im Jahre 1914 herausgegebene Bergbaureglement eröffnete den französischen Unternehmern nach der Errichtung des Protektorats große Möglichkeiten. Der Staat gewährte ihnen das Recht, Schürfungen durchzuführen und die Bodenschätze auszubeuten.

Das 1920 geschaffene „Office Chérifiens des Phosphorates“ nahm die Ausbeutung der Phosphatlager in den Bezirken Khouribga und Louis Gentil in Angriff. Seit 1922, als die ersten Tonnen des Minerals nach Casablanca geschickt wurden, stieg der Abbau ständig an.

So kann man feststellen, daß nach der Protektoratserklärung die überwiegende Zahl der bergbauverarbeitenden Industriezweige in den Händen französischen Kapitals lagen, und wenn anderes Auslandskapital in diese Industrie vorstieß – wie beispielsweise in der Kohlegewinnung –, so geschah dies nur mit Erlaubnis der Franzosen.

Die Ausbeutung der marokkanischen Naturschätze erforderte Arbeitskräfte. Die unglücklichen Bauern waren gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Neben den Gruben erhoben sich zuerst Zelte, bald auch Hütten für die Arbeiter. Die „Eingeborenenstädte“, die in Khouribga und anderen Bezirken errichtet wurden, vermochten nicht alle Wohnungsuchenden aufzunehmen.

In Marokko existierte praktisch keine Arbeitsgesetzgebung. Die einheimischen Arbeiter erhielten einen äußerst niedrigen Lohn, noch schlechter wurden Frauen und Kinder bezahlt. Sozialleistungen, wie Gewährung von Urlaub, Altersunterstützung und Arbeitsschutz gab es nicht.

Außer im Bergbau war die marokkanische Arbeiterklasse noch in der Bauindustrie beschäftigt, einem der ältesten Industriezweige des Landes, ferner in der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie sowie in anderen Zweigen der Leichtindustrie und im Transportwesen.

⁴² Ebenda, 1/1924, S. 49.

Dennoch war während der Errichtung des Protektorats und in den ersten Jahren seines Bestehens die Mehrheit der marokkanischen Bevölkerung weiterhin in der Landwirtschaft beschäftigt. Zugleich wuchs die Arbeiterklasse zahlenmäßig, war aber zersplittert und besaß keine Organisationen.

Der Raub der Gemeinde- und Stammesländereien, die Zwangsarbeit, die schwere Steuerlast, die erbarmungslose Ausbeutung von Seiten sowohl der französischen Unternehmer als auch der einheimischen Feudalisten hatten für die marokkanische Bevölkerung unerträgliche Lebensbedingungen geschaffen und gerechte Empörung hervorgerufen. Deshalb gelang es den französischen und spanischen Kolonisatoren fast bis zum Anfang des zweiten Weltkrieges nicht, die von ihnen besetzte Zone völlig zu unterwerfen.

Nach der Eroberung Marokkos unternahm die französische Regierung nicht nur militärische und wirtschaftliche Aktionen zur Unterwerfung des Landes und zur Festigung der ökonomischen Positionen des französischen Kapitals, sie reorganisierte auch die Verwaltung des Staates. Parallel zu den weiterhin bestehenden marokkanischen Verwaltungsorganen wurde ein französisches Administrationssystem geschaffen, das die gesamte Arbeit dieser Organe kontrollierte.

Die ersten Artikel des 1912 abgeschlossenen Vertrages von Fes garantierten den Marokkanern die „Unantastbarkeit“ ihrer Lebensweise. Die französische Regierung verpflichtete sich, die Religion und die muslimischen Bräuche sowie das Ansehen und das traditionelle Prestige des Sultans zu schützen.

Die folgenden Artikel jedoch kennzeichneten mit größter Eindringlichkeit die Vollmachten Frankreichs. Der Generalkommissar und Resident, der Frankreich in Marokko vertrat, besaß größte Machtvollkommenheit (Artikel 5). Er war der einzige Vermittler zwischen dem Sultan und den Vertretern ausländischer Mächte. Der Generalresident hatte das Recht, alle Dekrete des Sultans im Namen der französischen Regierung zu bestätigen und zu verkünden.

Die Interessenvertretung Marokkos im Ausland übernahm Frankreich. Der Sultan verpflichtete sich, ohne Zustimmung der französischen Regierung keinerlei außenpolitische Aktivität zu entfalten (Artikel 6), keine Anleihen aufzunehmen und keine Konzessionen zu vergeben (Artikel 8).⁴³

Der Sultan blieb weiterhin Herrscher seines Landes, aber er regierte nicht mehr. Während er formell die ganze Fülle der geistlichen und weltlichen Macht behielt, war er faktisch dem Generalresidenten völlig untergeordnet. Ohne dessen Sanktion konnte er kein Dekret erlassen, keine Minister ernennen oder örtliche Verwaltungsbeamte einsetzen. Der Sultan war von der Führung der Außenpolitik, der Leitung der inneren Angelegenheiten und vom Armeekommando ausgeschlossen. Alle diese Funktionen gingen in die Hände des Generalresidenten über.

Der französische Wissenschaftler Bernard charakterisierte die Politik des französischen Generalresidenten, General Lyautey, indem er schrieb: „Jeder Gruppe der marokkanischen Bevölkerung versprach General Lyautey das, was sie am mei-

⁴³ *Traité, codes et lois du Maroc*, Bd 1, Paris 1924, S. 120/121.

13 Kolonialismus und Neokolonialismus

sten verlockte: den Ulemas in Fes, den Gläubigen oder Religiosität Heuchelnden die Achtung ihres religiösen Einflusses; den Beamten Unterstützung und eine bedeutende Rolle in der Verwaltung; den Kaufleuten die Aussicht auf unvermutete Gewinne; den friedlichen Landleuten in den Tälern – Sicherheit für ihre Ernten und ihre Herden; den großen Kaiden des Südens – einen Rückhalt für ihre Vorrechte und die Möglichkeit, ihren Einfluß zu gebrauchen; den Berbern des Gebirges – die Erhaltung ihrer traditionellen Sitten und Bräuche unter dem Schutz Frankreichs ohne Einmischung des Maghzens, den sie haßten. Das ist es, was manchmal als Rassenpolitik bezeichnet wird; in Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um die Rasse, sondern um die Lebensweise, um die geographischen und historischen Bedingungen, unter denen die verschiedenen Gruppen leben.

Und während General Lyautey jede dieser Gruppierungen durch gute Behandlungen zu zähmen versuchte, gab er gleichzeitig zu verstehen, daß er bereit war, Gewalt anzuwenden, falls es notwendig wäre. Man verglich ihn mit dem Tierbändiger, der ein Stück Zucker in der einen Hand und den Stock in der anderen hielt; die Mehrheit der Marokkaner zog das Stück Zucker vor, zu dem sie zurückkehrten, wenn sie ein wenig den Stock gekostet hatten.⁴⁴

Ungeachtet dessen, daß der Generalresident das arabische Staatswesen angeblich unangetastet ließ, wurden schon am 12. August 1913 in Marokko Friedensgerichte, Gerichte erster Instanz und Appellationsgerichte eingeführt, deren Leitung in den Händen französischer Richter lag.

Dieses System wurde parallel zum marokkanischen Gerichtswesen geschaffen. Die eingeborene Bevölkerung unterstand der französischen Gerichtsbarkeit bei Verstößen gegen Erlasse der Residentschaft, außerdem in allen zivil- und handelsrechtlichen Angelegenheiten, wenn daran französische Staatsbürger beteiligt waren, und auch dann, wenn die Straftat gegen einen Franzosen oder Ausländer gerichtet war.

Alle Angelegenheiten, die nur die marokkanische Bevölkerung betrafen, wurden von der scherifischen Gerichtsbarkeit untersucht, deren höchstes Organ die Strafkammer des Obersten Scherifischen Gerichtshofes war. In den Städten wurden Zivil- und Strafsachen von den Kaiden und Paschas behandelt, in den arabischen Gebieten entschied das Gewohnheitsrecht, für Familien- und Vermögensangelegenheiten der Juden waren die Rabbinengerichte zuständig. Wenn vor der Errichtung des Protektorats die zentrale Regierung, der Maghzen, nur aus fünf Mitgliedern bestand, so führten die französischen Behörden zur besseren Ausbeutung Marokkos allmählich immer neue Institutionen ein, die die Ökonomie und Politik des Landes kontrollierten. So wurde am 1. Oktober 1913 in Paris eine französisch-marokkanische Konvention über die Schaffung eines Direktoriums für Post, Telegraf und Telefon in Marokko unterzeichnet.⁴⁵

Am 1. Januar 1918 wurde ein Zolldirektorium geschaffen⁴⁶, und am 24. Juli 1920 ein Direktorium für die Finanzen⁴⁷, für die öffentlichen Arbeiten⁴⁸, für die Landwirtschaft⁴⁹ und für das Gesundheitswesen⁵⁰.

⁴⁴ Zitiert nach Bernard, A., a. a. O., S. 20.

⁴⁶ Ebenda, S. 82.

⁴⁸ Ebenda, S. 390.

⁴⁵ *Traité, codes et lois du Maroc*, S. 167.

⁴⁷ Ebenda, S. 85/86.

⁴⁹ Ebenda, S. 40.

⁵⁰ Ebenda, S. 55.

Man kann die verschiedenen Institutionen der französischen Verwaltung in Marokko letztlich in drei Kategorien aufteilen: 1. Die administrativen Organe, die die Angelegenheiten der Gebietszentren leiteten. Das waren die Direktionen für Zivilangelegenheiten in den Provinzen, für den Informationsdienst und für die Eingeborenenfragen in den Militärbezirken.

2. Organe für Ökonomie und Finanzen, wie das Direktorium für die Finanzen, das Generalschatzamt, das Hauptdirektorium für öffentliche Arbeiten, das Direktorium für Landwirtschaft, Handel und Kolonisation, das Departement für die Domänen, das Departement für Gewässer und Wälder, das Departement für Bodenschutz und das Postbüro.

3. Organe für öffentliche Angelegenheiten. Das waren in erster Linie das Direktorium für das Unterrichtswesen, das Hauptdirektorium für den Gesundheitsdienst und die Ämter für Fragen der Kunst, des Altertums und der Kulturdenkmäler.⁵¹

Mit anderen Worten, der französische Einfluß drang in alle Zweige des marokkanischen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturlebens ein.

Dem Generalresidenten unterstanden außerdem vier Kabinette: ein ziviles, ein militärisches, ein diplomatisches und ein politisches, die unmittelbar von ihm geleitet wurden und unabhängig von anderen Verwaltungsorganen arbeiteten.⁵²

Es wurden drei Zivilregionen geschaffen, nämlich Casablanca, Rabat und Oujda, und drei Militärregionen, Fes, Meknes und Marrakesch.

Obwohl die französischen Behörden in den Provinzen die alte scherifische Verwaltungsstruktur, die Kaiden, Paschas und Kadis beibehielten, wurden auch hier einige Veränderungen eingeführt. So wurde den Kaiden das Recht auf militärische Führung genommen, und die Paschas verloren das Recht, von der Stadtbevölkerung Steuern einzuziehen. Jeder, sogar der allergeringste marokkanische Beamte, wurde von einem entsprechenden französischen Beamten kontrolliert.

Ein derartiges Kolonialsystem erlaubte es auf der einen Seite den Franzosen, von der Unantastbarkeit der scherifischen Verwaltung zu sprechen, andererseits konnten sie dabei die gesamte Verwaltung des Landes völlig kontrollieren und ihrem Diktat unterwerfen.

In einem Rundschreiben vom 18. November 1920 definierte Marschall Lyautey den Begriff des Protektorates: „Elle est celle d'un pays gardant ses institutions, son gouvernement et s'administrant lui-même avec ses organes propres sous le contrôle d'une puissance européenne... Ce qui domine et caractérise cette conception c'est la formule contrôle, opposée à la formule administration directe...“ „Elle doit avoir, comme résultante le minimum de frais généraux...“⁵³

Von einem Protektorat mußte nach Ansicht Lyauteys verlangt werden, daß es die notwendige Elastizität besaß, um eine maximale ökonomische Entwicklung des Landes zu gewährleisten und es dadurch in ein „einträgliches Handels- und Industrieunternehmen“ zu verwandeln. Das sollte das erste Ziel jedes Kolonialunternehmens sein.⁵⁴

⁵¹ Kann, R., a. a. O., S. 71/72.

⁵³ Ayache, A., a. a. O., S. 81.

⁵² Ebenda, S. 77.

⁵⁴ Ebenda, S. 82.

Doch trotz der neuen Bezeichnung triumphierte in Marokko allmählich die direkte Verwaltung, obwohl die Fiktion des Protektorats erhalten blieb. Sie war ein bequemer Vorwand, um alle Mißerfolge und Übergriffe den örtlichen, einheimischen Organen zuzuschreiben, um die gar nicht vorhandene Achtung vor den „überlieferten Traditionen“ hervorzuheben oder um die Unfähigkeit der Marokkaner zur selbständigen Verwaltung zu beweisen. Marokko wurde in eine gewöhnliche Kolonie verwandelt, in der man aber die Illusion der Unabhängigkeit aufrechterhielt.

Untersucht man das Ergebnis des bisher Dargelegten, so können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. Die französische Kolonialpolitik in Marokko begann mit dem Eindringen der großen Monopole in einer Periode erbitterter Kämpfe einiger imperialistischer Mächte um dieses Land.

2. Die „zivilisatorische“ Mission Frankreichs in Marokko, d. h. die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung, wurde bis zum Jahre 1934 mit äußerst barbarischen Methoden fortgesetzt; mit anderen Worten: Marokko wurde praktisch von der französischen Okkupationsarmee erobert.

3. Nach der Unterzeichnung des Protektoratsvertrages im Jahre 1912 errichtete die französische Administration – parallel zu dem erhaltengebliebenen marokkanischen – ein neues französisches Verwaltungssystem, welches die örtlichen, einheimischen Behörden bis ins letzte kontrollierte.

4. Die militärische und politische Herrschaft über Marokko war dazu bestimmt, die ökonomischen Interessen einer Gruppe französischer Monopolisten wahrzunehmen, welche alle Schlüsselpositionen im Lande besetzt hatten.

Das war die Politik des französischen Imperialismus in Marokko in den ersten Jahren nach der Errichtung des Protektorats.

Zum Charakter der französischen Mandatspolitik in Syrien nach dem ersten Weltkrieg

I. Die französisch-syrischen Beziehungen vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches

Die günstigen Beziehungen zum Osmanischen Reich, die bis zum Ende des 18. Jh. andauerten, waren von den herrschenden französischen Klassen aus verschiedenen Gründen angestrebt. Einmal versuchte die französische Großkaufmannschaft, vor allem Südfrankreichs, ökonomische Sonderrechte gegenüber den übrigen europäischen Ländern zu erhalten, und zum anderen bemühte sich der katholische Klerus um das Protektorat über die „Heiligen Stätten“ in Palästina. Darüber hinaus sollte die Position der Habsburger Dynastie durch ein türkisch-französisches Bündnis geschwächt werden.¹ Dies waren die Ursachen, die dazu führten, daß bereits 1535 Frankreich als erste europäische Großmacht diplomatische Beziehungen zum Osmanischen Reich² aufnahm und schon ein Jahr später zwischen Sulaimān und dem ersten französischen Botschafter in Konstantinopel, Jean de Laforest, ein zweiseitiger Vertrag abgeschlossen werden konnte, der die Vorstufe für die erste offizielle Kapitulation darstellte, die am 28. Oktober 1569 durch den Sonderbotschafter Karls XII., Claudius du Bourg von Guerine bei der Pforte durchgesetzt wurde.³

Die von Sulaimān auf Grund der Kapitulation veröffentlichten Bestimmungen bezogen sich auf die Handelsfreiheit zwischen beiden Ländern und das französische Schutzrecht für nichtfranzösische Kaufleute sowie auf die Freiheit jeglicher Religionsausübungen im Osmanischen Reich.

1574 wurden diese Kapitulationen durch das wichtige Übereinkommen ergänzt, das dem französischen König das Patronat über die „Heiligen Stätten“ in Palästina zusprach.⁴ Die Hauptinteressen Frankreichs im Vorderen Orient konzentrierten sich – neben Ägypten – vor allem auf die arabischen Länder an der Ostküste des Mittelmeeres. In diesen Gebieten bemühte sich Frankreich sowohl um die Unterstüt-

¹ Siehe Denkschrift vom Franz von Noailles (Botschafter Frankreichs in Konstantinopel von 1571 bis 1574) an den französischen König, bei *Testa, J. de*, *Recueil des Traités de la Porte Ottomane avec les puissances étrangères*, Paris 1864–1894, Bd 1, S. 99.

² Näheres siehe *Nicolas, Raoul*, *Geschichte der Vorrechte und des Einflusses Frankreichs in Syrien und der Levante vom Beginn des Mittelalters bis zum Friedensvertrag von Paris 1802*, phil. Diss., Bern 1917, S. 60–69.

³ Einzelheiten und Erläuterungen zur Kapitulation vom 28. 10. 1569 ebenda, S. 72–76.

⁴ Ebenda, S. 115.

⁵ Die Maroniten sind die stärkste im Vorderen Orient lebende christliche Minderheit. Sie zählten im Libanon nach dem ersten Weltkrieg etwa 186 000 Menschen. Siehe *Schultze-Esteves, Christoph*, *Syriens Freiheitskampf*, Leipzig 1939, S. 9.

zung der starken christlichen Bevölkerungsgruppe der Maroniten⁵, als anfangs auch um die Sympathie der mohammedanischen Scheichs des Libanon⁶, um mit ihrer Hilfe die Kontrolle über die wichtigsten Handelsumschlagplätze an der Mittelmeerküste in die Hand zu bekommen. Die französische Großkaufmannschaft gründete zu diesem Zweck gut organisierte Handelskolonien⁷, die in Verbindung mit der Missionstätigkeit christlicher Mönchsorden, vor allem der Franziskaner⁸, den französischen Einfluß in diesem Teil des Osmanischen Reiches herstellen und sichern sollten.

Die von Frankreich errungenen Vorrechte, insbesondere auf handelspolitischem Gebiet, versuchten neben den italienischen Handelsmetropolen⁹ auch andere europäische Staaten dadurch zu egalisieren, daß sie Konstantinopel um eigene Kapitulationen ersuchten. Hauptangriffspunkt war dabei der vom Sultan Frankreich zugestandene Schutzzwang für Schiffe nichtfranzösischer Nationalität. Der Druck der verschiedenen Rivalen, besonders Englands¹⁰, hatte zur Folge, daß bis zur Mitte des 18. Jh. das französische Schutzmonopol für die Schifffahrt zwischen dem Osmanischen Reich und dritten Ländern im wesentlichen beseitigt war.¹¹

Seit dieser Zeit bahnte sich eine prinzipielle Wende in der französischen Orientpolitik an. Während die französischen herrschenden Klassen vom 16. bis in die Mitte des 18. Jh. ihre verschiedenen Interessen im Nahen Osten mit Hilfe des türkischen Sultans wahren wollten, brach sich in der französischen Diplomatie von nun an mehr und mehr der Gedanke Bahn, die türkische Feudaldespotie durch ein französisches Kolonialreich im arabischen Osten zu ersetzen. Dieser Kurswechsel war einerseits Ausdruck der erstarkten Positionen der französischen Bourgeoisie im eigenen Lande und andererseits das Resultat des Zerfalls der osmanischen Feudaldespotie. Im Kampf um die Verwirklichung der Kolonialpläne gedachten die französische Großkaufmannschaft und der französische Klerus die in den vergangenen Jahrhunderten erreichten Positionen für kommende Aggressionen auszunutzen.

Den ersten ernsthaften kolonialpolitischen Vorstoß unternahm General Bonaparte, der im Auftrage der französischen Direktoriums-Regierung mit seinen Truppen 1798 in Alexandria an Land ging. Dabei war Ägypten nicht nur als wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt, sondern auch als Brückenkopf für militärische Aktionen gegen England vorgesehen. Von Ägypten aus versuchte Bonaparte nach Syrien vorzustoßen, wurde aber 1799 bei Akko geschlagen und wenig später zum Rückzug nach Frank-

⁵ Fahr ad-Dīn; bedeutender Emir des Libanon, der am Anfang des 17. Jahrhunderts sich zeitweilig völlig von der osmanischen Herrschaft lösen konnte.

⁷ Nähere Einzelheiten zur Organisation der französischen Handelskolonien in der Levante siehe Nicolas, Raoul, a. a. O., S. 165–173.

⁸ Näheres siehe Heimbucher, Max, Die Orden und Kongregationen der Katholischen Kirche, Paderborn 1896, Bd 1, S. 336 ff.

⁹ Italienische Handelsstädte, denen eigene Handelsrechte im Osmanischen Reich eingeräumt wurden: Venedig (ab 1454), Neapel (ab 1740). Genua und Toscana waren nur zeitweise im Besitz von Handelsurkunden des türkischen Sultans.

¹⁰ Näheres dazu siehe Nicolas, Raoul, a. a. O., S. 122.

¹¹ Siehe zum Beweis insbesondere die Einzelheiten der Kapitulationen Konstantinopels an Frankreich von 1740, ebenda, S. 182–190.

reich gezwungen. Die Verwirklichung der französischen Eroberungspläne unter Bonaparte scheiterte nicht nur am militärischen Widerstand des Osmanischen Reiches und Englands sowie an der mangelnden Unterstützung und später einsetzenden Sabotage der französischen Regierung gegenüber den Operationen Bonapartes im Nahen Osten; die Niederlage der französischen Invasionsstreitkräfte war vor allem durch den Widerstand der ägyptischen Volksmassen bedingt, die sich bereits im Oktober 1798 in Kairo gegen die europäischen Eroberer erhoben.¹² Wenn es auch den Truppen Bonapartes gelang, den Aufstand einzudämmen, so konnten sie die Ausdehnung der Unruhen auf die umliegenden Provinzen nicht verhindern. Außerdem versuchte der französische Usurpator vergeblich, die Unterstützung der mit der türkischen Herrschaft unzufriedenen syrischen und irakischen Feudalen für den Kampf gegen die osmanischen Armeen zu gewinnen.

Auch der zweite Versuch der französischen Bourgeoisie, dieses Mal auf dem Umweg über den neuen ägyptischen Statthalter Muḥammad 'Alī, ihre Kolonialherrschaft in der Levante zu errichten, blieb erfolglos. Zwar gelang es Muḥammad 'Alī mit Hilfe des libanesischen Emirs Bašīr II.¹³ und durch den angestauten Haß der syrischen und libanesischen Volksmassen die türkische Herrschaft in diesen Wilāyas des Osmanischen Reiches vorerst zu beseitigen. Doch durch die Intervention der von England geführten Quadrupel-Allianz und der durch die Terrorherrschaft Muḥammad 'Alīs und Bašīrs II. hervorgerufenen antiägyptischen Volksbewegung mußte der erste Sproß der neuen ägyptischen Dynastie 1840 seine weitgesteckten Pläne endgültig aufgeben.

Nach dem Scheitern sowohl der militärischen Expansion Bonapartes als auch unter Berücksichtigung der sich in zunehmendem Maße entfaltenden antifeudalen Bewegung in Syrien und Libanon bediente sich die französische Bourgeoisie neuerer, raffinierterer Methoden zur Verwirklichung ihrer kolonialpolitischen Pläne. Zunächst bemühte sie sich, durch eine einseitige Förderung der hohen maronitischen Geistlichkeit die religiösen Gegensätze zwischen Muslims und Christen künstlich hochzuspielen. Es handelte sich in diesem Zusammenhang insbesondere um die Auseinandersetzung zwischen den christlichen Maroniten des Libanon, die schon seit Jahrhunderten von der französischen Diplomatie unterstützt wurden und den Drusen, die im Hürangebirge lebten und von England zur Durchsetzung seiner nah-östlichen Interessen ausgenutzt werden sollten. In der Verfolgung dieser Methode erzielte Frankreich einen raschen Erfolg. 1860 wurde der Sultan gezwungen, dem Libanon eine gewisse Autonomie zuzugestehen und der von der osmanischen Regierung eingesetzte Provinzgouverneur mußte ein Maronit sein.¹⁴ Die Stellungnahme der herrschenden französischen Kreise zugunsten der christlichen Bevölkerung hatte zur

¹² Näheres siehe Новая история стран зарубежного востока, Bd 1, Moskau 1952, S. 336/337.

¹³ Bašīr II., Emir des Libanon (1789–1840).

¹⁴ Näheres zu den antifeudalen Bewegungen in Syrien und Libanon und den in diesem Zusammenhang ausbrechenden Religionskämpfen siehe vor allem in Смилянская, И. М., Антифеодальное движение в Сирии в середине 19 века (1840–1860), phil. Diss., Moskau 1953.

Folge, daß die maronitische Geistlichkeit, die im Libanon ihre politischen und ökonomischen Positionen gegenüber den mohammedanischen Feudalscheichs erheblich festigen konnte, zum bedingungslosen Bundesgenossen der französischen Nah-Ost-Politik wurde.

Nach diesem Teilerfolg begannen die am Orienthandel besonders profitierenden Kreise der französischen Bourgeoisie den Libanon als Basis und Brückenkopf für die Bildung eines künftigen Kolonialreiches auszubauen. Vor allem einflußreiche Gruppen der südfranzösischen Bourgeoisie waren an einer weiteren ökonomischen Durchdringung des osmanischen Herrschaftsgebietes interessiert. Dabei sind die Bedeutung der Hafenstadt Marseille für den Passagier- und Warentransport zwischen Europa und dem Orient sowie die Seidenindustrie von Lyon an hervorragender Stelle zu erwähnen.¹⁵ Unter der Führung dieser Kapitalkreise und einflußreicher Finanzgruppen wurden Syrien und der Libanon seit dem Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jh. zu einem Objekt verstärkter kapitalistischer Infiltration, zu einer Halbkolonie des französischen Wucherkapitals.

Die ökonomische Durchdringung der Levanteländer wurde von einer ausgeprägten kulturpolitischen Offensive begleitet, deren Hauptziel darin bestand, die sich in dieser Zeit entwickelnde syrische Unabhängigkeitsbewegung für die Kolonialabsichten der herrschenden französischen Klassen auszunutzen.¹⁶

Anfangs äußerte sich die antitürkische Opposition gegen das despotische Gewaltregime 'Abd-ul-Hamīds II. in einer literarischen Renaissance, deren Hauptinhalt in der Neubelebung der arabischen Sprache, der Hinwendung zu den historischen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen der arabischen Völker bestand.¹⁷ Die von Vertretern dieser Strömungen gebildeten ersten legalen und illegalen Gesellschaften entwickelten sich zu Keimzellen der syrischen Unabhängigkeitsbestrebungen.

Wegen des außerordentlichen politischen und ökonomischen Drucks der osmanischen Feudaldespotie gegen alle Schichten der syrischen Gesellschaft war die arabische Unabhängigkeitsbewegung in diesen Ländern der Levante schwerpunktmäßig gegen die Herrschaft des türkischen Sultans gerichtet. Aus diesem Grunde konnte sich auch die Mitte der achtziger Jahre von Ġamāl ad-din al-Afġānī gegründete Geheimgesellschaft Al-'Urwā-al-Wuṭqā, in der sich sowohl ägyptische als auch syrische Vertreter der arabischen Nationalbewegung zusammenfanden, nicht behaupten, da die panislamischen Gedanken Afġānis von der antitürkischen syrischen Emigration außerordentlich mißtrauisch aufgenommen wurden. Dieser antitürkische Aspekt der syrischen Opposition war für Frankreich ein willkommener Anknüpfungspunkt— in dem Bestreben, die syrische Nationalbewegung für seine Ziele dienstbar zu machen. Dabei wendeten sich die französischen Agenten insbesondere an die maronitischen Geistlichen sowie an die libanesische Kompradorenbourgeoisie und die mit ihr liierten Gutsbesitzer, die sich von einem Bündnis mit der französischen Bourgeoisie die Festi-

¹⁵ Krebs, Günter, Die deutsche Bagdadbahnpolitik im Urteil der Entente-Publizistik, Breslau 1933, phil. Diss., S. 37.

¹⁶ Rathmann, Lothar, Araber stehen auf, Berlin 1960, S. 168.

¹⁷ Zu nennen sind insbesondere Walī Al-Dīn Sakan, Ahmed Fāris ās-Šhidīyāq, Naġīb Hadād.

gung ihrer politischen und ökonomischen Stellungen erhofften.¹⁸ Dieser Flügel der syrischen Emanzipationsbewegung war vorwiegend in der „Osmanischen Partei der Verwaltungsdezentralisation“ organisiert.¹⁹ Er verlangte Autonomie für die arabischen Wilāyas und war bereit, bei Erfüllung dieser Forderung mit der jungtürkischen Regierung²⁰ in Konstantinopel zusammenzuarbeiten. Auf dem Kongreß aller syrischen Oppositionsparteien im Juli 1913 in Paris²¹ wurden die politischen Anschauungen der „Dezentralisten“ zum offiziellen Programm der syrisch-libanesischen Unabhängigkeitsbewegung erhoben. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß ein Antrag, auf dem Kongreß auch die Nah-Ost-Politik der imperialistischen Großmächte zu diskutieren, am Widerstand dieser, im wesentlichen profranzösischen Gruppierung scheiterte.²²

Die einseitige Orientierung der führenden feudalen Elemente und der Vertreter der Kompradorenbourgeoisie gegen das despotische Gewaltregime 'Abd-ul-Hamīds und nach 1908 gegen die pantürkische Politik der jungtürkischen Bourgeoisie erschwerte die notwendige Vorbereitung des Kampfes des syrischen Volkes gegen die imperialistischen Kolonialmächte, die nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches ihre eigene Kolonialdiktatur im Nahen Osten errichten wollten.

Mit den Mitteln der „pénétration pacifique“ hatte sich die französische Bourgeoisie in einem jahrhundertlangen Konkurrenzkampf mit ihren europäischen Rivalen bedeutende ökonomische und kulturpolitische Positionen gesichert.²³

Diese Vormachtstellung wollte sie durch einen Sieg im ersten Weltkrieg zu einem umfassenden Kolonialreich ausbauen. Im Sykes-Picot-Geheimabkommen²⁴ nahmen die französischen Kolonialpläne konkrete Gestalt an. Unter Zustimmung Englands sollten der Libanon und Syrien unter französische Herrschaft kommen.

Frankreich, das sich im Gegensatz zu England während des Weltkrieges nicht um ein Scheinbündnis mit der arabischen Unabhängigkeitsbewegung bemühte, versuchte währenddessen Beziehungen mit bestimmten Gruppen bürgerlicher armenischer Emigranten und antideutscher Elemente in der jungtürkischen Bewegung um Cemal

¹⁸ Siehe in diesem Zusammenhang Лазарев, М. С., Крушение турецкого господства в арабских странах в годы первой мировой войны, phil. Diss., Moskau 1956, insbesondere das 1. Kapitel über die arabischen Provinzen im Bestand des Osmanischen Reiches.

¹⁹ Die „Osmanische Partei der Verwaltungsdezentralisation“ wurde 1912 in Kairo gegründet.

²⁰ Näheres in diesem Zusammenhang siehe al-Hamui, M., Die Geschichte der arabischen Nationalbewegung bis zum Ende des ersten Weltkrieges, phil. Diss., Jena 1944, S. 10–17.

²¹ Neben der „Osmanischen Partei der Verwaltungsdezentralisation“ waren die wichtigsten syrischen Organisationen

1. der „Literarische Klub der Studenten“ (1909 in Konstantinopel gegründet),

2. die „Jungarabische Gesellschaft“ (1911 in Paris gegründet),

3. der „Bund“ (1910 in Konstantinopel gegründet).

²² Новая история стран зарубежного востока, Bd 2. Moskau 1952, S. 431.

²³ „Journal Office de la Republique Française“ v. 22. 12. 1912, S. 1595.

²⁴ Rossi, Ettore, Documenti sull'origine e gli sviluppi della questione Araba (1875–1944), Rom 1944, S. 18–40.

Paşa²⁵ aufzunehmen. Diese Strömung innerhalb der jungtürkischen Bewegung erkannte die besondere Gefährlichkeit der Nah-Ost-Politik des deutschen Imperialismus auch für den Bestand des Osmanischen Reiches und wollte durch eine gewisse Zusammenarbeit mit den Alliierten dieser tödlichen Bedrohung begegnen. Doch die Ansichten über eine eventuelle Unterstützung der türkischen Opposition um Cemal Paşa waren innerhalb der französischen Diplomatie durchaus nicht einheitlich. So geht aus einem Brief des zaristischen Außenministers Sasonov vom Dezember 1915 hervor, daß die französische Regierung entsprechenden Plänen, vor allem Rußlands, mit größter Skepsis entgegensah, da Cemal Paşa als Gegenleistung für einen offenen Bruch mit der Osmanischen Regierung zwar auf die Meerengen und Konstantinopel verzichten, die ostarabischen Provinzen jedoch weiterhin unter der politischen Herrschaft des Sultans gewährleisten wissen wollte.²⁶ Die Pläne Frankreichs über Kontaktaufnahmen mit diesen jungtürkischen Elementen kamen über ein Anfangsstadium nicht hinaus und wurden durch die militärische Niederlage des Osmanischen Reiches im Weltkrieg gegenstandslos.

II. Die politische Situation im Vorderen Orient nach dem ersten Weltkrieg und die „Lösung“ des Nahost-Problems durch das Mandatssystem

Mit der Niederlage des Osmanischen Reiches war das gemeinsame Ziel der französischen und britischen Monopole erreicht worden. Auf den Trümmern der zerschlagenen türkischen Feudaldespotie waren beide imperialistischen Siegermächte bestrebt, ihre Expansionspläne zu verwirklichen. Demgegenüber hofften die Völker des arabischen Ostens auf die Versprechungen Englands und Frankreichs, die in einer Proklamation am 30. Oktober 1918, anläßlich der türkischen Kapitulation von Mudros verkündeten, daß sie „die völlige und endgültige Befreiung der Völker, die so lange von den Türken bedroht wurden“²⁷, im Auge hätten. Beide Siegermächte glaubten mit dieser Erklärung die arabischen Völker zu beruhigen, die nach der Veröffentlichung der imperialistischen Nah-Ost-Geheimpläne durch die Sowjetregierung von den wahren Absichten der Imperialisten Kenntnis nehmen konnten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Proklamation von Mudros die Araber über die tatsächlichen Machtziele so lange im unklaren lassen sollte, bis die eigenen Meinungsverschiedenheiten beseitigt und alle Voraussetzungen für die Errichtung der französischen und britischen Kolonialreiche im Nahen Osten geschaffen waren.

Obwohl diese Ziele, aus Gründen, die wir im einzelnen noch untersuchen werden, erreicht wurden und die Niederschlagung des Osmanischen Reiches nicht zur Be-

²⁵ Cemal Paşa: Oberbefehlshaber der 4. türkischen Armee im ersten Weltkrieg.

²⁶ Dieser Brief des russischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Sasonov, an die russischen Botschafter in Paris, London und Rom, Isvolski, Graf von Benckendorff und M. Giers, vom 12./25. 12. 1915 wurde veröffentlicht in: Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Die Aufteilung der Türkei, Breslau 1932, S. 43.

²⁷ Boveri, Margret, Das Weltgeschehen am Mittelmeer, Zürich/Leipzig/Berlin 1938, S. 359/360.

freiung der arabischen Völker führte, ist der Zusammenbruch der überlebten türkischen Feudaldespotie als ein historischer gesellschaftlicher Fortschritt zu werten. Er legte gewaltige nationale progressive Kräfte frei und aktivierte die arabische Unabhängigkeitsbewegung wesentlich.²⁸

Die machtpolitische Situation im Nahen Osten unmittelbar nach Beendigung des ersten Weltkrieges sah den französischen Imperialismus aus folgenden Gründen in einer denkbar schlechten Situation.

1. Lediglich die libanesischen Küstenprovinzen und Teile Latakijes waren von schwachen französischen Truppenteilen besetzt. In den meisten anderen Gebieten des Vorderen Orients, mit Ausnahme der nichtumkämpften arabischen Halbinsel, übten die Engländer mittel- oder unmittelbar die Kontrolle aus. Der syrische Raum selbst war in dieser Zeit in drei Zonen gegliedert. Neben dem schon erwähnten, von den Franzosen beherrschten Libanon und Latakije kontrollierten englische Streitkräfte Palästina, einschließlich eines Teiles von Jordanien. In den Gebieten um Damaskus, Aleppo, Dschebel-Drus und in Teilen Jordaniens übte die von den britischen Imperialisten beeinflusste Haschemitendynastie um Kronprinz Faişal die Macht aus.²⁹

2. Kompliziert und negativ beeinflusst wurde die Position Frankreichs gegenüber Großbritannien im Vorderen Orient fernerhin dadurch, daß die französischen herrschenden Klassen ihre europäischen Ziele gegenüber Deutschland (Erreichung der Rheingrenze) nur mit britischer Unterstützung verwirklichen konnten und England diesen Faktor als Druckmittel gegen Frankreich im Nahen Osten benutzen konnte.

3. Schließlich wirkte sich für die Stellung des französischen Imperialismus im Vorderen Orient die proenglische Politik der Haschemitendynastie erschwerend aus. Faişal, der sich in seinem Bestreben, einen feudalen arabischen Einheitsstaat zu gründen, im wesentlichen auf die arabischen mohammedanischen Großgrundbesitzer stützte, hoffte dieses Vorhaben mit britischer Unterstützung vollenden zu können. Die Abhängigkeit der von Faişal geführten Feudalbewegung von England war nicht nur das Ergebnis des Husain-Mac-Mahon-Abkommens von 1915, sondern in entscheidendem Maße das Resultat eines Differenzierungsprozesses innerhalb des rechten Flügels der syrischen Unabhängigkeitsbewegung, deren bedeutendste Exponenten vor dem ersten Weltkrieg die syrischen mohammedanischen Großgrundbesitzer auf der einen und die libanesischen Kompradoren im Bündnis mit der maronitischen Geistlichkeit auf der anderen Seite waren. Im Laufe des ersten Weltkrieges gelang es der Haschemitendynastie, die syrischen Feudalen für die großarabischen Pläne Husains zu gewinnen, während die libanesische Kompradorenbourgeoisie und die maronitische Geistlichkeit ihre politischen und ökonomischen Positionen unter französischer Herrschaft besser bewahrt glaubten. Durch ihre bedingungslose Unterstützung der französischen Nah-Ost-Politik hatte sich diese letztgenannte Gruppe

²⁸ Siehe Лазарев, М. С., Крушение турецкого господства в арабских странах 50 лет первой мировой войны, Автореферат, Москва 1956, S. 14/15.

²⁹ Гатауалин, М. Ф., Подъем национальноосвободительного движения в Сирии и Ливане после октябрьской революции в России, in: Великий Октябрь и Народы Востока (сборник), Москва 1957, S. 371.

auch völlig vom rechten reaktionären Flügel der syrischen Unabhängigkeitsbewegung gelöst. Dagegen hofften die arabischen Volksmassen, mit der Verwirklichung des von Faişal geforderten Einheitsstaates die politische Unabhängigkeit sowie die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage zu erreichen. Sie unterstützten deshalb zunächst die von syrischen Feudalen getragene Politik Faişals, der seine Ziele gegen die französischen, im Bündnis mit den englischen Imperialisten durchsetzen wollte.

Verschärft wurde die politische Situation im Nahen Osten durch den Versuch der USA, eigene machtpolitische Interessen im arabischen Osten zur Geltung zu bringen. Es handelte sich hierbei insbesondere um die Forderungen der nordamerikanischen Öltrusts, an der Ausbeutung des Mosulöls beteiligt zu werden. Diesem Ziel glaubten sie mit Hilfe der „Politik der Offenen Tür“ näherzukommen.³⁰

Weiterhin bemühte sich die amerikanische Regierung um das Vertrauen der arabischen Völker, die nur in den europäischen Imperialisten einen Feind ihres Unabhängigkeitskampfes sehen sollten. Diesem Zweck diente die Propagierung des 14-Punkte-Programms des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918, in dem in unklaren Formulierungen das Recht der arabischen Bevölkerung auf eine selbständige Entwicklung bestätigt wurde.³¹ Es sollte sich jedoch zeigen, daß die USA-Monopole noch nicht stark genug waren, die Positionen der europäischen Großmächte Frankreich und England im Nahen Osten ernsthaft zu bedrohen.³²

Den verschiedenen Machtinteressen der imperialistischen Staaten stand die Politik des jungen Sowjetstaates gegenüber, der die Forderung der kolonialunterdrückten Völker nach nationaler Unabhängigkeit uneingeschränkt unterstützte. Bereits am 22. November 1917 erließ der Rat der Volkskommissare seinen berühmten Aufruf an alle Mohammedaner Rußlands und des Orients. Darin heißt es unter anderem: „Mohammedaner des Ostens, Perser und Türken, Araber und Inder . . . Wir erklären, daß die Geheimverträge des gestürzten Zaren über die Annexion Konstantinopels . . . zerrissen und vernichtet sind . . . Wir erklären, daß der Vertrag über die Aufteilung Persiens zerrissen und vernichtet ist . . . Wir erklären, daß der Vertrag über die Aufteilung der Türkei zerrissen und vernichtet ist . . . Verliert keine Zeit und schüttelt von euch ab, die sich seit Menschengedenken eure Länder angeeignet haben . . . Ihr sollt selbst euer Leben euch zum Bilde gestalten. Ihr habt das Recht darauf, denn euer Schicksal liegt in euren eigenen Händen . . .“³³

Obwohl sich der junge Sowjetstaat in schweren Abwehrkämpfen gegen die innere und äußere Aggression befand, unterstützte er praktisch und moralisch die nationale Erhebung der Türken, Perser und Afghanen und hatte maßgeblichen Anteil, daß

³⁰ Siehe Hoepli, Henry U., England im Nahen Osten. Das Königreich Irak und die Mosulfrage, Erlangen 1931, S. 89–98. (phil. Diss.)

³¹ Text des 14-Punkte-Programms bei Baker, R. S., Woodrow Wilson, Leipzig 1932, Bd 3, S. 40–42.

³² Siehe in diesem Zusammenhang die Vorschläge der amerikanischen „Cing-Crane-Kommission“ für eine staatliche Ordnung Syriens und Libanons, bei: Baker, R. S., a. a. O., Bd 2, S. 157/158.

³³ Lenin/Stalin, Das Jahr 1917, Berlin 1949, S. 792/793. Der vollständige russische Text findet sich in СССР и арабские страны 1917–1960, Moskau 1961, S. 57–59.

trotz aller Rückschläge auch in diesen Ländern die imperialistische Position im Orient erheblich geschwächt wurde.

Ungeachtet des Strebens der arabischen Völker nach nationaler Unabhängigkeit begann unmittelbar nach Beendigung des ersten Weltkrieges ein erbitterter Kampf zwischen den britischen und französischen Monopolen um die Herrschaft über die ostarabischen Gebiete. Frankreichs Maximalziel, die Verwirklichung des Sykes-Picot-Abkommens, stand den englischen Vorstellungen, Frankreich fast völlig aus dem Nahen Osten zu verdrängen, gegenüber.

Die imperialistischen Nah-Ost-Pläne einflußreicher Gruppen der amerikanischen Großbourgeoisie einerseits und der wachsende Widerstand der arabischen Völker gegen die englischen und französischen Kolonialabsichten andererseits zwangen jedoch die Regierungen Englands und Frankreichs, in möglichst kurzer Zeit zu einer Übereinstimmung ihrer Interessen im Vorderen Orient zu gelangen. So kam es nach einer Serie von Verhandlungen zwischen beiden Ländern, die im Frühjahr 1918 begannen, bereits am 15. September 1919 zu einer prinzipiellen Verständigung über die endgültige Verteilung der ostarabischen Länder. Danach verzichtete Clemenceau auf Mossul, während sich England verpflichtete, seine Truppen bis zum 1. November des gleichen Jahres aus Syrien abziehen. Frankreich erklärte sich bereit, der britischen Herrschaft über den Irak und Palästina zuzustimmen.³⁴

Trotz dieser Tatsache war es den englischen und französischen Imperialisten auf Grund verschiedener Faktoren jedoch nicht möglich, eine offene, auch juristisch unbegrenzte Kolonialdiktatur über die ostarabischen Völker zu errichten. Dies wurde nicht nur durch die imperialistischen Interessengegensätze der kapitalistischen Großmächte unmöglich gemacht, sondern vor allem durch die Politik der Sowjetunion, die sich konsequent für die Unabhängigkeit der Araber einsetzte, als auch durch den wachsenden Widerstand der arabischen, in zunehmenden Maße aber auch der französischen und englischen Bevölkerung gegen die imperialistischen Kolonialabsichten. Um aber ihre Eroberungspläne trotzdem verwirklichen zu können stimmten Frankreich und England dem vom südafrikanischen Ministerpräsidenten Smuts vorgeschlagenen Mandatssystem³⁵ zu, durch das die Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien und arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches geregelt wurde.

Bei der Ausarbeitung der Mandatssatzungen für die arabischen Länder war völkerrechtlich der Artikel 4, des Paragraphen 22 der Völkerbundssatzung maßgebend, in dem es heißt, daß das Dasein der arabischen Völker „unter den Bedingungen als unabhängige Nation vorläufig anerkannt werden kann, daß Rat und Hilfe eines Mandatars ihre Verwaltung bis zu dem Augenblick leiten, indem sie sich selbst leiten können. Die Wünsche dieser Gemeinwesen müssen bei der Wahl des Mandatars berücksichtigt werden.“³⁶

³⁴ Raschad-al-Kuzbari, Die Politik Englands und Frankreichs in Syrien, phil. Diss., Berlin 1943, S. 80.

³⁵ Die Vorschläge Smuts' sind veröffentlicht in Nations Press, London 1918, S. 9 ff.

³⁶ Hoepli, Henry U., a. a. O., S. 130.

Das Studium der verschiedenen Mandatstexte, die von den Mandatarstaaten ausgearbeitet wurden, sollte sehr bald zeigen, daß diese in der Völkerbundsatzung gewährten „Zugeständnisse“ an die arabischen Völker lediglich die wirklichen Interessen der französischen und britischen Bourgeoisie verschleiern sollten. Rechtlich waren die Mandatare nur Verwalter ihrer Mandatsgebiete. Der Mandatar war dem Völkerbund verantwortlich; ihm konnte das Mandat entzogen werden. Doch abgesehen davon, daß der Völkerbund an sich im wesentlichen ein Instrument des englischen und französischen Imperialismus war, übertrug er den beiden alliierten Hauptmächten die offizielle Verteilung und Kontrolle der Mandate. Damit waren dem Völkerbund selbst theoretisch jegliche Eingriffe in die Mandatsangelegenheiten verwehrt. Die vom Völkerbundsrat eingesetzte Mandatskommission bestand zwar in ihrer Mehrheit aus Nichtmandataren, hatte jedoch auf Grund ihrer Abhängigkeit vom Völkerbundsrat keine Entscheidungsmöglichkeit. Die Kommission trat jährlich zur Entgegennahme der Berichte der Mandatarstaaten zusammen. Eingaben und Proteste der arabischen Bevölkerung konnten nur durch den Mandatarstaat vorgebracht werden. Indem sich England und Frankreich auf diese Weise ihnen genehme Institutionen geschaffen hatten, hofften sie, ihre kolonialen Absichten ungehindert und unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes ausüben zu können.

Bei einer allgemeinen Beurteilung des Mandatssystems müssen die oben genannten Faktoren – die antiimperialistische Politik der UdSSR, der Kampf der arabischen Völker um ihre nationale Unabhängigkeit und die imperialistischen Gegensätze – beachtet werden, auf Grund deren es nicht möglich war, die ostarabischen Völker in eine völlig unkontrollierbare Sklaverei zu stoßen. Andererseits gab die Mandatslösung den europäischen Kolonialmächten praktisch die Möglichkeit, in mehr oder weniger verschleierte Form ihre Herrschaftsansprüche in den Mandatsgebieten durchzusetzen.

III. Die Besetzung Syriens durch die französische Armee und die syrische Nationalbewegung

Nachdem es der französischen Regierung gelungen war, im September 1919 die Zustimmung Englands für ein französisches Mandat in Syrien und Libanon zu erhalten, begannen die französischen Imperialisten mit der unmittelbaren Vorbereitung des militärischen Überfalles auf Syrien. Bei der Verwirklichung dieser Absichten sah sich Frankreich einer starken, nahezu alle Schichten des Volkes umfassenden, aber gespaltenen Nationalbewegung gegenüber. Unter der Führung maßgeblicher Vertreter der jungen syrischen Nationalbourgeoisie und liberal eingestellter Gutsbesitzer wurde am 2. Juli 1919 die Gründung des syrischen Generalkongresses beschlossen, der in seinen Forderungen an die Pariser Friedenskonferenz die Unabhängigkeit und Einheit Syriens sowie die Einführung der konstitutionellen Monarchie und die Ablehnung des französischen Mandats verlangte.³⁷

³⁷ Гаматуллин, М. Ф., а. а. О., S. 371.

Als im November 1919 der neue französische Kommissar Gouraud in Beirut mit seinen Truppen ganz Libanon besetzte, rief der wenig später gegründete „Volksrat der nationalen Verteidigung“³⁸, in dem wiederum Vertreter der nationalen Bourgeoisie führende Positionen einnahmen, das syrisch-libanesische Volk zum Widerstand gegen die Okkupanten auf. Die neugeschaffene Organisation bemühte sich insbesondere um die Aktivierung des Partisanenkampfes in den von den französischen Truppen besetzten Gebieten an der Mittelmeerküste. Am 10. Dezember 1919 wurde auf Initiative des Verteidigungsrates eine syrische Regierung gebildet, um den Anspruch des syrischen Volkes auf Gründung eines unabhängigen souveränen Staates eindeutig dokumentieren zu können.³⁹

Im ganzen Land, vor allem in der von den Franzosen besetzten sogenannten „Westzone“ (Libanon und Latakije) kämpften bäuerliche syrische Partisaneneinheiten gegen die französischen Okkupationstruppen. In den Städten wurden Streiks durchgeführt, an denen das unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution stehende junge syrisch-libanesische Proletariat großen Anteil hatte.

Erschreckt durch die Abwehrbereitschaft und Initiative der Volksmassen sowie eingeschüchtert durch den diplomatischen und militärischen Druck Frankreichs erklärte sich der Führer des feudalen Flügels der syrischen Unabhängigkeitsbewegung, Faişal, in Verhandlungen mit Clemenceau im Januar 1920 bereit, einem französischen Mandat über den Libanon und das Alawitengebiet sowie der Abspaltung Palästinas von Syrien zuzustimmen. Für den zu bildenden arabischen Staat, der die Gebiete um Damaskus, Homs und Aleppo umfassen sollte, verpflichtete sich Faişal, ausschließlich französische „Hilfe“ auf wirtschaftlichem, finanziellem und militärischem Gebiet anzunehmen.⁴⁰

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte Faişal seine Bemühungen um einen feudalen arabischen Einheitsstaat unter der Führung der Haschemitendynastie aufgegeben. In den Verhandlungen mit britischen Regierungsvertretern in Paris und London⁴¹ hatte er erfahren müssen, daß die englische Regierung nicht bereit war, ihre im Oktober 1915 gegenüber Husain gemachten Versprechungen zu erfüllen. Damit war seine Politik, die auf dem Bündnis mit Großbritannien basierte, gescheitert. Faişal wäre jetzt noch in der Lage gewesen, in der arabischen Nationalbewegung eine bedeutende Rolle zu spielen, wenn er die Führung der zum Kampf gegen die europäischen Aggressoren bereiten bäuerlichen und städtischen Volksmassen übernommen hätte. Doch die Furcht vor dem revolutionären Elan der progressiven Kräfte des syrisch-libanesischen Volkes trieb ihn in die Arme der französischen Imperialisten. Diese hatten ihr Einverständnis mit der Bildung eines syrischen Rumpfstaates nur gegeben, um Zeit zu gewinnen, bis die notwendigen Voraussetzungen geschaffen waren, auch dieses Gebiet unter ihre unmittelbare Kontrolle zu stellen.

³⁸ Новейшая история стран зарубежного востока, Bd 1 Москва 1954, S. 321.

³⁹ Ebenda, S. 322.

⁴⁰ Topf, Erich, Die Staatenbildungen in den arabischen Teilen der Türkei seit dem Weltkrieg nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit, Hamburg 1927, S. 30.

⁴¹ Temperley, H. W. V., A History of the Peace Conference of Paris, London 1924, Bd 6, S. 142/143.

Faišals Hoffnungen, durch die Zugeständnisse an Clemenceau weiteren französischen Eroberungsabsichten erfolgreich entgegengewirkt zu haben, mußten sich deshalb als Trugschluß erweisen.

Die Verratspolitik Faišals, die sich unter anderem im Verbot der Unterstützung für die Partisanen im Libanon äußerte, lähmte in entscheidendem Maße die Kraft und Zielstrebigkeit des Widerstandes der syrischen Volksmassen, erleichterte es den französischen Okkupanten, durch Terror, Spionage und ähnliche Methoden das am 8. März 1920 gegen den Willen Faišals gegründete syrische Königreich zu unterhöhlen.

Diesem Ziel diente auch das von der französischen Großbourgeoisie geförderte „Zentralsyrische Komitee“⁴², das eng mit dem französischen „Komitee für den Orient“ zusammenarbeitete. Das „Zentralsyrische Komitee“, in dem Vertreter der hohen maronitischen Geistlichkeit die entscheidenden Positionen einnahmen, sprach sich in einer Denkschrift im Frühjahr 1920⁴³ für die Übernahme des französischen Mandats aus.

Im Bericht der Cing-Crane-Kommission⁴⁴ wird darauf hingewiesen, daß die französischen Behörden im Libanon durch einheimische Agenten Zeitungsartikel und Broschüren veröffentlichen ließen, in denen der französischen Nah-Ost-Politik zugestimmt wurde.⁴⁵

Diese Obstruktionspolitik wurde den französischen Imperialisten ferner durch die Tatsache erleichtert, daß es dem bürgerlich-nationalen Flügel in der Führung der syrischen Unabhängigkeitsbewegung noch nicht gelang, sich dem Einfluß Faišals zu entziehen. Die Schwäche des Proletariats und die feudale Abhängigkeit der bäuerlichen Massen ließen andererseits ein selbständiges Handeln dieser an der Unabhängigkeitsbewegung am stärksten interessierten Kräfte nicht zu.

Damit sind im wesentlichen die Merkmale genannt, die den Charakter der syrisch-libanesischen Unabhängigkeitsbewegung nach dem ersten Weltkrieg kennzeichneten und den vorläufigen Sieg des französischen Imperialismus in Syrien und Libanon erleichterten.

Am 14. Juli forderte der in Beirut residierende General Gouraud in ultimativer Form die syrische Regierung auf, das französische Mandat auf der Grundlage des San-Remo-Vertrages vom 20. April 1920⁴⁶ anzuerkennen. Im einzelnen verlangte Gouraud von der Regierung in Damaskus die Annahme des französischen Mandats, die Verringerung der syrischen Streitkräfte auf den Stand vom Februar 1920, die Einführung französischen Geldes und die Anerkennung der Rechte der französisch

⁴² Kaesewieter, Heinrich, Syrien und Libanon als A-Mandate, jur. Diss., Darmstadt 1935, S. 4.

⁴³ Loder, The Truth about Mesopotamia, Palestine and Syria, London 1923, S. 52.

⁴⁴ Siehe Anm. 32.

⁴⁵ Einzelheiten siehe Baker, R. S., a. a. O., Bd 2, S. 156/157.

⁴⁶ Im San-Remo-Abkommen vom 25. 4. 1920 wurde von den alliierten Hauptmächten die Mandatsverteilung endgültig bestätigt. Frankreich erhielt danach das Mandat über Syrien und Libanon, England das Mandat über den Irak und Palästina (einschließlich Transjordanien).

kontrollierten „Bank Syriens und Libanons“, die Überlassung der Eisenbahnlinsen für die französische Armee und die Bestrafung aller am antifranzösischen Unabhängigkeitskampf beteiligt gewesen Personen.⁴⁷ Trotz der Bereitschaft feudaler arabischer Kreise, die französischen Forderungen anzunehmen, begann General Goybet ohne Kriegserklärung nach Syrien einzurücken. Am 22. Juli wurden die schlecht bewaffneten syrischen Truppen von den weit überlegenen französischen Verbänden bei Chân-Maïssalun geschlagen. Die Franzosen besetzten am 23. Juli Aleppo und zwei Tage später Damaskus.⁴⁸

IV. Die Stellung der imperialistischen Großmächte zum französischen Mandatsystem – Die inneren Bedingungen in Syrien und Libanon – Die Mandatssatzung

Nach der Übernahme der politischen Herrschaft in Syrien und Libanon sah sich der französische Imperialismus vor verschiedene Probleme gestellt, die seine allgemeine Position im Mandat bedingten.

Mit Großbritannien war zwar eine vorläufige Einigung über die Verteilung der ehemaligen arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches erzielt worden, der prinzipielle englisch-französische Gegensatz blieb jedoch nach wie vor bestehen.

Der Schwerpunkt der Orientpolitik der amerikanischen Monopole konzentrierte sich in erster Linie auf die Beteiligung am Ölgeschäft und gefährdete damit insbesondere die britische Stellung im arabischen Osten. Doch schon der Bericht der amerikanischen Cing-Crane-Kommission, in dem der angebliche Wunsch der syrischen Bevölkerung nach einem amerikanischen Mandat⁴⁹ betont wurde, zeugt darüber hinaus von weiterreichenden Zielen der USA im Nahen Osten, auch wenn es der amerikanischen Regierung klar war, daß diese Pläne in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden konnten.

Eine ständige Gefahr für die französische Herrschaft in Syrien und Libanon stellte die Solidarität aller übrigen arabischen Völker mit der syrisch-libanesischen Unabhängigkeitsbewegung dar. Wenn es England und Frankreich mit Hilfe proimperialistischer feudal-kompradorenhafter Elemente auch hin und wieder gelang, die Solidarität der arabischen Völker zu untergraben, so war doch der allgemeinen Tendenz in dieser Hinsicht nicht Einhalt zu gebieten.

Zu den proimperialistischen Elementen, auf die sich die französische Mandatsmacht stützen konnte, gehörte im Libanon die hohe maronitische Geistlichkeit, die seit Jahrhunderten enge Beziehungen zu französischen klerikalen Kreisen unterhielt⁵⁰ und seit Mitte des 19. Jh. systematisch als fünfte Kolonne Frankreichs ausgenutzt wurde. Die maronitische Oberschicht, die einen nicht geringen Einfluß

⁴⁷ Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, T. 2, S. 247.

⁴⁸ Topf, Erich, a. a. O., S. 32.

⁴⁹ Siehe Baker, R. S., a. a. O., Bd 2, S. 163–165.

⁵⁰ Siehe u. a. den Brief Ludwigs IX. an die Maroniten, abgedr. bei: Nicolas, Raoul, a. a. O., S. 28/29.

14 Kolonialismus und Neokolonialismus

auf ihre etwa 186 000 Glaubensanhänger im Libanon besaß, unterstützte besonders die französischen Teilungspläne, da sie ihre politische und ökonomische Position in einem mit dem vorwiegend mohammedanischen Syrien vereinigten Staat gefährdet glaubte.⁵¹

Weiterhin gehörte die libanesische Kompradorenbourgeoisie zu den eifrigsten Befürwortern des französischen Mandats.

Auf der Seite der französischen Kolonialmacht standen die eng mit der maronitischen Geistlichkeit und der Kompradorenbourgeoisie liierten Großgrundbesitzer der verschiedenen christlichen Konfessionen.

In Syrien stützten sich die französischen Imperialisten neben der Kompradorenbourgeoisie, die allerdings hier eine geringere Rolle als im Libanon spielte, auf die mohammedanisch-arabische Feudalaristokratie, die durch die Agrarpolitik der französischen Mandatsmacht in ihrer ökonomischen Position in jeder Weise gestärkt wurde.

Weiter konnte sich der französische Imperialismus auf die christliche Oberschicht und einen, allerdings nur geringen Teil der hohen mohammedanischen Geistlichkeit stützen.

In ihrer Unterdrückungspolitik gegen die syrische Bevölkerung bemühten sich die französischen Elemente um die armenischen Emigranten, aus deren Reihen sich die französische Fremdenlegion im Nahen Osten zu einem Teil zusammensetzte.⁵²

Auf der Seite der patriotischen Kräfte ist zuerst die junge syrisch-libanesische Arbeiterklasse zu nennen, die trotz ihrer historisch begründeten ungünstigen Struktur am konsequentesten für die nationale Unabhängigkeit eintrat. Die Struktur und Lage der Arbeiterklasse Syriens und Libanons war das Ergebnis des niedrigen Entwicklungsgrades der Industrie.⁵³ Die große Mehrheit gehörte dem Halbproletariat an. Es waren meist Handwerker, die als Heimarbeiter bei Manufakturbesitzern angestellt waren. Die Zahl der Arbeiter, die in großen kapitalistischen Betrieben, bei der Eisenbahn, im Hafenbau und in Elektrokraftwerken Beschäftigung fanden, war gering und unbedeutend. Zum Beginn des ersten Weltkrieges gab es in Syrien (einschließlich Libanon und Palästina) einen Betrieb mit 300 Beschäftigten und nicht mehr als zwölf Unternehmungen, die über 100 Arbeiter angestellt hatten.⁵⁴ Nach offiziellen Angaben waren 1914 in der Industrie und im Handwerk etwa 300 000 Menschen beschäftigt, das sind etwa zehn Prozent der Bevölkerung des Landes.⁵⁵ Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in dieser Zahl die Angehörigen der Arbeiter mit eingeschlossen sind.

Neben der Arbeiterklasse gehörte die Bauernschaft zu den unversöhnlichsten Gegnern des französischen Mandats. Die syrisch-libanesische Bauernschaft lebte am

⁵¹ Siehe dazu den französischen Text des Memorandums des libanesischen Patriarchen an die Pariser Friedenskonferenz bei Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 58.

⁵² Гранкур, К., Тактика на Ближнем Востоке, Moskau 1928, S. 50/51.

⁵³ Луцкий, В. Б., Национально-освободительная война (1925—1927 гг.) в Сирии, in: Очерки по истории арабских стран, Moskau 1959, S. 147.

⁵⁴ Ruppin, A., Syrien als Wirtschaftsgebiet, Berlin 1916, S. 124.

⁵⁵ „Rapport à la Société de Nations sur l'administration de Syrie et du Liban pour l'année 1937, bei Луцкий, В. Б., a. a. O., S. 142.

Vorabend der französischen Eroberung unter den Bedingungen des vorherrschenden feudalen Landbesitzes und halbfeudaler Formen der Ausbeutung.⁵⁶ Die Bauern waren in der überwiegenden Mehrzahl landarme und landlose Fellachen, die als Pächter bei den Gutsbesitzern arbeiteten und ein Drittel bis drei Viertel ihrer Ernte an diese übergeben mußten.⁵⁷ Die Entwicklung des Handels und die Heranziehung Syriens an den kapitalistischen Weltmarkt⁵⁸ führten zu einer gewissen Differenzierung der Bauernschaft, ermöglichten es den Großbauern und Feudalherren, mehr und mehr zu kapitalistischen Formen (Lohnarbeit) der Ausbeutung überzugehen. Jedoch hatte die Herrschaft des Osmanischen Reiches eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte im syrisch-libanesischen Dorf weitgehend verhindert. Der Lebensstandard und die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der von den Gutsbesitzern und Wucherern ausgebeuteten Bauernmassen wurden nach der Errichtung des Mandats durch die massenweise Einfuhr französischer Landwirtschaftsprodukte und die einseitige Unterstützung der Feudalaristokratie durch die französische Regierung darüber hinaus negativ beeinflußt.

Auf der Seite der patriotischen Kräfte stand die noch junge nationale Bourgeoisie, deren Positionen in Syrien stärker als im Libanon waren, wo auf Grund der handelspolitischen Bedeutung dieses Gebietes der Einfluß der Kompradorenbourgeoisie überwog. Die Möglichkeiten der national-bürgerlichen Elemente, sich am Aufbau und an der Leitung der syrischen Industrie zu beteiligen, waren wegen des ungeheuren Druckes der französischen Monopole sehr gering. Mit der Erringung der nationalen staatlichen Unabhängigkeit hofften die Vertreter der nationalen Bourgeoisie, die ökonomischen und politischen Kommandoposten besetzen zu können. Durch ihre Bindung sowohl an den feudalen Grundbesitz als auch an die Kompradorenbourgeoisie war jedoch ein Teil der nationalen Bourgeoisie zu Kompromissen mit der französischen Mandatsmacht bereit.⁵⁹

Unterstützt wurden die antifranzösischen Kräfte innerhalb der syrisch-libanesischen Gesellschaft auch von der Mehrheit der mohammedanischen Geistlichkeit und einem Teil der Feudalaristokratie, vor allem in den Drusen- und Alawitengebieten.

Aktiv beteiligte sich die syrisch-libanesische Intelligenz an der nationalen Befreiungsbewegung. Diese Schicht, meist aus den Reihen der nationalen Bourgeoisie hervorgegangen, wurde durch die Berührung mit fortschrittlichen Ideen oft zum ideologischen Wegbereiter des Befreiungskampfes. Dabei gelang es Vertretern dieser jungen Intelligenz nicht selten, den engen Rahmen ihrer herkömmlichen bürgerlichen Klassenzugehörigkeit zu sprengen und auf die Seite des fortschrittlichsten Teils der Bevölkerung, auf die Positionen der Arbeiterklasse überzuwechseln.

Vor diese inneren und äußeren Faktoren sah sich der französische Imperialismus gestellt, als er in Syrien und Libanon die unmittelbare Herrschaft übernahm.

⁵⁶ In den Gebieten um Hama, Homs und Aleppo befanden sich 70 bis 80 Prozent des bearbeiteten Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer. (Луцкий, В. Б., a. a. O., S. 140.)

⁵⁷ Луцкий, В. Б., a. a. O., S. 140.

⁵⁸ Achard, P., Etudes sur la Syrie et la Cilicie, Paris 1922, S. 79.

⁵⁹ Гамалун, М. Ф., a. a. O., S. 377.

Die Aufgabe der französischen Kolonisatoren bestand zunächst einmal darin, durch die rasche Ausarbeitung eines Mandatstextes ihre Stellung in Syrien und Libanon zu „legitimieren“. Der von Frankreich vorbereitete Mandatstext wurde vom Rat des Völkerbundes am 24. August 1922 angenommen und bestätigt.⁶⁰

Die Mandatssatzung besteht aus 20 Artikeln, die ihrem Inhalt nach in zwei Teile gegliedert werden können.⁶¹ Auf innenpolitischem Gebiet versprach Frankreich die Ausarbeitung von Verfassungen, die eine Grundlage für die innere Verwaltung durch die einheimische Bevölkerung darstellen sollten. Gleichzeitig billigte die Satzung dem französischen Imperialismus das Recht zu, Truppen in Syrien und Libanon zu stationieren; ihnen wurde die freie Verfügung über alle Transportmittel und Verkehrswege zugestanden. Die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Syrien – Libanon und anderen Staaten übertrug die Mandatssatzung ausschließlich Frankreich.

Die Bevölkerung Syriens und Libanons hatte zwar die Möglichkeit, Petitionen an den Völkerbund einzureichen, das Petitionsrecht wurde jedoch in seiner Bedeutung durch die Tatsache begrenzt, daß die Wünsche der Bevölkerung nur durch den Mandatar vorgebracht werden durften. Außerdem wurde dieser Artikel der Satzung von den Kolonisatoren benutzt, durch Berichte eigener Agenten ein falsches Bild von der Situation im Mandat zu geben.⁶²

Die Analyse der einzelnen Artikel der Mandatsurkunde läßt leicht erkennen, daß der Mandatar praktisch alle Möglichkeiten zur vollständigen Beherrschung Syriens und Libanons freigegeben hatte.⁶³ Die nahezu unbeschränkte Kolonialdiktatur Frankreichs wurde durch die ökonomischen, politischen und kulturpolitischen Maßnahmen des Mandats in Syrien und Libanon enthüllt.

V. Die ökonomischen Maßnahmen der Mandatsmacht

Auf ökonomischem Gebiet richtete sich das Hauptinteresse der französischen Mandatsmacht im Agrarsektor auf die Erhaltung und Festigung der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse. Die Maßnahmen zur Konzentrierung des Landes in den Händen feudaler Großgrundbesitzer wurden von den französischen Imperialisten auf verschiedene Weise angewendet. Einmal benutzte der Mandatar außerökonomische Zwangsmittel, die die Position der feudalen Elemente gegenüber den Fellachen stärken sollte. So entschieden französische Gerichte in Streitfällen zwischen Bauern und Gutsbesitzern ständig zugunsten der Feudalherren.⁶⁴ Bauern, die sich gegen den bestehenden Kolonialterror zur Wehr setzten, wurden

⁶⁰ Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 30.

⁶¹ Einzelheiten des Mandatstextes werden bei Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., eingehend dargestellt. (S. 31–45.)

⁶² Auf solche Methoden wies im Februar 1924 der libanesischen Abgeordnete Fuad Arslan hin.

⁶³ Siehe dazu u. a. Bileski, M., Die Entwicklung des Mandatssystems, in: Zeitschrift für Völkerrecht, 1922, S. 69.

⁶⁴ Гатаулин, М. Ф., Аграрные отношения в Сирии, Moskau 1957, S. 34/35.

mit drakonischen Strafen bedroht. So mußten zum Beispiel die Fellachen des Haurangebietes nach der Niederlage des Bauernaufstandes von 1920 186 000 türkische Lire an die Mandatsmacht zahlen. Um diese Beträge aufbringen zu können, waren sie gezwungen, sich an die Damaszener Geldverleiher zu wenden. Dies hatte auf Grund des hohen Zinssatzes (200 bis 400 Prozent) eine jahrelange Verschuldung der Bauern zur Folge.⁶⁵ Durch die Übergabe der dem türkischen Sultan gehörenden Staatsländereien wurden die Positionen der Gutsbesitzer ebenfalls gefestigt.⁶⁶ Weiterhin erleichterten die Franzosen den Gutsbesitzern den Kauf von Ländern halbnomadisierender Stämme. Auf diese Weise gelang es in der Provinz Hama fünf Familien, das Land von zwanzig Dörfern in ihren Besitz zu bringen.⁶⁷ Durch die Weiterentwicklung des bereits im Osmanischen Reich eingeführten Katasterwesens wurde es den Feudalherren und Beduinenscheichs möglich, Ländereien ganzer Stämme auf ihre Namen zu überschreiben. Auf verschiedene Weise förderte der Mandatar die Bemühungen der Gutsbesitzer, den Fellachen das Gemeindeland zu rauben.⁶⁸ Beim Übergang von der Beduinenvirtschaft zum sesshaften Bauerntum wurden die Fellachen gezwungen, für das zu bearbeitende Land hohe Steuern an den Scheich zu zahlen, so daß es diesem in der Regel bald gelang, das Land an sich zu reißen.⁶⁹ Bedeutend war die Unterstützung, die französische Kolonialisten dem „Obersten Mohammedanischen Rat“ bei der Leitung der Wakf-Ländereien gewährten.⁷⁰

Die Ausbeutung der syrischen und libanesischen Fellachen durch die einheimischen Feudalherren wurde ergänzt und verschärft durch die Konkurrenz französischer Landwirtschaftsprodukte, die, zollfrei in das Land fließend, den Ruin der Bauernwirtschaften beschleunigte.

Das Resultat der französischen Agrarpolitik war ein rapides Absinken der landwirtschaftlichen Produktion. So verringerte sich zum Beispiel die Weizenernte in Syrien und Libanon von einer Jahresdurchschnittsernte von 728 000 Tonnen vor dem Krieg auf 345 000 Tonnen im Jahre 1922.⁷¹ Alle Maßnahmen der französischen Agrarpolitik waren darauf gerichtet, sich die bedingungslose Unterstützung der herrschenden Landaristokratie und der in der Landwirtschaft etablierten Kompradorenbourgeoisie zu sichern, und darüber hinaus die syrische Landwirtschaft vor der eigenen Konkurrenz schutzlos zu machen.

Unter Verwendung verschiedenster Methoden war die französische Mandatsmacht bestrebt, auf der einen Seite die letzten Reste des syrisch-libanesischen Handwerks zu beseitigen und andererseits auch die geringsten Ansätze einer industriellen Entwicklung im Keime zu ersticken. Durch die verstärkte Einfuhr billiger ausländischer

⁶⁵ Rasid, Abid, Hawrān ad-damiya, Kairo 1926, S. 63/64.

⁶⁶ Гатаулин, М. Ф., Аграрные отношения в Сирии, S. 35–37.

⁶⁷ Ebenda, S. 38.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda, S. 39.

⁷⁰ Ebenda, S. 47/48.

⁷¹ Гатаулин, М. Ф., Подъем национально-освободительного движения в Сирии и Ливане после октябрьской революции в России, in: Великий Октябрь и Народы Востока (сборник), Moskau 1957, S. 376.

Industriewaren und die Trennung der traditionellen syrischen Textilmetropolen von ihren ehemaligen Absatzmärkten⁷² erlebte dieser am weitesten entwickelte Industriezweig einen katastrophalen Rückschlag. Hunderte Textilmeistereien mußten ihre Produktion einstellen. So verringerte sich zum Beispiel die Zahl der Handwerker und Arbeiter in Aleppo von 70 000 vor dem Krieg auf 30 000 im Jahre 1926.⁷³

Die Produktion der syrischen Seidenindustrie verringerte sich von einer Jahresdurchschnittsernte von 53 000 Tonnen im Zeitraum 1901 bis 1910 auf durchschnittlich 18 000 Tonnen in den Jahren 1920 bis 1925.⁷⁴

Die Zahl der Seidenzuchtbetriebe verringerte sich von 194 in den Jahren 1910/11 auf 45 im Jahre 1922.⁷⁵ Zehntausende Handwerker und Arbeiter verloren ihre Existenz und verstärkten das Arbeitslosenheer in den Städten.

Die französischen Monopole, die schon vor dem ersten Weltkrieg wichtige ökonomische Stellungen in Syrien und Libanon erobert hatten (zum Beispiel Eisenbahnen, Beiruter Hafen, Elektrowerke in Damaskus, Banken, Tabakmonopol), erhielten von der französischen Regierung weitere Konzessionen, die es ihnen ermöglichten, die Kontrolle über das gesamte Wirtschaftsleben weiter zu verstärken. 1919 wurde die französische „Bank Syriens und Libanons“⁷⁶ gegründet, die aus der bereits vor dem ersten Weltkrieg existierenden „Ottomanischen Bank“ hervorging. Die Bank erhielt das alleinige Recht der Ausgabe syrisch-libanesischen Papiergeldes, das anstelle der bisherigen Goldwährung eingeführt wurde. Eine dauernde Belastung stellten die Zahlungen dar, die Syrien und Libanon als Anteil der Staatsschuld des ehemaligen Osmanischen Reiches an Frankreich zu entrichten hatten.

Alle diese Maßnahmen führten zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen, zur Unzufriedenheit nicht nur der Arbeiter, Handwerker und Angestellten, sondern auch des größten Teils der nationalen Bourgeoisie.

VI. Die französische Teilungspolitik

Um dem Widerstand des syrischen Volkes gegen diese Kolonialausbeutung leichter begegnen zu können, versuchten die französischen Imperialisten die verschiedenen, in Syrien lebenden nationalen und religiösen Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Diesem Ziel dienten die von der Mandatsmacht ergriffenen Maßnahmen zur Teilung des Landes, wodurch Syrien zu einem wahren Mosaikgebilde umgestaltet wurde. Diese selbst den Völkerbundsbestimmungen widersprechende Politik wurde angeblich zum Schutz der im französischen Mandat lebenden religiösen und nationalen Minderheiten durchgeführt.

⁷² Wichtige Absatzmärkte vor dem ersten Weltkrieg waren die Türkei, Persien und die übrigen arabischen Länder.

⁷³ Asswald, L'industrie de tissage en Alep, in: Bulletin de l'Union Economique Syrienne, 1933, Nr 4–6.

⁷⁴ Traboulsi, I., L'agriculture syrienne entre les deux guerres, Beirut 1948, S. 173.

⁷⁵ Гатаулин, М. Ф., Подъем национально-освободительного ..., S. 376

⁷⁶ Ebenda, S. 375.

Eine besondere Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Maroniten. Diese im Vorderen Orient stärkste christliche arabische Bevölkerungsgruppe stand unter dem Einfluß der römisch-katholischen Kirche. Die prokolonialistische französische Literatur⁷⁷ verweist auf die im 19. Jh. ansteigenden religiösen Auseinandersetzungen zwischen Maroniten und Bevölkerungsgruppen der verschiedenen mohammedanischen Glaubensrichtungen, ohne jedoch hinzuzufügen, daß diese Streitigkeiten zu einem wesentlichen Teil das Ergebnis der französischen Einmischungspolitik gewesen waren.

Nach den Maroniten waren die im südwestlichen Syrien, einschließlich des südlichen Libanon lebenden Drusen⁷⁸ die stärkste religiöse Sondergruppe im französischen Mandat. Sie sind Araber und Anhänger einer aus dem Islam hervorgegangenen mohammedanischen Sekte. Den Führern der drusischen Bergstämme war es während der jahrhundertelangen Herrschaft des Osmanischen Reiches gelungen, die Feudalstruktur in ihrem Gebiet im Rahmen einer relativen autonomen Entwicklung zu erhalten. Dies ist nicht in erster Linie von den besonderen geographischen Bedingungen des Drusengebietes abzuleiten, sondern ergab sich vor allem daher, daß sich die Interessen der führenden Drusenscheichs, ihre politischen und ökonomischen Positionen vor dem Druck der osmanischen Statthalter zu verteidigen, mit dem unbändigen Freiheitswillen und Nationalstolz der bäuerlichen Volksmassen trafen. Auch in den Zeiten der höchsten Machtentfaltung des türkischen Imperiums konnte der Funke des nationalen Widerstandes dieser Bergstämme nicht ausgelöscht werden.⁷⁹

Durch die Aufhetzung der französischen Kolonialisten und katholischen Missionare gegen die Drusen wurden letztere zu besonders glühenden Verfechtern der arabischen Nationalbewegung.

Gewisse ähnliche Merkmale wie bei den Drusen lassen sich bei den Stämmen der Alawiten feststellen. Wie die Drusen, so gehören auch die Alawiten einer mohammedanischen Sondersekte an.⁸⁰ Auch im Alawitengebiet war das Feudalsystem am Ende des ersten Weltkrieges noch unerschüttert, war die Widerstandskraft zuerst gegen das despotische Türkenregime, danach gegen die französischen Imperialisten so stark, daß die einheimischen Feudalherren immer wieder gezwungen waren, die Fahne des nationalen Widerstandes aufzunehmen, um die Eindringlinge zu verjagen.

Die in Syrien und Libanon vor allem als Händler, Kaufleute und Intellektuelle lebenden Juden wurden von ihren arabischen Mitbürgern wegen ihres Glaubens nicht

⁷⁷ Vgl. z. B. Burckhardt, C., Le Mandat Français en Syrie et en Liban, Paris 1928; Alverny, André de, Der Libanon als Zuflucht der Christen, in: Veröffentlichungen des katholischen akademischen Missionsvereins, Wien 1937.

⁷⁸ Näheres über die Geschichte der Drusen siehe MacCallum, Elisabeth, The nationalist crusade in Syrie, New York 1928.

⁷⁹ Siehe z. B. die Bauernaufstände zu Beginn des 17. Jh., die der libanesischer Emir Fahr ad-Din II. (1601–1635) nutzte, um sich von der Pforte unabhängig zu machen.

⁸⁰ Dussaud, René, Histoire et religion des Nusairis, Paris 1900, und die Besprechung dieses Buches von Martin Hartmann in der Zeitschrift des Deutschen Palästinavereins, Bd 24, Buches von Martin Hartmann in der Zeitschrift des Deutschen Palästinavereins, Bd 24, Berlin 1901, S. 186–189; Strothmann, Rudolf, Die Nusairi im heutigen Syrien, Göttingen 1950.

⁹³ Siehe Arrêté Nr 330, 367, 403. (Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 72.)

Bezirke Homs, Hama und Damaskus, das mit einem Sonderstatus ausgestattete Gebiet der Beduinenstämme südlich von Damaskus und das von den Drusen bewohnte Haurangebirge.

Den Drusen sicherte im Namen des französischen Kommissars Gouraud, Robert de Caix in einem Abkommen mit führenden Feudalscheichs ein gewisses Maß selbständiger Entwicklung zu.⁹⁴ Dieser Vertrag war ein Zeichen sowohl des ungebrochenen Widerstandes der drusischen Volksmassen gegen die fremden Eroberer, als auch des Versuchs der französischen Imperialisten, die dortigen Feudalen von der Unabhängigkeitsbewegung zu lösen und sie für die französische Kolonialmacht zu gewinnen.

An der Spitze des syrischen Verwaltungsapparates stand ein Gouverneur, der in gleicher Weise wie der höchste arabische Funktionär im Libanon vom französischen Hohen Kommissar abhängig war. Er war Leiter der Exekutive und Legislative und wurde von einem „Conseil administratif“⁹⁵ beraten, der sich aus Direktoren der verschiedenen Regierungsdepartements und den Moutessarifs der Sandjaks zusammensetzte. Die Bevölkerung war durch einen sogenannten „Conseil du Gouvernement“⁹⁶ vertreten. Dieses „Repräsentativorgan“ hatte ebenfalls nur beratende Funktion. Es ging aus indirekten Wahlen hervor, wobei das Wahlrecht von der Steuerhöhe und dem Bildungsgrad der Wähler abhing. Durch diese Bestimmung war es der großen Mehrheit der Bevölkerung natürlich nicht möglich, an die Urnen zu gehen.

Das Verwaltungsschema des „Staates“ Aleppo entsprach dem des Staates Damaskus.⁹⁷

Von Syrien losgelöst wurde das Alawitengebiet, das nach der Übernahme der französischen Herrschaft unter die unmittelbare Leitung eines französischen Beamten kam und in zwei Sandjaks (al-Ladhakiya und Turtus) eingeteilt wurde.⁹⁸ Im Alawitengebiet hatte die französische Mandatsmacht auch auf die letzten Reste scheinbarer Mitgestaltung der Bevölkerung an den Geschicken ihres Landes verzichtet und es unter direkte Kolonialherrschaft gestellt.

Da der Widerstand fast aller Schichten der syrischen Gesellschaft gegen die französischen Spaltungsmaßnahmen immer stärker wurde, sah sich die Mandatsmacht gezwungen, wenigstens teilweise eine gewisse Zentralisierung der syrischen Verwaltungsorgane durchzusetzen. So wurde am 28. Juni 1922 die syrische Föderation (Fédération Syrienne)⁹⁹ gebildet, die die bisherigen selbständigen Gebiete Damaskus, Aleppo und das Alawitengebiet umfaßte. An der Spitze der Föderation stand ein

⁹⁴ Topf, Erich, a. a. O., S. 35.

⁹⁵ Siehe Arrêté 1641. (Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 73.)

⁹⁶ Der „Conseil du Gouvernement“ wurde nach dem Muster des alten türkischen Generalrates gebildet.

⁹⁷ In loser staatsrechtlicher Verbindung mit Syrien stand der Sandjak Alexandrette. (Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 72.)

⁹⁸ Siehe Arrêté Nr 319 u. 337. (Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 72.)

⁹⁹ Text des Dekrets über die Organisation der Fédération in *Oriente Moderno*, Bd 2, 1922, Nr 5, S. 283–287.

Bundespräsident, der für ein Jahr aus den Reihen der Mitglieder des Conseil Fédéral¹⁰⁰ hervorging. Der Conseil Fédéral setzte sich aus je fünf Delegierten der bisherigen „unabhängigen“ Staaten Damaskus, Aleppo und Alawitengebiet zusammen. Er tagte abwechselnd in den Städten Damaskus und Aleppo und hatte lediglich beratende Funktion. Der vom Conseil Fédéral gewählte Präsident hatte unter anderem die Aufgabe, Gesetze vorzubereiten und sie zu verkünden. Seine Erlasse und Verfügungen waren jedoch in jedem Fall von der Zustimmung des französischen Hohen Kommissars abhängig. Die Kompetenz der Föderation war auf ein Minimum beschränkt, und die Selbständigkeit der einzelnen Gebiete wurde faktisch nicht begrenzt.

Auch diese Lösung erwies sich jedoch als nicht beständig. Durch eine Verfügung des Hohen Kommissars vom 5. Dezember 1924 wurden Aleppo und Damaskus zum „Syrischen Einheitsstaat“¹⁰¹ zusammengeschlossen, das Alawitengebiet jedoch wieder zu einem separaten Verwaltungsorgan umgebildet.

Das Ziel, das die französischen Imperialisten mit den Teilungsmaßnahmen im Mandat bezweckten, die Schwächung des Zusammengehörigkeitsgefühles des syrischen Volkes, war nicht erreicht worden. Selbst die von der Mandatsmacht eingesetzten hohen einheimischen Verwaltungsfunktionäre, wie der Präsident der 1922 gebildeten Föderation, Subhi Bek Barakat¹⁰², sahen sich durch den Druck der Volksmassen immer wieder gezwungen, eine Zentralisation des Verwaltungsapparates zu verlangen. Die Forderungen nach der Einheit des ganzen Landes wurden in zunehmendem Maße die wichtigsten Programmpunkte der mehr und mehr erstarkenden syrischen Nationalbewegung.

Die Spaltungspolitik der französischen Imperialisten konzentrierte sich nun aber nicht nur auf die territoriale Aufteilung des Landes, sondern wurde durch die Maßnahmen auf kulturpolitischem Gebiet ergänzt, deren Schwerpunkt die Schulpolitik war. Die wichtigsten Merkmale beim Aufbau des Erziehungswesens bestanden im Primat der Privat- vor den Staatsschulen¹⁰³ und in den bedeutenden Vorrechten, die den verschiedenen christlichen Missionen eingeräumt wurden.¹⁰⁴ Das Prinzip der Verhinderung eines einheitlichen Schulsystems war auch bei der Organisation des Bildungswesens in den von den nichtchristlichen religiösen und nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten maßgebend.¹⁰⁵

Die Hauptaufgaben, die sich die Kolonialmacht in der Schulpolitik stellte, waren nicht nur darauf gerichtet, den geistigen Zusammenhalt des syrischen Volkes zu zerstören und die Schüler und Studenten zu Anhängern des Mandats zu erziehen. Ein wichtiges Merkmal der französischen Kulturpolitik bestand außerdem noch darin, dem Einfluß der übrigen imperialistischen Mächte, vor allem der USA, zu begegnen.

¹⁰⁰ Art. 3, Abs. 1, 3, 4, 5 des genannten Dekrets.

¹⁰¹ Siehe Arrêté Nr 2979 u. 2890. (Topf, Erich, a. a. O., S. 44.)

¹⁰² Vgl. hierzu Burckhardt, C., a. a. O., Kapitel „La Fédération“.

¹⁰³ 606 Staatsschulen mit insgesamt 45 500 Schülern standen 1504 Privatschulen mit 107 508 Schülern gegenüber. (Maestracci, N., *La Syrie contemporaine*, Paris 1930, S. 118.)

¹⁰⁴ Siehe Art. 10 der Mandatssatzung für Syrien.

¹⁰⁵ Nähere Details über den Aufbau des syrisch-libanesischen Bildungswesens siehe Maestracci, N., a. a. O., S. 118–137.

Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die amerikanische Universität in Beirut hingewiesen, durch die die Ideologen der USA-Monopole die syrisch-libanesische Intelligenz für sich gewinnen wollten.¹⁰⁶

VII. Der französische Verwaltungsapparat

Die machtpolitischen Interessen des französischen Imperialismus sollten in Syrien nicht nur durch die erwähnten Maßnahmen, sondern darüber hinaus durch einen französischen Verwaltungsapparat gesichert werden, der eine direkte Kontrolle bis ins letzte Dorf gewährleisten konnte. Zu diesem Zweck baute die Mandatsmacht ein äußerst kompliziertes und weitreichendes Kontroll- und Spionagesystem auf, an dessen Spitze der Hohe Kommissar stand. Seine Entscheidungen waren in jedem Fall für die Maßnahmen der verschiedenen syrisch-libanesischen Exekutiv- und Legislativorgane bindend. Er war lediglich der Regierung in Paris verantwortlich; die von ihm erlassenen Verfügungen hatten Gesetzeskraft.¹⁰⁷ Dem Hohen Kommissar unterstanden die Armee und die Milizen des Landes. Sein Vetorecht behinderte die syrischen und libanesischen Staatsorgane jeglicher Handlungsfreiheit.

Im einzelnen wurde die französische Zivilkontrolle der syrisch-libanesischen Staatsorgane durch zwei Arten französischer Beamten ausgeführt. Zur ersten Kategorie gehörten französische Beamte, die von der französischen Regierung bezahlt wurden und dem Hohen Kommissar direkt unterstanden.¹⁰⁸

Die zweite Gruppe innerhalb des französischen zivilen Verwaltungsapparates setzte sich aus französischen Beamten zusammen, die rechtlich den syrisch-libanesischen Behörden unterstellt und diesen als Ratgeber beigeordnet waren. Diese Beamten wurden auf Vorschlag des Oberkommissars von den zuständigen syrischen beziehungsweise libanesischen Behörden ernannt und von diesen auch bezahlt.¹⁰⁹

Obwohl die französischen Beamten der letztgenannten Kategorie juristisch den arabischen Verwaltungsorganen unterstellt waren, leiteten auch sie praktisch ihre Befugnisse von den Weisungen des Hohen Kommissars ab. Die Einführung eines solchen Beamtentypus erfolgte lediglich, um die Kontrolle der französischen Mandatsmacht zu vervollkommen und die Kosten für den Aufbau dieses kostspieligen Verwaltungsapparates auf die Schultern der arabischen Volksmassen abzuwälzen.

Der französische Verwaltungsapparat, der die Funktionsfähigkeit der syrisch-libanesischen Behörden auf ein Minimum beschränkte, wurde durch die Anwesenheit starker französischer Kolonialtruppen unterstützt. Diese setzten sich sowohl aus Franzosen als auch aus einheimischen Soldaten und Polizisten sowie aus europäischen Fremdenlegionären zusammen. Am Ende des ersten Weltkrieges waren, wie bereits erwähnt, nur schwache französische Truppenteile an der Levanteküste

stationiert. Sie wurden im Laufe des Jahres 1919 zur französischen Expeditionsarmee ausgebaut und 1920/21 erheblich verstärkt.¹¹⁰

Der französischen Armee zur Seite stand die Fremdenlegion, die besonders in den ersten Jahren nach dem Ende des ersten Weltkrieges wegen der relativen Schwäche der französischen Armee von Bedeutung war. Die Fremdenlegion setzte sich neben Arabern hauptsächlich aus ehemaligen deutschen Soldaten, die in französische Kriegsgefangenschaft geraten waren, und aus russischen Konterrevolutionären zusammen.¹¹¹

Bei der Einstellung von einheimischen Soldaten orientierte sich die französische Mandatsmacht im wesentlichen auf Angehörige nationaler und religiöser Minderheiten, die von den französischen Imperialisten gegen die arabisch-mohammedanische Bevölkerung aufgehetzt wurden. Vor allem Armenier und Maroniten wurden für die Bildung solcher Truppenteile herangezogen.¹¹² Noch verhaßter waren die zu einem großen Teil aus Tscherkessen¹¹³ gebildeten Hilfstruppen, die mit größter Grausamkeit gegen Aufständische vorgehen. Alle diese Truppen, wie auch die syrischen Milizorgane¹¹⁴, unterstanden in jedem Fall dem Befehl französischer Offiziere, die die Kontrolle bis in die kleinsten Einheiten ausübten.¹¹⁵

Die französische Zivil- und Militärverwaltung wurde durch einen mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Spionageapparat, den sogenannten Service de Renseignement¹¹⁶, erweitert. Die Beamten dieses politischen Sicherheitsdienstes waren Offiziere, die sowohl mit der Armee als auch mit einheimischen Staatsorganen und französischen Zivilbeamten Verbindung hatten.

Das auf dieser Grundlage von der Mandatsmacht aufgebaute Kontrollsystem wirkte sich für die syrisch-libanesische Bevölkerung um so drückender aus, als es meist unfähige französische Beamte waren, die in Syrien Verwendung fanden.¹¹⁷

Durch ihr arrogantes, überhebliches Auftreten riefen sie den Unwillen der einheimischen Bevölkerung hervor, deren Proteste gegen die europäische Kolonialherrschaft von den französischen Imperialisten nie vollständig unterdrückt werden konnten.

VIII. Zur Entwicklung der syrischen Nationalbewegung in den ersten Jahren des französischen Mandats

Dennoch waren die Voraussetzungen für die Entwicklung einer starken syrisch-libanesischen Nationalbewegung zunächst nicht günstig. Der Hauptgrund für diese Tatsache war darin zu sehen, daß die von Faişal geleitete antifranzösische Feudalbewe-

¹¹¹ Ebenda, S. 50/51.

¹¹⁰ Гранкур, К., a. a. O., S. 42.

¹¹² Diese Truppen wurden in der sogenannten „Ostlegion“ zusammengefaßt, aus der später die „Syrische Legion“ hervorgegangen ist. (Ebenda, S. 53–55.)

¹¹⁴ Гранкур, К., a. a. O., S. 56.

¹¹³ Maestracci, N., a. a. O., S. 157.

¹¹⁵ Territorialgliederung der einzelnen Militärbezirke im Mandat siehe Maestracci, N., a. a. O., S. 154/155.

¹¹⁶ Näheres siehe Schultz-Esteves, Christoph, a. a. O., S. 50.

¹¹⁷ Näheres hierzu siehe Toynbee, A. J., a. a. O., S. 397–399.

¹⁰⁶ Näheres über den Aufbau der amerikanischen Universität in Beirut siehe Maestracci, N., a. a. O., S. 119.

¹⁰⁷ Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 85.

¹⁰⁸ Arrêté Nr 933, 1019, 1433, 1753. (Kaesewieter, Heinrich, a. a. O., S. 86.)

¹⁰⁹ Ebenda, S. 86/87.

gung eine vollständige Niederlage erlitten hatte. Das Verhängnisvolle dieses Vorganges bestand nicht einmal in dem Mißerfolg der Bemühungen der Haschemitendynastie, einen arabischen Feudalstaat auf syrischem Boden zu errichten. Schwerwiegend wirkte sich dies aber für die weitere Entfaltung der arabischen Nationalbewegung aus, weil gleichzeitig mit der Niederlage Faišals die bürgerlich-nationale syrische Unabhängigkeitsbewegung in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen wurde.

Eine der Hauptursachen für den vorläutigen Sieg des französischen Imperialismus im Nahen Osten nach dem ersten Weltkrieg bestand darin, daß es jenen bürgerlich-nationalen Kräften nicht gelang, sich von der Führung der Faišalschen Feudalbewegung zu befreien.

Die Führer der bürgerlichen syrischen Nationalbewegung waren nach dem 25. Juli 1920 durch den Terror der französischen Mandatsmacht gezwungen, im Ausland ihre Kräfte zu sammeln. Zu diesem Zweck traten sie 1921 in Genf zum Syrisch-Palästinensischen Kongreß zusammen.¹¹⁸ Der Kongreß, auf dem die verschiedenen Elemente der bürgerlichen syrischen Unabhängigkeitsbewegung vertreten waren, richtete an die Großmächte eine Botschaft, in der die Ablehnung des Mandats und die Unabhängigkeit der arabischen Völker gefordert wurden. Das vom Kongreß gebildete ständige Komitee wandte sich am 5. September 1922 in einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der die Unabhängigkeit und Einheit Syriens, sowie die Aufnahme des Landes in den Völkerbund und der Abzug der fremden Truppen gefordert wurden.¹¹⁹

In den ersten Jahren des französischen Mandats konnten die im Syrisch-Palästinensischen Nationalkongreß zusammengefaßten Gruppen die Interessen des syrischen Volkes lediglich gegenüber den übrigen Völkern propagandistisch vertreten. Es gelang ihnen noch nicht, den Widerstand im französischen Mandat selbst zu organisieren, und nur selten konnte Verbindung zu den verschiedenen bäuerlichen Partisanengruppen in Syrien und Libanon aufgenommen werden.

Die Schwäche der national-bürgerlichen syrischen Unabhängigkeitsbewegung war nicht nur durch das verhängnisvolle politische Bündnis mit der Feudalbewegung Faišals in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg und die Unterdrückungsmaßnahmen der französischen Imperialisten bedingt, sondern war zugleich das Ergebnis ihrer ökonomischen Verbindungen mit dem feudalen Grundbesitz und der Kompradorenbourgeoisie. Die nationale Bourgeoisie war deshalb in der ersten Zeit nach der Errichtung des Mandats noch nicht in der Lage, die Führung der nationalen Bewegung zu übernehmen. Sie war zunächst sogar unfähig, ihre eigenen wirtschaftlichen Ziele klar zu formulieren, wie dies aus den Forderungen des Syrisch-Palästinensischen Nationalkongresses eindeutig hervorgeht.¹²⁰ Da die nationale Bourgeoisie aus den genannten Gründen die Führung des Unabhängigkeitskampfes noch nicht

¹¹⁸ Der Sitz des Nationalkongresses wurde später nach Kairo verlegt. Mit der Zustimmung für diese Maßnahme hofften die englischen Imperialisten Einfluß auf die Arbeit des Kongresses nehmen zu können.

¹¹⁹ Kampfmeyer, Georg, Damaskus-Dokumente zum Kampf der Araber um ihre Unabhängigkeit. Vorabdruck aus *Welt des Islam*, Bd 8, Heft 2-4, Berlin 1926, S. 108.

¹²⁰ Näheres siehe Weis, Karl, Frankreichs Verrat an Syrien, Berlin 1940, S. 25/26.

übernehmen konnte, die Arbeiterklasse organisatorisch, zahlenmäßig und ideologisch noch sehr schwach war, wurde die Bauernschaft in den ersten zwei bis drei Jahren nach 1920 zum entscheidenden Faktor des nationalen Widerstandes gegen die französischen Imperialisten. Die in dieser Zeit ausbrechenden Aufstände wurden von patriotischen liberalen Großgrundbesitzern, vor allem der Drusen und Alawiten, geleitet, die von den bäuerlichen Massen gezwungen wurden, die Fackel der nationalen Erhebung zu ergreifen.

Bei der Charakterisierung dieser feudal geführten Bauernaufstände muß beachtet werden, daß es sich nicht um eine zentralgeleitete Bewegung mit einer klaren Zielsetzung handelte. Die Unruhen brachen meist spontan aus und blieben in den meisten Fällen örtlich begrenzt.¹²¹

Diese Aufstände, die in ihrer Gesamtheit nie vollständig unterdrückt werden konnten, waren zwar nicht wirkungsvoll genug, um die Existenz der französischen Herrschaft in ihrer Substanz gefährden zu können, sie zeigten aber, wie stark der Widerstand der bäuerlichen Massen gegen das Mandat war. In den Land- und Gebirgsgegenden, wo sich der unmittelbare Terror der französischen Mandatsmacht nicht so stark auswirken konnte, bildeten sich immer wieder Partisanenverbände, die die französischen Kolonialtruppen in ständige verlustreiche Kämpfe verwickelten und den großen syrischen Volksaufstand von 1925 bis 1927 mit vorbereiteten.

In die zum größten Teil aus Bauern und Beduinen bestehenden Partisanenverbände traten in zunehmendem Maße auch Arbeiter aus den Städten ein. Die ökonomische Rückständigkeit und der Terror der Mandatsmacht erschwerten die Entwicklung des syrischen Proletariats.

Der französische Imperialismus erkannte durchaus die Gefahr, die ihm durch eine starke, organisatorisch und ideologisch gefestigte Arbeiterklasse erwachsen könnte. Deshalb ließ die französische Regierung durch Agenten eine sogenannte „Allgemeine Arbeiterpartei Groß-Libanons“¹²² gründen, die die Massen von ihren ökonomischen und politischen Hauptaufgaben ablenken und für ein französisches Mandat gewinnen sollte. Fūād aš-Šimadi, einer der Pioniere der ersten kommunistischen Gruppen, nennt als die tragenden Kräfte dieser Partei Großgrundbesitzer und bürgerliche Kompradoren, die in die verschiedenen Scheinparlamente eintreten wollten, Journalisten, die ihre Zeitungen besser abzusetzen hofften, Advokaten und andere Elemente, die reich zu werden und in den französischen Verwaltungsapparat zu gelangen trachteten.¹²³

Da die große Mehrheit der werktätigen städtischen Massen für diese Partei nicht gewonnen werden konnte, versuchte die Mandatsmacht durch die Gründung einiger

¹²¹ Zu den wichtigsten Aufständen in dieser Zeit gehören
1. die Bauernaufstände im Hauran-Gebirge von 1920 und 1922

2. die Partisanenkämpfe gegen die französischen Kolonialtruppen in der Bikaa-Ebene
3. die nie völlig von den Franzosen unter Kontrolle zu haltenden Erhebungen im Alawitengebiet.

¹²² Луконин, Ю. В., Коммунисты Сирии и Ливана в борьбе за укрепление национальной независимости (1945-1947), phil. Diss., Moskau 1956, S. 20/21.

¹²³ Ebenda.

Gewerkschaftsverbände, die unter der Kontrolle der „Allgemeinen Arbeiterpartei“ standen, eine gewisse Massenbasis unter der Arbeiterschaft zu gewinnen. Diese Gewerkschaften organisierten jedoch nicht einen Streik und führten keine einzige Demonstration durch, die den ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse entsprachen.

Das Hauptverdienst am Scheitern dieser französischen Pläne, die syrisch-libanesische Arbeiterklasse von ihrer Hauptaufgabe, den Kampf um die nationale Unabhängigkeit zu lösen, hatten die Kommunisten, die bereits 1922/23 die ersten marxistischen Zirkel in Syrien und Libanon gründeten. Ende 1924 ging aus diesen Zirkeln die „Libanesische Volkspartei“¹²⁴ hervor, die ihre Aufgaben darin sah, Arbeiter und Bauern für den Kampf um ihre nationalen und sozialen Rechte zu organisieren und zu mobilisieren.¹²⁵

Die ständig wachsende Aktivität der werktätigen Massen in den Städten gegen die französische Kolonialpolitik änderte in entscheidendem Maße den Charakter der syrisch-libanesischen Unabhängigkeitsbewegung, deren Führung mehr und mehr in die Hände der nationalen Bourgeoisie überging. Die von Dr. aš-Šāhbandar geleitete „Arabische Nationalpartei“¹²⁶, in der progressive kleinbürgerliche Elemente und antifranzösisch eingestellte Vertreter der bürgerlichen Intelligenz die tragenden Kräfte waren, fand mit ihrer Forderung nach nationaler Unabhängigkeit und Einheit des Landes die Unterstützung breiter Volksschichten.

Als die Proteste des syrischen Volkes gegen das französische Mandat auch in Paris nicht mehr überhört werden konnten, wurde am 24. April 1923 General Gouraud als Hoher Kommissar durch General Weygand ersetzt.¹²⁷ Seine Bemühungen, eine Konsolidierung der Verhältnisse im Mandat herbeizuführen, versuchte er durch die Teilnahme reaktionärer Elemente der Feudalaristokratie und der Kompradorenbourgeoisie an der Verwaltung des französischen Herrschaftsgebietes zu erreichen. Die Ziele, die der neue Oberkommissar mit diesen Maßnahmen bezweckte, waren jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sich die mit den französischen Imperialisten paktierenden Scheichs und Großkaufleute längst von der Unabhängigkeitsbewegung gelöst hatten, so daß ihr nationaler Verrat wirkungslos bleiben mußte.

So deutete sich bereits Ende 1924 an, daß alle Maßnahmen der französischen Imperialisten zur Sicherung ihrer Machtinteressen im syrisch-libanesischen Mandat gescheitert waren. Im Gegenteil, die von der Mandatsmacht geschaffenen Bedingungen riefen den wachsenden Widerstand der Volksmassen hervor, der sich 1925 zum großen syrischen Volksbefreiungskrieg ausweiten sollte.¹²⁸

Das Heranreifen einer revolutionären Situation in Syrien wurde durch günstige außenpolitische Faktoren positiv beeinflusst. Durch die konsequente antiimperialistische Politik der jungen Sowjetmacht erlebten die nationalen Befreiungskämpfe

¹²⁴ Ebenda, S. 23.

¹²⁵ Siehe Новейшая история стран зарубежного востока, Moskau 1954, Bd 1, S. 324.

¹²⁶ Гатауллин, М. Ф., Подъем национально-освободительного . . . , S. 372.

¹²⁷ Topf, Erich, a. a. O., S. 45.

¹²⁸ Siehe Луцкий, В. Б., a. a. O., S. 145.

einen immer größeren Aufschwung und erschütterten, wie die nationale Befreiungsrevolution in China, die ganze kapitalistische Welt. Für die Situation in Syrien und Libanon war insbesondere die Tatsache bedeutend, daß der marokkanische Freiheitskampf einen großen Teil der französischen Armee fesselte. Schließlich war die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte Frankreichs – mit der Kommunistischen Partei an der Spitze – eine wirksame Hilfe für die unter französischer Kolonialherrschaft lebenden Völker.

Alle diese inneren und äußeren Faktoren bildeten in ihrer Gesamtheit die Voraussetzung für den im Juli 1925 ausbrechenden syrischen Volksbefreiungskrieg, der die Existenz der französischen Kolonialherrschaft in ihren Grundfesten erschüttern sollte.

Die Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik auf die Wirtschaft Ägyptens

Nach der Befreiung Ägyptens von der britischen Kolonialherrschaft begann der Prozeß der schnelleren Entwicklung und besseren Ausnutzung der Produktivkräfte des Landes.

Dadurch wird anschaulich bewiesen, daß die koloniale Ausbeutung durch den englischen Imperialismus das Haupthindernis einer wirtschaftlichen und insbesondere einer industriellen Entwicklung war. Obwohl die nationale Regierung Ägyptens große Anstrengungen zum Aufbau einer Industrie und zur Entwicklung einer proportionalen Wirtschaft unternimmt, leidet das ägyptische Volk noch immer unter dem Erbe der langen Kolonialherrschaft.

Diese Arbeit soll einige Seiten der Wirtschaftspolitik Großbritanniens bei der Ausplünderung der ägyptischen Reichtümer sowie ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Produktivkräfte Ägyptens untersuchen.

I. Die Politik der wirtschaftlichen Unterwerfung Ägyptens bis zum ersten Weltkrieg

Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts versuchten Frankreich und Großbritannien, Ägypten militärisch zu erobern. Beide Versuche schlugen jedoch fehl, und damit wurde weder von der französischen noch von der englischen Bourgeoisie das Ziel erreicht, Ägypten zu kolonisieren.¹

Anstelle der direkten militärischen Aggression benutzten die beiden altkapitalistischen Mächte in der Folgezeit zunächst die Methode der systematischen Durchdringung der ägyptischen Wirtschaft und der Schaffung einer einseitigen Struktur der Landwirtschaft, um ihre Kapitalherrschaft über das Nilland zu errichten.

Die Verwirklichung dieser reaktionären Absicht wurde jedoch durch die Politik Mehmet Alis stark erschwert, da seine Politik darauf abzielte, Ägypten zu einem zentralisierten, absolutistischen Staat umzuformen. Diesem Zweck war eine Reihe bedeutender Maßnahmen gewidmet, die zu einer Entwicklung der nationalen Wirt-

¹ Siehe auch ‘Abd ar Raḥmān ar Rāfi ‘i, *Tārīḥ al-ḥaraka al-qaumiya*, Bd 1, 4. Aufl., Kairo 1955, Bd 2, 3. Aufl., Kairo 1958.

schaft führten.² Unter der Regierung Mehmet Alis wurde der gesamte Boden verstaatlicht, dessen juristisches Eigentum durch den Besitzer nicht nachzuweisen war. Der Staat kaufte sämtliche landwirtschaftliche Waren und Manufakturserzeugnisse auf, um sie im Inland und im Ausland abzusetzen. Damit schuf Mehmet Ali das staatliche Monopol im Außen- und Binnengroßhandel. Diese Maßnahme erschloß größere Möglichkeiten für die innere Kapitalakkumulation. Obwohl die Regierung Mehmet Alis nicht auf die Möglichkeiten einer Akkumulation von Kapital durch Expansion³ verzichtete, standen ihr im wesentlichen jedoch nur inländische Quellen zur Verfügung. Die Akkumulationsmittel wurden in starkem Maße für die Entwicklung einer nationalen Industrie, für die Förderung der Baumwollkultur, die Verbesserung des künstlichen Bewässerungssystems und die Modernisierung der Armee und der Flotte eingesetzt.

Diese von der französischen Bourgeoisie aus egoistischen Motiven unterstützte Politik des ägyptischen Statthalters mußte die Möglichkeiten einer Kolonisierung Ägyptens durch Großbritannien verringern. Deshalb verhinderte die britische Bourgeoisie mit Unterstützung Rußlands, Preußens und Österreich-Ungarns durch eine militärische Intervention und die sogenannte Londoner Konvention die weitere innere Konsolidierung Ägyptens und die Errichtung einer unabhängigen ägyptischen Großmacht am Mittelmeer.⁴ Gleichzeitig legte die Londoner Konferenz vom 15. Juli 1840, indem sie die Ausdehnung des englisch-türkischen Handelsvertrages von 1838 auf Ägypten verfügte, den Grundstein für die ökonomische Verklavung des Landes. Der Vertrag ermöglichte es britischen Staatsangehörigen, Versklavung des Landes. Der Vertrag ermöglichte es britischen Staatsangehörigen, ohne Einschränkung Grund und Boden, Rohstoffe und Industrieerzeugnisse in Ägypten zu erwerben; außerdem vernichtete er das ägyptische Boden- und Handelsmonopol.⁵ In dieser Zeit besuchten eine große Anzahl britischer Wirtschaftsexperten Ägypten, um die verantwortlichen Stellen im Interesse der britischen Textilindustrie noch stärker auf den Baumwollanbau zu orientieren. Bei diesen Bemühungen konnte die britische Bourgeoisie bedeutende Erfolge erzielen. Wurden im Jahre 1822 nur 35 000 Kantar Baumwolle ausgeführt, so erreichte die Baumwollausfuhr Ägyptens 1852 bereits 670 000 Kantar, deren Wert 35 Prozent des Exportwertes ausmachte.⁶ Diese Entwicklung der Baumwolle zur Monokultur kam der britischen Bourgeoisie in doppelter Hinsicht zustatten. Erstens verstärkte sich dadurch die Abhängigkeit Ägyptens von England, und zweitens wurde Ägypten auf diesem Wege ein billiger Rohstofflieferant für die britische Textilindustrie. Dieser Prozeß wird im Außenhandel sichtbar.

In den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte sich der Einfluß Großbritanniens in Ägypten. Jetzt richtete sich die Spitze der britischen Kolonialpolitik vor allem gegen die Betriebe, die während der Regierungszeit Mehmet Alis errichtet

² Derselbe, *Tārīḥ al-ḥaraka al-qaumiya*: ‘asr Muhammad ‘Alī, Bd 3, Kairo 1930.

³ Ebenda.

⁴ *Amīn Muṣṭafa ‘Afīfī*, *Tārīḥ Miṣr al iqtisādī wal-mālī*, 3. Aufl., Kairo 1954, S. 62.

⁵ Hurewitz, J. C., *Diplomacy in the Near and Middle East. A Documentary Record 1535–1914*, Toronto/London 1956, S. 116.

⁶ *Potechin, I. I.*, *Die Völker Afrikas*, Berlin 1961, S. 258.

*Der Außenhandel Ägyptens 1839–1840 mit seinen drei wichtigsten Partnern
(in v. H. des Gesamtexports bzw. -imports)*

	1839		1840	
	Export	Import	Export	Import
Großbritannien	33,2	31,5	38,3	27,2
Österreich	14,9	20,2	19,8	21,8
Frankreich	13,8	16,0	14,1	15,1 ⁷

worden waren. Dazu gehörten insbesondere Fabriken, welche die Abhängigkeit des Landes verringerten und die Basis einer zukünftigen Industrialisierung werden konnten. Während der Regierungszeit ʿAbbās I. wurden eine ganze Reihe von Betrieben geschlossen und als Schrott verkauft. Es handelte sich vor allem um Werke für den Heeresbedarf, die Papierherstellung, ferner Textilbetriebe und Gießereien. Neben dem allgemeinen Ziel der Ruinierung der ägyptischen Wirtschaft wurde damit gleichzeitig die Verteidigungskraft der ägyptischen Armee untergraben.⁸

Eine besonders wichtige Rolle dachte die britische Bourgeoisie einem abhängigen Ägypten bei der Sicherung der Verbindungswege nach Indien und dem Fernen Osten zu. Aus diesem Grunde erzwangen britische Unternehmer 1850 den Bau einer Eisenbahnstrecke von Alexandria über Kairo nach Suez. Dieser Eisenbahnbau sollte dazu dienen, den Transport aus Südasien und dem Fernen Osten nach Großbritannien zu verkürzen und zu verbilligen. Doch diese Absicht scheiterte: Trotz der britischen Störmanöver wurde der Suezkanal 1869 dem Verkehr übergeben. Während die Verwirklichung des größten hydrotechnischen Projektes des 19. Jahrhunderts einer Handvoll Vertreter der europäischen Finanzbourgeoisie neue riesige Reichtumsquellen erschloß, wurde der Bau des Kanals für Ägypten zur Hauptursache des völligen finanziellen Bankrotts und letzten Endes auch der britischen Okkupation. Die Gesamtausgaben Ägyptens für den Durchstich der Landwege von Suez betrugen 6,77 Millionen Pfund, das heißt, die Hälfte der Baukosten wurde vom ägyptischen Volk aufgebracht.⁹ „Mit dem Bau des Suezkanals“, schrieb Rosa Luxemburg, „hat Ägypten seinen Kopf in die Schlinge des englischen Kapitals gesteckt, aus der es ihn nun nicht wieder herausziehen kann.“¹⁰ Nach der Fertigstellung des Kanals änderte sich schlagartig die britische Einstellung zu dieser neuen Wasserstraße. Der Kanal war, das wußte London nur zu gut, für den Seeweg nach Indien von größter ökonomischer und militärstrategischer Bedeutung. Deshalb lag er von nun an in der Hauptstoßrichtung der britischen Kolonialpolitik. Unter Ausnutzung der zerrütteten ägyptischen Finanzlage erwarb England 1875 für nicht ganz vier Millionen Pfund die 176602 Suezaktien des ägyptischen Khediven

das heißt, 44 Prozent der 1858 aufgelegten Suezaktien wurden Eigentum der britischen Regierung. Die englische Bourgeoisie war durch diese Transaktion plötzlich zum Hauptaktionär der Gesellschaft geworden und begann Frankreich Schritt für Schritt zurückzudrängen. Darüber hinaus war der Aktienwerb ein glänzendes Geschäft für die britische Hochfinanz. Bereits 1936 betrug der Wert dieser Aktien mehr als 88 Millionen Pfund, und bis 1938 bezog England aus diesem Aktienpaket 43 Millionen Pfund Dividende.

Vergeblich versuchte der neue Khedive Ismāʿīl durch Aufnahme neuer Anleihen und die mehrmalige Erhöhung der Steuern die drohende finanzielle Katastrophe und die damit zu erwartende Intervention der Großmächte abzuwenden. Von 1863 bis 1873 nahm Ägypten von englischen und französischen Bankhäusern Anleihen in Höhe von 68 Millionen Pfund auf. Zur Auszahlung gelangten jedoch nur 44 Millionen Pfund. Die Differenz buchten die europäischen Financiers als Prämien, Provisionen usw.¹¹ 1876 betrug die ägyptische Staatsschuld 94 Millionen Pfund Sterling; Ägypten mußte den Staatsbankrott erklären. Noch im gleichen Jahr wurde von der europäischen Hochfinanz die Chaise de la Dette Publique zur Überwachung der ägyptischen Finanzen errichtet und damit Ägypten der englisch-französischen Doppelkontrolle unterworfen.¹² 1878 wurden die wichtigsten Funktionen im ägyptischen Kabinett von Männern der englischen und französischen Hochfinanz besetzt. Die direkte Einmischung der internationalen Staatsschuldenkasse in die inneren Angelegenheiten Ägyptens ging so weit, daß sie sich die Finanzeinnahmen der vier reichsten ägyptischen Provinzen, der Eisenbahn und anderer Unternehmen pauschal übertragen ließ.

Nachdem das Staatsbudget und der Außenhandel von Großbritannien und Frankreich abhängig waren, versuchte die britische und französische Bourgeoisie Frankreich abhängig waren, versuchte die britische und französische Bourgeoisie in verstärktem Maße, einzelne Wirtschaftszweige von sich abhängig zu machen. Es handelte sich dabei vorwiegend um die Erweiterung des Transportnetzes durch Ausbau der Eisenbahnstrecken und um kommunale Unternehmen.¹³

Das immer tiefere Eindringen des ausländischen Kapitals rief in wachsendem Maße den Widerstand der national gesinnten Kräfte des ägyptischen Volkes hervor. Ausdruck dieser Entwicklung war die erste national-revolutionäre Befreiungsbewegung der ägyptischen Geschichte unter der Führung ʿArabi Paschas von 1879 bis 1882.

Der Aufstand unter ʿArabi Pascha verfolgte das Ziel, einen starken unabhängigen ägyptischen Staat zu bilden, und bedrohte damit direkt die kolonialen Bestrebungen Großbritanniens.¹⁴ Deshalb landeten 1882 britische Truppen in Ägypten, um die gefährdete Position des britischen Kapitals zu retten. Mit dieser Aggression wurde Ägypten de facto eine Kolonie Großbritanniens, wenn auch die formelle Oberhoheit des Osmanischen Reiches aufrechterhalten blieb.¹⁵

⁷ Fauzi Ġirġis, a. a. O., S. 62.

⁸ ʿAbd ar-Raḥmān ar-Rāfi ʿī, ʿAṣr Ismāʿīl, Bd 2, Kairo 1932.

⁹ Ebenda.

¹⁰ ʿAbd ar-Raḥmān ar-Rāfi ʿī, At-Taḥrīr al-ʿarabiya wal-iḥtilāl al-inġlīzī, Kairo 1949, 2. Aufl.

¹¹ Derselbe, Miṣr wal-Sūdān fī awāʾil ʿahd al-iḥtilāl, 2. Aufl., Kairo 1948.

¹² Derselbe, Miṣr wal-Sūdān fī awāʾil ʿahd al-iḥtilāl, 2. Aufl., Kairo 1948.

¹³ Derselbe, Miṣr wal-Sūdān fī awāʾil ʿahd al-iḥtilāl, 2. Aufl., Kairo 1948.

¹⁴ Derselbe, Miṣr wal-Sūdān fī awāʾil ʿahd al-iḥtilāl, 2. Aufl., Kairo 1948.

¹⁵ Derselbe, Miṣr wal-Sūdān fī awāʾil ʿahd al-iḥtilāl, 2. Aufl., Kairo 1948.

⁷ Fauzi Ġirġis, Dirāsāt fī tarīḫ Miṣr, Kairo 1958, S. 151.

⁸ ʿAbd ar-Raḥmān ar-Rāfi ʿī, ʿAṣr Ismāʿīl, Bd 1, Kairo 1932.

⁹ Rathmann, Lothar, Entstehung, Verlauf und Sieg der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung 1805 bis 1954, in *Geschichte in der Schule*, Berlin, 10. Jg., 4/1957, S. 199.

¹⁰ Schwakow, A., u. Bogoslawski, W., Unabhängiges Ägypten, Berlin 1957, S. 8.

Alle wichtigen Positionen der Wirtschaft gingen nach der Okkupation in die Hände des britischen Finanzkapitals über. Großbritannien beherrschte den Außenhandel, das Finanzleben, den Verkehr und die Landwirtschaft, die sich einseitig auf den Anbau der Baumwolle konzentrierte.

Ägypten produzierte 1885 rund 2 792 000 und 1914 rund 7 664 000 Kantar Baumwolle.¹⁶ Der Anteil der Baumwolle am Gesamtexport landwirtschaftlicher Produkte stieg von 81 Prozent im Jahre 1889 auf 94 Prozent im Jahre 1914.¹⁷ Zugunsten des Baumwollanbaus sank die Anbaufläche für Weizen laufend ab. Betrug die Weizenanbaufläche 1879 bis 1892 im Mittel noch 20,6 Prozent, so sank sie für die Zeit von 1892 bis 1914 auf 16,9 Prozent.¹⁸ Durch die disproportionale Entwicklung wurde Ägypten immer mehr gezwungen, landwirtschaftliche Produkte einzuführen. 1916 erreichte dieser Import landwirtschaftlicher Produkte den Wert von 6 Millionen LE.¹⁹

Das ausländische Kapital wurde in dieser Periode nicht in der Industrie angelegt, sondern in Agrargesellschaften, im Hypothekenwesen sowie im Handel und Verkehr konzentriert. Über die dominierende Rolle des Auslandskapitals und die schwache Entwicklung nationaler Kapitalanlagen gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Kapitalanlage in Ägypten 1892 bis 1902²⁰
(in Mill. LE)

Jahr	Gesamtkapital	ausländisches Kapital	Kapital Industrie, Handel u. Verkehr
1892	21,7	19,1	=
1897	32,8	30,8	5,8
1902	44,6	42,9	10,5

In der Zeit vom 2. Juni 1906 bis 28. April 1908 wurden in Ägypten 47 neue Gesellschaften gegründet. Davon waren 45 Gesellschaften Gründungen der britischen Bourgeoisie.

Unter diesen Umständen konnte sich die nationale Wirtschaft nur sehr langsam entwickeln, da der größte Teil der Akkumulationsmittel für die Entwicklung der Industrie in Form von Profiten ausländischer Gesellschaften, von Zinsen, Kreditrückzahlungen usw. in das Ausland transferiert wurde. Diese Entwicklung weisen auch die Zahlen über die staatlichen Budgets von 1882 bis 1901 aus.

¹⁶ Amīn Muṣṭafa 'Afīfī, a. a. O., S. 184.

¹⁷ Fauzī Ġirġis, a. a. O., S. 109.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Šuhdī 'Atīya aš-šāfi 'ī, Taṭawwur al-ḥaraka al-waṭanīya al-miṣrīya, Kairo 1957, S. 8.

²⁰ Amīn Muṣṭafa 'Afīfī, a. a. O., S. 477.

Zusammenfassende Übersicht über die Staatsbudgets von 1882 bis 1901²¹
(in Mill. LE)

Einnahmen		Ausgaben	
Inländische Einnahmen	205	Rückzahlungen für Kredite einschließlich Zinsen	93
Anleihe	15	Verwaltung und Pensionen	62
Anleihe	4	Armee	12
		Öffentliche Dienste	10
		Justiz	7
		Zivile Ausgaben	6
		Erziehung	2
		Gesundheit	2
		Andere Ausgaben	20
		darunter Bewässerung	4
		Sudan	2
		Eisenbahn	9
Insgesamt		Insgesamt	214
Insgesamt		224	

Großbritannien benutzte die Einnahmen Ägyptens auch zur Finanzierung der kolonialen Eroberung Sudans im Jahre 1896. Nach offiziellen Angaben mußten dafür über 2,3 Millionen LE für folgende Zwecke von Ägypten aufgebracht werden:

Für den Bau einer Eisenbahnstrecke	1,18 Millionen LE
Für Telegrapheneinrichtungen	0,02 „ „
Für den Bau von Kriegsschiffen	0,15 „ „
Für den Unterhalt der militärischen Expedition	0,99 „ „
Insgesamt	2,34 Millionen LE ²²

Das Expeditionskorps bestand aus 79 751 ägyptischen und 1400 britischen Soldaten. Zur Durchführung der britischen Kolonialpolitik im Sudan mußte die ägyptische Regierung von 1906 bis 1950 über 40 Millionen LE zur Verfügung stellen.²³

Neben der Raubpolitik im Innern des Landes, die durch die Tatsache bewiesen wird, daß 41 Prozent der Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes von 1882 bis 1901 für Kredite und Zinsen ins Ausland gingen, verfolgte Großbritannien die gleiche Politik auf dem Gebiet des Zollwesens. Da auf allen importierten Waren im Durchschnitt nur acht Prozent Zölle lagen, wurde eine industrielle Entwicklung vernachlässigt. Die britische Bourgeoisie propagierte, daß Ägypten ein Agrarland sei und bleiben müsse, da alle Voraussetzungen für die Entwicklung zu einem Industrieland – Eisen, Kohle, Kapital, qualifizierte Arbeitskräfte und Kader – fehlten.

²¹ Fauzī Ġirġis, a. a. O., S. 114.

²² Encyclopedia Britannica, London 1951, Bd 8, S. 106.

²³ 'Abd ar Raḥmān ar-Rāfi 'ī, Fī a'qāb at-taura, Kairo, 1951, Bd 3, S. 26.

Großbritannien verhinderte auch die Entwicklung ägyptischer Banken. Vor 1914 gab es keine ägyptische Bank mit ägyptischem Kapital. Die ausländischen Banken finanzierten nur den Baumwollhandel und gaben Kredite für Großgrundbesitzer und ausländische Handelsfirmen.

Im Interesse der britischen Kapitalisten lag lediglich die Entwicklung der Rohstoffe und Lebensmittel erzeugenden Produktion. Dazu gehörten vor allem die Fabriken zur Baumwollentkörnung und Baumwollpressereien, Zementfabriken sowie einige Nahrungsmittelbetriebe. Diese Entwicklung zeigt sich in der Wirtschaftsstruktur der Bevölkerung.

Struktur der Beschäftigten im Jahre 1907

Wirtschaftszweig	Beschäftigte (in 1000)	Anteil an den Beschäftigten (in v. H.)
Landwirtschaft	2440	73,2
Industrie, Handwerk*	380	11,5
Handel, Verkehr	262	7,8
Freie Berufe	144	4,3
Sonstige	106	3,2
Insgesamt	3332	100,0 ²⁴
Gesamtbevölkerung 11 287		

* Die ägyptische Statistik wies damals alle Betriebe über 10 Beschäftigte als Industriebetriebe aus.

Dabei muß der relativ starke Anteil ausländischer Arbeitskräfte berücksichtigt werden. 1907 gab es in Ägypten bereits 286 000 Ausländer.²⁵

Die britische Bourgeoisie benutzte ihren starken Einfluß auf die ägyptische Regierung, um die bestehende nationale Industrie auch auf andere Weise zu drosseln. So wurde eine Steuer für Textilbetriebe eingeführt, die ihre Produkte exportierten. Diese Steuern entsprachen der Zollhöhe für importierte Textilien. Die Folge waren Bankrotte von Textilbetrieben. So mußte die ägyptisch-englische Garn- und Gewebegesellschaft ihre Betriebe in Kairo und Alexandrien schließen. Noch stärker hatten die Handwerksbetriebe unter der hohen Besteuerung und der starken Konkurrenz der ausländischen Gesellschaften zu leiden. Die ägyptische Wirtschaft konnte sich unter diesen Bedingungen nur schwer entwickeln.

In den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg verstärkte sich der britische Einfluß in Ägypten besonders. Die Ursachen waren die Abmachungen, die zwischen der britischen und französischen Regierung im Jahre 1904 getroffen wurden und die ihre Interessengebiete in der Welt exakter voneinander abgrenzten. Danach verzichtete Frankreich, natürlich bei entsprechender britischer Gegenleistung, auf seine

²⁴ Rašid al-Barāwī, *At-Tatawwur al-iqtisādī fī Miṣr*, 4. Aufl., Kairo 1949, S. 183.

²⁵ Die Mehrzahl der Ausländer waren Griechen, Italiener, Franzosen und Engländer.

Interessen in Ägypten und gab somit der britischen Bourgeoisie größere Handlungsfreiheit in Ägypten. Das Gesamtkapital der ägyptischen Wirtschaft erreichte 1914 100,102 Millionen LE (ohne Suezkanal), davon betrug das ausländische Kapital 92,039 Millionen LE.²⁶ Diese Struktur des Auslandskapitals wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Struktur der ausländischen Kapitalanlagen 1914
(in Millionen LE)

	britisches Kapital	französisches Kapital	belgisches Kapital	anderes Kapital	Gesamt- kapital
Hypothekengesellschaften	13,5	39,1	1,9	—	54,5
Banken und Kredithäuser	3,8	1,5	0,4	0,3	6,0
Landwirtschaftl. Gesellschaften	2,8	1,2	8,3	—	12,3
Verkehr	2,7	—	2,5	0,5	5,7
Handel, Handwerk, Industrie	7,5	4,4	1,1	0,4	13,4
Insgesamt	30,3	46,2	14,2	1,2	91,9 ²⁷

Diese Zahlen beweisen, daß das ausländische Kapital vor allem in Hypothekenbanken und landwirtschaftlichen Gesellschaften angelegt wurde. Von 92 Millionen LE wurden für diesen Zweck allein 67 Millionen LE investiert. Dagegen spielten die Investitionen in der Industrie, die zum größten Teil noch einen stark handwerklichen Charakter trug, nur eine geringe Rolle.

II. Die Abwälzung der britischen Kriegslasten auf das ägyptische Volk während des ersten Weltkrieges

Der erste Weltkrieg und der Beginn der allgemeinen Krise des Imperialismus hatten große politische und ökonomische Auswirkungen auf Ägypten. Der Weltkrieg wurde von Großbritannien benutzt, um nunmehr Ägypten auch formal vom Osmanischen Reich zu trennen und in eine britische Kolonie zu verwandeln. Die britische Bourgeoisie bereicherte sich im ersten Weltkrieg in großem Maße auf Kosten des ägyptischen Volkes. Dabei wurden besonders die Baumwollpreisgestaltung und andere finanzpolitische Maßnahmen benutzt. So sank der Preis für

²⁶ Amīn Muṣṭafa ʿAfīfī, a. a. O., S. 488.

²⁷ Ebenda, S. 487.

Baumwolle im Jahre 1914 auf ca. zwei LE je Kantar gegenüber vier LE vor dem Krieg.²⁸ Die gesamte Baumwollernte von sieben Millionen Kantar mußte 1914 für 16,5 Millionen LE verkauft werden, während die gleiche Menge im Jahre 1913 noch einen Erlös von 29 Millionen LE erbrachte.²⁹ Allein durch diese Maßnahme hatte Ägypten Verluste in Höhe von 12,5 Millionen LE in einem Jahr, nicht gerechnet jene Verluste aus Preissenkungen anderer landwirtschaftlicher Exporterzeugnisse. Eine solche Politik brachte für Ägypten in doppelter Hinsicht großen Nachteil. Erstens wurden der Wirtschaft dringend notwendige Akkumulationsmittel entzogen, und zweitens wurde besonders die Lebenslage der Bauern, der Arbeiter und anderer Schichten unmittelbar verschlechtert. Die Regierung unternahm unter dem Druck der englischen Finanzberater keine Maßnahmen, um die materielle Lage der Arbeiter und Bauern zu erleichtern. Die Bauern waren gezwungen, das Vieh und den Schmuck zu verkaufen, weil die ausländischen Bodenbanken und Hypothekengesellschaften die Kreditgewährung einstellten und die fälligen Zahlungen rücksichtslos eintrieben.

Durch die Einsicht, daß die fortlaufende Senkung der Baumwollpreise katastrophale Verhältnisse für Ägypten mit sich brachte, setzte das ägyptische Börsenkomitee am 16. August 1914 einen Mindestpreis für den Verkauf von Baumwolle in Höhe von 15 Rial je Kantar fest.³⁰ Die britische Bourgeoisie, die sich jedoch besonders durch die schrumpfenden Preise bereicherte, zwang die ägyptische Regierung, den Beschluß bereits am 3. September 1914 aufzuheben.³¹

Gegen Ende des ersten Weltkrieges errichtete Großbritannien sein Baumwollmonopol in Ägypten. Nachdem die britische Bourgeoisie zuvor von den fallenden Baumwollpreisen profitiert hatte, bereicherte sie sich nun an den steigenden Preisen für Baumwolle auf dem Weltmarkt. Zu diesem Zweck wurde von ihr ein Höchstpreis von 42 Rial je Kantar für den Aufkauf der Baumwolle festgesetzt.³² In Wirklichkeit jedoch erhielt die Masse der Produzenten nur etwa 32 Rial infolge der hohen Profite der ausländischen Zwischenhändler.³³ Durch diese Methode des Raubes erzielte die britische Bourgeoisie allein in der letzten Zeit des Krieges mehr als 32 Millionen LE als Profit.³⁴ Die gesamten ägyptischen Verluste aus der Preispolitik während des Krieges beliefen sich auf mindestens 100 Millionen LE.³⁵

Zum anderen bekam die Nationalbank in Ägypten das Recht, Banknoten zum offiziellen Kurs zu emissionieren. Diese Banknoten waren zur Hälfte durch Gold und der Rest durch englisches Staatspapiergeld gedeckt. Die dafür vorgesehenen Goldbestände wurden nach Großbritannien ausgelagert. Durch diese Maßnahme kontrollierte die britische Bourgeoisie auch das gesamte Finanzwesen des Staates. Die Profite, die Großbritannien aus der Emission der Banknoten zufließen, wurden benutzt, um britische Kriegsausgaben in Ägypten zu bezahlen.

²⁸ ʿAbd ar Raḥmān ar-Rāfiʿi, *Taurat* 1919, Bd 1, 2. Aufl., Kairo 1955, S. 73.

²⁹ Ebenda, S. 75. ³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda. ³² Ebenda, S. 79.

³³ Ebenda. ³⁴ Ebenda.

³⁵ Nach Berechnung des Verfassers.

Eine weitere Methode der Bereicherung erfolgte auf indirektem Wege zu Lasten des ägyptischen Volkes. Der Banknotenumlauf, für den die Nationalbank Ägyptens verantwortlich zeichnete, vergrößerte sich um ein Vielfaches. Waren im Jahre 1914 2,5 Millionen LE Banknoten im Umlauf, so stieg dieser Banknotenumlauf auf 67 Millionen LE im Jahre 1919 an.³⁶ Die Folgen einer solchen Politik wurden in den Lebenshaltungskosten sofort sichtbar. Da die Preise durch die relative Entwertung des Geldes stiegen, veränderten sich die Lebenshaltungskosten wie folgt

(1913 = 100):

1918 = 211

1919 = 231

1920 = 316³⁷

Diese kolonialistische Wirtschaftspolitik Englands brachte große wirtschaftliche Schwierigkeiten für Ägypten mit sich, raubte dem Land dringend nötige Akkumulationsmittel, wälzte die Kriegslasten Großbritanniens auf ägyptische Schultern ab und verschlechterte die Lage des größten Teiles des ägyptischen Volkes.

III. Die Herrschaft des britischen Kapitals in den ersten Nachkriegsjahren

Die verheerenden Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik auf die Lage der arbeitenden Massen führten bei Kriegsende zur Herausbildung einer revolutionären Situation in Ägypten. An der Spitze der Befreiungsbewegung stand die junge ägyptische Bourgeoisie, die während des Krieges ihre ökonomischen Positionen gestärkt hatte. Da durch den Krieg die vorübergehende Überschwemmung Ägyptens mit den Massenerzeugnissen der kapitalistischen Industrie unterbrochen wurde, gelang es den ägyptischen Kapitalisten, verschiedene Unternehmen in der Textil-, Leder-, Tabak-, Lebensmittel- und Seifenindustrie zu bilden. Sollten diese mühsam errungenen ökonomischen Positionen behauptet werden, mußte die Bourgeoisie nach Kriegsende gegen die britische Herrschaft Stellung nehmen.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland beschleunigte die Formierung der gesamt nationalen Einheitsfront in Ägypten. Ausdruck der außerordentlichen Verschärfung des Hauptwiderspruches zwischen dem ägyptischen Volk und dem britischen Imperialismus war die revolutionäre Erhebung vom März 1919.³⁸ Zum ersten Male in der ägyptischen Geschichte trat dabei die Arbeiterklasse entscheidend in Aktion, und allein durch diese Tatsache erhielt die Bewegung ihr besonderes Gewicht.

Aber die Großgrundbesitzer, die Kompradorenbourgeoisie und der rechte Flügel der nationalen Bourgeoisie fürchteten die revolutionären Massenaktionen, wie sie in der Periode von 1919 bis 1921 stattfanden. Diese Kreise wollten keinen ent-

³⁶ Rašid al-Barāwī, a. a. O., S. 205.

³⁷ Ebenda, S. 207.

³⁸ ʿAbd ar Raḥmān ar-Rāfiʿi, *Taurat* 1919, Bd 1 u. 2, 2. Aufl., Kairo 1955.

schiedenen Bruch mit dem englischen Imperialismus, sondern nur die Durchsetzung ihrer spezifischen ökonomischen Interessen. So findet sich in dem Programm der 1917 gegründeten „Industriellen Gesellschaft“, die sich 1922 in den Industrieverband verwandelte, keine nationale Zielstellung. Die wichtigsten Forderungen lauteten³⁹:

1. Änderung des alten Zollsystems;
2. Preisbegünstigung für den Transport der Rohstoffe und der Industrieerzeugnisse;
3. Verbesserung des Transportwesens;
4. Bevorzugung durch die Regierung beim Kauf nationaler Erzeugnisse;
5. Gründung eines ökonomischen Komitees.

Im Gegensatz dazu vereinten sich im Programm der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei Ägyptens im Interesse des gesamten Volkes politische und ökonomische Forderungen. Auf ökonomischem Gebiet erhob die Partei folgende Forderungen⁴⁰:

1. Konfiszierung des gesamten Bodens der Großgrundbesitzer über 100 Feddan und die Verteilung an landlose und landarme Bauern;
2. Beseitigung der Halbpacht und Streichung der Schulden der Bauern bis zu 30 Feddan sowie Steuerfreiheit für alle Bauern mit einem Besitz unter zehn Feddan;
3. Nationalisierung des Suezkanals;
4. Einführung des Achtstundentages und gleicher Lohn für gleiche Leistung für ausländische und ägyptische Arbeitskräfte sowie für Frauen und Männer;
5. Ausarbeitung einer Arbeitsschutzgesetzgebung und Fabrikinspektion sowie Einrichtung von Industriekomitees und Gründung von Produktions- und Konsumgenossenschaften.

Der rechte Flügel der nationalen Bourgeoisie verriet jedoch die politischen und ökonomischen Interessen der Nation und schloß auf Initiative der Wafd-Partei einen Kompromiß mit den Großgrundbesitzern, der Kompradorenbourgeoisie und den Imperialisten.

Im Jahre 1920 wurde die Misr-Bank mit ägyptischem Kapital gegründet. Diese Bank beteiligte sich in der Folgezeit an vielen industriellen Unternehmen, vor allem in der Textilindustrie. Durch die nationale Regierung Sa'd Zaghlūl und das Parlament von 1924 wurden in bescheidenem Umfang Maßnahmen zur Entwicklung der ägyptischen Industrie ergriffen. Obgleich diese Maßnahmen weder das ausländische Kapital noch die Interessen des britischen Imperialismus bedrohten, benutzte die britische Regierung die Ermordung ihres Oberkommandierenden in Ägypten, Lee Stack, der zugleich Generalgouverneur im Sudan war, um im November 1924 die Regierung Zaghlūl zu stürzen und das Parlament aufzulösen.⁴¹

Unter diesen Bedingungen entwickelte sich die ägyptische Industrie weiterhin nur langsam. Zugleich ließ der Zustrom ausländischen Kapitals nach, und zahlreiche

³⁹ Fauzi Ġirġis, a. a. O., S. 136.

⁴⁰ Rathmann, Lothar, Araber stehen auf, Berlin 1960, S. 100ff.

⁴¹ 'Abd ar-Raḥmān ar-Rāfi'ī, Fī a'qāb at-taura, Kairo 1959, Bd 1, 2. Aufl.

Hypotheken- und Bodenbanken zogen ihr Kapital ab, da nicht zuletzt durch ihre Politik der größte Teil des Bodens in den Besitz von Großgrundbesitzern übergegangen war.

Entwicklung der ausländischen Kapitalanlagen in Ägypten 1919 bis 1928
(in Millionen LE)

Jahr	ausländische Kapitalanlagen	Jahr	ausländische Kapitalanlagen
1919	115,5	1925	103,5
1921	113,2	1926	101,8
1922	111,3	1927	108,2
1923	106,9	1928	110,1 ⁴²
1924	104,9		

Im Außenhandel Ägyptens stand Großbritannien weiterhin an erster Stelle. Baumwolle war der entscheidende Exportartikel Ägyptens, der mehr als 80 Prozent des Gesamtexportes ausmachte. Außerdem waren Preismanipulationen auch weiterhin ein wichtiges Mittel der britischen Bourgeoisie zur Ausplünderung Ägyptens und die Hauptursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes.

Folgende Tabelle weist die dominierende Rolle Großbritanniens im Außenhandel Ägyptens deutlich aus:

Der Anteil Großbritanniens am ägyptischen Außenhandel

Jahr	ägyptischer Import (in Millionen LE)	ägyptischer Export (in Millionen LE)	Anteil Großbritanniens am Import (in Prozent)	Anteil Großbritanniens am Export (in Prozent)
1921	55,5	36,3	30,5	46,8
1922	43,2	48,7	33,9	47,2
1923	45,2	58,4	32,6	48,5
1924	50,6	65,7	27,5	48,6
1925	57,6	59,2	24,6	44,2
1926	52,0	41,3	21,1	45,7
1927	48,3	47,8	25,2	40,0
1928	51,1	55,1	22,1	39,0
1929	55,3	50,8	21,1	35,8 ⁴³

Obwohl das nationale ägyptische Kapital relativ gering war, besaß es doch in beschränktem Rahmen seine Selbständigkeit. Diese Selbständigkeit zeigte sich in der Existenz der Misr-Bank und anderer ägyptischer Finanzinstitutionen. Diese beschränkte Selbständigkeit wurde durch die finanziellen Schwierigkeiten während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 zum größten Teil beseitigt, da in diesen Institutionen jetzt auch Auslandskapital angelegt wurde.

⁴² Ġād Labīb, Binā' al-iqtisād al-miṣrī, Diss., Kairo 1955, S. 176.

⁴³ Ebenda, S. 39.

IV. Die Weltwirtschaftskrise und die britische Kolonialpolitik in Ägypten

Für die industrielle Entwicklung Ägyptens war die völlig unzureichende Schutzzollpolitik ein wesentliches Hindernis. Dieses Problem wurde noch komplizierter durch die Verschärfung der internationalen Marktlage während der Zeit der Weltwirtschaftskrise, als die ausländischen Monopole den ägyptischen Markt mit ihren Massenerzeugnissen überschwemmten. Dadurch waren viele einheimische Industriebetriebe und Werkstätten unmittelbar in ihrer Existenz bedroht, außerdem vergrößerte sich schlagartig das Heer der Arbeitslosen.

Aus diesen Gründen wurde von den nationalen Kräften immer dringender die Forderung nach einer umfassenderen Schutzzollgesetzgebung erhoben, um die Konkurrenzfähigkeit der ägyptischen Industrie und des Handwerks im Verhältnis zum Auslandskapital zu verbessern. In der Regierung Nakhās Pascha brachten die Vertreter der nationalen Bourgeoisie im Jahre 1930 eine Gesetzesvorlage in dieser Richtung ein. Das Gesetz legte eine Erhöhung der Schutzzölle von durchschnittlich 8 Prozent auf 15 Prozent fest. Dabei wurden die Zölle für einzelne Warengruppen unterschiedlich erfaßt. Während die Zölle für Textilien auf 18 Prozent und für Erzeugnisse der Möbelindustrie auf 20 Prozent erhöht wurden, gingen die Zölle für Düngemittel auf 5 Prozent und für landwirtschaftliche Maschinen und Textilmaschinen auf 6 Prozent zurück.⁴⁴

Diese Zollsenkung für Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen war ohne Zweifel ein Zugeständnis an die Großgrundbesitzer. Trotzdem ist diese Schutzzollpolitik ein sehr positiver Akt, da sie objektiv der erste Schritt der Regierung zur Entwicklung der Industrie war. Die aktivere Rolle der Regierung zeigte sich auch in der Schaffung eines Ministeriums für Wirtschaft und Handel sowie in der Gründung einer landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Kreditbank. Wenn diese Maßnahmen trotzdem zu keiner schnelleren Entwicklung der ägyptischen Industrie führten, so deshalb, weil der Aufbau solcher Betriebe nahezu völlig vom kapitalistischen Ausland abhängig war.

Die Weltwirtschaftskrise brachte große Belastungen für das ägyptische Volk. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die durch den einseitigen Baumwollanbau bedingte Exportstruktur die Manövrierfähigkeit Ägyptens auf dem Weltmarkt stark einschränkte. Die unmittelbaren Ergebnisse waren ein starker Exportrückgang und ein gewaltiger Sturz der Baumwollpreise. Die Lage der Bauernschaft verschlechterte sich zusehends. Der Differenzierungsprozeß auf dem Land beschleunigte sich, der Boden der Bauern ging in den Besitz der Großgrundbesitzer und Hypothekenbanken über. Die relative Überbevölkerung nahm durch freigesetzte Bauern, Arbeiter, ruinierte Handwerker und Händler sprunghaft zu.

Gleichzeitig wurde das ägyptische Finanzwesen durch die Weltwirtschaftskrise total zerrüttet, da die Zahlungsbilanz stark passiv wurde und die zunehmende

⁴⁴ Amīn Muṣṭafa ʿAfīfī, a. a. O., S. 251.

Auslandsverschuldung die geringen Goldreserven verbrauchte. Über die ägyptische Reaktion und über den Kampf des ägyptischen Volkes in dieser Zeit schreibt Lothar Rathmann: „Diese besonderen Bedingungen ausnutzend, ging die ägyptische Reaktion mit Einverständnis Großbritanniens erneut zur politischen Offensive über. Am 20. Juni 1930 trat der Großgrundbesitzer und Bankier Ismail Sidky Pascha im Auftrage Fuads und des britischen Hohen Kommissars Percy Lorraine an die Spitze der Regierung. Das Parlament wurde verjagt, die nationale Presse verboten und die patriotischen Kräfte verfolgt. Doch dieser verschärfte Druck schüchterte die revolutionäre Bewegung nicht ein. Vielmehr bewirkte er unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise einen Aufschwung der Befreiungsbewegung in Ägypten. In den meisten Städten des Landes kam es in den Krisenjahren zu großen Demonstrationen und Hungermärschen der Arbeiter, Studenten, Angestellten und Handwerker. Zwar waren es vor allem ökonomische Kämpfe, sie wuchsen aber meist in politische Streiks und Demonstrationen hinüber, besonders nachdrücklich im Juli 1930, im Mai 1931 . . .“⁴⁵

Im einzelnen illustrieren folgende Angaben die wirtschaftliche Lage Ägyptens: Der Baumwollpreis sank von 28,5 Rial je Kantar im Jahre 1930 auf 14,5 Rial im Jahre 1931, das heißt um 50 Prozent.⁴⁶ Da gleichzeitig die Nachfrage nach Baumwolle zurückging, verringerten sich die Einnahmen Ägyptens aus dem Baumwoll-export, wie nachfolgende Tabelle zeigt, noch mehr:

1928–1929	47 Millionen LE
1929–1930	32 Millionen LE
1930–1931	22 Millionen LE ⁴⁷

Die Situation des gesamten Imports und Exports gestaltete sich wie folgt (in Millionen LE):

Jahr	Import	Export
1929	55,3	52,4
1930	47,0	32,1
1931	31,3	26,4
1932	27,3	26,0
1933	26,8	28,8 ⁴⁸

Die Einnahmen Ägyptens aus dem Export sanken also in vier Jahren um fast 24 Millionen LE. Das war die Folge des durch die britische Kolonialpolitik forcierten einseitigen Anbaues der Baumwolle.

Durch die Maßnahmen der Regierung Ismāʿīl Sidkī Pascha, die stark unter britischem Einfluß stand, wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch vergrößert. So wurde trotz Absatzstockungen in der einheimischen Textilindustrie der Import von Textilerzeugnissen aus Großbritannien forciert. Der Import von

⁴⁵ Rathmann, Lothar, Araber stehen auf, Berlin 1960, S. 106.

⁴⁶ Rašīd al-Barāwī, a. a. O., S. 215.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda, S. 236.

Baumwollgewebe aus Großbritannien stieg von 147 Millionen Quadratmetern im Jahre 1931 auf 174 Millionen Quadratmeter im Jahre 1932, um schließlich im Jahre 1933 sogar 197 Millionen Quadratmeter zu erreichen.⁴⁹

Weiterhin wurde keine Maßnahme von der Regierung getroffen, um durch Kredite besonders den kleinen Betrieben und Bauern zu helfen. Im Gegenteil, die „National Bank of Egypt“ und die anderen Banken schränkten die Kreditgewährung ein. Die katastrophale Lage des Landes zeigte sich auch in der Einschränkung des Geldumlaufes, der sich von 1929 bis 1932 wie folgt entwickelte:

1929	32,8 Millionen LE
1930	27,6 Millionen LE
1931	25,0 Millionen LE
1932	23,5 Millionen LE ⁵⁰

Viele nur mit nationalem Kapital arbeitende ägyptische Unternehmen, wie zum Beispiel die Misr-Bank, opferten ihre relative Selbständigkeit, indem sie dem Auslandskapital jetzt die Tür öffneten. Die ausländischen Monopole besaßen nach wie vor die entscheidenden Mittel zur Beherrschung der ägyptischen Wirtschaft. Die folgende Tabelle zeigt die Situation von 1914 bis 1933. Dabei ist noch zu bemerken, daß sich an dieser Situation bis zum zweiten Weltkrieg kaum etwas änderte!

Ausländisches und nationales Kapital nach Bereichen in Ägypten
(in 1000 LE)

	1914			1933		
	ausl. Kap.	nat. Kap.	Gesamt-Kap.	ausl. Kap.	nat. Kap.	Gesamt-Kap.
Hypotheken	54569		54569	44310	1000	45310
Banken	5552	175	5727	5085	1079	6164
Landwirtschaft	12332	6241	18573	6745	5616	12361
Verkehr	5733	343	6076	4445	719	5164
Industrie u. Handel	13405	1952	15357	20780	6462	27242
Insgesamt	91591	8711	100302	81365	14876	96241 ⁵¹

Diese Tabelle veranschaulicht, daß sich trotz Erhöhung des einheimischen Kapitals in der Industrie und im Handel um 4,5 Millionen LE beide Bereiche der Volkswirtschaft weiterhin fest in der Hand der ausländischen Monopole befanden. Sie erhöhten ihr Kapital im gleichen Zeitraum um fast 7,4 Millionen LE. Innerhalb des ausländischen Kapitals wiederum steht das britische Kapital mit Abstand an der Spitze, sowohl hinsichtlich der Kapitalmasse als auch der Bedeutung der Anlagensphären.

⁴⁹ Ebenda, S. 227. ⁵⁰ Ebenda, S. 247.

⁵¹ Fauzi Ġirġis, a. a. O., S. 151.

Auch die Bodenschätze des Landes wurden von den englischen Monopolen ausgebeutet. So waren zum Beispiel die Phosphatgewinnung, der Manganerzbergbau und die Salzgewinnung in ihren Händen. Die anlaufende Erdölproduktion gehörte der Anglo-Egyptian Oilfields Company.

Ferner wurde der Einfluß Großbritanniens auch in dieser Zeit verstärkt dazu benutzt, die Schutzzollpolitik Ägyptens im Interesse der britischen Bourgeoisie zu torpedieren. So zwang zum Beispiel die britische Bourgeoisie die ägyptische Regierung mit der Drohung, den Baumwollkauf einzustellen, die Schutzzölle für japanische Textilwaren auf 40 Prozent zu erhöhen, um die japanischen Konkurrenten aus dem Lande zu verdrängen. Als im Jahre 1938 die ägyptische Regierung die Schutzzölle für ausländische Textilwaren erhöhen wollte, protestierte die britische Regierung gegen diese beabsichtigte Maßnahme und erreichte durch das „Gentlemenagreement“ von 1939 sogar eine Vergrößerung des Imports britischer Textilenerzeugnisse, trotz der anhaltenden Absatzschwierigkeiten der ägyptischen Textilindustrie.

Diese Verhältnisse brachten auch die Misr-Bank und ihre Gesellschaften in eine schwierige finanzielle Lage. Nur durch eine Regierungsanleihe von mehr als fünf Millionen LE entging dieses wichtigste ägyptische Unternehmen mit seinen Gesellschaften dem sicheren Bankrott. Auch in der Periode von 1929 bis 1939 spielte die Industrie nur eine geringe Rolle im Verhältnis zu den anderen Zweigen der Volkswirtschaft.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die schwache Entwicklung der ägyptischen Industrie:

Die Zusammensetzung des Netto-Nationalproduktes nach Produktionszweigen
(in Millionen LE)

	1937	1938	1939
Wirtschaftszweig			
Landwirtschaft	80	80	81
Industrie, Handwerk	13	13	13
Übrige Wirtschaftszweige	70	70	72
insgesamt	163	163	166 ⁵²

Aus diesen Angaben ergibt sich ein Anteil der Industrie am produzierten Netto-Nationalprodukt von nur 8 Prozent.

Auch in der Struktur des Außenhandels ergaben sich in dieser Periode keine wesentlichen Veränderungen, denn noch immer war Großbritannien an führender Stelle.

Unter diesen politischen und ökonomischen Bedingungen spitzte sich der Hauptwiderspruch im Lande, der im Gegensatz zwischen den Imperialisten und ihren Verbündeten in Ägypten einerseits und dem gesamten ägyptischen Volk andererseits bestand, zu. Das Kampfprogramm der fortschrittlichen Kräfte Ägyptens war ein-

⁵² Ġād Labīb, a. a. O., S. 32.

¹⁶ Kolonialismus und Neokolonialismus

Der Anteil Großbritanniens am Außenhandel Ägyptens von 1929 bis 1939

Jahr	Anteil Großbritanniens am ägypt. Import		Anteil Großbritanniens am ägypt. Export	
	(in Millionen LE)		(in Prozent)	
1929	11,75	18,22	21,7	35,8
1930	9,66	11,01	20,5	35,3
1931	7,04	9,36	22,5	36,4
1932	6,57	8,87	24,1	35,0
1933	6,18	11,26	23,1	40,0
1934	6,44	9,93	22,0	31,9
1935	7,36	11,37	22,8	33,0
1936	7,53	12,49	23,9	37,8
1937	8,28	12,44	21,8	32,2
1838	8,72	9,44	22,4	33,0
1939	9,37	11,32	27,5	34,6 ⁵³

deutig auf die Erringung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit gerichtet.⁵⁴ Der räuberische Charakter der Kolonialpolitik wurde den Werktätigen immer offensichtlicher.

V. Die kolonialistische Wirtschaftspolitik Großbritanniens von Beginn des zweiten Weltkrieges bis zur Befreiung Ägyptens

Der Ausbruch, der Verlauf und die Beendigung des zweiten Weltkrieges hatten große Auswirkungen auch auf Ägypten. Die wirtschaftlichen Verbindungen zu Großbritannien lockerten sich, und durch die Notwendigkeit der Versorgung der britischen und amerikanischen Truppen in Ägypten entwickelte sich die Industrie relativ schnell. So erhöhte sich das Kapital in den Aktiengesellschaften des Handels und der Industrie von 86 Millionen LE im Jahre 1939 auf 106 Millionen LE im Jahre 1945.⁵⁵ Dabei erhöhte sich besonders das Kapital der Industrie-Aktiengesellschaften, das in dieser Zeit von 15 Millionen LE auf 33 Millionen LE stieg.⁵⁶ Deshalb konnte sich die Produktion rasch vergrößern.

Produktion ausgewählter Industriewaren Ägyptens

Gewebe	1939	100 Millionen m ²	1947	142 Millionen m ²
Garn	1938	17 000 t	1946	41 000 t
Zement	1938	370 000 t	1945	590 000 t
Erdöl	1938	225 000 t	1945	1 350 000 t
Zucker	1938	159 000 t	1947	222 000 t ⁵⁷

⁵³ Ebenda, S. 39.

⁵⁴ Veröffentlicht wurde dieses Programm 1931 in der Zeitschrift *Ila-al-Amam*, Organ der Kommunistischen Partei Palästinas.

⁵⁵ Šuhdī 'Aṭīya aš-šāfi'ī, a. a. O., S. 88.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Ebenda.

In diesem Prozeß wuchs die Zahl der Arbeiter und damit zugleich die Kraft der Arbeiterklasse, die diese Bedingungen ausnutzte, um höhere Löhne und politische Rechte zu erkämpfen. Andererseits wurden die Lasten des Krieges vorwiegend auf die junge ägyptische Arbeiterschaft abgewälzt.

Die „National Bank of Egypt“ erhöhte die Emission von Banknoten in großem Ausmaß. So wurde die Banknotenemission von 28 Millionen LE im Jahre 1939 auf 148 Millionen LE im Jahre 1945 erhöht.⁵⁸ Die unmittelbaren Folgen einer solchen Politik waren steigende Preise und Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des ägyptischen Volkes. Die Veränderungen des Geldumlaufes, der Preise und Lebenshaltungskosten werden durch nachstehende Tabelle deutlich. In der Zeit des zweiten Weltkrieges vergrößerte sich der Geldumlauf fast um das Sechsfache, während sich die Preise und die Lebenshaltungskosten verdreifachten.

Entwicklung des Geldumlaufes, der Preise und der Lebenshaltungskosten
in Ägypten von 1939 bis 1945

Jahr *	Geldumlauf (in Millionen LE)	Preisindex 1939 = 100	Index der Lebenshaltungs- kosten
			1939 = 100
1939	26,44	122	108
1940	37,31	143	122
1941	50,66	183	156
1942	75,35	251	215
1943	95,60	292,7	257,2
1944	116,71	330,3	292,2
1945	140,74	333,4	290,5 ⁵⁹

* jeweils Jahresende

Zusätzliche Schwierigkeiten entstanden der ägyptischen Wirtschaft durch die Nichtbezahlung der Warenlieferungen und Leistungen durch den britischen Staat. Die Ägypter bekamen nur Staatspapiergeld, das im sogenannten Sterling-Fonds Ägyptens in London blockiert wurde. Dieser Fonds betrug schließlich 450 Millionen LE.⁶⁰

In dem Maße, wie der zweite Weltkrieg immer mehr den Charakter eines Befreiungskrieges der unterdrückten Völker annahm, wurde er auch zu einer Angelegenheit des ägyptischen Volkes, das in diesem Krieg große Opfer brachte. Dank der Siege der Sowjetarmee wurde Ägypten davor bewahrt, von den Nazitruppen überfallen und okkupiert zu werden.

⁵⁸ Rašid al-Barāwī, a. a. O., S. 285.

⁵⁹ Ġād Labīb, a. a. O., S. 160.

⁶⁰ Šuhdī 'Aṭīya aš-šāfi'ī, a. a. O., S. 87.

Das ägyptische Volk wurde jedoch auch nach dem Kriege von der britischen Bourgeoisie weiter ausgebeutet und betrogen. Die von Großbritannien blockierten Mittel wurden nach dem Kriege nicht freigegeben. So bekam Ägypten von 1944 bis 1947 nur 31 Millionen LE Devisen⁶¹, obwohl es seine sämtlichen Devisenbestände während des Krieges im „Middle East Supply Centre“ angelegt hatte. Der Sterling-Fonds Ägyptens in London wurde jährlich nur in geringem Maße zur Verwendung durch Ägypten freigegeben. Als im Jahre 1949 das englische Pfund um 30 Prozent abgewertet wurde, traf die Abwertung auch das ägyptische Pfund. Die Abwertung brachte für die ägyptische Wirtschaft folgende große Nachteile:

1. Der Sterling-Fonds Ägyptens in London, der 1949 noch ungefähr 230 Millionen LE betrug, wurde auch um 30 Prozent abgewertet. Daraus ergibt sich ein Verlust Ägyptens von ca. 70 Millionen LE.

2. Die ägyptische Banknotendeckung in Höhe von 120 Millionen Pfund Sterling wurde ebenfalls um 30 Prozent abgewertet. Der Verlust für Ägypten betrug 36 Millionen LE.

3. Der Außenhandel Ägyptens mußte zu etwa 80 Prozent in Sterling bezahlt werden.⁶²

Der ägyptische Sterling-Fonds veränderte sich bis 1951 wie folgt:

Der Stand der blockierten ägyptischen Sterling-Guthaben von 1945 bis 1952
(in Millionen LE)

	1945*	1948*	1949*	1950*	1951**
Freie Fonds	415	72,9	63	53,6	49,4
Blockierte Fonds	—	270,3	253	230,1	230,3
Insgesamt	415	343,2	316	283,7	279,7 ⁶³

* jeweils Jahresende

** Stand am 23. 6. 1951

Diese Politik beweist, daß ein großer Teil der Akkumulationsmittel Ägyptens von der britischen Bourgeoisie geraubt wurde.

Ein neues Problem entstand am Ende des zweiten Weltkrieges der ägyptischen Wirtschaft dadurch, daß der Ausweitung der Produktion keine entsprechende Ausweitung des inneren Marktes gefolgt war. Im Verlaufe des Krieges wurde der größte Teil der Erzeugnisse der ägyptischen Industrie von der britischen und amerikanischen Armee gekauft. Nach dem Kriege ging diese Nachfrage stark zurück, und zum anderen setzte erneut die Überschwemmung des Landes mit ausländischen Industrieerzeugnissen ein. Deshalb mußten zahlreiche Betriebe ihre Produktion nach dem Kriege einschränken.

⁶¹ Ḡād Labīb, a. a. O., S. 169.

⁶² Ebenda, S. 207.

⁶³ Ebenda, S. 211.

Die halbfeudale Regierung unternahm keine Versuche, die ägyptische Industrie zu entwickeln. Diese Tatsache wird durch den sogenannten Fünfjahrplan sichtbar.

Verteilung der finanziellen Mittel im Fünfjahrplan der ägyptischen Regierung von 1945
(in Millionen LE)

Landwirtschaftliche Bewässerung	4,5
Elektrizität (alter Assuan-Damm)	6,0
Industrie und Handel	3,0
Verkehr, Transport	11,0
Gesundheit, öffentliche Dienste	21,0
Erziehung, Sozialwesen	5,0
Insgesamt	50,5 ⁶⁴

Für Industrie und Handel waren also im Verlaufe von fünf Jahren nicht mehr als zusammen drei Millionen LE vorgesehen.

Der halbfeudale Charakter des Staates zeigte sich auch in der Struktur der Steuern. Obwohl das Nettoeinkommen der Landwirtschaft viermal größer war als das der Industrie, betrugen die Steuern der Industrie 20 Millionen LE und die Steuern der Landwirtschaft nur fünf Millionen LE.⁶⁵ Die halbfeudalen Verhältnisse, die von den ausländischen Imperialisten unterstützt wurden, hemmten die industrielle Entwicklung außerordentlich.

Obwohl das einheimische Kapital wuchs, spielte das ausländische Kapital auch nach dem Kriege noch immer eine bedeutende Rolle in der ägyptischen Wirtschaft. Von 1933 bis 1948 betrug das neuinvestierte Kapital 25,7 Millionen LE.⁶⁶ Davon waren 21 Millionen LE ägyptisches Kapital und 5,6 Millionen LE ausländisches Kapital.

Die Wirtschaft Ägyptens orientierte sich weiterhin vor allem auf den Baumwollanbau und auf einige Zweige der Leichtindustrie. Daher nahm die Bedeutung der Baumwolle am Export Ägyptens auch in dieser Zeit noch zu.

Der Anteil der Baumwolle am Gesamtexport Ägyptens von 1946 bis 1952

Jahr	Gesamtexport (in Millionen LE)	Baumwollexport (in Millionen LE)	Anteil der Baumwolle (in Prozent)
1946	63,7	46,2	71,1
1947	85,9	69,3	80,2
1948	140,7	113,3	80,1
1949	135,9	106,1	79,0
1950	173,0	149,7	88,0
1951	200,6	164,7	82,0
1952	142,8	126,4	88,5 ⁶⁷

⁶⁴ Ebenda, S. 114.

⁶⁵ Šuhdī 'Aṭīya aš-Šāfi'ī, a. a. O., S. 142.

⁶⁶ Amīn Muṣṭafā 'Afīfī, a. a. O., S. 496.

⁶⁷ Ḡād Labīb, a. a. O., S. 224.

Obwohl der Anteil Großbritanniens am ägyptischen Export gegenüber der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg zurückging, war er noch immer führend, wie nachstehende Tabelle beweist:

Der Anteil Großbritanniens am ägyptischen Export

Jahr	Gesamtexport Ägyptens (in Millionen LE)	Anteil Großbritanniens am ägypt. Export (in Millionen LE)	Anteil Großbritanniens am ägypt. Export (in Prozent)
1946	63,7	11,1	17,4
1947	85,9	12,7	14,6
1948	140,7	41,8	27,2
1949	135,9	23,9	17,6
1950	173,0	18,1	10,7
1951	200,6	38,8	19,2 ⁶⁸

Nach dem zweiten Weltkrieg trat der amerikanische Imperialismus politisch und ökonomisch auch in Ägypten stärker in Erscheinung. Diese verstärkte Aktivität der amerikanischen Monopole zeigte sich wirtschaftlich vor allem im Außenhandel. „Der Anteil der USA am Außenhandel mit Ägypten stieg schnell an. Bis zum zweiten Weltkrieg hatten die USA im ägyptischen Export den siebenten Platz. Im Jahre 1952 waren sie an die erste Stelle gerückt und hatten England auf den zweiten Platz gedrängt. Aus den USA wurden Waren im Werte von 35,8 Millionen LE eingeführt, aus England nur für 29,5 Millionen LE.“⁶⁹

Diese Aktivität zeigte sich auch in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft Ägyptens. Das amerikanische Kapital erhöhte sich ständig und erreichte 1954 mehr als 72 Millionen Dollar, darunter 49 Millionen Dollar in der Erdölindustrie.⁷⁰ Das waren ungefähr 68 Prozent der Investitionen dieses Zweiges. Die Gesellschaften Coca Cola und Pepsi Cola besaßen ein Monopol für ihre Produkte. Die chemische Fabrik für Düngemittel erhielt 1948 von der Amerikanischen Export- und Importbank einen Kredit in Höhe von 5,6 Millionen Dollar. Der Ford-Konzern errichtete 1950 eine Montagefabrik in Alexandria. Diese Infiltration war auf keinen Fall im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Ägyptens. „Nach dem zweiten Weltkrieg erhöhte sich die Aktivität der amerikanischen Monopolisten in Ägypten ganz erheblich. Sie versuchten in Ägypten Fuß zu fassen und bedrängen ihre Konkurrenten, die Engländer. Die USA erreichten die Aufnahme ihres Vertreters in den Verwaltungsrat der Suezkanalgesellschaft, deren Aktien zum größten Teil in englischen Händen sind.“⁷¹

Diese wirtschaftliche Infiltration ging Hand in Hand mit der politischen Tätigkeit der USA, die im Jahre 1951 ihren Höhepunkt mit dem Versuch erreichte, ein Mittel-

⁶⁸ Ebenda, S. 226.

⁶⁹ Potechin, I. I., a. a. O., S. 260.

⁷⁰ Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens seit dem Sturz der Monarchie, Berlin 1957, S. 58.

⁷¹ Schwakow, A., u. Bogoslawski, W., a. a. O., S. 15.

ostkommando zu gründen. Das Mittelostkommando sollte Ägypten in die kriegerischen Pläne der Imperialisten gegen das sozialistische Lager und gegen die Befreiungsbewegungen der Völker einbeziehen.

Über die Gefährlichkeit dieser Absicht schreibt die Kairoer Zeitung „Al Misri“: „Die Vorschläge der vier Mächte... bestehen darin, die Stellung des Imperialismus in Ägypten und im Sudan zu festigen... Die Leser werden, wenn sie die Vorschläge prüfen, begreifen, daß sie in Wirklichkeit schwere Fesseln sind, mit denen der Imperialismus Ägypten zur Verstärkung seines Einflusses im Lande unterstützt. Diese Vorschläge sind noch eine größere Beleidigung Ägyptens als der Schandvertrag von 1936, der vom Volk zerrissen wurde... Ägypten hat den Kampf gegen den Imperialismus aufgenommen, und nichts in der Welt wird es von diesem Wege abbringen.“⁷²

Das ägyptische Volk erkannte, daß seine politische Unabhängigkeit in Gefahr war. Um die nationale Unabhängigkeit zu festigen und den Aufbau der nationalen Wirtschaft zu forcieren, war es notwendig, den Einfluß des britischen und amerikanischen Imperialismus zu beseitigen.

Die Gegensätze und die Widersprüche innerhalb der ägyptischen Gesellschaft und zwischen dem ägyptischen Volk und den Imperialisten verschärften sich ständig, und die halbfeudalen Produktionsverhältnisse erschwerten die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Der Kampf des ägyptischen Volkes erreichte im Jahre 1951 einen Höhepunkt. In diesem Jahre erlitten die Imperialisten eine Niederlage, da das ägyptische Volk die Pläne für ein Mittelostkommando durch seinen Kampf vereitelte. Unter dem Druck des Volkes annullierte die ägyptische Regierung Nāḥās Pascha den Schandvertrag zwischen Ägypten und Großbritannien vom Jahre 1936.

In dieser Zeit begann der Partisanenkampf im Gebiet des Suezkanals. Die reaktionären Kräfte und die Imperialisten versuchten mit allen Mitteln, beispielsweise mit der berüchtigten Brandstiftung in Kairo am 26. Januar 1952, die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken und einzuschüchtern. Aber ihre Bemühungen waren erfolglos. Am 23. Juli 1952 brach das ägyptische Volk durch seine Armee die Ketten des alten halbfeudalen Systems.

Die Freien Offiziere mit Oberst Nasser an der Spitze begannen mit Unterstützung des Volkes eine neue Etappe auch in der wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens. Die Jahre nach dem 23. Juli 1952 lieferten den Beweis, daß die Imperialisten und ihre Verbündeten das Haupthindernis für die ökonomische Entwicklung Ägyptens waren. Dank der Hilfe durch das sozialistische Lager konnte Ägypten seine politische und ökonomische Unabhängigkeit festigen. Träume des ägyptischen Volkes, wie der Bau des Assuan-Staudammes, wurden durch diese Hilfe Wirklichkeit. Durch den Bau dieses Dammes wird es möglich, die Anbaufläche um 30 Prozent zu erweitern und dieses Dammes wird es möglich, die Anbaufläche um 30 Prozent zu erweitern und mehr als zwölf Milliarden kWh zu produzieren. Die Errungenschaften der letzten zehn Jahre unter der Führung der nationalen Regierung Nasser zeigen, wie rasch sich ein Volk ohne die Herrschaft des Imperialismus entwickeln kann.

Aber die Gefahr des Imperialismus ist noch nicht vorbei. Präsident Nasser betonte in der Begründung der Nationalcharta im Hinblick auf die innere Reaktion:

⁷² Ebenda, S. 25.

„The force of reaction possesses the means of resistance; it possesses the power of the state and if this is taken away from it, it turns to the power of capital. If, however this is taken away from it, then it turns to its natural ally, imperialism. Because of their monopoly of wealth, reactionary interests are bound to clash with the interest of the whole people. Consequently the peaceful resolution of class struggle cannot be achieved unless the power of reaction is first and foremost deprived of all its weapons.“⁷³

Die Imperialisten ändern ihre Taktik, aber die Ziele bleiben die gleichen. Angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt und des steigenden Einflusses des Sozialismus versuchen die Imperialisten durch neue kolonialistische Methoden, ihre Macht über die jungen Nationalstaaten zu erhalten und diese Länder vom Weg der nationaldemokratischen Entwicklung fernzuhalten. Dieser Neokolonialismus ist eine große Gefahr für Ägypten, und der beste Schutz dagegen wäre eine progressive Einheitsfront aller Patrioten. Die Kairoer Zeitschrift „Der Schreiber“ sagte mit Recht dazu: „Um einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erzielen, sollten sich die jungen unterentwickelten Länder Asiens und Afrikas und die unterentwickelten Länder Lateinamerikas, die ihre Unabhängigkeit bereits seit geraumer Zeit genießen, vom Neokolonialismus befreien, der auf Grund seiner undurchsichtigen Wirtschaftsmanöver gefährlicher als der alte Kolonialismus in Form direkter Unterdrückung und militärischer Besetzung werden kann.“⁷⁴

Der Kampf des ägyptischen Volkes gegen die äußere und innere Reaktion, dessen bisherige Höhepunkte die Zerschlagung der Suezaggression im Jahre 1956 und die Reformen der Jahre 1961/62 waren, ebnete den Weg für einen raschen industriellen Aufschwung.

Wurden im Jahre 1952 in der Industrie nur 2,15 Millionen LE investiert, so vergrößerten sich diese Investitionen bis zum Jahre 1961 um das 41fache auf 88 Millionen LE. Dadurch konnte sich die Industrieproduktion von 1952 bis 1961 mehr als verdoppeln, das heißt, sie stieg im erwähnten Zeitraum von 318 Millionen LE auf 720 Millionen LE an. Die Produktion einer ganzen Reihe von Industrieerzeugnissen wurde aufgenommen. Dazu gehört die Produktion von Autoreifen, Personenkraftwagen, Autobussen, Fahrrädern, Kühlschränken, Radiogeräten, Dieselmotoren und anderen Maschinen. Die immer stärkere Einschaltung des Staates bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens ist eine sichere Gewähr dafür, daß das ägyptische Volk das schwere Erbe der britischen Kolonialzeit überwinden wird.

⁷³ The Charter (Draft), Information Department, Kairo, Mai 1962, S. 38 ff.

⁷⁴ Der Schreiber, Kairo, 3. Jg., 5/1962, S. 49.

CHRISTA SCHOLZE

Zur kolonialpolitischen Praxis des englischen Imperialismus im Irak in der Zeit von 1932 bis 1939

Am 3. Oktober 1932 wurde das Königreich Irak als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Damit galt das englische Mandat über den Irak als beendet.

In den Jahren 1917/18 hatten die englischen Imperialisten das bis zum ersten Weltkrieg zum Osmanischen Reich gehörende Mesopotamien okkupiert, um es nach der Ausschaltung der deutschen und der französischen Konkurrenz in ihren Machtbereich eingliedern zu können. Die durch den Sieg der Oktoberrevolution veränderte internationale Lage und die entstandene allgemeine Krise des Kapitalismus zwangen die Imperialisten, ihre Herrschaft zu verschleiern. Als Mittel dazu wurde das Mandat gefunden, ein völkerrechtlicher Status, durch den, gemäß den Satzungen des Völkerbundes, sogenannten weiterentwickelten Ländern die Vormundschaft über Gebiete zugesprochen werden sollte, die sich angeblich noch nicht selbst verwalten konnten. Das Mandat über den Irak erhielt Großbritannien auf der Konferenz von San Remo im Jahre 1920.

Der Irak wurde durch die Aufhebung des Mandats im Jahre 1932 zu einem politisch selbständigen Staat erklärt. Die englischen Imperialisten waren jedoch nicht gewillt, dieses an Erdöl und anderen Rohstoffen reiche Gebiet ihren Händen entgleiten zu lassen. Von großer Bedeutung war auch die strategisch wichtige Lage, die es zum Kettenglied der Landverbindung nach Indien und zur potentiellen Angriffsbasis gegen die Sowjetunion machte. Deshalb setzte der britische Imperialismus alles daran, um seinen Einfluß im Irak auch in der Periode nach 1932 zu erhalten und die koloniale Ausbeutung des Landes fortzusetzen.

In der bürgerlichen englischen Historiographie wird der wahre Charakter der englischen Politik im Irak nach dem Ende des Mandats entstellt oder verschwiegen. So reichlich die Literatur zu Fragen der Mandatsperiode ist, so spärlich ist sie zu Problemen der darauffolgenden Etappe, und sie ist meist einseitig auf die Darstellung der politischen Entwicklung beschränkt. Doch die Einstellung zur englischen Politik zeigt sich schon bei der Einschätzung der Ergebnisse der Mandatsperiode und der Aufhebung des Mandats, die als eine selbstlose Tat Englands zum Nutzen des Irak hingestellt wird, wie das zum Beispiel bei H. Foster der Fall ist.¹ Die Auffassung von

¹ Foster, Henry A., The Making of Modern Iraq. A Product of World Forces, Norman, Oklahoma 1935. — „A backward but venerable people were being guided into statehood by that nation of widest experience in the affairs of men, and all in the name of humanity.“ (Ebenda, S. 271.)

der zivilisatorischen Rolle Englands teilt auch S. H. Longrigg, der als englischer Beamter im Irak weilte.² P. W. Ireland behauptet, daß durch den Beistand Englands im Irak ein modernes demokratisches Staatsgefüge entstanden sei, und E. Main sieht die Ergebnisse der englischen Mandats Herrschaft als einen Wandel von der Eroberung zur politischen Freiheit an.³

In den offiziellen englischen Berichten⁴ werden die Ergebnisse der Mandatspolitik als äußerst positiv für den Irak geschildert. Ein Musterbeispiel dafür ist der Bericht an den Völkerbund aus dem Jahre 1931, worin von den Fortschritten des Irak auf allen Gebieten dank der positiven Bemühungen Englands gesprochen wird. Großbritannien sei dem Irak mehr Berater als Kontrolleur gewesen, wodurch der Irak einen Entwicklungsstand erreicht habe, der es ermöglichte, ihn als Mitglied in die „Völkerbundsfamilie“ aufzunehmen.⁵ Sogar Irland äußerte Zweifel an der Übereinstimmung des Berichtes mit der Wirklichkeit.

In französischen Darstellungen findet sich weniger Lob für die englische Politik im Irak. Daß ihr nicht zugestimmt wird, ist insofern begreiflich, als Frankreich ebenfalls Mandatsmacht war und sich durch den englischen Schritt zu ähnlichen Maßnahmen in Syrien und Libanon gedrängt fühlen mußte. Deshalb wird die englische Politik durchaus nicht als vorbildlich hingestellt, sondern kritisiert. Nolde schreibt beispielsweise, daß der Irak zu einem einfachen Satelliten Großbritanniens gemacht worden sei.⁶

Sehr kritisch wird die englische Politik zum größten Teil in der bürgerlichen deutschen Literatur dieser Zeit eingeschätzt. Wir finden die Feststellungen, daß „die Freigabe des Irak aus dem Mandat nur sehr bedingt“ sei und „die Aufhebung des Mandats ohne Schaden für England erfolgen konnte“.⁷ Eine solche Haltung erklärt sich daraus, daß der deutsche Faschismus seine Eroberungspläne in demagogischer Weise zu verbergen suchte und daß seine Taktik darin bestand, die englische Politik

² Longrigg preist die Verdienste Englands „for training Iraqi administrators to readiness for independence“. (Longrigg, S. H., Iraq 1900 to 1950. A political, social and economic history, London 1953, S. 188.)

³ Ireland, P. W., Iraq. A study in political development, London 1937, S. 449–452; Main, E., Iraq from mandate to independence, London 1935, S. 7.

⁴ Berichte Großbritanniens an den Völkerbund, z. B. Report by His Majesty's government on the administration of Iraq to the Council of the League of Nations for the year 1931, London 1932; Policy in Iraq. Memorandum by the Secretary of State for the Colonies. Presented by the Secretary of State for the Colonies to Parliament by Command of His Majesty, November 1929, London 1929; Memorandum on the termination of the mandatory regime in Iraq. Issued by the Informations Department, British Royal Institute of International Affairs, London 1932.

⁵ Special Report by His Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Council of the League of Nations on the Progress of Iraq during the period 1920–1931, London 1931, issued by the Colonial Office, S. 283.

⁶ Nolde, E., L'Iraq, Paris 1934, S. 230.

⁷ Rohrbach, P., Irak, in *Illustrierte Zeitung*, Leipzig, Jg. 1936, Nr. 4790 v. 31. 12., S. 1224.

zu diskreditieren, um sich selbst als „Freund“ der arabischen Völker hinzustellen und die eigenen Herrschaftspläne verwirklichen zu können.⁸

Es besteht die Aufgabe, die angeführten Thesen der bürgerlichen Historiographie über die britische Herrschaft im Irak zu prüfen und zu widerlegen sowie die wirklichen Hintergründe der englischen Politik im Irak – und deren Auswirkungen – aufzudecken.

Die Beendigung des Mandats im Irak war durchaus keine „großzügige“ Tat Englands, so sehr sich auch die Apologeten des englischen Imperialismus um eine derartige Auslegung bemühen. Die in der bürgerlichen Literatur verschiedentlich geäußerten Vermutungen über die Gründe, die Großbritannien bewogen, das Mandatsverhältnis zu beenden⁹, treffen nicht das Wesen der Sache und sind deshalb unrichtig.

In erster Linie war die Beseitigung des Mandats ein Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung des irakischen Volkes, die die britischen Kolonialherren zu diesem Zugeständnis zwang. Die fortschrittlichen Kräfte des Irak hatten den Kampf gegen die nationale Unterdrückung nie aufgegeben. Außer den reaktionären Feudalkreisen beteiligten sich alle Klassen und Schichten am Befreiungskampf mit der Forderung nach Abschaffung der Bedingungen des Mandats. Nach der Verkündung des Mandats im Jahre 1920 kam es im Irak zu einem der mächtigsten Volksaufstände in der Geschichte des Landes. Die patriotischen Kräfte forderten den Abzug der ausländischen Truppen, die völlige Unabhängigkeit des Irak und die Liquidierung der englischen Kontrolle. Trotz seiner Niederlage war der bewaffnete Aufstand des irakischen Volkes von großer Bedeutung. Er zwang die englischen Imperialisten zu bestimmten Zugeständnissen.¹⁰

⁸ Siehe dazu Rathmann, L., Zur Widerspiegelung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der arabischen Völker in der bürgerlichen deutschen Historiographie, in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (ZfG), 3/1962, S. 548 ff.

⁹ In der bürgerlichen Literatur tauchen dazu verschiedene Vermutungen auf, so z. B., die britische Regierung habe sich in der orientalischen Welt „einen guten Namen machen und propagandistische Wirkung“ erzielen wollen (Weibel, W., Völkerbundsversammlung und Tagungen von 1932 und 1933, S. 44), oder die Erdölvorräte seien nicht in genügendem Umfange bekannt gewesen (Upthegrove, C., Empire by mandate, New York 1954, S. 140), England habe seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund erfüllen wollen u. ä. Ireland (a. a. O., S. 412) hält den Wandel der englischen Politik sogar für „facilitated a change in British policy towards Iraq“, obwohl dafür keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sind und auch die zweite Labour-Regierung den imperialistischen Kurs der Konservativen fortsetzte. Bei einzelnen Autoren finden sich schon realistischere Einschätzungen der veränderten britischen Politik. Main (a. a. O., S. 81) z. B. bezeichnet die neue Form der Herrschaft als den billigsten und besten Weg zur Erreichung der Ziele Englands: „So far as Britain was concerned, a nominally free Iraq in which the Arab politicians should have within limits a free hand and open access to the spoils of office, would be the best and cheapest way to attain her imperial objects.“

¹⁰ Siehe Котлов, Л. Н., Национально-освободительное восстание 1920 года в Ираке, Москва 1958.

voller Zorn und Haß gegen die englische Politik der geheimen Machenschaften und des Verrats¹⁷ wandten.

Erst nach der Unterdrückung der nationalen Bewegung und mit Hilfe der inneren Reaktion konnte der Vertrag durchgesetzt werden. Im Mai 1930 wurde Nūrī as-Sa'īd Premierminister. Als eine der Hauptaufgaben seiner Regierung bezeichnete er die Zustimmung zum Vertrag mit Großbritannien. Er löste das Parlament auf, unterzeichnete den Vertrag und erwirkte in einem neuen, nach seinem Willen zusammengestellten Parlament mit reaktionärer Mehrheit die Ratifizierung. Die endgültige Annahme des Vertrages rief eine neue Welle der Empörung im Lande hervor. In zahlreichen Demonstrationen wurde die Annullierung des irakisch-englischen Abkommens verlangt. Der Kampf um diese Forderung und zur Erreichung der wahren Unabhängigkeit des Landes wurde zum Hauptziel der nationalen Befreiungsbewegung in den folgenden Jahrzehnten.¹⁸ Über die Richtung, in der er sich entwickelte, gibt die Stellung der Klassen zum englisch-irakischen Vertrag gewisse Aufschlüsse.

Die Feudalaristokratie und die Kompradorenbourgeoisie setzten sich bedingungslos für den Vertrag ein. Sie unterstützten jetzt in ihrer Gesamtheit offen die englische Herrschaft¹⁹, während zum Beispiel im revolutionären Aufstand von 1920 ein Teil der Feudalen, wenn auch nicht konsequent, an der Spitze der kämpfenden Bauern gegen England aufgetreten war. Mit Hilfe der englischen Herrscher wurde es diesen Kräften ermöglicht, sich in gewissem Maße an der politischen Macht zu beteiligen und sich riesige Mengen der besten Ländereien anzueignen. Dadurch wurden sie, da ihre Klassenforderungen erreicht waren, von der nationalen Unabhängigkeitsbewegung abgespalten. Feudalaristokratie und Kompradorenbourgeoisie bildeten die soziale Stütze, die sich die englischen Machthaber während der Mandatsperiode im Inneren des Landes geschaffen hatten und durch die sie das System der indirekten Herrschaft verwirklichen konnten. Der typische Vertreter dieser Kreise war Nūrī as-Sa'īd, der, die nationalen Belange des Irak verratend, zu einer Marionette der englischen Politik wurde. Er trat als Wortführer der im Oktober 1930 gebildeten „Hizb al-Ahd“ auf. Das Programm dieser Partei bestand in der bedingungslosen Unterwerfung unter die Wünsche und Forderungen der englischen Imperialisten.

Die Vertreter der irakischen Bourgeoisie waren gegen die englische Mandats Herrschaft aufgetreten, da diese sie in der Entwicklung behinderte. Sie gaben sich mit dem Teilsieg der Unabhängigkeitsbewegung zufrieden und kämpften nach 1932 nicht mehr konsequent gegen die englische Herrschaft. Die schwankende Haltung dieser Klasse und ihre verschiedenen Gruppierungen zeigen sich in der Entwicklung der „Hizb al-Iha al-Watāni“. Diese bedeutendste Partei der herrschenden Klasse des Irak in den

¹⁷ Siehe Фарман, Гауб, *Ирак в году черного режима*, Moskau 1958, S. 20.

¹⁸ Siehe den Beitrag von Oganjesjan, N. O., *Der Kampf der demokratischen Kräfte des Irak gegen den anglo-irakischen Vertrag von 1930*, im vorliegenden Sammelband, S. 351ff.

¹⁹ An dem revolutionären Aufstand des Jahres 1935 beteiligte sich in der ersten Etappe zwar auch ein Teil der feudalen Stammesführer. Doch sie kämpften in erster Linie um einen größeren Einfluß auf die innere Verwaltung des Landes und nicht gegen die englische Herrschaft. Die Forderungen der Bauern gingen weit darüber hinaus.

dreißiger Jahren war nach der Annahme des Vertrages von 1930 gebildet worden. Ihr gehörten neben Vertretern der nationalen Bourgeoisie Angehörige der bürgerlichen Intelligenz an, die den linken Flügel bildeten. Es bestanden auch Verbindungen zu feudalen Kräften. Der Führer dieser Partei Rašīd 'Alī al-Ġā'ilāni stammte aus einer einflußreichen Feudalfamilie. Führender Vertreter der Großhandelskreise war 'Abu einflußreichen Feudalfamilie. Führender Vertreter der Bagdader Handelskammer und al-Tim-mān. Er war mehrere Jahre lang Präsident der Bagdader Handelskammer und vertrat den liberalen Teil der Handelsbourgeoisie. Die Hizb al-Watāni protestierte gegen die offene proenglische Politik Nūrī as-Sa'īd. Auf ihrer Gründungsversammlung im März 1931 verkündete sie als Ziel „die Verteidigung der nationalen Interessen und die Errichtung der echten Unabhängigkeit des Irak“²⁰. Die Partei trat gegen den Vertrag mit Großbritannien auf und nahm eine im wesentlichen antienglische Haltung ein. 1933 gelang es ihr, die Regierung zu bilden. Es stellte sich heraus, daß die „Hizb al-Watāni“ die Empörung des Volkes nur ausgenutzt hatte, um mit anti-britischen Losungen zur Macht zu kommen. Kaum war das gelungen, ging sie vom Kampf gegen den Vertrag ab und unternahm nichts gegen ihn.

Wirklich konsequent trat nur das werktätige Volk des Irak gegen den Vertrag auf, vor allem die Arbeiter und Bauern, die sich durch die Formveränderungen der britischen Herrschaft nicht vom Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung abhalten ließen. Die Arbeiterklasse des Irak war zahlenmäßig noch schwach, doch die Organisation von Gewerkschaften zeigte, daß sie begann, ihre eigenen Forderungen aufzustellen.²¹ Von ihrem steigenden Bewußtseinsgrad zeugte die Gründung der Kommunistischen Partei des Irak im Jahre 1934. Deren Entstehung fiel in eine Zeit, in der „die bürgerlichen Führer begannen, in das Lager des Imperialismus überzugehen“²². Die junge Partei wurde zum mutigsten und konsequentesten Verfechter der Unabhängigkeit des Landes und begann immer mehr Einfluß auf die wachsende Befreiungsbewegung zu nehmen. Das zeigte sich besonders, als es 1935 zu einem revolutionären Aufstand der Bauern, die durch die englische Herrschaft einer doppelten Ausbeutung ausgesetzt waren, kam. In dem „Zentralen Komitee der anti-imperialistischen Front“, das sich während des Aufstandes gebildet hatte, arbeiteten Vertreter der KPI mit. Eine der vom Komitee aufgestellten Forderungen war die Liquidierung des knechtenden Vertragswerkes von 1930.²³

Die Stellung der irakischen Volksmassen zum Vertrag und ihr jahrelanger Kampf gegen ihn zeigen, daß sich an der kolonialen Ausbeutung durch die Beendigung des Mandates nichts geändert hatte, und daß sie auch nach 1932 fortgesetzt wurde.

²⁰ Мурский, Г. И., *Ирак в смутное время*, Moskau 1961, S. 65.

²¹ Anfang der dreißiger Jahre gab es etwa 11 000 Arbeiter im Irak. Es waren in erster Linie Eisenbahn- und Erdölarbeiter. Der Anteil der Arbeiterklasse an der städtischen Bevölkerung betrug zu dieser Zeit weniger als 10 Prozent. Die ersten Gewerkschaftsorganisationen entstanden 1928/29. (Мурский, а. а. О.)

²² So heißt es in einer Einschätzung durch die Kommunistische Partei des Irak. Siehe Extracts from the reports of the Iraqi Communist Party, read by Idris Cox to the Conference of Communist and Worker's Parties within the sphere of British imperialism, held in London, April 21st – 24th, 1954, in *World News*, Jg. 1954, Nr 30 u. 20.

²³ Siehe *Революционный Восток*, Moskau, 4/1935, S. 52ff.

Zur Kennzeichnung der kolonialen Abhängigkeit des Irak von England sollen die folgenden Kriterien untersucht werden: das politische System, die strategische Beherrschung und die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes.

Außer dem Vertrag von 1930 wurden dem Irak noch andere Verpflichtungen aufgedrängt, die die erteilte „Unabhängigkeit“ von vornherein einschränkten. Der Irak mußte durch die Unterzeichnung einer Deklaration gegenüber dem Völkerbund zahlreiche sogenannte Garantien übernehmen, zu denen eine Anzahl juristischer Privilegien Englands und die Anerkennung bestimmter Vorrechte für Ausländer im Irak gehörten.²⁴

Der irakische Staat war innen- und außenpolitisch von Großbritannien abhängig. An seiner Spitze stand eine Regierung, die getreu den Weisungen Englands handelte und ein Instrument seiner Politik war. Sie bestand aus Vertretern der Feudalaristokratie und der Kompradorenbourgeoisie. Der irakische Historiker Farman schreibt, daß die englischen Imperialisten „aus ihren Freunden und Helfershelfern eine Gruppe organisierten, mit deren Hilfe sie das Land verwalteten, die eine ihnen genehme politische Linie verfolgten und dem irakischen Volk ihren Willen aufzwangen“²⁵. Diese Kräfte errichteten eine innere Diktatur und führten eine reaktionäre Politik durch, die von den irakischen Patrioten als „schwarzes Regime“ bezeichnet wurde. Sie verfolgten alle fortschrittlich gesinnten Iraker, die sich für eine echte Unabhängigkeit des Landes einsetzten und für die Befreiung vom englischen Joch kämpften. Ihre Herrschaft, die auf der Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der englischen Imperialisten beruhte, brachte für das irakische Volk eine doppelte Unterdrückung und Ausbeutung mit sich.

Englische Vertreter hielten nach wie vor wichtige Funktionen im irakischen Staatsapparat besetzt. Die Tätigkeit zahlreicher englischer „advisers“ in der Verwaltung hatte zur Folge, daß die „Entscheidungen“ der Regierung von den Wünschen Englands bestimmt wurden. Nach Angaben des schon erwähnten „Special Report“ an den Völkerbund waren im Jahre 1931 196 englische Beamte in den irakischen Ministerien angestellt, z. B. im Verteidigungs-, Innen-, Justiz-, Finanz- und Industrieministerium.²⁶ England hatte auf Grund des Vertrages von 1930 die Möglichkeit, durch eine Vielzahl von „Beratern“ und „Experten“ die Politik des Landes zu kontrollieren.

Auch in bezug auf die Außenpolitik war der Irak von den Entscheidungen Großbritanniens abhängig. Er mußte sich bei der Aufhebung des Mandats verpflichten, alle Abkommen, die England in seinem Namen vor 1932 geschlossen hatte, anzuerkennen. Die irakische Regierung mußte sich zu „gegenseitigen Konsultationen“ über internationale Fragen verpflichten. Sie durfte auf außenpolitischem Gebiet

²⁴ Siehe League of Nations, Permanent Mandates Commission, Minutes of the Twentieth Session, 1931, S. 229 – dort sind die vom Irak bei der Aufnahme in den Völkerbund verlangten Garantien aufgeführt. Eine entsprechende Deklaration unterzeichnete der Irak am 30. 5. 1932.

²⁵ Фарман, а. а. О., S. 19.

²⁶ Special Report . . . , а. а. О., S. 293.

nichts unternehmen, was der britischen Regierung Schwierigkeiten bereiten konnte. Der englische Botschafter, der den Hohen Kommissar im Irak ablöste, verfügte kaum über weniger Rechte als dieser. Er nahm dem „Bündnisvertrag“ gemäß eine vorrangige Stellung gegenüber den im Irak weilenden Diplomaten anderer Länder ein und hatte ständig Einspruchsmöglichkeiten gegenüber den Maßnahmen der irakischen Regierung, die über seine Ansichten und Standpunkte immer informiert und ihnen entsprechend zu handeln gezwungen war. 1935 sollte speziell für das irakische Außenministerium ein britischer Rechtsberater ernannt werden.

Diese Maßnahmen wurden durch eine entsprechende ideologische Beeinflussung ergänzt. Der Bevölkerung des Irak wurde förmlich der Gedanke suggeriert, das Land könne nicht ohne den englischen Staat existieren.²⁷ Das Bildungswesen stand unter englischem Einfluß. Es war nur in sehr geringem Umfange entwickelt, und die überwiegende Mehrheit der irakischen Bevölkerung blieben Analphabeten.

Eine weitere vom englischen Imperialismus angewandte Methode zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft war die altbewährte Politik des „divide et impera“. Die bunte Völkerpalette des Irak ausnutzend²⁸, wurden nationale Gegensätze künstlich geschürt, um den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf der verschiedenen unterdrückten Nationalitäten, besonders der Araber und Kurden, zu spalten. Auch die religiösen Gegensätze boten dem englischen Imperialismus einen willkommenen Anknüpfungspunkt für seine Machenschaften. Die Mehrzahl der Bevölkerung gehörte der schiitischen Glaubensrichtung des Islam an, während die in der Regierung führenden Kreise und der König Sunniten waren. Beide Richtungen wurden gegeneinander ausgespielt, so daß der Klassenkampf im Irak sich oft hinter religiösen Formen verbarg.

Die politische Stellung Großbritanniens im Irak wurde durch weitgehende militärische Vorrechte abgestützt. Der Irak blieb militärisch unter englischer Kontrolle. Großbritannien verfügte über mehrere Stützpunkte. Diese waren für den englischen Imperialismus auf Grund der strategischen Lage des Irak von großer Bedeutung. Die im Lande stationierten Truppen dienten den englischen Kolonialherren als Mittel zur Niederschlagung der nationalen Befreiungsbewegung sowohl im Irak selbst wie im Nahen Osten überhaupt. Für die Erhaltung ihrer militärischen Positionen hatten die englischen Imperialisten bei der Erteilung der formalen Unabhängigkeit besonders wirksame Vorkehrungen getroffen. Im Vertrag von 1930 war vorgesehen, englische Truppen auf irakischem Territorium zu stationieren und englische Luftbasen zu unterhalten. Wenn auch die Zahl der Truppen verringert wurde, so behielt doch die britische Armee wichtige Stützpunkte. Entsprechend Artikel 5 des Vertrages konnte Großbritannien Luftstützpunkte in der Gegend von Basra und im Westen des Euphrat

²⁷ „They (the Iraqis – Chr. Sch.) should make no attempt to stand alone, for they will find it an advantage in a variety of ways to have the support of a more powerful country.“ („The Near East and India“, Nr 1136/1933 v. 31. 8. 1933, S. 111ff.)

²⁸ Die nationale Zusammensetzung der irakischen Bevölkerung nach offiziellen irakischen Angaben von 1936: Araber 79 Prozent, Kurden 16 Prozent, Iraner 2,75 Prozent, Türken 2,75 Prozent. (The Iraq Directory, Bagdad 1936, S. 39.)

¹⁷ Kolonialismus und Neokolonialismus

auswählen. Wie bekannt, entschied es sich für Shu'aybah und Habaniya. Weiterhin konnten nach Absatz 1 des Anhangs zum Vertrag von 1930 Truppen bei Mosul und in Hinaidi (Vorort von Bagdad) stationiert werden. Die letzteren wurden 1937 nach Dhibban am Habaniya-See verlegt; in Hinaidi bezogen irakische Luftstreitkräfte Stellung.

Die Stärke der britischen Truppen im Irak blieb weitgehend der englischen Willkür überlassen. Die britischen Truppen genossen Steuerfreiheit, Vorrechte bei der Versorgung, günstige Bedingungen für die Ausbildung und völlige Bewegungsfreiheit auch im Hinblick auf die Benutzung der Verkehrswege innerhalb des Irak sowie für den Durchgangsverkehr. Durch diese Klauseln des Vertrages von 1930 wurde der Irak zur Truppenaufmarschbasis Großbritanniens im Nahen Osten, zu einem gefährlichen konterrevolutionären Stützpunkt des britischen Imperialismus gegen die nationalen Befreiungsbewegungen degradiert.

Von den Apologeten des britischen Kolonialismus wurde wiederholt die Legende verbreitet, der Irak brauche die Hilfe Englands zur Selbstverteidigung. Doch in Wirklichkeit wurde durch den maßgebenden Einfluß Großbritanniens das irakische Verteidigungssystem nur in bestimmter Richtung, den Interessen der englischen Regierung entsprechend und unter englischer Kontrolle ausgebaut. Die Luftstreitkräfte des Irak befanden sich in den Händen englischer „Instruktoren“, und die irakische Armee stand unter dem Kommando englischer Offiziere. Sie wurde in Übereinstimmung mit der englischen ausgebildet. Irakischen Offizieren war nur erlaubt, britische Militärschulen und Ausbildungsanstalten zu absolvieren. Die Bewaffnung und die Ausrüstung der irakischen Armee waren ein ausschließliches Monopol britischer Rüstungskonzerne. Unter englischem Einfluß verblieben besonders die Luftstreitkräfte des Irak. Wiederholt wurden sie zusammen mit den britischen Verbänden zur Niederschlagung der revolutionären Bewegungen des irakischen Volkes eingesetzt, so zum Beispiel 1935 gegen den Aufstand der Stämme im Euphrat-Gebiet.

Bestimmend für die beherrschende Position Englands im Irak war schließlich die ökonomische Vormachtstellung des englischen Monopolkapitals.

Der für die Imperialisten wichtigste Rohstoff des Landes war das Erdöl. Der Irak gehört zu den reichsten Ölländern der Welt. Seine Vorräte in Kirkuk, Mosul, Basra und Khanekin wurden 1958 auf elf Prozent aller Vorräte der kapitalistischen Welt geschätzt. Zu den Herren dieser Ölreichtümer machten sich die englischen Monopole. Die Ausbeutung des irakischen Erdöls lag zu etwa 50 Prozent in den Händen englischer Gesellschaften, die in der „Iraq Petroleum Company“ die führende Stellung einnahmen.

Die Aktienverteilung dieses internationalen Erdölkonzerns war das Ergebnis erbitterten Konkurrenzkampfes. Vor dem ersten Weltkrieg wurde dieser besonders scharf zwischen Großbritannien und Deutschland ausgefochten. Die deutschen Imperialisten hatten im Zusammenhang mit der Bagdadbahnkonzession Rechte zur Erdölausbeutung in Mesopotamien erworben. Die englischen Ölmonopole versuchten vom Südiran aus, wo die Anglo-Persian Oil Company festen Fuß gefaßt hatte, ihren Einfluß auf den benachbarten Irak auszudehnen. Die Bildung der „Türkischen Petroleumgesellschaft“ brachte einen vorläufigen Ausgleich. Die neue

Gesellschaft erhielt 1914 von der türkischen Regierung eine Konzession. Nach dem ersten Weltkrieg standen sich im Kampf um die irakischen Ölfelder Frankreich und England und die englischen und die amerikanischen Monopole gegenüber.

Der ehemals deutsche Anteil an der „Türkischen Petroleumgesellschaft“ ging an einen französischen Konzern über. Durch die Beteiligung Frankreichs mußte dessen Zustimmung zur Angliederung des sehr umstrittenen und äußerst wichtigen Mosulgebietes an den von England beherrschten Irak erkaufte werden.²⁹ Auch der Einbruch der amerikanischen Ölkonzerne in den Nahen Osten konnte nicht verhindert werden. So sah die Aktienverteilung in der „Iraq Petroleum Company“, die aus der „Türkischen Petroleumgesellschaft“ hervorgegangen war und 1925 einen Konzessionsvertrag mit der irakischen Regierung abschloß, folgendermaßen aus:

Anglo-Persian Oil Co.	23,75 %	des Aktienkapitals
Royal Dutch Shell Co.	23,75 %	„
Compagnie Française des Petroles	23,75 %	„
Standard Oil Co. of New Jersey		
und Secony-Vacuum Oil Co.	23,75 %	„
C. S. Gulbenkian	5,00 %	„

Die Gesellschaft schloß am 24. März 1931 ein neues Abkommen für die Dauer von 75 Jahren mit der Regierung des Irak, in dem das Konzessionsgebiet genau festgelegt wurde. Der Vertrag garantierte der Gesellschaft das Monopol bei der Ausbeutung der irakischen Ölfelder. In den Jahren 1932 bis 1934 wurde eine Erdölleitung vom Irak nach den Häfen des Mittelmeeres gebaut.

Der Einfluß des englischen Monopolkapitals wurde in der Folgezeit dadurch weiter verstärkt, daß neben der Hauptgesellschaft, der IPC, zwei weitere Erdölgesellschaften entstanden, deren Kapital rein englisch war: die Mossul Petroleum Company, an der ursprünglich auch deutsches Kapital beteiligt war³⁰, und die 1938 gegründete Basrah Oil Company. Beide wurden zu Tochtergesellschaften der Iraq Petroleum Co.

²⁹ Das Mosulgebiet war durch ein Geheimabkommen im ersten Weltkrieg ursprünglich Frankreich zugesprochen worden. England setzte durch, daß es entsprechend einer Entscheidung des Völkerbundes dem Irak angegliedert wurde. Ein entsprechender Vertrag wurde 1926 abgeschlossen und damit wurden auch die Ansprüche der Türkei zurückgewiesen.

³⁰ Die Mosul Oil Company wurde 1927 unter der Bezeichnung „British Oil Development Co.“ gebildet als eine ursprünglich englische Gründung. Sie erhielt von der irakischen Regierung am 20. 4. 1932 eine Konzession für 75 Jahre zur Ausbeutung der Ölfunde westlich des Tigris. An ihr beteiligte sich neben französischem und italienischem auch westliches deutsches Kapital. Die Gruppe Thomas Brown erwarb einen Aktienanteil von 12 Prozent. Die Gruppe erwarb einen Anteil an den Lieferrechten für den Ausbau der industriellen Anlagen von 38 Prozent, an denen in der deutschen Industrie-Konsortium gebildet, an dem beteiligt waren: Fr. Krupp AG Essen, Ferro-Stahl-AG Essen (Gutehoffnungshütte), Otto Wolf, Köln, Vereinigte Stahlwerke, Mannesmann-Röhrenwerke Düsseldorf. Das Auswärtige Amt war aus politischen Gründen sehr an der Erhaltung des deutschen Anteils an der

Die Ausbeutung des Irak durch die imperialistischen Ölgesellschaften zeigt sich besonders darin, daß im Irak die erdölverarbeitende Industrie nicht entwickelt wurde. Es gab lediglich eine kleine Raffinerie in Khānaqīn. Das gesamte Rohöl wurde exportiert. Seine Förderung war verhältnismäßig billig, nicht zuletzt deshalb, weil die irakischen Erdölarbeiter ungeheuer ausgebeutet wurden und einen äußerst niedrigen Lohn erhielten.³¹ Das mit geringem Kostenaufwand gewonnene irakische Erdöl wurde von der Iraq Petroleum Company zu überhöhten Monopolpreisen verkauft, was ihr gewaltige Profite einbrachte, die mit der Zunahme der Förderung ständig stiegen. Die 4 sh pro Tonne gefördertes Erdöl, die die IPC dem Konzessionsvertrag gemäß an die irakische Regierung zahlen mußte, eine äußerst wichtige irakische Staatseinnahme, bildeten nur einen minimalen Prozentsatz der Monopolprofite. Der irakische Staat mußte das im Lande benötigte Erdöl von der Gesellschaft zu den von den Monopolen bestimmten erhöhten Weltmarktpreisen abkaufen. Obwohl 1927 größere Funde gemacht wurden, drosselte die IPC infolge von Widersprüchen zwischen den beteiligten Monopolen und der Überproduktion an Erdöl auf dem Weltmarkt jahrelang die Ölförderung im Irak. Erst 1935, „als die wirtschaftliche Depression nachließ und Kriegswolken aufzogen“³², begann die IPC die Produktion in größerem Umfange aufzunehmen. Die Förderung stieg sprunghaft an, und schon 1937 nahm der Irak den achten Platz in der Erdölproduktion der Welt ein.³³

Die Erdölförderung war aber auch der einzige Wirtschaftszweig im Irak, der das Interesse des britischen Imperialismus fand. Infolge der englischen Kolonialpolitik in der ökonomischen Sphäre konnte sich die irakische Wirtschaft nicht organisch entwickeln. Es wurden nur jene Zweige ausgebaut, die den Interessen des englischen Monopolkapitals entsprachen. Trotz des Vorhandenseins einer großen Anzahl von Rohstoffen blieb der Irak ein industriell schwach entwickeltes Land. Die Entfaltung der Industrie wurde durch die Herrschaft der englischen Monopole entscheidend gehemmt und das Land in ein Rohstoffanhängsel der kapitalistischen Welt ver-

Gesellschaft interessiert. Die deutsche Gruppe wurde aber verdrängt, und die Lieferungen der deutschen Industrie kamen in größerem Umfange nicht zustande. (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Akten-Nr 19039–19043.)

³¹ Angaben über die Löhne der Erdölarbeiter:

In dem *Special Report* (a. a. O., S. 245) ist vermerkt: 30 Rupien im Monat für ungelernte Arbeiter, 120 bis 180 Rupien im Monat für gelernte Arbeiter. In der sowjetischen Zeitschrift *Революционный Восток*, 6/1934, S. 88, wird angegeben, daß ein Erdölarbeiter zu Anfang der dreißiger Jahre 50 Cent am Tage verdiente. — Die Löhne der Erdölarbeiter im Nahen Osten machten nur einen minimalen Anteil der Löhne aus, die die Arbeiter im gleichen Industriezweig in den USA zum Beispiel verdienten.

³² Kamnitzer, H., Öl und Außenpolitik, Berlin 1949, S. 78.

³³ Erdölförderung im Irak (in 1000 t):

1929	116	1938	4200
1932	115	1939	4295
1935	3729		

(*Der Nahe Osten*, Berlin, 1. Jg. (1940), Heft 4/5, S. 88.)

wandelt. Es vermochten sich nur einige Betriebe der Leichtindustrie zu entwickeln. 1937 z. B. gab es im Irak³⁴:

Mühlen	4
Spirituosenfabriken	3
Zigarettenfabriken	12
Streichholzfabriken	5
Seifen-Parfümeriebetriebe	4
Webereien und Strickereien	4
Baumwollreinigungen	2
Lederverarbeitungsbetriebe	2
Ziegeleien	8
Druckereien	2
übrige Zweige	13
Insgesamt	59

Deutlich kommt die koloniale Abhängigkeit des Irak auch in der Struktur des Außenhandels zum Ausdruck. Wie die industrielle Entwicklung ausschließlich auf die Gewinnung von Erdöl ausgerichtet war, so war der Außenhandel einseitig auf England orientiert, das auch auf diesem Gebiet die führende Stellung einnahm. Hier sei eine Tabelle angeführt, die die Anteile Englands am Außenhandel des Irak in den Jahren 1927 bis 1938 zeigt³⁵:

Jahr	Import (in Prozent)	Export (in Prozent)
1927/28	34,8	31,7
1928/29	34,4	27,3
1929/30	31,7	21,4
1930/31	31,1	29,1
1931/32	27,2	39,6
1932/33	34,9	37,4
1933/34	33,6	31,6
1934/35	25,3	38,0
1935/36	28,4	31,8
1936	31,7	30,7
1937	29,4	27,8
1938	28,4	24,1

Der englische Anteil betrug im Durchschnitt ein Drittel des Gesamtimports und -exports. Die Position Englands war so beherrschend, daß es in einigen Zweigen eine Monopolstellung einnahm. Es stand an erster Stelle beim Import mehrerer Waren,

³⁴ Statistical Handbook of Middle Eastern Countries, Jerusalem 1954, S. 84, zitiert nach *Мурский*, a. a. O., S. 33.

³⁵ Economic conditions in Iraq 1933–1935, Department of Overseas Trade, London 1936, S. 31; *Orientnachrichten*, Jg. 1937, S. 293, u. Jg. 1938, S. 308; *Der Nahe Osten*, Jg. 1936, S. 542 u., Jg. 1939, S. 184.

wie bei Baumwollwaren, Kleidung, Eisen und Stahl, Maschinen u. a. Dadurch konnten die englischen Handelsgesellschaften die Preise der Waren entsprechend ihren Profitinteressen regulieren.

Der koloniale Charakter des irakischen Außenhandels äußerte sich auch darin, daß Rohstoffe ausgeführt und industrielle Fertigwaren eingeführt wurden.

Hauptexport- und Hauptimportwaren des Irak (in 1000 FD)³⁶

Waren		1933/34	1935	1937
Export	Erdöl	24	1734	5700
	Datteln	835	976	974
	Getreide	508	794	1912
	Häute/Felle	148	128	381
	Baumwolle	8	36	207
	Rohwolle	132	261	1010
Import	Baumwollwaren	941	950	1069
	Seidenwaren	277	369	563
	Wollwaren	144	198	289
	Kleidung	105	301	374
	Maschinen und Apparate	315	409	613
	Auto und Fahrzeuge	384	302	488
	Zucker	399	368	440
	Tee	170	237	315

Die Monopolgesellschaften kauften die Rohstoffe und Lebensmittel des Irak zu sehr niedrigen Preisen auf, während die zur Verfügung gestellten Waren vom irakischen Staat zu hohen Monopolpreisen abgenommen werden mußten. Aus dieser Spanne ergaben sich Extraprofiten. Durch den nichtäquivalenten Austausch im Handel wurden das Land ausgeraubt und die nationale Industrie in ihrer Entwicklung gehemmt.

Der Außenhandel war völlig einseitig orientiert. Die Hauptexportprodukte des Irak (Erdöl, Dattel, Getreide) machten im Durchschnitt einen Anteil von etwa 75 % aus. Dadurch war das Land sehr stark von den Verhältnissen auf dem kapitalistischen Weltmarkt abhängig. Das zeigte sich besonders verhängnisvoll zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, die auf den Irak, wie auf alle wirtschaftlich abhängigen Länder, sehr negative Auswirkungen hatte. Sie brachte eine scharfe Einschränkung der Ausfuhr mit sich. 1931/32 war der Export im Vergleich zu 1928/29 um mehr als drei Zehntel zurückgegangen. Die Preise für Datteln und Getreide sanken im Durchschnitt um 40 bis 60 %.³⁷

³⁶ Economic conditions . . . , a. a. O., S. 34; The Iraq Directory, a. a. O., S. 10; *Orientnachrichten*, Jg. 1935/36, H. 10, u. Jg. 1938, S. 308; *Данциг, Б. М.*, Ирак в прошлом и настоящем Moskau 1960, S. 214/215.

³⁷ *Материалы по национально-колониальным проблемам*, Moskau, Jg. 1931, H. 1, S. 46 ff., u. Jg. 1932, H. 1, S. 73 ff.

Zur Untersuchung der Außenhandelsbilanz des Irak soll die folgende Tabelle dienen.

Entwicklung des Außenhandels des Irak in der Zeit von 1928/29 bis 1939³⁸

Jahr	Import		Export	
	in 1000 ID	Index	in 1000 ID	Index
1928/29	7123	100	4069	100
1929/30	7366	103	4068	100
1930/31	5352	75	2731	67
1931/32	4797	67	2766	68
1932/33	6240	88	2564	63
1933/34	6025	85	2850	70
1934/35	6105	86	3961	97
1935/36	7240	102	3514	86
1936	7177	101	3484	86
1937	9612	135	5567	137
1938	9912	139	3492	86
1939	8155	114	3525	87

In den Angaben über den Export ist das ausgeführte Erdöl nicht enthalten.³⁹ Sein Umfang muß zwar beachtet werden, aber die Einbeziehung bei der Bestimmung der Außenhandelsbilanz könnte zu der falschen Schlußfolgerung führen, daß diese aktiv war. Doch das Erdöl wurde von den imperialistischen Gesellschaften verkauft und stellt keinen echten Export des Irak dar. Höchstens die Anteile (4 sh/t), die die irakische Regierung erhielt, könnten Berücksichtigung finden. Bei den Angaben über den Import sind die Importe der Konzessionäre für die Entwicklung der Erdölförderung einbegriffen, was ebenfalls zu gewissen Ungenauigkeiten bei der Berechnung der Außenhandelsbilanz führen kann.⁴⁰ Unter Beachtung dieser Faktoren ergibt ein Vergleich des Wertes der eingeführten und der ausgeführten Waren dennoch, daß der Import bedeutend größer als der Export war, was sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sehr ungünstig auswirken mußte. Der Index der Außenhandelsentwicklung zeigt, daß sich diese Diskrepanz immer mehr vergrößerte, da der Import wesentlich schneller anstieg als der Export.

³⁸ The Iraq Directory, a. a. O., S. 11; Economic conditions . . . , a. a. O., S. 31; *Orientnachrichten*, Jg. 1936 u. 1938; *Der Nahe Osten*, Jg. 1936 u. 1939.

³⁹ In der ökonomischen Literatur der kapitalistischen Länder gibt es keine einheitliche Methode der Angabe der Exportwerte. Sie erfolgt zuweilen mit, zuweilen ohne Einbeziehung des Erdöls. In der sowjetischen Literatur sind in der Regel in die Angaben zum Export die Kosten des verkauften Erdöls nicht mit einbezogen. Die irakische offizielle Statistik teilt den Export in zwei Teile: mit Einberechnung des Erdöls und ohne. (Siehe *Данциг*, a. a. O., S. 210.)

⁴⁰ Die Konzessionäre führten Waren für ihre Erfordernisse ein und bezahlten diese selbst, so daß sich diese Importe nicht auf die Außenhandelsbilanz des Irak auswirkten. Die Zahlen über die Werte des Imports konnten hier jedoch nicht in dieser Hinsicht gereinigt werden.

Auch im finanziellen Sektor herrschte England. Der irakische Dinar, der 1931 gesetzlich als Landeswährung eingeführt wurde, hing vom Stand des englischen Pfundes ab. Der Irak besaß keine Nationalbank. Das gesamte Geld- und Kredit-system befand sich in den Händen englischer Banken, vor allem der „Eastern Bank“ und der „Ottoman Bank“. Der Inspektor der Finanzen bei der irakischen Regierung war ein Engländer.

Der überwiegende Teil der ausländischen Kapitalanlagen im Irak stammte aus England. Der englische Kapitalexport nach dem Irak erfolgte einerseits in Form von Leihkapital. Durch finanzielle Anleihen an die irakische Regierung wurde das Land in immer größere Abhängigkeit gebracht.⁴¹ Während der Weltwirtschaftskrise stieg die Verschuldung gegenüber England in besonders großem Umfange an. Andererseits finden wir in starkem Maße Kapitalexport in Form von produktiven Kapital. Den dominierenden Anteil daran hatten die schon erwähnten Erdölkonzerne. Neben diesen beteiligten sich auch eine Reihe anderer englischer Firmen. Charakteristisch ist, daß sie sich nicht an industriellen Unternehmungen beteiligten, die zur Entwicklung einer irakischen nationalen Industrie beigetragen hätten, sondern sich vornehmlich mit Bewässerungsanlagen und Brückenbauten befaßten. Hierfür seien einige Beispiele angeführt:⁴²

Ein Staudamm bei Kut al-Amāra wurde von der Londoner Firma „Balfour, Beatty and Co.“ projektiert und zum größten Teil auch gebaut. Die Firma „Ransomes & Rapier Ltd.“, London, übernahm die Anbringung der Hängebrücken und Schleusengitter an diesem Objekt im Werte von 170 000 £. Die erstgenannte Gesellschaft erhielt 1939 einen Auftrag für Bauarbeiten am Habbaniyah-Staudamm im Werte von 900 000 £. Mit der Firma „Braithwaite & Co. Ltd.“ wurde ein Vertrag über den Bau einer Stahlbrücke bei Musaiyib am Euphrat abgeschlossen und 1932 ein Kontrakt mit der Firma „Wm. Arrol and Co., Ltd.“ zum Bau einer neuen Mosulbrücke vereinbart. Ende 1934 übergab das englische Luftfahrtsministerium einen Auftrag zum Bau eines geplanten Stützpunktes für die englischen Luftstreitkräfte im Irak an die Firma „Humphreys Ltd.“. Dafür lieferte die „Dorman Long and Co.“ die Baumaterialien. 1934 sollten von der „Hawker Engineering Co.“ zwölf Flugzeuge für den Irak fertiggestellt werden. Durch englische Gesellschaften wurde 1934 eine kleine Munitionsfabrik in Bagdad eingerichtet und 1938 eine Zementfabrik gebaut.

Das Transportwesen beherrschten englische Gesellschaften. Es war weitgehend monopolisiert und entsprechend den Interessen des englischen Imperialismus entwickelt worden. Zur Zeit der englischen Okkupation im ersten Weltkrieg wurde mit

werden, da nicht für alle Jahre Angaben über den Umfang des Imports der Konzessionäre vorliegen. Sie betrugen z. B. 1932/33 1 198 000 ID und 1933/34 1 060 000 ID. (Iraq Directory, a. a. O., S. 16.)

⁴¹ R. Fox gibt an, daß der englische Kapitalexport nach dem Irak zu Beginn der dreißiger Jahre einen Wert von 20 Millionen Pfund Sterling erreicht hatte. (Fox, R., *The Colonial Policy of British Imperialism*, London 1933, S. 96.)

⁴² Die Angaben hierzu sind entnommen aus: *The Near East and India*, Jg. 1932 u. 1934; *Der Nahe Osten*, Jg. 1936 u. 1939; *Orientnachrichten*, Jg. 1934/35 u. 1938.

dem Ausbau des Verkehrsnetzes begonnen. Die Erweiterung erfolgte im Zusammenhang mit dem Vordringen der Ölkonzerne. Die Mehrzahl der Autostraßen wurde von England erbaut, um die Verbindung zum Mittelmeer herzustellen. Auch das Eisenbahnnetz schufen zum größten Teil englische Gesellschaften. 1936 wurden die Eisenbahnen an den irakischen Staat abgetreten. Dieser mußte dafür eine hohe Summe zahlen. Die Verwaltung der Eisenbahnen blieb jedoch in englischer Hand. Durch diesen raffinierten Schachzug Englands sollten die unrentablen Unternehmen an den irakischen Staat übergeben werden, allerdings ohne Verlust der Kontrolle darüber. Die Binnenschifffahrt war seit den dreißiger Jahren weitestgehend in britischer Hand und der Hafen von Basra stand unter englischer Verwaltung.

Die englische Kolonialpolitik wirkte sich auch auf die Landwirtschaft des Irak aus, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung beschäftigt war. Die englische Agrarpolitik war auf die Festigung der Macht der Großgrundbesitzer ausgerichtet. Die 1919 durchgeführte Landreform bestätigte den Stammesscheichs den Besitz des Bodens, den sie sich aus dem Gemeineigentum der Dorfgemeinde angeeignet hatten. Ein Gesetz vom Mai 1932 über die „Regulierung der Rechte auf Land“ förderte ebenfalls den Übergang des Bodens in die Hände der Großgrundbesitzer. Es wurde durch die englischen Herrscher vorbereitet und sollte die soziale Stütze im Inneren des Landes auch für die Zeit nach der Aufhebung des Mandats sichern. Mit Hilfe Englands konnte der Feudalismus seine Positionen im Irak festigen; die feudalen Verhältnisse wurden konserviert. Diese Entwicklung führte zur Vergrößerung der Ausbeutung der Bauern und zu einer besonders starken Konzentration des Großgrundbesitzes im Irak.⁴³

Die geschilderten Fakten machen klar, daß von einer echten Selbständigkeit des Irak nach 1932 nicht die Rede sein konnte. Die englische Politik im Irak in der Periode von 1932 bis 1939 muß als Fortsetzung der kolonialen Ausbeutung des Landes durch die englischen Monopole und die Aufrechterhaltung der politischen Abhängigkeit vom englischen Imperialismus unter der formalen Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit des Irak charakterisiert werden. Die Änderung des politischen Status des Irak im Jahre 1932 brachte so in erster Linie eine Wandlung der Form der britischen Herrschaft, nicht aber ihres Inhaltes mit sich. „Der britische Imperialismus hatte noch nicht abgedankt. Er hatte vielmehr mit seinem ganzen Einfallsreichtum und seiner jahrhundertealten politischen Erfahrung einen ausgeklügelten, komplizierten und gewagten Mechanismus geschaffen mit dessen Hilfe er selbst noch hinter der offiziellen Kulisse der ... „Unabhängigkeit“ weiter manövrieren konnte.“⁴⁴

Obwohl der englische Imperialismus Herrscher im Lande blieb, war die Beendigung des Mandats doch mehr als eine bloße Geste, und es wäre falsch zu glauben, sie sei

⁴³ „Im Irak entstanden die ungerechtesten Besitzverhältnisse ganz Asiens: Etwa tausend Scheichs und Großgrundbesitzer wurden Eigentümer von 94 Prozent des anbaufähigen Bodens, während sich die Masse der Landbevölkerung mit dem kläglichen Rest begnügen beziehungsweise sich als Pächter oder Landarbeiter verdingen mußte.“ (Rathmann, L., *Araber stehen auf*, Berlin 1960, S. 120.)

⁴⁴ Zitiert nach Dutt, R. *Palme*, Indien heute, Berlin 1951, S. 621.

für den Irak keinerlei Bedeutung gehabt. Es gelang dem Irak als erstem Land, aus dem imperialistischen Mandatssystem auszubrechen. Die Erteilung der formalen Selbständigkeit war ein erzwungenes Zugeständnis von Seiten Englands und ein Teilsieg der nationalen Befreiungsbewegung. Diese trat nach 1932 in eine neue Etappe ein. Der englische Imperialismus hatte gehofft, das irakische Volk durch einen geschickten Schachzug betrügen und vom weiteren Kampf für die Unabhängigkeit abhalten zu können. Doch das erwies sich als eine Fehlspekulation. Das irakische Volk setzte seinen Kampf verstärkt fort. Nur die rechten Kräfte der nationalen Bewegung konnten abgespalten werden.

Da die englischen Kolonialherren sich nach 1932 verstärkt auf ihre Agenten im Inneren, vor allem auf die feudalen Großgrundbesitzer, stützten, erhielt die nationale Befreiungsbewegung neben der antiimperialistischen Zielsetzung in verstärktem Maße auch eine antifeudale. Die Verschmelzung beider Komponenten zeigte sich deutlich während des revolutionären Bauernaufstandes 1935.

Unter den neuen Bedingungen der formalen Selbständigkeit gab es bessere Voraussetzungen für die Konsolidierung der antiimperialistischen Kräfte. Besonders die Arbeiterklasse organisierte sich fester. Die Gewerkschaften entwickelten sich weiter und schlossen sich 1933 zu einer einheitlichen Organisation zusammen. Die Gründung der Kommunistischen Partei des Irak war von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Unabhängigkeitsbewegung, denn diese erhielt jetzt eine klare Zielsetzung.

Die englische Politik der indirekten Herrschaft war unter den entstandenen Bedingungen der allgemeinen Krise und der wachsenden nationalen Befreiungsbewegung die für die englischen Imperialisten einzig mögliche und günstigste Methode ihrer Herrschaft im Irak. Ihre dortige Anwendung ist kein Einzelbeispiel. Eine klassische Form dieser Methode finden wir in Ägypten, das 1922 zu einem unabhängigen Staate erklärt wurde. Die englische Regierung sicherte sich jedoch die absolute Verfügungsgewalt über die Verbindungswege des britischen Empire, die Verteidigung und Außenpolitik Ägyptens und über den Sudan. Das Land blieb auch nach der Aufhebung des Protektorats von England abhängig. 1936 wurde zwischen Großbritannien und Ägypten ein Vertrag abgeschlossen, der sich mit dem englisch-irakischen von 1930 vergleichen läßt.

Die Methode der indirekten Herrschaft wurde jedoch in dieser Zeit nicht zur vorherrschenden innerhalb der Kolonialpolitik. Sie war nicht typisch, und alte Formen der Kolonialherrschaft überwogen. Sie wurde nicht in allen Kolonial- und kolonialabhängigen Ländern und nicht von allen Kolonialmächten angewandt. So herrschte in Afrika auch weiterhin der offene brutale Kolonialterror vor. Der französische Imperialismus griff nicht zu dieser Methode, ein Ausdruck dafür, daß die französische Kolonialpolitik längst nicht so raffiniert, elastisch und anpassungsfähig war wie die englische. Ein Vergleich der englischen Politik im Irak und der französischen in Syrien läßt die Unterschiede deutlich werden. Frankreich war auch gegen die Aufnahme des Irak in den Völkerbund, da es befürchtete, Konsequenzen in bezug auf Syrien ziehen und dort ebenfalls das Mandat beenden zu müssen. Die Aufhebung des Mandats im Irak blieb nicht ohne Einfluß auf das arabische Nachbarland.

1932 begannen Verhandlungen zwischen der französischen und der syrischen Regierung über den Abschluß eines Vertrages, die sich bis 1936 hinzogen.

Die Politik der indirekten Herrschaft setzt voraus, daß der Imperialismus sich im Inneren des Landes eine soziale Stütze geschaffen hat; das sind bestimmte reaktionäre Kräfte, die, vereint mit den Imperialisten durch die gemeinsamen Interessen der Ausbeutung der unterdrückten Klassen und zufrieden mit ihrer Scheinbeteiligung an der Macht, mit den Kolonialherren zusammenarbeiten, die nationalen Interessen des Landes verraten und die Ziele des Imperialismus verwirklichen helfen. Eine solche Schicht gab es im Irak vor allem in der Klasse der feudalen Großgrundbesitzer.

Das System der indirekten Herrschaft fand dort Anwendung, wo die Befreiungsbewegung stark genug war, um die Imperialisten zu Zugeständnissen zu zwingen, so daß diesem kein anderer Ausweg zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft blieb. Andererseits war die nationale Befreiungsbewegung noch nicht so stark, daß sie dem Kolonialismus den entscheidenden Schlag versetzen konnte. Dieser Umstand trifft nicht nur auf den Irak, sondern auf alle kolonialen und abhängigen Länder in der Periode zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg zu. Der antiimperialistische Befreiungskampf nahm in dieser Etappe einen starken Aufschwung und konnte bedeutende Teilerfolge erringen, doch der völlige Zusammenbruch des Kolonialsystems konnte noch nicht erreicht werden. Der Imperialismus war zwar geschwächt, aber noch nicht endgültig in seiner Macht erschüttert. England beispielsweise konnte sein Kolonialreich erhalten und sogar ausdehnen. Es blieb weiterhin die führende Welt handelsmacht, wenn auch sein Anteil an der Weltindustrieproduktion in den dreißiger Jahren zurückging.

Ähnliche Formen wie die der geschilderten englischen Politik im Irak nach 1932 kann man auch in der imperialistischen Kolonialpolitik nach dem zweiten Weltkrieg beobachten. Aus dem zerfallenen Kolonialsystem bildete sich in der jüngsten Vergangenheit unter anderem eine Gruppe von „Ländern, die ihre Unabhängigkeit errungen haben, aber zugleich zuließen, daß diese stark beschnitten wurde, indem sie ungleiche knechtende Wirtschaftsabkommen abschlossen und sich in aggressive Blocks imperialistischer Mächte eingliederten.“⁴⁵ Als Beispiele können hierfür dienen: Pakistan, das 1947 bei der imperialistischen Teilung Indiens in zwei Dominions selbständig wurde; Thailand, das 1947 einen unabhängigen Status erhielt, und die Philippinen, die 1946 für unabhängig erklärt wurden; beide Staaten sind noch von den USA abhängig und gehören der SEATO an.

Über die Zielsetzung der imperialistischen Politik in der gegenwärtigen Etappe heißt es in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960: „Die Imperialisten wollen die nationale Souveränität der Länder, die sich befreit haben, aushöhlen und untergraben, den Sinn der Selbstbestimmung der Nationen entstellen, unter der Flagge der gegenseitigen Abhängigkeit neue Formen der Kolonialherrschaft aufzwingen, in diesen Ländern ihre Mario-

⁴⁵ Zitiert nach Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch, Berlin 1961, S. 473

netten ans Ruder bringen und einen Teil der Bourgeoisie korrumpieren.“⁴⁶ Eine ähnliche Charakteristik könnte für die Politik des englischen Imperialismus im Irak in der Zwischenkriegsperiode gegeben werden. Es wäre jedoch falsch, diese schon als Neokolonialismus zu bezeichnen. Ein Vergleich zwischen beiden bestätigt diese Feststellung.

In der Form der Methoden bestehen tatsächlich Gemeinsamkeiten. P. Dutt schreibt dazu: „In der jüngsten Periode imperialistischer Politik wurde eine neue Taktik entwickelt, ausgearbeitet und in immer größerem Umfange angewandt, die man die Technik der ‚formalen Unabhängigkeit‘ nennen kann. An sich ist das Prinzip nicht neu, es ist in Wirklichkeit nur die Fortsetzung des alten Prinzips der verschleierte Herrschaft.“⁴⁷ Neben spezifisch neuen Methoden, wie der „Entwicklungshilfe“, wandten die Imperialisten zur Durchsetzung ihrer neokolonialistischen Politik auch sogenannte alte, schon früher übliche Methoden an. In diesem Sinne enthält die indirekte Herrschaftsform, wie sie im Irak angewandt wurde, gewisse Vorformen des Neokolonialismus. Doch diese Verwandtschaft in den Formen rechtfertigt nicht, von einer Übereinstimmung zu sprechen. Entscheidend ist die wesentlich verschiedene internationale Situation, in der beide auftreten. Der Neokolonialismus ist eine typische Erscheinungsform der imperialistischen Kolonialpolitik „unter den historischen Bedingungen des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, insbesondere in der Periode des Zerfalls und Zusammenbruchs des direkten Kolonialsystems.“⁴⁸ Während das vom englischen Imperialismus 1932 erzwungene Zugeständnis Ausdruck der Schwäche eines einzelnen Staates war, die koloniale Herrschaft in bestimmten Fällen mit anderen Mitteln aufrechtzuerhalten, so handelt es sich in der gegenwärtigen Etappe bei der neokolonialistischen Expansion um die Schwäche und den Niedergang des gesamten imperialistischen Systems, wie sie sich aus dem veränderten Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus nach dem zweiten Weltkrieg und verstärkt in der dritten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus ergeben haben.

In der Gegenwart hat jedoch die Erteilung der formalen staatlichen Unabhängigkeit eine noch größere Bedeutung als in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg. War sie damals auf Einzelfälle beschränkt, so ist sie heute „durch die Siege der Befreiungsbewegung so gut wie unvermeidlich geworden“.⁴⁹ Zwar versuchen auch heute die Imperialisten, unter ihrem Deckmantel die koloniale Abhängigkeit zu erhalten. Doch unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen, besonders durch die wirtschaftliche Hilfe der sozialistischen Staaten, haben diese Länder eine viel größere Entwicklungsperspektive, da sie, entsprechend der Stärke und Geschlossenheit der nationalen Befreiungsbewegung in dem betreffenden Land die Möglichkeit haben, in kurzer Zeit eine wirkliche politische Unabhängigkeit vom Imperialismus

⁴⁶ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1961, S. 42.

⁴⁷ Dutt, R. Palme, Großbritanniens Empirekrise, Berlin 1951, S. 89.

⁴⁸ Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker, Berlin 1961, S. 12.

⁴⁹ Ebenda, S. 13.

zu erkämpfen und sich dann allmählich auch von den ökonomischen Fesseln zu befreien. Im Irak waren dazu noch ein langer Prozeß und ein harter Kampf der Volksmassen gegen den englischen Imperialismus in einem Zeitraum von 25 Jahren nötig, ehe es in der bürgerlich-demokratischen Volksrevolution vom Juli 1958 gelang, dem englischen Kolonialismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

E. F. LUDŠUVEIT

Der deutsche Imperialismus in der Türkei während des zweiten Weltkrieges

Die deutschen Expansionsbestrebungen in der Türkei haben ihre historischen Wurzeln in der fernen Vergangenheit. Die deutsche nationalistische Historiographie ist geneigt, sie bereits der Zeit Friedrichs II. von Preußen zuzuschreiben.¹ Eine neue Phase in der Geschichte des deutschen Eindringens in die Türkei begann nach Meinung der chauvinistischen deutschen Historiker mit dem Aufenthalt des späteren Generalfeldmarschalls Helmut von Moltke als Militärinstrukteur in den Jahren von 1835 bis 1839 in Konstantinopel. In Wirklichkeit begann die türkische Frage in der deutschen Politik jedoch erst eine wichtige Rolle zu spielen, als das junge deutsche Reich am Ende des 19. Jahrhunderts den Weg der imperialistischen Entwicklung beschritt. Bismarck sagte zwar bekanntlich, daß die ganze orientalische Frage nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei und daß er die Post aus Konstantinopel nicht für lesenswert erachte, aber die expansive Politik des wilhelminischen Deutschlands spricht eine andere Sprache. Die Einladung einer Militärmission unter Leitung von Oberst Colmar von der Goltz in die Türkei, der Kampf um die Konzessionen für das anatolische Eisenbahnsystem und die Bagdadbahn sowie die Reisen Wilhelms II. in das Osmanische Reich zeugen von dem außerordentlich großen Interesse des deutschen Imperialismus an der Türkei. In den Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges gelang es Deutschland, seine Stellung am Bosphorus zu festigen und im Kampf der imperialistischen Mächte um die Verwandlung der Türkei in eine Halbkolonie einen bedeutenden Vorsprung zu erkämpfen.²

Während des ersten Weltkrieges stand die Türkei an der Seite des deutschen Imperialismus, und gemeinsam mit ihm erlitt sie eine Niederlage. Für eineinhalb Jahrzehnte war die Stellung Deutschlands in der Türkei nahezu völlig bedeutungslos. Aber bald nach der Machtergreifung des Faschismus begann der deutsche Imperialismus in erbittertem Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten, seine Positionen in der Türkei schnell wiederherzustellen.

In den weitgesteckten Expansionsplänen des deutschen Faschismus zur Erringung der Weltherrschaft nahm die Türkei als Aufmarschgebiet für die Eroberung von „Lebensraum“ einen wichtigen Platz ein. Am Vorabend des zweiten Welt-

krieges entwickelte sich die deutsche Expansion in der Türkei zunächst vor allem auf ökonomischem Gebiet. Wie vordem, so betrachtete das deutsche Monopolkapital die Türkei auch jetzt als Kolonie, als Rohstoffquelle, Lebensmittellieferanten, Absatzmarkt und Kapitalanlagesphäre.

1938 gelang es Deutschland durch die skrupellose Ausnutzung des berüchtigten Clearingsystems, im Handel der Türkei die Vorherrschaft zu erringen. Sein Anteil am Außenhandel des Landes betrug in diesem Jahre bereits 51 Prozent, während auf England, Frankreich und Italien insgesamt nicht einmal 19 Prozent entfielen. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1939 wuchs der Handel Deutschlands mit der Türkei weiter an und erreichte im Import der Türkei 55 Prozent, im Export 51 Prozent.

Deutschland importierte aus der Türkei Tabak, getrocknetes und frisches Obst, Nüsse, mineralische Rohstoffe, Baumwolle, Wolle, Felle und verschiedene andere Waren. Die Verstrickung der Türkei in die Fesseln des Clearingsystems machte es den deutschen Firmen möglich, Tabak, Obst und viele andere Produkte zu Spottpreisen aufzukaufen.

Eine besonders wichtige Rolle im türkischen Export nach Deutschland spielte das Chromerz, dessen Ausfuhr sich 1935 auf 40400 t, 1936 auf 64500 t, 1937 auf 58400 t, 1938 auf 68500 t und 1939 auf 55000 t belief.³ Dafür lieferte Deutschland der Türkei Rüstungsmaterial, Maschinen, rollendes Material für Eisenbahnen und andere Eisenbahnausrüstungen, Hochseeschiffe, Flugzeuge, Produkte der chemischen und der Textilindustrie und einige andere Industriewaren.

Nach der Eroberung des türkischen Marktes begann der deutsche Imperialismus auf dem Wege direkter und indirekter Kapitalanlagen auch in die Industrie, das Bau- und das Transportwesen der Türkei einzudringen. Der deutschen Firma Röchling gehörten die Chromgruben in Tavşanlı-Dagardı. Die deutsche „Metallgesellschaft“ besaß 50 Prozent der Aktien der Gesellschaft zur Förderung von Erzen in Balkar (Bulgar). Deutsches Kapital war an den größten Rüstungsbetrieben sowie am Bau einiger neuer und an der Erweiterung bestehender Rüstungsbetriebe (Zeytinburnu und Tophane, beide in Istanbul) beteiligt. Ein Teil der Aktien des Elektrogerätekwerkes in Eskişehir befand sich im Besitz deutscher Kapitalisten. Von deutschen Unternehmen, insbesondere von der Firma Siemens-Schuckert, wurden mehrere Elektrizitätswerke in Ankara, Istanbul, Adana und anderen Städten erbaut oder erweitert. Die Firma Junkers errichtete in Kayseri ein Flugzeugmontagewerk. Deutsche Unternehmer bauten Eisenbahnlinien und Brücken und lieferten das rollende Material sowie die übrige Eisenbahnausrüstung. Die Neuausrüstung des Hafens und der Bau eines modernen Flottenstützpunktes in Izmir wurden von einer deutschen Gesellschaft ausgeführt. In vielen Fabriken und Werken arbeiteten deutsche Ingenieure und Techniker. Zweigstellen der deutschen Banken, die die Verträge mit Deutschland finanzierten, wurden in den türkischen Großstädten eröffnet. Die deutsche Lufthansa beflog die Linie Berlin-Istanbul-Ankara und besorgte

¹ Siehe ausführlich bei Scheel, H., *Preußens Diplomatie in der Türkei 1721–1774*, Berlin 1931.

² Siehe ausführlich bei Helfferich, Karl, *Die deutsche Türkenpolitik*, Berlin 1921, *Im neuen Deutschland*, H. 2.

³ *Türkiye Cumhuriyeti*. Başbakanlık, İstatistik G. D. İstatistik Yılı, Bd 14, 1942–1943, Ankara 1944, S. 226.

den Flugverkehr nach Bagdad. „Berlin-Bagdad“, schrieb eine deutsche Zeitung im Zusammenhang mit der Eröffnung des direkten Flugverkehrs von Berlin nach Bagdad, „ist eine Brücke vom Westen zum Osten. Es wird gleichzeitig eine Brücke sein, die Deutschland neue Wirtschaftsgebiete eröffnet.“⁴

Die direkten Kapitalanlagen Deutschlands in der Wirtschaft der Türkei betrugen am Vorabend des Krieges etwa 80 Millionen Dollar. Bedeutend waren auch die mittelbaren Investitionen, die sich nicht genau errechnen lassen. Außerdem war Deutschland die Macht, die der Türkei die größten Staatsanleihen gewährte. Von der Gesamtschuld der Türkei in Höhe von 187 Millionen Lire entfielen 87 Millionen auf Deutschland.⁵

Die herrschenden Kreise der Türkei förderten ihrerseits das ökonomische Eindringen der deutschen Monopole mit allen Mitteln. Der Wirtschaftsminister Şakir Kesebir erklärte 1938: „Die Besonderheiten unserer beiden Länder sind derart, daß sie sich ökonomisch ergänzen.“⁶ In diesem Sinne äußerten sich auch einige türkische Zeitungen, die darauf hinwiesen, daß es notwendig sei, die „Landwirtschaft Deutschland zur Verfügung zu stellen“⁷, weil der Türkei die Voraussetzungen für die Entwicklung zum Industrieland fehlten und sie gerade deshalb im Austausch der wirtschaftlichen Erzeugnisse auf die industriellen Güter Deutschlands angewiesen sei.

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges hatte Hitlerdeutschland starke ökonomische Positionen in der Türkei erkämpft und deren Wirtschaft in einen Zustand der Zerrüttung und des Zerfalls gebracht. Die Türkei war hauptsächlich durch Deutschland mit dem Weltmarkt verbunden, und die deutschen Monopole erreichten auf diesem profitsicheren Terrain derart hohe Gewinne, wie sie gewöhnlich nur den Kolonialmetropolen zufielen. Die Exploitation der Türkei als Rohstoffquelle spielt eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung des deutschen Monopolkapitals auf den zweiten Weltkrieg.

Parallel zur ökonomischen Infiltration der Türkei erkämpfte sich der deutsche Imperialismus in den Jahren vor dem Kriege auch wichtige Positionen in der türkischen Armee. Deutsche Firmen lieferten Waffen und verschiedene Ausrüstungsgegenstände für die türkischen Landstreitkräfte. In den Stäben und Einheiten der türkischen Armee befand sich eine bedeutende Gruppe deutscher Berater und Instruktoren unter Leitung des Generals von Mittelberger. Mit dem Hinweis auf die traditionelle deutsch-türkische „Waffenbrüderschaft“ unterhielten die deutschen Militaristen enge Beziehungen zu reaktionären Kreisen des türkischen Generalstabes und anderen hohen türkischen Offizieren. Unter Berücksichtigung dieses Aspekts wurden im September 1938 der Leiter der türkischen Armeeinspektion⁸,

⁴ *Deutsche Bergwerkszeitung*, Düsseldorf, v. 11. 3. 1938.

⁵ Die restlichen 100 Millionen Lire teilten sich folgendermaßen auf: Frankreich etwa 63, England etwa 22, die Schweiz etwa 5,8 und die übrigen europäischen Staaten etwa 9,2 Millionen Lire.

⁶ Дабос, Р., Турция и фашистская Германия, in *Коммунистический интернационал*, Nr 7, Moskau 1939, S. 35.

⁷ Ebenda, S. 36.

⁸ Bezeichnung in der Türkei für den Oberbefehlshaber der Armee in Friedenszeiten.

General İzzeddin Çahşlar, und der Leiter Militärakademie in Istanbul, General Fuat Erden, nach Deutschland eingeladen, um den Manövern in Ostpreußen, in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenze, beizuwohnen. Außerdem entsandte die Türkei auf deutsches Ersuchen hin in regelmäßigen Abständen junge Offiziere zur militärischen Weiterbildung in Kriegsschulen des deutschen Faschismus nach Deutschland. Nach ihrer Rückkehr wurden viele dieser Offiziere zu Wegbereitern des faschistischen Einflusses in der türkischen Armee.

Besondere Aufmerksamkeit widmete das faschistische Deutschland der türkischen Kriegsmarine. Um den deutschen Einfluß innerhalb der Flotte zu erhöhen, leiteten deutsche Spezialisten die Arbeiten für die Erweiterung und Modernisierung der türkischen Flottenstützpunkte in Haliç Körfezi (Goldenes Horn), in Istanbul, in Gölük-Izmit und am Golf von Izmir. Deutsche Fachleute arbeiteten ferner an der am Vorabend des Krieges in Angriff genommenen Befestigung der Meerengen und anderer Küstenzonen. Auf den Kieler Werften liefen 1938 zwei Unterseeboote für die Türkei vom Stapel; zwei weitere Unterseeboote wurden in dieser Zeit unter Leitung deutscher Spezialisten in der Türkei selbst montiert. Eine bedeutende Anzahl deutscher Marineoffiziere übten Instruktortätigkeit in der türkischen Kriegsmarine aus.

Auch auf die türkische Luftwaffe erstreckte sich der faschistische Einfluß. So stellten deutsche Firmen der türkischen Luftflotte sowohl Flugzeuge als auch Flugpersonal zur Verfügung.

Außerordentlich große Initiative widmete der deutsche Faschismus dem Aufbau einer „Fünften Kolonne“ in der Türkei sowie der kulturpolitischen Infiltration. Verschiedene Einrichtungen und Organisationen Hitlerdeutschlands – der Aufklärungsdienst der Streitkräfte, die Aufklärungsorgane der NSDAP, der Auslandsdienst der SS, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Amt Goebbels), das Reichsinnenministerium, das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und viele andere Einrichtungen und Organisationen, die sogar über Spezialschulen und viele andere Einrichtungen und Organisationen für die Länder des Nahen Ostens (z. B. in Hamburg) zur Vorbereitung von Agenten für die Länder des Nahen Ostens verfügten –, leisteten in der Türkei Zersetzungsarbeit. Am Vorabend des Krieges wurde die Türkei von Agenten des deutschen Geheimdienstes, die getarnt als Vertreter von Handels-, Bau- und Transportfirmen in Erscheinung traten, buchstäblich überschwemmt. Auch Experten der deutschen Behörden, Gelehrte, Sportler, Touristen usw. besuchten in großer Anzahl die Türkei. Eine wichtige Rolle in der Zersetzungsarbeit spielten jene deutschen Staatsangehörigen, die ständig in der Türkei lebten. Ein Herd für die nazistische Propaganda waren die deutschen „Lesesäle“ und Klubs. Viele Zeitungen, die vom faschistischen Auslandsapparat finanziert wurden, vor allem die „Türkische Post“, die in deutscher Sprache, und „Beyoglu“, die in türkischer Sprache erschien, nahmen einen ständigen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung in der Türkei. Außer den Zeitungen wurden mit behördlicher Genehmigung faschistische Broschüren und Bücher in türkischer Sprache verbreitet und nazistische Filme gezeigt, für deren Aufführung den türkischen Lichtspieltheatern „Prämien“ gezahlt wurden.

Das Hauptaugenmerk in der faschistischen Propaganda wurde auf die uneingeschränkte Lobpreisung des Nazismus und seines „Führers“, auf die „traditionelle

Freundschaftsmission“ Deutschlands in der Türkei und auf die „Waffen- und Blutsbrüderschaft“ zwischen beiden Mächten gelegt. Darüber hinaus wurde, um die räuberischen Absichten des deutschen Imperialismus zu verschleiern, von der faschistischen Kulturpropaganda immer wieder auf die im Gedächtnis der Menschen verhafteten unumstrittenen Leistungen der deutschen Orientalistik verwiesen.

Die nazistischen Umtriebe verstärkten sich besonders nach der Ankunft des neuernannten deutschen Botschafters Franz von Papen in der Türkei im Mai 1939, der eine rege Tätigkeit nicht nur auf diplomatischer Ebene, sondern auch in der Sphäre der Spionage und Sabotage entfaltete. Bemerkenswert ist, daß seit dieser Zeit die deutsche Botschaft in der Türkei in verstärktem Maße Methoden des Druckes, der Bestechung und der Spionage anwandte, die typisch waren für die berüchtigte Tätigkeit jener deutschen Agenten in den USA während des ersten Weltkrieges, die unter der Leitung des damaligen Militärattachés der deutschen Botschaft in Washington, Franz von Papen, standen.

Die herrschenden Kreise der Türkei förderten ihrerseits das nazistische Unwesen, indem sie türkische Jugendliche zur Ausbildung nach Deutschland sandten, deutsche Professoren zu Vorlesungen in die Türkei einluden und eine Vielzahl von Delegationen mit Deutschland austauschten.

Das Endergebnis dieser vielseitigen Infiltrationsarbeit war, daß am Vorabend des Krieges der deutsche Imperialismus seine ökonomischen, politischen und kulturpolitischen Positionen so gefestigt hatte, daß Goebbels in einer seiner Reden die Türkei zu jenen Ländern zählte, in denen nach seinen Worten „der Nationalsozialismus große Erfolge errungen“ habe.⁹

Als im September 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach, waren sich die herrschenden Klassen der Türkei über die außenpolitische Orientierung nicht einig. Der größte Teil der türkischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer war für eine Anlehnung an die imperialistischen Westmächte. Andere einflußreiche Gruppen, vor allem hohe Militärs, sympathisierten mit dem deutschen Faschismus. Es unterlag keinem Zweifel, daß diese profaschistischen Elemente bei militärischen Erfolgen Hitlerdeutschlands beträchtlichen Zulauf erhalten würden.

Bei Ausbruch des Weltkrieges erklärte die türkische Regierung die Neutralität des Landes. Der damalige Ministerpräsident, Dr. Refik Saydam, gab in der Großen Nationalversammlung bekannt, daß sich die Türkei „außerhalb dieses Krieges“ befände. Gleichzeitig teilte er jedoch mit, zwischen der Türkei und Deutschland gäbe es „keine politischen Meinungsverschiedenheiten“.¹⁰

Einige Zeit später, am 19. Oktober 1939, unterzeichnete die türkische Regierung, beeinflußt von weitgehenden Versprechungen des anglo-französischen Blocks, mit den beiden westeuropäischen Mächten einen Bündnis- und Beistandspakt. Diesem Abkommen folgte eine Korrektur der bisherigen türkischen Außenpolitik: die türkisch-deutschen Beziehungen kühlten sich vorübergehend ab. Bereits am Tage der

⁹ Даница, Б., Внутриполитическое положение в Турции, in *Мировое хозяйство и мировая политика*, Moskau 1946, Nr. 4/5, S. 63.

¹⁰ *Rezmi Gazete* Nr 4308, Ankara 1939.

Unterzeichnung des Vertrages stellte die Türkei die Lieferung von Chromerz nach Deutschland ein.¹¹ Später wurde auch der Export anderer kriegswichtiger Rohstoffe eingeschränkt. Mitte November 1939 mußten die deutschen Militärinstrukteure mit General von Mittelberger an der Spitze die Türkei verlassen. Kurze Zeit darauf wurden auch die deutschen Spezialisten in der türkischen Rüstungsindustrie ausgewiesen.¹²

Doch der Abschluß des Bündnis- und Beistandspaktes der Türkei mit den westeuropäischen Rivalen des deutschen Faschismus und die sich daraus ergebende Zurückhaltung Konstantinopels gegenüber Berlin riefen in Hitlerdeutschland nur anfänglich Besorgnis hervor. Bald begannen die deutschen Faschisten, ermuntert durch die offenen und versteckten Sympathiekundgebungen einflußreicher Kreise der herrschenden Klasse der Türkei, ihre Expansion von neuem zu aktivieren. Mit besonderer Intensität wurde dabei die faschistische Propagandamaschine in Bewegung gesetzt. Bereits am 21. November 1939 begann der deutsche Rundfunk mit der regelmäßigen Übertragung von Sendungen in türkischer Sprache. Seit dem 16. Mai 1940 strahlten die faschistischen Sender täglich vier für die Türkei bestimmte Sendungen aus. Gleichzeitig wurde die kulturpolitische Infiltration in den von Deutschland subventionierten Zeitungen und Zeitschriften verstärkt. Auch die faschistische „Fünfte Kolonne“, die ihre Aktivposten nach wie vor in den zahlreichen deutschen Kaufleuten und den deutschen Beamten im türkischen Staatsapparat besaß, verstärkte ihre rege Wühl- und Diversionstätigkeit.

Durch diese Intensivierung der indirekten Kolonialexpansion erreichten die deutschen Faschisten Teilerfolge. So wurden am 30. und 31. Januar 1940 zwischen beiden Regierungen Noten über die Freigabe beschlagnahmter deutscher Waren im Wert von fünf Millionen Lire durch das Zollamt in Istanbul ausgetauscht.¹³ Ein weiterer Notenwechsel vom 28. Februar bis zum 6. März 1940 betraf vor allem Vereinbarungen über die gegenseitige Auslieferung „verdächtiger Personen“, die ehemals in dem vom deutschen Faschismus eroberten Österreich beheimatet waren.¹⁴

Einige Politiker, die als Anhänger der anglo-französischen Orientierung bekannt waren, begannen ihre Einstellung zu ändern. Der bekannte türkische Publizist Hüseyin Cahit Yalçın übersetzte im Frühjahr 1940 Hitlers „Mein Kampf“.¹⁵ Bald darauf erschien dieses „Werk“ als zweibändige Ausgabe in Istanbul.¹⁶

Im Juni 1940 kapitulierte Frankreich, und Italien trat auf der Seite Deutschlands in den Krieg ein. Seit dieser Zeit orientierten sich die herrschenden Kreise der Türkei in den Krieg ein. Seit dieser Zeit orientierten sich die herrschenden Kreise der Türkei in den Krieg ein. Seit dieser Zeit orientierten sich die herrschenden Kreise der Türkei in den Krieg ein. Seit dieser Zeit orientierten sich die herrschenden Kreise der Türkei in den Krieg ein.

¹¹ Jäschke, Gotthard, Die Türkei in den Jahren 1935–1941. *Geschichtskalender*, Leipzig 1943, S. 85.

¹² *The Times*, London, v. 10. 2. 1940.

¹³ *Rezmi Gazete* Nr 4520, Ankara 1940.

¹⁴ *Reichsgesetzblatt*, II, Berlin 1940, S. 102.

¹⁵ *Yeni Sabah*, Istanbul, v. 12. 5. 1940.

¹⁶ *Hitler, Adolf*, Kavgam, Bd 1–2, übers. v. Hüseyin Cahit Yalçin, Istanbul 1940.

militärisch-strategischen und industriellen Rohstoffen sowie von Lebensmitteln im Werte von insgesamt 21 400 000 Lire verpflichtete.¹⁷ Damit waren die von der Türkei zwischen beiden Ländern errichteten Handelsschranken gefallen. Die pronazistischen türkischen Elemente waren von dieser Entwicklung begeistert, und der mit dem Faschismus sympathisierende türkische Journalist Nadir Nadi (der Jüngere) erklärte in diesen Tagen, es sei notwendig, „mit der realen Existenz von 90 Millionen Deutschen in Zentraleuropa zu rechnen“¹⁸ und „die gegen Deutschland gerichtete Hetze fördere die Einbeziehung der Türkei in den Krieg“¹⁹.

Nach der Ratifizierung des Abkommens vom 25. Juli 1940 erhielt Deutschland aus der Türkei in wachsendem Maße Lebensmittel und strategische Rohstoffe, vor allem Chromerz. Bis Ende 1940 belief sich der deutsche Import aus der Türkei auf die nicht unbedeutende Summe von 111 400 000 Lire; das waren 8,7 Prozent des türkischen Gesamtexports. Die deutsche Warenausfuhr nach der Türkei erreichte 68 900 000 Lire oder 11,7 Prozent des türkischen Gesamtimports.

Eine außerordentliche Aktivität entfaltete in dieser Zeit auch die deutsche Botschaft in Ankara unter Leitung Franz von Papens. Sie entwickelte sich in zunehmendem Maße zum führenden Diversions- und Spionagezentrum des deutschen Faschismus in der Türkei. Ihre Hauptaufgabe sah die Botschaft in der Anfertigung ausführlicher topographischer Karten für den deutschen Generalstab und in der Zusammenstellung militärstatistischer Handbücher über die Türkei für den „Dienstgebrauch“.²⁰

Mehr als einmal kam es in jenen Monaten zu Konfliktsituationen, in denen die Türkei auf Grund des Bündnis- und Beistandspaktes vom 19. Oktober 1939 mit den westeuropäischen Staaten eine entschiedene Position gegen die faschistische Achse Berlin-Rom hätte beziehen müssen. Aber die reaktionären herrschenden Kreise in Ankara dachten nicht daran, den feierlich übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Anstatt den faschistischen Machenschaften Einhalt zu gebieten, unterstützten sie die Verwirklichung der Expansionspläne des deutschen Imperialismus, indem sie neben dem Export von Rohstoffen und Lebensmitteln nach Deutschland auch den Transit deutscher Waffen und Munition in den Iran gestatteten.

Im Frühjahr 1941 verschärfte sich die Spannung auf dem Balkan und in Vorderasien. Nach der bulgarisch-türkischen Freundschafts- und Nichtangriffsdeklaration vom 17. Februar 1941²¹ und dem Beitritt Bulgariens zum deutsch-japanischen Pakt

¹⁷ Siehe *Rezmi Gazete* Nr 4584, 4698, 4803, 4810, 4854, 4921, Ankara 1940; *Reichsgesetzblatt*, II, Berlin 1940, S. 227. Das Abkommen wurde von der Türkei durch das Gesetz Nr 3910 vom 7. 8. 1940 und vom 10. 8. 1940 ratifiziert, d. h., es trat sehr bald nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

¹⁸ *Cumhuriyet*, Istanbul, v. 30. 7. 1940.

¹⁹ Ebenda, v. 3. 8. 1940.

²⁰ Ersichtlich aus Dokumenten, die am 15. 7. 1941 von Truppen der Sowjetarmee bei der Vernichtung des 52. deutschen chemischen Regiments westlich von Sitnja erbeutet wurden. (*Испадна*, Nr 205 [8613], Moskau, v. 26. 7. 1941.)

²¹ Text siehe *Monatshefte für auswärtige Politik*, Bd 8, Berlin-Braunschweig-Wien 1941, S. 232.

am 1. März 1941 betraten am 3. März 1941 deutsche Truppen bulgarisches Territorium. Kurze Zeit darauf, am 6. April 1941, drangen sie in Jugoslawien und in Griechenland ein. Im Komplott mit Berlin ließ die damalige profaschistische Regierung Bulgariens am 19. April 1941 von ihren Streitkräften das zu Griechenland gehörende Westthrazien und Makedonien besetzen. Am 25. April okkupierten deutsche Truppen die Insel Lemnos und am 5. Mai die Insel Chios. Das gesamte östliche Mittelmeer bis zur türkischen Grenze wurde Kriegsschauplatz.

Gleichzeitig verbesserten sich die Positionen der faschistischen Weltreaktion im Vorderen Orient. Der Hohe Kommissar Frankreichs in Syrien und im Libanon, General Dentz, ein Protegé der Vichy-Regierung, stellte den Achsenmächten Luftstützpunkte zu Verfügung. Im Irak bereitete mit deutsch-italienischer Unterstützung der neue Ministerpräsident Rašid 'Alī Gailānī eine antibritische Erhebung vor. Im Iran gelang es der deutschen Diplomatie – wie im ersten Weltkrieg –, einflußreiche Elemente der herrschenden Kreise für sich zu gewinnen. Zwar vermochten englische Truppen, die antibritische Gruppe im Irak am 31. Mai 1941 zu zerschlagen und zusammen mit Einheiten des „Freien Frankreich“ syrisches und libanesisches Territorium zu besetzen, aber dennoch blieb die Lage der beiden Westmächte in Südosteuropa und im Vorderen Orient gefährdet.

Durch die faschistische Okkupation des Balkans bekam Hitlerdeutschland unmittelbaren Kontakt mit der türkischen Grenze. Wie aus von der Sowjetunion erbeuteten Dokumenten hervorgeht, hatten die Faschisten ihre Vorbereitungen zu einem Überfall auf die Türkei vollkommen abgeschlossen. Sie nahmen lediglich deshalb davon Abstand, weil sie glaubten, die türkische Regierung werde unter dem Zwang der militärischen Ereignisse von sich aus den offenen Übertritt zu den Achsenmächten vollziehen. Unter diesem Aspekt ist das eigenhändige Schreiben Hitlers vom 28. Februar 1941 an den Präsidenten der Türkischen Republik İsmet İnönü zu betrachten, in dem – nach den in der „Türkischen Post“ veröffentlichten Kommentaren zu urteilen – die Zusicherung gegeben wurde, daß Deutschland gegenüber der Türkei keine aggressiven Absichten hege.²²

Am 16. März 1941 inszenierte die Deutsche Botschaft eine Trauerfeier für die während des ersten Weltkrieges in der Türkei gefallenen Soldaten. Bei dieser Gelegenheit bemühte sich von Papen besonders intensiv, die türkischen Politiker von der Notwendigkeit einer festen Orientierung auf Deutschland zu überzeugen. „... Das Bewußtsein eines langjährigen gemeinsamen Schicksals“, erklärte er, „muß die Stimme jener übertönen, die heute Haß und Zwietracht säen wollen.“²³

Selbst Hitler überhäufte in jener Zeit die Türkei mit Komplimenten. In seiner Rede am 4. Mai 1941 vor dem Reichstag heißt es demagogisch: „Der große geniale Neuschöpfer der jungen Türkei gab als erster ein wunderbares Vorbild für die (nationale – E. F. L.) Erhebung...“²⁴

Die militärischen Offensivoperationen Hitlerdeutschlands und das Intrigenspiel seiner Diplomatie fanden ihre Ergänzung in den verstärkten Aktionen der faschisti-

²² *Türkische Post*, Istanbul, v. 4. 3. 1941.

²³ Ebenda, v. 17. 3. 1941.

²⁴ *Monatshefte für auswärtige Politik*, Bd 8, a. a. O., S. 455.

schen „Fünften Kolonne“. Tag für Tag priesen die „Türkische Post“ und die Quislinge in den Redaktionen der von den Faschisten subventionierten türkischen Zeitungen den Nationalsozialismus und seine „Errungenschaften“.

Auch der geheime faschistische Aufklärungs- und Abwehrdienst in der Türkei intensivierte seine terroristische Tätigkeit. Anfang März 1941 verübten seine Agenten in Istanbul ein Attentat auf den englischen Gesandten in Bulgarien Rendel, der sich auf der Durchreise befand. Während Rendel selbst unverletzt blieb, kostete der Bombenanschlag drei Menschen das Leben, 33 weitere wurden verletzt.²⁵ Außerdem brachten die faschistischen Agenten gefälschtes englisches Geld in der Türkei in Umlauf, mit dem sie sowohl ihre eigenen Ausgaben decken als auch die englische Währung untergraben wollten. Daß durch die Verbreitung gefälschten englischen Geldes auch das türkische Finanzwesen zerrüttet und dem Land schwerer Schaden zugefügt wurde, beunruhigte die deutschen „Freunde“ wenig.

Im Frühjahr 1941 forderte das faschistische Deutschland im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Überfall auf die Sowjetunion die türkische Regierung in Geheimverhandlungen zum Kriegseintritt auf. Die türkische Seite war nicht abgeneigt; sie verlangte für ihre Teilnahme am Krieg an der Seite Deutschlands den Kaukasus und Syrien. Die faschistische Regierung lehnte diese weitgehende Beteiligung der Türkei an der erhofften Beute ab, zumal die Übergabe Syriens ein eventuelles antisowjetisches Komplott mit den USA, England und Frankreich erschwert hätte. Unter diesen Umständen konnte sich das türkische Kabinett nicht entschließen, die Neutralität aufzugeben. Um sich jedoch alle Möglichkeiten offenzulassen, unterzeichnete es am 18. Juni 1941, wenige Tage vor der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion, mit Deutschland einen „Freundschaftsvertrag“ und ein Abkommen über die Erweiterung der ökonomischen Beziehungen.²⁶

Formal gesehen brachte der Freundschaftsvertrag für die bestehenden deutsch-türkischen Beziehungen nichts Neues. Jedoch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Türkei von dem bevorstehenden Überfall Hitlers auf die Sowjetunion in Kenntnis gesetzt wurde. Davon zeugt bereits das Begrüßungsschreiben, das der Präsident der Türkischen Republik im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages an Hitler sandte, und in dem es heißt: „Unsere Völker und Länder treten von heute ab in eine Ära des gegenseitigen Vertrauens ein mit dem festen Willen, stets darin zu verbleiben.“²⁷ Schließlich ließen die zahlreichen Äußerungen in der türkischen und deutschen Presse keinen Zweifel darüber, welche Rolle der neue deutsch-türkische Vertrag spielen sollte.

Der Vertrag gab dem faschistischen Deutschland die Möglichkeit, die Südflanke seiner antisowjetischen Aggressionsfront von Truppen weitgehend zu entblößen.

²⁵ Минаев, В., Подбивная деятельность фашизма на Ближнем Востоке. Огиз. Гос. изд. пол. лит., 1942, S. 19; siehe auch Jäschke, Gotthard, Die Türkei in den Jahren 1935–1941 a. a. O., S. 113, wo es aus verständlich Gründen heißt: „Sprengstoffunglück im Pera-Palast.“

²⁶ Text siehe *Rezmi Gazete*, Nr 4849, Ankara 1941; *Reichsgesetzblatt*, II, Berlin 1941, S. 261; *Monatshefte für auswärtige Politik*, Bd 8, a. a. O., S. 575/576.

²⁷ Jäschke, Gotthard, a. a. O., S. 121.

Damit verletzten die herrschenden Kreise der Türkei ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, dem „Freund schwarzer Tage“.

Für England und Frankreich bedeutete der Vertrag keine Sensation. Bereits wenige Tage nach seiner Unterzeichnung sagte Eden im Unterhaus, der deutsch-türkische Vertrag „war für uns keine Überraschung, obwohl wir es vorgezogen hätten, wenn er nicht abgeschlossen worden wäre“²⁸. In dieser Äußerung klingt die anti-sowjetische Einstellung der beiden imperialistischen Westmächte an, die aus Haß gegen die Sowjetunion der faschistischen Initiative in der Türkei weiten Spielraum ließen.

In einer sonst kaum üblichen Eile wurde der Vertrag bereits am 25. Juni 1941 von der Türkei ratifiziert.

Am 22. Juni 1941 erfolgte ohne Kriegserklärung der heimtückische Überfall des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion. Drei Tage später erklärte der türkische Botschafter in Moskau, Haydar Aktay, der sowjetischen Regierung: „In der durch den Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR entstandenen Situation hat die Regierung der Republik beschlossen, an der Neutralität festzuhalten.“²⁹ In Wirklichkeit jedoch begann die Türkei auf jede Art und Weise das nazistische Deutschland in der Hoffnung auf einen baldigen „Kompromiß zwischen dem Britischen Empire und den Staaten der Achse“ zu unterstützen.³⁰

Die antisowjetische Politik der regierenden Kreise des Landes spiegelte sich in einer wütenden Kampagne der türkischen Presse gegen die Sowjetunion wider. Die türkischen Zeitungen brachten Artikel mit unverhohlenen panturkischen Annexionsforderungen auf sowjetische Territorien. Sie setzten sich für eine aktive Unterstützung Deutschlands ein und priesen die „Eroberungen“ Hitlers an der Ostfront.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion bekam die faschistische Wühlätigkeit in der Türkei einen noch betonteren antisowjetischen Akzent. Die Faschisten waren jetzt außerordentlich daran interessiert, die Türkei in ein antisowjetisches Aufmarschgebiet zu verwandeln und zum offenen Eintreten für die Achsenmächte zu veranlassen. Dabei versuchten sie mit allen Mitteln die eigenen ökonomischen Positionen zu stärken, um so einerseits die Rohstoff- und Nahrungsmittelressourcen der Türkei, an denen in Deutschland ein ständig wachsender Bedarf spürbar war, umfassend zu nutzen und andererseits durch die wirtschaftlichen Verbindungen die Abhängigkeit der Türkei von Deutschland zu vertiefen.

Ein erstes Ergebnis dieses verstärkten faschistischen Druckes war das Handels- und Verrechnungsabkommen zwischen Deutschland und der Türkei vom 9. Oktober

²⁸ *The Times*, London, v. 25. 6. 1941. – Am 2. 8. 1944 erklärte der türkische Ministerpräsident Saracoğlu während einer Sitzung der Großen Nationalversammlung der Türkei, der Vertrag sei mit dem Einverständnis Englands und Frankreichs abgeschlossen worden.

²⁹ *Правда*, Nr 175 (8583), Moskau, v. 26. 6. 1941.

³⁰ Архивное управление Министерства иностранных дел СССР. Документы Министерства иностранных дел Германии. Выпуск II. Германская политика в Турции (1941–1943. гг.). Огиз. Гос. изд. пол. лит., 1946, S. 52 (im weiteren abgek.: *Документы... Германии*). Sämtliche folgende Zitate dieser Quelle wurden aus dem Russischen ins Deutsche zurückübersetzt, da die deutschen Quellen nicht erreichbar waren.

1941, das das Handelsvolumen beider Länder für die verhältnismäßig kurze Zeitspanne bis zum 31. März 1942 auf die hohe Summe von 96 Millionen Lire festlegte. In einem Sonderabkommen war die Lieferung bedeutender Mengen strategischer Rohstoffe an Deutschland vorgesehen. Durch das Abkommen wurde der Bedarf der deutschen Kriegsindustrie an Chromerz zur Hälfte gedeckt. Deutschland verpflichtete sich seinerseits, der Türkei Waffen und Kriegsmaterialien, darunter auch Flugzeugabwehrgeschütze, zu liefern. Außerdem erklärte sich die deutsche Seite bereit, den Bau einiger Eisenbahnen, Straßen und Brücken zu übernehmen.³¹ Sowohl führende Politiker des faschistischen Deutschlands als auch der Türkei brachten ihre große Befriedigung über die Unterzeichnung des Abkommens zum Ausdruck.

„Das deutsch-türkische Wirtschaftsabkommen, das unlängst unterzeichnet wurde“, erklärte İsmet İnönü am 1. November 1941 in einer Rede auf einer ordentlichen Sitzung des Parlaments, „ist deshalb wertvoll, weil es als glückliche Fortsetzung der Politik der Freundschaft und des Vertrauens zu betrachten ist.“³²

Durch einen Notenaustausch vom 23. Juni 1942 wurde das Abkommen vom 9. Oktober 1941 verlängert. Bei dieser Gelegenheit unterzeichnete eine deutsche Monopolgruppe mit der türkischen Regierung einen Kontrakt über die Lieferungen von Eisenbahnmaterial³³, und auch die deutsche Firma „Hoch-Tief“ erhielt von der türkischen Regierung eine Konzession für den Bau eines Kanalisationsnetzes in Ankara.

In einem weiteren Sonderabkommen vom 31. Dezember 1942 gewährten die deutschen Imperialisten der Türkei einen umfangreichen Kredit in Höhe von 100 Millionen Reichsmark, womit die Türkei die von Deutschland erhaltenen Kriegsmaterialien begleichen sollte.³⁴

Ein erneutes Abkommen vom 18. April 1943 sah die Erhöhung des Warenumschlages zwischen Deutschland und der Türkei bis zum 31. Mai 1944 auf 60 Millionen Lire vor.³⁵ In Ergänzung dieses Abkommens wurden durch Notenaustausch vom 23. November 1943 die Lieferkontingente um weitere 14 Millionen Lire erhöht.³⁶

Auf der Grundlage der angeführten Abkommen erhielt Deutschland in den Jahren 1942 bis 1944 aus der Türkei bedeutende Mengen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, mit denen es seine militärische Kraft nicht unbeträchtlich steigern konnte. Der deutsche Import aus der Türkei erreichte 1942 eine Höhe von 40 757 000 Lire, 1943 61 102 000 Lire und 1944 52 877 000 Lire, bzw. 24,7, 23,8 und 22,7 Prozent des türkischen Gesamtexports.³⁷ Die türkische Warenausfuhr in sämtliche Länder der faschistischen Koalition betrug etwa 40 Prozent des türkischen Gesamtexports.

³¹ Reichsgesetzblatt, II, Berlin 1941, S. 375.

³² *Rezmi Gazete* Nr 4948, Ankara 1941.

³³ *Tasviri Efkar*, Istanbul, v. 28. 6. 1942.

³⁴ Das Abkommen wurde von der Türkei durch das Gesetz Nr 4398 der Großen Nationalversammlung der Türkei ratifiziert.

³⁵ Das Abkommen wurde von der Türkei durch das Gesetz Nr 4536 der Großen Nationalversammlung der Türkei ratifiziert.

³⁶ Der Notenaustausch wurde von der Türkei durch das Gesetz Nr 4592 der Großen Nationalversammlung der Türkei ratifiziert. Siehe *Исправа* Nr 178 (9635), Moskau, v. 26. 7. 1944.

³⁷ *Small Statistical Abstract of Turkey*, New York 1948, S. 344–346.

Die Türkei lieferte Deutschland vor allem das strategisch wichtige Chromerz. Von den 100 000 im Jahre 1943 geförderten Tonnen erhielt Deutschland 47 000, d. h. fast die Hälfte der Ausbeute. 1944 erhöhten sich die Lieferungen noch und betrugen schon in den ersten drei Monaten 18 800 Tonnen. Neben Chromerz erhielt Deutschland aus der Türkei in dieser Zeit in bedeutendem Umfang Kupfer, Baumwolle, Wolle, Häute und verschiedene Nahrungsmittel. Diese Unterstützung ging sogar so weit, daß die Türkei trotz Getreidemangels im eigenen Lande Deutschland nicht nur Getreide, sondern auch die Zerealien, die es als Hilfe von den Alliierten erhielt, verkaufte. Obgleich in den Kriegsjahren der Export wertvoller Speisefette – wie Olivenöl – verboten war, gab ihn die türkische Regierung für Deutschland frei.

So unternahm die herrschende Schicht in Ankara alles, was in ihren Kräften stand, um Hitlerdeutschland ausreichend zu versorgen. Diese Hilfestellung gewann für die deutschen Monopole um so mehr an Bedeutung, als ihnen infolge des Rückzuges der faschistischen Truppen die Möglichkeiten genommen wurden, die vormals besetzten Länder auch weiterhin ökonomisch auszubeuten. Zwar erklärte die türkische Regierung im April 1944 auf beharrliches Drängen der Alliierten, sie stelle die Ausfuhr von Chromerz nach Deutschland ein, doch de facto gestattete sie die Lieferungen – gewöhnlich in plombierten Waggons – auch in der Folgezeit.

Im Austausch für die von der Türkei erhaltenen Rohstoffe und Nahrungsmittel lieferte Deutschland Kriegsmaterialien, Schienen und Ausrüstungen für die Industrie, landwirtschaftliche Geräte und Chemikalien. Die Höhe der deutschen Ausfuhr nach der Türkei betrug 1942 – 41 022 000 Lire, 1943 – 75 632 000 Lire und 1944 50 227 000 Lire, bzw. 28,0 Prozent, 37,7 Prozent und 30,4 Prozent des Gesamtimports der Türkei.³⁸ Das Motiv für die relativ bedeutenden Lieferungen der deutschen Monopole an die Türkei während des zweiten Weltkrieges ist leicht zu ergründen. Der deutsche Faschismus erhoffte sich davon in erster Linie eine militärische Aufrüstung der Türkei gegen die Sowjetunion, die Stärkung der türkischen Armee im Falle ihres Kriegseintrittes an seiner Seite.

Zur gleichen Zeit, in der das faschistische Deutschland seine wirtschaftlichen Positionen in der Türkei festigte, entfaltete es auf allen Gebieten der öffentlichen Meinungsbildung eine umfassende Lügenpropaganda. So verwandte u. a. von Papen besondere Energie darauf, bei jeder gebotenen Gelegenheit Empfänge, Pressekonferenzen und Bankette zu arrangieren, wobei er alte, fast in Vergessenheit geratene Bekanntschaften und Verbindungen zur Einflußnahme auf führende türkische Kreise ausnutzte. Beeindruckt von seinen „Erfolgen“ meldete er am 5. August 1941 nach Berlin: „Die türkischen Regierungskreise beschäftigen sich immer stärker mit dem Schicksal ihrer Landsleute jenseits der türkisch-russischen Grenze, insbesondere mit dem Schicksal der aserbaidshanischen Türken. Offensichtlich ist man in diesen Kreisen geneigt, auf die Ereignisse von 1918 zurückzukommen und sich dieses Gebiet, vor allem die wertvollen Ölquellen von Baku einzuverleiben.“³⁹ Bei diesen Gelegenheiten erinnerte von Papen ständig in aufdringlicher Weise an die berüchtigte Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und der Türkei während des ersten Welt-

³⁸ Ebenda.

³⁹ *Документы...* Германии, S. 34.

krieges, um auf diese Weise die deutsch-türkische „Freundschaft“ neu zu beleben, die das türkische Volk bereits einmal in großes Elend gestürzt hatte. Seine Konzeption in dieser Frage legte er sehr offen auf einem Empfang dar, den er am 13. Oktober 1941, vier Tage nach Abschluß des deutsch-türkischen Waren- und Zahlungsabkommens, in Izmir gab. In einer Ansprache erklärte er: „Die Gemeinsamkeit unserer Geschichte ist auf dem Schlachtfeld erwiesen. Propaganda ist nicht notwendig. Die Wirklichkeit allein entscheidet. Tatsache ist, daß die ökonomischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf den wirklichen Bedürfnissen unserer Völker und der Wirtschaftsstruktur (beider Länder – E. F. L.) beruhen. Deshalb werden sie die gegenwärtigen Krisen überwinden und eine noch festere Verbindung schaffen . . . Stärker als die Politik bindet Waffenbrüderschaft, die ihre Wurzeln in unseren Herzen hat.“⁴⁰

In gleicher Weise wie von Papen traten auch die Mitarbeiter der deutschen Botschaft und der Konsulate sowie anderer deutscher Einrichtungen in der Türkei auf. Sämtliche deutschen Institutionen in der Türkei, amtliche, halbamtliche oder private, waren mit fanatischen Faschisten durchsetzt worden, die mit allen Mitteln die chauvinistische und antisowjetische Stimmung unter den reaktionären pantürkistisch eingestellten türkischen Politikern schürten und gleichzeitig die berühmte „Freundschaft“ mit Deutschland propagierten.

Eine beliebte Korruptionmethode war die Einladung einflußreicher türkischer Politiker nach Deutschland und die Entsendung von „Delegationen“ in die Türkei. Ein besonderer Propagandarummel wurde anläßlich des Besuches einer türkischen Delegation in Deutschland im Herbst 1941 inszeniert. An der Spitze der Delegation, die einer persönlichen Einladung Hitlers nachkam, standen – als Privatpersonen getarnt – die bekannten pantürkischen Generale Emir Hüsnü Erkilet und Ali Fuat Erden. Beide wurden von Hitler am 28. Oktober 1941 in seinem Hauptquartier an der Ostfront mit Rücksicht auf die expansionistischen Absichten des deutschen Faschismus äußerst zuvorkommend empfangen. Am 5. November 1941 kehrten beide Generale nach Istanbul zurück. Schon am folgenden Tage wurde Ali Fuat Erden von İsmet İnönü empfangen, dem er in einer sechsstündigen Audienz in Anwesenheit des Chefs des Generalstabs, Marschall Çakmak, und des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Saracoğlu, Bericht erstattete. Botschafter von Papen wertete in einer dienstlichen Meldung vom 10. November 1941 diese Unterredung als „Beweis dafür, welch überaus große Bedeutung diese Reise hatte“⁴¹. Die Generale Erkilet und Erden teilten völlig die Welteroberungspläne Hitlers und seine Auffassung, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion „im wesentlichen als abgeschlossen zu betrachten sei“⁴².

Unter den speziellen deutschen Delegationen, die in die Türkei entsandt wurden, befand sich im November 1941 auch eine Gruppe faschistischer Journalisten unter Führung des Leiters der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Schmidt. Die Delegation verfolgte das Ziel, der deutschen faschistischen Propaganda in türkischen

Zeitungen größere Wirksamkeit zu verschaffen und auf diese Weise den Kriegseintritt der Türkei gegen die Sowjetunion zu provozieren.

Ihre Handlungsfreiheit in der Türkei nutzten die deutschen Faschisten gleichzeitig zu Spionage- und Diversionstätigkeit gegen die gesamte Antihitlerkoalition, in erster Linie gegen die Sowjetunion aus. Hierbei bedienten sie sich, wie bereits angeführt, des ausgedehnten Spionagenetzes, das ihre verschiedenen Geheimdienste schon vor Kriegsausbruch in der Türkei errichtet hatten. Eine besondere Rolle spielte dabei die in Sarajewo gegründete faschistische Organisation „Osten und Westen“, die sich neben der Spionage noch mit der Propagierung des Pantürkismus befaßte und zu diesem Zweck ein Bulletin in türkischer Sprache herausgab, das nicht nur in der Türkei, sondern auch in Syrien, Südaserbaidshan und in anderen Ländern des Nahen Ostens verbreitet wurde. In der Türkei war das Hauptzentrum der Wühlarbeit die deutsche Botschaft, in der von Papen als erfahrener Spezialist in dieser Hinsicht die Spionage- und Diversionstätigkeit persönlich leitete und organisierte. Unter seinen Agenten befanden sich sowohl Türken als auch andere Ausländer – angefangen von bedeutenden Politikern bis zu Lakaïen und Stubenmädchen. Einer der wichtigsten Hitleragenten war Hamdi Ekrem König⁴³. Er beschäftigte sich nicht nur mit Spionage und Diversion, sondern auch mit großen Betrügereien. König diente bis August 1943 den Faschisten. Zu diesem Zeitpunkt nahmen seine Affären jedoch derart skandalöse Ausmaße an, daß sogar türkische Untersuchungsorgane gezwungen waren, einzugreifen. Ein Gericht in Ankara verurteilte ihn am 4. August 1943 wegen des Verkaufs von 60 kanadischen Flugzeugen an die Franco-Regierung zu vier Jahren Gefängnis. Besonders hoch schätzte von Papen die „weißen“ Emigranten – Zugewanderte aus den nationalen Randgebieten Rußlands – als Agenten. Größtenteils waren diese Verräter als Okkupationsbeamte in den von den Faschisten eroberten Gebieten im Süden und Osten der Sowjetunion vorgesehen. Die Auswahl unter ihnen trafen gewöhnlich türkische Aufklärungsorgane, die mit von Papen eng zusammenarbeiteten. Die „Auserwählten“ wurden, bevor sie ihre Diversionstätigkeit auf der Krim oder im Kaukasus aufnahmen, zur Instruktion nach Deutschland entsandt. Über sie schrieb General Erkilet an von Hentig⁴⁴, einem der führenden Beamten des Auswärtigen Amtes, daß „ihnen der Auftrag gegeben wurde, den Deutschen auf der Krim zu helfen und gleichzeitig den auf der Krim lebenden Türken nützlich zu sein“⁴⁵.

⁴³ Hamdi Ekrem war der Neffe des bekannten türkischen Reaktionärs Süleyman-Paşa, der sich auf der „schwarzen Liste“ der 150 befand, die nach der nationalen Befreiungsbewegung in der Türkei 1923 verbannt wurden. Den Familiennamen König nahm Hamdi Ekrem zum Zeichen der Verehrung für den deutschen Offizier König, dem er während des ersten Weltkrieges als Dolmetscher gedient hatte, an, als in der Türkei die Familiennamen eingeführt wurden.

⁴⁴ Denselben Werner Otto von Hentig, der 1915 als Leiter einer deutschen diplomatischen Mission gemeinsam mit dem bekannten deutschen Spion Oskar von Niedermayer in Afghanistan eingedrungen war. Siehe Erinnerungen von Hentigs: *Hentig, Werner Otto von, Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land*, Berlin 1918.

⁴⁵ Документы . . . Германии, S. 51.

⁴⁰ Monatshefte für auswärtige Politik, Bd 8, a. a. O., S. 956/957.

⁴¹ Документы . . . Германии, S. 45. ⁴² Ebenda.

Nicht selten lieferten die türkischen Behörden dem faschistischen Deutschland auch Spione aus den Reihen der eigenen Armeeangehörigen. Von Papen erklärte am 13. Mai 1942 in Berlin, daß Marschall Çakmak ihm die Zusicherung gegeben habe, nicht nur zivile Türken, sondern auch türkische Offiziere, die für die Spionagetätigkeit im Kaukasus erforderlich seien, „unverzüglich die Genehmigung zur Ausreise nach Deutschland erhielten“⁴⁶.

Die Faschisten geizten nicht bei der Entlohnung dieser Agentendienste. Zu diesem Zweck wurden von Papen bedeutende Summen überwiesen. Als der Krieg Ende 1942 seinen Höhepunkt erreicht hatte, überwies von Ribbentrop der Botschaft in der Türkei die überaus hohe Summe von fünf Millionen Reichsmark in Gold für die Unterstützung – wie von Ribbentrop schrieb – „unsere Freunde in der Türkei in ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage“⁴⁷. Dabei wies von Ribbentrop den Botschafter an, „diese Summe äußerst großzügig auszugeben“⁴⁸. Mit diesen Goldmark bezahlten die Faschisten jedoch nur einflußreiche und für ihre Wühl­tätigkeit außerordentlich wichtige Agenten. Gewöhnliche Spione – davon zeugen Aufzeichnungen des ehemaligen Attachés der deutschen Botschaft in Ankara, L. Moyzisch, der gleichzeitig Sturmbannführer der Waffen-SS und faschistischer Spion war – wurden zwar ebenfalls freigiebig, aber mit gefälschten Banknoten abgefunden.⁴⁹

Die Tätigkeit der Hitleragenten wurde durch die türkische Aufklärung und Abwehr mit allen Mitteln unterstützt. Eine Ursache für diese enge Zusammenarbeit war der Aufenthalt vieler Offiziere und Polizisten in Deutschland, die hier ihre Ausbildung erhielten oder eine Probezeit zu absolvieren hatten. Wenn diese Offiziere in den meisten Fällen auch keine bezahlten Nazi-Agenten waren, so sympathisierten sie doch auf jeden Fall mit Hitlerdeutschland.

Mitunter erhielt von Papen sogar vom türkischen Geheimdienst wichtige Nachrichten direkt übermittelt. In einem Bericht vom 13. Mai 1941 teilte er mit, daß ihn

⁴⁶ Ebenda, S. 80. ⁴⁷ Ebenda, S. 131.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Siehe ausführlich *Мойзис Л., Операция „Цицерон“*, Moskau 1957. – Der Bericht L. Mojzisch darüber, wie der deutsche Aufklärungsdienst in der Türkei seine Agenten mit gefälschten englischen Banknoten bezahlte, klang so unwahrscheinlich, daß er lange Zeit angezweifelt wurde. Aber Anfang November 1961 tauchte in München eines der „Opfer“ auf, der deutsche Spion und Staatsangehörige der Türkischen Republik Elyaza Bazna, der unter dem Decknamen „Cicero“ gearbeitet hatte. Wie Bazna am 7. 11. 1961 auf einer Pressekonferenz erklärte, beabsichtigt er, der Bonner Regierung als dem rechtmäßigen Nachfolger der Regierung des Dritten Reiches eine Forderung über die Summe von 150 000 Pfund Sterling für die gefälschten englischen Banknoten seines Spionhonorars, die er von den Nazis erhalten, aber auszugeben nicht mehr die Möglichkeit hatte, zu unterbreiten. Damit waren alle Zweifel bezüglich dieser Angelegenheit beseitigt. (Siehe ausführlich *Volksstimme* Nr 260, Wien, v. 9. 11. 1961; *Новое Время* Nr. 48, Moskau, v. 24. 11. 61.) Die Aufzeichnungen Mojzischs wurden außer im deutschen Original und in der russischen Übersetzung 1956 auch in einer englischen Übersetzung in New York und London herausgegeben. In Hollywood wurde ein Film über die „Operation Cicero“ gedreht. Bazna selbst beabsichtigt, seine Memoiren zu veröffentlichen, die angeblich noch sensationeller sein sollen als das Buch Mojzischs.

der türkische General Mürsel Bakupaşa über neue sowjetische Flugzeugwerke bei Tschita, in der Nähe von Omsk und Tomsk und unweit von Taschkent informiert habe.⁵⁰ Am 2. Dezember 1942 gab der Stellvertreter des Chefs des türkischen Generalstabs, Generaloberst Asım Gündüz, in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß „... die Nachrichten über die drohende Gefahr in Nordafrika, die er seinerzeit dem Militärattaché übergeben habe, ohne Gegenmaßnahmen von deutscher Seite geblieben seien“⁵¹.

Bei ihrer Diversionstätigkeit in der Türkei benutzten die deutschen Faschisten auch wiederholt die Methoden der Sabotage und der offenen Provokationen, um eine Verschärfung in den sowjetisch-türkischen Beziehungen herbeizuführen.

Bald nach dem Überfall auf die Sowjetunion versenkten unbekannte Unterseeboote zwei türkische Dampfer im Schwarzen Meer. Die deutschen und italienischen Telegrafagenturen und Zeitungen beschuldigten sofort die sowjetischen Seestreitkräfte dieser Provokation. Die türkischen, von den Faschisten subventionierten Organe, wiederholten diese Lügenmeldung. Die sowjetische Regierung entlarvte jedoch den Piratenakt als eine raffinierte Inszenierung der deutschen Faschisten. Die türkische Zeitung „Cumhuriyet“, die gewöhnlich eine profaschistische Position bezog, führte eine spezielle Untersuchung über die Begleitumstände des Falles durch und sah sich schließlich zu der Mitteilung gezwungen, daß „Deutschland im Schwarzen Meer fünf bis zehn Unterseeboote ausgesetzt habe“⁵². Als die faschistische Botschaft eine zweite ähnliche Provokation vorbereitete, setzte die „Izvestija“ die internationale Öffentlichkeit im voraus davon in Kenntnis und brachte sogar Einzelheiten über den geplanten Coup. „Die Besatzung wird gerettet werden“, schrieb die „Izvestija“, „da sich darunter deutsche Agenten befinden, die die Rolle von Zeugen spielen sollen. Die Mannschaft des Unterseebootes wird sowjetische Erkennungszeichen tragen, damit man diese schändliche Angelegenheit dann auf die UdSSR abwälzen kann.“⁵³ Die Enthüllungen der TASS zwangen die deutsche Botschaft in der Türkei am 23. Dezember 1941 zu der öffentlichen Erklärung, daß „sich im Schwarzen Meer nicht ein einziges deutsches Unterseeboot aufhalte.“⁵⁴ Das war jedoch nur eine der üblichen faschistischen Lügen.

Am 23. Februar 1942 verließ der Dampfer „Struma“ Istanbul, um in das Schwarze Meer auszulaufen. Auf Anweisung der Hitlerfaschisten lehnten es die Hafenbehörden ab, den Dampfer abzufertigen, da sich an Bord 769 rumänische Juden befanden. Bald nach Verlassen des Bosphorus wurde der Dampfer durch ein deutsches Unterseeboot versenkt. Organisator dieses verbrecherischen Massenmordes war der damalige Berater der deutschen Botschaft in Ankara, Manfred Klaiber, heute Diplomat im auswärtigen Dienst der deutschen Bundesrepublik.⁵⁵

⁵⁰ *Документы . . . Германии*, S. 81. ⁵¹ Ebenda, S. 125/126.

⁵² *Cumhuriyet*, Istanbul, v. 9. 11. 1941. Vgl. *Известия*, Nr 307 (7683), Moskau, v. 28. 12. 1941.

⁵³ Ebenda, Nr 301 (7677) v. 21. 12. 1941.

⁵⁴ Siehe Jäschke, Gotthard, a. a. O., S. 136; *Известия*, Nr 307 (7683), Moskau, v. 28. 12. 1941.

⁵⁵ Dr. Manfred Klaiber steht seit 1926 im diplomatischen Dienst. Er war in Berlin, Paris, Pretoria, Batavia und Belgrad tätig. Seit 1938 arbeitete er in Ankara, wo er 1939 zum

Einen Höhepunkt erzielten die faschistischen Provokationen in der Türkei in der schmutzigen Inszenierung des „Attentates“ auf von Papen. Durch dieses Manöver sollte die Türkei zum Kriegseintritt gegen die Sowjetunion gezwungen werden. Außerdem erhofften sich die Faschisten davon die Entfaltung einer antisowjetischen Stimmung unter der türkischen Bevölkerung, um der Regierung in Ankara das im türkischen Volk vollkommen unpopuläre Eingreifen in den Krieg gegen die Sowjetunion zu erleichtern. Die Faschisten hatten das „Attentat“ gut vorbereitet: Als von Papen am 24. Februar 1942 auf dem Atatürk-Boulevard promenierte, warf der Naziagent und Provokateur Omer Tokat eine Bombe. Papen blieb selbstverständlich unverletzt. Auf deutsche Anweisung zogen die türkischen Untersuchungsbehörden zwei völlig unschuldige Sowjetbürger, den Mitarbeiter des Generalkonsulats der UdSSR in Istanbul, Pavlov, und den Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in der Türkei, Kornilov, zur Verantwortung und beschuldigten sie der „Mittäterschaft“ an dem Verbrechen. Der Gerichtsprozeß wurde von dem wütenden Geheul einiger türkischer, von den Nazis subventionierter Zeitungen begleitet, die von „Intrigen der Komintern“ der „Gefahr des Kommunismus“ und ähnlichen gewohnten Fabeln der imperialistischen Propaganda zu berichten wußten. Ungeachtet dessen, daß jegliche Beweise fehlten, wurden Pavlov und Kornilov am 17. Juni 1942 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Schandurteil war ein anschaulicher Beweis dafür, wie tief die herrschende Klasse der Türkei mit dem Faschismus verstrickt war. Wie der türkische Politiker und Publizist Falih Rifki Atay nach Kriegsende bekannte, schuf die faschistische „Fünfte Kolonne“ während des Krieges „Tausende von Spionagenestern“⁵⁶ in der Türkei.

Die Frechheit und Zügellosigkeit, mit der die Hitleragentur in der Türkei arbeitete, riefen die Empörung progressiver türkischer Persönlichkeiten hervor. Im Frühjahr 1943 veröffentlichte der fortschrittliche türkische Publizist Faris Erkman die Broschüre „Die größte Gefahr“⁵⁷, in der er die Umtriebe der Naziagentur in der Türkei und vor allem die chauvinistischen Anstrengungen der Panturkisten entlarvte. Bei diesen Reaktionären handelte es sich vor allem um konterrevolutionäre Emigranten aus der Sowjetunion, Leute, die, wie F. Erkman richtig darstellte, von ihren Völkern verstoßen und aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Eine entschiedene Abfuhr erteilte F. Erkman auch der antisowjetischen Haltung Erkilets und des Ideologen des Rassismus in der Türkei, Peyami Safa, indem er darauf hinwies, daß jene sich nach dem totalitären Regime sehnten und daß die Entlarvung dieser panturkistischen Pseudopatrioten die nationale Pflicht eines jeden türkischen Bürgers sei.⁵⁸

Die Machtorgane der türkischen Republik ergriffen jedoch, ungeachtet der feierlich proklamierten Neutralität, keinerlei Maßnahmen, um der Tätigkeit der faschisti-

Gesandtschaftsrat ernannt wurde, und von 1943 bis 1945 in Belgrad und Wien. Klaiber war seit 1934 Mitglied der NSDAP. Seit 1957 wieder im Bonner Auswärtigen Dienst beschäftigt, ist er heute Botschafter der Bundesrepublik in Rom.

⁵⁶ *Ulus*, Ankara, v. 23. 5. 1946.

⁵⁷ *Erkman, F.*, *En büyük tehlike!* Istanbul 1943.

⁵⁸ Siehe *Известия*, Nr 139 (8132), Moskau, v. 15. 6. 1943.

schen Spionagezentren ein Ende zu bereiten. Mehr noch: als die Broschüre von Faris Erkman erschien, wurde sie von der Polizei beschlagnahmt. Der Verfasser wurde des Sympathisierens mit dem Bolschewismus beschuldigt und in ein Gefängnis geworfen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die faschistischen Agenturen in der Türkei enge Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst unterhielten, obwohl sich die USA mit Deutschland im Kriegszustand befanden. Die ersten Kontakte dieser Art wurden von der faschistischen Botschaft noch in der Zeit der Schlacht bei Wolgograd hergestellt, wobei die handelnde Hauptperson der Geheimagent des deutschen Aufklärungsdienstes in Istanbul, Paul Leverkuehn, war.⁵⁹ Sein Partner auf amerikanischer Seite war George Earles, der vor dem Krieg Gesandter der USA in Sofia, seit Kriegsbeginn Marineattaché in Istanbul war. Seine Dienststelle war de facto das osteuropäische Stabsquartier der OSS, der Verwaltung des strategischen Dienstes der USA. In der näheren Umgebung Earles befand sich ständig eine große Anzahl von Leuten des deutschen Aufklärungsdienstes. Über Earle gelangte Leverkuehn zu wertvollen Angaben über die Pläne der Verbündeten bezüglich des Balkans.

Neben der Organisierung von Provokationen und Sabotageakten verschiedener Art spielten die Nazis in ihrem „rätselhaften, geheimen und schweigenden“ Krieg in der Türkei auch ein kompliziertes diplomatisches Spiel. Nach den Plänen der Führer des faschistischen Deutschlands sollte die Türkei die Rolle eines Vermittlers bei dem geplanten Abschluß eines Kompromißfriedens zwischen England und Deutschland übernehmen, sich an der Schaffung eines Antisowjetblocks beteiligen und schließlich vom Süden her die Sowjetunion überfallen. Es ist eine historische Wahrheit: unter dem Druck des Faschismus nahm die Türkei de facto bereits seit Beginn des Großen Väterländischen Krieges am Krieg an der Seite Deutschlands teil. Die profaschistische Haltung zeigte sich vor allem darin, daß die Türkei Flotten-einheiten der Achsenmächte die Benutzung der Meerengen gestattete. Diese flagrante Verletzung der Neutralität bedeutete zugleich eine Mißachtung der Konvention von Montreux aus dem Jahre 1936. In Anbetracht dieses Neutralitätsbruches, der der Antihitlerkoalition großen Schaden zufügte, übergaben die Sowjetunion und England der türkischen Regierung am 10. August 1941 gleichlautende Noten, in denen sie die strikte Einhaltung der Konvention von Montreux forderten. Gleichzeitig wurde der türkischen Regierung im Falle eines Überfalls militärische Hilfe zugesichert.⁶⁰ Die herrschenden Kreise der Türkei ließen jedoch die Vorstellungen der Sowjetunion und Englands unbeachtet und erlaubten den Kriegsschiffen weiterhin die Durchfahrt durch die Meerengen. Mehr als einmal verluden deutsche Tanker im

⁵⁹ *Colvin, J.*, *Master spy*, New York 1951, S. 215. — Paul Leverkuehn gab seinerzeit ein panegyrisches Buch heraus, das den „Heldentaten“ des faschistischen Abenteurers Max Scheubner-Richter, eines persönlichen Freundes von Hitler, der Herkunft nach ein russischer Deutscher, gewidmet war (siehe *Leverkuehn, Paul*, *Posten auf ewiger Wache*. Aus dem abenteuerlichen Leben des Max von Scheubner-Richter, Essen 1938.).

⁶⁰ *Внешняя политика Советского Союза в период Отечественной войны*. ОГИЗ. Гос. изд. пол. лит., 1944, Bd. 1, S. 129.

Hafen von Istanbul ihre Treib- und Schmierstoffe. Im großen und ganzen gestattete die Türkei über die halbe Kriegsdauer den Achsenmächten für die Verwirklichung ihrer Eroberungspläne gegen die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten die Benutzung der Meerengen.⁶¹

Wie bereits erwähnt, gab der Freundschaftsvertrag mit der Türkei vom 18. Juni 1941 Deutschland die Möglichkeit, beträchtliche Truppeneinheiten von der Südflanke der Ostfront abzuziehen, um sie an den Brennpunkten der deutsch-sowjetischen Front einzusetzen. Außerdem konzentrierte das türkische Oberkommando an der sowjetischen Grenze starke Truppenverbände, um auch auf diese Weise dem faschistischen Überfall Hilfestellung zu leisten. Von sowjetischer Seite konnte dieser Truppenaufmarsch nur als Vorbereitung der Türkei auf den Krieg angesehen werden. Die gegen die Sowjetunion gerichtete feindliche Tätigkeit verstärkte sich besonders Ende August 1941, als die Sowjetunion, entsprechend dem sowjetisch-persischen Vertrag vom 26. Februar 1921, Truppen im Iran stationierte, um einen militärischen Überfall Hitlerdeutschlands auf den Iran und dessen Verwandlung in einen antisowjetischen Kriegsherd zu verhindern.

Die indirekte Teilnahme der Türkei am Krieg an der Seite der faschistischen Koalition zwang die Sowjetunion zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit im transkaukasischen Militärbezirk und in den angrenzenden Gebieten starke Truppenkontingente zu unterhalten. Hätten diese Verbände im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten eingesetzt werden können, wären die Niederlage des Faschismus und die Beendigung des furchtbarsten Blutbades der Weltgeschichte nicht unwesentlich beschleunigt worden.

Aber trotz dieser antisowjetischen Haltung der herrschenden türkischen Kreise waren die Führer Hitlerdeutschlands mit dem Charakter und dem Ausmaß der türkischen Unterstützung, für die sie den Terminus „aktive Neutralität“ gefunden hatten, nicht zufrieden. Als sich der Krieg nach der Zerschlagung der faschistischen Armeen vor Moskau aus einem „Blitzkrieg“ in einen Stellungskrieg verwandelte und die Reserven der Achsenmächte sich mehr und mehr reduzierten, forderten die deutschen Imperialisten von der Türkei eine Verstärkung der sowjetfeindlichen Handlungen, vor allem eine größere Truppenkonzentration an der sowjetischen Grenze in Transkaukasien. In einer Meldung vom 5. Januar 1942 berichtete von Papen nach Berlin, daß „in einem außerordentlich inhaltsreichen Gespräch“ mit İnönü die Frage neuer türkischer Truppenkonzentrationen an der sowjetischen Front im Zusammenhang mit einer deutschen Frühjahrsoffensive im Nordkaukasus berührt wurde.⁶² Aber trotz dieser Zusicherungen ließ die türkische Regierung unter Berücksichtigung des wachsenden erfolgreichen Widerstandes der Sowjetarmee und der zunehmenden Schwierigkeiten der faschistischen Kriegsmaschinerie eine gewisse Vorsicht walten, wenn auch ihre Politik gegenüber Hitlerdeutschland nach

⁶¹ Siehe ausführlich bei Дранов, Б. А., Черноморские проливы (Международноправовой режим), Moskau 1948, S. 215–218; Васильев, И., О турецком „нейтралитете“ во второй мировой войне, Moskau 1951, S. 66–71.

⁶² Документы... Германии, S. 59.

wie vor außerordentlich freundschaftlich blieb⁶³, zumal noch immer bedeutende Teile der türkischen Großbourgeoisie, die rassistischen pantürkischen Elemente, im deutschen Faschismus ihren natürlichen Verbündeten sahen. Diese ideologische Anbiederung der Pantürkisten nahmen die Faschisten wiederholt zum Anlaß, um die Türkei von der indirekten zur direkten, offenen Teilnahme am Krieg zu zwingen.

Daß diese Absicht der Faschisten in der Türkei auf fruchtbaren Boden fiel, beweist ein Operationsplan des türkischen Generalstabes über den Einfall in die Sowjetunion. Zu diesem Zweck konzentrierte das türkische Oberkommando im Frühjahr und Sommer 1942 besonders starke Truppenkontingente an der sowjetischen Grenze, ließ es die Straßen in den östlichen Gebieten des Landes ausbessern und neue Flugplätze anlegen. In dieser Zeit war der größte Teil der türkischen Land- und neue Flugplätze anlegen. In dieser Zeit war der größte Teil der türkischen Landstreitkräfte – etwa eine Million Soldaten und Offiziere – an der sowjetisch-türkischen Grenze konzentriert, und der Chef des Generalstabes der türkischen Republik Marschall Çakmak, hielt den „Eintritt der Türkei in den Krieg für fast unvermeidlich“⁶⁴. Viele türkische Staatsmänner brachten in diesen Monaten ihren Haß gegen die Sowjetunion offen zum Ausdruck. In einem Gespräch mit von Papen erklärte Ministerpräsident Saracoğlu am 27. August 1942, daß „er als Türke die Vernichtung Rußlands leidenschaftlich wünsche“⁶⁵ und daß „das russische Problem von Deutschland nur gelöst werden könne, wenn mindestens die Hälfte aller in Rußland lebenden Russen getötet würde“⁶⁶. Einige Tage darauf fuhr Saracoğlu an die türkisch-sowjetische Grenze, wo zu jener Zeit eine Umgruppierung der türkischen Truppen vorgenommen wurde. Der türkische Angriff war für den 17. Oktober 1942 vorgesehen. Aber als İsmet İnönü durch ein Telefongespräch mit dem deutschen Botschafter von der schwierigen Lage der faschistischen Truppen vor Wolgograd erfuhr, hob die türkische Regierung sofort den Befehl über die Eröffnung der Kriegshandlungen auf.

Nach der vernichtenden Niederlage an der Wolga unternahmen die Diplomaten des Dritten Reiches noch einen weiteren Versuch, um die Türken zum Kriegseintritt zu veranlassen. So verknüpften sie im Dezember 1942 einen Kredit an die Türkei in Höhe von 100 Millionen Reichsmark, der für den Kauf von Waffen in Deutschland bestimmt war, mit der Forderung, den Überfall auf die Sowjetunion zu beginnen. Aber die türkische Regierung hielt sich jetzt zurück. Der Ausgang der Schlacht an der Wolga war für die „Hinhaltetaktik“, die sie nunmehr gegenüber dem deutschen Faschismus anwandte, von ausschlaggebender Bedeutung.

Im Verlaufe der Jahre 1941/42 ergriffen die Mächte der Antihitlerkoalition verschiedene Maßnahmen, um die Umtriebe der Faschisten in der Türkei zu paralisieren. Seit Dezember 1941 erhielt die Türkei von den USA bedeutende Mengen

⁶³ Aktennotiz des Unterstaatssekretärs des deutschen Außenministeriums und Leiters der politischen Abteilung des deutschen Außenministeriums, Wehrmann, für den General Werlimont, Chef der Operativ- und Planabteilung der Operativverwaltung des Oberkommandos der Wehrmacht. (Документы... Германии, S. 66.)

⁶⁴ Документы... Германии, S. 82.

⁶⁵ Ebenda, S. 98. ⁶⁶ Ebenda.

¹⁹ Kolonialismus und Neokolonialismus

Waffen und anderes Kriegsmaterial, um sie von der militärischen Abhängigkeit vom faschistischen Deutschland zu befreien. Doch diese Lieferungen hatten keinerlei Einfluß auf die türkische Politik. Ausschlaggebend für das Ausbleiben des offenen Kriegseintrittes der Türkei an der Seite der Achsenmächte war allein der selbstlose und erfolgreiche Kampf des sowjetischen Volkes gegen die faschistischen Horden.

Ende 1942, während des Zusammenbruchs der deutschen Militärmacht an der Ostfront, verstärkten England und zum Teil auch die USA den Druck auf die Türkei, um sie zu zwingen, im Frühjahr 1943 auf seiten der Antihitlerkoalition in den Krieg einzutreten.⁶⁷

Die anglo-amerikanischen Imperialisten verbanden jedoch mit dieser Aktivität in erster Linie antisowjetische Absichten. Nach den Plänen Churchills und seiner US-amerikanischen Partner sollte der Türkei die Aufgabe zufallen, „als Keil nach Zentraleuropa vorzustoßen und das Eindringen der Roten Armee in Österreich und Rumänien und wenn möglich, auch in Ungarn, zu verhindern“⁶⁸.

Aber weder Zureden noch die Lieferung von Waffen und Ausrüstungen konnten die Führer der türkischen Republik bewegen, sich von der sogenannten aktiven Neutralität zugunsten des faschistischen Deutschlands loszusagen. Während des ganzen Jahres 1943 verfolgte die Türkei weiterhin ihre profaschistische Politik, unterstützte Deutschland mit allen Kräften und zeigte ihm gegenüber – wie vordem – größte Zuvorkommenheit und freundschaftliche Gefühle.

Ende 1943 setzten die westlichen Alliierten die Türkei erneut unter Druck. Auf einer Beratung vom 4. bis 6. Dezember 1943 in Kairo gelang es schließlich Roosevelt und Churchill⁶⁹, „im Prinzip“ das Einverständnis İnönüs zum Kriegseintritt im Februar 1944 zu erlangen.⁷⁰ Doch die folgenden Verhandlungen zeigten, daß die Türkei nicht gewillt war, die übernommene Verpflichtung einzuhalten. Diese Haltung erklärte der reaktionäre türkische Journalist Peyami Safa damit, daß die Türken „mit dem Einverständnis der Engländer auch Freunde Deutschlands seien“⁷¹ und daß niemand von ihnen „die Gemeinheit eines Dolchstoßes“⁷² verlangen könne.

Nur allmählich schränkte die Türkei ihren Handel mit Deutschland und die Benutzung der Meerengen für einige Typen der deutschen Kriegsflotte ein. In diesem

⁶⁷ Streng geheimes, persönliches Schreiben des Ministerpräsidenten Winston Churchill an Premier Stalin vom 24. 11. 1942. Министерство иностранных дел. Переписка председателя Совета Министров СССР с президентами США и премьерминистрами Великобритании во время Великой Отечественной войны 1941–1945, Bd 1, Moskau 1957, S. 76; siehe auch Churchill, Winston, The Second World War, Bd 4, London 1951 S. 625.

⁶⁸ Рузвельт. Эллиот, Джо лазами, Гос. изд. иностр. лит., 1946. S. 187.

⁶⁹ Von sowjetischer Seite nahm an der Beratung der Botschafter der UdSSR in der Türkei, S. A. Vinogradov, teil.

⁷⁰ Documents on American Foreign Relations, Boston 1945, Bd 6, S. 237/238. Siehe auch The Memoires of Cordell Hull, S. 1361.

⁷¹ Tasvirî Efkâr, Istanbul, v. 6. 3. 1944.

⁷² Ebenda.

Zusammenhang hoben namhafte türkische Journalisten, wie z. B. Nacmeddin Sadak, hervor, daß die Alliierten von der Türkei wesentliche Opfer forderten, ohne Entschädigung zu zahlen.⁷³

Erst im Herbst 1944, als die militärische Niederlage Deutschlands offensichtlich war, beschloß die Große Nationalversammlung der Türkei in der Nacht vom 2. zum 3. August 1944, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abubrechen. Aber auch dieser Schritt war nicht mehr als ein nichtssagendes Manöver, zumal die Türkei die Beziehungen zu den Satelliten Hitlerdeutschlands, den damals profaschistischen Regierungen Ungarns und Rumäniens aufrechterhielt.

Die herrschenden Kreise der Türkei verheimlichten ihre wahren Beziehungen zu den deutschen Faschisten keineswegs. Fast alle türkischen Zeitungen schrieben ganz offen, daß „die Türken keinerlei feindselige Gefühle Deutschland gegenüber hegen“ und „unsere alten Freunde (d. h. die Faschisten – E. F. L.) die Wirklichkeit verstehen werden . . .“⁷⁴ Die alten Freunde der Türkei, die deutschen Faschisten, verstanden die „Wirklichkeit“ tatsächlich. Der Chefredakteur des deutschen Informationsbüros, Herrmann Rau, schrieb in einem Artikel, der dem Abbruch der Beziehungen gewidmet war, „in der Türkei wird man schwerlich einer Feindseligkeit Deutschland gegenüber begegnen.“⁷⁵

Nach dem Beschluß über den Abbruch der Beziehungen ergriff die türkische Regierung einige Maßnahmen gegen Deutschland. Von Papen und den Mitgliedern der deutschen Botschaft in der Türkei wurden die Pässe ausgehändigt. Am 5. August 1944 verließ von Papen Ankara. Ihm folgten ohne Eile die übrigen Nazi-„diplomaten“. Viele von ihnen blieben jedoch noch verhältnismäßig lange in der Türkei und spannen alle möglichen Intrigen gegen die Mächte der Antihitlerkoalition. In der Türkei verblieb auch die große Masse deutscher Staatsangehöriger – Kaufleute, Unternehmer, Angestellte der verschiedenen Betriebe. Die meisten von ihnen waren Mitglieder faschistischer Organisationen. Diese „Fünfte Kolonne“ nutzte die profaschistische Einstellung der reaktionären türkischen Elemente weiterhin aus, entfachte feindselige Gefühle gegenüber der Sowjetunion und war mit den verschiedensten dunklen Angelegenheiten beschäftigt. Große Aufmerksamkeit widmete die „Fünfte Kolonne“ in dieser Zeit auch der Unterhaltung und Erweiterung der geheimen Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst in der Türkei. Wie auch in anderen Ländern entfalteten die faschistischen Agenturen in dieser Zeit eine große Aktivität, um im Falle einer Niederlage die Zersetzungsarbeit unter den Bedingungen der Illegalität fortsetzen zu können.

Erst am 11. Dezember 1944 wurde von den türkischen Behörden ein Teil der deutschen Unternehmen in der Türkei – die Filialen der Banken und Versicherungsgesellschaften – geschlossen. Am 3. Januar 1945 faßte die Große Nationalversammlung

⁷³ Akşam, Istanbul, v. 18. 7. 1944.

⁷⁴ Правда, Nr 185 (9642) v. 3. 8. 1944.

⁷⁵ Петров, Н., Турция после расрыва отношений с Германией in Большевик, Nr 16, 194, S. 56.

³ Saʿīd, Amīn, ad-Daula al-ʿarabiyya al muttahiḍda, Kairo 1922, Bd 1, S. 361; Stuhlmann, F.,
a. a. O., S. 117 u. 128. Vgl. Saʿīd, Amīn, al-waṭan al-ʿarabī, Kairo o. J., Bd 52, S. 123; al-Karmālī, al-Ab
⁴ Ibrāhīm, Hasan, al-Yaman al-bilād as-saʿīda, Kairo 1939, 3. Beilage, S. 173; Luqmān, Ḥ., a. a. O., S. 176;
Instās, Bulū al-Murām, Kairo 1939, 3. Beilage, S. 173; Luqmān, Ḥ., a. a. O., S. 176;
Schmidt, Walter, a. a. O., S. 78; Siġil al-ʿArab, hg. von einem Verfasserkollektiv unter
Leitung v. Dr. Ibrāhīm ʿAbduh, Kairo 1960, S. 580; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 128 u. 133;
al-Wāsiʾi, ʿ Abdallāh ibn Yaḥyā, Taʾrīḫ al-Yaman, Kairo, 2. Aufl., S. 72.
⁵ Siehe Wortlaut des Vertrages bei al-ʿAbdalī, Aḥmad Faql ibn ʿAlī Muḥsin, Hadiyya az-zam-
man fi ahbār Lahǧ wa-ʿAdan, Kairo 1932, S. 137–141.

legenen britischen Truppen die Einnahme der Stadt, und am 15. Januar 1821 wurde das Abkommen zwischen dem Imām und England unter dem Druck britischer Kriegsschiffe perfekt.⁷ Auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens blieb Leutnant Robinson von der East India Co. mit einer Leibwache von 30 Sepeys in Mokka.

In der Folgezeit konzentrierte England seine aggressiven Bemühungen vor allem wieder auf Aden. Besonders als sich seit 1833 ägyptische Truppen unter Ibrāhīm Bāšā anschickten, die gesamte Küste Jemens zu erobern, wurden die britischen Interessen ernsthaft bedroht. Daß England nicht gewillt war, seine kolonialpolitischen Absichten aufzugeben, kommt in folgendem Ausspruch des britischen Ministerpräsidenten Lord Palmerston zum Ausdruck: „Wir sehen keinen Grund, der rechtfertigt, daß ein arabischer König an die Stelle der Türkei tritt, um den Weg nach Indien zu beherrschen.“⁸

Da zu dieser Zeit die Interessen der Briten und Türken übereinstimmten – beide Staaten sahen ihren Machtbereich durch den ägyptischen Statthalter Muḥammad 'Alī gefährdet –, gelang es England, bei der Hohen Pforte, die noch die Oberhoheit über den Jemen beanspruchte, einen Firmān durchzusetzen, der der britischen Flotte die Benutzung des Hafens von Aden gestattete.⁹ Doch der Firmān bedeutete noch nicht die Verwirklichung der kolonialpolitischen Absichten Englands, da Aden de facto unter der Herrschaft des Sultans von Laḥġ stand.

Eine Gelegenheit zum Eingreifen fand sich bald. Am 14. Januar 1837 erlitt das in Madrās beheimatete Schiff „Doria Dowlut“¹⁰ bei Šub 'at Sailān Schiffbruch und wurde von Aden-Arabern ausgeraubt. Daraufhin gab Sir Robert Grand, Gouverneur von Bombay, eine Erklärung ab, in der er die Notwendigkeit, Aden zu erobern, wie folgt begründete: „Die Sicherung unserer Seelinien im Roten Meer und die Unterhaltung einer Kriegsflotte in diesem Raum machen es notwendig, eine Flottenstation an der uns gehörenden Küste des Landes der Araber einzurichten, wie es am Persischen Golf bereits der Fall ist. Die Beleidigung, die uns der Sultan von Aden angetan hat, läßt mich keinen Augenblick an der Notwendigkeit zweifeln, uns Aden endgültig anzueignen.“¹¹ Die britische Regierung in Bombay forderte Garantien gegen ähnliche Vorkommnisse und Entschädigung. Gleichzeitig wurde Kapitän Haines mit dem Kriegsschiff „Coote“ nach Aden gesandt, um mit dem Sultan zu verhandeln und die Stadt Aden durch Kauf zu erwerben. Nach langen Verhandlungen gab der Sultan am 23. Januar 1838 die schriftliche Zusicherung, England im März die Halbinsel Aden gegen eine jährliche Pension von 8700 Talern zu überlassen.¹² Emir Aḥmad Muḥsin Fadl, der Sohn des Sultans und Herrschers von Aden, weigerte sich jedoch, diesem schändlichen Verrat zuzustimmen und lehnte die Übergabe der

⁷ Luqmān, H., a. a. O., S. 151; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 129/130.

⁸ George, Antonius, Yaḡḡat, al-'arab, Damaskus 1946, S. 22.

⁹ Siehe Fahrī, A., a. a. O., S. 163; ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 388.

¹⁰ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 143; Luqmān, H., a. a. O., S. 185; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 133.

¹¹ al-Bakrī, Šalāh, ḡanūb al-ḡazīra al-'arabiyya, Kairo 1949, S. 16.

¹² an-Naṣ, 'Izzat, al-Waṭan al-'arabī, Damaskus 1959, S. 95; al-Ġafri, Muḥammad 'Alī, Ḥaḡā'iq 'an ḡanūb al-ḡazīra al-'arabiyya, Kairo 1956, S. 8; vgl. Luqmān, H., a. a. O., S. 186/187; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 134.

Stadt ab. Daraufhin wurde Aden von der „Coote“ blockiert. Während der einmonatigen Belagerung kam es zu Feuergefechten zwischen der „Coote“ und neueingetroffenen britischen Kriegsschiffen und der Batterie von Sīra. Am 19. Januar 1839 wurde Aden im Sturm genommen. Der Sultan floh nach Laḥġ.¹³ Von nun an wehte über dem wichtigsten und besten Hafen Jemens die britische Flagge.

Kapitän Haines wurde zum militärischen Oberbefehlshaber und gleichzeitig zum Zivilgouverneur von Aden ernannt. Nachdem Haines die Stadt gegen alle eventuellen Angriffe gesichert und sie besetzt hatte, erreichte er am 18. Juni 1839 vom Sultan die Anerkennung der Besetzung Adens durch England. Nach der Eroberung Adens begann Haines die Sultane und Scheichs der benachbarten Stämme durch Geldgeschenke zu bestechen, um auf diese Weise ihre spätere Beherrschung durch England vorzubereiten. Auch die Gefahr einer ägyptischen Gegenaktion im Jemen wurde beseitigt. Am 22. April 1840 sah sich Muḥammad 'Alī unter dem Druck der von England geführten Quadrupelallianz gezwungen, den Jemen zu räumen.

Doch diese Erfolge der britischen Kolonisatoren führten noch nicht zur endgültigen Sicherung ihrer Herrschaft über Aden. Als Haines dem Sultan von Laḥġ den weiteren Aufenthalt in at-Tuwāhī, dem neuentstehenden Hafen von Aden, verbot¹⁴, kam es zu neuen Zusammenstößen. Der Sultan von Laḥġ vereinigte sich mit dem Sultan von al-Fadlī, und am 11. November 1839 griffen 1000 arabische Krieger Aden an. Doch sowohl diese tapfere Aktion als auch der Angriff der vereinigten arabischen Stämme in Stärke von 4000 bis 5000 Mann vom 21. Mai 1840 scheiterten unter schweren Verlusten der Stämme. Das gleiche Schicksal erlitten die Vorstöße der al-'Abdalī und der al-Fadlī vom 5. Juli 1841. Muḥsin al-'Abdalī und Aḥmad al-Fadlī ergaben sich und kamen nach Aden. Dort schloß Sultan Muḥsin am 11. Februar 1843 einen neuen „Freundschafts- und Friedensvertrag“ mit den britischen Eroberern, der in schärferer Form am 20. Februar 1844 erneuert wurde.¹⁵

Im August 1846 flammte der Widerstand der jemenitischen Stämme gegen die Okkupanten von neuem auf. Ausgangspunkt war jetzt der äußerste Norden des Jemen. Mit 2000 Kriegern der Stämme 'Asīr, Yām und Bāḡil marschierte as-Sayyid Isma'il ibn al-Ḥasan, ein Scherif aus Mekka, den Heiligen Krieg verkündend, nach Aden. Unterwegs schlossen sich ihm 1000 'Abdalī, 500 Fadlī, 200 Haušabī und 100 'Aqrabī an. Sultan al-'Abdalī und Sultan al-Fadlī beteiligten sich nicht an der Erhebung, aber sie ergriffen auch keine Maßnahmen gegen die Aufständischen. Es ist anzunehmen, daß beide erst abwarten wollten, wie die Kämpfe verlaufen würden.

Nach einigen erfolglosen Vorstößen gab der Scherif den Befehl zum Sturmangriff. Aber auch dieser brach im Feuerhagel der britischen Geschütze von den Befestigungen Adens und den britischen Kriegsschiffen zusammen, und die Armee des Scherifen wurde zerstreut.

¹³ Siehe Luqmān, H., a. a. O., S. 198; Schmidt, W., a. a. O., S. 58. Vgl. Sa'īd, Amīn, al-Waṭan al-'arabī, S. 101; al-Muḥāmī, M., a. a. O., S. 227; ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 389; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 134.

¹⁴ ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 389.

¹⁵ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 48; Luqmān, H., a. a. O., S. 202/203; al-Muḥāmī, M., a. a. O., S. 207; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 212–216.

Diese verzweifelten Aktionen der schlecht bewaffneten jemenitischen Stämme sind ein bleibendes Zeugnis vom unbändigen Freiheitswillen dieses arabischen Volkes. Für die Söldner der stärksten kapitalistischen Kolonialmacht war die Eroberung Adens kein Spaziergang, sondern ein jahrelanger barbarischer Kampf gegen tapfere Stämme.

Die Niederlage der Freiheitskämpfer festigte die britischen Positionen in Süd-jemen. Am 7. Mai 1849 wurde Sultan 'Alī gezwungen, mit der East India Co. einen Vertrag abzuschließen, in dem er auf Ġasr, Ḥūr Maksar und den Isthmus, d. h. den Raum zwischen Ḥūr Maksar und den Bergen von Aden, verzichtete.

Einen letzten verzweifelten Versuch zur Vertreibung der britischen Eroberer unternahm der Sultan von Laḥǧ. Im März 1858 gab er Befehl, die Brunnen von Scheich 'Utmān, von denen auch Aden versorgt wurde, zuzuschütten und nur den eigenen Verbrauch zu sichern. Darüber hinaus sperrte er sämtliche Zufuhren nach der Stadt. Doch eine starke britische „Strafexpedition“ unter Leitung des Politischen Residenten und Gouverneurs von Aden, Brigadier Coghillan, erstürmte Scheich 'Utmān und zerstörte den Palast des Sultans. Seit dieser Niederlage hörten die Sultane von Laḥǧ nicht nur für immer auf, England Widerstand zu leisten; sie wurden von nun an die engsten Verbündeten der Okkupanten im Kampf gegen die noch revoltierenden Stämme.

So erklärte Großbritannien Aden, den natürlichen Mittelpunkt des afrikanisch-arabisch-vorderasiatisch-indischen Umkreises, zum Freihafen.¹⁶ Die Bedeutung dieser Maßnahmen wurde noch durch die Eröffnung des Suez-Kanals im Jahre 1869 erhöht. Aber während diese Entwicklung Adens für den internationalen Handel und besonders für die britische Bourgeoisie große Vorteile brachte¹⁷, wirkte sie sich auf die Wirtschaft Jemens negativ aus. Der Freihafen Aden begann den gesamten Verkehr aus dem Hinterland an sich zu ziehen. Der Hafen Mokkas versandete und verlor seine Bedeutung sowohl als Ausfuhr- als auch als Transithafen. Der Handel von Hodeida ging zurück und wurde von dem Adens übertroffen.

Nach Sicherung seiner Herrschaft in Aden bemühte sich England um die Festigung seiner Machtstellung im Südteil des Roten Meeres und im südlichen Jemen. Bereits 1857 erfolgte die Wiederbesetzung der Insel Perim. Vier Jahre später wurde auf der Insel ein Leuchtturm und 1875 von der Aden Coal Co. ein Kohlenlager errichtet. Später kamen noch eine Wasser- und eine Eisfaktorei sowie eine Telegraphenstation hinzu. Parallel zu diesen Operationen im Roten Meer begannen die Briten das eroberte Gebiet westlich und östlich des Golfs von Aden und im nördlichen Hinterland des Isthmus zu erweitern. Zunächst schlossen sie mit dem Scheich der 'Aqrabī, 'Abdallāh ibn Ḥaidara Maḥdī, ein Abkommen, nach dem sich der Scheich verpflichtete, an keine dritte Macht im Raum von Ġabal Iḥsān, Ḥūr Bir Aḥmad, al-Gādir, Bandar Fuqum und der dazugehörigen Küste Land abzugeben. Am

¹⁶ Luqmān, H., a. a. O., S. 321; Schmidt, W., a. a. O., S. 58; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 136.

Vgl. Raily, Bernard, 'Adan wal Yaman, o. O. 1959, S. 13.

¹⁷ Raily, B., a. a. O., S. 54; Schmidt, W., a. a. O., S. 101/102.

2. April 1869 erwarben die Engländer von dem Scheich die Halbinsel Ġabal Iḥsān.¹⁸ Nach diesen Erfolgen forderte England – in Zusammenhang mit den Versuchen der Türkei, ihre Oberhoheit im Jemen zu festigen – den Sultan von Laḥǧ auf, zum „Schutz“ des Hafens von Aden den Landstreifen zwischen al-'Imād und al-Ḥiswa an Großbritannien zu verkaufen.¹⁹ Die Verhandlungen endeten 1882 mit dem „Erwerb“ des Landstreifens nördlich von Ḥūr Maksar bis al-'Imād und von dort bis in die Nähe von al-Ḥiswa durch England. Nur der Landstreifen zwischen al-Ḥiswa und Bandar Fuqum, der im Nordwesten an Aden grenzte, verblieb im Besitz des Scheichs al-'Aqrabī. Doch England beanspruchte auch dieses Gebiet, und am 15. Juli 1888 zwang es den Scheich, den Landstrich für 2000 Rupien abzutreten.²⁰ Damit hatte sich der Ring um Aden geschlossen. Die britische Kolonie war durch ein umfangreiches Glacis gegen eventuelle Angriffe süd-jemenitischer Stämme, der Türkei oder anderer Mächte – sowohl von der See- als auch von der Landseite her – geschützt.

II. Die türkisch-englische Auseinandersetzung um Süd-jemen

Nach der Eroberung der jemenitischen Hauptstadt Sana im Jahre 1872 versuchte das Osmanische Reich, seinem Anspruch auf Oberhoheit auch im Süd-jemen einschließlich Aden Geltung zu verschaffen.

Günstige Bedingungen für dieses Vorhaben schuf die Feindschaft zwischen dem englischen Kolonialismus und dem Sultan von Laḥǧ mit allen anderen Sultanen und Scheichs Süd-jemens. Der Sultan von Laḥǧ war der Hauptagent des britischen Kolonialismus in Südarabien. Er bemühte sich um britische Bundesgenossen unter den Stämmen und leitete die englisch-laḥǧitischen Expeditionen gegen die noch revoltierenden Stammesverbände. Als Gegenleistung für diese Dienste half ihm die britische Kolonialmacht, die Wasserversorgung und das Transportwesen einiger anderer Mašyabale seinem Einfluß zu unterwerfen²¹ und seine Herrschaft auf jene Beduinenstämme auszudehnen, die gegen britische Versorgungskarawanen Raubzüge unternommen hatten.

Auf Grund dieser probritischen Haltung des Sultans von Laḥǧ hatten es die Türken nicht schwer, die Sultane und Scheichs der übrigen Stämme auf ihre Seite zu ziehen. Als sie 1872 den Angriff eröffneten, erreichten sie relativ leicht die Hauptstadt von Laḥǧ al-Ḥūtā. Doch nach diesem Erfolg wurde der Vormarsch plötzlich eingestellt. Die Ursachen dafür sind nicht so sehr in dem Widerstand der 350 britischen Soldaten zu sehen, die den Türken entgegentraten, als vielmehr in den inneren Widersprüchen, die das Osmanische Reich bis in das Mark erschütterten, und in

¹⁸ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 169; Luqmān, H., a. a. O., S. 231–233; Raily, B., a. a. O., S. 54; Schmidt, W., a. a. O., S. 101; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 142; Abū Ṭālib, 'Abd ar-Raḥmān, al-Ġanūb al-Yamanī al-Muḥtal (unveröffentlicht), S. 72 ff.

¹⁹ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 169; Luqmān, H., a. a. O., S. 237/238.

²⁰ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 156 u. 176; al-Muḥāmī, M., a. a. O., S. 248; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 142 u. 243/244.

²¹ Luqmān, H., a. a. O., S. 233/234; Abū Ṭālib, a. a. O., S. 19.

dem zunehmenden Einfluß der kapitalistischen Großmächte in Konstantinopel. Bei dieser inneren Schwäche konnte sich die Türkei einen entscheidenden Waffengang mit England nicht erlauben und beschränkte sich deshalb auf ihre Stellung im Nordjemen.

Als es England gelungen war, die Türken zum Rückzug aus dem Südjemen zu veranlassen, versuchte es, auch den formellen politischen Anspruch der Türkei auf dieses Gebiet durch die Ausdehnung des eigenen Machtbereiches zu beseitigen. Doch der Weg der offenen bewaffneten Eroberung war zu dieser Zeit nicht gangbar, da die Sympathie der meisten Sultane und Scheichs den Türken galt. Die einzige Möglichkeit zur Ausdehnung ihres Einflußbereichs sahen die britischen Kolonialisten deshalb darin, die Sultane und Scheichs durch sogenannte „Protektorsverträge“ an sich zu fesseln. Im Auftrage der Downingstreet lud sie der britische Resident nach Aden ein, schoß ihnen Salut, überreichte ihnen Geschenke, versprach ihnen monatliche Pensionen und stellte ihnen jährliche Geldgeschenke und bestimmte Summen für Gastbesuche in Aden in Aussicht. Mit dieser Methode der raffinierten indirekten Expansion, die nicht vor Druck, Intrige und Erpressung haltmachte, erzielte England rasche Erfolge.

Der erste Protektorsvertrag wurde 1886 über Sūqatṛa abgeschlossen. Bis zum Jahre 1903 befanden sich nahezu alle Sultanate, Emirate und Mašyahate Südjemens unter britischer „Schutzherrschaft“. England verzichtete auf den Abschluß eines Vertrages mit dem Sultan von Lahǧ, da dieser, wie erwähnt, auch ohne festere Bindung zum zuverlässigsten Vasallen des britischen Imperialismus zählte.

Die Protektorsverträge beinhalteten im wesentlichen die gleichen Punkte: Das betreffende Gebiet wurde unter britische Schutzherrschaft gestellt, und der Sultan Emir oder Scheich verpflichtete sich, mit keinem benachbarten oder fremden Staat Abkommen oder Verträge zu vereinbaren, auf keinen Teil des Landes in Form von Verkauf, Pacht oder Pfand an eine dritte Macht zu verzichten und die Handelswege zu sichern. Als Gegenleistung erhielten die Scheichs, Sultane oder Emire eine monatliche Pension. Ohne einen Schuß abzugeben, sicherte sich der englische Kolonialismus mit diesen Verträgen eine strategisch bedeutsame Zone auf dem Wege nach Indien.

Doch durch den Abschluß der Protektorsverträge erreichte England keinesfalls den freiwilligen Verzicht des Osmanischen Reiches auf die Oberhoheit über den südlichen Jemen. Die Abgrenzung der beiderseitigen Einflußsphären blieb offen, und zum Zentrum der harten Auseinandersetzungen zwischen England und der Türkei wurden das Gebiet von ad-Dalī' – wo die Türkei noch einen ziemlich starken Einfluß besaß – und das Sultanat al-Ḥaušabī. Der Gegensatz nahm seine schärfste Form an, als türkische Truppen 1901 die Grenzen von ad-Dalī' und Ḥaušabī durchbrachen und eine Festung bei ad-Duraiḥa im Ḥaušabī-Gebiet errichteten. Doch noch im gleichen Jahre zwang England die Türkei zum Rückzug aus ad-Dalī' und dem Ḥaušabī-Gebiet und zur Mitarbeit in einer Kommission, die die Grenzen der beiderseitigen Einflußgebiete im Jemen festlegen sollte. Nach langen, mehrmals unterbrochenen Verhandlungen wurde im Protokoll vom 20. April 1905 die Grenzlinie zwischen dem britischen Einflußgebiet der neun Provinzen und dem türkischen Wilajet Jemen festgelegt. Die türkisch-englische Grenze ging nach dieser Abmachung

vom Südufer der Halbinsel Scheich Sa'id aus, etwa 12 bis 15 englische Meilen westlich vom Berg Scheich (Ḥiṣn) Murād, bis zum Banā-Fluß östlich von Qa'taba.²²

In einem weiteren Abkommen vom 9. März 1914 verzichtete die Türkei – geschwächt durch die Balkankriege und die nationalen antitürkischen Aufstände im Nordjemen – auf alle Rechte und Ansprüche auf Hadramaut. Damit hatte der britische Kolonialismus seine Herrschaft über den Südjemen (Hadramaut und die neun Provinzen) auch gegen die Türkei gesichert, während der Nordjemen unter dem Joch der türkischen Besatzung verblieb.

III. Der Kampf Imam Yaḥyā gegen die britische Kolonialherrschaft in Südjemen (1919–1926)

Am Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges sah sich England in Südjemen einem neuen Gegner gegenüber: Imām Yaḥyā, Gründer des Mutawakkilitischen Jemenitischen Königreiches. Die Türkei hatte nach der Kapitulation von Mudros nicht nur ihre Herrschaft über den Nordjemen, sondern auch über die gesamte Halbinsel verloren. Unter dem Vorwand, der Jemen sei eines der Gebiete des zusammengebrochenen Osmanischen Reiches, besetzten die Briten Hodeida, den einzigen benutzbaren Hafen im Norden, um von hier aus in das Innere des Landes vorzudringen. Ziel Englands war es, den Machtbereich Yaḥyās einzuengen und seinen neuerstandenen Staat von der See abzuschneiden.

Diesen Kolonialplänen des englischen Imperialismus stand die berechnete Forderung Yaḥyās entgegen, die Einheit des „Großen Jemen“ vom äußersten Süden bis Kap Ḥali im Norden wiederherzustellen. Deshalb erklärte Yaḥyā alle Abkommen, die die Türkei mit England über den Süden des Landes abgeschlossen hatte, mit der Begründung für ungültig, die Türken seien nicht die rechtmäßigen Herrscher des Jemen gewesen.

Der englische Imperialismus lehnte den Herrschaftsanspruch Imām Yaḥyās schroff ab, verlangte die Anerkennung der Abkommen über die Südgrenzen zwischen der Türkei und England und begann die Grenze nach Norden zu verlegen. Yaḥyā antwortete mit militärischen Aktionen. Im Frühjahr 1919 ließ er 3000 Mann gegen Süden marschieren, denen es gelang, nach Kämpfen mit den Stämmen der Jāfi Šu'aib eines der unter dem Protektorat stehenden Mašyahate zurückzuerobern.²³ Gleichzeitig rückten andere Truppen vor, durchbrachen die englisch-türkische Grenzlinie und besetzten das Emirat von ad-Dalī'.²⁴

Der britische Imperialismus konnte es zunächst nicht wagen, Yaḥyā mit den Methoden des Ultrakolonialismus entgegenzutreten. Die arabischen Völker befanden

²² *al-Muḥāmī*, a. a. O., S. 412; *Stuhlmann, F.*, a. a. O., S. 114 u. 138; *Williams, Stewart*, *Buraitaniyya wa 'd-duwal al-'arabiyya*, Kairo o. J., S. 412.

²³ *al-Bakrī, Salāḥ*, *Tārīḥ Ḥadramaut as-siyāsī*, Kairo 1916, Bd 2, S. 535/536.

²⁴ *Farouḡy, Abbas*, *Introducing Yemen*, New York, 1947, S. 58 u. 84; *Weisl, Wolfgang v.*, *Zwischen dem Teufel und dem Roten Meer*, Leipzig 1928, S. 209.

sich an der ganzen Front im Aufstand, um die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Der Kolonialismus war durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland unwiderruflich in seine Krise eingetreten. Das britische Kolonialministerium griff deshalb mit bewährtem Geschick zur Methode des *divide et impera*, um Yaḥyā zu bezwingen. Am 31. Januar 1921 händigte England dem Gegner des Imām, al-Idrīsī, den Hafen von Hodeida und seine Umgebung aus und bot ihm Waffen und finanzielle Hilfe an.

Yaḥyā führte daraufhin einen Gegenschlag gegen die britischen Intrigen. Er ließ seine Truppen vorrücken und das Mašyaḥa al-Qaṭaibī einschließlich al-Ağ'ūd, das Mašyaḥa al-'Alawī und einige Teile des Sultanats der Oberen Yāfi' erobern.²⁵ Um seine Herrschaft in diesen Gebieten zu festigen, mußte Yaḥyā die Scheichs gewinnen. Er zahlte ihnen monatliche Subsidien, deren Höhe die der Engländer übertraf. Er ernannte sie zu lokalen Herrschern ihrer Mašyaḥate und gestattete ihnen, einen Teil der az-Zaka für sich zu verwenden.²⁶ Auf diese Weise gelang es Yaḥyā vorübergehend, den Widerstand der autokratischen Scheichs zu überwinden. 1921 nahmen seine Soldaten al-Furša, Mu'ādin und Naubat al-Manḡabī von dem Mašyaḥa aš-Šubaihi ein, das dem Sultan von Laḡḡ gehörte. Auf Anraten der englischen Behörden versuchte der Sultan von Laḡḡ durch seine Truppen die Streitkräfte des Imām zurückzuweisen – aber vergeblich. Der Befehlshaber der jemenitischen Armee, 'Alī al-Wazīr, marschierte mit seinen Truppen bis auf das Sultanat von al-Haušabī.

Durch diese Erfolge erreichte die Spannung zwischen Yaḥyā und England ihren Höhepunkt. Die Briten, die um ihren Einfluß auf den Süden des Landes infolge dieses schnellen Vormarsches Yaḥyās fürchteten, nahmen nunmehr zu militärischen Aktionen ihre Zuflucht. Durch den Einsatz von Kampfflugzeugen gelang es den Kolonialisten, den Widerstand der jemenitischen Krieger zu brechen und sie zum Rückzug aus dem Sultanat al-Haušabī und dem Mašyaḥa aš-Šubaihi und den benachbarten Gebieten zu zwingen. Jetzt verhandelte England von der Position der Stärke aus mit dem Imām. Am 8. Juli 1922 erklärte sich der britische Bevollmächtigte in Aden bereit, Imām Yaḥyā Hodeida und alle Küstenstriche von Tihāma, die sich vor der Kapitulation in türkischen Händen befanden, zu überlassen, während dieser der Herrschaft Muḥammad al-Idrīsīs über 'Asīr zustimmen sollte. Entsprechende Beschlüsse sollten auf einer Konferenz in Aden oder Hodeida gefaßt werden.

Yaḥyā durchschaute jedoch die Absicht Englands, mit diesem Trick die Stellung Muḥammad al-Idrīsīs zu festigen und ihn von seinem Vorhaben, 'Asīr zu erobern, abzubringen. „Weder al-Idrīsī noch die Engländer haben ein Recht im Jemen“, antwortete Imām Yaḥyā dem britischen Vertreter in Aden. „Die Konferenz ist unnötig, wie sehr auch immer die englische Regierung sie möchte. Der Friede, aller Friede liegt in der Hand der britischen Regierung.“²⁷

²⁵ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 276; al-Balāḡ Nr 2938 v. 25. 11. 1932; al-Muḥāmī, M., a. a. O., S. 410; ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 425. Vgl. al-Ġurāfi, 'Abdallāh, al-muqtaṭaf min tāriḥ al-Yaman, Kairo 1951, S. 226.

²⁶ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 276; ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 425.

²⁷ Ar-Raiḥānī, a. a. O., S. 207/208.

Um seine Position gegenüber dem englischen Imperialismus zu stärken, wandte sich Yaḥyā an die Türkei. Im Juni 1923 sandte er eine Botschaft nach Ankara, in der er um Unterstützung ersuchte und die türkische Regierung seiner Treue versicherte. Die Türkei – selbst in hartem Abwehrkampf gegen die imperialistische Reaktion stehend – war jedoch zu dieser Zeit nicht in der Lage, mit Yaḥyā zusammen gegen England zu konspirieren. Deshalb ging die türkische Antwort über eine formale Sympathieerklärung nicht hinaus.²⁸

Nach diesem mißlungenen Versuch, Yaḥyā an den Konferenztisch zu bringen, spielte England im Dezember 1923 mit der Entsendung einer Delegation unter Führung von Colonel Jacob nach Sana einen weiteren Trumpf aus. Die englische Delegation schlug dem Imām den Abschluß eines Friedensvertrages vor, der unter anderem auf den folgenden Grundsätzen beruhen sollte: Großbritannien erkennt den Imām als Herrscher über den Jemen einschließlich Laḡḡ und Hadramaut an; dafür bewilligt der Imām England wirtschaftliche Konzessionen und Handelsprivilegien im Jemen. Ferner sollte der Imām englischen Kapitalkreisen die Verlängerung der Aden-Laḡḡ-Bahn durch aḍ-Dalī hindurch bis Sana gestatten. Der Imām lehnte auch diesen „verlockenden“ Vorschlag ab.²⁹ War es Großzügigkeit, die England bewegte, den Imām zum Herren des ganzen Jemen machen zu wollen? Und hatte der Imām kein richtiges Verständnis, da er dieses scheinbar vielversprechende Projekt ablehnte? Diese Fragen drängen sich dem Chronisten auf. Die Antwort ist eindeutig. Der britische Kolonialismus beherrschte Aden, und er plante, von hier aus das gesamte jemenitische Territorium seinem wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluß zu unterwerfen. England war unter einer Bedingung bereit, Yaḥyā die de-jure-Regentschaft über den gesamten Jemen anzutragen: er sollte de facto britischer Statthalter sein. Yaḥyā lehnte auch dieses Manöver ab. Er befürchtete, daß das Eingehen auf die britischen Vorschläge den Jemen zu einer britischen Kolonie degradieren würde. Yaḥyā zog es vor, einen Teil Jemens allein zu beherrschen, als den ganzen Jemen England auszuliefern. Außerdem wußte Yaḥyā nur zu gut, daß zahlreiche Stammescheichs in der Errichtung der britischen Herrschaft eine günstige Gelegenheit erblickten, ihn zu stürzen. Diese Haltung Yaḥyās war, abgesehen von seinen individuellen Interessen, objektiv progressiv. Die englische Mission kehrte ergebnislos nach Aden zurück.

Wieder spitzten sich die Beziehungen zwischen beiden Parteien zu. Anfang 1924 berief der Imām seinen ständigen Delegierten al-Qādī al-'Arašī aus Aden ab. Von al-Baiḍā' aus, auf das die Engländer immer wieder Ansprüche erhoben und das von der jemenitischen Armee 1923 erobert worden war, rückten die Soldaten des Imām 1924 auf das Sultanat al-'Andalī vor. 1926 hatte die jemenitische Armee das Sultanat al-'Andalī vollkommen besetzt. England versuchte, durch den Einsatz von Luftstreitkräften dieser „gefährlichen“ Entwicklung Einhalt zu gebieten.

²⁸ Brémond, E., a. a. O., S. 90; Farouhy, A., a. a. O., S. 59.

²⁹ al-'Abdalī, A., a. a. O., S. 203 u. 232; Brémond, E., a. a. O., S. 90/91; Farouhy, A., a. a. O., S. 60; ar-Raiḥānī, a. a. O., S. 404; Schmidt, W., a. a. O., S. 76; Stuhlmann, F., a. a. O., S. 101 u. 103.

In dieser Situation tauchte das faschistische Italien als ernster Konkurrent auf. Von seiner Kolonie Eritrea an der westlichen Küste des Roten Meeres aus bemühte sich der italienische Faschismus um Kontaktaufnahme. England versuchte den imperialistischen Rivalen durch die erneute Entsendung Colonel Jacobs nach Sana, der vom Imām dringlich den Abschluß eines Friedensvertrages verlangte, zu vorzuziehen. Yaḥyā, dem es gegen den Willen der Engländer gelungen war, Tihāma einschließlich Hodeida al-Idrīsī zu entreißen, erklärte jedoch dem britischen Gesandten, daß er nach wie vor an seinen Herrschaftsansprüchen über Südjemen und über Aden selbst festhalte.³⁰ Während die Mission Clayton Sana enttäuscht verließ, wurde im August 1926 der italienische Gouverneur von Eritrea, Gasparini, in der jemenitischen Hauptstadt freundlichst empfangen. Am 2. September 1926 wurde zwischen beiden Mächten ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen. Zwei Jahre später, am 1. November 1928, unterzeichnete auch die Sowjetunion mit dem Imām einen Vertrag. Damit begann eine neue Periode in den jemenitisch-türkischen Beziehungen.

IV. Der Charakter und die Bedeutung des jemenitisch-italienischen und des jemenitisch-sowjetischen Vertrages

Das politische Hauptziel, das Yaḥyā, seitdem er Ende 1918 die Macht übernommen hatte, vorschwebte, war die Ausdehnung seines Königreiches über ganz Jemen. Diese Zielstellung war eine fortschrittliche Orientierung. In der gleichen Art und Weise wie andere große Feudalherren bekämpfte Yaḥyā die Zersplitterung des Landes in kleine Fürstentümer, um seine absolute Macht zu stärken. Dieser Versuch wurde in einer Periode unternommen, als der britische Kolonialismus sein Protektorat über den ganzen Süden des Jemen ausgedehnt hatte und Ibn Sa'ūd als Verbündeter Englands seinen Herrschaftsanspruch über 'Asīr erhob. Unter diesen Bedingungen nahm das Vorgehen Yaḥyās, den Jemen unter seiner Herrschaft zu vereinigen, eine frühe Form der Befreiungsbewegung an. Doch durch das rückständige System, das Yaḥyā errichtete, fehlten die inneren Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser progressiven Zielsetzung. Weiterhin mangelte es Yaḥyā an einer internationalen Unterstützung. Außer der Sowjetunion, dem jungen sozialistischen Staat, der sich mit dem gerechten Kampf des jemenitischen Volkes solidarisch erklärte, verfolgten alle Großmächte ausschließlich koloniale Bestrebungen.

Das faschistische Italien, das schon an der westlichen Küste des Roten Meeres festen Fuß gefaßt hatte, verfolgte die Auseinandersetzungen zwischen Yaḥyā und England mit wachsender Aufmerksamkeit. Indem Italien die Ansprüche Yaḥyās auf den Süden und auf 'Asīr im Norden unterstützte, wollte es in den Jemen eindringen und eine privilegierte Stellung gewinnen. Diese Kolonialbestrebungen bildeten eine konsequente Fortsetzung der bereits Anfang des 20. Jahrhunderts unter-

³⁰ Sa'īd, *Amīn*, a. a. O., S. 200; Raily, B., a. a. O., S. 62; Weisl, W., a. a. O., S. 206 u. 211.

nommenen Versuche des italienischen Imperialismus, einen Seestützpunkt bei Bāb al-Mandab am Zugang des Roten Meeres, also an der jemenitischen Küste zu errichten. Mit dem Machtantritt des Faschismus wurde diese Expansionslinie wieder aufgenommen. Italien erklärte sich nicht nur zum Bau einer Munitionsfabrik bereit, es gründete auch Funkstationen im Jemen und entsandte Ärzte. Das Ergebnis dieser italienischen Infiltrationspolitik war der Abschluß des für zehn Jahre gültigen jemenitisch-italienischen Vertrages vom 2. September 1926, in dem Italien heuchlerisch die völlige Selbständigkeit des Imām und die Unabhängigkeit des Königreiches Jemen anerkannte. Beide Staaten verpflichteten sich, den gegenseitigen Handelsaustausch zu erleichtern.³¹

Der britische Imperialismus, der das Rote Meer als britische See betrachtete, hielt er doch sowohl den Suez-Kanal im Norden als auch Aden im Süden in seinen Händen, betrachtete diese Entwicklung außerordentlich mißtrauisch. Er sah in diesem Vertrag eine ernsthafte Gefahr für seinen Seestützpunkt in Aden, für seine strategischen Interessen an den jemenitischen Küsten des Roten Meeres und für seinen Absatzmarkt im gesamten Jemen. Eine weitere Gefahr – so befürchtete London – könnte durch eine italienische Blockade des Seeweges nach Indien im Kriegsfall entstehen.³² Der Downingstreet war die expansionistische Absicht Italiens bekannt, zunächst eine bevorrechtete Stellung bei Bāb al-Mandab zu erlangen, um dann durch die Eroberung der jemenitischen Küsten der britischen Vormachtstellung in Mittel- und Südasien einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Der Imām hatte den Vertrag von 1926 mit Italien abgeschlossen, „um das ersehnte Ziel zu erreichen, die Briten aus Aden und dem Protektorat zu vertreiben“³³. Deshalb griff Yaḥyā auch sofort zu, als die italienischen Faschisten ihre Bereitschaft erklärten, dem Jemen Waffen zu liefern. Am 20. Februar 1926 wurde der Grundstein der ersten jemenitischen Waffenfabrik gelegt; Anfang 1928 stellte sie die ersten Patronen her. Gleichzeitig errichtete der italienische Faschismus im Jemen eine Fliegerschule, und junge Jemeniten wurden in Italien als Piloten sowohl für Zivil- als auch für Militärflugzeuge ausgebildet. Als Gegenleistung erhielten italienische Kaufleute vorübergehend das Monopol für Kaffeehandel. Außerdem gab der Imām ihren Waren eine Vorzugsstellung. Yaḥyā übertrug ihnen das Monopol für den Verkauf von Petroleum an den Jemen für fünf Jahre.³⁴ Eine rasch gegründete „Arabisch-Italienische Gesellschaft“ exportierte 1927 95 000 Kästen Petroleum nach dem Jemen, das waren 70 Prozent der Gesamteinfuhr.³⁵

³¹ Sa'īd, A., *mulūk al-muslimīn al-mu'āṣirīn wa duwaluhum*, Kairo 1933, S. 196/197; Topf, Erich, *Die Staatenbildung in den arabischen Teilen der Türkei seit dem Weltkriege nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit*, Hamburg 1929, S. 248/249.

³² Farouhy, A., a. a. O., S. 63.

³³ Berrby, Jean Jacques, *Ġazīrat al-'Arab*, Beirut 1960, S. 166/167.

³⁴ al-'Aẓm, *Nazīh Mu'ayyad*, *riḥla fi bilād al-'arabiyya as-sa'īda*, Kairo 1937, S. 223; Brémond, E., a. a. O., S. 101.

³⁵ Farouhy, A., a. a. O., S. 63.

Diese Tatsachen beweisen, daß es dem faschistischen Italien gelungen war, nicht nur Einfluß auf den Imām, sondern auch wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Doch daraus den Schluß zu ziehen, Italien hätte seine expansionistischen Ziele erreicht, würde der historischen Wahrheit widersprechen. Der italienische Faschismus vermochte sich weder einen Stützpunkt an der jemenitischen Küste zu verschaffen, noch die politische Unabhängigkeit des Königreiches Jemen ernsthaft zu bedrohen. Es war Zweckpessimismus, wenn die englischen Zeitungen in jenen Jahren schrieben, der Imām sei ein Instrument in den Händen Italiens geworden und sein Land sei ein Teil des italienischen Imperiums. In Wirklichkeit war es Yaḥyā gelungen, sich durch eine geschickte Hinhaltetaktik der gefährlichen „Umarmung“ der italienischen Faschisten weitgehend zu entziehen und seine Entschlußfreiheit zu erhalten. Der Imām hatte mit der Zeit erkannt, daß Italien weder die Macht noch den Willen besaß, ihm zur Herrschaft über das gesamte jemenitische Territorium zu verhelfen.

In dieser Situation, da sich sowohl der italienische Faschismus als auch der englische Imperialismus anschickten, den Jemen zu „verspeisen“, ersuchte Imām Yaḥyā um die Freundschaft der Sowjetunion. Die ersten Kontakte zwischen dem Imām und der Sowjetunion wurden 1926 über die sowjetische Mission in Ġidda hergestellt. Daraufhin traf die erste sowjetische Handelsdelegation in Sana ein. Sowjetische Schiffe brachten Petroleum und andere Waren nach dem Jemen. Diese Annäherung führte dazu, daß auf Bitte des Imām die Sowjetunion am 1. November 1928 einen Freundschafts- und Handelsvertrag für die Dauer von zehn Jahren mit dem Jemen abschloß, der am 28. Januar 1929³⁶ in Moskau unterzeichnet wurde. Der Vertrag respektierte die vollständige Unabhängigkeit beider Staaten und legte die Grundlage für die Vertiefung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. „Der Imām und seine Regierung“, heißt es in dem sowjetisch-jemenitischen Vertrag, „würdigen das Vorbild der reinen Achtung und der schönen Empfindungen, die die Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegenüber dem jemenitischen Staat und dessen Volk sowie gegenüber allen östlichen Völkern hegen.“³⁷ Diese Haltung der Sowjetunion stärkte die Positionen des Jemen und war eine Warnung an die Adresse der Imperialisten, die Souveränität des Königreiches Jemen zu respektieren.

Der jemenitisch-sowjetische Vertrag verfehlte auch in Rom und London seine Wirkung nicht. Beide imperialistische Staaten begannen nicht nur einen Gedankenaustausch über die Abgrenzung ihrer Kolonialinteressen am Roten Meer; der italienische Faschismus nahm darüber hinaus einen Kurswechsel seiner bisherigen Politik gegenüber dem Jemen vor: er wandte sich von Yaḥyā ab und vollzog am 10. Februar 1932 eine Annäherung an Ibn Sa'ūd.

Diese plötzliche Gesinnungsänderung Italiens war ein unmittelbares Ergebnis des sowjetisch-jemenitischen Vertrages. Für den Jemen brachte der Vertrag eine wesentliche Befreiung vom ökonomischen Druck Italiens. Das italienische Petroleum-Monopol wurde ebenso wie das Außen- und Innenhandelsmonopol beseitigt. Die Sowjet-

³⁶ Brémond, E., a. a. O., S. 102; Хрестоматия по новейшей истории, Moskau 1960, Bd 1, S. 851.

³⁷ Хрестоматия ..., a. a. O., Bd 1, S. 851.

union organisierte Ausstellungen für Landwirtschaftsgeräte und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für andere Waren im Lande, insbesondere in Sana und Hodeida. 1929 lieferte die Sowjetunion nach dem Königreich Jemen 6000 t Öl, 1600 t Zucker (40 Prozent der Gesamteinfuhr) und 3000 t Getreide (35 Prozent der Gesamteinfuhr) zu großzügigen Zahlungsbedingungen.³⁸

Durch den sowjetisch-jemenitischen Vertrag wurde die politische und ökonomische Blockade, die die Kolonialisten über das Königreich Jemen verhängt hatten, gesprengt. Damit hatte sich die internationale und ökonomische Stellung des Landes gefestigt.³⁹

V. Die Spaltungspolitik des britischen Kolonialismus gegenüber dem Jemen

Der Vorstoß des italienischen Faschismus nach dem Jemen sah Großbritannien zunächst in der Defensive. Vorübergehend hatte es den Anschein, als wollte der britische Imperialismus das begehrte Expansionsterrain freiwillig räumen. In Wirklichkeit waren dem britischen Kolonialismus durch seine konterrevolutionären Machenschaften in China die Hände gebunden, so daß er im Königreich Jemen nicht mehr als die Rolle eines sprungbereiten Aufpassers zu spielen vermochte.

Doch bereits 1927 griff England in die imperialistische Auseinandersetzung um den Jemen wieder aktiv ein. Die Hauptdevise der britischen Politik war von nun an nicht mehr der Versuch eines Paktierens mit dem Imām, sondern sein Sturz und die Spaltung des Landes. Anlaß für diese Politik gab der Vormarsch der Imāmtruppen auf die Gebiete Sāhil al-Miğzā' und Qaru. England berief daraufhin die Häuptlinge des Mašyāḥa al-Quṭaibī, das noch der Herrschaft des Imām unterstand, nach Aden, wo sich bereits einige Emire und Scheichs anderer Emirate und Mašyāḥate befanden, um sie seinen Plänen gefügig zu machen. Als die Soldaten des Imām, um dem britischen Anschlag zu parieren, den Onkel des Scheichs al-Quṭaibī, Muqbil 'Abdallāh und den Scheich vom Mašyāḥa al-'Alawī 'Abd an-Nabī 'Alawī am 8. Februar 1928 entführten, antworteten die britischen Behörden mit dem Bombardement der Städte aḍ-Ḍalī' und Qa'ṭaba, der beiden Hauptstützpunkte der Imām-Armee, am 24. Februar 1928. Bei diesem Piratenakt wurden allein in Qa'ṭaba mehr als 140 Frauen und Kinder getötet. Heuchlerisch erklärten die Aggressoren in einem Flugblatt vom 16. März 1928, das nur an die Schafiten im Königreich und im Protektorat gerichtet wurde, daß der britische Luftangriff nur gegen den Imām und die Zaiditen, die die Integrität des britischen Protektorats verletzt hätten, gerichtet sei. In diesem Flugblatt zeigte sich die Absicht Großbritanniens, die Empörung der schafitischen Stämme über die britischen Luftangriffe gegen den Imām und gegen die Zaiditen zu richten, deren Garnisonen sich im Gebiet der Schafiten befanden. Auf diesem Wege sollten die schafitischen Stämme in ein britisches Werkzeug zur Abspaltung des

³⁸ Brémond, E., a. a. O., S. 137; Faroughy, A., a. a. O., S. 66/67.

³⁹ al-'Azm, N., a. a. O., S. 79/80; Хрестоматия, a. a. O., S. 852.

Südens verwandelt werden. Obwohl es England 1927 und Anfang 1928 nicht gelang, dieses gefährliche Unternehmen zu realisieren, setzte es die Spaltungspolitik mit immer neuen Tricks fort.

Nach einem mehrmonatigen Waffenstillstand zwischen beiden Seiten begannen die britischen Kolonialisten vornehmlich mit bestochenen Kräften am 20. Juni 1928 einen Großangriff gegen das Königreich Jemen. Zweitausend Mann, die der Sultan von Laḥǧ eingezogen hatte, sowie einige Truppen aus Kenia, Indien, aus dem Irak und aus dem Arabischen Golf unter Führung von Naṣr ibn Šā'if, dem Emir von aḍ-Ḍalī', und begleitet von dem tatsächlichen Befehlshaber, dem englischen Leutnant Ricardo, bewegten sich nach Nordjemen. Britische Flotteneinheiten konzentrierten sich im Roten Meer, um die wesentlichen Küsten Jemens anzugreifen und Hodeida zu besetzen. Gleichzeitig begannen die Angriffe englischer Bombenflugzeuge. Zahlreiche Flugzeuggeschwader bewarfen nicht nur kriegswichtige Ziele mit Bomben, sondern auch mehrere Städte und Dörfer, wie aḍ-Ḍalī', Qa'ṭaba, an Nādīra, Māwiya al-'Uḍain, al-Mizza, Ḥis und Mokka. Die Kasernen von Ta'iz und die Stadt selbst wurden am 3. Juli stark bombardiert. Am gleichen Tag wurde Jarim angegriffen und an den folgenden Tagen Ḍamār, Ib und andere kleine Ortschaften auf dem Weg nach Sana. Eine allgemeine Furcht breitete sich im Jemen aus, und die bedrohte Bevölkerung verließ ihre Heimstätten und ging in die unzugänglichen Berge. Über Sana wurden Erkundungsflüge durchgeführt.⁴⁰ Die Landtruppen erreichten auf ihrem Vormarsch das Mašyaḥa al-Quṭaibī, wo sich ihnen noch die Quṭaibī-Stämme anschlossen. Der Zusammenstoß zwischen ihnen und der Imāmgar-nison fand im Gebiet as-Sulaik statt. Gegenüber den überlegenen und weit besser bewaffneten Kräften konnte sich die Imāmmarmee nicht halten; sie räumte wichtige Positionen wie as-Sulaik, aṭ-Taḥwa, Ṭauba, ar-Rudu', al-Miḡtā, ad-Dimna, al-Markūla und al-Ḥūraibī.⁴¹ Nach barbarischen Angriffen zu Land und aus der Luft zog sich die Garnison des Imām auch aus aḍ-Ḍalī' zurück, und am 17. Juli 1928 besetzten die probritischen Einheiten die Stadt.

Nunmehr waren die jemenitischen Garnisonen im Mašyaḥa Šu'aib und im Norden des Sultanats al-'Andalī die Ziele der britischen Bombenflugzeuge, so daß bald das ganze Mašyaḥa Šu'aib und die Orte Ludza, Kabida und al-Ḥidn, das sogenannte Gebiet Kūr, an die britischen Okkupanten fielen. Durch den Einsatz überlegener militärischer Kräfte und durch schamlose Luftangriffe gegen eine wehrlose Bevölkerung war es England gelungen, fast alle Emirate, Sultanate und Mašyaḥate, die Yaḥyā vorher von den Briten erkämpft hatte, zurückzuerobern. Auf diese Weise machte Großbritannien den Ansprüchen Yaḥyās, der immer wieder darauf beharrte, der alleinige unumstrittene Herr vom ganzen Jemen zu werden, ein Ende.⁴²

Aber die Hoffnung Großbritanniens, die schafitischen Stämme im Süden des Königreiches, d. h. den größten Teil der Bevölkerung der beiden Liwās von Ta'iz und Ib, aufzuwiegeln und sie zum Aufstand gegen Yaḥyā und seine übrigen zaidi-

⁴⁰ Sandro, *Valta*, Am Hofe des Königs Jahja, o. O., 1942, S. 105; Topf, E., a. a. O., S. 138.

⁴¹ al-'Abdalī, a. a. O., S. 286.

⁴² Brockelmann, Carl, *tārīḥ aš-šū'ūb al-islāmiyya*, Beirut, S. 85; Berrby, J. J., a. a. O., S. 138.

tischen Anhänger zu veranlassen, erfüllte sich nicht, da die Bomben der Engländer keinen Unterschied zwischen den Wohnungen und Dörfern der beiden Sekten kannten.

Dafür hatten die britischen Kolonialisten mit ihrer Politik des „divide et impera“ an einer anderen Stelle des Königreiches Jemen mehr Glück. Im Zusammenhang mit ihren Flottenoperationen im Roten Meer und dem Plan, Hodeida zu okkupieren, wiegelten sie den Stamm der Zarānīqs auf. Mit seiner Hilfe glaubten sie einen allgemeinen Aufstand aller Schafiten in Tihāma herbeizuführen und ein neues probritisches Emirat auf den Trümmern des liquidierten Emirats der Idrisiden schaffen zu können.

Der schafitische Stamm der Zarānīqs war in einem ausgedehnten Gebiet zwischen Hodeida und Zabīd beheimatet. Mit Ausnahme des Tals al-Ġāh, das sich zur Dattelskultur eignet, ist sein Land trocken, kahl und sandig. Entsprechend diesen wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen waren die Zarānīqs Halbbeduinen. Ihren Lebensunterhalt sicherten sie sich durch Überfälle, Straßenraub, Seeräuberei, Sklavenhandel und Waffenschmuggel. Weder den Türken und al-Idrīsī noch Yaḥyā war es gelungen, die zahlreichen, mächtigen und bewaffneten Zarānīqs zu unterwerfen, die ihre Kräfte immer wieder dem jeweils Mächtigsten anboten bzw. mit mehreren Seiten gleichzeitig konspirierten.⁴³ Es ist also nicht verwunderlich, daß die englischen Kolonialisten nach dem Scheitern ihrer Spaltungsversuche im Süden des Landes den kriegerischen Stamm der Zarānīqs auswählten, um Tihāma vom Königreich Jemen zu trennen und hier ein Vasallenemirat zu bilden. Der Aufstand der von England mit Waffen und Geld versorgten Zarānīqs unter Scheich Aḥmad al-Futainī begann, als der Süden des Königreiches Jemen von den britischen Flugzeugen bombardiert wurde und der Vormarsch der probritischen Truppen gegen aḍ-Ḍalī' im Gange war.⁴⁴ Das Signal für die allgemeine Rebellion der Zarānīqs gab der Angriff auf die Wachstation al-Durahimi. Alle Wege südlich von Hodeida durch das Land der Zarānīqs wurden gesperrt. Für die Karawanen war das Gebiet unpassierbar geworden, jeglicher Verkehr hörte auf. Die Zarānīqs begannen ausgedehnte Plünderungszüge. Da der Imām in Hodeida nicht über genügend Soldaten verfügte, ließ er Truppen aus Raima, Bura', Bāḡil und anderen Orten nach Tihāma marschieren. Ihr strategisches Ziel war zunächst Bait al-Faqīh, die Hauptstadt der Zarānīqs und das Zentrum des Stammes.

Doch den Zarānīqs gelang es, dem Vormarsch der Armee des Imām nach Bait al-Faqīh Einhalt zu gebieten. Die Wälder in diesen Gebieten boten ihnen günstige Verteidigungspositionen.⁴⁵ Daraufhin übernahm ein Sohn des Imām die Leitung des Feldzuges gegen die Zarānīqs. Durch einen geschickten Angriff auf die westlichen Küstengebiete gelang es ihm, die Zarānīqs einzukreisen, zu isolieren, ihre Versorgungsschiffe zu beschlagnahmen und sie von ihren britischen Auftraggebern im

⁴³ al-'Aẓm, N., a. a. O., S. 66/67; al-Muqattam, Nr 12326 v. 5. 9. 1929, u. Nr 13489 v. 31. 5. 1934; ar-Raiḥānī, A., a. a. O., S. 263–266.

⁴⁴ al-Balāḡ Nr 3224 v. 7. 9. 1933; Faḥrī, A., a. a. O., S. 169; al-Muqattam, Nr 11931 v. 22. 5. 1928; Topf, E., a. a. O., S. 139.

⁴⁵ al-Ġurāfī, 'Abdallāh Abdu 'l-Karīm, al-muqtaṭaf min tārīḥ al-Yaman, Kairo 1951, S. 240.

Roten Meer abzuschneiden. Nach der siegreichen Schlacht bei Qanqar und der Einnahme von Bait al-Faqīh brach die Empörung der Zarānīqs zusammen.

Mit der Unterdrückung des Aufstandes scheiterte die letzte Hoffnung Englands seine kolonialen Pläne im Süden zu realisieren und das Königreich Jemen zu spalten. Nach diesem Mißerfolg konzentrierte England seit 1929 seine Kräfte auf die Schaffung eines politischen Bündnisses bzw. einer Föderation zwischen den Emiraten, Sultanaten und Mašyahaten Südjemens, um seinen Einfluß zu festigen und auf diese Weise einen politischen Schlag gegen Yaḥyā zu führen. Zu diesem Zweck wurden die Häuptlinge der neun Provinzen im April 1929 und im April und August 1930 nach al-Ḥuṭa, der Hauptstadt von Laḥǧ, berufen.⁴⁶ Doch jeder der Sultane, Emire und Scheichs beharrte auf seiner autokratischen Herrschaft, und England vermochte nur ein sogenanntes „Solidaritätsabkommen“⁴⁷ zu erreichen. Gleichzeitig wurde Aden, das seit der Eroberung von der Regierung Bombays verwaltet worden war, Anfang April 1932 unter die Verwaltung der indischen Zentralregierung in Delhi gestellt und der britische Resident von Aden zum Oberkommissar ernannt.

VI. Der jemenitisch-britische Vertrag von 1934

Nachdem es England gelungen war, fast alle Gebiete, die südlich der türkisch-englischen Grenzlinie lagen, zurückzugewinnen, bemühte es sich, den Imām an den Verhandlungstisch zu zwingen und ihn zu veranlassen, auf seine politischen Ansprüche auf dieses Gebiet und die anderen dazugehörigen Teile des Südens zu verzichten und die türkisch-englische Grenzlinie anzuerkennen. Nach relativ langer Zeit nahm der Imām Verhandlungen mit den Briten auf. Sie wurden 1931 angeknüpft und verliefen sehr langsam.⁴⁸ 1932 bot England dem Imām folgende Bedingungen für den Abschluß eines Friedensvertrages an: Verzicht des Imām auf alle Gebiete, die zu den neun Provinzen gehörten, Entlassung der noch gefangenen Scheichs dieser Gebiete, Beseitigung der Handelsschranken zwischen Aden und dem Königreich Jemen.⁴⁹ England nutzte dabei die schwierige Position des Imām aus, die durch die Erhebung des mächtigen Stammes Bakil und die Verschärfung der politischen Beziehungen zu Ibn Sa'ūd entstanden war. Die Beziehungen zwischen Yaḥyā und Ibn Sa'ūd hatten sich zugespitzt, nachdem Truppen Yaḥyās im Mai 1933 das jemenitische Miḥlāf Naǧrān erobert hatten, auf das Ibn Sa'ūd Expansionsanspruch erhob. Der Imām erkannte seine schwache Stellung; deshalb war er damit einverstanden, die von Großbritannien beanspruchten Gebiete zu räumen und die gefangenen

⁴⁶ *al-Muqattam* Nr 12201 v. 19. 4. 1929, Nr 12214 v. 24. 4. 1929.

⁴⁷ *al-'Abdalī*, A., a. a. O., S. 288; *Sa'ūd*, A., *mulūk al-muslimīn al-mu'āširīn wa duwaluhum*, Kairo 1933, S. 418; *al-ǧafri*, *Muhammad Ali*, *haqā'iq 'an ḡanūb al-ǧazīra al-'arabiyya*, Kairo 1956, S. 33/34; *an-Naṣ*, 'I., a. a. O., S. 97.

⁴⁸ *Williams*, St., a. a. O., S. 204; *Tūrbīn*, *Aḥmad 'Abdu 'r-Raḥīm*, *al-waṭan al-'arabī haina 1916–1945*, Kairo 1959, S. 166.

⁴⁹ *al-Fatḥ*, 8. Jg., Nr 352 v. 7. 5. 1933; *Williams*, St., a. a. O., S. 204.

Scheichs freizulassen. Er lehnte es aber ab, das Königreich Jemen für den britischen Handel zu öffnen.

Doch die britischen Kolonialisten forderten die sofortige und endgültige Lösung aller offenstehenden Probleme und Fragen. Zu diesem Zweck begab sich am 8. Dezember 1933 der Gouverneur von Aden, Colonel Raily, nach Sana. Ihm gelang es, Yaḥyā die Bedingungen des englischen Imperialismus zu diktieren. Yaḥyā schloß mit Raily am 11. Februar 1934 den sogenannten „Vertrag der Freundschaft und der gegenseitigen Zusammenarbeit“⁵⁰. Bereits vorher ließ er seine Truppen ihre Positionen in den nördlichen Teilen des Sultanats al-'Andalī, im Emirat aḍ-Ḍalī' und im Sultanat Yaḥi räumen und ließ alle gefangenen Scheichs des Südens frei, ebenso wurde der Handelsweg zwischen dem Königreich Jemen und Aden freigegeben.⁵¹

Doch trotz des britischen Drucks beharrte Yaḥyā auch weiterhin auf der Nichtanerkennung der englisch-türkischen Grenzlinie, das heißt, er verzichtete nicht endgültig auf die neun Provinzen. Der dritte Paragraph des Vertrages stellte ausdrücklich fest, daß „die Entscheidung über die Frage der südlichen jemenitischen Grenze bis zu neuen Verhandlungen zwischen beiden Parteien innerhalb von 40 Jahren hinausgeschoben wird“⁵². Yaḥyā gestand England lediglich das Recht zu, Hadramaut militärisch zu besetzen, ein Zugeständnis, das lediglich dem Status quo Rechnung trug.

Die Verhandlungen zwischen Yaḥyā und England einschätzend, kann gesagt werden, daß der Widerstand des Imām im wesentlichen zusammengebrochen war. Trotz der Nichtanerkennung der türkisch-englischen Grenzlinie im Süden kam sein Verhalten im wesentlichen einer Kapitulation vor dem britischen Imperialismus gleich. Diese schwächliche Haltung läßt sich nicht allein mit der Furcht vor einem Zweifrontenkrieg (gegen Ibn Sa'ūd und England) erklären. Die entscheidende Ursache ist vielmehr im Charakter des von Yaḥyā gegründeten jemenitischen Staates zu suchen. Das rückständige Königreich Yaḥyās konnte mit seiner feudalen Gesellschaftsordnung die nationale Einigung des Landes durch einen revolutionären Befreiungskampf gegen den englischen Imperialismus nicht durchsetzen. Die militärischen Kräfte, die der Imām im Kampf gegen die Engländer mobilisierte, bestanden hauptsächlich aus seiner eigenen religiösen Sekte der Zaiditen. Weder die Schafiiten in seinem Königreich noch die im Einflußgebiet Englands waren von der antibritischen Bewegung begeistert. Das äußerst grausame Steuersystem und die Eintreibung der Steuern durch die Entsendung von Soldaten, das System der Gefangennahme von Geiseln und die sonstigen reaktionären Merkmale des Imām-

⁵⁰ *al-Balāǧ*, Nr 3413 v. 14. 3. 1934; *Brockelmann*, C., a. a. O., Bd 5, S. 86; *Donkan*, *Rupert*, *Die Auferstehung Arabiens. Ibn Sauds Weg und Ziel*, Leipzig 1935, S. 235/236; *Faroughy*, A., a. a. O., S. 69; *an-Naṣ*, 'I., a. a. O., S. 87.

⁵¹ *Raily*, B., a. a. O., S. 23/24; *Aponti*, *Salvatore*, *mamlakat al-Imām Yaḥyā*, Kairo 1947, S. 6; *al-Balāǧ*, Nr 2938 v. 25. 11. 1932; *al-Fatḥ*, 8. Jg., Nr 384 v. 12. 1. 1934; *al-Muqattam*, Nr 13713 v. 8. 2. 1934.

⁵² *al-Karmālī*, *al-Ab Anastase*, *bulūq al-murām*, 4. Beilage, Kairo 1939, S. 234–236.

staates ließen keinen der Häuptlinge und der bäuerlichen Bevölkerung im Südjemen mit dieser Bewegung sympathisieren.⁵³ Nach dem Abschluß des Vertrages herrschte Ruhe in den Beziehungen zwischen Yaḥyā und England. Der englische Kolonialismus vermochte seine Kolonialherrschaft im Süden des Landes zu festigen; außerdem begann England nach der Eröffnung der Handelswege zwischen Aden und dem Königreich Jemen den jemenitischen Markt mit seinen Waren zu überschwemmen. Da Yaḥyā keinen modernen Hafen errichten ließ, wurde die gesamte Ein- und Ausfuhr des Landes nahezu vollständig über Aden abgewickelt. Auch die Finanzhoheit des Landes ging infolge des Fehlens von Banken de facto auf die englischen Banken in Aden über, die den jemenitischen Maria-Theresia-Taler in indische Rupien oder englische Pfund wechselten. Unter diesen Bedingungen verwandelte sich das Königreich Jemen in ökonomischer Hinsicht allmählich in ein von England abhängiges halbkoloniales Land.

Zusammenfassend sei festgestellt: Das unter Führung Yaḥyās stehende jemenitische Königreich vermochte zwar lange Zeit dem englischen Imperialismus erfolgreich Widerstand zu leisten, aber ein Enderfolg im Kampf um die nationale Einheit des Landes blieb ihm vor allem infolge der rückständigen sozial-ökonomischen Struktur versagt. Nur den imperialistischen Gegensätzen zwischen dem faschistischen Italien und England und dem Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion sowie seinen eigenen geschickten Manövern in der Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze hatte es Yaḥyā zu verdanken, daß das Königreich Jemen nicht zu einer Kolonie des britischen Imperialismus degradiert wurde.

VII. Das Wesen und die Methoden des britischen Neokolonialismus im Südjemen nach dem zweiten Weltkrieg⁵⁴

Auch nach dem zweiten Weltkrieg bildete das südjemenitische Territorium einen Knotenpunkt des britischen Kolonialismus. Nach wie vor bedient sich hier der englische Imperialismus des Ultrakolonialismus – der brutalen Gewaltanwendung, der offenen Unterdrückung der demokratischen Kräfte –, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Aden ist nach dem Verlust des Sues-Kanals und der Militärstützpunkte im Irak zum wichtigsten Militärstützpunkt des englischen Imperialismus in der arabischen Welt und zum Sammelbecken der dunkelsten und reaktionärsten Kolonialkräfte geworden. Aden ist auch heute noch Kronkolonie, und sein Hinterland betrachtet der englische Kolonialismus als Protektorat seiner Kronkolonie Aden. Der englische

⁵³ al-'Abdalī, a. a. O., S. 277.

⁵⁴ Siehe auch aš-Šuhārī, Muḥammad 'Alī, Das Wesen und die Methoden des britischen Neokolonialismus im sogenannten Protektorat Südjemen, in: Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz „Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker“ vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig, Bd 1, Leipzig 1961, S. 239 ff.

Imperialismus begegnet nicht nur den Demonstrationen der Arbeiter, den Streiks und der Gewerkschaftsbewegung in Aden mit zügellosem Terror, von hier aus bekämpft er mit Waffengewalt die Aufstände des Volkes im Südjemen, führt er barbarische Luftangriffe und Aggressionshandlungen gegen den unabhängigen jemenitischen Staat, heute gegen die arabische Republik Jemen durch. Aden hat für den britischen Kolonialismus die gleiche Bedeutung wie Singapur in Südostasien. Es ist ein schwerbewaffneter kolonialistischer Stützpunkt inmitten einer sich in nationaler Emanzipation befindlichen Welt und damit Gefahrenherd „Nummer eins“ für die von kolonialer Knechtschaft befreiten oder noch im Unabhängigkeitskampf befindlichen Völker der Arabischen Halbinsel und Ostafrikas.

Aber infolge der wachsenden Stärke des sozialistischen Lagers und der internationalen Befreiungsbewegung, der demokratischen und Friedenskräfte in der ganzen Welt sieht sich der Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg in die Defensive gedrängt und außerstande, ausschließlich die alte, bereits entlarvte Form der Kolonialpolitik beizubehalten. Deshalb greift er gleichzeitig – und zwar in immer stärkerem Maße – zu den raffinierteren, indirekten Methoden des Neokolonialismus. Die Verbindung und parallele Anwendung von ultrakolonialistischen und neokolonialistischen Methoden ist auch für die britische Kolonialpolitik im Südjemen nach dem zweiten Weltkrieg typisch. Im folgenden seien die wichtigsten Praktiken des britischen Imperialismus im Südjemen in zusammenfassender Form genannt:

Die britischen Imperialisten bereichern sich auf Kosten des Volkes. Sie errichten weder Betriebe, die auf der Rohstoffbasis des Landes beruhen, noch bemühen sie sich, mit der Erdölförderung zu beginnen. Die Baumwolle exportieren sie nach England, hier aber bestimmt der kapitalistische Weltmarkt den Baumwollpreis. Die Höhe des Preises wird von den Engländern willkürlich festgelegt.

Eine andere Form der Ausbeutung zeigt sich darin, daß die englische Regierung und die Bank von Aden der Klein- und Mittelbourgeoisie Kredite gewähren. Diese hochverzinsten Kredite müssen im Laufe von mehreren Jahren zurückgezahlt werden. Auf diese Weise haben die Engländer nicht nur einen materiellen Vorteil, sondern sie versuchen darüber hinaus, diese Teile der Bourgeoisie an sich zu ketten.

Um den Bewohnern Südjemens das Gefühl zu rauben, Jemeniten zu sein, bezeichnen die englischen Kolonialisten den Südjemen als „Südarabien“. Mit diesem demagogischen Trick ist es ihnen gelungen, die separatistischen bourgeois-feudalen Parteien in dieser Richtung zu beeinflussen und von sich abhängig zu machen. Um die Aden-Kolonie in ein Sammelbecken für Kolonialanhänger zu verwandeln, fördert ein von der britischen Kolonialverwaltung erlassenes Gesetz die Einwanderung fremder Elemente aus dem Commonwealth und den britischen Kolonien nach Aden und die systematische Vertreibung der jemenitischen Arbeiter. Auf diese Weise soll eine Bevölkerungsmehrheit geschaffen werden, die den Anschluß an den unabhängigen Jemen ablehnt.

Um der jemenitischen Nationalbewegung, die sich die Schaffung eines jemenitischen, befreiten Einheitsstaates als Ziel stellt, entgegenzuwirken, faßte Großbritannien 1954 den Beschluß, im Südjemen, im sogenannten „Protektorat Aden“, einen Staat zu gründen. Bis 1961 wurden acht Emirate, Sultanate und Mašyahate des

Westprotektorate in staatlicher Form unter der Bezeichnung „Südarabien“ zusammengefaßt. Dieses Gebiet sollte den Kern des später zu gründenden Bundesstaates bilden und gleichzeitig als Pufferzone zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil Jemens dienen. Nach dem Ausbruch der jemenitischen Revolution beschleunigte der englische Imperialismus die Verwirklichung dieses neokolonialistischen Planes. Im Januar 1963 wurde Aden mit dem Staat Südarabien unter Aufrechterhaltung der britischen Kolonial„rechte“ vereinigt. Doch die Pläne des englischen Imperialismus gehen noch weiter: Auch Hadramaut soll in dieses künstlich geschaffene Staatsgebilde des britischen Neokolonialismus eingegliedert werden. Bei diesem ganzen Bemühen handelt es sich um ein zwar raffiniertes, jedoch leicht durchschaubares Manöver der englischen Kolonialisten. Gelingt die staatliche Vereinigung des gesamten Südjemens – so spekulieren die Kolonialisten –, würden sich die Ansprüche der unabhängigen Republik Jemen auf das südjemenitische Territorium de jure nicht gegen eine britische Kolonie, sondern gegen einen arabischen Staat richten, der darüber hinaus von den Ländern des NATO-Blocks und den ihnen verbündeten Satelliten diplomatisch anerkannt werden soll. Großbritannien will ein neues Cypern schaffen und dieses Gebiet dem Commonwealth anschließen. Zugleich hofft der britische Imperialismus mit dieser taktischen neokolonialistischen Variante unter den Arabern Südjemens Anklang zu finden; sie sollen glauben, die Bemühungen um einen staatlichen Zusammenschluß seien ein echtes humanistisches, antikoloniales Anliegen. Natürlich ist diese Politik geeignet, Verwirrung in den Unabhängigkeitskampf der jemenitischen Bevölkerung, vor allem im Südjemen, zu tragen. Die Bildung des Staates „Südarabien“ ist ein nicht zu übersehendes Hindernis auf dem Wege zur jemenitischen Einheit.

Aber die britischen Kolonialisten machten ihre Rechnung ohne das jemenitische Volk. Die jemenitische Revolution vom 26. 9. 1962, die das Königreich beseitigte und eine unabhängige Republik proklamierte, stellt die revolutionäre Alternative zum britischen Neokolonialismus dar. Ihre Existenz bildete die entscheidende Voraussetzung für die Entfaltung der jemenitischen Befreiungsbewegung und das Scheitern der englischen Kolonialpläne, mögen sie auch noch so getarnt sein. Vor dem jemenitischen Volk stehen in der nächsten Zeit historische Aufgaben: die Festigung und demokratische Weiterentwicklung der Republik und die Befreiung des Südjemens aus den Fesseln des britischen Kolonialjochs.

König Yaḥyā war – wie dargestellt – aus objektiven und subjektiven Gründen nicht in der Lage, den jemenitischen Einheitsstaat zu bilden. Heute haben sich die inneren und äußeren Bedingungen entscheidend verändert. Das revolutionäre jemenitische Volk im Norden und Süden des gegenwärtig noch durch die Herrschaft des britischen Kolonialismus geteilten Landes wird den opfervollen jahrzehntelangen Kampf für die Schaffung eines gesamtjemenitischen Nationalstaates auf demokratischer Grundlage zum Siege führen. Die Zeit ist nicht mehr fern, da unter dem Jubel der internationalen Befreiungsbewegung und der friedliebenden Welt die britische Kolonialflagge über Aden eingeholt und an ihrer Stelle das Freiheitssymbol der Arabischen Republik Jemen gehißt wird.

Die französische Politik des Neokolonialismus in Algerien nach dem zweiten Weltkrieg

Unter den Bedingungen des Zerfalls und Zusammenbruchs des direkten Kolonialsystems und des weltweiten Übergangs der Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus nimmt das internationale Monopolkapital nach dem zweiten Weltkrieg immer häufiger Zuflucht zu einer Politik des Manövrierens und der Zugeständnisse, um die durch den nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bedrohten Kolonialprofite zu retten. Durch Korruption, Demagogie und Intrigen sind die Monopole und Trusts der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Länder bemüht, den Prozeß der nationalen Befreiung indirekt abzufangen und ihre Herrschaft über die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in neuen Formen, häufig sogar unter den Bedingungen der Unabhängigkeit dieses oder jenes Landes, zu erhalten. Eine solche Taktik der Imperialisten wird im Unterschied zum Ultrakolonialismus, d. h. den Bestrebungen des engstirnigsten und reaktionärsten Teiles der Kolonisatoren, in den Kolonien keine Veränderungen zuzulassen, in der Literatur als Neokolonialismus bezeichnet. Einen prinzipiellen Unterschied zwischen dem Neokolonialismus und dem Ultrakolonialismus gibt es nicht, verfolgen sie doch beide das gleiche Hauptziel. Ein Unterschied zwischen ihnen besteht nur darin, daß der Neokolonialismus eine elastischere und raffiniertere Politik der Imperialisten darstellt. Deshalb ist er unter den gegenwärtigen Bedingungen die gefährlichere Form des Kolonialismus.

Der Neokolonialismus gegenüber Algerien weist Besonderheiten auf; Algerien unterschied sich immer von der Mehrheit der Kolonien durch die Existenz einer europäischen Minderheit, die ein Zehntel der Bevölkerung des Landes ausmachte. Diese Minderheit, die hauptsächlich aus Kolonisten, Unternehmern, Beamten, Intellektuellen, technischen Angestellten und qualifizierten Arbeitern bestand, beherrschte völlig das ökonomische und politische Leben des Landes. Das Durchschnittseinkommen eines algerischen Europäers übertraf im Jahre 1954 das eines einheimischen Algeriers um mehr als das Zwölfwache.¹ Während in 26476 Handels- und Industrieunternehmen, die den örtlichen Europäern oder Franzosen aus der Metropole gehörten, 305000 Arbeiter und Angestellte tätig waren, beschäftigten die den einheimischen Algeriern gehörenden 7224 Unternehmen nur 23314 Arbeiter und Angestellte. Mehr als neunzig Prozent der Wirtschaft des Landes wurden von der örtlichen europäischen Bourgeoisie kontrolliert.²

Die Oberschicht der europäischen Bevölkerung in Algerien, die mit den Monopolen eng verbunden war, bildete de facto jenen Teil der französischen Großbour-

¹ *Economie et politique*, Paris, Okt. 1959, S. 41.

² *Le Monde*, Paris, 14./15. 7. 1957.

geoisie, die die algerischen Werktätigen in höchstem Maße ausbeutete und den inneren und äußeren Markt Algeriens beherrschte. Deshalb war vor allem die örtliche europäische Bourgeoisie in Algerien an der Festigung der Kolonialherrschaft Frankreichs interessiert. Die europäischen Magnaten hatten keine Stützen unter der eingeborenen Bevölkerung und konnten ohne französische Kolonialbehörden, Truppen und Polizei nicht auf die Erhaltung ihrer Profite und Privilegien hoffen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die völlig von den Interessen der europäischen Oberschicht bestimmte Grundrichtung der französischen Kolonialpolitik in Algerien auch in den ersten Nachkriegsjahren der Ultrakolonialismus war. Mit der Verschärfung aller Widersprüche, die sich aus der Kolonialherrschaft ergaben, dem Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung und der Verstärkung des Einflusses der patriotischen Parteien, wurde einem Teil der Kolonialisten die Aussichtslosigkeit des ultrareaktionären Kurses offenbar. Diese Gruppe der europäischen Kapitalisten, die hauptsächlich mit dem Handel und der Industrie verbunden war, trat deshalb gegen den zu keinen Zugeständnissen bereiten Ultrakolonialismus der großen Kolonisten und für eine Veränderung der Politik der Kolonialbehörden in Algerien auf. Es entstand die „liberale“ Strömung, die eine Modifizierung der Machtpolitik in Algerien forderte und sich gegen den Ultrakolonialismus der großen Kolonisten wandte. An der Spitze der „Liberalen“ stand einer der größten europäischen Industriellen Algeriens, der „unabhängige“ Abgeordnete des französischen Parlaments, Georges Blachette. Als Hauptpropagandist und „Theoretiker“ der neuen Richtung trat ein anderer Abgeordneter von Algerien, Jaques Chevalier, früher Anhänger Petains, danach Mitglied der Radikalen Partei, und schließlich Anhänger de Gaulles, auf. Er gelangte auch dadurch zu „hohem Ansehen“, daß er schon im Jahre 1946 erklärte, Algerien befinde sich in der Zone des „englisch-amerikanischen Einflusses“³.

Chevalier propagierte „den liberalen Kolonialismus“ zum ersten Male im Dezember des Jahres 1950, als er eine Anzahl sensationeller Artikel in der Blachette gehörenden Zeitung „L'Echo d'Alger“⁴ veröffentlichte. Chevalier beklagte sich darüber, daß die „freien“ Länder, zu welchen er auch Algerien zählte, „weder materiell noch moralisch gerüstet“ seien, um der aggressiven Tätigkeit des „Moskauer Materialismus“ Widerstand leisten zu können. Chevalier betonte, daß für die fieberhafte Aufrüstung der Klassenfriede notwendig sei, und er forderte die „moralische Einheit“ der Länder des Westens, die es diesen erlauben würde, „allmählich zur Kriegswirtschaft“ ohne schwere Folgen für die Zukunft überzugehen. Für das einzige Mittel zur Überwindung der „inneren Abgeschiedenheit“ Algeriens hielt er eine Politik, die die Interessen „aller algerischen Gemeinschaften“ – sowohl der Europäer als auch der Algerier – berücksichtigt. In seinem Bestreben, die schwankenden und kompromißbereiten Elemente der Befreiungsbewegung auf die Seite der Kolonisatoren zu ziehen, erklärte Chevalier demagogisch, daß die Europäer Algeriens „etwas zu lange die moralische Seite des algerischen Problems nicht verstanden haben oder igno-

³ *Cahiers du Communisme*, Paris, Sept. 1947, Nr 9, S. 854.

⁴ Inhalt des Artikels siehe bei Jeanson, F., *Le tournant algérien*, in *Esprit*, Okt. 1951, Nr 10, S. 528–543.

rieren wollten“⁵. Er war der Ansicht, die Rettung vor dem „Nationalismus“ bestehe darin, jenem Teil der Algerier, der eine Zwischenstellung zwischen dem „Kolonialismus und dem Separatismus“⁶ einnahm, eine echte, d. h. nicht gefälschte Vertretung in den gewählten Organen der Selbstverwaltung zu geben.

Chevalier deutete die Vorteile der Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie Algeriens und die Notwendigkeit an, diese Bourgeoisie aus den Reihen der antikolonialen Bewegung herauszubrechen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Kolonialverwaltung „ihre Konzeption weiter entwickeln, anpassen und verändern“. Er trat gegen den „Egoismus“, gegen das „System der Scheidewände zwischen den Menschen, die berufen sind, zusammenzuleben“, gegen „den Widerspruch zwischen unserem Denken und den realen Tatsachen“ auf.⁷

Sein Hauptaugenmerk richtete Chevalier auf wirtschaftliche Fragen: auf die Strukturänderung des Budgets, die Erschließung neuer Märkte, die Notwendigkeit ausländisches Kapital heranzuziehen, falls sich die Erhöhung des Kapitalzustroms aus Frankreich als unmöglich erweisen sollte. Er erklärte, daß Algerien einen Wendepunkt in seiner Geschichte erlebe und daß unter solchen Umständen „Hunger ein schlechter Ratgeber“ sei.⁸

Chevalier rief zu einer „echten französisch-muslimischen Einigung“ auf und forderte die Entlassung der alten Kader der muslimischen Beamten, die durch die lange Zusammenarbeit mit den kolonialen Machthabern und ihre Zugehörigkeit zu feudalen Kreisen kompromittiert waren. Er empfahl, sie durch neue Leute zu ersetzen, die in der heimischen Bevölkerung großes Vertrauen genossen. Zur Verteidigung seines Vorschlags führte Chevalier folgendes aufschlußreiche Argument an: „Wir meinen heute, daß es sicherer ist, neben sich einen halben Anführer zu haben, als einen Lakaien.“⁹

Der Einfluß der „Liberalen“ breitete sich unter den Europäern Algeriens aus. Ihnen schloß sich der frühere Vorsitzende der Algerischen Versammlung Raymond Laqueur an, der am 10. und 11. Januar im „L'Echo d'Alger“ sich mit den alten Verwaltungsmethoden, die er für „unrealistisch“¹⁰ hielt, auseinandersetzte.

Die Gruppe Blachette-Chevalier hoffte offenbar, mit Hilfe ihres „neuen Kurses“ sofort den ganzen Komplex der politischen und sozial-ökonomischen Aufgaben zu lösen: 1. die nationale Bourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen und dadurch die Befreiungsbewegung des algerischen Volkes zu schwächen; 2. durch Entwicklung der Industrie und des Handels die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern und dadurch die inneren sozialen Widersprüche zu mildern; 3. durch eine geringfügige Abschwächung des Kolonialjochs und mit gleichzeitiger Verstärkung der antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda die „muslimische Elite“ (d. h. die „halben Anführer“) an sich heranzuziehen, sich auf sie zu stützen und dadurch

⁵ *Julien, Ch.-A.*, *L'Afrique du Nord*, Paris 1952, S. 332.

⁶ Ebenda, S. 332.

⁷ *Jeanson, F.*, a. a. O., S. 531.

⁸ Ebenda, S. 536.

⁹ Ebenda, S. 531.

¹⁰ Ebenda, S. 533.

die unversöhnlichen antagonistischen Widersprüche zwischen dem Lager der Kolonialisten und dem Lager der nationalen Befreiungsbewegung zu entschärfen.

Die Entstehung der „liberalen“ Strömung von Blachette-Chevalier spiegelte objektiv die Beunruhigung einer weitsichtigeren Gruppe der europäischen Magnaten wider, die erkannt hatte, daß die Versuche der Kolonialverwaltung mißlingen mußten, „die Ergebenheit“ der Algerier mit veralteten Methoden zu erreichen. Die „Liberalen“ waren sich bewußt, daß die nationale Bewegung mit jedem Tage erstarkte. Um das Kolonialregime in Algerien nicht noch weiter zu schwächen, hielten sie es für notwendig, die Politik der Kolonialverwaltung elastischer zu gestalten und einige zweitrangige Zugeständnisse zuzulassen. Die „Liberalen“ wollten nicht im geringsten eine Schwächung der französischen Herrschaft in Algerien. Wie der bekannte Journalist Jeanson schrieb, „wurde von einem disziplinierten Aufstand in einem bestimmten Rahmen und ohne Risiko des Überschreitens der für ihn bestimmten Grenzen“¹¹ gesprochen. Die Tätigkeit der „Liberalen“ erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1952 nach dem Zerfall der „Front algérien pour la Défense et le Respect des Libertés“, der alle algerischen Patrioten – von den Kommunisten bis zu den Nationalisten – angehört hatten. Die französischen Kolonisatoren sahen in der Tätigkeit der „Front algérien pour la Défense et le Respect des Libertés“ eine ernsthafte Bedrohung der Grundlagen ihrer Herrschaft in Algerien. Die „Liberalen“, in erster Linie Chevalier selbst, unternahmen nicht geringe Anstrengungen, um diese Einheitsfront der antikolonialen Kräfte des Landes zu spalten, wobei sie in ihr bestehende ideologische und taktische Meinungsverschiedenheiten ausnutzten. Um rechtzeitig einer neuen Vereinigung aller Strömungen der Befreiungsbewegung vorzubeugen, beeilten sich die französischen Kolonialbehörden und die örtliche europäische Oberschicht, gewisse alte Methoden der Unterdrückung des algerischen Volkes durch „neue“ zu ersetzen. Deshalb wurde in den Jahren 1952 bis 1954 in Algerien eine Verstärkung des Einflusses der „Liberalen“ auf die Politik der Kolonialadministration sichtbar.

Im Mai des Jahres 1953 wurde Jaques Chevalier Oberbürgermeister der Stadt Algier. Er hob bei jeder Gelegenheit seine „Fürsorge“ für die sozial-ökonomischen Probleme der einheimischen Bevölkerung hervor, trat für die Entwicklung des Wohnungsbaues und des Gesundheitswesens und für eine weitere „Industrialisierung“ Algeriens mit Hilfe staatlicher Subsidien Frankreichs ein. Das alles sollte nach seiner Meinung die Lage gewisser algerischer Bevölkerungsschichten (städtische Mittel- und Kleinbourgeoisie), die im wesentlichen die gemäßigten Nationalisten unterstützten, verbessern helfen, und sie zur Abkehr von der nationalen Bewegung veranlassen. Dieser Kurs Chevaliers wurde von vielen anderen Munizipalitäten aufgegriffen; er erhielt die Bezeichnung „Politik der sozialen Beschönigung“¹².

Um die Kommunisten zu isolieren, begann Chevalier im städtischen Gemeinwesen Algeriens Kontakte mit Vertretern der Nationalisten aufzunehmen. Mit allen Mitteln versuchte er sie zu überzeugen, ihre Zustimmung zur apolitischen Rolle der Gemeinde-

¹¹ Ebenda, S. 531.

¹² *Liberté*, Algier, v. 18. 3. 1954.

räte zu geben, d. h. zur völligen Ausschaltung der örtlichen Organe der Selbstverwaltung von der Erörterung politischer Probleme. Gemeinsam mit den Kolonialbehörden ermunterte Chevalier die nationale Bourgeoisie, die passive Haltung „des Abwartens“, die sie nach dem Zerfall der „Front algérien pour la Défense et le Respect des Libertés“ eingenommen hatte, beizubehalten. Dabei war er bemüht, durch Zusammenarbeit mit Vertretern der nationalen Bourgeoisie, die zunichte gewordenen Illusionen von einer möglichen „loyalen französisch-muslimischen Zusammenarbeit“ zu erneuern. Um den Betrug breiter Massen der algerischen Bevölkerung durch Demagogie und die vorgetäuschte Fürsorge für ihre Bedürfnisse zu verstärken, waren alle Maßnahmen Chevaliers von einem außerordentlichen Propagandalärm begleitet.

So organisierte Chevalier im August des Jahres 1953 mit großem Pomp eine Zeremonie anlässlich der Grundsteinlegung des neuen Städtchens „Diar as-Saad“. Damit begann er seinen großangekündigten „Feldzug für die Wohnungen“. Mit gleichem Lärm wurde die Grundsteinlegung des Städtchens „Diar-al-Machsul“ am 17. Oktober 1953 vom französischen Minister für Wiederaufbau vollzogen. Alle Rekorde schlug Chevalier in dieser Beziehung am 4. August 1954, dem sogenannten „großen Tag des Aufbaus“, als er feierlich das Städtchen „Diar as-Saad“ (723 Wohnungen, 32 Läden, eine Schule, eine Garage, ein Postbüro, Sportplätze) der Öffentlichkeit übergab. Er besuchte die Baustellen des Städtchens „Diar-al-Machsul“ und auch des Städtchens „Klima Frankreich“, das er der Bevölkerung der Kasba, dem muslimischen Teil der Stadt Algier, zu übergeben versprach.¹³

Jedoch waren diese, auf den ersten Blick bedeutenden Maßnahmen, in der Praxis wenig wirksam. Die erdrückende Mehrheit der einheimischen Bevölkerung, die in den Dörfern lebte, merkte nichts von den „Wohltaten“ Chevaliers. Auch die städtische Armut, die in erbärmlichen Hütten, den traurig berühmten Bidonvilles zusammengepfercht war, und der es tatsächlich an Wohnungen mangelte, ging leer aus. Im Zusammenhang mit der Misere der Regierungskredite für den Wohnungsbau verkündete die Stadtverwaltung von Algier im Jahre 1954 eine sogenannte „Anleihe für Wohnungen für alle“ in Höhe von 900 Millionen Franken, um damit den Bau von 2225 Wohnungen zu finanzieren. Die Hälfte dieser Wohnungen sollte vermietet und der andere Teil zum Mitbesitz verkauft werden.¹⁴ Daraus ergibt sich, daß diese Wohnungen nur Personen erhalten konnten, die in der Lage waren, Obligationen der Anleihe zu erwerben, die Wohnung zu kaufen oder die Miete für sie bei der Stadtverwaltung zu bezahlen. Die Mehrheit der in der Stadt wohnenden armen Algerier, besonders die Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeiter, waren dazu nicht in der Lage. Das Politbüro der Kommunistischen Partei Algeriens stellte im Herbst 1953 den Mißerfolg der Politik der „Liberalen“ fest und wies auf das Ansteigen der Preise, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Not hin, darauf, daß der Bau schöner Städtchen das Anwachsen der Bidonvilles nicht aufhalte.¹⁵

¹³ *La nouvelle revue française d'outre-mer*, Paris, Sept. 1957, Nr 9, S. 409.

¹⁴ Ebenda, Febr. 1954, Nr 2, S. 60.

¹⁵ *Liberté*, Algier, v. 5. 11. 1953.

Nichtsdestoweniger behauptete das Organ Blachettes „Journal d'Alger“, daß Chevalier während seiner einjährigen Tätigkeit als Oberbürgermeister angeblich die sozialen und politischen Ursachen des „Aufruhrs“ – „die Wohnungskrise und die Spaltung im Stadtrat liquidiert hätte“¹⁶.

Die „Liberalen“ waren bald gezwungen, die Maske des „Freundes“ der Algerier fallenzulassen; sie entpuppten sich als eifrige Kolonialisten.

Als am 20. Mai 1954 die französische Nationalversammlung ein Gesetz annahm, wonach einheimische Algerier und Europäer in den gesamten Räten Algeriens paritätisch vertreten sein sollten – bisher hatten den Europäern in den allgemeinen Räten zwei Drittel der Plätze gehört –, stimmte Jaques Chevalier für das Prinzip der paritätischen Vertretung, trat aber gegen seine Anwendung auf die Munizipalräte auf.¹⁷ Chevalier, der im Sommer 1954 zum Staatssekretär für Kriegsfragen in der Regierung Mendès-France ernannt worden war, nahm persönlich an der Unterdrückung der Partisanenbewegung in Tunis teil und berichtete im Oktober 1954: „Es wird alles getan werden, um mit den Aufständischen fertig zu werden“.¹⁸ Die gesamte Politik der „Liberalen“, die soziale Demagogie, die intensive Propaganda des „gemäßigten“ Kolonialismus, das Predigen des Apolitizismus und die Ermunterung des passiven Abwartens scheiterte, denn sie erreichte nicht ihr Hauptziel: es gelang ihr nicht, das Anwachsen der nationalen Bewegung aufzuhalten. Die „liberale Politik“ konnte nicht den Zerfall des baufälligen Gebäudes des Kolonialregimes verhindern, sondern nur verzögern. Aber es wäre unrichtig, den Einfluß der Politik der „Liberalen“ auf einige Schichten der Algerier, besonders auf die nationale Bourgeoisie, einen Teil der Intelligenz und der Angestellten gänzlich zu leugnen. In gewissem Maße erzeugte dieser Einfluß Bereitschaft zur Passivität und zum Kompromiß bei einem Teil der Algerier, spaltete die Kämpfer gegen den Kolonialismus, desorientierte sie und verringerte damit ihre Schlagkraft. Der Einfluß der „Liberalen“ auf die gemäßigten Nationalisten war eine der bedeutenden Ursachen für das Fehlen einer einheitlichen antikolonialen Front in den Jahren 1952 bis 1954 in Algerien.

Die folgende Etappe in der Entwicklung der Politik des „Neokolonialismus“ in Algerien begann nach dem bewaffneten Aufstand der algerischen Patrioten in der Nacht zum 1. November 1954. Der Übergang des Kampfes für die Unabhängigkeit Algeriens von der friedlichen Form der antikolonialen Bewegung zur bewaffneten Aktion wurde vor allem in tiefster Illegalität von den konsequent eingestellten jungen Nationalisten vollzogen.¹⁹ Die legalen nationalen Parteien und Organisationen nahmen nicht an der Vorbereitung und Organisation des Aufstandes teil. Dennoch traf auch sie die ganze Schwere der Repressalien der Kolonialbehörden. Gegen die Aufständischen wurden große Teile der französischen Armee eingesetzt. Einige Monate lang bemühten sich die Kolonisatoren, den bewaffneten Widerstand der Patrioten

¹⁶ Ebenda, v. 4. 11. 1954.

¹⁷ Ebenda, v. 27. 5. 1954.

¹⁸ Ebenda, v. 14. 10. 1954.

¹⁹ In dem vorliegenden Artikel wird auf die Entwicklung des bewaffneten Kampfes für die Erringung der Unabhängigkeit Algeriens in den Jahren 1954 bis 1962 und seine Besonderheiten nicht eingegangen.

ausschließlich durch Polizeiterror zu brechen. Allein im November und Dezember 1954 wurden annähernd 3000 Algerier verhaftet.²⁰ Viele von ihnen wurden grausam gefoltert.²¹ Jedoch mit dem weiteren Erstarken der Aufstandsbewegung nahm die französische Regierung zur Taktik des Neokolonialismus Zuflucht.

Im Jahre 1955 wurde einer der verschlagensten und reaktionärsten Politiker Frankreichs, Jacques Soustelle, später Führer des französischen Neofaschismus, zum Generalgouverneur Algeriens ernannt. Vor ihm stand die Aufgabe, den algerischen Unruheherd sowohl durch militärische Unterdrückungsmaßnahmen als auch durch umfassende politische Manöver „liberalen“ Charakters zu liquidieren. Die Tätigkeit Soustelles in Algerien beweist wiederum das Fehlen eines prinzipiellen Unterschieds zwischen Neokolonialismus und Ultrakolonialismus, denn der neue Gouverneur wandte direkte und indirekte Kolonialmethoden an, um das französische Joch aufrechtzuerhalten.

Nach seiner Ankunft im Lande begann Soustelle sofort mit der Ausarbeitung einer Reihe wirtschaftlicher, sozialer und administrativ-juristischer Maßnahmen, mit deren Hilfe die Kolonisatoren beabsichtigten, die Unzufriedenheit des Volkes zu vermindern und Uneinigkeit in die Reihen der Aufständischen zu tragen. Deshalb wurden die Kredite für die Berufsausbildung, für die Volksbildung, für die Bewässerung trockener Gebiete und für die Versorgung der Arbeitslosen geringfügig erhöht. Soustelle erkannte, daß die chronische Arbeitslosigkeit den antifranzösischen Agitatoren die Masse der Mittellosen zur Aushebung von Rekruten überließ.²² Sein Vorschlag, „die algerischen autochthonen Bewohner weitgehend an den gesellschaftlichen und privaten Pflichten Anteil nehmen zu lassen“²³, verfolgte das Ziel, in Algerien eine privilegierte prokolonialistische Schicht von Algeriern zu schaffen. Gleichzeitig wurden von ihm Maßnahmen zur militärischen Unterdrückung des Aufstandes ergriffen: Er gründete einen gemischten militärisch-zivilen Stab für die örtliche Leitung der Strafoperationen gegen die Aufständischen und die Maßnahmen der Kolonialverwaltung. Es wurde ein spezieller „Kommandostab der Zone des südlichen Constantines“, d. h. des am stärksten vom Aufstand erfaßten Gebietes Aurès gebildet; er begann fernerhin sogenannte „Mobilgruppen der Landbewachung“ aus algerischen Söldlingen der Kolonialbehörden zu formieren.²⁴ Im März 1955 hatte die Zahl der französischen Truppen 200 000 Mann erreicht.²⁵

Die Nationalversammlung Frankreichs nahm auf Vorschlag Soustelles am 3. April 1955 ein Gesetz über den Ausnahmezustand in Algerien an, das der Generalgouverneur für Verhaftungen und Verbannungen der mit den Aufständischen sympathisierenden Personen, in erster Linie der Kommunisten²⁶, ausnützte. Zur gleichen Zeit bemühte sich Soustelle, die Reihen der nationalen Bewegung mit demagogischen

²⁰ *The new statesman and nation*, London 1955, Nr 1258, S. 539.

²¹ *Cahiers Internationaux*, Paris, Febr. 1956, S. 41.

²² Soustelle, J., *Aimée et souffrante Algérie*, Paris 1956, S. 43.

²³ Ebenda, S. 39.

²⁴ Ebenda, S. 51 u. 96.

²⁵ *The new statesman and nation*, a. a. O., 1955, Nr 1258, S. 532.

²⁶ Soustelle, J., a. a. O., S. 50.

²¹ Kolonialismus und Neokolonialismus

„liberalen“ Demonstrationen zu spalten. So entließ er im März/April 1955 die Mehrheit der gemäßigten Nationalisten, die im November 1954 verhaftet worden waren, aus den Gefängnissen.

Jedoch erreichten die Manöver und die Demagogie Soustelles ihr Ziel nicht. Es war weder möglich, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, den Lebensstandard der eingeborenen Bevölkerung zu erhöhen, noch in kurzer Zeit die Zahl der algerischen Staatsbeamten bei Erhaltung des Kolonialregimes bedeutend zu erhöhen.²⁷ Deshalb konnten alle „Reformen“ und geringfügigen Zugeständnisse Soustelles die Lage im Lande in Wirklichkeit nicht verändern und damit auch nicht die Ursachen beseitigen, die zum revolutionären Aufstand am 1. November 1954 geführt hatten.

Eine vollständige Niederlage erlitten auch die militärisch-politischen Maßnahmen Soustelles. Die Anwendung des Gesetzes über den Ausnahmezustand in Algerien verstärkte die angespannte Situation im Lande noch mehr, da sie die Unzufriedenheit der verschiedensten Bevölkerungsschichten und die Ausdehnung der Aktivität der Aufständischen auf die zentralen Gebiete Algeriens hervorrief.²⁸ Die Formierung bewaffneter Gruppen muslimischer Söldlinge wandte sich letztlich gegen die Kolonialverwaltung, da viele Algerier, die von den Behörden Waffen erhalten hatten, auf die Seite der Nationalen Befreiungsarmee übergingen.²⁹ Auch das Manöver, das mit der Freilassung der verhafteten Nationalisten betrieben wurde, brachte keinen Erfolg: die Mehrzahl der Entlassenen ging zu den Aufständischen über. Trotz Erhöhung der Truppenstärke gelang es auf rein militärischem Gebiet nicht, Veränderungen herbeizuführen, obgleich in den ersten Monaten des Jahres 1955 die Aufständischen eine Reihe Mißerfolge zu verzeichnen hatten. Sie formierten sich aber bald von neuem und fügten den Kolonialtruppen bedeutende Verluste zu.³⁰

Soustelle, bemüht, einen Ausweg aus der sich ständig verschlechternden Situation zu finden, verkündete am 1. Juni 1955 seinen ersten Plan der „Integration Algeriens“ d. h. seiner vollen Verschmelzung mit der Metropole. Dieser Plan war nur eine Fortsetzung der von dem Generalgouverneur begonnenen Maßnahmen auf sozial-ökonomischem und verwaltungstechnischem Gebiet und verfolgte die gleichen Ziele. Die Grundidee des „Integrations“-Planes bestand darin, der muslimischen Bevölkerung einzureden, sie sei französisch und könne deshalb die gleichen Rechte wie die Bürger Frankreichs genießen. Deshalb waren die Vorschläge Soustelles auf ein Verwischen der juristischen Unterschiede zwischen Muslims und Europäern gerichtet, was natürlich weder das Wesen der kolonialen Ausbeutung noch die Grundlagen des Kolonialregimes berührte. Der Plan Soustelles sah vor allem einige unwesentliche

²⁷ Das von Soustelle gegründete „Komitee der Vollbeschäftigung“ wies darauf hin, daß es notwendig sei, jährlich Arbeit für 60 000 junge Muslims bereitzustellen. Aber zu dieser Zeit (April 1955) waren in Algerien, wie durch Soustelle selbst anerkannt, nicht weniger als 800 000 Algerier arbeitslos. (Soustelle, J., a. a. O., S. 60/61 u. 81.)

²⁸ Жансон, К. и Ф., Алжир вне закона, Moskau, S. 217/218.

²⁹ Im Organ der Nationalen Befreiungsfront, dem Journal *El-Moudjahid*, wurden Listen der Algerier abgedruckt, die mit der Waffe in der Hand auf die Seite der Patrioten übergegangen waren. Siehe *El-Moudjahid*, 1956, Nr 3, S. 29–32.

³⁰ Soustelle, J., a. a. O., S. 97.

Maßnahmen zur Neuverteilung des Landbesitzes zugunsten der Algerier vor, die bei aller Unzulänglichkeit nicht einmal verwirklicht wurden. So war vorgesehen, das Chammasat durch die in Frankreich traditionelle Halbpacht zu ersetzen, die bis dahin in der Praxis nicht angewandten Verordnungen aus dem Jahre 1947 über die Einführung der Schulbildung in arabischer Sprache zu verwirklichen, das Militärregime in den Gebieten der algerischen Sahara abzuschaffen, die islamische Religionsausübung vom Staat zu trennen und die örtliche Selbstverwaltung³¹ zu reformieren. Der „Liberalismus“ Soustelles ging soweit, daß er, ungeachtet des Unwillens der ultrakolonialistischen Kreise, sogar Kontakte mit einigen algerischen Führern aufnahm und ihr prinzipielles Einverständnis zu seinen „Integrationsplänen“ erreichte. Auf diese Weise versuchte er die Autorität, die die gemäßigten Nationalisten noch unter den Massen besaßen, für seine Ziele auszunutzen und sie dem wachsenden Einfluß der nationalen Befreiungsfront entgegenzustellen.

Soustelle war bestrebt, die „Integration“ den Algeriern schmackhaft zu machen. So erklärte er am 28. Juni 1955 in einer Rede im algerischen Rundfunk: „Integration bedeutet nicht Assimilation. Die ethnische, sprachliche und religiöse Originalität Algeriens soll und wird geachtet werden, aber sie soll es nicht daran hindern, in verwaltungsmäßiger, ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht eine echte französische Provinz zu werden.“³² So erkannte Soustelle faktisch an, daß das algerische Volk nach Sprache, Kultur und Herkunft nicht französisch ist. Dessen ungeachtet trat er dafür ein, daß Algerien auch in Zukunft wirtschaftlich und administrativ ein einheitliches Ganzes mit Frankreich darstellen und das politische System wie früher durch die französischen Machthaber bestimmt werden solle.

Folglich beinhaltete die Politik der „Integration“ nichts prinzipiell Neues und setzte die Linie der Vorgänger Soustelles fort, die gleichfalls behauptet hatten, daß Algerien Frankreich sei. Neu waren nur die besonders nachdrückliche Betonung dieser These und die Bereitschaft, zweitrangige Reformen zuzugestehen mit dem Ziel, das Hauptsächliche zu retten, nämlich die politische Herrschaft Frankreichs in Algerien und die Ausbeutung des Landes durch die französischen Monopole und die örtliche europäische Bourgeoisie.

Ebenso charakteristisch in dieser Hinsicht war der zweite Integrationsplan für Algerien, den Soustelle am 7. Januar 1956 verkündete. Dieser Plan sah vor, den Posten des Generalgouverneurs zu beseitigen, die Verwaltung Algeriens mit der Metropole vollständig zu verschmelzen, die Sozialgesetzgebung zu vereinheitlichen sowie nach einer unbestimmten Zeitspanne – vermutlich nach der Niederwerfung des Aufstandes – Algerier und Franzosen in ihren politischen Rechten gleichzustellen und die Zahl der Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung zu erhöhen. Dabei wies Soustelle die Behauptung zurück, er habe angeblich vorgeschlagen, entsprechend der Zahl der europäischen und algerischen Wahlberechtigten³³ für Algerien 120 Abgeordnete zu wählen. Der neue Plan Soustelles war nichts

³¹ Ebenda, S. 77–90.

³² Ebenda, S. 109.

³³ *Cahiers Internationaux*, Paris, Februar 1956, S. 42.

anderes als eine Fortsetzung des ersten Integrationsplanes. Doch betonte er stärker die Tendenz der Assimilierung und der formalen Zugeständnisse gegenüber den Forderungen des algerischen Volkes nach politischer Gleichberechtigung.

Dieses Projekt ignorierte jedoch völlig die Existenz des algerischen nationalen Problems und die Notwendigkeit, es zu lösen; es garantierte auch nicht die politische Gleichheit der Algerier, denn es erhielt die französische Kolonialverwaltung. Der Kern des Soustelles-Planes lag in dem Versuch, künstlich die Eigenständigkeit des algerischen Volkes zu vernichten und seine koloniale Abhängigkeit zu erhalten.

Der Rechtssozialist Robert Lacoste, der in der Regierung Guy Mollets zum Ministerresidenten für Algerien ernannt wurde und Soustelle im Februar 1956 ablöste, setzte im wesentlichen dessen Politik fort.

Obwohl das Kabinett Guy Mollets offiziell die algerische Individualität anerkannte und damit den Plan der „Integration“ ablehnte, erfolgte keine bedeutende Veränderung der französischen Politik in Algerien. Nachdem er im März des Jahres 1956 von der französischen Nationalversammlung entsprechende Sondervollmachten erhalten hatte, entwickelte der „Sozialist“ Lacoste die „Befriedung Algeriens mit militärischen Mitteln“. Durch die von ihm angeforderte Verstärkung von 200 000 Mann wuchs die französische Armee in Algerien auf 400 000 Mann an. Die Repressalien gegen die algerischen Patrioten wurden grausamer. Die Funktion der Gerichtsorgane wurde immer häufiger von den für spezielle Strafoperationen ausgebildeten kleinen militärischen Einheiten der Fallschirmjäger ausgeübt. Sie waren mit Vollmachten ausgestattet, die es ihnen erlaubten, alle „Verdächtigen“ unter Anwendung von Foltern und der herrschenden „Rechtsprechung“³⁴ nach eigenem Gutdünken, ohne jegliche Kontrolle zu verhören.

Gleichzeitig erließ Lacoste, der wie Soustelle die ultrakolonialistischen Maßnahmen mit neokolonialistischen verband, in den Monaten März bis April 1956 eine Reihe von Dekreten. Diese wurden den Algeriern als „bedeutende“ sozialökonomische Reformen angepriesen. Aber sie waren tatsächlich nur die Anwendung des ersten Integrationsplanes bzw. versprachen nur, einige Dinge davon zu verwirklichen. Sie sahen eine obligatorische Erhöhung des Anteils der algerischen Chammassen (Pächter) an den von ihnen erzeugten Produkten von einem Fünftel auf die Hälfte vor. Ferner sollte die Zulassung von Muslims zur Verwaltungstätigkeit erleichtert, den alten Muslims eine monatliche Unterstützung gewährt sowie Enteignung großer Landbesitzungen³⁵ gegen angemessene Vergütung durchgeführt werden, um einen Fonds für Landzuteilung an landlose und landarme Bauern zu schaffen. Die reale Bedeutung dieser Maßnahmen war sehr gering. Die Kolonialisten und die mit ihnen verbundenen algerischen Feudalen raubten die algerischen Bauern weiterhin aus. Der Umfang der Unterstützung war äußerst niedrig (2000 Frc.). Keinem einzigen Muslim wurde Land zugeteilt. Doch der Rückkauf der Latifundien war für ihre Besitzer ein vorteilhaftes Geschäft. Davon zeugt besonders die Erhöhung der Aktienkurse der Gesellschaften, die diese „Expropriation“³⁶ durchzuführen hatten.

³⁴ *Эрето, М.*, Алжирская нация существует, Moskau, 1957, S. 131.

³⁵ *Cahiers Internationaux*, April 1956, S. 83.

³⁶ *Эрето, М.*, а. а. О., S. 133.

So wurde schon in den ersten Monaten der Politik Guy Mollets und Lacostes in Algerien klar, daß diese Politik sich ihrem Wesen nach durch nichts von der Linie unterschied, die Soustelle vorher verfolgt hatte, ungeachtet der formalen Anerkennung der „algerischen Individualität“ durch die Sozialisten und ihres formellen Abweichens von der Idee der „Integration“. Die Hauptrichtung der Politik Mollets – Lacostes in Algerien, die in der Erhaltung der französischen Herrschaft durch militärischen Zwang und durch sozialökonomische Demagogie mit dem Ziel, breite Massen des algerischen Volkes von der nationalen Bewegung loszureißen, bestand, entsprach vollständig den Interessen sowohl der großen Monopole Frankreichs als auch der europäischen Oberschicht in Algerien.

Die Besonderheit der Politik der Neokolonialisten in Algerien bis zur Mitte des Jahres 1958 bestand darin, daß sie nicht unmittelbar von Vertretern der herrschenden Kreise Frankreichs geführt wurden, sondern von Vertretern der örtlichen europäischen Bourgeoisie (Blachette–Chevalier von 1950 bis 1954) oder durch die von Paris aus ernannten Politiker (Soustelle im Jahre 1955; Lacoste vom Jahre 1956 bis 1958), die sich in erster Linie von den Interessen der europäischen Spitze in Algerien leiten ließen. Dieser Umstand bedingte die bekannte Begrenztheit der Manöver des Neokolonialismus in Algerien, denn die örtliche europäische Bourgeoisie war – wie schon bemerkt – an der Erhaltung des Kolonialregimes äußerst interessiert. Deshalb konnte sie nur in dem engen Rahmen der „Unveränderlichkeit“ der französischen Souveränität über Algerien „manövrieren“. Der Integrationsplan Soustelles war daher das Maximum an Zugeständnissen.

Die französische Großbourgeoisie wünschte jedoch seit dem Frühjahr 1958 in Algerien „keine Zeit mehr zu verlieren“ und war nicht abgeneigt, zur Sicherung ihrer Interessen einen imperialistischen Frieden zu schließen.³⁷ Da sie weitreichende internationale Verbindungen und bedeutende finanzielle und industrielle Macht besaßen, über die die europäische Oberschicht Algeriens nicht verfügte, rechneten die Trusts und Monopole Frankreichs auch dann mit der Sicherstellung ihrer militärisch-ökonomischen Positionen, wenn sie Algerien einen gewissen Grad politischer Selbständigkeit gewährten. Deshalb war das französische Monopolkapital an der Durchführung einer wendigeren und energischeren Politik auf der Basis des Neokolonialismus interessiert.

Im Juni 1958 wurde in Frankreich das Regime der persönlichen Macht des Generals Charles de Gaulle errichtet, womit die Herrschaft der Trusts und Monopole in bedeutendem Maße gefestigt wurde. Die Regierung de Gaulle begann in Algerien eine ganze Reihe von Maßnahmen zu verwirklichen, die dazu angetan waren, die verschiedensten Schichten der Algerier dem politischen Einfluß der französischen Behörden zu unterwerfen. Am 3. Oktober 1958 hielt de Gaulle in der algerischen Stadt Constantine eine Rede. Mit dem Ziel, die Algerier zu korrumpieren, stellte er seinen berüchtigten „Fünfjahrplan“ auf, der die völlige Gleichheit des Arbeitslohnes und der Pension der Algerier und Franzosen, den Bau von Wohnungen für eine Million Algerier, die Verteilung von 250 000 ha Land, Arbeit für 400 000 Erwerbs-

³⁷ *France Nouvelle*, Paris, v. 3. 12. 1959.

lose, Industrialisierung des Landes, Schulbildung für alle algerischen Kinder und weitreichende Einbeziehung von Algeriern in den Verwaltungsdienst und in den Staatsapparat in Frankreich selbst vorsah.³⁸ Der Plan de Gaulles war nichts als schamlose Demagogie. Die Gleichstellung des Lebensstandards von Franzosen und Algeriern unter Beibehaltung der politischen Herrschaft der europäischen Oberschicht im Lande war schon deshalb nicht zu verwirklichen, weil damit das Prinzip der kolonialen Ausbeutung unterhöhlt worden wäre. Für die 1,5 Millionen Arbeitslosen und 1150000 landlosen Bauern Algeriens bedeutete dieses Programm keine Lösung der sozialen Frage.³⁹ Dieser Plan, dem der reale sozialökonomische Inhalt fehlte, verfolgte in erster Linie politische Ziele. De Gaulle legte sie dar, als er sagte: „Diese tiefe Evolution erlaubt, früher oder später zum politischen Statut Algeriens zu gelangen.“⁴⁰ So beabsichtigte er, politische Probleme des Landes erst nach fünf Jahren zu lösen. Das französische Oberkommando hoffte offensichtlich, in dieser Zeit die Befreiungsarmee zu entkräften oder zu vernichten; die Zivilverwaltung aber glaubte, durch Korruption und Demagogie den weitaus größten Teil der Algerier auf ihre Seite ziehen zu können.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Gründung einer sogenannten dritten Kraft zuteil. Die Kolonialbehörden gingen unmittelbar nach der Verkündung des Constantine-Planes daran, sich künstlich eine ähnliche Stütze zu schaffen.⁴¹ Im Jahre 1959 stellten die Algerier 22 Prozent der Beamten der sogenannten neuen Garnitur.⁴² In der Hauptsache rekrutierten sie sich aus der bürgerlichen Intelligenz, die an französischen Lehranstalten ausgebildet und ideologisch geprägt worden war. Zusammen mit einigen Feudalen, die weiterhin den Kolonisatoren dienten, und Großkaufleuten, die sich an Lieferungen für die französische Armee bereicherten, sollten diese Beamten die „dritte Kraft“ darstellen, die fähig war, unter der Maske des „gemäßigten Nationalismus“ einen mehr oder weniger bedeutenden Teil der Algerier von der Teilnahme am nationalen Befreiungskampf abzuhalten. Aus der Mitte der „dritten Kraft“ wurden zahlreiche „Auserwählte“ herangezogen, die die französischen Machthaber mit Hilfe der in Algerien traditionellen großen Wahlfälschungen und des auf die Wähler ausgeübten Polizeidruckes auf die Posten der Deputierten, der Senatoren, der Gemeinde- und Departements-Räte schmuggelten. Einige dieser „Gewählten“, die danach strebten, Autorität unter den breiten Schichten des algerischen Volkes zu erlangen, kritisierten sogar einige Aspekte der französischen Politik in Algerien. Sie traten für einen „Frieden in Algerien ein, der für alle annehmbar sei“⁴³.

Das ausgeprägte politische, ökonomische und ideologische Wirken des Neokolonialismus wurde von einer Ausweitung und Verstärkung der militärischen Operationen gegen die von den Aufständischen gegründete nationale Befreiungsarmee be-

³⁸ *Le Monde*, Paris, v. 4. 10. 1958

³⁹ *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag 1958, Nr 2, S. 64.

⁴⁰ *Le Monde*, Paris, v. 4. 10. 1958.

⁴¹ *La pensée*, Paris, Nov. – Dez. 1958, S. 15.

⁴² *Journal d'Alger*, Algier, v. 6. 10. 1959.

⁴³ *Oriente Moderno*, Rom, Aug. – Sept. 1959, S. 683.

gleitet. Zu schwach, ihren Widerstand zu brechen, griffen die Schergen zu grausamen Strafen gegenüber der Bevölkerung, zu Massenerschießungen und der Verschleppung der Bewohner zerstörter Siedlungen in sogenannte Umgruppierungslager, d. h. in Konzentrationslager. Im März 1960 befanden sich in diesen Lagern mehr als 1800000 Algerier.⁴⁴

Jedoch unterstützte die breite Masse der Algerier die Patrioten auch weiterhin. Hinzu kam, daß sich schon in den ersten Jahren der Constantine-Plan als unerfüllbar erwies und aus diesem Grunde auf die Algerier ohne Wirkung blieb.⁴⁵

Das Mißlingen des „Constantine-Planes“ und der Bankrott der „Befriedung mit militärischen Mitteln“ zogen logischerweise die Niederlage des Neokolonialismus im Kampf mit der patriotischen Nationalen Befreiungsfront Algeriens um den Einfluß auf die breiten Schichten der Algerier nach sich.

Alle Manöver der Behörden und der militärischen Sonderämter erwiesen sich unter den Bedingungen des Kolonialkrieges als untauglich, die patriotischen Gefühle der Algerier zu unterdrücken.⁴⁶ Die Neokolonialisten hofften, daß es ihnen gelänge, einen entscheidenden Umschwung der Ereignisse in Algerien zu ihren Gunsten zu erreichen, nachdem de Gaulle am 16. September 1959 gezwungen war, das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Indessen führten die Fortsetzung des Kolonialkrieges durch Frankreich, der heldenmütige Widerstand der Nationalen Befreiungsarmee, die Entlarvung der Verlogenheit der sozialökonomischen Demagogie des Neokolonialismus, die schweren Leiden des algerischen Volkes unter dem Terror der französischen Soldateska und der Massenhinrichtungen während der Kämpfe zu völlig anderen Ergebnissen. 1960 begann ein stürmischer Aufschwung der patriotischen Bewegung in den algerischen Städten, der sich allmählich auch viele Vertreter der „dritten Kraft“ anschlossen.

Unter dem Druck des algerischen Volkes, der fortschrittlichen Kräfte in Frankreich und der Weltöffentlichkeit wichen die französischen Rechtskreise Schritt um Schritt zurück und waren Anfang 1962 gezwungen, Algerien die volle Unabhängigkeit, ohne Beibehaltung irgendwelcher politischer Bindungen an Frankreich, zu gewähren.

Die Politik des Neokolonialismus in Algerien erlitt eine Niederlage, weil sie von dem algerischen Volk fremden Interessen bestimmt war.

Wenn die Ultrakolonialisten, die die Losung „der französischen Souveränität in Algerien“ verteidigten, die Interessen der örtlichen europäischen Oberschicht verfochten, so waren die Neokolonialisten, die die Bereitschaft zeigten, den Algeriern bestimmte Zugeständnisse zuzugestehen, mehr um die Erhaltung der Positionen des französischen Monopolkapitals in Algerien besorgt. Es ging im wesentlichen nicht darum, wie die Algerier ausgebeutet werden müßten, sondern darum, wer sie ausbeuten sollte. Deshalb sagte das algerische Volk, als es sich mit Unterstützung des sozialistischen Lagers, der unabhängigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, der fortschrittlichen Kräfte in Frankreich und der ganzen Welt zum Kampf um

⁴⁴ *El-Moudjahid*, Tunis, v. 31. 3. 1960.

⁴⁵ *Economie et politique*, Paris, Sept. 1960, S. 27.

⁴⁶ *Etudes méditerranéennes*, Paris, Herbst 1961, S. 36–37.

seine Befreiung erhob, nicht nur den Ultras, sondern auch den Neokolonialisten den Kampf an.

Aber die Niederlage des Neokolonialismus bedeutet nicht, daß Algerien, wie auch andere Länder, die unlängst die Unabhängigkeit erhalten haben, vor den Intrigen der Neokolonialisten – nicht nur Frankreichs, sondern auch der USA, Englands, der Bundesrepublik Deutschlands und anderer Staaten, den Mitgliedern des aggressiven NATO-Paktes – sicher sind. Deshalb bleibt auch nach der Proklamierung der Unabhängigkeit Algeriens die Wachsamkeit gegenüber möglichen Intrigen und Manövern des Neokolonialismus eine bedeutende Aufgabe der algerischen Patrioten.

C. ENISAH

Englisch-amerikanische Gegensätze im Kampf um das Erdöl des Mittleren Ostens

Erdöl findet in der modernen Wirtschaft in immer größerem Maße und auf immer zahlreicheren Gebieten Verwendung. Als Energieträger und Ausgangspunkt verschiedenartigster Erzeugnisse der chemischen Industrie ist es, insbesondere auch für militärische Belange, unentbehrlich geworden. Die wichtigsten Erdölvorkommen zu besitzen oder zu kontrollieren ist daher eines der Ziele imperialistischen Machstrebens. Dabei standen die riesigen Erdöllagerstätten des Mittleren Ostens stets im Mittelpunkt des besonderen Interesses der imperialistischen Mächte, zwischen denen es um den Besitz dieses Rohstoffes häufig zu ernststen Auseinandersetzungen kam.

I. Öl – Quelle riesiger Profite

Die veröffentlichten „erwiesenen“ Vorräte¹ an Erdöl in den vier bedeutendsten erdölfördernden Ländern des Mittleren Ostens (Kuweit, Saudi-Arabien, Iran und Irak) beliefen sich im Jahre 1961 auf 25,8 Milliarden Tonnen oder auf mehr als 68 Prozent der veröffentlichten „erwiesenen“ Vorkommen der gesamten kapitalistischen Welt.²

Der Anteil des Mittleren Ostens an der Erdölförderung der kapitalistischen Welt stieg seit dem ersten Weltkrieg außerordentlich stark an und beträgt gegenwärtig mehr als ein Viertel.

Im Jahre 1956 kontrollierten amerikanische Ölgesellschaften 57,5 Prozent und britische und britisch-niederländische 35,3 Prozent der gesamten Erdölförderung des Mittleren Ostens. Der Rest wurde durch andere, vor allem französische (etwa 6 Prozent) Interessengruppen gefördert. Gegenwärtig liegt der amerikanische Anteil noch etwas höher, da einige unabhängige, von den großen Monopolen nicht direkt kontrollierte Gesellschaften Konzessionen erlangt haben. Auch der Anteil der „sonstigen“ Ölproduzenten stieg schwach an. Das resultiert aus der Gewährung von

¹ Die Angaben über „erwiesene“ Vorräte an Erdöl erfassen nur durch Aufschlußbohrungen definitiv festgestellte Reserven.

² Die tatsächlichen Vorräte dieser Länder, auch die sogenannten „erwiesenen“ Vorräte, sind nicht bekannt. Wahrscheinlich übersteigen sie die gemachten Angaben, da die Ölgesellschaften die Öffentlichkeit im Interesse ihrer Profite und der Erhaltung ihrer Positionen über die Ergebnisse der Schürfungen in ihren Konzessionsgebieten nur unzureichend informieren.

Kapitalistisches Wirtschaftsgebiet — Förderung von Erdöl und „erwiesene“ Vorräte an Erdöl im Jahre 1913³

Land bzw. Gebiet	Erdölförderung			Erdölvorräte		
	tatsächl. Förderung	Anteil an der Welt-prod.	Zahl der produzie-renden Boh-rungen	Förd. je produzie-rende Bohrg.	„erwiesene“ Vorräte	Anteil Welt-vorräten
	1000 t	Prozent		t/Tag	1000 t	Prozent
Mengeneinheit	2	3	4	5	6	7
Nordamerika	384 884	40,6	617 421	1,7	5 472 400	14,5
Mittel- u. S. Amerika*	205 588	21,7	27 916	20,2	3 560 100	9,5
Europa	14 964	1,6	6 199	6,6	225 600	0,6
Afrika	19 747	2,1	727	73,2	1 185 400	3,1
Ferner Osten	28 056	3,0	5 579	13,8	1 472 100	3,9
Mittl. Osten	293 752	31,0	1 546	500,8	25 772 200	68,4
davon:						
Bahrain	2 242	0,2	149	41,2	33 400	0,1
Irak	49 022	5,2	96	1399,0	3 575 800	9,5
Iran	69 763	7,3	109	1735,0	4 732 900	12,6
Kuweit	82 711	8,7	374	605,9	8 547 000	22,8
Neutr. Zone	9 380	1,0	196	131,1	877 200	2,3
Katar	8 381	0,9	33	695,8	357 800	0,9
Saudi-Arabien	68 023	7,2	216	862,8	7 036 500	18,7
kap. Welt ges.	946 991	100,0	—	—	37 687 800	100,0

* ohne Kuba

Anteil der wichtigsten Erdölfördergebiete an der Erdölförderung der kapitalistischen Welt 1917–1961 (in Prozent)⁴

Land bzw. Gebiet	1917	1927 ^a	1937	1947	1958	1961
USA	76,0	76,0	69,3	65,5	41,5	37,3
Venezuela	—	5,3	10,0	15,3	17,4	16,4
Mittlerer Osten	1,6	3,4	6,3	10,8	27,1	31,0
übrige Gebiete	22,4	15,3	14,4	8,4 ^b	14,0 ^b	15,3 ^b
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

³ Berechnet und zusammengestellt nach *Erdöl und Kohle*, Hamburg, Heft 4, April 1962, S. 331.

⁴ Berechnet nach Angaben in *Erdöl und Kohle*, Heft 4, April 1959, S. 284; ebenda, Heft 4, April 1962, S. 331, (a = ohne ehemaliges Russisches Reich, b = einschließlich europ. u. asiat. sozialist. Staaten, deren Anteil von etwa 1 Prozent das Bild jedoch nicht verschiebt.)

Anteil der amerikanischen, britischen, britisch-niederländischen und sonstigen Gesellschaften an der Erdölförderung des Mittleren Ostens im Jahre 1956 (in Millionen Tonnen, einschließlich Naturbenzin)⁵

Land	USA Gesellschaften	Brit. und brit.-ndl. Gesellsch.	Sonstige Gesellschaften	Gesamt
Bahrain	1510	—	—	1510
Irak	7010	15 840	8 490	31 340
Iran	10 604	14 315	1 591	26 510
Kuweit	27 495	27 495	—	54 990
Neutrale Zone	1 670	—	—	1 670
Katar	1 397	2 793	1 690	5 880
Saudi-Arabien	48 710	—	—	48 710
Sonstiges	0 005	—	0 457	0 480
Mittlerer Osten gesamt	98 401	60 443	12 246	171 090
in Prozent	57,52	35,32	7,16	100,0

Schürf- und Förderrechten an eine Anzahl neuer, hauptsächlich japanischer und italienischer Gesellschaften und aus der Bildung von teilweise oder ganz in nationalem Besitz befindlichen Ölgesellschaften. Als Quelle kapitalistischer Profite ist das Öl des Mittleren Ostens von unermeßlichem Wert. Um eine Vorstellung von der Größe dieser Gewinne zu erhalten, ist es nicht notwendig, die kompliziert aufgebauten Bilanzen der einzelnen Gesellschaften zu analysieren. Vielmehr genügt hierzu schon die Kenntnis der grundlegenden Tatsache, daß die Produktionskosten für Rohöl im Mittleren Osten wesentlich niedriger sind als in jedem anderen Teil der kapitalistischen Welt.

Schätzungen zufolge betrugen die Durchschnittskosten je Barrel Rohöl einschließlich der Kosten für die Erweiterung der Produktion in den Jahren von 1949–1958 im Mittleren Osten 16 Cents, während sie in Venezuela 57 Cents, im Fernen Osten 87 Cents und in den Vereinigten Staaten 1,66 Dollar ausmachten.⁶ Die Differenz zwischen den Produktionskosten je Barrel in den Vereinigten Staaten und denen im Mittleren Osten betrug also 1,50 Dollar. Der Weltmarktpreis für Öl ist aber, gleichgültig ob das Öl aus den Vereinigten Staaten, Venezuela, dem Mittleren Osten oder einem anderen Gebiet kommt, etwa der gleiche, da infolge eines monopolistischen Übereinkommens der USA-Ölpreis die Grundlage bildet.⁷ Das erklärt die riesigen

⁵ Berechnet und zusammengestellt nach *Erdöl und Kohle*, a. a. O., Heft 12, Dezember 1957, S. 907.

⁶ *Economic Developments in the Middle East 1958–1959*, Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Organisation, New York 1960, S. 28/29. Die hier gegebenen Relationen sind auch gegenwärtig noch voll gültig.

⁷ Gewisse geringfügige Schwankungen während der letzten Jahre können dieses Bild nicht verwischen.

Gewinne der im Mittleren Osten tätigen Ölgesellschaften. So machte z. B. die British Petroleum Company nach enormen Abzügen für Abschreibungen, Zuweisungen an die Kapitalreserve und Zurückstellungen für Steuern und Royalties im Jahre 1960 einen Reingewinn von 62,2 Millionen Pfund Sterling. Im gleichen Jahr betrug das Bruttoeinkommen dieser Gesellschaft 957,3 Millionen Pfund Sterling, das aus dem Verkauf von 72,9 Millionen Tonnen Öl und Ölzeugnissen erzielt wurde, wobei etwa 95 Prozent des Rohöls aus dem Mittleren Osten stammten.

Offiziell ausgewiesene Gewinne einiger Ölgesellschaften in den Jahren 1960 und 1961
(in Millionen Dollar und in Prozent)⁸

Gesellschaft	1960	1961	Veränderungen
Standard Oil Co. (N. J.)	688,6	758,0	+ 10,1
Texas Co.	391,8	430,1	+ 9,8
Gulf Oil Corp.	330,0	338,5	+ 2,6
Standard Oil Co. of California	266,1	294,0	+ 10,5
Socony Mobil Oil Co. Inc.	182,6	211,1	+ 15,6
Standard Oil Co. (Ind.)	144,8	153,8	+ 6,2
Shell Oil Co.	144,6	140,4	- 2,9
Phillips Petroleum Co.	112,9	113,5	+ 0,5

Amerikanische Schätzungen beziffern die Gewinne sechs größerer Erdölgesellschaften in den USA im Verhältnis zu ihren investierten Kapitalien für die Jahre 1955–1958 auf durchschnittlich 15 Prozent.⁹ Der gleichen Quelle zufolge betrugen die durchschnittlichen Profitraten der Gesellschaften in Saudi-Arabien (ARAMCO) in den Jahren 1955 und 1956 aber 45 bzw. 49 Prozent¹⁰ und in Kuwait im Durchschnitt der Jahre 1956–1959 67 Prozent.¹¹

Lange bevor das erste Öl im Mittleren Osten gefunden wurde, stand dieser Teil der Welt direkt oder indirekt unter britischer Herrschaft. Durch die Besetzung Ägyptens und der Suezkanalzone kontrollierte Großbritannien den Seeweg zum Persischen Golf. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich England durch verschiedene Verträge den alleinigen Einfluß auf die Gebiete der westlichen Seite des Persischen Golfes gesichert. Der Irak wurde nach dem ersten Weltkrieg britisches Mandatsgebiet. Britische Subventionen bildeten bis zum zweiten Weltkrieg die Hauptstütze der saudi-arabischen Finanzen.

Im Gegensatz hierzu ist der Einfluß der Vereinigten Staaten ein Ergebnis der neueren Entwicklung. Bis zur Mitte der zwanziger Jahre hatten amerikanische Ölgesellschaften keinerlei Anteil an der Förderung und an den Vorräten des Erdöls im Mittleren Osten. Heute ist der in weniger als 35 Jahren erworbene amerikanische Anteil am Ölreichtum dieses Gebietes fast doppelt so groß wie der britische. „In the

⁸ *Erdöl und Kohle*, a. a. O., Heft 3, März 1962, S. 238.

⁹ Leeman, Wayne, E., *The Prince of Middle East Oil, An Essay in Political Economy*, Cornell University Press, Ithaka, New York 1962, S. 77.

¹⁰ Ebenda, S. 69.

¹¹ Ebenda, S. 76.

Middle East the advance of the American oil companies and American strategic influence continuously pressed back the former dominant British interests. In 1938 the Middle East oil output totalled 16 million tons, of which the United States controlled 2 million, or one-eighth. By 1950 the Middle East oil output had increased to 87,6 million tons, of which the United States controlled 40,4 million tons, or nearly one-half.“¹²

II. Die Phase der alleinigen britischen Herrschaft im Mittleren Osten

Die britischen Interessen am Öl des Mittleren Ostens lassen sich bis auf die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Bis zum Jahre 1914 beherrschten britische Gesellschaften nach jahrelangem Schürfen zu Beginn des Jahrhunderts, als sich die Verwendung von Petroleumprodukten auszuweiten begann, bereits Ölfelder in Persien und Ägypten. In Persien stieß man im Mai 1908 bei Masǧid-i-Solaimān auf das erste Öl. Ein Jahr später wurde zur Ausnutzung einer langfristigen, ganz Persien umfassenden Konzession die Anglo-Persian Oil Company mit einem Anfangskapital von zwei Millionen Pfund Sterling gegründet. 1913 förderte man auf den persischen Ölfeldern nur 80 000 t jährlich. Die dort lagernden Ölvorräte waren jedoch gut bekannt und rechtfertigten die kühnsten Träume der Ölpioniere.

Die britische Admiralität sah sich veranlaßt, die Kohle als Brennstoff für ihre Schiffe durch Öl zu ersetzen und sogar dazu überzugehen, die in Privatbesitz befindliche Anglo-Persian Oil Company direkt zu kontrollieren. Auf Initiative Winston Churchills, dem damaligen ersten Lord der Admiralität, erwarb die britische Regierung die Hälfte der Anteile der Gesellschaft.

Vom Standpunkt des britischen Imperialismus aus geschah das keinen Augenblick zu zeitig. Das Gesetz, mit dem sich die britische Regierung direkt in der Erdölindustrie engagierte, wurde sechs Tage vor Ausbruch des ersten Weltkrieges verabschiedet. Die Förderung persischen Öls stieg von 80 000 t im Jahre 1913 auf 897 000 t im Jahre 1918. Öl war zu einem kriegswichtigen Rohstoff geworden, und der Verlauf des Krieges in Mesopotamien wurde in hohem Maße von der Notwendigkeit, die Tätigkeit der Anglo-Persian in Südwestpersien zu schützen und durch deren Pläne, ihren Einfluß auf Mesopotamien auszudehnen, bestimmt.¹²

Mesopotamien, der heutige Irak, war bereits seit langem als potentieller Ölproduzent bekannt. Dies war der Aufmerksamkeit der englischen Ölpioniere nicht entgangen. Aber Großbritannien hatte in dieser Provinz des damaligen Ottomanischen Reiches ernstzunehmende Konkurrenten. Seinen beherrschenden Einfluß beim türkischen Sultan hatte es an Deutschland verloren, und deutsche Interessengruppen versuchten geschickt, sich in den Wilājats Bagdad und Mosul Ölkonzessionen zu sichern. Die beiden rivalisierenden Gruppen schlossen schließlich einen Kompromiß. 1912 wurde aus einer Vorläufergesellschaft die Turkish Petroleum Company

¹² Dutt, R. Palme, *The Crisis of Britain and the British Empire*, Lawrence & Wishart Ltd., London 1953, S. 172.

gegründet, deren Anteile 1913 endgültig zu je einem Viertel an die Deutsche Bank und an die Shell-Gruppe und zur Hälfte an die Anglo-Persian Oil Company unter Wahrung eines Anteils für Gulbenkian¹³ in Höhe von fünf Prozent gingen.^{14/15} Das Resultat der Bemühungen der Gesellschaft bei der türkischen Regierung, die vom britischen und deutschen Botschafter unterstützt wurden, war ein Brief Sa'id Salim Paschas, des damaligen türkischen Großwesirs, vom 28. Juni 1914, in welchem zugesagt wurde „to lease to the T.P. C. all oil deposits discovered or to be discovered in the Mossul and Baghdad wilayas, ...“¹⁶ Infolge des Kriegsausbruches wurden keine weiteren Dokumente ausgetauscht, das ganze Unternehmen mußte verschoben werden.

Der Krieg gab Großbritannien Gelegenheit, das begehrte Gebiet militärisch zu besetzen. Maßnahmen aller Art wurden ergriffen, um das Gebiet zur ausschließlichen britischen Einflußzone zu machen. Die Geschichte der Teilung des Osmanischen Reiches, zuerst durch die Geheimabkommen während des Krieges, dann durch die Friedensregelung, ist bekannt. Entsprechend den Vereinbarungen des geheimen Sykes-Picot-Abkommens vom Mai 1916¹⁷ sollten Syrien, der Libanon und das Gebiet Mosul eine französische und das übrige Mesopotamien zusammen mit weiteren arabischen Gebieten eine britische Zone werden. Als am Ende des Krieges jedoch britische Truppen das Gebiet Mosul besetzt hatten, war Frankreich gezwungen, von diesem Teil des Abkommens Abstand zu nehmen. Das Gebiet Mosul kam zur britischen Zone, wofür Großbritannien versprach, den fünfundzwanzigprozentigen deutschen Anteil an der T. P. C. französischen Interessengruppen zu übertragen.

Diese Abmachungen wurden durch das englisch-französische Abkommen von San Remo und durch den Friedensvertrag von Sevres vom Jahre 1920 endgültig bestätigt. Im Ergebnis des Krieges hatte sich Großbritannien im Irak festgesetzt, ebenso an den Zugangswegen zum Persischen Golf und nach Westasien. Zeitweilig schien die britische Stellung trotz des frühen Entstehens einer nationalistischen Bewegung, durch die in späteren Jahren die Fundamente der britischen Herrschaft zerstört werden sollten, unerschütterlich.

III. Der amerikanische Angriff auf die britischen Positionen

Die erste ernste Bedrohung der anscheinend so sicheren Herrschaft Großbritanniens über den Ölreichtum des Mittleren Ostens ging von den Vereinigten Staaten aus, die aus dem ersten Weltkrieg finanziell und militärisch gestärkt hervorgegangen waren und

¹³ Gulbenkian war ein Armenier, der bei den Verhandlungen mit der Hohen Pforte in der Frage der Ölkonzessionen vermittelte. Seine Familie war durch Verkauf russischen Erdöls reich geworden und hatte großen Einfluß.

¹⁴ Longrigg, Stephan Hemsley, Iraq 1900 to 1950. A Political, Social and Economic Survey. Issued under the Auspices of the Royal Institute of International Affairs, Oxford University Press, London, New York, Toronto, 2. Aufl. 1956, S. 65.

¹⁵ Interessant ist, daß durch diese Abmachungen eine amerikanische Interessengruppe, die Chester-Gruppe, ausgeschaltet wurde.

¹⁶ Longrigg, Stephan Hemsley, a. a. O., S. 66.

¹⁷ Im Oktober 1917 von der Sowjetunion enthüllt.

Großbritannien als führende kapitalistische Macht abzulösen begannen. Das amerikanische Monopolkapital war bereit, erstmalig in großem Ausmaß im Ausland zu investieren, zumal die Erfahrungen in der amerikanischen Erdölindustrie selbst gezeigt hatten, daß diese eine der profitabelsten Kapitalanlagesphären war.

Im Jahre 1918 lieferten die USA etwa zwei Drittel der Welterdölproduktion, während die gesamte Förderung des Mittleren Ostens nur knapp über einer Million Tonnen lag, die in Persien und Ägypten gefördert wurden. Die Reserven des Mittleren Ostens wurden nur vermutet. Dessen ungeachtet verloren die Vereinigten Staaten keine Zeit, das „Recht“ Amerikas geltend zu machen, sich ebenso wie Großbritannien an der Erforschung und Ausbeutung der Reichtümer dieses Gebietes zu beteiligen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Amerikaner den Briten ihren ersten Anteil am Öl dieses Gebietes ausgerechnet im Irak entrissen. Hierbei handelte es sich um eine Beteiligung an der Ausbeutung von Ölfeldern, deren Vorräte nicht bekannt waren und auf denen noch nicht gebohrt worden war. Das State Department unterstützte mit allen Mitteln, auch durch offene Intervention, diesen Anspruch.

Der Augenblick war günstig. Großbritannien war an die USA stark verschuldet. Der Friedensvertrag mit der Türkei war noch nicht abgeschlossen. Es bestand keine Gewißheit, ob die Regierung der Vereinigten Staaten das im Jahre 1914 zugesagte Recht auf die Ausbeutung der Ölvorkommen in den Gebieten Bagdad und Mosul anerkennen würde.¹⁸ Auf einer Konferenz hätte daher eine für Großbritannien unangenehme Situation entstehen können. Man mußte nach einem Kompromiß suchen. Es gab keine andere Alternative, als sich grundsätzlich mit einer amerikanischen Beteiligung am irakischen Öl einverstanden zu erklären und eine entsprechende Zusage abzugeben. Lange und komplizierte Verhandlungen, während denen Großbritannien sich gegen ein weiteres amerikanisches Vordringen zu sichern suchte, verzögerten jedoch den Abschluß eines Abkommens. Die englische Gesellschaft bestand—als Gegenleistung für die Abtretung der Hälfte ihrer Anteile am irakischen Öl—auf einer Verpflichtung ihrer Partner, keinerlei alleinigen Ölinteressen in den anderen asiatischen Gebieten des ehemaligen Osmanischen Reiches, mit Ausnahme von Kuwait, dessen England sich sicher glaubte, nachzugehen. Jedwede Konzession in diesem Gebiet sollte den Teilhabern der T. P. C. nur gemeinsam gewährt werden. Dadurch wollte Großbritannien verhindern, daß die USA, die im Namen des Prinzips der „offenen Tür“ die britischen Positionen gefährdeten, Großbritannien aus seiner ureigensten Einflußsphäre verdrängten.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Vorschlag im Jahre 1927 angenommen. Die Turkish Petroleum Company wurde in die Iraq Petroleum Company umgewandelt, an der die Anglo-Persian Oil Company, die Royal Dutch/Shell-Gruppe

¹⁸ Die Vereinigten Staaten traten gegen das englisch-französische Übereinkommen im Irak auf und verlangten die Anwendung des Prinzips der „offenen Tür“, zu dessen Anerkennung in den Mandatsgebieten Großbritannien laut Völkerbundstatut verpflichtet war, auch auf das Erdöl des Iraks. Sie erkannten den Brief des Großwesirs vom 28. Juni 1914 nicht als gültige Konzession an und verwiesen auf eine der amerikanischen Chester-Gruppe im Jahre 1910 gemachte Zusage der türkischen Regierung.

(zu 40 Prozent in britischem, zu 60 Prozent in niederländischem Besitz), die Compagnie Française de Petroles und eine Gruppe amerikanischer Firmen Anteile von je 23,75 Prozent hatten und an der Gulbenkian mit fünf Prozent beteiligt war. Im Juli 1928 unterzeichneten alle Beteiligten dieses von England verlangte Abkommen, das in der Folge als das sogenannte „Red-Line-Agreement“ bekannt wurde.¹⁹

Das „Red-Line-Agreement“ blieb dem Namen nach bis 1946 in Kraft, verhinderte aber nicht die schnelle Ausdehnung des amerikanischen Einflusses eben in dem Gebiet, das unter gemeinsamer englisch-amerikanischer Kontrolle zu halten beschlossen worden war. Die Standard Oil Company, der riesige Rockefeller-Konzern, begann unverzüglich zu handeln. Im Jahre 1929, ein Jahr nach dem Abschluß des Vertrages, war bereits eine ihrer Tochtergesellschaften im Besitz der Ölkonzessionen auf den Bahrein-Inseln. Dem folgten im Jahre 1935 Ölkonzessionen in Saudi-Arabien.²⁰

Die britische Regierung versuchte vergebens, den Verletzungen des „Red-Line-Agreement“ Widerstand zu leisten. Das USA-Außenministerium verteidigte die amerikanischen Interessen energisch. In bezug auf die juristische Lage stellte England zu spät fest, daß es die Erfindungsgabe der amerikanischen Gesellschaften unterschätzt hatte: Die Konzessionen in Bahrein und Saudi-Arabien gingen an die Standard Oil of California und nicht an die Stammgesellschaft Standard Oil of New Jersey, die das „Red-Line-Agreement“ unterzeichnet hatte.

Außer starkem politischen Druck und neben sinnreich erdachten juristischen Fiktionen nutzten die amerikanischen Gesellschaften die verbreitete Illusion, daß die USA keine Bindungen zu einer auf Ausbeutung bedachten Kolonialmacht hätten, zu ihrem Vorteil aus. Auch blendeten sie durch Geldangebote die verarmten arabischen Herrscher. Stephan Longrigg, ein Vertreter der Iraq Petroleum Company, der im Juli 1933 nach Saudi-Arabien reiste, um in letzter Minute die Vergabe der Konzessionen nur an die Amerikaner zu verhindern, erinnerte sich, daß „the I. P. C. directors were slow and cautious in their offers and would speak only of rupees when gold was demanded. Their negotiator, so handicapped, would do little.“²¹ Die Standard Oil hingegen leistete eine erste Zahlung von 30000 Goldsovereigns – verglichen mit dem immensen Reichtum, den die Standard Oil gewann, eine gering-

¹⁹ Auch hierbei mischte sich die amerikanische Regierung als Sachverwalter amerikanischer Ölinteressen ein. Leeman schreibt hierzu: „... with the support of the State Department, a number of American companies ... persuaded – or, more probably, forced – the Europeans to sell them a share (23.75 percent) in the Turkish Petroleum Company ...“ und verweist auf einen Brief des State Department, der zitiert ist bei B. Shwadran, *The Middle East. Oil and the Great Powers*, 2. verb. Aufl., Council for Middle Eastern Affairs Press, New York 1959, S. 246f. (Leeman, Wayne E., a. a. O., S. 154f.)

²⁰ Diese Konzessionen wurden erteilt, obgleich König Ibn Saud seit 1923 von britischen Interessengruppen in Erwartung der Vergabe der Ausbeutungsrechte ausschließlich an die Briten eine jährliche Zahlung erhielt.

²¹ Longrigg, Stephan Hemsley, *Oil in the Middle East. Its Discovery and Development*, issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs, Oxford University Press, London, New York, Toronto, 1954, S. 107.

fügige Summe. Der ältere britische Imperialismus erhielt einen ersten Beweis der Methoden seines reicheren und beweglicheren Rivalen.

Großbritannien versuchte mit aller Kraft, dem Sinken seines Einflusses zu begegnen. In Kuwait, wo die Gulf Oil, eine amerikanische Gesellschaft, mit dem Herrscher seit Mitte der zwanziger Jahre Verbindung aufgenommen hatte, spitzten sich die Dinge zu. Nach einem vom Herrscher im Jahre 1899 unterzeichneten Vertrag²² war Kuwait, obgleich dem Namen nach ein Teil des Ottomanischen Reiches, praktisch ein britisches Protektorat. Zusätzlich erlangte der britische Resident für den Persischen Golf im Jahre 1913 eine schriftliche Verpflichtung des Herrschers, die Bitumen-Lagerstätten in Burgan und an anderen Stellen zu zeigen und im Falle einer begründeten Hoffnung der britischen Regierung, dort Öl fördern zu können, niemandem, außer von der britischen Regierung ernannten Personen, eine Konzession zu geben.²³ Es gab also gewichtige Gründe zu glauben, daß der britische Einfluß in Kuwait ungefährdet sei und es daher aus dem Red-Line Agreement auszunehmen. Weder die Gulf Oil Corporation noch das amerikanische Außenministerium ließen sich hiervon zurückhalten. Das Drängen des State Department, das auch vor der Ausübung politischen Drucks nicht zurückschreckte, ist verständlich, wenn man weiß, daß der USA-Gesandte in London im Jahre 1931 kein anderer war als A.W. Mellon, einer der Hauptaktionäre dieser amerikanischen Gesellschaft.

Nach ihrer Niederlage auf den Bahrein-Inseln und in Saudi-Arabien leistete die britische Regierung jedoch stärkeren Widerstand und erreichte schließlich, daß der Anglo-Persian Oil Company die gleichberechtigte Teilhaberschaft in Kuwait zugesichert wurde. Die Kuwait Oil Company, die 1934 eine Konzession erhielt, war und ist noch zu gleichen Teilen im Besitz der Gulf Oil und der Anglo-Persian Oil, der heutigen British Petroleum Company.

IV. Die Verdrängung Großbritanniens durch die USA

Auf diese Weise errangen die USA innerhalb weniger Jahre entscheidende Siege über Großbritannien im Kampf um die Kontrolle über das arabische Öl. Diese Siege wurden möglich, da dieses erste Kräftemessen zwischen den beiden führenden imperialistischen Mächten zu einer Zeit statt fand, als die nationale Bewegung im Mittleren Osten ihren Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse noch nicht mit allem Nachdruck ausüben konnte. Die stärkere imperialistische Macht erhielt den größeren Beuteanteil. Der Anteil Großbritanniens, obwohl kleiner geworden, blieb dennoch recht beträchtlich und stellt bis zur Gegenwart einen äußerst wichtigen Faktor in der Weltpolitik dar.

Es ist notwendig, auf die Anfänge des Konkurrenzkampfes zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien einzugehen, um dessen neuere Stadien richtig

²² In diesem Vertrag verpflichtete sich der Scheich, keinerlei Beziehungen mit anderen Mächten ohne britische Genehmigung aufzunehmen. Die Ausbeutung der Bodenschätze sollte ausschließlich den Briten vorbehalten sein.

²³ Siehe auch Hoskins, Halford L., *The Middle East. Problem Area in World Politics*, New York 1954, S. 206.

²⁴ Kolonialismus und Neokolonialismus

verstehen zu können. Gegen seinen imperialistischen Rivalen führte Großbritannien einen verlorenen Kampf, der 1954, als sich die USA auf den Ölfeldern in Südiran durchsetzten, seinen Höhepunkt erreichte. Diese spätere Etappe des Konkurrenzkampfes fand jedoch unter vollkommen anderen Bedingungen statt, unter denen der Kampf zwischen den räuberischen Mächten durch neue, in den Vordergrund tretende Kräfte beeinflusst wurde. Wie überall, so hat sich auch im Mittleren Osten die Situation infolge des nationalen Aufbegehrens der kolonial unterdrückten und abhängigen Länder nach dem zweiten Weltkrieg und der Stärke der Sowjetunion, die bereit ist, den antikolonialistischen Kampf zu unterstützen, gewandelt. Es war für die Imperialisten nicht leicht, gegen diese mächtige Kräftevereinigung eine gemeinsame Front zu bilden, da sie einerseits vor der Notwendigkeit standen, der gemeinsamen Gefahr zu begegnen und andererseits entschlossen sein mußten, ihre Interessen gegeneinander zu verteidigen.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges mußte sich Großbritannien in dem von den USA geführten imperialistischen Lager mit einer untergeordneten Rolle begnügen. Die Führung im kalten Krieg begünstigte eine ungeheure Expansion der USA in die politischen und wirtschaftlichen Einflusssphären ihrer Verbündeten, trotz deren verzweifelten Anstrengungen, diesen Prozeß aufzuhalten. Im Mittleren Osten bestand zwischen den imperialistischen Partnern hinsichtlich ihres Widerstandes gegen die wachsende nationale Befreiungsbewegung nur geringe Übereinstimmung. 1951, zur Zeit des iranischen Versuches, die Ölindustrie zu verstaatlichen, mußte das britische Monopolkapital für die Unterstützung durch die USA einen hohen Preis zahlen. Als Ägypten 1956 die Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichte, ließen die USA ihre Verbündeten im Stich und verfolgten ihre Ziele mit eigenen Methoden.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges begann man gerade erst mit der Ausbeutung der neuen Konzessionsgebiete. Der Krieg verhinderte weitere Bohrungen. Die Produktion in Iran und im Irak mußte auf lokale militärische Bedürfnisse beschränkt werden, da der Transport durch das Mittelmeer zu riskant war. In Kuwait war die Produktion noch nicht aufgenommen worden, und auch in Saudi-Arabien wurde nur wenig Öl gefördert. Die Rivalität der Vorkriegszeit wurde jedoch nicht beendet. Es ist eindeutig erwiesen, daß Großbritannien während des Krieges geschickt versuchte, in Saudi-Arabien Fuß zu fassen. Von 1940 bis 1942 zahlte Großbritannien Subventionen an Ibn Saud. Ein großer Teil dieser Gelder stammte aus der Lease-Lend-Unterstützung, die Großbritannien von den USA erhielt. Ende 1942 erfuhren die amerikanischen Besitzer der saudi-arabischen Konzessionen, daß Großbritannien beabsichtige, Saudi-Arabien in die Sterling-Zone einzubeziehen. Die amerikanische Reaktion war schnell und eindeutig. Im Februar 1943 erklärte Präsident Roosevelt offiziell, daß Saudi-Arabien für die Verteidigung der USA lebensnotwendig sei und daß deshalb die Lease-Lend-Gelder statt wie bisher über Großbritannien nunmehr direkt an Saudi-Arabien gezahlt würden. Damit schwand die letzte Hoffnung Großbritanniens, das Öl Saudi-Arabiens wenigstens indirekt zu kontrollieren.

Trotz der Beseitigung der unmittelbaren Gefahr für die Vereinigten Staaten in Saudi-Arabien untersuchte die Roosevelt-Regierung genau die Möglichkeiten Großbritanniens, seinen Einfluß wiederherzustellen. Um allen Eventualitäten zuvor-

zukommen, unternahmen die Vereinigten Staaten Schritte, die ihre Furcht offenbarten, von ihrem Alliierten überlistet zu werden. Über die U.S. Petro-Corporation wurde versucht, die Engländer durch ein zweiseitiges Abkommen zu binden.

Nach zweijährigen Verhandlungen unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Großbritannien im September 1945 ein Erdölabkommen mit dem angeblichen Ziel, „die Entwicklung der internationalen Erdölindustrie zu fördern“. Neben unklaren Hinweisen auf Regierungsbesprechungen wurde die wichtige Bedingung gestellt, daß „alle gültigen Konzessionsverträge und gesetzmäßig erworbene Rechte“ zu respektieren seien. Außerdem verpflichteten sich beide Regierungen, „keine Eingriffe, direkt oder indirekt, in solche Verträge und Rechte vorzunehmen“.

Es ist nicht verwunderlich, wenn die britische Regierung dieses Abkommen widerstrebend und nur, nachdem sie durch ständigen Druck von seiten der USA dazu gezwungen wurde, unterzeichnete. Schließlich wurde sie durch die Haltung der amerikanischen Erdölindustrie doch noch vor der unerwünschten Bindung bewahrt. Die amerikanischen Gesellschaften waren nicht bereit, irgendwelche Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit zu akzeptieren. Sie setzten ihren ganzen Apparat zur Beeinflussung der Abgeordneten in Bewegung und erreichten, daß das Abkommen vom Senat nicht gebilligt wurde und daher nicht in Kraft trat.

V. Die Ereignisse in Iran

Mit dieser eben geschilderten Episode ging eine Phase in den britisch-amerikanischen Auseinandersetzungen um den Mittleren Osten zu Ende. Bereits zwei Jahre danach entwickelte sich die amerikanische Politik des kalten Krieges, die vor allem dem Kampf gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager diente, auch in der Richtung, die Positionen Großbritanniens zu durchdringen. Im April 1947 proklamierte die Truman-Doktrin das Recht der Vereinigten Staaten, sich im Namen des Antikommunismus überall einzumischen.²⁴ „The Truman Doctrine expressed the American strategy to establish suzerainty in the Middle East, and proclaimed the new imperialist technique of imposing economic and political control over nominally independent countries through the supply of subsidies and armaments and the maintenance of docile governments on this basis.“²⁵

Die erste Waffenlieferung an Iran befürwortete die USA-Regierung im Mai 1948. Damit begann die politische und wirtschaftliche Durchdringung mit dem Ziel der Beherrschung des Landes, die die Basis für die amerikanischen Aktionen gegen die iranische nationale Befreiungsbewegung in den fünfziger Jahren und für die Erlangung eines bedeutenden Anteils an der Erdölindustrie Irans schuf.

Die iranischen Erdölfelder hatten sich von unschätzbarem Wert für die Kriegführung in Nordafrika und im Fernen Osten erwiesen. Die Erdölförderung wuchs

²⁴ Die USA sagten der Türkei und Griechenland besondere ökonomische und militärische Hilfe zu. Dieses Versprechen wurde später auch auf Iran ausgedehnt.

²⁵ Dutt, R. Palme, a. a. O., S. 166.

von 9,3 Millionen t im Jahre 1942 auf 16,8 Millionen t im Jahre 1945 und stieg weiter auf 20,0 Millionen t im Jahre 1947 und 31,7 Millionen t im Jahre 1950. Die Profite der britischen Erdölgesellschaft, die schon vor dem Kriege sehr hoch waren, erreichten Rekordhöhen. Der Netto-Profit nach der Besteuerung erhöhte sich von 7,8 Millionen £ im Jahre 1942 auf 18,2 Millionen £ im Jahre 1947 und auf 33,1 Millionen £ im Jahre 1950. Diese Profite wurden *nach* Abzug der Steuern an das britische Finanzministerium, die allmählich anstiegen und 1947 15,2 Millionen £ und 1950 50,7 Millionen betrugen, erzielt.

Die als Gewinnanteile und Steuern an die iranische Regierung gezahlten Summen beliefen sich 1942 auf 4 Millionen £ und stiegen 1947 auf 7,1 Millionen £ und 1950 auf 16 Millionen £ an. Die Zahlen für 1950 zeigen, daß das Einkommen der iranischen Regierung aus der Erdölindustrie weniger als ein Fünftel der Gesamtprofite der Gesellschaft und der britischen Regierung betrug.

Im Jahre 1949, als die Erörterung im Mağlis über die Frage der iranischen Erdöleinkünfte eine ernste Wendung nahm, gab man sogar in Whitehall zu, daß die Zahlungen an Iran ziemlich unzulänglich seien. Im Juli 1949 erklärte sich die AIOC bereit, die Zahlungen etwas zu erhöhen. Dieses „Zugeständnis“ war aber zu gering und kam zu spät. Der Mağlis weigerte sich, den vorgeschlagenen Zusatzantrag zu unterzeichnen.

Alle Kräfte der Nationalen Front, geführt von Dr. Moşaddiq, vereinigten sich im Kampf um die Nationalisierung der Erdölindustrie. Im April 1951 wurde Moşaddiq zum Premierminister ernannt, und drei Tage später verabschiedete der Mağlis das Gesetz über die Verstaatlichung der Erdölindustrie. Die amerikanische Regierung trat entsprechend der Truman-Doktrin als „Beschützer“ Irans auf und gab von Anfang an zu verstehen, daß sie über die Krise eigene Ansichten hätte.²⁶

Als Anthony Eden im Oktober 1951 Außenminister wurde, war es sein erstes Anliegen, eine Unterredung mit Außenminister Dean Acheson herbeizuführen und zu versuchen, den Iranern eine geschlossene Front entgegenzustellen.

In seinen Memoiren bemerkt er: „Anfänglich hatten wir stark voneinander abweichende Meinungen über die Zukunft des Iran.“²⁷ Die Haltung Achesons zeigte deutlich, daß Amerika beabsichtigte, eine neutrale Position einzunehmen. Die USA hatten keinen Anteil am iranischen Erdöl, weshalb für sie auch keine unmittelbaren Interessen auf dem Spiel standen. Außerdem sahen die Amerikaner in Moşaddiq ein kleineres Übel gegenüber der gefürchteten Tudeh-Partei, deren Einfluß im Lande ständig zunahm. Bei den Verhandlungen mit den USA muß Eden gewußt haben – und das war sein Trumpf –, daß die USA zwar Uninteressiertheit vortäuschte, aber insgeheim fürchteten, daß alle amerikanischen Erdölinteressen im Nahen Osten gefährdet würden, wenn es Iran gelänge, die Erdölindustrie in seinem Besitz zu behalten. Die Volksbewegung in Iran entwickelte sich mit solcher Geschwindigkeit, daß es Eden nicht wagte zu warten. Er erkannte, daß der Preis für eine gemeinsame Aktion gegen Iran unverzüglich gezahlt oder zumindest zugesichert werden mußte.

²⁶ Vgl. *Eden, Sir Anthony*, Memoiren, 1945–1957, Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1960, S. 228 ff.
²⁷ Ebenda, S. 234.

Über seine Verhandlungen mit Dean Acheson und Averall Harriman im November 1951 schreibt Eden: „Auf den jüngsten amerikanischen Vorschlag, der sichtlich auf den Ausschluß britischer Techniker vom Iran und die Übergabe sehr wertvollen britischen Besitzes hinauslief, konnten wir nicht eingehen . . . Wir erläuterten unsere Einwände gegen die amerikanischen Vorschläge, und nach einiger Diskussion darüber wurden wir gefragt, welche Alternativlösung wir für durchführbar und annehmbar hielten. Ich packte dann meinen Vorschlag einer amerikanischen Beteiligung aus. Eigentlich widerstrebte es den Amerikanern, den Anschein zu erwecken, als wollten sie sich selbst kommerzielle Interessen sichern. Aber Harriman meinte, wäre dieser Vorschlag schon im vergangenen Sommer gemacht worden, so hätte er die Gedankengänge der Iraner beeinflussen und eine befriedigendere Situation herbeiführen können. Ich dachte das gleiche, sagte es aber nicht.“²⁸

Mit dieser Zusicherung erkaufte sich Großbritannien die Unterstützung Amerikas in der Erdölkrise noch vor Ablauf des Jahres 1951. Die zwei imperialistischen Mächte arbeiteten jetzt Hand in Hand, um die Entwicklung in Iran rückgängig zu machen und begannen eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten.

Moşaddiqs Erdölpolitik fand überwältigende Unterstützung innerhalb des iranischen Volkes. Eine militärische Intervention stellte ein zu großes Risiko dar, da der sowjetisch-iranische Vertrag von 1921 der Sowjetunion das Recht zusprach, im Falle einer Invasion durch andere Mächte Truppen in das Land zu bringen. Es verblieb die Waffe der Wirtschaftsblockade, und diese wurde schonungslos angewandt, um dem iranischen Volk den Nutzen aus seiner Erdölindustrie zu rauben. Die britischen und amerikanischen Vertriebsgesellschaften weigerten sich, auch nur einen Tropfen des nationalisierten iranischen Erdöls zu kaufen. Direkte Verkäufe an andere potentielle Abnehmer wurden durch Prozesse und diplomatischen Druck verhindert. Irans Recht, die Erdölgesellschaft zu verstaatlichen, wurde jedoch international anerkannt: Großbritannien erhielt keine Unterstützung vom Sicherheitsrat, und der Internationale Gerichtshof erklärte, daß er nicht kompetent sei, sich mit dieser Streitigkeit zu befassen. Das änderte nichts an der Tatsache, daß die iranische Regierung über keine Tanker für den Erdöltransport verfügte und daß etwaige Abnehmer daran gehindert wurden, den Transport auf eigenen Tankern vorzunehmen.

Irans Wirtschaft, disproportioniert durch die ausländische Herrschaft, war äußerst schwach. Gleichzeitig blockierte Großbritannien die iranischen Sterlingguthaben in London und weigerte sich, britische Waren zu liefern.

Der amerikanische Imperialismus versuchte, über internationale Organisationen (International Cooperative Alliance und direkt über die Weltbank) die Kontrolle über die iranische Ölindustrie zu erlangen. Diese Versuche schlugen jedoch fehl. 1953 wurden Moşaddiq amerikanische Geldmittel versagt.²⁹

²⁸ Ebenda, S. 235/236.

²⁹ „In June President Eisenhower announced that the U. S. would give Persia no further aid unless the oil dispute was settled or referred to an international body.“ (*The Middle East* 1961, 8. Ausg., London 1961, S. 91. [Europa Publications Ltd.])

Durch den Militärputsch Zāhidis im August 1953 wurde gewaltsam ein Terrorregime zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Iran errichtet. England und die USA hatten damit das Ziel ihrer geheimen Abmachungen erreicht: Mošaddiq war gestürzt und ein ihnen höriges Regime errichtet. Unmittelbar nachdem Zāhidī seine Regierung gebildet hatte, erhielt er eine amerikanische Anleihe in Höhe von 45 Millionen Dollar, die Fortsetzung der militärischen und technischen Hilfe wurde ihm zugesagt.³⁰

Welches Vertrauen die USA in Zāhidī setzten, läßt sich aus der Tatsache beurteilen, daß Iran wenige Tage nach dem Putsch als sicher für eine ausschließliche amerikanische Ausbeutung galt. Unter völliger Mißachtung der früheren Vereinbarungen mit England wurden in aller Eile Pläne zur Übernahme der Erdölindustrie durch die Amerikaner ausgearbeitet.

Darüber berichtet Eden in seinen Memoiren: „Anfang September trafen im Foreign Office Berichte ein, denen zufolge das State Departement mit den amerikanischen Ölgesellschaften Besprechungen geführt hatte. Angeblich hatte das State Departement auf die Gründung einer rein amerikanischen Kompanie zwecks käuflicher Übernahme der Anglo-Iranischen gedrängt . . . Mit Recht gab das Foreign Office seinem Erstaunen Ausdruck, daß das State Departement mit den Ölgesellschaften offenbar Pläne diskutierte, die im Widerspruch zu den vereinbarten gemeinsamen Vorschlägen stünden.“³¹

Es gelang England, die neue Gefahr abzuwenden; die Gefahr, durch den eigenen imperialistischen Verbündeten völlig aus Iran verdrängt zu werden. Nach monatelangen fieberhaften Verhandlungen wurde ein Konsortium gebildet, in dem der Anglo-Iranischen Gesellschaft ein Anteil von 40 Prozent belassen wurde. Amerikanische Gesellschaften erwarben weitere 40 Prozent, die Royal Dutch/Shell Company (zwei Fünftel englisch, drei Fünftel holländisch) erhielt 14 Prozent und die Compagnie Francaise des Petroles sechs Prozent. Am 15. August 1954 wurde zwischen dem Konsortium und der iranischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet. Als Ersatz für den Verlust von mehr als der Hälfte ihres Anteils am iranischen Erdöl erhielt die AIOC von den neuen Teilhabern 32,4 Millionen Pfund Sterling³² und einen Exportaufschlag³³, der sich auf 182 Millionen Pfund Sterling³⁴ belaufen sollte. Iran wurde gezwungen, der AIOC insgesamt 25 Millionen Pfund Sterling³⁵ als Entschädigung zu zahlen.

³⁰ Ebenda, S. 91.

³¹ Eden, Sir Anthony, a. a. O., S. 249/250.

³² *The Middle East, A Political and Economic Survey*. Issued under the Auspices of the Royal Institute of Foreign Affairs, Third Edition, edited by Sir Reader Bullard, Oxford University Press London, New York, Toronto 1961, S. 385.

³³ „... and the sterling equivalent of 10 cents per U. S. barrel on crude oil and products exported from Persia (other wise than by the AIOC) up to the total equivalent of Dollar 510 million.“ (Ebenda, S. 385.) (Umrechnung: 1 Pfund Sterling = 2,8 Dollar.)

³⁴ Ebenda, S. 385.

³⁵ Ebenda, S. 385.

Der einzige greifbare Nutzen für Iran bestand in der Erhöhung der von den Gesellschaften zuzahlenden Pachtgebühren auf 50 Prozent des Reingewinns. Das war jedoch nicht das Verdienst Zāhidis, da ein Gewinnanteil von 50 Prozent bereits in Saudi-Arabien und Kuweit und 1952 im Irak von den Konzessionsgesellschaften gezahlt wurde.

Es wäre zu riskant gewesen, das Gesetz über die Nationalisierung der Erdölindustrie öffentlich aufzuheben. Um den Anschein der Rechtsgültigkeit zu wahren, erfand man eine gesetzliche Fiktion, wonach das Abkommen von August 1954 den Charakter eines Pachtvertrages annahm, der dem ausländischen Konsortium durch die Nationale Iranische Erdölgesellschaft gewährt wurde.

VI. Die Suez-Krise leitet eine neue Etappe ein

Als zwei Jahre danach Ägypten den Suezkanal verstaatlichte, der für Westeuropa und besonders für Großbritannien von außerordentlicher Bedeutung ist³⁶, verfolgte man zu Beginn der Krise die gleiche Strategie, d. h. Schaffung einer erweiterten imperialistischen Front und einer gesetzlichen Fiktion, die das Nationalisierungsgesetz seines Inhaltes berauben sollte. Die alteingesessenen Monopolisten waren bereit, einen Teil ihrer Beute als Preis für die Aufhebung des Nationalisierungsgesetzes an andere imperialistische Staaten abzugeben.

Die Suezkanal-Gesellschaft wurde am 26. Juli 1956 nationalisiert. Auf der Londoner Konferenz nahmen am 16. August 18 Staaten (außer der Sowjetunion, Indien, Indonesien und Ceylon) einen amerikanischen Vorschlag an, der vorsah, die Verwaltung des Kanals einer internationalen Behörde zu übergeben, der von Ägypten „sämtliche zu ihrer Tätigkeit gehörenden Rechte und Möglichkeiten“ eingeräumt werden sollten. Schepilow, der sowjetische Vertreter auf der Londoner Konferenz, kennzeichnete diesen Vorschlag als Versuch, Ägyptens Souveränität zugunsten einer internationalen Behörde aufzuheben und als Ausdruck des modernen Kolonialismus.

Menzies³⁷, der Sprecher der westlichen Gruppe, gab in Kairo Präsident Nasser zu verstehen: „Im wesentlichen sind wir (um ein schlichtes Beispiel zu nehmen) davon ausgegangen, daß Ägyptens Stellung als Hauswirt des Kanals vollauf an-

³⁶ „Nach unserer Schätzung reichten die Ölvorräte in Großbritannien für etwa sechs Wochen . . . Mehr als die Hälfte der jährlichen Ölimporte Englands passierte den Suezkanal.“ (Eden, Sir Anthony, a. a. O., S. 486.) – 1955 wurden im Mittleren Osten (ohne Türkei und Ägypten) insgesamt 160 Millionen Tonnen Rohöl gefördert. Im gleichen Jahre wurden 66,9 Millionen Tonnen in nördlicher Richtung durch den Suezkanal verschifft, die fast ausschließlich aus dem Gebiet des Mittleren Ostens stammten. (*Economic Developments in the Middle East 1958–1959*, a. a. O., S. 72 u. 89.)

³⁷ Menzies war zu dieser Zeit australischer Ministerpräsident und der Leiter der Delegation der Londoner Konferenz, die Ägypten deren Vorschläge überbringen sollte. Die Delegation hatte keine Vollmachten, Verhandlungen zu führen. Am 3. September lehnte Präsident Nasser diese Vorschläge ab.

erkannt wird, daß es auf Grund eines internationalen Abkommens einen Pächter einsetzt ...³⁸

Diese Strategie des kollektiven Imperialismus, die sich in Iran bewährt hatte, sollte abermals verfolgt werden. Die Situation hatte sich jedoch geändert und wurde durch andere Faktoren bestimmt.

1956 wurde Ägypten schon das vierte Jahr durch die nationale Bourgeoisie regiert, deren ureigenstes ökonomisches Interesse es war, die Unabhängigkeit vom Imperialismus sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht zu erreichen; sie wurde durch die breite Volksbewegung zu diesem Kampf gezwungen. Schon ein Jahr zuvor hatte sich Ägypten zu den auf der Bandung-Konferenz formulierten Grundsätzen einer konsequent antikolonialen Politik bekannt; es konnte daher bei seinem Vorgehen gegen die Front der Kolonialmächte auf aktive Unterstützung rechnen. Die Unterstützung der Sowjetunion, aller anderen sozialistischen Länder und der jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas war ein Faktor von außerordentlicher Bedeutung für die Niederlage der Dreiländer-Aggression gegen Ägypten. Die Uneinigkeit im imperialistischen Lager war ein anderes wichtiges Merkmal. Während Menzies noch immer in Kairo weilte, um die Vorschläge der westlich beherrschten Mehrheit der Londoner Konferenz der ägyptischen Regierung zu überbringen, verfolgte Dulles seine eigenen Absichten.³⁹ Anstelle einer Pachtbehörde schlug er einen Benutzerklub vor, der den Kanal unabhängig von Ägypten verwalten sollte. Ein extravaganter Einfall, der so undurchführbar war, daß ihn seine anglo-französischen Partner nur für einen Vorwand hielten, um weitere Schritte zu verzögern.

Nachdem Ägypten den Vorschlag zur Bildung einer Internationalen Kanalbehörde abgelehnt hatte, wurde die Gefahr einer Aggression immer akuter. Unter dem Deckmantel aufrichtiger Besorgnis um die „Unverletzlichkeit internationaler Abkommen“ wurden den Amerikanern die wahren britischen Beweggründe klar gemacht. Großbritannien wollte vor allem der Bedrohung der politischen Kontrolle über den Irak und seiner Ölinteressen im Nahen Osten begegnen. Dieses Problem erschien ihnen sogar noch wichtiger als die Sorge um die Profite der Suezkanal-Gesellschaft. Nach Edens Auffassung hatte man „... bei der Kanalfrage nicht allein mit deren eigener Wichtigkeit zu tun, sondern auch damit, daß Nassers Beschlagnahme sich auf die ganze Lage im Nahen Osten und in Afrika auswirkte.“⁴⁰ Wiederholt warnte Eden Dulles und Eisenhower, daß sowohl deren eigene Stellung in Saudi-Arabien als auch die Großbritanniens in anderen Teilen des Nahen Ostens auf dem Spiel stünden. Jedoch gelang es ihm nicht, die USA auf seine Seite zu bekommen. Die Lage in Saudi-Arabien gab Amerika mehr Handlungsfreiheit als Großbritannien, das vor allem im Irak mit einer alarmierend rasch heranwachsenden starken nationalen Befreiungsbewegung rechnen mußte. Das war aber nicht die einzige Überlegung. In dieser Situation glaubten die Amerikaner nicht an den Erfolg des Einsatzes von Streitkräften, der traditionellen Methode des Kolonialismus. Zunächst äußerten

³⁸ Eden, Sir Anthony, a. a. O., S. 532.

³⁹ Siehe auch ebenda, S. 522 f.

⁴⁰ Ebenda, S. 525; zu den westlichen Sorgen siehe auch ebenda, S. 526 ff.

sie dies in unverbindlichen Formulierungen, die den Briten noch Anlaß zu Hoffnungen in bezug auf das Verhalten der Vereinigten Staaten zu einer bewaffneten Intervention gaben, sprachen sich aber schließlich direkt dagegen aus, um nicht den Anschein zu erwecken, offen kolonialistischen Methoden alten Stils zu billigen.⁴¹ Die USA sahen ihre Möglichkeiten im Nahen Osten in einem neuen Licht. Mit Befriedigung stellten sie fest, daß die Briten immer mehr Positionen verloren und hofften, aus einer britischen Niederlage Vorteile für Amerika zu ziehen. Im übrigen gedachten sie, die Abhängigkeit ihres britischen Verbündeten vom Erdöl des Nahen Ostens gründlich auszunutzen.⁴² Die Niederlage der Dreiländeraggression gegen Ägypten war für Großbritannien ein empfindlicher Schlag. Sie war aber auch zweifellos eine deutliche Absage an die neokolonialistischen Methoden der Vereinigten Staaten. Tatsache ist, daß die Nationalisierung des Suezkanals in erster Linie eine Reaktion auf die amerikanische Politik gewesen ist. Sie wurde durchgeführt, nachdem die USA sich nur dann bereit erklärten, Ägypten einen Kredit für den Bau des Assuanstaudammes zu gewähren, wenn das Land die Kontrolle über seine fernere Politik zulassen würde. Diese Bedingungen waren für Ägypten unannehmbar; sie illustrierten die wahren Ziele der Truman-Doktrin.

Unmittelbar nach der Niederlage der Aggression gegen Ägypten konkretisierte die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Haltung durch die Eisenhower-Doktrin. In einer Sonderbotschaft an den Kongreß vom 5. Januar 1957 verkündete Präsident Eisenhower eine neue amerikanische Politik im Nahen Osten und erinnerte nachdrücklich daran, daß dieses Gebiet zwei Drittel der gegenwärtigen bekannten Erdöllagerstätten der Welt birgt. Ebenso wie die Truman-Doktrin zehn Jahre zuvor versprach auch diese Politik, jeder Nation oder Gruppe von Nationen dieses Gebietes ökonomische und militärische Unterstützung, wenn deren Regierungen um solche Hilfe nachsuchen sollten. Doch gab es einen Unterschied: Amerika erklärte offen, daß es seine eigenen Streitkräfte einsetzen werde, „... to secure and protect the territorial integrity and political independence of such nations requesting such aid against overt aggression from any nation controlled by international Communism.“⁴³ Das

⁴¹ „He (Dulles — d. Verf.) stated in Washington that United States ships would not be permitted to „shoot their way through the Canal“ and made it clear that the United States government was unalterably opposed to the use of force in connexion with the Suez Canal dispute.“ (*The Middle East. A Political and Economic Survey* ... London, New York, Toronto 1958, S. 206.)

⁴² Das State Department präsentierte — unter dem Vorwand, auf Nasser Druck ausüben zu wollen und Großbritanniens Abhängigkeit vom Suezkanal zu vermindern — u. a. auch einen mit den amerikanischen Ölgesellschaften abgesprochenen Plan, der vorsah, „... etwa die Hälfte der 1,5 Millionen Tonnen Öl, die am Tage normalerweise den Kanal passierten, um das Kap der Guten Hoffnung zu schicken. Die andere Hälfte des über den Kanal beförderten westlichen Bedarfs sollte aus der erweiterten Produktion am Golf von Mexiko und am Karibischen Meer beschafft werden.“ (*Eden, Sir Anthony* a. a. O., S. 542.)

⁴³ *The Middle East. A Political and Economic Survey* ... London, New York, Toronto 1958, S. 33.

heißt, Amerika verkündete seine Absicht, anstelle Großbritanniens im Mittleren Osten als herrschende imperialistische Macht aufzutreten. Mit dieser „Hilfe“ sollte der Zugang zu neuen einflußreichen Positionen erkaufte und mit Waffengewalt der Schutz der noch verbliebenen prowestlichen Regierungen gewährleistet werden. Ungeachtet der Zusammenarbeit mit Großbritannien im Bagdadpakt sollten diese Maßnahmen nicht im Bunde mit Großbritannien, sondern allein auf Initiative der USA erfolgen.

Die besondere Bedeutung des Widerstandes, den Ägypten im Jahre 1956 leistete, besteht darin, daß er eine neue Phase eingeleitete, in der die Befreiungsbewegung im Kampf um ökonomische Unabhängigkeit vorwärtsdrängt. In einem Gebiet, das der Imperialismus länger als ein Jahrhundert beherrschte, ist der Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit lang und beschwerlich. Zum erstenmal gelang es einem jungen unabhängigen Land des Nahen Ostens, den Imperialisten eine ihrer wichtigsten Positionen zu entreißen. Dieser Erfolg war ein Wendepunkt in der Geschichte der arabischen Befreiungsbewegung. Er löste eine neue nationale arabische Welle aus, die im Jahre 1958 Großbritannien und die mit ihm verbündeten imperialistischen Mächte aus dem Irak hinausfegte. Auch die auf dem schnellsten Wege nach Jordanien transportierten britischen Tuppen und die Landung amerikanischer Einheiten im Libanon waren nicht imstande, die alte Lage wiederherzustellen. Die arabische Solidarität und die Hilfe vor allem der Sowjetunion siegten auch diesmal.

VII. Neue Konkurrenten treten auf

Seit 1957 gibt es in der Ölindustrie im Nahen Osten neue Entwicklungstendenzen. Wie bereits dargestellt, haben die amerikanischen und britischen Gesellschaften noch den entscheidendsten Einfluß, doch gibt es neue Faktoren, die allmählich die alten Beziehungen zwischen den rechtmäßigen Besitzern des Öls und den imperialistischen Unterdrückern verändern. Die alteingesessenen Gesellschaften fühlen sich von drei Seiten bedrängt: von neu hinzukommenden kapitalistischen Konkurrenten, die es bis vor einigen Jahren nicht wagten, in die Einflußsphäre der großen Erdölgesellschaften einzudringen; von den Regierungen der ölerzeugenden Länder selbst, die ihre eigenen Ölgesellschaften bilden; und von einer Bewegung für eine einheitliche Politik der ölgewinnenden Länder, die das Ziel hat, diese gegenüber den Gesellschaften zu stärken.

Die Bedingungen der neuen, seit 1957 abgeschlossenen Ölabbkommen sind für die Regierungen der Länder des Mittleren Ostens günstiger als die der bisherigen Verträge.⁴⁴

⁴⁴ Infolge der riesigen Gewinne, die auf Grund des monopolistisch bestimmten Preissystems für Erdöl erzielt werden, ist es den neueindringenden Ölgesellschaften möglich, trotz Gewährung günstigerer Bedingungen an die Regierungen, selbst enorme Profite zu realisieren.

Im Jahre 1957 erwarb eine japanische Ölgesellschaft das Recht, die Ölvorkommen vor der Küste der sogenannten Neutralen Zone⁴⁵ auszubeuten. Die Bedingungen dieses Konzessionsvertrages sind im Vergleich zu denen der früheren Ölkonzessionen wesentlich günstigere. Die Japaner müssen anstatt der bisher üblichen 50 Prozent 56–57 Prozent der Profite zahlen. Auch werden nicht nur, wie bisher, Anteile der Profite aus der Erdölförderung, sondern auch aus der Raffinierung, dem Transport und dem Absatz abgeführt. Die Gesellschaft garantierte gleichzeitig eine Beteiligung Saudi-Arabiens und Kuweits im Aufsichtsrat und die Beschäftigung örtlicher Arbeitskräfte.

Einige Monate später schloß die iranische Regierung mit einer italienischen und danach mit einer amerikanischen und kanadischen Gesellschaft Konzessionsverträge über Gebiete ab, auf die das Konsortium laut Vertrag keinen Anspruch hat. Alle drei Verträge sichern die Partnerschaft zwischen den ausländischen Firmen und der National Iranian Oil Company, gleiche Anzahl von Vertretern Irans und der ausländischen Gesellschaften im Aufsichtsrat und die Zahlung von 75 Prozent der Profite an Iran zu.

Es wird den alteingesessenen Ölgesellschaften nicht leicht fallen, diesen neuen Typ von Konzessionsverträgen zu ignorieren. Die mächtige Gesellschaft Royal Dutch Shell mußte dem bereits Rechnung tragen. Die Bedingungen der Konzession, die der Gesellschaft 1961 für das Gebiet vor der Küste gewährt wurde, sichern der National Kuwait Oil Company einen 20prozentigen Anteil am investierten Kapital des Unternehmens zu. Sie besagen weiterhin, daß die Anteile der Regierung am Profit auf Grund aller Teiloperationen, d. h. einschließlich Förderung, Transport, Raffinade und Absatz berechnet werden müssen.

Das Entstehen nationaler Ölgesellschaften im Nahen Osten ist eine äußerst wichtige Erscheinung. Staatliche Gesellschaften, die sich an der Erdölindustrie beteiligten, wurden seit 1957 in Saudi-Arabien, Kuwait, Syrien und im Irak gebildet, in Iran und in Ägypten bestehen solche Gesellschaften schon länger. Sie sind alle berechtigt, Verträge über Partnerschaft mit ausländischen Gesellschaften einzugehen oder selbstständig eine eigene Erdölindustrie aufzubauen. Von der Entwicklung des Befreiungskampfes hängt es ab, wann die ausländischen Gesellschaften eines Tages verjagt werden und die Erdölindustrie in nationalen Besitz übergeht.

VIII. Die imperialistische Herrschaft über das Öl des Mittleren Ostens geht zu Ende

Die Nationalisierung der Erdölindustrie ist ein Ziel der Befreiungsbewegung in jedem Lande des Nahen Ostens, das erreicht werden muß, wenn die nationale Unabhängigkeit wirklich wirksam werden soll.

Die westlichen Regierungen werden sich der Nationalisierung der Erdölindustrie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen. Die letzten Ereignisse

⁴⁵ Die Profite, die in diesem Gebiet durch die Förderung von Erdöl erzielt werden, gehen zu gleichen Teilen an Saudi-Arabien und Kuwait.

im Irak zeigen, daß die Gesellschaften nicht daran denken, auch nur einen Teil ihrer Konzessionen ohne Kampf aufzugeben. Die irakische Regierung mußte, da sie eine Revision des Konzessionsvertrages verlangte, drei Jahre lang die verschiedensten Machenschaften der Ölgesellschaft abwehren.

Die Engländer und Amerikaner, die die Iraq Petroleum Company hauptsächlich kontrollierten, bildeten gegen die irakischen Forderungen eine gemeinsame Front. Schließlich erließ die Regierung des Irak im Dezember 1961 ein Gesetz, das 99,5 Prozent⁴⁶ des Konzessionsgebietes der IPC und ihrer Tochtergesellschaften enteignete. Die verbliebenen 0,5 Prozent umfassen nur die Gebiete, die von den Ölgesellschaften gegenwärtig tatsächlich ausgebeutet werden. Die Gesellschaften mußten selbst zugeben, daß diese Ölfelder ausreichen, um ihre Exporte zu tätigen. Sie fahren aber trotzdem fort, das Recht des Irak auf die übernommenen Gebiete anzufechten. In dieser Haltung werden sie durch die englische Rechtspresse unterstützt. So schrieb die „Times“ in einem Kommentar zur Gründung der Iraqi National Oil Company, die das Öl der enteigneten Gebiete fördern und verkaufen soll, „A clash is bound to come if eventually an attempt is made to put on the world market oil, which, in the absence of a negotiated agreement, I. P. C. is bound to regard as its property.“⁴⁷

Anspruch auf dieses „Eigentum“ wird auf Grund von Konzessionen erhoben, die gefügigen Regierungen in einer Zeit abgezwungen wurden, da der Imperialismus noch ungestraft diktieren und unterdrücken konnte. Diese Zeit ist vorbei. Selbst in Ländern, in denen Personen herrschen, die noch eng mit dem Imperialismus verbunden sind, wie der König von Saudi-Arabien oder die Scheichs von Kuweit und Katar, ist die Macht der nationalen Befreiungsbewegung derartig groß, daß selbst diese von der Geschichte überholten Herrscher sich ihrem mächtigen Strom nicht entziehen können. In den letzten Jahren haben auch sie Schritte zu einer gemeinsamen Ölpolitik unternommen, die, trotz ihrer Mängel, den Weg für zukünftige wirkliche Änderungen ebnen können.

Versuche einer gemeinsamen Ölpolitik sind innerhalb von zwei Organisationen unternommen worden: der Arabischen Liga und der Organisation der erdölexportierenden Länder. Die Arabische Liga hat seit 1955 eine eigene Erdölbehörde. Unter dem Eindruck des ägyptischen Sieges beschloß die Behörde 1957, den ersten arabischen Ölkongreß abzuhalten. Dieser Kongreß fand im April 1959 statt. Er wurde von Delegierten der arabischen Länder, anderer Erdölländer wie Iran und Venezuela, internationalen Beobachtern und Vertretern der großen Erdölgesellschaften besucht. Ihm folgten in den Jahren 1960 und 1961 zwei weitere. Diese Kongresse haben die Hoffnungen der arabischen Völker nicht voll erfüllt, da auf ihnen die gemeinsamen Interessen, aber auch die Gegensätze zwischen den Regierungen der arabischen Länder zum Ausdruck kamen. Jedoch wurde den Erdölgesellschaften zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß die Regierungen der erdölproduzierenden Länder „bei entsprechenden Anlässen von ihren vertraglichen Bindungen entbunden

⁴⁶ Bis dahin war praktisch der ganze Irak Konzessionsgebiet der IPC und ihrer Tochtergesellschaften.

⁴⁷ *The Times*, London, v. 3. 10. 1962.

werden müssen“, d. h., daß die nationalen Interessen nicht für alle Zeiten den imperialistischen Interessen geopfert werden sollen.

Die Organisation der erdölexportierenden Länder wurde im September 1960 gegründet. Sie wurde vor allem geschaffen, um gegen eine Senkung der Erdölpreise im Mittleren Osten, die die Erdölgesellschaften ohne Absprache mit den Regierungen beschlossen, aufzutreten. Ihre ersten Mitglieder waren Iran, der Irak, Saudi-Arabien, Kuweit und Venezuela, zu denen später noch Katar, Libyen und Indonesien kamen. Das ursprüngliche Ziel, Wiederherstellung der Ölpreise der Zeit vor August 1960, brachte die grundsätzlichen Grenzen dieser gemeinsamen Politik zum Ausdruck. Die erdölproduzierenden Länder werden ihren rechtmäßigen Nutzen aus ihrem Ölreichtum nicht auf dem Wege höherer Preise erzielen, sondern durch Übernahme der Industrie und durch Beseitigung der Auslandsmonopole in Produktion und Absatz. Die Beratungen der Organisation erdölexportierender Länder haben hier aber nicht aufgehört. Andere Forderungen wurden erhoben, so daß diese Organisation allmählich zu einer Vereinigung erdölproduzierender Länder wird, deren gemeinsame Forderung die Revision der Abkommen mit den Erdölgesellschaften ist. Ziel der Revision ist ein größerer Anteil am Profit und die Einschränkung der Freiheit der Erdölgesellschaften.

Diese neue Bewegung gegen die Erdölgesellschaften brachte bereits Ergebnisse. Zu Beginn des Jahres 1962 forderte der Scheich von Kuweit, nachdem er von seinem eigenen Volk zum Handeln gezwungen worden war und um seine Popularität aufzubessern, eine Revision des Abkommens mit der Kuweit Oil Company. Um nichts von ihren märchenhaften Profiten zu verlieren, hat sich die Gesellschaft bereit erklärt, einen Teil des ihr laut Konzession gehörenden Gebietes abzugeben.⁴⁸ Zur Zeit sind Bestrebungen im Gange, das Recht auf künftige Bohrungen in diesem zurückgewonnenen Gebiet nur der Kuweiti National Petroleum Company zu übertragen.

So sind selbst jene Regierungen, die lange Zeit sichere Bundesgenossen des Imperialismus waren, Schritt für Schritt in eine Lage gebracht worden, die sie zwingt, gegen die ausländischen Monopole zu handeln. In dem Maße, wie die nationale Befreiungsbewegung wächst und die Alleinherrscher im Nahen Osten beseitigt, wird sich der Konflikt unweigerlich ausdehnen und das Ende der imperialistischen Herrschaft in diesem Gebiet beschleunigen.

Eine besondere Bedeutung erlangen deshalb die Militärstützpunkte. Sowohl Großbritannien als auch die USA haben, trotz ihrer Zusammenarbeit in der CENTO (früher Bagdad-Pakt), eigene Militärbasen in diesem Raum. Bemerkenswert ist, daß die USA bis jetzt vom formellen Eintritt in die CENTO abgesehen haben, obwohl sie in den Unterausschüssen einschließlich dem Militärausschuß vertreten sind.

Die gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbasen in der Türkei, die im Namen der NATO von Amerika allein unterhalten werden, dienen dazu, in der Türkei eine USA-hörige Regierung aufrechtzuerhalten und Amerikas Ziele in den anderen Teilen

⁴⁸ Die Kuweit Oil Company mußte sich bereit erklären, die Hälfte ihres 18.512 km² großen Konzessionsgebietes an die Regierung Kuweits zurückzugeben. Weitere 1.000 km² sollen im Laufe der nächsten fünf Jahre folgen. (*Erdöl und Kohle*, Heft 6, Juni 1962, S. 497.)

des Mittleren Ostens zu unterstützen. Diese Doppelrolle spielen auch amerikanische Waffen und Soldaten in Iran und in Saudi-Arabien und die amerikanische Flotte im östlichen Mittelmeer.

Die Strategie Großbritanniens in diesem Gebiet hängt hauptsächlich von seinen Militärbasen auf Malta und Zypern, in Aden und auf den Bahrein-Inseln ab. Die Aufgabe der beiden Militärbasen in Aden und auf dem Bahrein-Inseln besteht darin, militärische Operationen an der Ost- und Südseite der Arabischen Halbinsel durchzuführen.

Die britischen und amerikanischen Streitkräfte stellen eine furchtbare Bedrohung aller Völker des Mittleren Ostens dar. Sie sollen reaktionäre, unpopuläre Regime aufrechterhalten und soziale Veränderungen verhindern oder zumindest hinauszögern. Eine demokratische Regierung in einem der Königreiche und Fürstentümer würde in dem ganzen Gebiet ein gefährliches Beispiel schaffen. Daher wird jeder Schritt in dieser Richtung grausam unterdrückt. Der gegenwärtige Krieg Großbritanniens in Oman hat zwei Ziele: zu zeigen, daß Großbritannien gewillt ist, seine Schützlinge (in diesem Falle den Sultan von Maskat) zu verteidigen, und die Ölunternehmen der Royal Dutch Shell in Fahud zu sichern. Gleichzeitig wird es dadurch der amerikanischen Gesellschaft Cities Services of Delaware ermöglicht, ihre Tätigkeit in Oman fortzusetzen.

Da im ölreichen Gebiet der arabischen Halbinsel viele Grenzen nicht genau festliegen, kam es in der Vergangenheit oft zu Zwischenfällen zwischen den Briten und Amerikanern, wie zum Beispiel im Falle des Streites um die Oase Buraimi, als saudiarabische Truppen, hinter denen die USA standen, gegen Truppen kämpften, die von Großbritannien unterstützt wurden, und die Oase für den Sultan von Maskat und den Scheich von Abū Zabī forderten.

Seit mehr als drei Jahrzehnten bekämpfen sich die beiden großen imperialistischen Mächte wegen der Herrschaft über das Öl des Mittleren Ostens. In diesem Kampf mußte Großbritannien den größten Teil seiner Beute an die USA abgeben. Die Bedingungen, unter denen die Rivalen ihre Ziele verfolgen, ändern sich schnell. Das Anwachsen der Befreiungsbewegung und die Erfolge der demokratischen Kräfte gefährden mehr und mehr die Herrschaft der beiden Nebenbuhler. Die jüngsten Ereignisse beeinflussen die britisch-amerikanischen Beziehungen im Nahen und Mittleren Osten. Um für den bevorstehenden Kampf mit den ständig wachsenden nationalen Kräften gewappnet zu sein, werden die alten Zwistigkeiten immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Beide imperialistischen Mächte sind – das beweist ihr Verhalten in letzter Zeit – sich bewußt geworden, daß offene Rivalität sie nur schwächt. Gegenüber der irakischen Revolution 1958 waren sie sich einig, ebenso in den folgenden Krisen im Libanon und in Kuwait. Gleichzeitig versuchen sie alles, um den Buraimi-Streit beizulegen und ähnliche Zwischenfälle zu vermeiden. Ihre dringlichste Sorge ist die wachsende Kampfbereitschaft der Völker des Mittleren Ostens – der wahren Eigentümer des Öls.

Der Kampf der demokratischen Kräfte des Irak gegen den anglo-irakischen Vertrag von 1930

Die werktätigen Massen und alle demokratischen Kräfte des Irak führten über ein Vierteljahrhundert einen heroischen Kampf gegen den anglo-irakischen Vertrag vom 30. Juni 1930 und für den Abzug der englischen Truppen aus dem Lande. Der englische Imperialismus hatte dem Irak den sogenannten „Freundschafts- und Bündnisvertrag“ in dem Moment aufgezwungen, als er sich durch die revolutionären Aktionen der irakischen Befreiungsbewegung gezwungen sah, auf sein Mandat über den Irak zu verzichten.

Der englisch-irakische Vertrag vom 30. Juni 1930 war typisch für die Periode, in der das imperialistische Kolonialsystem noch relativ stark war und die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker sich im Verhältnis zur Zeit nach dem zweiten Weltkrieg langsam entwickelte. Der Vertrag fesselte den Irak weiterhin an England, das bereits seit 1918 die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Schlüsselpositionen in seine Gewalt gebracht hatte. Nach Artikel 5 des Vertrages behielt der englische Imperialismus das Recht, seine Truppen im Irak zu stationieren; zwei militärische Luftstützpunkte – in Schaiba und Habaniya – wurden ihm zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig erhielten die britischen Okkupanten eine Reihe von Privilegien, darunter das der freien Truppenbewegung auf dem gesamten Territorium des Landes. Der Irak verpflichtete sich, seine Armee mit englischen Waffen auszurüsten und ausschließlich englische „Berater“ für den Staatsapparat sowie Militärinspektoren anzustellen.¹ Auf diese Weise übte England nach wie vor die Kontrolle über die irakische Armee aus. Ferner schränkte der Vertrag die Rechte des Irak auf dem Gebiete der Außenpolitik ein, da Artikel 1 vorsah, daß die irakische Regierung in allen außenpolitischen Fragen England konsultieren müsse. Durch diese Privilegien wurden die Beziehungen zwischen dem Irak und England faktisch nach kolonialem Vorbild gestaltet. Dabei darf auch der Umstand nicht übersehen werden, daß englisches Kapital die beherrschende Stellung in der Wirtschaft des Irak einnahm und die selbständige industrielle Entwicklung des Landes außerordentlich hemmte. Eine Hauptaufgabe des Vertrages von 1930 bestand darin, diese Vorherrschaft der britischen Monopole im Irak zu sichern.

Bereits in den dreißiger Jahren, vor allem aber nach dem zweiten Weltkrieg, stießen die antikolonialen Aktionen des irakischen Volkes auf den erbitterten Widerstand des englischen Imperialismus und der herrschenden Feudalclique. Davon zeugen folgende Tatsachen:

¹ Дипломатический словарь, Bd 1, Moskau 1960, S. 86.

1945 entstand im irakischen Kurdistan eine breite Volksbewegung im Zusammenhang mit der Forderung der Kurden nach Autonomie und gleichen Rechten gegenüber den Arabern. Diese Bewegung ging in einen offenen Aufstand über, der nicht nur in den Reihen der irakischen Feudalreaktion Verwirrung auslöste, sondern auch bei den englischen Imperialisten, die durch den nationalen Befreiungskampf der Kurden ihr Erdölmonopol im Nordirak gefährdet sahen. Die britischen Machthaber zögerten deshalb nicht, der Regierung des Irak Militärflugzeuge zur Verfügung zu stellen, um kurdische Dörfer und andere friedliche Siedlungen zu bombardieren. Diese Aktionen forderten zahlreiche Menschenleben.²

Im Juli 1951 kam es in Basra zu Unruhen unter der Bevölkerung, da durch die Konzentration größerer britischer Truppenteile in der Stadt ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten auftraten. Als die Bevölkerung der Stadt für den Abzug der britischen Söldner demonstrierte, eröffneten diese das Feuer. Das Ergebnis waren 15 Tote und eine große Anzahl von Verletzten.³

Zu neuen Zusammenstößen zwischen den irakischen Werktätigen und den englischen Kolonisatoren kam es im Juni 1952. In Habaniya streikten am 9. Juni die Arbeiter und forderten von den Unternehmern die Erhöhung des Arbeitslohnes sowie die Beendigung der willkürlichen Entlassungen. Englische Truppen und irakische Polizei erschossen zwei Tage später streikende Arbeiter; außerdem zündeten sie die Häuser vieler Arbeiter an und verhafteten sechzig Streikende.

Im Zeitraum von 1951 bis 1952 erfaßte den Irak eine breite Volksbewegung für die Nationalisierung der Erdölindustrie. Zur Unterdrückung dieser die Profitinteressen der englischen Ölgesellschaft gefährdenden Aktionen erhöhte England sofort seine Truppenkontingente im Irak. In diesen Tagen erhielten die englischen Soldaten, die durch die Straßen von Basra und anderer Städte patroullierten, Schießbefehl gegen alle Demonstrationen und Menschenansammlungen.⁴ Die Imperialisten übten skrupellos Druck auf die örtlichen Organe aus, um sie zu veranlassen, gegen die Massen vorzugehen und die Bewegung zur Nationalisierung der Erdölindustrie endgültig niederzuschlagen. Gleichzeitig zwangen sie 1952 der irakischen Regierung einen neuen Erdölvertrag auf, der sowohl für die englischen als auch für die amerikanischen und französischen Monopole von Vorteil war. Nach der Unterzeichnung dieses Vertrages erklärte der Generaldirektor der „Iraq Petroleum Company“, Gibson, daß es ohne die britischen Truppenverbände im Irak nicht gelungen wäre, das Abkommen abzuschließen.

Diese Tatsachen beweisen den kolonialen Charakter des anglo-irakischen Vertrages von 1930, der von England zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iraks und zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung benutzt wurde. Der Generalsekretär der Partei „Hizb al-istiqlāl“, Sayyid Muḥammad Šādiq Šanšāl, erklärte mit Recht: „Obwohl die Briten in der Anfangsperiode der Gültigkeit

² Центральный Государственный Архив Октябрьской Революции СССР (im folgenden zitiert: ЦГАОР СССР), ф. 4459, оп. I, ед. хр. 4178, лл. 35, 46.

³ ЦГАОР СССР, ф. 4459, оп. 24, ед. хр. 912, л. 292.

⁴ Ebenda, л. 288.

des Vertrages versicherten, daß sie nicht beabsichtigten, den Vertrag zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak zu benutzen, gebrauchten sie ihn nichtsdestoweniger, als die Notwendigkeit entstand, und dann taten sie gerade das, was sie nicht zu tun versprochen hatten.“⁵ Trotz dieser beweiskräftigen Fakten geben bürgerliche englische Historiker eine unwahre Einschätzung des anglo-irakischen Vertrages von 1930 und der gegen ihn gerichteten Volksbewegung. Die englischen Autoren S. Longrigg und F. Stoaks behaupten, „the Treaty provided for full Iraqi independence.“⁶ Dies kann jedoch in keiner Weise behauptet werden, da der Inhalt des Vertrages selbst für seinen Kolonialcharakter, die Beschränkung der Rechte des Iraks und die Festigung der Herrschaft der britischen Imperialisten spricht. Die genannten Autoren fälschen durch solche Einschätzungen die Geschichte und versuchen, die Kolonialisten zu rechtfertigen. Doch das ist nur die eine Seite des Problems. Wenn die Auffassung S. Longriggs und F. Stoaks, das Abkommen von 1930 habe zur Unabhängigkeit des Iraks geführt, tatsächlich der historischen Wahrheit entspräche, dann müßte man zu dem Schluß kommen, die irakische Befreiungsbewegung habe fünfundzwanzig Jahre gegen die eigene Souveränität gekämpft. Allein dieser Gedankengang führt die Behauptung der Apologeten des britischen Imperialismus ad absurdum.

Bei der Einschätzung des Kampfes der werktätigen Massen des Irak gegen den Vertrag nimmt auch ein anderer englischer Autor, Caractus, eine unwissenschaftliche Haltung ein. Sein Ausgangspunkt in dieser Frage ist die folgende, durchaus nicht originelle These: „The makers and supporters of Revolution are those whose standard of living is increasing, not those whose poverty wholly degrades and depressed them.“⁷ Davon ausgehend, drängt sich die völlig widersinnige Schlußfolgerung auf, daß die Volksmassen des Irak, die die ganze Schwere des Kolonialjochs erdulden mußten, keinerlei Rolle in der siegreichen irakischen Revolution gespielt haben. Durch diese Unterschätzung der Rolle der werktätigen Massen läßt sich auch erklären, warum Caractus beispielsweise nur den Studenten und den von ihnen organisierten Demonstrationen während des Januaraufstandes von 1948, der gegen den anglo-irakischen Vertrag gerichtet war, eine bedeutende Rolle beimißt.⁸ Zweifellos stellten die irakischen Studenten eine wesentliche antiimperialistische Kraft im nationalen Befreiungskampf ihres Volkes dar, so auch im Kampf gegen den Vertrag von 1930. Die entscheidende Triebkraft der revolutionären Bewegung war jedoch die breite Masse der Werktätigen, vor allem die Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Die Studentendemonstrationen erreichten ihr Ziel nur in dem Maße, wie sie mit den revolutionären Aktionen der Massen verbunden waren. Es ist klar, daß der Standpunkt Caractus' über die Triebkräfte der Revolution jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehrt; er widerspricht den reichen Erfahrungen des nationalen Befreiungskampfes der Völker des Irak und anderer Länder.

⁵ *The Iraq Times*, Bagdad, v. 14. 10. 1952.

⁶ Longrigg, S., u. Stoaks, F., *Iraq*, London 1958, S. 89.

⁷ Caractus, *Revolution in Iraq*, London 1959, S. 98.

⁸ Ebenda, S. 49.

Nach dem zweiten Weltkrieg verstärkte sich der Kampf der demokratischen Kräfte des Irak gegen den Vertrag von 1930 in bedeutendem Maße. Die Forderung nach Vertragskündigung wurde zu einer Kernfrage der irakischen nationalen Befreiungsbewegung. Diese Entwicklung war völlig gesetzmäßig, da der Irak weder seine inneren noch seine äußeren Probleme lösen konnte, bevor er sich nicht von den erniedrigenden Verpflichtungen gegenüber England befreit hatte. Die demokratischen Kräfte des Landes verlangten mit Recht die Beseitigung der ökonomischen Vormachtstellung Englands und die Erringung der politischen Unabhängigkeit als Voraussetzungen zur Durchführung innerer Umgestaltungen im Interesse einer demokratischen Entwicklung des Landes. Ehe der Kampf um die Annullierung des Vertrages von 1930 behandelt werden kann, erscheint es notwendig, die daran beteiligten Klassenkräfte zu analysieren.

Die überzeugtesten Anhänger des Vertrages waren der Hof und die feudalen Scheichs, auf die sich der britische Imperialismus bei der Durchführung seiner Politik im Irak stützte. Die politische Macht war in den Händen dieser reaktionären Kräfte konzentriert, natürlich unter der „Vormundschaft“ der Engländer. Die „Vereinigte Nationale Front“ wies in einer ihrer Erklärungen darauf hin, daß der britische Imperialismus „not only supported agricultural feudalism in the country but set up political and financial feudalism too.“⁹ Das sogenannte „nationale Regime“ des Iraks drückte nicht die Interessen des Volkes aus. Seit seiner Existenz war es den englischen Imperialisten verpflichtet und, wie der irakische Politiker Husain Gamil schreibt, „was primarily preoccupied with British imperialist aims which it pursued till the morning of July 14, 1958“.¹⁰ Die Außenpolitik des Irak wurde von den gleichen Interessen bestimmt. „The foreign policy of Government is British-directed, and instructions given to Iraqi delegations to the United Nations or to any other international assembly are usually on the lines of British foreign policy.“¹¹ Die herrschende Clique des Irak war nur ein Werkzeug in den Händen der Engländer, wobei die Interessen beider Seiten zusammenfielen. Dies war eine entscheidende Ursache dafür, daß die Haschemiten-Dynastie und die reaktionären Feudal-Scheichs den Vertrag als „juristische“ Grundlage zur Stationierung englischer Truppen im Irak betrachteten.

Als Gegner des anglo-irakischen Vertrages traten die demokratischen Kräfte des Irak auf – die Arbeiter, Bauern, Studenten, die fortschrittliche Intelligenz sowie der Teil der nationalen Bourgeoisie, der ökonomisch dem Druck des ausländischen Kapitals ausgesetzt war. Mit anderen Worten: die Unzufriedenheit erfaßte den überwiegenden Teil der Nation. Jedoch hatte die Haltung dieser einzelnen sozialen Schichten und Klassen zum Vertrag verschiedene Gründe.

Die werktätigen Massen, vor allem die Arbeiterklasse als konsequenteste Kraft innerhalb der antiimperialistischen Bewegung, forderten die völlige Unabhängigkeit und die Errichtung eines demokratischen Regimes durch grundlegende Reformen.

⁹ *The Iraq Times* v. 2. 10. 1952.

¹⁰ *Ġamīl, Husain*, Pre-Revolutionary Iraq, New Delhi 1959, S. 8.

¹¹ *The Iraq Times* v. 27. 11. 1951.

Die nationale Bourgeoisie verlangte die Befreiung vom imperialistischen Joch, um auf diese Weise eine Schwächung der Feudalreaktion im Inneren des Landes und bessere Bedingungen zur Errichtung ihrer politischen Macht zu erreichen. Außerdem strebte die nationale Bourgeoisie danach, sich von der ausländischen Konkurrenz zu befreien und ihre Positionen auf dem Binnenmarkt zu festigen. Diese Motive veranlaßten die nationale Bourgeoisie, sich an der allgemeinen Volksbewegung zur Annullierung des anglo-irakischen Vertrages zu beteiligen.

So traten alle demokratischen Kräfte, trotz mehr oder weniger großer Unterschiede in den Maximalzielen, geschlossen gegen das imperialistische Joch auf. Die Widersprüche zwischen den werktätigen Massen und der nationalen Bourgeoisie rückten durch den Hauptwiderspruch zwischen den nationalen demokratischen Kräften einerseits und den englischen Imperialisten und der ihnen dienstbaren herrschenden Clique andererseits in den Hintergrund.

Die oppositionellen Kräfte forderten die unverzügliche Annullierung des Vertrages, der die nationale Würde des Irak verletzte und seine Souveränität einschränkte. Diese Forderung wurde zum wichtigsten Programmpunkt jeder Partei der demokratischen Front.

Im April 1945 fand der erste Parteitag der Kommunistischen Partei des Irak statt. Er nahm ein Parteiprogramm an, in dem die Aufgaben auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik dargelegt waren, wobei dem antiimperialistischen Kampf und der Annullierung des Vertrages von 1930 besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurden. In dem Programm wurde dargelegt, daß die Kommunistische Partei des Irak den Kampf für die Unabhängigkeit des Irak und der anderen arabischen Länder, für die Bildung einer echten demokratischen Regierung und die Beseitigung aller Verträge und Abkommen, die die Souveränität des Landes und die Rechte des irakischen Volkes verletzten, für die wichtigsten Aufgaben hält.¹²

Die Annullierung des Vertrages von 1930 wurde auch zur Hauptforderung jener Parteien, die die Interessen der verschiedenen Gruppen der nationalen Bourgeoisie vertraten – der Nationaldemokratischen Partei (Ĥizb al-waṭani ad-dimūqrati), der Unabhängigkeitspartei (Ĥizb al-istiqlāl), der Volkspartei (Ĥizb aš-šaʿb), der Partei des nationalen Blocks (Ĥizb al-ittihād al-waṭani), u. a.¹³ Sie alle organisierten Aktionen und richteten Petitionen zum Verzicht auf den Vertrag und zur Durchführung einer unabhängigen Politik an den Hof. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Streiks durchgeführt, die sich in vielen Fällen zu mächtigen antibritischen Demonstrationen ausweiteten. Die allgemeine Unzufriedenheit des überwiegenden Teils der Bevölkerung fand auch ihren Ausdruck im Parlament.

Im Februar 1946 kam es dort zu stürmischen Debatten, in denen viele Abgeordnete die Kündigung des anglo-irakischen Vertrages und den Abzug der englischen Truppen aus dem Irak forderten.¹⁴ Diese Ereignisse führten zu einer wesentlichen Verschärfung der politischen Lage im Lande.

¹² *Арабы в борьбе за независимость*, Moskau 1957, S. 368.

¹³ ЦГАОР СССР, ф. 4459, оп. 2, ед. хр. 981, л. 2.

¹⁴ *Ararat* (Zeitung in armenischer Sprache), Beirut, v. 17. 2. 1946.

Alle Versuche der herrschenden Clique und der englischen Imperialisten, den kolonialen und diskriminierenden Charakter des Vertrages zu verschleiern und in den Reihen der oppositionellen Kräfte eine Spaltung hervorzurufen, scheiterten. In Anbetracht der entstandenen Situation erklärten England und die irakische Regierung ihre Bereitschaft, den Vertrag von 1930 zu revidieren. Dieses Zugeständnis an die demokratischen Kräfte muß als Ergebnis des Wachstums und Erstarkens der nationalen Befreiungsbewegung im Irak in den Nachkriegsjahren betrachtet werden, als der antiimperialistische Kampf organisierteren und entschiedeneren Charakter im Vergleich zum vorhergegangenen Jahrzehnt annahm. Außerdem hatte sich die internationale Lage grundlegend geändert – es hatte sich das sozialistische Lager herausgebildet.

Unter diesen Umständen schwankte den englischen Kolonialisten der Boden unter den Füßen, und sie nahmen zu verschiedenen Manövern Zuflucht, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. So erklärte sich England bereit, den Vertrag von 1930 zu überprüfen.

Im Dezember 1947 begann die Regierung Šālih Ġabr ohne vorbereitende Konsultationen mit den politischen Parteien des Irak Verhandlungen mit Großbritannien über die Revision des Vertrages von 1930 und den Abschluß eines neuen Abkommens. Zu diesem Zwecke reiste eine Delegation mit Premierminister Šālih Ġabr, Senatspräsident Nūrī as-Sa'īd und Außenminister Fādīl al-Ġamālī nach England. Nach neuntägigen Verhandlungen unterzeichneten am 15. Januar 1948 in Portsmouth der englische Außenminister Bevin und der Premierminister des Irak einen neuen Vertrag. Der englische König Georg VI. und der irakische Regent 'Abd al-Ilāh tauschten aus diesem Anlaß Glückwunschtelegramme aus, in denen hervorgehoben wurde, daß der Portsmouth-Vertrag gleichberechtigte Beziehungen gewährleistet und der Festigung der englisch-irakischen Freundschaft dient.¹⁵

Der neue Vertrag sah die Schaffung eines „englisch-irakischen Verteidigungsorgans“ und die gemeinsame Benutzung aller Luftstützpunkte des Irak vor.¹⁶ Das bedeutete, daß Großbritannien außer den zwei Luftstützpunkten, die ihm der Vertrag von 1930 zugestand, jetzt auch die übrigen Luftstützpunkte benutzen durfte. Außerdem behielt England nach wie vor das Recht, Truppen im Irak zu stationieren. Der Portsmouth-Vertrag verpflichtete durch die Schaffung des „gemeinsamen Verteidigungsorgans“ die irakische Armee, mit den britischen Streitkräften nicht nur im Inneren des Landes, sondern auch außerhalb seiner Grenzen zusammenzuarbeiten. So konnte England unter dem Deckmantel der „gemeinsamen Verteidigung“ die Armee des Irak zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung im Irak selbst benutzen oder sie an außenpolitischen Abenteuern jeder Art beteiligen.

Auf diese Art und Weise erhöhte der Portsmouth-Vertrag sogar noch die Rechte der britischen Imperialisten und verstärkte die Abhängigkeit des Irak von England. Im Grunde genommen änderte sich nur der Name des Vertrages, der Inhalt blieb erhalten. Durch diesen Trick sollten die Massen betrogen und ihre Entschlossenheit

¹⁵ Khadurri, Majid, Independent Iraq, London 1951, S. 270.

¹⁶ Дипломатический словарь, а. а. О., S. 87.

im Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes gelähmt werden. Die Rechnung der Kolonialisten und der herrschenden Clique des Irak ging jedoch nicht auf. Die demokratischen Kräfte erkannten sehr schnell das Wesen dieses Abkommens, das lediglich als eine andere Variante des Vertrages von 1930 zu betrachten war. Über das ganze Land ergoß sich eine Welle tiefer Empörung. Das Volk des Irak forderte die unverzügliche Aufhebung aller ungleichen Verträge und Abkommen. Der Kampf gegen den Vertrag von 1948 war faktisch der Kampf gegen den Vertrag von 1930. An den Protestdemonstrationen, die mit neuer Kraft aufflammten, beteiligten sich Arbeiter, Bauern, Studenten, die Intelligenz und ein bedeutender Teil der nationalen Bourgeoisie. Die Kommunistische Partei nahm eine klare und eindeutige Haltung ein. Sie erklärte, daß der Vertrag von 1948 seinem Wesen nach ebenso auf der Ungleichberechtigung beruht wie der Vertrag von 1930; sie forderte den Verzicht auf die beiden Verträge und die Durchführung einer Politik, die den nationalen Interessen des Irak und der anderen arabischen Länder entspricht.

Die zwei anderen einflußreichen Parteien, die Nationaldemokratische Partei und die Unabhängigkeitspartei, äußerten sich ebenfalls ablehnend zur Außenpolitik der Regierung. In einer Erklärung der Nationaldemokratischen Partei heißt es: „Der Irak hoffte, sich von den Fesseln des Vertrages von 1930 zu befreien, jedoch der neue Vertrag stellt ihm noch schlechtere Bedingungen und zieht ihn in internationale Konflikte hinein, die nur den Imperialisten dienen . . . Der Abschluß dieses Vertrages ist ein offener Anschlag auf die Souveränität und die politische Zukunft des Irak – ein Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung seiner nationalen Hoffnungen.“¹⁷

Die Unabhängigkeitspartei wies in ihrer Erklärung darauf hin, daß der Bevin-Ġabr-Pakt sich als noch folgenschwerer erweist als das Abkommen von 1930. „Die Artikel 3 und 4 des Anhangs zum neuen Vertrag“, wird in dieser Erklärung dargestellt, „verpflichten den Irak, mit seinen Luftstreitkräften und militärischen Verbänden, den britischen Luftstreitkräften auch außerhalb seiner Grenzen zur Verfügung zu stehen, so daß die Söhne unserer Heimat in den Krieg für die Verteidigung der imperialistischen Interessen hineingezogen werden. Und dies zu einer Zeit, da es bei uns im Irak keine Notwendigkeiten gibt, die uns zu einer solchen Zusammenarbeit drängen“¹⁸.

Seit dem 16. Januar – als die Zeitungen die Mitteilung über den Vertrag brachten und das Volk von seinem Inhalt erfuhr – kam es im Irak zu Massendemonstrationen. Die führende Rolle während dieser Aktionen übernahm, unter aktiver Teilnahme der Studenten, die Arbeiterklasse. Vor dem Parlamentsgebäude erklärten die Demonstranten: „Abgeordnete, ihr seid nicht durch den Willen des Volkes ins Parlament gewählt worden, sondern durch Wahlen, die von Nūrī as-Sa'īd gefälscht wurden. Ihr Abgeordneten seid nicht Vertreter des Volkes, und deshalb wird die Regierung, die von euch gebildet wurde, nicht vom Volke anerkannt.“¹⁹

¹⁷ Agbašjan, Ow., Das Erwachen der arabischen nationalen Befreiung (in armenischer Sprache), Beirut 1959, S. 80.

¹⁸ Ebenda, S. 80/81.

¹⁹ Фарман, Г., Ирак в годы черного режима, Москва 1958, S. 37.

Vom 17. bis zum 21. Januar fanden in Bagdad und anderen Städten zahlreiche Demonstrationen statt, die den Rücktritt der Regierung Šālih Ġabr forderten und gegen die Ratifizierung des Vertrages von Portsmouth gerichtet waren. Zur „Wiederherstellung der Ordnung“ setzte die Regierung Polizeikräfte ein und ließ Panzerpatrouillen durch die Straßen fahren.²⁰ Die Polizei verhaftete zahlreiche Demonstranten.

Ungeachtet dieser Maßnahmen setzten die Volksmassen ihren Kampf fort. Am 21. Januar fand in Bagdad eine machtvolle Demonstration statt, an der 50 000 Menschen teilnahmen. Die Massen forderten einstimmig den Rücktritt der Regierung und die Bildung eines Kabinetts, das die nationalen Interessen des irakischen Volkes verwirklicht.²¹

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der entstandenen Situation berief ‘Abd al-Ilāh am Abend des gleichen Tages eine außerordentliche Beratung ein, an der Minister, Politiker und Vertreter einer Reihe politischer Parteien teilnahmen. ‘Abd al-Ilāh hoffte, mit Unterstützung dieser Parteien die gegen den anglo-irakischen Vertrag gerichtete Volksbewegung zu zerschlagen und günstige Bedingungen für dessen Ratifizierung zu schaffen. Er wurde jedoch zum Zurückweichen gezwungen, da die Vertreter der politischen Parteien die Politik der Regierung kritisierten und entschieden auf der unverzüglichen Annullierung des Vertrages bestanden. Nach dieser Beratung gab ‘Abd al-Ilāh eine an das irakische Volk gerichtete Erklärung ab, in der er darlegte, daß der Vertrag nicht den nationalen Interessen des Landes entspräche. Er versicherte, daß „no treaty will be ratified that does not assure the rights of the country and the national aspirations.“²²

‘Abd al-Ilāh, der den Portsmouth-Vertrag in seinem Grußtelegramm an Georg VI. als einen rechtmäßigen internationalen Akt bezeichnet hatte, mußte nun in aller Öffentlichkeit das Gegenteil behaupten. Selbstverständlich konnte diese Erklärung nur unter dem Druck der eindrucksvollen Volksaktionen erzwungen werden. Zu dieser Zeit befand sich Ministerpräsident Šālih Ġabr noch in London. Am 22. Januar gab er über den Rundfunk eine Erklärung ab, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das irakische Volk und das Parlament den Portsmouth-Vertrag als Verwirklichung seiner echten nationalen Wünsche auffassen mögen. Die Aktionen im Lande charakterisierte der Ministerpräsident als Ergebnis der Tätigkeit feindlicher Elemente, besonders der Kommunisten, die er nach seiner Rückkehr bestrafen werde.

Die Erklärung Šālih Ġabr's rief eine neue Welle der Empörung unter den breiten Massen des Irak hervor, die ein Gefühl des offenen Hasses gegen die herrschenden Kreise erfaßte.

Als Šālih Ġabr nach dem Irak zurückgekehrt war, verstärkte er vor allem die Repressalien gegen die patriotischen Kräfte des Volkes. Schwerebewaffnete Polizei besetzte sofort alle wichtigen strategischen Punkte Bagdads. Jedoch konnten diese Maßnahmen das Volk nicht einschüchtern. Sie riefen im Gegenteil eine Reaktion

hervor, die alle Berechnungen der Regierung durchkreuzten. Im ganzen Lande erhob sich das Volk zum Aufstand; an der Spitze standen die Kommunisten.

Die Teilnehmer des Aufstandes kämpften unter den Losungen: „Weg mit dem angelsächsischen Imperialismus“, „Weg mit der Regierung Šālih Ġabr“, „Šālih Ġabr unterschrieb den Vertrag mit Tinte – wir beseitigen ihn mit Blut“. Die Aufständischen forderten Brot, Freiheit des Wortes und der Presse sowie Freiheit für die politischen Parteien und Gewerkschaften.²³

* In dieser angespannten Situation kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Aufständischen und bewaffneten Polizeieinheiten. An vielen Orten eroberten die Aufständischen Polizeireviere, entwaffneten die Gendarmen und bewaffneten sich selbst. Zu den entscheidenden Ereignissen kam es am 27. Januar, als sich ein Teil der Aufständischen gegen das Regierungsgebäude wandte und den Versuch unternahm, in die Residenz des Ministerpräsidenten einzudringen. In den ersten Reihen gingen weinende Frauen, die in ihren Händen blutüberströmte Fahnen trugen. In diesem Moment ging die Polizei mit Bajonetten und Panzern gegen die Demonstranten vor.²⁴ Gleichzeitig tobte auf der „Zentral-Brücke“ in Bagdad der entscheidende Kampf, der endgültig das Los der verbrecherischen Clique Šālih Ġabr und Nūri as-Sa'īd entschied. Aus zwei Bezirken Bagdads, die an den gegenüberliegenden Ufern des Tigris liegen, kämpften sich die Aufständischen bis zur Brücke heran. Die Regierungstruppen konnten dem Angriff nicht standhalten und erlitten eine ernste Niederlage.

Im Ergebnis dieser Kämpfe ging die Hauptstadt größtenteils in die Hände des aufständischen Volkes über. Ebenso endeten die Straßenkämpfe in Sulaimaniya, Erbil, Mosul, Kirkuk und anderen Städten. Dadurch wurde die Regierung Šālih Ġabr zum Rücktritt gezwungen; sie floh am 27. Januar nach Jordanien. Nūri as-Sa'īd, der treue Diener des englischen Imperialismus entkam, in Frauenkleidern verhüllt, heimlich nach der Türkei.

In einer daraufhin einberufenen gemeinsamen Sitzung des Senats und der Deputiertenkammer des irakischen Parlaments wurde der Portsmouth-Vertrag einstimmig abgelehnt.²⁵

Dieser Sieg war das Ergebnis des selbstlosen Kampfes der Völker des Irak – der Araber und Kurden, Armenier und anderer, die Schulter an Schulter Ehre und Unabhängigkeit des Landes verteidigten und der Freiheit unzählige Opfer brachten. Die englischen Kolonialisten und die herrschende feudale Obrigkeit mußten nach dieser deutlichen Lektion vor dem Zorn des Volkes zurückweichen und ihre Niederlage eingestehen.

Im Bericht der Kommunistischen Partei des Irak auf der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder der britischen Einflußsphäre in London 1954 heißt es: „In 1948 it (The Communist Party – N. O. O.) headed the great

²⁰ ЦГАОП СССР, ф. 4459, оп. 3, ед. хр. 2279, л. 80.

²¹ ЦГАОП СССР, ф. 4459, оп. 3, ед. хр. 2282, л. 42.

²² Khadurri, Majid, a. a. O., S. 271.

²³ Фарман, Г., а. а. О., S. 39; Agbašjan, Ow., а. а. О., S. 83.

²⁴ ЦГАОП СССР, ф. 4459, оп. 12, ед. хр. 431, л. 180.

²⁵ ЦГАОП СССР, ф. 4459, оп. 3, ед. хр. 2285, л. 13.

national uprising of the people which abolished the Treaty of Portsmouth and forced Salih Jabr, the Prime Minister to resign."²⁶

Darüber hinaus wertete der Generalsekretär der syrischen Kommunistischen Partei Halid Bakdāš den Januaraufstand 1948 im Irak als „eine neue Erscheinung im nationalen Kampf der Araber in dem Sinne, daß dort der nationale Kampf eng mit dem Kampf um die nationale Demokratie verbunden wurde“²⁷. Im Verlaufe dieser Bewegung wurde der Kampf gegen den Imperialismus notwendigerweise mit dem Kampf gegen das reaktionäre Regime im Innern verbunden. Gleichzeitig war der irakische Aufstand von 1948 der erste große Kampf während der Nachkriegsperiode gegen das Joch des Imperialismus in der arabischen Welt. Der Januaraufstand von 1948 im Irak ist deshalb eine der glänzendsten Seiten in der Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung der Araber.

Obgleich die mächtige Welle der Volksbewegung den Portsmouth-Vertrag hinwegspülte, konnten die demokratischen Kräfte noch nicht die Regierung zwingen, den Vertrag von 1930 zu annullieren. Er blieb weiterhin in Kraft. Die Ursachen dafür lagen im Fehlen eines einheitlichen Zentrums zur Leitung des antiimperialistischen Kampfes der irakischen Volksmassen und der daraus folgenden Tatsache, daß die oppositionellen Kräfte nicht einheitlich handelten. Trotzdem erschütterten die Ereignisse von 1948 die Grundlagen des Vertrages von 1930 und zwangen die Regierung des Irak und Englands, Erwägungen anzustellen, um einen Ausweg aus der entstandenen Lage zu finden. Unter diesem Aspekt verdient das Auftreten des irakischen Ministerpräsidenten Nūri as-Sa'īd in der Deputiertenkammer im Mai 1951 besondere Aufmerksamkeit. Hier versuchte er den Eindruck zu erwecken, daß der Irak nicht neutral sei und folglich nicht den Abzug der englischen Truppen aus dem Lande fordern könne. Er sagte: „In order to be neutral, Iraq had to be strong enough to repulse any threat.“²⁸

Diese Ansicht des Ministerpräsidenten rief sofort eine scharf ablehnende Reaktion der Opposition hervor. Der Abgeordnete Sayyid Fā'iq as-Samarra erklärte, daß der Irak seine Neutralität nur durch die Beseitigung der Militärbasen auf seinem Territorium garantieren könne.²⁹

Die Zeitung „Liwa' al-istiqlāl“ schrieb, indem sie darauf hinwies, daß die englischen Truppen sich im Irak so ungebounden fühlten wie in jeder beliebigen britischen Kolonie: „Das Volk des Irak duldet nicht die Verwandlung seiner Heimat in einen Stützpunkt für jede Art von Mißbrauch und Aggression. Es kann nicht mehr in einer solchen widerlichen Atmosphäre leben.“³⁰

Die demokratischen Kräfte des Irak vertraten die Ansicht, daß die Fragen der Sicherheit ihres Landes nicht als Anlaß für ausländische Einmischung und die Aufrechterhaltung des ungerechten Vertrages dienen dürfen. Wenn das Land von irgend-

einer Gefahr bedroht wird, schrieb einer der Vertreter der irakischen Demokratie, Muḥammad Šādiq Šaušal, dann „the inhabitants themselves should take care of it and no one else.“³¹

Doch alle Manöver der irakischen Regierung konnten den Kampf der Werktätigen und aller demokratischen Kräfte für die Aufhebung des Vertrages nicht für eine Minute zum Stillstand bringen. 1951 verbreiteten sich über das ganze Land Streiks und Demonstrationen, die gegen den Vertrag gerichtet waren, und mit neuer Kraft ertönten tausendstimmige Proteste gegen die Anwesenheit der englischen Truppen im Irak. Am 24. Juli fand im englischen Flottenstützpunkt Schaiba eine große Kundgebung statt. Die Teilnehmer forderten den Abzug der englischen Truppen aus dem Irak und protestierten gegen die volksfeindliche Politik der Regierung. Die Demonstration von Schaiba wurde von englischen Truppen im Blut erstickt.³²

Zu ähnlichen Ereignissen kam es in dieser Zeit in Bagdad, Basra, Amara und anderen Gebieten des Landes. Die Bevölkerung Bagdads nahm auf einer Versammlung eine Protestresolution an, in der es hieß: „Wir werden für die Aufhebung des anglo-irakischen Vertrages von 1930 kämpfen.“ In Basra demonstrierten tausende Arbeiter unter antienglischen Losungen. Die Polizei trieb sie mit Waffengewalt auseinander.³³

Die Unzufriedenheit der irakischen Werktätigen verstärkte sich besonders 1952. Ende November kam es zu einem neuen Aufstand. Sein unmittelbarer Anlaß war die Weigerung der Regierung, das direkte Wahlsystem einzuführen. Die tieferen Ursachen lagen jedoch in der Unzufriedenheit der Massen mit der gesamten Innen- und Außenpolitik der Regierung begründet, vor allem in der Weigerung, den anglo-irakischen Vertrag von 1930 zu annullieren. Noch am Vorabend des Aufstandes, im Oktober 1952, stellten vier oppositionelle Parteien – Ḥizb al-istiqlāl, Ḥizb al-watani ad-dimūqrātī, Ḥizb ištirāqī, Al-Ġabha al-watani (al-Umma) – ‘Abdal-Ilāh folgende Forderungen: Einführung eines direkten Wahlsystems und Verwirklichung anderer demokratischer Umgestaltungen, insbesondere Durchführung einer Agrarreform, Aufhebung des anglo-irakischen Vertrages von 1930, keine Teilnahme am geplanten „Mittelostkommando“ und eine unabhängige Politik.³⁴ Nachdem diese Forderungen vom Regenten und der Regierung abgelehnt worden waren, brach der Aufstand aus.

Am 22. und 23. November demonstrierten in Bagdad zehntausende Einwohner unter der Losung: „Weg mit dem anglo-irakischen Vertrag“. Die Demonstranten belagerten das öffentliche Verbindungsbüro der englischen Botschaft. Zur gleichen Zeit kam es zu Massenaktionen des Volkes in Nedschef, Kerbela, Diwaniya und anderen Orten des Landes. Die Polizei sah sich außerstande, die „Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Unter dem Druck dieser Ereignisse trat die Regierung Muṣṭafā ‘Umārī am 22. November zurück. Die neue Regierung wurde von Ġamal al-Madfa'i gebildet; doch auch sie wurde noch am gleichen Tage durch den Aufstand zum Rücktritt gezwungen.

³¹ *The Iraq Times* v. 9. 10. 1952.

³² ИГАОР СССР, II. 4459, оп. 24, ед. хр. 913, л. 7.

³³ Ebenda, л. II.

³⁴ *The Iraq Times* v. 30. 10. 1952.

²⁶ *World News*, Bd 1, Nr 20, London, v. 15. 5. 1954, S. 389.

²⁷ Agbašjan, Ow., a. a. O., S. 83.

²⁸ *The Iraq Times* v. 7. 5. 1951.

²⁹ Ebenda.

³⁰ *Liwa' al-istiqlāl*, Bagdad, v. 30. 11. 1951.

Während des Aufstandes stellte die Kommunistische Partei des Irak die Forderung nach Bildung einer demokratischen Volksregierung, die im Rahmen des bestehenden Systems folgende Hauptaufgaben lösen sollte: Aufhebung des Vertrages von 1930 und der Militärstützpunkte Englands im Irak, Kampf gegen die Aggressionspläne der Imperialisten, Vertreibung der Erdöl- und der übrigen ausländischen Monopole aus dem Lande, Gewährung demokratischer Freiheiten usw. Die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung einer demokratischen Volksregierung konnten jedoch trotz der geschwächten Reaktion nicht geschaffen werden.

Um die Lage zu retten, wurde unter Bruch der Verfassung am 23. November der Chef des Generalstabes Muḥammad Nūr ad-Dīn auf den Posten des Ministerpräsidenten berufen. Am gleichen Tage nahmen irakische Truppen mit Panzern und schweren Kampfswagen alle strategisch wichtigen Punkte Bagdads ein, übten grausame Abrechnung an den Aufständischen und hatten gegen Abend die „Ordnung“ in der Hauptstadt wiederhergestellt. Auch der Novemberaufstand von 1952 führte infolge der ungenügenden Organisiertheit der Massen nicht zur Aufhebung des anglo-irakischen Vertrages und zur Liquidierung des reaktionären irakischen Regimes. Zwar mußte die Regierung unter dem Druck des Volkes bestimmte Zugeständnisse machen und das direkte Wahlsystem einführen, jedoch konnte sie ihre Positionen und die Grundlagen des bestehenden Systems insgesamt erhalten. Trotzdem war der Aufstand von 1952 (nach den Ereignissen von 1948) der zweite ernsthafte Schlag, den die demokratischen Kräfte des Irak dem reaktionären Regime und den englischen Imperialisten in der Nachkriegsperiode zufügten. Entgegen den Erwartungen der englischen Okkupanten und der herrschenden Kreise des Irak führte die Niederlage des Aufstandes nicht zum Abklingen der nationalen Befreiungsbewegung; im Gegenteil, diese wurde durch das Erstarken der Bauernbewegung zusehends breiter und tiefer. Ihr Wachstum wurde in den letzten Jahren auch durch die ständig anwachsende Friedensbewegung beschleunigt.

Im Januar 1954 fand der erste Nationalkongreß der irakischen Friedensbewegung statt. Die vom Kongreß angenommene Resolution enthielt eine Reihe wichtiger Punkte. Es wurden u. a. die Aufhebung des anglo-irakischen Vertrages von 1930, der Abzug der englischen Truppen aus dem Irak und die Ablehnung der amerikanischen Militärhilfe gefordert.³⁵

Diese Punkte waren auch in der Charta der Nationalen Front des Irak, die 1954 in Vorbereitung der Parlamentswahlen gebildet wurde, enthalten. Im Block der Nationalen Front vereinigten sich die Ḥizb al-istiqlāl und die Ḥizb al-watani ad-dīmūqrātī sowie Arbeiter, Bauern, Studenten, Juristen und Ärzte. Das ganze Land wurde von einer Volksbewegung erfaßt. In zahlreichen Städten rissen die Versammlungen und Demonstrationen, an denen Arbeiter und Studenten aktiv Anteil nahmen, nicht ab. Diese Aktionen verdeutlichen den täglich wachsenden Druck der demokratischen Kräfte.

Den Ausweg aus der entstandenen Lage sahen die englischen Imperialisten und die irakische Regierung in der Bildung eines Militärpaktes. Im Jahre 1955 entstand der

³⁵ *Арабы в борьбе за независимость*, а. а. О., S. 402.

aggressive Bagdadpakt, dem der Irak, die Türkei, England, Pakistan und Iran beitraten. Er sollte ein militärisches Aufmarschgebiet an den Südgrenzen der UdSSR schaffen und gleichzeitig die nationale Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten unterdrücken. Außerdem hoffte der englische Imperialismus, durch diesen Pakt seine schwankenden Positionen zu festigen.

Nach dem Beitritt des Irak zum Bagdadpakt unterzeichnete die irakische Regierung am 4. April 1955 ein neues Abkommen mit England, das den Vertrag von 1930 aufhob. Aber dieser Schritt war nur eine Formalität. Als Bündnispartner des Bagdadpaktes kontrollierte England auch weiterhin die Armee, die Luftstützpunkte und die strategischen Verkehrswege des Irak.³⁶

Das irakische Volk und die ganze arabische Welt nahmen den Anschluß des Irak an den Bagdadpakt und den Abschluß des neuen Vertrages mit England, der sich seinem Wesen nach in keiner Weise vom Vertrag von 1930 unterschied, voller Empörung auf. Das irakische Volk fand sich niemals mit der Teilnahme seines Landes an dieser aggressiven Gruppierung ab. Von der Entstehung des Paktes bis zur Revolution vom 14. Juli 1958 führte es einen aktiven Kampf gegen das imperialistische Machwerk.

Nach der Revolution blieb der Irak Mitglied des Bagdadpaktes und akzeptierte formell das anglo-irakische Abkommen. Jedoch nahmen seine Vertreter nicht mehr an den Beratungen des Paktes teil. Offiziell kündigte die Regierung am 24. März 1959 den Pakt und erklärte gleichzeitig das anglo-irakische Abkommen von 1955 für ungültig. Dem britischen Imperialismus blieb nichts anderes übrig, als sich mit den vollendeten Tatsachen abzufinden. Im Mai 1959 verließ der letzte englische Soldat irakisches Territorium.

So wurde der lange Kampf des ruhmreichen irakischen Volkes von Erfolg gekrönt. Dieser Sieg bildete eine stabile Grundlage für die weitere Festigung der Unabhängigkeit des Landes.

Der Kampf der werktätigen Massen und der demokratischen Kräfte des Irak um die Aufhebung des anglo-irakischen Vertrages von 1930 und den Abzug der englischen Truppen stellt einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte der Befreiungsbewegung des gesamten arabischen Ostens dar.

³⁶ *Дипломатический словарь*, а. а. О., S. 87.

ABBAS SAGAI

Die „Agrarreform“ – Hauptbestandteil der Politik der „sozialen Stabilisierung“ in Iran

In den letzten Jahren sind einige neue Erscheinungen in der Politik der iranischen Regierung festzustellen, die mit der allgemeinen politischen Linie der iranischen Regierungen nach dem Putsch von 1953¹ nicht mehr übereinzustimmen scheinen. Die Regierung hat eine Reihe von „Reformmaßnahmen“ erlassen, die das gesamte politische, soziale und ökonomische Leben des Landes betreffen. Es wurden staatliche Parteien und Gewerkschaften gebildet, in der Verwaltung eine Dezentralisierungspolitik verkündet, die politischen Beschränkungen für einige nationale Gruppen verringert, der Verkauf von staatlichen Ländereien und die Beschränkung des feudalen Großgrundbesitzes proklamiert. Zu diesen Maßnahmen zählen weiterhin die Reprivatisierung der staatlichen Industriebetriebe und die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion.

Der scheinbar demokratische Charakter dieser Maßnahmen und die starke Propaganda seitens der Regierung stellen erneut die Frage des Klassenwesens der herrschenden Kreise, der Teilnahme der nationalen Kräfte an der Regierung und die Frage der sozialen Stütze des Imperialismus im Iran.

I. Der allgemeine Inhalt der „sozialen Stabilisierung“

Nach dem Staatsstreich von 1953 trafen der Schah und die Regierung Irans umfassende Maßnahmen zur Unterdrückung der nationalen und antiimperialistischen Kräfte. Es wurde ein Terrorregime errichtet, und die Reaktion begann unverhüllt die nationalen Interessen zu verraten. Das Gesetz über die Nationalisierung der Erdölindustrie wurde annulliert und damit die größte ökonomische und finanzielle Quelle des Landes einem imperialistischen Konsortium überlassen. Die Politik der „offenen Tür“ wurde zur offiziellen Handelspolitik. Die traditionelle Neutralität des Landes wurde aufgegeben, und Iran trat dem Bagdadpakt (später Cento-Pakt)² bei. Diese

¹ Im August 1953 wurde die nationale Regierung des Ministerpräsidenten Mossadegh durch ein Komplott der anglo-amerikanischen Imperialisten und des Schahs gestürzt. Die amerikanische Regierung stellte u. a. für diesen Putsch einen Betrag in Höhe von 19 Millionen Dollar bereit. (Siehe *Donyā* [iranische Zeitschrift], o. O., 3. Jg., Heft 2, S. 7.)

² *Central Treaty Organisation* (CENTO), aggressiver Militärpakt, der am 24. 2. 1955 in Bagdad zwischen dem Irak und der Türkei unterzeichnet wurde. Im gleichen Jahr traten Großbritannien, Pakistan und der Iran dem Pakt bei; die USA wurden 1957

Maßnahmen kennzeichnen die erste Phase der Politik des Putschregimes. Charakteristisch für die gegenwärtige Phase ist die sich in reaktionären Kreisen immer stärker durchsetzende Erkenntnis, daß die bisher angewandten Mittel der direkten und brutalen Unterdrückung allein zur Sicherung des Regimes nicht mehr ausreichen. Daher wird jetzt in stärkerem Maße die Methode des politischen Betruges, der Irreführung des Volkes durch demagogische Propaganda und Scheinreformen angewandt. Auf Befehl des Schahs wurden staatliche Parteien gegründet und „freie Wahlen“ versprochen. Der Schah versprach, das Lebensniveau in den nächsten zehn Jahren um das Zehnfache zu heben.³ Von der Regierung Amini wurden die Revolution „von oben“ verkündet und die Beseitigung des alten Regimes proklamiert. Die wichtigsten Ursachen, die zu den genannten Maßnahmen und schließlich auch zu einer Änderung der Politik führten, sind:

1. Dem Putschregime ist es durch Terror nicht gelungen, die Volksbewegung zu unterdrücken. Im Gegenteil, die demokratischen Kräfte haben sich erneut gestärkt. Das Bewußtsein der Bevölkerung hat ein höheres Niveau erreicht. Die Antipathie des Volkes gegen das Putschregime wächst von Tag zu Tag.⁴

2. Entscheidend gefördert wurde diese Entwicklung durch die völlige Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts. Seit der Errichtung des Putschregimes, vor allem mit dem Übergang von der zweiten zur dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wurde besonders deutlich, daß die Zukunft der Menschheit immer mehr durch die Kräfte des Friedens und des Sozialismus bestimmt wird. Demgegenüber nehmen die inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus ständig zu. „In der Weltarena tritt das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus, der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges immer stärker zutage.“⁵

3. Gemeinsam mit diesem Faktor übt der Zerfall des Kolonialsystems einen starken progressiven Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung in Iran aus. Das iranische

Mitglied des Militärausschusses. Die CENTO ist gegen die UdSSR und die nationalen Befreiungsbewegungen gerichtet. Durch die Beteiligung von Staaten, die der NATO angehören (Großbritannien, USA, Türkei), ist die CENTO eng mit dieser aggressiven Organisation verbunden. Infolge der Juli-Revolution 1958 trat der Irak aus dem Pakt aus. Versuche der USA-Imperialisten, den Pakt wieder zu festigen, führten 1959 zu zweiseitigen Militärabkommen mit Pakistan, dem Iran und der Türkei.

³ Die Lebensunterhaltungskosten sind aber seit der Errichtung des Putschregimes ständig gestiegen. Sie entwickelten sich wie folgt:

1953 = 100	1959 = 152
1955 = 122	1960 = 164
1957 = 139	1961 (Oktober) = 174

(*International Financial Statistics* Washington, Februar, 1962, S. 158/159.)

⁴ Besonders in den letzten Jahren hat die Aktivität der Volksmassen zugenommen. Die Regierung mußte 1960 die Wahlen zum Parlament annullieren und wiederholen. Weithin fanden umfangreiche Lehrer-, Studenten-, Arbeiter- und Bauerndemonstrationen gegen die antinationale Politik der Regierung statt.

⁵ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1961, S. 10.

Volk, das früher selbst einmal Vorkämpfer der antiimperialistischen, antifeudalen Bewegung war, verfolgt mit Interesse die großen Fortschritte, die in Kuba, Algerien Indonesien und anderen Ländern im Kampf um die nationale Unabhängigkeit gemacht werden.

Unter diesen veränderten Bedingungen ist die Beibehaltung der alten Politik unmöglich geworden. Die feudalen Verhältnisse sind zu ernststen Hindernissen der sozialen und ökonomischen Entwicklung der iranischen Gesellschaft geworden.

Auch die internationale Reaktion ist über die heutige Lage in Iran besorgt. In den USA verlautete schon im Jahre 1959⁶, daß der Schah zwar einen Angriff durch die Sowjetunion nicht befürchte, dagegen mit Besorgnis die Entwicklung im Irak und in Afghanistan verfolge. Eine ernsthafte Gefahr für die iranische Regierung sehe er ferner in der Unzufriedenheit der Kurden und in der zunehmenden Aktivität der Tudeh-Partei. Auch in Frankreich wurde betont⁷, daß der innere Zustand zu einer Revolution führen könne und die Errichtung eines prokommunistischen, zumindest aber eines neutralen Regimes zur Folge haben werde. Durch eine solche Ordnung würde Iran aber auch aus dem Cento-Pakt austreten. Die Imperialisten fürchten nicht nur, daß der Schah das gleiche Schicksal wie Bajar und Menderes erleiden würde, sie bangen in erster Linie um die Erhaltung Irans als politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stützpunkt. Der Regierung Amini bzw. Alam ist jedes „Heilrezept“ recht, um den Sturz des Putschregimes zu verhindern.

Die neuen Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik bezwecken also keineswegs eine revolutionäre Änderung der Struktur der iranischen Gesellschaftsordnung oder der Abhängigkeit vom Imperialismus. Vielmehr sollen durch einige oberflächliche Teilreformen tiefgreifende Umwälzungen verhindert werden.

II. Die Bedeutung der Agrarfrage für den Iran und die Rolle der „Agrarreform“

Die Agrarfrage ist in Iran, und nicht nur hier eine der brennendsten Fragen, ihre politische und ökonomische Bedeutung wächst von Tag zu Tag. Die Landwirtschaft ist in Iran der Hauptproduktionszweig. Achtzig Prozent der erzeugten Waren sind landwirtschaftliche Produkte, die zu sechzig Prozent am Export (außer Erdöl) beteiligt sind. Iran ist ein äußerst rückständiges Agrarland. Von 50 Millionen Hektar anbaufähigem Boden wurden im Jahre 1957 nur 5,7 Millionen Hektar bearbeitet, während 10,3 Mill. ha Brache bildeten. Zwei Drittel des anbaufähigen Bodens sind unbewässert.⁸ Die feudalen Produktionsverhältnisse und der niedrige Stand der Produktionstechnik und -methoden führen zu einer außerordentlich geringen Produk-

⁶ Siehe *New York Herald Tribune* v. 16. u. 17. 12. 1959, in *Šobh-i omīd* (iranische Zeitschrift) v. 5. 1. 1960.

⁷ Siehe *Express*, Paris, v. 23. 6. 1962, in *Šobh-i omīd* v. 21. 6. 1960.

⁸ *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1/1961, S. 76.

tivität⁹ der Landwirtschaft und zu einer schwierigen Lage der armen Bauern. Durch diese Situation werden die Kaufkraft der Bevölkerung, die Rohstoffbasis der Industrie, die Möglichkeiten des Ex- und Imports, die Kapitalakkumulation und der Binnenmarkt stark eingeschränkt. Die feudalen Verhältnisse hemmen nicht nur die Entwicklung des Menschen als der wichtigsten Produktivkraft, sondern auch die materielle Seite der Produktivkräfte. Die Hauptursache für die gegenwärtige Lage ist das feudale Eigentum an Grund und Boden. 72 Prozent der iranischen Bevölkerung sind Bauern. Davon sind 60 Prozent landlos, 23 Prozent besitzen weniger als einen Hektar, zehn Prozent ein bis drei Hektar, und nur 7 Prozent der Bauern besitzen mehr als drei Hektar Land. 85 Prozent der genutzten Anbaufläche (ca. zehn Mill. ha) gehören den Grundherren, dem Staat und religiösen Institutionen, 14 Prozent den Bauern und ein Prozent den Dorfgemeinden.¹⁰

Auch die herrschenden Kreise in Iran kommen nicht umhin, die Dringlichkeit der politischen und ökonomischen Probleme der Agrarfrage zu beachten. Daher steht die „Agrarreform“ im Mittelpunkt der „stabilisierenden“ Maßnahmen des Schahs und der Regierung. Diese Maßnahmen werden in der Propaganda als die „revolutionärsten“¹¹ bezeichnet und sollten dazu beitragen, das System des Eigentums an Grund und Boden zu verändern und die Basis des Feudalismus in Iran „auszuwurzeln“. Bei der Durchführung der „Agrarreform“ tritt besonders der Landwirtschaftsminister Arsanjani aktiv in Erscheinung. Er behauptet, daß durch sie „... die Stunde des Arbāb-Ra'īyyat-Systems“¹² geschlagen hat... Nach der Verwirklichung dieser Reform wird die Geschichte Irans in zwei Perioden, die Vorreform- und die Nachreformzeit,

⁹ Die Ernteerträge sind im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich niedrig. Zum Beispiel (1960/61):

100 kg/ha	Weizen	Gerste	Mais
Niederlande	46,6	42,3	38,1
DDR	34,8	32,6	23,5
VAR	24,5	24,7	22,1
Türkei	11,0	13,0	15,7
Iran	7,8	7,4	8,0 (geschätzt)
Irak	4,6	7,8	5,6

(Food and Agriculture Organization of United Nations, Rome, Production Yearbook, 1962, S. 35, 37, 39 u. 44.)

¹⁰ „*Probleme des Friedens und des Sozialismus*“, 1/1961, S. 76.

¹¹ „In der dreitausendjährigen Geschichte Irans ist keine ähnliche Maßnahme wie die Agrarreform, die die iranische Gesellschaft grundlegend verändert, zu verzeichnen.“ (*Itilā'āt-i hawā'i*, Teheran, v. 15. 11. 1962.)

¹² Das Arbāb-Ra'īyyat oder Mozārī'a-System ist eine Form der Halbpacht in der iranischen Landwirtschaft. In der Regel stellt der Grundeigentümer (Arāb) Land, Wasser und Saatgut, der Bauer (Ra'īyyat) Arbeitskraft und Vieh. Für jedes geliehene Produktionselement muß der Bauer im allgemeinen ein Fünftel der Ernte dem Grundeigentümer überlassen. Etwa 80 Prozent der iranischen Landwirtschaft werden in der Form des Mozārī'a-Systems bewirtschaftet.

eingeteilt. Durch das Agrargesetz ist die Ära der Mittelklasse angebrochen.¹³ Amini erklärte in einem Appell aus Anlaß des neuen Agrargesetzes: „Uns wird die Ehre bleiben, zum erstenmal die Bemühungen auf die Lösung eines der größten sozialökonomischen Probleme gelenkt zu haben.“¹⁴

Nach dem neuen Agrargesetz müssen die Bauern, die Boden erhalten, diesen im Laufe von 15 Jahren bezahlen. Die Großgrundbesitzer können ein Dorf – nach ihrer eigenen Wahl – behalten. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, drei oder vier nebeneinanderliegende Dörfer als eines zu deklarieren, da keine genauen Höchstgrenzen für den Grundbesitz festgelegt worden sind. Gartenländereien, Teeplantagen und die maschinell bewirtschafteten Felder sind von der Verteilung ausgeschlossen. Die Regierung zahlt den Grundbesitzern innerhalb von zehn Jahren eine Entschädigung. Der Boden wird vorzugsweise denjenigen Bauern überlassen, die schon einige Produktionselemente besitzen.

Diese Reform ist also dadurch gekennzeichnet, daß ausgedehnte Ländereien im Besitz der Feudalen verbleiben, die feudalen Verhältnisse in den nicht aufgeteilten Dörfern nach wie vor beibehalten werden, die armen Bauern auch weiterhin kein Land erhalten und die „Reform“ nur eine Veräußerung von Land ist. Um die Besorgnis seiner Klassengenossen über die Reform zu beseitigen, erklärte Amini im Februar 1961, daß das Gesetz in ganz Iran nicht mehr als 300 Grundbesitzer betrifft.¹⁵ Arsandjani äußerte, daß höchstens 10 000 Dörfer verteilt werden.¹⁶ Von der Verteilung des Bodens werden nur 200 000 Bauernfamilien profitieren, vorausgesetzt, die „Bodenreform“ wird voll verwirklicht. Wenn wir beachten, daß es im Iran 50 000 Dörfer gibt, davon aber nur ein Fünftel verteilt wird und daß 72 Prozent der iranischen Bevölkerung (etwa 15 Millionen) Bauern sind, dann tritt der begrenzte sozialökonomische Wirkungsbereich deutlich zutage. Dadurch wird auch die Behauptung des Ministerpräsidenten widerlegt, daß die Reform für breiteste Schichten der Bevölkerung eine Hebung des Lebensstandards bringen wird.¹⁷ Die Mehrzahl der iranischen Bauern ist infolge ihrer Armut nicht in der Lage, Boden zu kaufen. Deshalb kann nur eine begrenzte Schicht Mittelbauern von der „Agrarreform“ profitieren.

Das neue Agrargesetz bedeutet trotzdem eine Wende in der Politik des Putschregimes. Es widerspricht der neuen Methode eines bestimmten Flügels der herrschenden Kreise Irans. Tatsächlich haben einige Repräsentanten der iranischen Oberschicht die Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen Agrarpolitik begriffen. Sie fördern eine gewisse „Revolution von oben“, um dadurch den Ausbruch einer Revolution von unten zu verhindern. Amini warnte seine Klassengenossen nachdrücklich vor einer Unterschätzung der Bauernbewegung. Auf die äußerste Armut der Bauern hinweisend, erklärte er, daß „diese (die Bauern – A. S.) bei einer eventuellen Revolution keine Opfer für uns bringen werden, da sie besitzlos sind und nichts zu verlieren haben.“¹⁸

¹³ *Mardom* (iranische Zeitschrift), o. O., v. 20. 4. 1962.

¹⁴ Ebenda, v. 2. 10. 1961.

¹⁵ Ebenda, v. 6. 3. 1962.

¹⁶ Ebenda, v. 20. 3. 1962.

¹⁷ Ebenda, v. 2. 10. 1961.

¹⁸ *Hādanīhā* (iranische Zeitschrift) v. 23. 1. 1962.

Historisch gesehen ist das Agrargesetz von Amini dem sozialen Ziel nach mit den Stolypinschen Gesetzen in Rußland von 1906 vergleichbar.¹⁹ Es verfolgt fast die gleichen reaktionären Ziele. Dieses Gesetz will, wie sein russisches Muster, „das Ventil ein wenig öffnen, im Dorf nicht mehr auf die Unwissenden und Schwachen, sondern auf die Starken setzen“²⁰. Es soll eine Schicht Mittelbauern geschaffen werden, die bereit sind, „mit Leib und Seele die Ruhe und die Unantastbarkeit der Besitzungen der Grundherren gegen die Massen der Bauern zu verteidigen“²¹. Durch dieses Gesetz hofft die Reaktion die Bauern von der Arbeiterklasse zu isolieren. In diesem Zusammenhang sei auf eine Rede Arsanjanis verwiesen, die sehr aufschlußreich ist. „Die Vorstellung“, sagte er, „daß die Arbeiterklasse für die Befreiung der Bauern kämpfen soll, ist ein absoluter Irrtum. In Iran ist die dominierende Macht nicht in den Händen der Arbeiter, sondern in den Händen der Bauernschaft.“²² Dieser Gedanke ist keineswegs neu, ebenso wenig wie das Gesetz über die „Agrarreform“ ein neues „Heilmittel“ gegen die Not und das Elend der iranischen Bauern ist. Wie dieses Gesetz ein Faksimile des Stolypinschen Gesetzes ist, so ist auch die Theorie der „dominierenden Macht“ eine ungeschickte Wiederholung der Theorie der russischen *Narodniki*.²³

Trotz des reaktionären Charakters der „Agrarreform“ ist ein Teil der feudalen Grundbesitzer mit der Agrarreform Aminis, der selbst einer der größten Grundbesitzer ist, nicht einverstanden. Einige Grundbesitzer leisten Widerstand gegen diese Reform. Sie sind nur für jene Veränderungen in den Agrarverhältnissen, die von den Grundbesitzern selbst durchgeführt werden. Der bekannteste und konsequenteste Vertreter dieser Auffassung ist der Grundbesitzer und Ex-Parlamentsmitglied Arsālan Ḥaf'atbari. Nach seiner Auffassung soll die Regierung den Grundbesitzern alle notwendigen ökonomischen, finanziellen und technischen Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Als Vorbild nennt Ḥaf'atbari die Farmer der USA, die die Landwirtschaft mechanisiert haben und ihre Wirtschaft ohne Bauern führen.²⁴

Parallel mit der sogenannten Agrarreform verfolgt die iranische Regierung eine Politik der Reprivatisierung der staatlichen Unternehmen, die enge Beziehungen zur neuen Agrarpolitik erkennen läßt. Die Staatsbetriebe werden in Aktiengesellschaften umgewandelt und die Aktien den Großgrundbesitzern als Entschädigung überlassen.

¹⁹ Stolypin: zaristischer Minister in Rußland von 1906 bis 1911. Durch das Stolypinsche Agrargesetz schuf sich die Reaktion eine Stütze in den Kulaken. Das Gutsbesitzerland blieb völlig unangetastet. Die Dorfgemeinde wurde gewaltsam zerstört, wobei die Kulaken das beste Land erhielten. Die Stolypinsche Reform verschärfte den Kampf innerhalb der Bauernschaft.

²⁰ *Lenin, W. I., Werke*, Bd 19, Berlin 1962, S. 168.

²¹ Ebenda, S. 171.

²² *Mardom* v. 4. 4. 1962.

²³ Volkstümmer. Ende der sechziger Jahre des 19. Jh. im zaristischen Rußland entstandene Bewegung. Die Volkstümmer verkanteten die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung, hielten die bäuerliche Dorfgemeinschaft für den Keim des Sozialismus und die Bauernschaft für die revolutionäre Hauptkraft.

²⁴ *Mardom* v. 5. 5. 1962.

²⁴ Kolonialismus und Neokolonialismus

Durch die Reprivatisierung werden die notwendigen Mittel für die Agrarreform aufgebracht, die Großgrundbesitzer in Finanzkapitalisten verwandelt und günstige Möglichkeiten der Verflechtung mit dem ausländischen Finanzkapital geschaffen.

Obwohl die Verwirklichung des Agrargesetzes auch einige objektiv fortschrittliche Ergebnisse hervorruft – Ausdehnung der kapitalistischen Verhältnisse auf dem Dorf, Erweiterung des Binnenmarktes, Erhöhung der Kaufkraft –, beeinflussen diese infolge der antinationalen Politik der Regierung die nationale Entwicklung im wesentlichen negativ. Sie werden vor allem im Interesse der einheimischen und ausländischen Reaktion benutzt.

III. Der Imperialismus und die neue Agrarpolitik

Das neue Agrargesetz beseitigt zwar nicht den Feudalismus, es schwächt aber zum Teil die feudalen Produktionsverhältnisse, beschränkt das feudale Eigentumsrecht an Grund und Boden und ruft infolgedessen bei einem Teil der Feudalherren Unzufriedenheit hervor. Bekanntlich ist aber der Feudalismus in Iran eine der wichtigsten Stützen des Imperialismus. Der Kolonialismus hat in Iran seit seinen Anfängen den Feudalismus als soziale Hauptstütze benutzt. Im Bündnis mit den Feudalherren kämpfte er gegen den ökonomischen und sozialen Fortschritt der iranischen Gesellschaft, spekulierte auf die politische Unwissenheit der Bauern und setzte seine Hoffnungen auf die ökonomische Stagnation des Landes. Die Neokolonialisten wollten und wollen auf diesem Wege ihre Herrschaft fortsetzen. Aber die Krise dieser Ordnung und ihre inneren Widersprüche haben einen Grad erreicht, daß auch Terror und Betrug ihren Sturz nicht verhindern können. Das feudale Grundeigentum steht zum ökonomischen und sozialen Fortschritt in einem antagonistischen Widerspruch. Die antifeudale Revolution steht auf der Tagesordnung der iranischen Gesellschaft. Die Stagnation in der Wirtschaft und die daraus resultierende Unzufriedenheit unter der iranischen Bevölkerung widersprechen sogar den Interessen der Imperialisten. Die sich ständig entwickelnden Produktivkräfte fügen sich nicht mehr in den engen Rahmen der feudalen Verhältnisse ein. Der Feudalismus, der eine feste Bastion schien, bricht zusammen. Darum ist es im Interesse der inneren wie auch der äußeren Reaktion notwendig, eine Umorientierung vorzunehmen und eine soziale Stütze zu suchen die eine größere Gewähr der Sicherheit bietet. Dazu dient auch jene Politik, die Walter Lippman den Amerikanern empfahl und die ihre Widerspiegelung u. a. in der Unterstützung der neuen Agrarreform findet. Der Imperialismus ist bestrebt, die unvermeidliche Änderung seiner sozialen Stütze allmählich vorzunehmen, den Feudalherren die Notwendigkeit einer Änderung der jetzigen Klassenstruktur aufzuzeigen und sie, bei Wahrung gewisser feudaler Privilegien, in kapitalistische Unternehmer umzuwandeln. Gleichzeitig versucht der Imperialismus im Bündnis mit den herrschenden Kreisen, eine neue Schicht kapitalistischer Grundeigentümer als Stütze im Dorf zu schaffen.

Hier sei noch einmal auf Walter Lippman verwiesen, der sich wie folgt äußerte: „Wir müssen eine neue Politik gegenüber Iran entwickeln, auf deren Basis wir uns

eventuell zurückziehen können.“²⁵ In der Tat mußte der Imperialismus nach einer Offensivperiode in eine Phase des „notwendigen Rückzugs“ eintreten. Im allgemeinen wirkt sich ein erzwungener Rückzug fördernd auf die revolutionäre Bewegung aus. Obwohl eine solche Tendenz in Iran zu erkennen ist, muß im gegebenen Fall der Rückzug der äußeren und inneren Reaktion aber als ein Manöver, mit dem Ziel, ihren Sturz zu verhindern und neue Positionen zu gewinnen gekennzeichnet werden. Die Politik der Imperialisten gegenüber der Agrarreform in Iran ist nur unter diesen Gesichtspunkten erklärlich.

Im Januar 1961 reiste Booching, Stellvertreter des amerikanischen Außenministers, nach Iran. Die iranische Zeitung „Teheran Economist“ schrieb darüber: „Die Reise von Booching nach Teheran war von großer Bedeutung. Nach seiner Ankunft wurde sowohl der Entwurf des Agrargesetzes vorbereitet und gebilligt als auch eine amerikanische Hilfe in Höhe von 20 Millionen Dollar bereitgestellt.“²⁶ Noch aufschlußreicher ist eine Rede des amerikanischen Politikers Bowles, dem persönlichen Berater Kennedys für Fragen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Er erklärte nachdrücklich, daß die Stellung Washingtons zum neuen Agrarprogramm positiv sei.²⁷ Diese Ausführungen beweisen, daß die Amerikaner nicht nur die „Agrarreform“ unterstützen, sondern daß sie die eigentlichen Inspiratoren der neuen Agrarpolitik und der anderen sozialökonomischen Maßnahmen der iranischen Regierung sind.

Das neue Agrargesetz hat trotz seiner zutiefst reaktionären Zielsetzung auch eine objektiv fortschrittliche Seite. Durch diese „Reform“ erhält ein Teil der Bauern Land. Die Verwirklichung des Gesetzes führt zur Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, trägt zur Herausbildung einer neuen Schicht von Grundeigentümern bei und vergrößert auch die Dorfbourgeoisie. Sie steigert die Kaufkraft einer bestimmten Schicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung und bewirkt insgesamt eine Ausdehnung des inneren Marktes und ein Anwachsen des Kapitals.

Diese Entwicklung liegt in bestimmtem Grade auch im Interesse des Imperialismus. Die Existenz des sozialistischen Weltwirtschaftssystems und seine immer größer werdende Bedeutung einerseits, das Anwachsen der nationalen Bewegungen und das Entstehen von neuen selbständigen Nationalstaaten mit einer nationalen Wirtschaft andererseits beschränken immer mehr den kapitalistischen Weltmarkt, erschweren die Kapitalanlagen und den Warenexport. Dieser Umstand zwingt die Imperialisten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um aus dieser Lage einen Ausweg zu finden. Eine Methode besteht darin, den kapitalistischen Weltmarkt intensiv zu entwickeln und die Märkte der bestehenden Kolonien und Halbkolonien besser auszunutzen. Dies ist aber mit den alten feudalen Verhältnissen und dem niedrigen Entwicklungsstand der Technik in Industrie und Landwirtschaft dieser Länder unmöglich. Das ist auch der wesentlichste Grund, weshalb der Imperialismus, trotz seiner reaktionären Ziele in den schwachentwickelten Ländern, an einem gewissen

²⁵ Siehe *New York Herald Tribune* v. 16. 12. 1959, in; „Šobh-i omīd“ v. 5. 1. 1960.

²⁶ *Teheran Economist* v. 13. 1. 1961.

²⁷ *Kaihān* (iranische Zeitung) v. 10. 2. 1962.

Fortschritt dieser Länder interessiert ist. Freilich werden die progressiven Aspekte dieser neuen Agrarpolitik von dem zutiefst reaktionären Charakter der neuen Maßnahmen völlig überschattet.

Selbst Amini hat die besondere Bedeutung der sozialen Seite der Agrarreform betont.²⁸ Chester Bowles drückte diesen Gedanken durch die Formel der „politischen Stabilisierung (des Regimes – A. S.) im Dorfe“²⁹ aus. Also ist die „politische Stabilisierung“ der wahre Antrieb der neuen „Agrarreform“, die dadurch einen reaktionären Charakter erhält. In der „Stabilisierung“ liegt auch die Sympathie der Imperialisten gegenüber den neuen Maßnahmen der iranischen Regierung begründet.

Der amerikanische Imperialismus, der das Hauptbollwerk des Neokolonialismus in Iran ist, verfolgt neben den genannten Zielen auch das einer Schwächung der sozialen Stütze des britischen Imperialismus. Seit Jahrzehnten hat der britische Imperialismus in Iran den Feudalismus als Hauptstütze benutzt; er besitzt bei den Feudalherren und den Stammesoberhäuptern großen Einfluß und hat sie zu treuen Agenten erzogen. Die Amerikaner sind dagegen erst seit dem zweiten Weltkrieg in Iran besonders aktiv in Erscheinung getreten und haben bei diesem Teil der herrschenden Kreise noch einen geringen Einfluß. Diesen Rückstand konnten sie trotz verschiedener Versuche noch nicht aufholen. Hingegen haben sie es mehr als die britischen Imperialisten vermocht, sich auf die kapitalistischen Kräfte zu stützen.

IV. Die Haltung der Arbeiterklasse zur „Agrarreform“

Der Befreiungskampf in seiner heutigen Etappe ist in Iran durch antiimperialistische, antifeudale und allgemein-demokratische Aufgaben gekennzeichnet. Alle nationalen Klassen und Schichten der iranischen Bevölkerung sind in bestimmtem Grade an der Lösung dieser Aufgaben interessiert. Daher bilden sie alle die Triebkraft der nationalen Bewegung; am konsequentesten ist die Arbeiterklasse. Sie hat die geschichtliche Verpflichtung, nicht nur für die genannten Ziele konsequent zu kämpfen, sondern auch bei wichtigen Teilfragen – wie der Agrarfrage – eine Politik zu betreiben, die den Interessen der breitesten Massen entspricht und dem Ziel der nicht-kapitalistischen Entwicklung der Wirtschaft dient.

Eine Politik, die die feudalen Verhältnisse zum größten Teil konserviert, die nur einen kleinen Teil der Bauern in Landbesitzer verwandelt, die den qualvollen kapitalistischen Weg der ökonomischen Entwicklung anstrebt und insgesamt der Reaktion dient, muß von der Arbeiterklasse schonungslos entlarvt werden. Diese Politik ist eine Politik der reaktionären und imperialistischen Stabilisierung und keine Politik der „revolutionären Umwälzung“.

²⁸ In einer Zusammenkunft der Grundeigentümer in Schiraz sagte er: „Die Agrarreform verfolgt ein soziales und ein ökonomisches Ziel. Das soziale Ziel ist wichtiger als das ökonomische ... Wir müssen von unseren 10 Rials Reichtum 3 Rials opfern, um die anderen retten zu können.“ (*Mardom* v. 2. 10. 1961 u. 20. 4. 1962.)

²⁹ *Kaihān* v. 10. 2. 1962.

Die Politik der Arbeiterklasse in der Agrarfrage ist ein Bestandteil ihrer allgemeinen Politik gegenüber der Bauernschaft. Diese Politik beruht darauf, daß die armen Bauern die besten Verbündeten der Arbeiterklasse sind, daß die mittleren Bauern für dieses Bündnis zu gewinnen und die Großbauern zu neutralisieren sind. Die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse in der Agrarfrage müssen diesen Prinzipien entsprechen und den Interessen der Bauern dienen. Diese Forderungen beinhalten:

1. Beseitigung des Mozārf'a-Systems in der landwirtschaftlichen Produktion
2. Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes (Boden, Wasser, Arbeitsinstrumente) und kostenlose Verteilung an die besitzlosen und armen Bauern
3. Beseitigung der Schuldknechtschaft
4. Hilfe für die Mittelbauern
5. Keine Enteignung des Bodens der wohlhabenden Bauern
6. Entschädigung für die nationalgesinnten Grundbesitzer.

Die Reformmaßnahmen, die den der nationalen Bourgeoisie gehörenden Grund und Boden betreffen, sollen zwei Hauptfragen untergeordnet werden. Sie sollen einmal die feudalen Verhältnisse beseitigen und zum andern den Interessen der Nationalen Front dienen.

Bei der Verwirklichung dieser Forderungen sowie ihrer Erweiterung auf die Staats- und religiösen Besitzungen würden die Bauern ein Minimum an Land erhalten.

Es zeigt sich also, daß die Veränderungen, die in der Politik der Regierung des Putschregimes erfolgten, kein Beweis für eine wesentliche Änderung der antinationalen Politik des Regimes sind. Sie bedeuten keineswegs eine Änderung des Klassenwesens der herrschenden Kreise. Diese Politik wurde von den Imperialisten entworfen und bezweckt eine „Stabilisierung“ des antinationalen Regimes. Diese Veränderungen sind das Ergebnis eines doppelten Rückzuges der Reaktion sowohl in Iran als auch in der internationalen Arena. Sie sind ein Ausdruck der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der nationalen Kräfte und offenbaren eine weitere Schwächung des Imperialismus.

Die wichtigste Maßnahme innerhalb dieser Veränderungen ist die neue Agrarpolitik der iranischen Regierung. Der Inspirator dieser Politik ist der amerikanische Imperialismus, Hauptträger der neokolonialistischen Politik in Iran. Das Agrargesetz ist ein Beweis dafür, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in krassen Gegensatz zu den feudalen Verhältnissen in der Landwirtschaft getreten ist und daß die Verschärfung des Klassenkampfes dringend die Lösung der Agrarfrage erfordert. Obwohl die Verwirklichung des Agrargesetzes auch einige progressive Erscheinungen hervorruft, sind die reaktionären Ziele und Ergebnisse bestimmend. Durch die Agrarreform versucht die Reaktion vor allem ihre soziale Basis zu erweitern, die Bauernschaft zu spalten und sie in eine antirevolutionäre Schicht zu verwandeln, das Bündnis der Bauern mit der Arbeiterklasse zu schwächen, Teile der Nationalbourgeoisie zu befriedigen und ihre Sympathie zu erlangen, den kapi-

talistischen Weg der Entwicklung der Landwirtschaft zu sichern und die akute Gefahr einer antiimperialistischen, antifeudalen Revolution zu beseitigen.

Der amerikanische Imperialismus benutzt die „Agrarreform“ zur Sicherung seiner imperialistischen Interessen und erhofft gleichzeitig eine Schwächung der feudalen Stützen seines englischen Konkurrenten.

Durch die Verwirklichung des Agrargesetzes werden die sozialen und politischen Widersprüche nicht beseitigt. Sie werden verschärft und vergrößert. Die „Reform“ löst die Agrarfrage nicht. Im Gegenteil, sie beschleunigt den Prozeß der Klassendifferenzierung und trägt auf diese Weise indirekt zur Entwicklung der revolutionären Bewegung in Iran bei.

PAUL FRIEDLÄNDER

Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten

unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems

Im nationalen Befreiungskampf der Völker gegen das imperialistische Kolonialsystem spielt der Nahe und Mittlere Osten eine wichtige Rolle. Da dieses Gebiet in internationaler Sicht von großer politischer, ökonomischer und militärisch-strategischer Bedeutung ist, klammert sich der Imperialismus gerade hier an seine bröckelnden Positionen und verteidigt sie besonders zäh und verbissen.

Angesichts der Niederlagen, die dem „traditionellen“ Kolonialismus vor allem auch im Nahen und Mittleren Osten zugefügt wurden, hat sich diese Region zu einem typischen Wirkungsbereich neokolonialistischer Politik entwickelt. Die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten veranschaulichen deshalb auch besonders deutlich, daß der Übergang von der Politik des „traditionellen“ zu der des „modernen“ Kolonialismus ein Ausdruck der Schwäche des Imperialismus ist, ein Zeichen des Zurückweichens vor den Kräften des Antiimperialismus, vor der nationalen Befreiungsbewegung im Bündnis mit den Ländern des sozialistischen Weltsystems, das unter Führung der Sowjetunion zum bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist. Sie lassen aber auch die vom Neokolonialismus ausgehenden akuten Gefahren für die Souveränität der jungen Nationalstaaten und für die Erlangung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit erkennen.

Neben den USA und gemeinsam mit ihnen ist der westdeutsche Imperialismus in den letzten Jahren zu einer Hauptkraft im System des modernen Kolonialismus geworden. Diese Erscheinung wird ebenfalls im Nahen und Mittleren Osten besonders deutlich.

Seit der Existenz des deutschen Imperialismus war der Nahe und Mittlere Osten ein Hauptbetätigungsfeld seiner expansiven Politik. Zweimal in seiner unrühmlichen Geschichte wurde der deutsche Imperialismus an der Verwirklichung seiner Herrschaftspläne im Nahen und Mittleren Osten gehindert. Gegenwärtig ist dieser Bereich ein drittes Mal zu einem Konzentrationspunkt seiner kolonialistischen Bestrebungen geworden.

Die folgende politisch-ökonomische Untersuchung analysiert den Expansionsverlauf nach dem zweiten Weltkrieg, vor allem unter den dialektisch-widersprüchlichen Aspekten (a) der vom deutschen Neokolonialismus ausgehenden besonderen Gefahren, (b) der ihm objektiv gesetzten engen Grenzen und seiner historischen Perspektivlosigkeit.

Der gegenwärtige Prozeß unterscheidet sich von seinen Vorläufern vor allem durch die grundsätzlich veränderten Bedingungen, die der deutsche Imperialismus für seine Expansion im Nahen und Mittleren Osten vorfindet.

I. Spezifische Züge des nationalen Befreiungskampfes im Nahen und Mittleren Osten

Im Zuge des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems im Nahen und Mittleren Osten haben sich nahezu sämtliche Völker aus direkter Kolonialherrschaft befreit und ihre staatliche Unabhängigkeit errungen. Insgesamt warfen rund 50 Millionen Menschen, die eine Fläche von etwa sechs Millionen km² bewohnen, das Kolonialjoch ab. Seit Ende des zweiten Weltkrieges wurden in diesem Bereich zu den bereits bestehenden neun weiteren Staaten mit unterschiedlichen Formen und Stufen der politischen Selbständigkeit gegründet.¹ Gemessen an Afrika und Asien, gehört der Nahe und Mittlere Osten als Folge dieser Entwicklung zu den Bereichen, in denen der „klassische“ Kolonialismus am weitestgehenden liquidiert werden konnte.

Der Prozeß der Liquidierung des „klassischen“ Kolonialismus vollzog sich im Nahen und Mittleren Osten mit besonderer Schärfe. Wie in kaum einem anderen Bereich des kolonialen Befreiungskampfes mußte er sich gegen den offenen militärischen Widerstand des Weltimperialismus durchsetzen. Im Nahen und Mittleren Osten ist daher die Zahl von Ländern, die ihre Unabhängigkeit mit Einsatz militärischer Mittel erzwangen, relativ hoch. Höhepunkt dieses Kampfes war die Abwehr des anglo-französisch-israelischen Überfalls auf die VAR.² In den meisten Fällen endeten diese Kämpfe siegreich, weil die Sowjetunion als treuer Verbündeter den Völkern half, die Imperialisten in ihre Schranken zu weisen.

Zu den wichtigsten Ursachen für die Schärfe des Kampfes zählt die besondere Zuspitzung der Gegensätze in diesem Raum. Einerseits verfügt die nationale Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten über eine hohe Reife und über ruhmreiche Traditionen.³ Zum anderen verfügt aber auch der Imperialismus in diesem Bereich über besonders entwickelte Traditionen der kolonialistischen Herrschaft und Unterdrückung. Die besondere Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für den Imperialismus ergibt sich aus

1. der strategisch-militärischen Lage, aus der Tatsache, daß die an die UdSSR und an andere Länder des sozialistischen Weltsystems grenzenden Staaten (Griechenland, Türkei, Iran) als südliche Angriffsspitzen aggressiver Paktsysteme vorgesehen

¹ Hierbei handelt es sich im einzelnen um folgende Länder (in Klammern das Jahr der Errichtung der staatlichen Selbständigkeit): Syrien (1946), Libanon (1946), Israel (1948), Libyen (1951), Ägypten (1952), Sudan (1956), Jordanien (1957), Irak (1958), Cypern (1959).

² Militärische Einmischungen oder Drohungen durch den Imperialismus erfolgten u. a. in Griechenland (1946/48), in Iran (1954/55), in der VAR (1955/56), in Syrien (1957/58), im Libanon (1957/58), im Irak (1959), im Jemen (1960/61). Siehe hierzu im einzelnen: Nagy, J., Der nationale Unabhängigkeitskampf der arabischen Völker, Leipzig 1958 (MS); Domdey, K.-H., Zur gegenwärtigen politischen Lage in Nah- und Mittelost, Leipzig 1955 (MS); Killmer, L., Niederlagen-Kalendarium, Neues Deutschland v. 14. 3. 1956.

³ Rathmann, L., Araber stehen auf. Über den Befreiungskampf der arabischen Völker bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Berlin 1960.

sind (NATO, CENTO). Auch durchlaufen strategische Verbindungslinien⁴ der imperialistischen Mächte den Nahen und Mittleren Osten, vor allem die Luft- und Schifffahrtswege zwischen den Metropolen und den Kolonien in Asien und Ostafrika, in denen sich wichtige militärische Stützpunkte befinden;

2. der politischen Lage, vor allem angesichts des hohen Niveaus der nationalen Befreiungsbewegung in einigen Ländern dieses Bereichs. Der Imperialismus fürchtet noch immer eine konsequente Zuendeführung der Aufgaben der nationalen Befreiungsbewegung, vor allem das Beschreiten eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges und die Errichtung von Staaten der nationalen Demokratie. Auf Grund der geographischen Lage des Nahen und Mittleren Ostens bangt der Imperialismus vor einem Übergreifen der Bewegung auf das kontinentale Afrika und Asien;

3. dem enormen Erdölreichtum, der für die internationalen Erdölmonopole eine Quelle unvorstellbar hoher Profite ist.⁵

Im Nahen und Mittleren Osten ist der Imperialismus in einem besonderen Maße verwundbar. Die Völker stehen demnach in diesem Bereich an einem wichtigen Frontabschnitt des weltweiten Kampfes gegen die Kräfte des internationalen Finanzkapitals. Die von ihnen errungenen Siege überragen daher in ihrer Bedeutung den regionalen Rahmen. Sie haben einen bedeutenden Einfluß auf die Bestimmung des internationalen Kräfteverhältnisses.

Der Nahe und Mittlere Osten gliedert sich im wesentlichen in zwei Hauptgruppen von Staaten: in die arabischen Staaten, die in ihrer Mehrzahl eine antiimperialistische Politik betreiben, und in die nichtarabischen Staaten, die im wesentlichen im Besitz ihrer formalen Selbständigkeit geblieben waren, jedoch infolge ihrer starken ökonomischen und politischen Abhängigkeit zur halbkolonialen Sphäre zählten.

⁴ In diesem Zusammenhang ist vor allem die Bedeutung des Suez-Kanals zu beachten, und zwar nicht nur in strategischer Sicht, sondern als wichtige Verkehrsader des internationalen Handels.

⁵ Um eine ungefähre Vorstellung von den märchenhaften Profiten zu erhalten, die aus der Erdölförderung im Mittleren Osten erzielt werden, kann von einem Verkaufspreis von 56,70 Mark (fob, Persischer Golf) ausgegangen werden. Die bereits überhöht angegebenen offiziellen Produktionskosten betragen:

	in Mark	in % des Verkaufspreises	Profit pro t
Bahrain (1945)	3,—	5,3	53,70
Irak (1953)	7,50	13,3	49,20
Saudi-Arabien	9,—	15,9	47,70

Siehe hierzu Labor Research Association, Die Monopole der USA, Berlin 1952, S. 148 ff.; ferner UN, The Price of Oil in Western Europe, Genf 1955. — Allein die englischen Erdölgesellschaften erzielten 1958 im Nahen und Mittleren Osten einen Profit in Höhe von 431 Millionen Pfund Sterling. Damit lagen diese Profite höher als in anderen Zweigen der britischen Industrie. (Siehe hierzu *Palme Dutt*, England, Erdöl und die Befreiung der Länder des Mittleren Ostens, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 10/1959, S. 41–48.) — Siehe hierzu auch den Beitrag im vorliegenden Sammelband von C. Enisah, S. 329 ff.

Dies führt einerseits zur Existenz eines künstlich durch die imperialistischen Mächte geschaffenen Blocks von nichtneutralen Staaten, die in imperialistische Paktsysteme gepreßt werden konnten, zu einer Hemmung des politischen und ökonomischen Fortschritts in diesen Ländern und zu ihrer Ausnutzung im Kampf gegen die anti-imperialistischen Nationalstaaten; andererseits verleiht die Existenz einer großen Zahl von arabischen Staaten, die nach Vereinigung streben, der nationalen Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten ein besonderes Gepräge. Die Idee des arabischen Nationalismus und der Herbeiführung der arabischen Einheit auf dem Wege der Demokratie und des sozialen Fortschritts stellt eine bedeutende und zum großen Teil noch unerschlossene antiimperialistische Kraft dar.

Die Idee der arabischen Einheit stützt sich auf objektive politische und ökonomische Grundlagen. Alle Araber sprechen eine gemeinsame Sprache, besitzen eine gemeinsame Kultur und verfügen über ein zusammenhängendes Territorium. Ihre gegenwärtige staatliche Zersplitterung ist in einem hohen Maße das Ergebnis imperialistischer Kolonialpolitik. Daher ist die Befreiung vom Kolonialismus, ist der konsequente Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der arabischen Länder eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg der demokratischen Einheit aller Araber.⁶ Jede Niederlage des Imperialismus ist daher ein Sieg der arabischen Einheit, und umgekehrt ist jeder Sieg der arabischen Einheit auf demokratischem Wege, ist die arabische Solidarität eine Niederlage für den Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten.

Im Nahen und Mittleren Osten erweist sich in besonderem Maße die Notwendigkeit und Möglichkeit einer regionalen antiimperialistischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wie in Teilen des transsaharischen Afrikas, vor allem in Westafrika, so wird

⁶ Die kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern haben die Forderung der arabischen Einheit an hervorragender Stelle in ihre politische Plattform einbezogen, in der die Ziele des Kampfes in der gegenwärtigen Zeit bestimmt werden. Besonders ausführlich befaßte sich das ZK der Kommunistischen Partei Syriens mit diesem Problem (November 1958). Hierzu heißt es: „Deshalb gilt es, ... das feste Bündnis und die Solidarität zwischen den arabischen Staaten zu sichern. Solange es den Imperialismus gibt, bleiben Freundschaft, Brüderlichkeit und Solidarität zwischen den arabischen Völkern der entscheidende Faktor (Hervorhebung von mir – P. F.) für den Erfolg der arabischen Befreiungsbewegung. Die Bewegung für die Einheit aller Araber, aus der gegenwärtigen Lage der arabischen Länder heraus entstanden, kann nur auf der Basis der Beseitigung der imperialistischen Herrschaft organisiert werden. Diese Einheit muß durch wahrhaft demokratische Mittel verwirklicht und gefestigt werden, sie muß auf demokratischer Grundlage beruhen und die objektiven Bedingungen, die sich in jedem arabischen Lande historisch herausgebildet haben, berücksichtigen.“ (Die politische Plattform der Kommunistischen Partei Syriens, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 2/1959, S. 61.) – Das ZK der Kommunistischen Partei des Irak erklärte: „Die Kommunisten Iraks sind bereit, bis zum letzten Atemzuge gemeinsam mit den Nationalisten für Freiheit und Demokratie, für die arabische Einheit, für Frieden und Fortschritt zu kämpfen.“ (Irak. Die patriotische Haltung der Kommunistischen Partei, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 2/1959 S. 73) Siehe ferner Herzfeldt, Gustav, Nationale Frage und Klassenfragen in den arabischen Ländern, in *Einheit*, 4/1959, S. 564–570.

auch im Nahen und Mittleren Osten die Hinterlassenschaft des Kolonialismus dadurch gekennzeichnet, daß ein ehemals politisch und wirtschaftlich zusammengehöriges Gebiet in eine Vielzahl von Territorien (frühere Kolonien und Halbkolonien) aufgeteilt wurde. Hierfür war die Politik des „teile und herrsche“ nicht weniger bestimmend als die Auswirkungen imperialistischer Gegensätze, des Kampfes der einzelnen imperialistischen Mächte um die Aufteilung und Neuverteilung des Gebietes.

Die wirtschaftliche regionale Zusammenarbeit hat eine besonders feste Basis in den arabischen Ländern.⁷ Sie hat hier bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt entwickeltere Formen angenommen und einen vielfältigen institutionellen Niederschlag gefunden. Eine regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist nicht mit einer Blockbildung nach dem Muster imperialistischer Paktsysteme gleichzusetzen. Beide schließen einander grundsätzlich aus. Die antiimperialistische regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit beruht in ihrem Wesen auf einer möglichst vollständigen Erfassung aller antiimperialistischen Kräfte. Das bedeutet nicht, daß auf die Schaffung avantgardistisch-antiimperialistischer „Zentren“ der Zusammenarbeit verzichtet werden darf. Die Schaffung solcher Zentren ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine objektive Notwendigkeit; sie sind „Lokomotiven“ des Fortschritts. Der Anschluß anderer Länder an diese Zentren ist nicht nur möglich, sondern darin besteht ihr eigentlicher Zweck. Die antiimperialistische wirtschaftliche Zusammenarbeit verbindet die arabischen Länder im Geiste der afrikanisch-asiatischen Solidarität sinnvoll mit den angrenzenden Gebieten Afrikas und Asiens.

Der Imperialismus, der die außerordentlichen Gefahren erkannt hat, die sich für ihn aus einer regionalen und interregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nah- und Mittelostländer ergeben, begegnet diesen hauptsächlich dadurch, daß er versucht, in Institutionen der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit einzudringen und diese für seine Expansion auszunutzen. Zum anderen ist er bemüht, sich selbst zum Initiator einer arabischen „Einheit“ zu machen, wobei er den fortschrittlichen Inhalt dieser Einheit verfälscht und eine Einheit im Sinne des Imperialismus fordert. Ähnlich der Situation, die gegenwärtig zwischen den beiden deutschen Staaten besteht, ist auch hier die Frage nach dem Inhalt der Einheit zu stellen, danach, ob sie einer fortschrittlichen oder einer reaktionären Entwicklung dient. Es charakterisiert den Neokolonialismus, daß er sich den neuen Bedingungen anpaßt und bemüht ist, sich der objektiv wirkenden und ihrem Wesen nach fortschrittlichen Bestrebungen zu bedienen. Auch soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Konzentration des Kapitaleports in ihre Zentren der neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion nutzbar gemacht werden. In dieser Richtung liegen auch die imperialistischen Bestre-

⁷ Kh. Bagdache weist darauf hin, daß sich selbst ein solches Element wie Nūrī as-Sa'īd als Fürsprecher der arabischen Einheit aufspielte, zugleich aber zum Kampf gegen den Kommunismus als deren angeblichen Hauptfeind aufrief. Siehe hierzu Bagdache, Kh., Kommunismus als deren angeblichen Hauptfeind aufrief. Siehe hierzu Bagdache, Kh., Zwei Richtungen in der arabischen nationalen Befreiungsbewegung, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 11/1959, S. 29 ff. Siehe auch Aziz Al-Hadj, Abdelkader El Quahrani und Adnan Safti, Über die angeblichen und wahren Freunde der arabischen Völker, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 5/1962.

bungen nach Anschluß arabischer Länder an die aggressive EWG sowie das Vorgehen des englischen Imperialismus, einen gewaltsamen Zusammenschluß arabischer Staaten durchzuführen, der die irreführende Bezeichnung „Süd-arabische Föderation“ erhalten hat.

Durch die Schaffung eines Wirtschaftsblocks von Nah- und Mittelostländern, der mit der imperialistischen EWG assoziiert ist, soll den Ländern nicht nur die Teilnahme an der gesamtregionalen Wirtschaftszusammenarbeit versperrt werden. Zugleich werden die Länder des Nahen und Mittleren Ostens nunmehr auch ökonomisch in zwei entgegengesetzte Staatengruppen gespalten. Die Assoziierung unterstellt die „Mitglieds“länder nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch politisch dem unmittelbaren Einfluß der imperialistischen EWG-Mächte. Generell wächst in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Tendenz, die Einbeziehung von Nah- und Mitteloststaaten in Wirtschaftsblöcke zur Hauptform zu erheben, in der der Imperialismus seine Expansion in diesem regionalen Teilbereich betreibt. Das bedeutet, daß in ihr die aus der zweiten Etappe stammende und für diese typische Form der militärischen durch die ökonomische Blockbildung ergänzt, teilweise sogar abgelöst und ersetzt wird. Dies wird im Hinblick auf die paktgebundenen Staaten besonders deutlich und läßt den Übergang zu neuen Formen der Durchsetzung einer neokolonialistischen Politik besonders klar erkennen: „Den vorsichtigen Äußerungen von Offizieren und Diplomaten (in der Türkei – P. F.) ist zu entnehmen, daß man zwar nicht mehr mit dem Fortbestand des Paktes in seiner ursprünglichen, in erster Linie militärischen Form rechnet, wohl aber mit dem Weiterbestehen der wirtschaftlichen Gemeinschaft unter regionalen Gesichtspunkten. Daß die USA und England bei einer solchen Umwandlung zwar Pate stehen, selbst aber nicht mehr beteiligt sein werden, ist unschwer abzusehen.“⁸

Ebenso unschwer abzusehen ist, daß zu den Kräften, die bei dieser – in viel stärkerem Maße neokolonialistischen – Neugründung Pate stehen werden, vornehmlich Westdeutschland zählen wird. Zu den für die Einbeziehung in die EWG zunächst vorgesehenen Ländern gehören außer Griechenland und die Türkei (die bereits aufgenommen wurden), Cypern, Israel, Libanon und der Iran. Darüber hinaus liebäugelt die EWG mit einem Projekt, das einen „Brückenschlag“ zwischen der EWG und einem arabischen Gemeinsamen Markt zum Inhalt hat.

Die wichtigsten institutionellen Formen für die Durchsetzung der antiimperialistischen regionalen und interregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind:

1. die Afrikanisch-Asiatische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organ der afro-asiatischen Solidaritätskonferenzen)⁹
2. der Wirtschaftsrat der Arabischen Liga

⁸ Deutsche Zeitung Nr 33 v. 14. 2. 1961.

⁹ Über die Bedeutung der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz und die spezifische Rolle Westdeutschlands siehe Killmer, Lothar, Beispiele für die Einschätzung des westdeutschen Neokolonialismus auf den afrikanischen und afro-asiatischen Konferenzen 1957–1960, in: Probleme des Neokolonialismus. Vorläufiger Protokollband, Berlin 1961, S. 687ff.

3. die Kongresse der arabischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern
4. der Erdölkongreß der arabischen Länder
5. die Afrikanische Wirtschaftskommission der UN¹⁰
6. die Union afrikanischer Staaten (Casablanca-Abkommen).

Es kann indessen nicht unbeachtet bleiben, daß die bisher genannten Institutionen und Organisationen, deren Anliegen die Durchsetzung einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist, im Grunde genommen den Erfordernissen der Situation nicht gerecht geworden sind.

Wie aus Berechnungen¹¹ über den regionalen und interregionalen Warenverkehr des Nahen und Mittleren Ostens mit anderen Bereichen ökonomisch schwach entwickelter Länder für die Jahre 1938 bis 1960 zu entnehmen ist, spielt der regionale Warenverkehr innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens keine bedeutende Rolle. Sein Anteil, berechnet an den Gesamtbezügen dieses Bereichs, lag 1960 bei 11,2 Prozent (1958: 12 Prozent). In absoluten Werten gemessen, zeigt die Entwicklung von 1958 bis 1960 ein Ansteigen der regionalen Bezüge von 534 Millionen Dollar auf 602 Millionen Dollar. Wird die Bewegung über längere Zeiträume verglichen, so läßt ein Vorkriegsvergleich mit dem Jahr 1938 (7,8 Prozent) eine beachtliche Ausweitung des regionalen Warenverkehrs erkennen. Hierin kommt zweifellos der Haupttrend der Entwicklung zum Ausdruck.

Das Zurückbleiben hinter den Erfordernissen der Entwicklung ist um so schwerwiegender, als der Stand der regionalen Zusammenarbeit gegenwärtig im wesentlichen dadurch gekennzeichnet wird, daß die Probleme im allgemeinen erkannt und die Wege zu ihrer Lösung vorgezeichnet sind. Die Ursachen hierfür sind außerordentlich kompliziert und vielschichtig. In dem Zurückbleiben hinter den politischen und ökonomischen Erfordernissen kommt vor allem der widersprüchliche Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen zum Ausdruck, die gegenwärtig noch das Verhältnis der jungen Nationalstaaten zueinander bestimmen. Die in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens an der Macht befindlichen Gruppierungen, auch in einigen der arabischen Länder, betreiben oftmals eine nicht bis zuletzt konsequente anti-imperialistische Politik und zeigen ungenügende Bereitschaft, das nationale über das enge Gruppeninteresse zu stellen.

Dies muß den neokolonialistischen Machenschaften des Imperialismus Tür und Tor öffnen und hat u. a. auch zu wiederholten Spaltungen innerhalb der Arabischen Liga geführt. Hierdurch hat die Arabische Liga als Instrument für die Verwirklichung des

¹⁰ Siehe hierzu insbesondere UN, Economic Commission for Africa, Annual Report, Economic and Social Council, Official Records, 32nd Session, Supplement 10, New York 1961, S. 33/34.

¹¹ Eigene Berechnungen unter Einbeziehung der Türkei und Griechenlands nach UN, Statistical Yearbook 1961, New York 1961, S. 240 ff., ferner UN, Statistical Papers, Direction of International Trade, Annual Issue, Series 10, vol. 10, 11.

objektiven Erfordernisses einer regionalen und interregionalen ökonomischen Zusammenarbeit und des Kampfes gegen die EWG teilweise an Bedeutung verloren.

Größere Fortschritte wurden indessen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit einzelner arabischer Länder mit jungen transsaharischen Staaten Afrikas gemacht. So wurde im Januar 1961 im Gefolge der Casablanca-Konferenz eine Charta unterzeichnet, die beispielgebend für eine künftige regionale und interregionale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet werden kann.¹² Zu den Teilnehmern der Konferenz und Unterzeichnern der Charta zählen die VAR, Marokko, Algerien, Guinea, Ghana und Mali. Durch die territoriale Zugehörigkeit ihrer Teilnehmer stellte die Konferenz eine Brücke zwischen dem Nahen Osten und Afrika her.

Die zeitweilige Vereinigung Ägyptens und Syriens, die zu einem vorübergehenden Zusammenschluß der Volkswirtschaften beider Länder führte, kann nicht als ein Schritt zur Realisierung der Erfordernisse einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit betrachtet werden. Einer solchen Zusammenarbeit müssen demokratische Prinzipien zugrunde liegen. Die Art der Aufhebung dieser Form der regionalen Zusammenarbeit zeigt ihren labilen und die Sache des Antiimperialismus gefährdenden Charakter. Die Auflösung der engen wirtschaftlichen Verbindung zwischen Ägypten (VAR) und Syrien hat daher nicht das Versagen der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht, sondern nur das Versagen bestimmter Formen und Methoden ihrer Verwirklichung.¹³

Die antiimperialistische regionale und interregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens kann nicht ohne eine enge politische und ökonomische Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Weltsystem betrachtet werden. Ohne sie ist die Erreichung der durch die regionale antiimperialistische ökonomische Zusammenarbeit gesetzten Ziele illusorisch. Der niedrige Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte in den jungen Nationalstaaten erzeugt die objektive Tendenz einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit industriell hochentwickelten Staaten auf der Basis der vollen Gleichberechtigung und der Nicht-

¹² Wie selbst der *Volkswirt* (Frankfurt a. M., Nr 22 v. 3. 6. 1961) im einzelnen über die Konferenz in Conakry berichtete, stand diese unter dem Motto „Los von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa, für die Entwicklung einer starken afrikanischen Wirtschaft, Afrikanisierung der afrikanischen Bodenschätze“.

¹³ Die kommunistischen Parteien einiger arabischer Staaten schlagen für eine enge politische und ökonomische Zusammenarbeit folgende Hauptprinzipien vor:

1. Kampf gegen den Imperialismus und Zusammenarbeit mit seinen Gegnern, vor allem mit den sozialistischen Ländern,
2. Gewährung demokratischer Freiheiten,
3. Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen in den einzelnen arabischen Ländern (Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung),
4. Respektierung freiwilliger Entscheidungen.

(Aziz Al-Hadj [Irak], Abdelkader El Quahvani [Algerien] u. Adnan Safi [Syrien], Über die wahren und angeblichen Freunde der arabischen Völker, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 5/1962, S. 416.)

einmischung in die inneren Angelegenheiten. Partner für die Verwirklichung dieser Tendenz können nur die Staaten des sozialistischen Weltsystems sein. Durch eine freundschaftliche Zusammenarbeit kann der hohe Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte schnell in den Dienst des sozialökonomischen Fortschritts in den ehemaligen Kolonien gestellt werden. Die Existenz des sozialistischen Weltsystems ist für die jungen Nationalstaaten nicht nur eine Garantie für die Wahrung ihrer nationalen Souveränität, sie schafft für sie zugleich die reale Möglichkeit, den qualvollen und langwierigen Weg der kapitalistischen Entwicklung zu überspringen und den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu beschreiten.¹⁴

Als wichtigster äußerer Faktor für die Bestimmung der gesellschaftlichen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten ist das sozialistische Weltsystem (ist seine Hilfe für die jungen Nationalstaaten, insbesondere auf ökonomischem Gebiet) zugleich eine wichtige Kraft bei der Gestaltung der Existenzbedingungen für die neokolonialistische Expansion. Unter dem Aspekt dieser spezifischen Wirksamkeit erweist sich der Übergangsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ehemals kolonialen Sphäre, so auch im Nahen und Mittleren Osten, in wesentlichen Teilen als ein Prozeß der allmählichen und unaufhaltsamen Liquidierung der Existenzbedingungen des Imperialismus bzw. Neokolonialismus. Die in einem besonderen Maße verschlechterten Existenzbedingungen für die neokolonialistische Expansion im Nahen und Mittleren Osten sind in einem hohen Maße das Ergebnis der sozialistischen Hilfe und des Zusammenfließens der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung mit denen des sozialistischen Weltsystems.

Im Nahen und Mittleren Osten zeichnen sich auch einige spezifische Züge der sozialistischen Hilfe ab, die auf dem besonderen Charakter des nationalen Befreiungskampfes in diesem Bereich beruhen und ein besonderes Eingehen der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, auf die speziellen Bedürfnisse des nationalen Befreiungskampfes in seinen Etappen erkennen lassen.

Zu den regional bestimmbar Besonderheiten der sozialistischen Hilfe können gezählt werden:

1. die hohe Bedeutung des militärisch-politischen Faktors im System der Hilfsmaßnahmen angesichts der militärischen Überfälle und Drohungen seitens der imperialistischen Mächte,

2. die außerordentliche Breite und Tiefe der gegenseitigen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen.

Im Nahen und Mittleren Osten hatte das objektiv begründete antiimperialistische Kampfbündnis der sozialistischen und der jungen Nationalstaaten in den Jahren 1955

¹⁴ N. S. Chruschtschow weist darauf hin, daß durch die ökonomische Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Weltsystem auch die inneren Prozesse in den unabhängigen Nationalstaaten beschleunigt werden. Hierzu heißt es im einzelnen: „Die Hilfe des sozialistischen Staates ermöglicht es ihnen, die Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten zu überwinden, einer neuen Unterjochung zu entgehen: sie fördert ihren Fortschritt und beschleunigt den Ablauf der inneren Prozesse, die das Land auf den normalen und sogar beschleunigten Entwicklung führen können, der zum Sozialismus führt.“

bis 1959 eine besonders große Zahl historischer Bewährungsproben zu bestehen. Die Tatsache, daß Länder wie die VAR, der Irak, Syrien und Libanon eine selbständige, vom Imperialismus weitgehend unabhängige nationale Politik betreiben können, ist eine direkte Auswirkung der Schutzfunktion des sozialistischen Weltsystems gegenüber den jungen Nationalstaaten.¹⁵

Die ökonomischen Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems und den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens haben durch ihre Breite und Tiefe ein besonderes Gepräge erhalten. In keinem anderen Bereich ökonomisch schwach entwickelter Länder spielt der Außenhandel mit den sozialistischen Ländern eine so große Rolle wie im Nahen und Mittleren Osten. 1958 wurden rund 30 Prozent der Ausfuhren dieses Gebietes mit den sozialistischen Ländern abgewickelt; der Import erreichte einen Stand von ca. 15 Prozent.

Wie Berechnungen über die Bedeutung der sozialistischen Länder für den Export des Nahen und Mittleren Ostens im Vergleich zu dem anderer ökonomisch schwach entwickelter Länder 1938 bis 1960 erkennen lassen, lag dort die Quote des für den sozialistischen Weltmarkt bestimmten Exports in den Jahren 1958 bis 1960 um das Doppelte höher als in Süd- und Südostasien oder in Afrika und um mehr als das Vierfache höher als in Lateinamerika.¹⁶

Den absoluten Werten nach steht dieser Export mit 420 Millionen Dollar im Jahre 1960 an zweiter Stelle hinter dem Süd- und Südasiens mit 465 Millionen Dollar. Die Ausfuhren Afrikas und Lateinamerikas betrugen im gleichen Jahr 385 Millionen Dollar bzw. 263 Millionen Dollar.

Zu den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die die genannten relativ hohen Durchschnittsquoten überschreiten, zählen 1960 Griechenland, die VAR, Syrien, der Irak und der Iran.

Die Kredite, die die Sowjetunion und andere sozialistische Länder an die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem an die arabischen Staaten, geben, liegen in ihrem Pro-Kopf-Kreditvolumen im Vergleich mit anderen Gebieten ökonomisch

¹⁵ Larbi Bouhali stellt hierzu fest: „Es liegt auf der Hand: Gäbe es nicht die uneigennützigste Hilfe der Sowjetunion, das ägyptische Volk wäre von einer ernststen Gefahr, wenn nicht von einem neuen Kolonialjoch, so doch von einem langjährigen Krieg gegen starke imperialistische Aggressoren bedroht gewesen. Genauso gelang es nur dank der entschlossenen Haltung der Sowjetunion, den Völkern Libanons, Iraks, Jemens und Syriens ihre Unabhängigkeit gegen die Gefahr einer Aggression von seiten der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien, der Machthaber der Türkei, zu verteidigen.“ (Larbi Bouhali, Der Aufbau des Kommunismus und der Befreiungskampf der arabischen Völker, in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1/1962, S. 20.)

¹⁶ In der Berechnung wurden, soweit die Globalzahlen der Außenhandelsstatistik dies ermöglichen, die Erdölexporte der imperialistischen Erdölgesellschaften nicht einbezogen. Da nicht alle Erdöllieferungen erfaßt wurden, sondern nur die aus den nicht zur Sterlingzone zählenden Ländern, liegt der Anteil des sozialistischen Lagers am Gesamtabsatz der Nah- und Mittelostländer noch höher und kann etwa 20 Prozent erreichen. Die Zahlen sind entnommen dem UN Statistical Yearbook 1961, New York 1961, u. *UN Yearbook of International Trade Statistics 1960*, New York 1962.

schwach entwickelter Länder am höchsten. Es entfielen¹⁷ auf (in Millionen neuer Rubel):

Ägypten (VAR)	450
Irak	164,3
Syrien	150
Jemen	80

Die Kredite sind mit 2,5 Prozent zu verzinsen und in zwölf Jahren rückzahlbar. Insgesamt hatte die UdSSR bis Mitte 1961 den ökonomisch schwach entwickelten Ländern langfristige Kredite in Höhe von 2,4 Milliarden Rubel zur Verfügung gestellt. Die Kredite sind in den meisten Fällen mit der Errichtung von kompletten Ausrüstungen in ökonomisch schwach entwickelten Ländern verbunden. Die Nah- und Mittelostländer erhielten 1960 von der Sowjetunion an kompletten Ausrüstungen (in Millionen neuen Rubel)¹⁸:

Ägypten (VAR)	16,1
Irak	3,8
Türkei	3,3
Jemen	1,9
	25,1

Insgesamt lieferte die Sowjetunion in diesem Jahr komplette Anlagen im Werte von 61,7 Millionen Rubel an Entwicklungsländer. Der auf die aufgezählten Nah- und Mittelostländer entfallende Anteil beträgt demnach rund 40 Prozent.

Ein anschauliches Beispiel für die tiefgreifende Wirkung der sowjetischen Unterstützung gibt die VAR. Dort wird die Realisierung der gegenwärtig laufenden Vereinbarungen mit der UdSSR zu einer Steigerung des Nationaleinkommens um 45 Prozent führen. Ausschlaggebend hierfür ist der Bau des Hochstaudammes von Assuan. Durch ihn wird es möglich sein, zusätzlich 840 000 Hektar zu bewässern, d. h. die landwirtschaftliche Nutzfläche um rund ein Drittel zu erhöhen. Gleichzeitig wird durch die Errichtung von Wasserkraftwerken die Elektrizitätserzeugung auf das Sechsfache anwachsen.

Mit der Brechung der imperialistischen Monopolstellung in den Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien, mit dem Verlust der damit verbundenen ökonomischen Privilegien und Vorrechte werden die imperialistischen Mächte zu ökonomischen Beziehungen gezwungen, und zwar zu Bedingungen, die immer weniger von ihnen selbst bestimmt werden. Unter bestimmten Umständen, dann nämlich, wenn die Imperialisten den völligen Verlust von Rohstoffquellen oder Absatzmärkten befürchten müssen oder aus politischen Gründen zu weitgehenden Kon-

¹⁷ Kapranow, J., Die technische Auslandshilfe der Sowjetunion, in *Внешняя торговля* 6/1961, Moskau, übersetzt in *Der Außenhandel*, 1/1962, S. 30 ff. Vgl. ferner Domdey, K.-H., *Neokolonialismus oder sozialistische Wirtschaftshilfe*, Berlin 1963, Anhang.

¹⁸ Ebenda.

²⁵ Kolonialismus und Neokolonialismus

zessionen bereit sind – eine sich ständig verstärkende Tendenz –, kann der Fall eintreten, daß diese Beziehungen in einem gewissen Grade zeitweilig für die jungen Nationalstaaten von Vorteil sein können.¹⁹ Es kann keinen Zweifel daran geben, daß diese und andere Vorteile, die aus Zinsnachlässen, Preisregulierungen usw. erwachsen, Ergebnisse sind, die aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems resultieren. Sie sind unter diesem Aspekt gewissermaßen eine mittelbare Form der sozialistischen Hilfe.

Im Hinblick auf die Bedingungen für die neokolonialistische Expansion im Nahen und Mittleren Osten werden die paktgebundenen Staaten ebenfalls durch spezifische Widersprüche gekennzeichnet. In diesen Ländern sind die „eigenen“ ausbeutenden Klassen bereits seit langem an der Macht und verfügen über bedeutende Erfahrungen in der Unterdrückung der Völker. Ihre gegen die Interessen der werktätigen Massen gerichtete Herrschaft stützte sich vor allem auf eine enge Zusammenarbeit der feudalen Kräfte, aber auch großer Teile der Bourgeoisie (Kompradoren) mit dem Imperialismus.

Andererseits aber hat gerade in diesen Ländern der Kampf zur Lösung der nationalen und sozialen Frage eine wesentlich längere Tradition. Infolge der Zugehörigkeit dieser Länder zur halbkolonialen Sphäre, infolge des sehr viel längeren Besitzes der formalen Eigenstaatlichkeit konnte in ihnen der Kampf um die Lösung der nationalen Frage in einem stärkeren Maße einhergehen mit dem Kampf um die Lösung der sozialen Frage. In diesen Ländern kam es auch zu einer relativ frühen Formierung der fortschrittlichen Kräfte, insbesondere der Arbeiterklasse.²⁰ In Ländern, in denen hierfür besonders günstige objektive Bedingungen vorhanden waren, führte diese Entwicklung zu einer hohen Reife, zu einer Einheitsfront aller antiimperialistischen Kräfte unter maßgeblicher Beteiligung der Arbeiterklasse. Innerhalb dieser widersprüchlichen Tendenzen, die gegenwärtig in den Ländern der halbkolonialen Sphäre auf die Existenzbedingungen des Imperialismus einwirken, überwiegen zur Zeit noch solche, die die neokolonialistische Expansion zeitweilig begünstigen.²¹ Insbesondere

¹⁹ Larbi Bouhali erklärt zu dieser umstrittenen Frage: „Aus Furcht, die Absatzmärkte und Rohstoffquellen endgültig zu verlieren, waren die Imperialisten sogar gezwungen, in gewissem Maße die Industrialisierung einiger schwachentwickelter Länder zu fördern. Auf diese Weise zwingt die Sowjetunion die Imperialisten, eine Art friedlichen Wettbewerb, der für die arabischen Völker vorteilhaft ist, anzunehmen. In solchen Fällen, da ein kapitalistischer Staat bereit ist, Hilfe auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils ohne irgendwelche Anschläge auf die nationale Souveränität zu leisten, läßt es sich mit dem Interesse der arabischen Völker vereinbaren, eine solche Hilfe nicht abzulehnen.“ (Larbi Bouhali, a. a. O., S. 22.)

²⁰ Z. B. wurde die Kommunistische Partei in Griechenland bereits 1918, in der Türkei 1920 (18. November) gegründet. Die Gründung der Tudeh-Partei (marxistisch-leninistische Partei) in Iran erfolgte 1941 (20. September), die Partei der nationalen Befreiungsbewegung unter Kemal Attatürk formierte sich 1923.

²¹ Ähnliche Bedingungen liegen in vielen Ländern Lateinamerikas vor, die ebenfalls, und zwar nahezu in ihrer Gesamtheit, der halbkolonialen Sphäre angehören. Dort verfügen einerseits die an der Macht befindlichen Ausbeuterklassen (Bündnis von feudalen

fördern diese Bedingungen in den paktgebundenen Staaten, die zur „traditionellen“ Expansionsphäre des deutschen Imperialismus zählen, die Durchsetzung der aggressiven Pläne des westdeutschen Neokolonialismus.

Die Darlegung einiger spezifischer Bestimmungsfaktoren für die Bedingungen, unter denen die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands und anderer imperialistischer Mächte verläuft, beschränkte sich auf Tendenzen, von denen eine entscheidende Wirkung auf die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten ausgeht. Sie sind ihrem Charakter nach Faktoren von primärer Bedeutung. Hierzu zählen nicht nur die Wirkungen, die von den inneren Entwicklungstendenzen der Nah- und Mittelostländer ausgehen.

Bei aller Vorrangigkeit der „inneren“ Faktoren für die Analyse der Expansionsbedingungen müssen diese jedoch ständig in ihren Wechselbeziehungen zu den „äußeren“ Faktoren untersucht werden, insbesondere zum sozialistischen Weltsystem, da die nationalen Befreiungsrevolutionen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern nur im untrennbaren Zusammenhang und als Bestandteil des einheitlichen weltumspannenden revolutionären Prozesses.

Die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten wird außerdem erheblich durch das veränderte imperialistische Kräfteverhältnis beeinflusst. Zwar ist dieser Bestimmungsfaktor, der in den beiden vorangegangenen Etappen der kolonialistischen Expansion des deutschen Imperialismus entscheidend war, in der gegenwärtigen Etappe noch immer wichtig. Er besitzt indessen – angesichts des Siegeszuges der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts – nur noch sekundäre Bedeutung.

II. Imperialistische Rivalität und „kollektiver“ Kolonialismus im Nahen und Mittleren Osten

Die Verschiebung des imperialistischen Kräfteverhältnisses im Nahen und Mittleren Osten während und unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, die Verdrängung Großbritanniens als führende imperialistische Macht durch die USA, erfolgte auf politischem ebenso wie auf militärischem und ökonomischem Gebiet. Im Zuge dieses Prozesses wurden die Nahostländer zur „Verteidigungslinie“ der USA gehörend erklärt, setzte die offene Intervention in Griechenland ein, wurde die Türkei zu einem amerikanischen Stützpunkt ausgebaut und in der Folge der Volksaufstand im Iran erdrosselt.

Die USA verfügen gegenwärtig über das stärkste militärische Potential im Nahen und Mittleren Osten, haben mit einer Vielzahl von Ländern bilaterale und multilate-

und Kompradoren) über jahrzehntelange Erfahrungen und Traditionen in der Niederhaltung ihrer Völker. Zugleich existiert in diesen Ländern aber auch eine sehr viel besser organisierte Arbeiterklasse mit entsprechenden Kampferfahrungen und Traditionen.

rale militärische Abkommen geschlossen, sind die wichtigsten Lieferanten von Waffen und militärischer „Hilfe“²². Die imperialistische Politik im Nahen und Mittleren Osten, die bis zum zweiten Weltkrieg in London ausgeheckt wurde, wird seitdem in Washington gemacht.

Die starke militärische Orientierung der USA auf Griechenland²³, die Türkei und Iran steht nicht allein im Zeichen des Antikommunismus und des erhofften militärischen Überfalls auf das sozialistische Weltsystem. Sie war und ist zugleich ein entscheidendes Mittel zur Durchsetzung der Erdölinteressen der USA. Die USA sind zum stärksten Nutznießer des enormen Erdölreichtums geworden.

Die während und nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte Neuverteilung des Erdölreichtums des Mittleren Ostens wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet. Es förderten Erdöl (in Millionen t)²⁴:

	1938	1949	1951	1958
Großbritannien	12,5	35,4	35,2	81,5
USA	2,2	32,2	43,1	120,0

Während also die Erdölförderung der USA im Mittleren Osten 1938 noch wesentlich unter der Großbritanniens lag und auch im Jahre 1949 noch nicht das britische Niveau erreichte, hat sich seitdem das Verhältnis zuungunsten Großbritanniens verändert, mit dem Ergebnis, daß bereits 1958 der amerikanische Anteil denjenigen Großbritanniens um nahezu 50 Prozent überstieg.

²² Über die militärische Rolle der USA im Mittleren Osten siehe *Campbell, John*, *Defence of the Middle East*, New York 1960. Der Autor bezeichnet es als „äußerst wichtig“, die abhängigen Regierungen mit den notwendigen Waffen zu versehen, um sie vor Aktionen der Völker zu schützen. Campbell muß zugeben, daß die amerikanischen Waffenlieferungen oft ein Mittel sind, um die Herrschaft von „feudalen“ Regimes über die Völker zu festigen. Bezeichnenderweise trifft er im Hinblick auf die antifeudale Bewegung die Feststellung: „Wir haben es nicht gern, wenn solche Menschen mit amerikanischen Waffen erschlossen werden, die keine Kommunisten sind, sondern die einen Regierungswechsel für angebracht halten“ (S. 204).

²³ „Das Interesse der Vereinigten Staaten an Griechenland ist keine bloße Gefühlsduselei. Griechenland beherrscht das strategische Bild des östlichen Mittelmeers. Würde Griechenland kommunistisch werden, so wäre die Türkei politisch in der Flanke umfaßt und könnte nicht mehr einem Druck standhalten, der bereits lästig ist. Ohne die Türkei ginge der Iran unter. Die Vereinigten Staaten haben deshalb starkes Interesse am Mittleren Osten, weil Saudi-Arabien zu jenem Raum gehört und in Saudi-Arabien wahrscheinlich mehr Öl ist als in den bekannten Vorkommen der Vereinigten Staaten.“ (*New York Times* v. 5. 3. 1947, zitiert von Victor Peolo in: *Der amerikanische Imperialismus*, Berlin 1953, S. 208/209. Der Autor hebt hervor: „Militärisch gesehen beherrschen Griechenland und die Türkei den riesigen Ölreichtum des Mittleren Ostens...“, S. 208.)

²⁴ Die Förderungszahlen wurden entnommen dem: *Monthly Bulletin of Statistics*. Die Zuordnung auf die beiden Mächte erfolgte nach Angaben des *World Petroleum Statistical Yearbook*, New York.

Noch ungünstiger für Großbritannien fällt ein Vergleich hinsichtlich der nachgewiesenen Erdölreserven aus.²⁵

Die Kapitalanlagen der USA haben seitdem diejenigen Großbritanniens ebenfalls wesentlich überstiegen und betrugen 1958 rund 1,3 Milliarden Dollar.²⁶ Davon waren ca. 90 Prozent in der Erdölindustrie investiert. Hiervon entfallen etwa zwei Fünftel auf Raffinerien und rund ein Drittel auf Rohrleitungen.²⁷

Die USA haben Großbritannien auch von seinen führenden Positionen auf den Warenmärkten des Nahen und Mittleren Ostens verdrängt. Während die für diesen Bereich bestimmten Exporte beider Länder im Jahre 1951 nur unerheblich voneinander abwichen, lagen die amerikanischen Lieferungen im Jahre 1960 um bereits mehr als 40 Prozent über denen Großbritanniens. Vor dem zweiten Weltkrieg, im Jahre 1938, betrugen die amerikanischen Ausfuhren in dieses Gebiet weniger als die Hälfte

²⁵ Danach entfielen 1958 (in Millionen t) auf

Konzessionsgebiete	USA	Großbritannien	Frankreich
Kuweit	4110	4110	—
Saudi-Arabien	6438	—	—
Iran	1809	2440	271
Irak	814	1797	814
Neutrale Zone	822	—	—
Qatar	81	180	81
Bahrain	32	—	—
	14106	8527	1166

Der Anteil der einzelnen Förderungsgebiete des Mittleren Ostens an der Gesamtförderung des Bereichs sowie das imperialistische Kräfteverhältnis in den einzelnen Fördergebieten erreichte;

	in Prozent
Kuweit (USA 50 %, Großbritannien 50 %)	33,7
Saudi-Arabien (USA 100 %)	24,3
Iran (Großbritannien 54,0 %, USA 40,0 %)	19,5
Irak (Großbritannien 47,5 %, USA 23,8 %)	15,4
Qatar (Großbritannien 47,5 %, USA 23,8 %)	7,1
Neutrale Zone (USA 100 %)	
Bahrain (USA 100 %)	

(*World Petroleum Statistical Yearbook 1953/54*, New York, S. 387, u. *Middle East Petroleum Data*, Economic Department Dhavan, Saudi-Arabien, Mai 1958, S. 2ff., zitiert von A. Michaelis in: *Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme des Mittleren Ostens*, Kiel 1960, S. 130/131.) Siehe hierzu im einzelnen auch den Beitrag von C. Enisah, im vorliegenden Sammelband S. 329 ff.)

²⁶ *Statistical Abstract of the US 1960*, New York/Washington, S. 869.

²⁷ *UN, Review of Conditions in the Middle East*, 1951/52, S. 103/104.

der britischen. Im einzelnen erreichten die Nah- und Mittelostexporte beider Länder in den Jahren (in Millionen Dollar)²⁸

	USA	Großbritannien
1938	56,7	137,3
1951	540,9	528,3
1959	780,9	682,8
1960	872,0	613,8

Für die Einschätzung der Tendenzen, die auf das gegenwärtige imperialistische Kräfteverhältnis und auf seine Veränderung in den nächsten Jahren einwirken, ist die Tatsache von besonderer Bedeutung, daß der westdeutsche Export nach dem Nahen und Mittleren Osten den seiner Haupttrivalen USA und Großbritannien bereits eingeholt und in gewisser Hinsicht sogar überholt hat. Hierbei ist der Hinweis auf die besondere Stellung des Außenhandels, vor allem des Exports, innerhalb des westdeutschen Expansionsinstrumentariums wichtig. Der Außenhandel war und ist die einfachste, am wenigsten verdächtige und daher die erste und noch immer wichtigste Form der Verbindung Westdeutschlands zu den ökonomisch schwach entwickelten Ländern. Der vor allem in den jungen Nationalstaaten einsetzende Industrialisierungsprozeß mit seiner objektiv unbegrenzten Nachfrage nach Investitionsgütern machte den eng mit der neokolonialistischen „Hilfe“ und dem Kreditsystem gekoppelten Export zu einem erstrangigen Instrument der Expansion.

Der westdeutsche Export nach dem Nahen und Mittleren Osten überholte den entsprechenden britischen Anteil im Jahre 1960 um nahezu 100 Millionen Dollar. Während der britische Exportanteil von 1959 bis 1960 um rund 70 Millionen sank, von 683 Millionen Dollar auf 614 Millionen Dollar, stieg der westdeutsche im gleichen Zeitraum um etwa den gleichen Betrag, nämlich von 639 Millionen Dollar auf 714 Millionen Dollar. 1951 hatten die westdeutschen Lieferungen nur rund 41 Prozent der britischen betragen.

Der westdeutsch-britische Konkurrenzkampf wird auf einzelnen Warenmärkten besonders augenfällig. So läßt die Ausfuhr von für beide Länder so typischen Exportwaren wie Eisen und Stahl, ferner von Straßenfahrzeugen folgende Entwicklung erkennen (in Millionen Dollar)²⁹:

²⁸ Nach eigenen Berechnungen unter Zugrundelegung der regionalen Gliederung der UN-Statistik einschließlich der Exporte nach der Türkei und Griechenland. Siehe im einzelnen UN, *Statistical Papers*, Direction of International Trade, New York, laufend.

²⁹ UN, *Monthly Bulletin of Statistics*, April 1962, New York, S. XIIff. Die Zusammenstellung nach den vorliegenden Nomenklaturgruppen wurde übernommen. Ebenso übernommen wurde die von der UN getroffene Regionalbestimmung des Nahen und Mittleren Ostens, der demnach ohne Türkei und Griechenland ausgewiesen wird.

Jahr	Eisen und Stahl ³⁰		Fahrzeuge ³¹	
	Westdeutschl.	Großbritannien	Westdeutschl.	Großbritannien
1956	41	40	15	26
1957	56	49	19	25
1958	62	52	29	29
1959	52	42	36	34
1960	54	51	44	38

Die Zahlen zeigen, daß Westdeutschland den Stand der britischen Lieferungen seit 1956 erreicht hat und seitdem an der Spitze liegt. Auf den Märkten für Fahrzeuge erzielte Westdeutschland bis zum Jahre 1956 nur etwa die Hälfte der britischen Lieferungen. Seit 1959 hat Westdeutschland hier ebenfalls die Führung übernommen.

Außerordentlich aufschlußreich sind die Ergebnisse des Konkurrenzkampfes auf den wichtigsten Märkten für Maschinen. Beide Länder exportierten 1960 (in 1000 Dollar)³²:

nach	Westdeutschland	Großbritannien
VAR	40 269	11 852
Türkei	33 045	9 768
Iran	21 941	25 352
Griechenland	16 950	8 126
Israel	14 074	9 801

Mit Ausnahme der Lieferungen nach Iran, die durch die Existenz der britischen Erdölgesellschaften und ihren Bedarf an maschinellen Ausrüstungen stark beeinflusst werden, dominieren die westdeutschen Lieferungen. Sie betragen in der Türkei und der VAR etwa das Dreieinhalbfache, in Griechenland das Doppelte der britischen.

Auch die einzigen Großbritannien im Nahen und Mittleren Osten noch verbliebenen Vorzugsmärkte, die durch Präferenzzölle und andere Vergünstigungen geschützte Sterlingzone³³, ist von der westdeutschen Warenexportoffensive nicht verschont

³⁰ SITC-Nomenklatur 68.

³¹ SITC-Nomenklatur 732 (ohne 732-03 u. 732-05).

³² Statistisches Handbuch für den Maschinenbau 1961, Frankfurt a. M.

³³ Zur Sterlingzone im Nahen und Mittleren Osten zählen gegenwärtig noch Jordanien, Libyen, Zypern, Aden, Kuwait, die Bahrein-Inseln, ferner eine Anzahl von „Protektoraten“ im Süden der arabischen Halbinsel, darunter Qatar und Oman. Ägypten ist offiziell am 15. 7. 1947 aus der Sterlingzone ausgeschieden, Irak im Juni 1959. Der Sudan eröffnete im Februar 1960 seine Zentralbank (siehe hierzu im einzelnen *Deutsche Bundesbank*, Anlage 3 zur Mitteilung Nr. 7018/61, S. 4.).

geblieben. Die Entwicklung der britischen und westdeutschen Exporte in die mittelöstlichen Sterlinggebiete zeigt folgendes Bild (in Millionen Dollar)³⁴:

Jahr	Großbritannien	Westdeutschland
1950	112,4	1,6
1951	141,9	9,2
1959	190,5	65,7
1960	198,7	70,4

Demnach erreichten die westdeutschen Ausfuhren in die Sterlingzone 1959 und 1960 bereits mehr als ein Drittel der britischen Lieferungen. 1950 und 1951 betrug der entsprechende Anteil Westdeutschlands erst 1,4 bzw. 6,5 Prozent.

Der westdeutsch-britische Konkurrenzkampf spiegelt sich indessen nicht nur in den Lieferungen der beiden rivalisierenden Länder wider. Durch die Schaffung der beiden westeuropäischen Wirtschaftsblöcke, der EWG und der EFTA, jeweils geführt von Westdeutschland und Großbritannien, ist der Konkurrenzkampf dieser beiden Mächte auch im Nahen und Mittleren Osten in wachsendem Maße zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken geworden.

In dieser Sicht werden so bedeutende Konkurrenten des westdeutschen Imperialismus auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens wie Frankreich und Italien zu potentiellen Verbündeten in Kampf gegen den britischen Imperialismus. Selbstverständlich werden die westdeutsch-französischen und westdeutsch-italienischen Gegensätze dadurch nicht aufgehoben, sondern sie bestehen in neuen Formen weiter und verschärfen sich ebenfalls.

Die beiden Wirtschaftsblöcke setzten im Nahen und Mittleren Osten ab³⁵:

Jahr	EWG		EFTA	
	Mill. Dollar	1958 = 100	Mill. Dollar	1958 = 100
1958	1233	100	897	100
1959	1349	109	913	102
1960	1612	131	1037	116

Die Zahlen bringen sehr eindrucksvoll den Konkurrenzkampf beider Blöcke zum Ausdruck. Sie zeigen, daß sich in den Jahren 1958 bis 1960 die Zuwachsraten des EWG-Exportes nach dem Nahen und Mittleren Osten (einschließlich Griechenland

³⁴ UN, *Statistical Papers*, Direction of International Trade, Series T, Vol. 4, Nr 1/2; Vol. 5, Nr 8; Vol. 11, Nr 9; Vol. 11, Nr 11/12.

³⁵ Die Angaben des *Yearbook of International Trade Statistics*, 1960, New York 1962, S. 18 ff., für die von der UN unter dem Begriff Middle East erfaßten Länder wurden mit den Exportwerten der EWG bzw. EFTA nach Griechenland und der Türkei ergänzt nach der OECD-Statistik, *Foreign Trade, Overall Trade by Countries*, August 1961 u. 1962. Vgl. dazu auch Schilling, H., EWG-Schatten über Afrika, Berlin 1963.

und der Türkei) doppelt so rasch erhöhte wie die des EFTA-Exportes in diesem Bereich. Lag der EWG-Export im Jahre 1958 mit nur rund einem Viertel (27 Prozent) über den EFTA-Ausfuhren, so erreichte der Abstand innerhalb der folgenden Jahre bereits mehr als die Hälfte. In diesen Zahlen zeigt sich mehr noch als in denen des ausschließlich westdeutschen Exports die Offensive des mit dem Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Niederlande verbündeten westdeutschen Monopolkapitals.

Großbritannien mußte im Gefolge des zweiten Weltkrieges und des ersten Ansturms der nationalen Befreiungsrevolutionen seine führende Stellung im Nahen und Mittleren Osten an die USA abtreten. Auch Westdeutschland hat Großbritannien bereits auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens überflügelt. Großbritannien läuft in diesem Bereich aber heute bereits Gefahr, auch in politischer Hinsicht von Westdeutschland verdrängt und auf einen dritten Platz verwiesen zu werden. Dies trifft in einigen Ländern (Türkei, Griechenland) auch hinsichtlich der politisch-militärischen Positionen zu.

Im Gegensatz zu den westdeutsch-britischen Gegensätzen im Nahen und Mittleren Osten, die in diesem Bereich besonders ausgeprägt sind, blieben die westdeutsch-amerikanischen Gegensätze bisher im wesentlichen auf die ökonomische Sphäre beschränkt. Hier allerdings nehmen sie die Form eines heftigen Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Monopolgruppen um die Märkte im Nahen und Mittleren Osten an. Für die westdeutsch-amerikanische Rivalität sind im Vergleich zu der westdeutsch-britischen die erheblich abweichenden „Konkurrenzbedingungen“ von Bedeutung. Die Konkurrenzstärke der USA wird im Nahen und Mittleren Osten durch folgende Faktoren *negativ* beeinflusst:

1. die außerordentliche Entfernung der Nah- und Mittelostmärkte von den USA und die damit verbundenen sehr viel höher liegenden Transportkosten. Sie erweisen sich vor allem als ein Hemmnis für den Absatz von Konsumgütern;

2. die extreme Kluft zwischen Import und Export, d. h. die geringe Abnahme von Landeserzeugnissen der Nah- und Mittelostländer. Eine besondere Ursache hierfür ist die Wirtschaftsstruktur der USA mit ihrem stark entwickelten Agrarsektor und seiner Überproduktion. Sie führt dazu, daß die USA sogar als Konkurrent nah- und mittelöstlicher Landesprodukte (vor allem bestimmter Sorten Baumwolle, Zitrusfrüchte, Obst und Gemüse) auf den kapitalistischen Weltmärkten auftreten.

Ein Beweis für die Kraft dieser „negativen“ Faktoren ist die Tatsache, daß in der Zeit ihres ungehemmten, staatsmonopolistisch noch wenig manipulierten Wirkens, d. h. vor dem zweiten Weltkrieg, der Anteil des Nahen und Mittleren Ostens am Gesamtexport der USA im Vergleich zu dem anderer imperialistischer Mächte am niedrigsten lag. Dieser Anteil betrug 1938 für³⁶

die USA	1,8 Prozent	Großbritannien	5,3 Prozent
Nazideutschland	6,6 Prozent	Italien	31,9 Prozent.

³⁶ Einige Berechnungen nach UN, *Statistical Papers*, Series T, Direction of International Trade, New York, Vol. 4, Nr 1/2. Die Quoten enthalten die Exporte der vier imperialistischen Mächte nach der Türkei und Griechenland.

Die Konkurrenzstärke der USA wird im Nahen und Mittleren Osten durch folgende Faktoren *positiv* beeinflusst:

1. die dominierende militärische und politische Stellung der USA in den zur „paktgebundenen Zone“ gehörenden Ländern;
2. die damit in Zusammenhang stehende militärische und ökonomische „Hilfe“ an diese Länder;
3. die spezifisch neokolonialistische Wirtschaftshilfe an die nicht-paktgebundenen Länder. Von 1957 bis 1961 erreichten die amerikanischen Schenkungen (grants und Kredite mehr als 1,5 Milliarden Dollar, die sich in Exporten der USA realisierten);
4. die mit Punkt 2 und 3 gekoppelte Lieferung von landwirtschaftlichen Überschüssen zu außerordentlich günstigen Bedingungen, die eine Abhängigkeit herbeiführt und den Absatz von Nicht-Agrarerzeugnissen begünstigt;
5. die maßgebliche Stellung der USA in der Weltbank und anderen internationalen Finanzinstituten.

Ihre führende Stellung auf den Nah- und Mittelostmärkten verdanken die USA diesen „positiven“ Faktoren. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Exporte von Lebensmitteln, vor allem von Getreide (Weizen).

Während sich die Exporte Westdeutschlands und Großbritanniens ihrer Warenstruktur nach im wesentlichen gleichen, besitzt die amerikanische Exportstruktur ein anderes Profil. Die USA sind im Weltmaßstab ein wichtiger Produzent und dementsprechend auch ein bedeutender Exporteur von Agrarerzeugnissen. In den Jahren 1959 und 1960 betrugen die Anteile dieser Waren 31 bzw. 33 Prozent ihres Gesamtexportes nach dem Nahen und Mittleren Osten. Sie bestehen hauptsächlich aus den auf Weltmärkten unabsetzbaren Überschüßerzeugnissen und werden im Gewande imperialistischer „Hilfs“aktionen oder in der Form des neokolonialistischen Dumpings abgesetzt. Diese Lieferungen stellen für Westdeutschland keine direkte Konkurrenz dar, obwohl sie in ihrer Bedeutung keineswegs zu unterschätzen sind.

Ein realer Kräftevergleich auf den Warenmärkten des Nahen und Mittleren Ostens macht daher eine doppelte Gegenüberstellung erforderlich. Werden die gesamten Exporte beider Länder nach dem Nahen und Mittleren Osten ausgewiesen, so überragten die amerikanischen im Jahre 1960 mit 872 Millionen Dollar um etwa 160 Millionen Dollar. Werden jedoch die für den direkten Konkurrenzkampf vergleichbaren Lieferungen gegenübergestellt (ohne Agrarerzeugnisse), dann ergibt sich ein starkes Übergewicht Westdeutschlands, das im Jahre 1960 bei etwa 160 Millionen Dollar lag.³⁷ So betrachtet, hat Westdeutschland auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens auch die USA überflügelt.

Einen Eindruck von der Heftigkeit des Konkurrenzkampfes auf den Nichtagrarmärkten vermittelt eine Gegenüberstellung des Exports von Straßenfahrzeugen bei-

³⁷ Die Zahlenangaben für die USA sind dem *World Trade Informations Service* (US Department of Commerce, Statistical Reports), Part 3, Nr 6210, Trade of US with Near East, entnommen. Die Zahlen für Westdeutschland wurden berechnet, wobei der Anteil der Agrarexporte mit 3,2 Prozent festgelegt wurde.

der Länder. Die Ausfuhr an diesen Erzeugnissen nach dem Nahen und Mittleren Osten betrug (in Millionen Dollar)³⁸:

	USA	Westdeutschland
1956	31	15
1957	30	19
1958	33	29
1959	26	36
1960	32	44

Während die Fahrzeugausfuhr der USA in dem genannten Zeitraum im wesentlichen stagnierte, erhöhte sich die westdeutsche um das Dreifache, von 15 Millionen Dollar auf 44 Millionen Dollar.

Im Hinblick auf die Märkte für Maschinen ist beachtlich, daß die westdeutschen Lieferungen in wichtigen Absatzländern höher lagen als die entsprechenden amerikanischen, und zwar 1960

in der VAR	um 16,873 Millionen Dollar
in Griechenland	um 5,538 Millionen Dollar
in der Türkei	um 0,149 Millionen Dollar

Wie im Vergleich mit Großbritannien überragen die USA-Exporte die westdeutschen vor allem in den Erdölländern, insbesondere infolge des Maschinenbedarfs der amerikanischen Fördergesellschaften. Dies betrifft vornehmlich den Iran, Kuwait und Libyen.

Der westdeutsch-amerikanische Konkurrenzkampf konzentriert sich auf eine Anzahl von Nah- und Mittelostländern, mit dem Ergebnis, daß sich beide Rivalen in den letzten Jahren gegenseitig als Hauptlieferant ablösen. Der Anteil des jeweiligen Lieferlandes betrug (in Prozent des Gesamtimports)³⁸:

		(in Millionen Dollar)			
Bezugsland	Lieferland	1955	1958	1959	1960
VAR	Westdeutschland	10,2	11,8	18,0	14,3
	USA	11,7	7,7	14,0	17,8
Syrien	Westdeutschland	10,3	11,5	13,3	12,3
	USA	11,0	8,6	7,7	15,0
Iran	Westdeutschland	17,6	21,0	24,6	19,1
	USA	19,6	17,5	16,8	19,5

Weitere wichtige Konkurrenten sind Italien, Frankreich und Japan. Ihre Lieferungen betrugen im Jahre 1960 276, 220 bzw. 164 Millionen Dollar.³⁹

³⁸ Einschließlich Ersatzteile, im wesentlichen SITC-Nomenklatur 732 u. 733. Die Zahlen erfassen nicht die Ausfuhr nach der Türkei und Griechenland.

³⁹ Berechnet nach UN, *Statistical Papers*, Direction of International Trade, unter Einbeziehung von Türkei und Griechenland.

Das starke Vordringen des westdeutschen Imperialismus auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens ist ein Ergebnis der spezifischen Bedingungen, unter denen sich die Expansion des westdeutschen Imperialismus vollzieht, und steht in engem Zusammenhang mit den neuen Zügen der kolonialistischen Politik des Imperialismus, insbesondere mit dem Übergang von der Politik des „traditionellen“ Kolonialismus zur Politik des „modernen“ Kolonialismus. Für den Übergang der imperialistischen Führung im Nahen und Mittleren Osten von Großbritannien auf die USA war weitestgehend die Tatsache bestimmend, daß die politischen, militärischen und ökonomischen Kräfte Großbritanniens nicht mehr ausreichten, dem Ansturm der Kräfte der nationalen Befreiung zu begegnen und eine Durchsetzung der imperialistischen Politik in diesem Raum zu gewährleisten. Der britische Imperialismus erwies sich als unfähig, die in diesem Raum neu herangereiften kolonialen Aufgaben im Interesse des Weltimperialismus zu lösen.

Die kolonialistischen Ziele, die die USA nach Kriegsende im Nahen und Mittleren Osten verfolgten, spielten in der amerikanischen Außenpolitik eine so bedeutende Rolle, daß sie den Anstoß zu einer neuen Phase der kolonialistischen Politik gaben, die als die Phase der „Truman-Doktrin“ bekannt geworden ist. Sie ist ein Vorläufer der „Eisenhower-Doktrin“, mit der sie als Typ neokolonialistischer Politik eine Einheit bildet.⁴⁰ Sie ist der Versuch, an die Stelle der als untauglich erwiesenen traditionellen britischen Kolonialpolitik den für diesen Bereich neuen Typ der amerikanischen Kolonialpolitik zu setzen. Wichtigstes Merkmal dieser Politik war die Einbeziehung von Ländern des Nahen und Mittleren Ostens in amerikanische Militärpaktsysteme, die Schaffung von ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, deren sichtbarster

⁴⁰ Eine ausführliche Charakterisierung der Truman-Doktrin gibt E. Varga in: Grundfragen der Ökonomie und der Politik des Imperialismus, Berlin 1962, S. 174/175. Er schreibt u. a.: „Truman legte am 12. März 1957 seine Doktrin dar, die darin besteht, daß die USA alle Nachbarländer der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder militarisieren müssen, und forderte vom Senat die Bereitstellung von 400 Millionen Dollar für die Bewaffnung der Türkei und Griechenlands“ (S. 174.). Siehe auch Perlo, V., Die Truman-Doktrin und der Mittlere Osten, in: Der amerikanische Imperialismus, Berlin 1953. Perlo schreibt: „Tatsächlich kennzeichnet die Truman-Doktrin den Eintritt des USA-Imperialismus in die beherrschende militärische und wirtschaftliche Position im gesamten Mittleren Osten“ (S. 208.). Der amerikanische Mittelost-Experte Emil Lengyel erklärte unumwunden, daß die Truman-Doktrin „den Verteidigungsgürtel viele Tausende von Kilometern von ihrer Küste entfernt zieht und – dadurch Weltgeschichte machte“. Er vergleicht die Bedeutung der Truman-Doktrin für den Nahen und Mittleren Osten mit der der Monroe-Doktrin für den amerikanischen Kontinent. Seine Betrachtungen über die Truman-Doktrin gipfeln in der Feststellung, daß mit ihr ein neuer Geschichtsabschnitt im Nahen und Mittleren Osten begann. Er schreibt: „So endet Pax Britannica, und es begann Pax Americana.“ Schlußfolgernd stellt er fest: „Eine Epoche endete und ein neuer historischer Abschnitt begann.“ (Lengyel, Emil, The Changing Middle East, New York 1960, S. 48 u. 270.) Beide „Doktrinen“ sind im Wortlaut wiedergegeben in: Konferenzen und Verträge (Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen), Teil 2, Bd 4, 2. Aufl., Würzburg 1959. (Truman-Doktrin auf S. 304 ff., Eisenhower-Doktrin auf S. 553.)

Ausdruck die amerikanischen „Hilfe“leistungen wurden, bei gleichzeitiger Verschmelzung der militärischen mit der wirtschaftlichen „Hilfe“. An die wirtschaftliche „Hilfe“ waren in dieser Phase grundsätzlich militärische und politische Bedingungen geknüpft. Die verschiedenen amerikanischen Programme weisen für den Nahen und Mittleren Osten besonders hohe Beträge aus.

Für die in dieser Phase erfolgte Verbindung von Paktsystempolitik und wirtschaftlicher „Hilfe“ gibt der amerikanische Kommentator Walter Lippmann eine treffende Charakterisierung:

„Es ist wahr, daß im wesentlichen das ganze Geld ausgegeben wird, um eine Koalition zu unterhalten und zusammenzuhalten, die von den USA geführt wird und durch die die Sowjetunion und Rot-China eingekreist werden. Was von uns als Auslandshilfe bezeichnet wird, sind die jährlichen Unterhaltskosten eines Systems militärischer Bündnisse, das von Truman geschaffen und unter Eisenhower ergänzt wurde.“⁴¹

Die unmittelbar nach der gescheiterten Suez-Aggression verkündete Eisenhower-Doktrin war die direkte Fortsetzung der Truman-Doktrin. Gegenüber ihrem Vorläufer unterschied sie sich dadurch, daß sie den Ländern dieses Bereichs, vor allem den arabischen Ländern, nicht nur militärische, sondern auch ökonomische „Hilfe“ versprach. Sie war im Grunde genommen nichts anderes als eine den seit 1947 veränderten Bedingungen im Nahen und Mittleren Osten angepaßte und speziell für die arabischen Länder zugeschnittene Neuauflage der Truman-Doktrin. Sie brachte insofern eine Modifizierung der neokolonialistischen Politik „militärischen Typs“ mit sich, als sie den ökonomischen Methoden größeres Gewicht gab, ohne dabei jedoch den betont militärischen Charakter zu verlieren, der zu einem immer größeren Hemmnis für die politische und ökonomische Entwicklung der unabhängigen Staaten wurde.⁴²

Im System der militärischen „Hilfe“ der USA nahm der Nahe und Mittlere Osten von 1950 eine hervorragende Stellung ein. So erhielt der Nahe und Mittlere Osten von 1950 bis 1959 militärische Lieferungen in Höhe von 3232 Millionen Dollar gegenüber 49 Millionen Dollar für Afrika und 423 Millionen Dollar für Lateinamerika.⁴³

Innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens steht die Türkei mit 1717 Millionen Dollar an erster Stelle, gefolgt von Griechenland (980 Millionen Dollar) und Iran (464 Millionen Dollar). Ihr gemeinsamer Anteil an der gesamten militärischen Hilfe

⁴¹ New York Herald Tribune v. 9. 4. 1957.

⁴² Auf die neokolonialistische Politik „militärischen Typs“ weist S. Tjulpanow hin. Er schreibt: „Im Zeitraum 1954 bis 1957 bestand die Hauptform des Neokolonialismus darin, den schwach entwickelten Ländern eine solche Wirtschaftshilfe angedeihen zu lassen (hauptsächlich seitens der USA), die stets mit militärischen und politischen Verpflichtungen verquickt war und die unterstützten Länder in aggressive imperialistische Blocks einbezog. Nicht minder bedeutsam war auch die direkte Einbeziehung in aggressive Blocks.“ Tjulpanow beweist diese These an Hand von Beispielen, die hauptsächlich der amerikanischen Politik im Nahen und Mittleren Osten entnommen sind. (Tjulpanow, S., Das Kolonialsystem des Imperialismus und sein Zerfall, Berlin 1959, S. 231.)

⁴³ Die für Ostasien ausgewiesene Summe von 6202 Millionen Dollar verteilt sich vorwiegend auf Japan, Südkorea und Südvietnam.

der USA für den Nahen und Mittleren Osten beträgt über 98 Prozent. Allein die Türkei bezog mehr als die Hälfte.⁴⁴

Die neokolonialistische Politik „militärischen Typs“, die Truman- und Eisenhower-Doktrin, führte die amerikanische Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten in eine ausweglose Sackgasse. Die USA waren ebenso wenig in der Lage, eine den Bedürfnissen des Weltimperialismus entsprechende Politik im Nahen und Mittleren Osten zu betreiben wie zuvor Großbritannien. So konzentrierten sich die imperialistischen Bemühungen in wachsendem Maße darauf, eine „neuere“, d. h. wirksamere, weil besser getarnte kolonialistische Politik zu finden, die mehr als bisher der „arabischen Mentalität“ Rechnung trägt: „Es war ein Fehler, an wirtschaftliche Hilfsprogramme politische Bindungen in so ungeschickter Weise zu knüpfen, wie das geschehen ist. Die Verschärfung solch verfehlter Methoden in der Eisenhower-Doktrin kann nur mit Unbelehrbarkeit und absolutem Mangel an Kenntnis der arabischen Mentalität begründet werden... So wie die Dinge im Augenblick stehen, und sie stehen keineswegs gemächlich, sollte man sich endlich überlegen, ob es nicht doch eine bessere Politik gibt. Eine schlechtere jedenfalls kann es kaum noch geben.“⁴⁵

Zu den Hauptverfechtern einer neuen, noch raffinierter getarnten kolonialistischen Politik im Nahen und Mittleren Osten zählt der deutsche Imperialismus. Er verfügt objektiv über eine Anzahl von Faktoren, die ihn in einem höheren Maße als die anderen imperialistischen Mächte in die Lage versetzen, eine wirksame neokolonialistische Politik zu betreiben.

Bezeichnenderweise hat es gerade aus westdeutschen Kreisen an heftiger Kritik an der Nah- und Mittelostpolitik der USA nicht gefehlt. Führend hierbei waren vor allem Konzerngruppen, die unmittelbar an der Ausweitung der westdeutschen Positionen in diesem Bereich interessiert sind. So erklärte der Nah- und Mittelostverein e. V., der mit an der Spitze der westdeutschen Nah- und Mittelostexpansion steht, „der Westen, dem jegliche einheitliche Konzeption fehle, habe in der Vergangenheit fast ausschließlich das korrupte Regime von Scheichs und Paschas unterstützt und sich so an der Aufrechterhaltung einer Regierungsform schuldig gemacht, deren Ende von der Bevölkerung herbeigesehnt werde. Bisher habe die Entwicklungshilfe vorwiegend der Bereicherung einzelner gedient.“⁴⁶

Die Gestaltung der neuen kolonialistischen Politik im Nahen und Mittleren Osten, d. h. die Ergänzung und teilweise Ablösung der neokolonialistischen Politik „militärischen Typs“ durch eine neokolonialistische Politik „ökonomischen Typs“ sowie die dabei Westdeutschland zugedachte bzw. vom westdeutschen Imperialismus geforderte Rolle können nur in engem Zusammenhang mit der an Be-

deutung ständig zunehmenden Tendenz zum „kollektiven“ Kolonialismus betrachtet werden.⁴⁷

Das Wirken von kollektiv-kolonialistischen Bestrebungen wurde im Nahen und Mittleren Osten relativ früh erkennbar und zeigte sich seitdem besonders deutlich. Obwohl die Ablösung des englischen durch den USA-Imperialismus von den führenden Positionen keineswegs „harmonisch“ verlief, sondern das Ergebnis eines erbitterten Ringens zweier imperialistischer Rivalen war, ließ selbst dieser Kampf kollektiv-kolonialistische Elemente sichtbar werden. Hierin spiegelt sich das Wirken des Hauptwiderspruchs unserer Epoche wider, die Tatsache, daß der Gegensatz des Imperialismus zum sozialistischen Weltsystem und zur nationalen Befreiungsbewegung stärker ist als die Gegensätze der imperialistischen Länder untereinander. Auch während und nach der Suez-Aggression überwogen die kollektiv-kolonialistischen Bestrebungen. Obwohl im Ergebnis der gescheiterten Aggression die „neutralen“ imperialistischen Mächte viele Positionen ihrer Rivalen, England und Frankreich, einnehmen konnten, existierte daneben die Tendenz, die in diesen Ländern vom Imperialismus besetzten Positionen „gemeinsam“ dem Imperialismus zu erhalten.⁴⁸

Über die Bemühungen der Imperialisten, eine „neue“ Politik zu betreiben, die beides, das „gemeinsame“ Vorgehen und die Anwendung von stärker getarnten kolonialistischen Methoden, miteinander verbindet, wird zynisch und mit brutaler Offenheit in einer westdeutschen Publikation berichtet. Es wird hervorgehoben, daß „Nasser beseitigt oder mindestens in seine Grenzen verwiesen werden muß, weil er ein im Wesen feindliches Element repräsentiert. Aber sie möchten dieses Ziel nicht durch spektakuläre Einzelaktionen erreichen, sondern durch die konzentrierte Anwendung diverser, wenig auffallender Druckmittel, und sie möchten sich dadurch nicht den arabischen Nationalismus in seiner Gesamtheit zum Feinde machen.“⁴⁹

Den kollektiv-kolonialistischen Bestrebungen entspringt das objektive Bedürfnis, alle dem Imperialismus zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um eine besonders starke und nachhaltige neokolonialistische Effektivität zu erzielen. Dieses Streben wird durch die Tendenzen, die dem Gesetz der Konkurrenz und den dadurch hervorgerufenen imperialistischen Gegensätzen entspringen, gehemmt, je-

⁴⁷ Siehe hierzu die Bemerkungen in der einflußreichen arabischen Zeitschrift *Arab Observer*: „Heute erleben wir einen Wandel in der Konzeption des Kolonialismus. Die Ära der traditionellen politisch-militärischen Form der Kolonialherrschaft ist vorbei.“ Die Zeitschrift spricht in diesem Zusammenhang von einer „Metamorphose“, gekennzeichnet durch die Versuche Westdeutschlands, sich an die Stelle der kolonialistisch stärker kompromittierten imperialistischen Mächte zu setzen. (Zitiert in *Neues Deutschland* v. 10. 4. 1962.)

⁴⁸ Ein besonders verwerfliches Beispiel für diese Politik ist das Verhalten des USA-Imperialismus anlässlich der Erschießung cypriotischer Patrioten durch den englischen Imperialismus. Wie die *Süddeutsche Zeitung* Nr 22 v. 16. 9. 1956 meldete, sprach der amerikanische Botschafter dem griechischen Außenminister danach „sein Mitgefühl aus. Das ermöglichte eine Fortsetzung des Westkurses.“

⁴⁹ *Stuttgarter Zeitung* v. 27. 3. 1957.

⁴⁴ *US Bureau of Census*, Statistical Abstract of the United States 1961, Washington 1961.

⁴⁵ *Handelsblatt*, Düsseldorf, Nr 59 v. 21. 5. 1958, Bericht des Beirut-Korrespondenten des Handelsblattes anlässlich der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Libanon.

⁴⁶ *Die Welt*, Hamburg, Nr 215 v. 16. 9. 1958, Erklärung seines ehemaligen Vorsitzenden Dr. Messerschmidt.

doch nicht aufgehoben. Das führt zwangsläufig dazu, daß im System des Neokolonialismus solche imperialistischen Mächte an Bedeutung gewinnen, die über besondere neokolonialistische Potenzen verfügen und umgekehrt. Daß die USA – wie bereits dargelegt – in der Umstellung auf die Politik des Neokolonialismus nicht erfolgreicher waren, liegt vor allem darin, daß den USA bestimmte Potenzen, Voraussetzungen, für die volle Entfaltung einer konsequenten neokolonialistischen Politik entweder fehlen oder daß diese in den USA gegenüber anderen imperialistischen Rivalen schwächer ausgebildet sind. Allerdings stehen andere traditionelle Kolonialmächte in dieser Hinsicht noch weit hinter den USA. Das hat zur Folge, daß in wachsendem Maße auf den deutschen Imperialismus zurückgegriffen wurde, der über eine Anzahl – im einzelnen noch zu behandelnder – historisch bedingter neokolonialistischer Potenzen verfügt, die eine solche Wirksamkeit aufweisen, daß der Weltimperialismus nicht darauf verzichten kann, sie in den Dienst der imperialistischen Verteidigung der kolonialistischen Positionen zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Brennpunkte des nationalen Befreiungskampfes, d. h. insbesondere auch für den Nahen und Mittleren Osten.

Die Ausnutzung der „kollektiv“-kolonialistischen Politik seiner Rivalen war für Westdeutschland ein entscheidendes Mittel, um Zugang zu den Erdölschätzen des Nahen und Mittleren Ostens zu finden. So zeigte sich im Zusammenhang mit der Niederlage, die dem anglo-französischen Imperialismus bei seinem Überfall auf Ägypten zugefügt wurde, die Tendenz, die Erdölinteressen Westdeutschlands partiell in solchen Ländern zu fördern, in denen die Gefahr einer restlosen Liquidierung der anglo-französischen Positionen bestand. Eine solche Situation ergab sich 1957 in Syrien.

„Im übrigen seien die großen internationalen Erdölgesellschaften keineswegs über die nahöstliche Aktivität der DEA (Deutsche Erdöl AG) böse. Es bestehe vielmehr der Eindruck, daß man in diesen Kreisen froh ist, daß die DEA es übernommen hat, den Westen in einem Gebiet zu vertreten, das für englische und französische Gesellschaften gegenwärtig verschlossen ist.“⁵⁰

Die Beteiligung westdeutscher Konzerne an der Ausbeutung der Erdölquellen im Nahen und Mittleren Osten sind – gemessen an den Positionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs – gering. Sie sind in ihrer Bedeutung jedoch nicht zu unterschätzen, da sie eine neue Qualität darstellen. Beispielsweise war es dem deutschen Imperialismus zwischen den beiden Weltkriegen trotz starker Bemühungen nicht gelungen, derartige Positionen zu erobern. Insgesamt besitzen westdeutsche Konzerne in vier Ländern des Nahen Ostens, in Libyen, Syrien, Libanon und der Türkei Schürfkonzessionen. Fündig waren bisher die Bohrungen in Libyen, die gemeinsam mit einer Tochtergesellschaft der Socony Mobil Oil durchgeführt werden, und Bohrungen in Syrien (vgl. im einzelnen die folgende Aufstellung.)

⁵⁰ Die Zeit v. 27. 6. 1957.

Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die Expansion westdeutscher Erdölkonzerne⁵¹

Westdeutsches Konzernunternehmen	Unternehmen im Ausland (in eckigen Klammern westdeutsche Beteiligungsquote)	Land	Derzeitiger Stand der Tätigkeit
<i>Positionen im Nahen und Mittleren Osten</i>			
Gelsenberg Benzin AG Gelsenkirchen	Mobil Oil of Canada (Tochter der Socony Mobil Oil, USA) [25 %]	Libyen	Konzessionen, an drei Stellen fündig
Deutsche Erdöl AG, Wintershall AG, Gewerkschaft Elwerath	DEA-LIBYA, Tripolis [50 %]	Libyen	Schürfkonzessionen, Bohrungen
Gewerkschaft Elwerath	Compagnie Libanaise des Pétroles [50 %]	Libanon	Schürfkonzessionen, Bohrungen
Deutsche Erdöl AG	Société Pétroles Concordia SARL, Damaskus [90 %]	Syrien	Förderung von Erdöl
Deutsche Erdöl AG	[100 %]	Türkei	Schürfkonzession
<i>Positionen in anderen arabischen Ländern</i>			
Gewerkschaft Elwerath	(gemeinsam mit französischer Gruppe, EURAFREP, PETROPAR) [20 %]	Algerien	Schürfkonzessionen im Gebiet Tan Emelell, Bohrungen
Gewerkschaft Elwerath	(gemeinsam mit französischer Gruppe, EURAFREP, PETROPAR) [45 %]	Algerien	Schürfkonzessionen im Gebiet Hassi Nechou, Bohrungen
Wintershall AG	(gemeinsam mit französischer Gruppe, FRANCAREP, PETROPAR) [35 %]	Algerien	Schürfkonzessionen im Tindouf-Becken usw., Bohrungen
Deutsche Schachtbau- und Tiefbaugesellschaft mbH, Lingen	Entreprise de Forges Nord-Africaine, EFNA-Deutsche Schachtbau [99,8 %]	Algerien	Schürfkonzessionen, anfänglich nur Bohraufträge
Deutsche Erdöl AG	(gemeinsam mit französischer Gruppe, COPAREX) [30 %]	Algerien	Schürfkonzessionen im Gebiet Demrhat el-Acha
Wintershall AG	Marocaine-Allemande des Pétroles [50 %]	Marokko	Schürfkonzessionen, Bohrungen
<i>Andere Positionen in ökonomisch schwach entwickelten Ländern</i>			
Wintershall AG, Deutsche Erdöl AG, Gewerkschaft Elwerath	(gemeinsam mit Compania Peruviana de Petroleo el Oriente, Lima) [45 %]	Peru	Förderung von Erdöl
Deutsche Erdöl AG	Petroleos Venezolanos SA (Petrovensa), Caracas [100 %]	Venezuela	Förderung von Erdöl

⁵¹ Friedländer, P., u. Schilling, H., Kolonialmacht Westdeutschland, Berlin 1962, S. 166.

Die auf das Nah- und Mittelosterdöl gerichteten Ambitionen Westdeutschlands formulierte bereits 1956 – in Ausnutzung der damaligen, für die anglo-französischen Rivalen recht schwierigen Situation – das Sprachrohr der westdeutschen Schwerindustrie:

„Es sollte konsequent keiner der großen Verbrauchsländer von dem Zutritt zu dem Erdöl ausgeschlossen sein. Dies würde übrigens dem Charakter der Charta der Vereinten Nationen entsprechen. Viele unparteiische Beobachter fragen sich deshalb schon heute, wie lange es noch möglich sein wird, Industriemächte wie (West-) Deutschland, Italien und Japan vollständig von den Quellen der Weltversorgung fernzuhalten . . . Nicht wenige Wirtschaftskreise sind deshalb heute im Mittleren Osten der Auffassung, daß für eine Lösung der politischen Probleme im Vorderen Orient eine Neuordnung der Erdölfrage der beste Anfang sei.“⁵²

Wurde 1956 (im gleichen Artikel) noch einer „Internationalisierung“ der Erdölquellen das Wort geredet, d. h. einer Umverteilung des alten Kolonialbesitzes zugunsten Westdeutschlands, so ist die Taktik seitdem in zunehmendem Maße auf eine „Neokolonalisierung“ dieser Bodenschätze gerichtet. Angesichts des unaufhaltsamen Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems erweist sich die ursprüngliche Konzeption der „Internationalisierung“ als weniger realisierbar. Zudem würde eine „Internationalisierung“ zu einer unnötigen Kompromittierung Westdeutschlands führen, wodurch sein relativer Vorteil als neokolonialistische Macht im Nahen und Mittleren Osten teilweise verlorengehe. Italienische, japanische und westdeutsche Erdölkonzerne sind daher seit längerem dazu übergegangen, sich auf das Entdecken und Aufschließen neuer Erdölquellen zu konzentrieren. Westdeutschland ist ferner bereit, dem jeweiligen Erdölland weitreichende Zugeständnisse hinsichtlich der Gewinnverteilung, der Transferierung der Gewinne usw. zu machen. Mehr als bisher sollen elastischere, indirekte Formen zur Eroberung und Beherrschung von Erdölvorkommen angewendet werden. Hierbei nimmt die Abhängigkeit der Erdöl produzierenden Länder vom Erdölabsatz und von den Bedingungen des Absatzes wachsende Bedeutung an. Da Westdeutschland über außerordentlich umfangreiche Erdölmärkte verfügt, die bei entsprechend günstigen Bedingungen noch wesentlich erweitert werden können, verfügt Westdeutschland unter dieser Sicht über bessere Voraussetzungen als andere imperialistische Staaten. Natürlich ist diese neue Taktik der „Neokolonalisierung“ ein Rückzug, ein Zurückweichen vor dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung, eine Anpassung an die neuen, durch das veränderte Kräfteverhältnis bestimmten Bedingungen mit dem Ziel, die Erdölländer auf neue Art an den Imperialismus zu binden. Denn gerade diese Züge charakterisieren den Neokolonialismus.

Die Ausnutzung des „kollektiven“ Kolonialismus durch Westdeutschland und dessen maßgebliche Rolle in diesem System zeigt sich auch auf zahlreichen anderen Gebieten. Sie zeigt sich auch hier wieder vor allem in Syrien, wo westdeutsche Konzerne am Bau des Euphrat-Damms in einem solchen Maße führend beteiligt sind, daß dort Westdeutschland im Rahmen der „modernen“ kolonialistischen

Politik an der Spitze steht: „In Damaskus erklärt man den Besuchern bei amtlichen Stellen, daß man annehme, daß jetzt die Bundesrepublik für die Entwicklungshilfe federführend sei.“⁵³

Ähnlich verhält es sich mit den westdeutschen Positionen im Sudan, wo Westdeutschland ebenfalls als „Sachwalter“ des Westens in Erscheinung tritt: „Im Sudan sind es die (West-) Deutschen, in Ghana sind es die Engländer, in Pakistan die Amerikaner. Die Bundesrepublik steht hier für den Westen. Der große Machtkampf um die politisch noch unverpflichtete Welt wird nicht zwischen Bonn und London oder Bonn und Paris, sondern zwischen Westen und Osten geführt.“⁵⁴

Besonders treffend charakterisiert die Zeitung der britischen Hochfinanz, „The Financial Times“, diese Gewichtung der imperialistischen Gegensätze, indem sie vom Wettbewerb der beiden Systeme ausgeht, der letzten Endes über das Schicksal des Imperialismus und Kolonialismus entscheidet: „Der Sieg in der wettbewerblichen Koexistenz wird bei dem System liegen, welches sich als das ökonomisch überlegene erweist . . . Unter diesem Aspekt muß (West-) Deutschland ebenso ausnahmslos als Verbündeter betrachtet werden, wie es unter dem Aspekt des Außenhandels unser Konkurrent ist.“⁵⁵

In Westdeutschland ist man sich der besonderen Eignung hinsichtlich der neokolonialistischen Wirksamkeit völlig bewußt und nutzt diese Eigenschaft im Interesse der neokolonialistischen Expansion aus.⁵⁶ Der Weltimperialismus braucht den westdeutschen Imperialismus, um durch den Einsatz seiner neokolonialistischen Potenzen das gesamte imperialistische neokolonialistische Potential wesentlich zu erhöhen, und ist dadurch ihm gegenüber zu weitgehenden Konzessionen bereit, die zunächst vornehmlich in der kolonialen und halbkolonialen Sphäre liegen. Das führte trotz zunehmender imperialistischer Rivalität und zunehmender Schärfe des Konkurrenzkampfes zu gewissen Begünstigungen der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands.

⁵³ *Caucing, F. v.*, Euphrat-Damm gegen Assuan-Damm, in: Außenpolitik, Stuttgart, 8/1961, S. 537.

⁵⁴ *Die Welt*, Nr 122 v. 29. 5. 1959.

⁵⁵ *The Financial Times*, London, v. 27. 8. 1958.

⁵⁶ Unverhohlen schreibt die *Frankfurter Rundschau* v. 28. 10. 1958: „Die Bundesrepublik muß dazu beitragen, die Lücke auszufüllen, die durch das Scheitern der Kolonialpolitik und der USA-Hilfspolitik entstanden ist, und den Ländern eine wirtschaftliche Partnerschaft anbieten.“ – Es bleibt ferner dem Vorsitzenden der SPD vorbehalten, eine besonders prägnante Formulierung für die neokolonialistische Prädestinierung Westdeutschlands gefunden zu haben. Ollenhauer äußerte: „Wenn man weiß, daß einerseits diese Länder eine traditionelle Abneigung haben, sich mit den früheren Kolonialmächten zu verbinden, andererseits aber gleichermaßen die Furcht haben, unter den Einfluß einer zu großen Macht zu gelangen, so könnte die Bundesrepublik durchaus in der Lage sein, wirkungsvolle Arbeit zu leisten.“ (*Süddeutsche Zeitung*, Nr 89 v. 13./14. 4. 1957.)

⁵² *Industriekurier*, Düsseldorf, Nr 57 v. 14. 4. 1956.

III. Der Nahe und Mittlere Osten – eine „traditionelle“ Expansionsphäre des deutschen Imperialismus

1. Die Phasen der Expansion nach 1945

Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten erfolgte in den einzelnen Etappen unter den Bedingungen eines sehr unterschiedlichen imperialistischen Kräfteverhältnisses.

Bis zum ersten Weltkrieg war das mit dem deutschen Imperialismus verbündete Osmanische Reich die bestimmende Macht in diesem Bereich. Dies begünstigte die Expansionsbedingungen in einem besonderen Maße und nährte die Erwartung, zur führenden Macht im Nahen und Mittleren Osten aufzusteigen. Bereits viele Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges kontrollierte der deutsche Militarismus direkt und indirekt die türkische Armee. Mit Goltz-Pascha bekleidete ein typischer Vertreter des deutschen Imperialismus die Funktion eines Vizechefs im türkischen Generalstab. Schon damals drangen deutsche „Sachverständige“, Techniker und Ökonomen, in alle entscheidenden Bereiche der türkischen Wirtschaft ein und besetzten die Schlüsselpositionen. Von der Türkei aus erweiterten sie ihren Einfluß auf das gesamte Osmanische Reich. Diese kolonialistischen Bestrebungen gipfelten in dem Projekt der Bagdadbahn, das die endgültige Eingliederung großer Teile des Nahen Ostens in den Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus zum Ziele hatte.⁵⁷

Ähnliche Aktivität entwickelte der deutsche Imperialismus auch in Persien. Während des ersten Weltkrieges bildeten deutsche Agenten in dem von Großbritannien besetzten Teil eine „prodeutsche“ provisorische Regierung.

Seine Niederlage im ersten Weltkrieg führte zeitweilig zu einer außerordentlichen Verschlechterung der Expansionsbedingungen des deutschen Imperialismus. Großbritannien trat in diesem Raum eine nahezu ungeteilte Herrschaft an.⁵⁸ Während

⁵⁷ Siehe im einzelnen Rathmann, Lothar, Die Nahostexpansion des deutschen Imperialismus vom Ausgang des 19. Jh. bis zum Ende des ersten Weltkrieges. Eine Studie über die wirtschaftspolitische Komponente der Bagdadbahnpolitik, Leipzig 1961. (Habilitationsschrift, Manuskript im Orientalischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.) Derselbe, Zur Legende vom antikononialen Charakter der Bagdadbahnpolitik in der wilhelminischen Ära des deutschen Monopolkapitals, in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin 1961, Sonderheft Zur Geschichte des Kolonialismus und der nationalen Befreiungsbewegung, S. 247–270.

⁵⁸ Während der beiden Weltkriege erlangte der Nahe und Mittlere Osten für den britischen Imperialismus die gleiche hohe Bedeutung, die über ein Jahrhundert Indien innehatte. Mit Ausnahme von nicht bedeutenden Konzessionen an Frankreich (Völkerbundmandat über Syrien und Libanon, Beteiligungen an Erdölvorkommen im Irak) übte der britische Imperialismus nahezu eine Monopolstellung hinsichtlich der politischen und militärischen

dieser Zeit stand der Nahe und Mittlere Osten im Zeichen der „Pax Britannica“, der nahezu ausschließlichen Herrschaft des britischen Imperialismus.⁵⁹

Die „Pax Britannica“ konnte freilich nicht das objektive Wirken des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung außer Kraft setzen, unter dessen Einfluß der deutsche Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten wieder allmählich an Boden gewann. Mit dem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg traten auch die deutschen Expansionsbestrebungen nach dem Mittleren Osten erneut hervor. Wieder waren die Türkei und Iran die Hauptpfeiler, auf die sich die neuerliche deutsche Expansion stützte, die sich mit dem Machtantritt des Faschismus immer stärker abzeichnete. Unter dem Deckmantel der „wirtschaftlichen und technischen Hilfe“ riß der deutsche Imperialismus die Hälfte des Außenhandelsumsatzes der Türkei an sich, erfolgte die Durchdringung des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Türkei mit deutschen Agenten und Spionen. Deutsche Experten und Ingenieure besetzten feste Positionen im türkischen Staatsapparat, in Forschungsinstituten und militärischen Lehranstalten. Die deutsche Botschaft in der Türkei war die Zentrale, in der die Fäden des Spionagenetzes zusammenliefen, das das faschistische Deutschland über den gesamten Nahen und Mittleren Osten gezogen hatte. Kurz vor Kriegsausbruch übernahm von Papen – die Personifizierung der faschistischen Expansionspolitik und Vertrauensmann des deutschen Finanzkapitals – den Botschafterposten in der Türkei. Auf die Beziehungen des faschistischen Deutschlands zum zweiten Weltkrieg: „Seit dem Zeitpunkt, da alle unsere Verbindungen mit dem Ausland allmählich auf Verbindungen mit Deutschland allein reduziert wurden, begann unser Land seine ökonomische Unabhängigkeit zu verlieren und sich in ein Anhängsel Deutschlands zu verwandeln.“⁶⁰

Beherrschung dieses Gebietes aus. Großbritannien kontrollierte auch den größten Teil des Erdölreichtums und teilte sich die Kontrolle des Suezkanals mit Frankreich. Die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens war ferner eine militärisch-strategische Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des britischen Kolonialregimes in Asien und Ostafrika.

⁵⁹ Über die außerordentlich wichtige Stellung, die der Nahe und Mittlere Osten im Gesamtsystem des britischen Imperiums einnahm, bemerkte R. Palme Dutt: „So wie sich Ende des 18. Jh. und im 19. Jh. durch die Politik ... in England wie ein roter Faden die Strategie des Kampfes um die Herrschaft über Indien hingezogen hat, so herrscht im 20. Jh. im politischen Leben des Landes durchgängig das Streben zur Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten vor.“ Die hohe Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die Interessen des britischen Imperialismus zeigte sich am deutlichsten während des zweiten Weltkrieges, kurz nach der Niederlage Frankreichs und der akuten Bedrohung Großbritanniens durch die Hitler-Wehrmacht, als nämlich die britischen Hauptstreitkräfte, statt zur Verteidigung der Heimat bereitzustehen, nach Ägypten kommandiert wurden. R. Palme Dutt erläutert hierzu den Standpunkt der britischen Regierung und stellt fest, von ihrem Standpunkt war die „wichtigste Kampfaufgabe das Ringen um die Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten“. (*Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 10/1959, S. 42.) Siehe hierzu auch Lengyel, Emil, a. a. O., S. 48.

⁶⁰ *Istanbul Temps*, Januar 1937, zitiert nach Melnick, A., Die Türkei, Moskau 1937.

Die gleichen Methoden verhalfen auch dem deutschen Imperialismus, seine Positionen in Iran wieder zu festigen. Wie im Falle der Türkei gelang es auch hier, unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen „Hilfe“ bis zum Jahre 1938/39 rund die Hälfte des Außenhandelsumsatzes auf sich zu ziehen und auf dieser Grundlage Militärspionage zu betreiben. Hierbei wird die Rolle der Monopole, die aktiv an dieser Tätigkeit mitwirkten und deren Niederlassungen zu Zentren der Spionage wurden, wieder einmal besonders deutlich.

Mit ähnlichen Methoden ging das faschistische Deutschland auch in anderen Ländern dieses Bereiches vor. Im Ergebnis dieser Wirtschaftsoffensive gelang es dem deutschen Imperialismus schon damals, den britischen Export in diesem Raum zu überflügeln. Im Jahre 1938 lagen die deutschen Ausfuhren mit 149 Millionen Dollar um rund 10 Millionen Dollar über den britischen. (Die amerikanischen erreichten lediglich 57 Millionen Dollar.) Auch war – wie bereits erwähnt – die deutsche Nah- und Mittelostquote am Gesamtexport höher als die entsprechende britische.

Diese auf die militärische und politische Durchdringung gerichtete Politik erreichte ihren Höhepunkt mit der von Göring selbst kurz vor Kriegsausbruch auf einer Geheimkonferenz mit inoffiziellen Bevollmächtigten der englischen Regierung vorgebrachten Forderung, England solle den Nahen Osten als „natürliche deutsche Wirtschaftssphäre“ anerkennen und Deutschland den Zugang zu den Erdölquellen des Mittleren Ostens freimachen.⁶²

Während des zweiten Weltkrieges sahen die Pläne der deutschen Imperialisten vor, die englische Kolonialherrschaft durch die militärische Eroberung sämtlicher Länder dieses Gebietes zu ersetzen. Das war der Inhalt der geheimen Weisung Nr. 32 des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht (OKW) vom 11. Juli 1941, die den obersten Leitungen der verschiedenen Waffengattungen bekanntgegeben wurde und ihnen als „vorläufige Arbeitsgrundlage“ dienen sollte. Dieser Weisung zufolge sollte schon im November 1941 mit der Eroberung der Suezkanalzone und Ägyptens mittels eines Zweifrontenangriffs begonnen werden. Während sich aus Libyen das deutsche Afrikakorps in Bewegung zu setzen hatte, sollte eine in Bulgarien bereitstehende Heeresgruppe vorstoßen und dabei die Türkei, Syrien und Palästina erobern. Motorisierte Einheiten waren für die Niederwerfung des Iraks und Irans und für die Besetzung wichtiger Positionen im Persischen Golf vorgesehen.

Daß diese Pläne nicht realisiert, der deutsche Faschismus geschlagen und das imperialistische System im Weltmaßstab dadurch entsprechend geschwächt wurde, wodurch sich besonders günstige Möglichkeiten für die Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes der Völker im Mittleren Osten ergaben, ist der Tatsache zu verdanken, daß ihre Voraussetzungen, nämlich die rasche Niederwerfung der Sowjetarmee, nicht geschaffen werden konnten.

⁶¹ Eigene Berechnungen nach UN, *Statistical Papers*, Direction of International Trade, laufend, (unter Einbeziehung der Türkei und Griechenlands).

⁶² Documents of British Foreign Policy, Serie 3, Bd 6 (3), S. 756/757, zitiert von M. Nekritsch in *Sowjetwissenschaft*, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge Nr 1, 1955, S. 20.

Angesichts der scheinheiligen Beteuerungen und Anbiederungen des deutschen Imperialismus, immer nur auf die Freundschaft mit den Völkern des Mittleren Ostens bedacht gewesen zu sein, ist es nicht unangebracht, an den Ausrottungsfeldzug des deutschen Imperialismus gegenüber den Völkern Osteuropas zu erinnern, ein Schicksal, das den Völkern des Mittleren Ostens ebenfalls zugebracht war und das ihnen dank der Kräfte des historischen Fortschritts erspart geblieben ist.

In der dritten Etappe seiner Expansion im Nahen und Mittleren Osten sieht sich der abermals militärisch geschlagene und grundlegend geschwächte deutsche Imperialismus einer prinzipiell veränderten Situation gegenüber. Sie wird im wesentlichen gekennzeichnet durch die Siege der nationalen Befreiungsbewegung, durch die bereits dargelegte allgemeine und grundlegende Schwächung des Weltimperialismus, durch die besondere Schwächung des britischen Kolonialismus und durch die relative Machtausweitung der USA, die zur führenden imperialistischen Macht auch im Nahen und Mittleren Osten wurde.

Der neokolonialistische Expansionsprozeß Westdeutschlands läßt in dieser Etappe drei Phasen erkennen. Ihnen allen ist gemein, daß das Vorgehen Westdeutschlands in dieser Region mehr noch als in anderen Bereichen seiner neokolonialistischen Expansion durch die USA ermöglicht, begünstigt und in den Dienst ihrer eigenen Expansion gestellt wurde. Ist das gemeinsame amerikanisch-westdeutsche Vorgehen der Hauptpfeiler im System des modernen Kolonialismus, so gilt dies in besonderem Maße im Nahen und Mittleren Osten. Da es sich hierbei um ein Abhängigkeitsverhältnis besonderer Art handelt, wird eine relative Verselbständigung der neokolonialistischen Politik Westdeutschlands, ein zeit- und teilweises Neben- und Gegeneinander der „gemeinsamen“ Bestrebungen dadurch keineswegs ausgeschlossen. Die Tendenz der relativen Verselbständigung gewinnt gerade in jüngster Zeit zunehmend an Bedeutung, ohne jedoch zu einer Auflösung des Abhängigkeitsverhältnisses zu führen.

Die erste Phase begann sehr bald nach der auf Geheiß der USA wiedererrichteten Macht der Monopole in einem Teil Deutschlands, seiner Trennung vom deutschen Nationalverband und dem dadurch gesetzmäßig wieder ausgelösten kolonialen Expansionsdrang. Das Eindringen Westdeutschlands in die direkt oder indirekt an amerikanischen Paktsysteme gebundenen Länder des Nahen und Mittleren Ostens – amerikanische Türkei, Griechenland, Iran (und in gewisser Hinsicht auch Israel) – erfolgte recht früh und gab den Auftakt für seine neokolonialistische Expansion in alle anderen Bereiche. Diese für die gesamte weitere kolonialistische Expansion Westdeutschlands so bedeutenden Anfangserfolge sind das Ergebnis zweier Komponenten, die zu einer außergewöhnlich intensiven Interessenübereinstimmung zwischen dem westdeutschen und amerikanischen Imperialismus führten.

Auf die genannten Länder orientierte sich – wie bereits dargelegt – die gesamte Strategie der USA in einem Raum, der sich von Westeuropa bis nach Südostasien spannt. Die in diesen Ländern von den USA errichteten militärischen Stützpunkte hatten vor allem die Aufgabe, die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder vom Süden her zu bedrohen (Stationierung von Langstreckenbomben für den Abwurf von Atombomben, Errichtung von Raketenabschußbasen, Stützpunkte für

Spionageflüge und andere Diversionstätigkeit). Diesen Ländern war im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens die gleiche Funktion zugedacht wie Westdeutschland selbst innerhalb Europas. Westdeutschland, aber auch die Türkei und Griechenland wurden in die NATO einbezogen und in die OEEC, die dem militärischen Zusammenschluß die ökonomische Grundlage geben sollte. Alle drei Länder waren Empfänger der Marshallplan„hilfe“. Diese ihre Gemeinsamkeit im System der Kriegsvorbereitung der USA, ihre hervorgehobenen und exponierten Stellungen als südliche bzw. westliche Angriffsspitzen gegen die sozialistischen Länder bestimmten in einem hohen Maße den Charakter, die Richtung und den Verlauf der ersten Etappe der neokolonialistischen Politik Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten.⁶³ Sie war ein integrierender Bestandteil der von den USA praktizierten neokolonialistischen Politik „militärischen“ Typs.

Unter diesem Gesichtspunkt konnte auch eine interregionale Zusammenführung der einzelnen Stützpunkte nicht ausbleiben, die mit dem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und seinem Wiedererscheinen auf dem kapitalistischen Weltmarkt vornehmlich den Charakter einer vom USA-Imperialismus gelenkten und von ihm in ihrem Ausmaß bestimmten westdeutschen Expansion annahm. Bei Wahrung der absoluten und unantastbaren Hegemonie der USA wurde der deutsche Imperialismus unter Ausnutzung seines rasch wachsenden ökonomischen Potentials allmählich wieder an imperialistische Unterdrückungsfunktionen kolonialen Charakters im Dienste der USA herangeführt. Andererseits wurde die reaktionäre türkische – aber auch die griechische und später die iranische – Regierung ihrerseits auf eine engere Zusammenarbeit mit Westdeutschland orientiert.

Den durch die Wiederherstellung der Macht der Monopole gesetzmäßig wieder wirksam gewordenen selbständigen Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus kam diese ihm im System der amerikanischen Kriegsvorbereitungen übertragene Aufgabenstellung außerordentlich entgegen. Es ist ein historisches Phänomen, daß der USA-Imperialismus gerade jene Länder in seine nah- und mittelöstliche Ausfallstellung gegen das sozialistische Weltsystem verwandelte, die zur traditionellen Expansionssphäre des deutschen Imperialismus gehörten.

Merkmale dieser *ersten* Phase seiner Expansion sind demnach folgende:

1. war sie in besonderem Maße der Expansion der USA untergeordnet und unmittelbar in ihren Dienst gestellt; sie wurde durch sie ermöglicht, begünstigt und in ihrem Ausmaß bestimmt. Sie orientierte sich deshalb auch einseitig auf die paktgebundenen Länder dieser Region;

2. diente sie mit ökonomischen Mitteln offenen militärischen Zielen, indem sie nicht unwesentlich zur politischen Konsolidierung des amerikanischen Stützpunktprogramms beitrug, und zwar in einem Bereich, der nach Ost- und Südostasien (Korea, Vietnam) zu den Provokationszentren der imperialistischen Mächte zählte.

⁶³ Allen, James L., bezeichnet „die Verbindung zu Westdeutschland“ als den „Angelpunkt der gegenwärtigen Weltpolitik der Vereinigten Staaten“, in *Political Affairs*, New York 1962, Heft 2, S. 13–28.

Sie war ein wichtiges Element der Kriegsvorbereitung in der Periode des kalten Krieges;

3. konnten in ihrem Verlauf die wichtigsten Ziele des westdeutschen Imperialismus verwirklicht werden, nämlich als militärisch vernichtend geschlagener und völlig von den Weltmärkten verdrängter imperialistischer Rivale in ökonomisch schwach entwickelten Ländern erneut Fuß zu fassen;

4. überwiegt der offene, direkte Antikommunismus gegenüber den die anderen Phasen beherrschenden indirekten Methoden des Antikommunismus, wie er im westdeutschen Neokolonialismus in Erscheinung tritt.

Eine besondere Stellung nehmen die westdeutsch-israelischen Beziehungen ein. Die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Westdeutschlands für dieses Land – unter dem Vorwand einer Wiedergutmachung – erfolgte im Interesse, im Auftrage, ja unter dem Druck der USA, die Israel faktisch ihrem Stützpunktsystem im Nahen und Mittleren Osten einverleiben, sich aber nicht in offenen Gegensatz zu den arabischen Ländern stellen wollten.

Die *zweite* Phase reifte mit den revolutionären Ereignissen in Ägypten. Sie begann nach dem anglo-französisch-israelischen Überfall auf dieses Land, das an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes im Nahen und Mittleren Osten steht und von dem auch starke Impulse auf die nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika ausgehen.⁶⁴ Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung erreichte durch diese Ereignisse nicht nur einen neuen Höhepunkt, sondern eine neue Qualität. Er erzwang eine Umorientierung der amerikanischen und mit ihr der westdeutschen Politik im Nahen und Mittleren Osten.

Diese Umorientierung wurde aber auch durch die bedeutenden Erfolge der UdSSR, vor allem auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet, notwendig. Das Eindringen der UdSSR in den Kosmos, insbesondere die militärischen und strategischen Aspekte dieser Großtat haben die amerikanische Konzeption, die sozialistischen Länder durch eine Politik der Einkreisung und der Errichtung von amerikanischen Stützpunkten entlang ihrer Grenzen unter Druck zu setzen und zu erpressen, zu Fall gebracht. Das militärische Übergewicht des sozialistischen Lagers wurde auch für die ehemals kolonial unterdrückten Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu einem sicheren Schild, schützte sie vor einem Export der Konterrevolution, vor einer Wiederholung von Ereignissen, die das griechische und das persische Volk über sich ergehen lassen mußten.

Angesichts dieser neuen Existenzbedingungen des Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten war auch Westdeutschland gezwungen, eine Umorientierung seiner

⁶⁴ Siehe hierzu auch Kiesewetter, Wolfgang, Zum zehnten Jahrestag der Revolution in Ägypten, in *Deutsche Außenpolitik*, 7/1962, S. 753–764. Der Beauftragte der Regierung der DDR in der VAR bezeichnet die Zerschlagung der imperialistischen Suez-Aggression als einen historischen Beweis für das veränderte internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Antiimperialismus und unterstreicht deren „Rückwirkungen auf die Befreiungsbewegung, insbesondere in Afrika“. (S. 756.)

Politik vorzunehmen. Die dem deutschen Imperialismus im Rahmen seines Abhängigkeitsverhältnisses von den USA in dieser neuen Phase übertragene Aufgabe bestand vor allem darin, seine neokolonialistischen Besonderheiten und die von ihnen ausgehenden Wirkungen, sein Tarnvermögen, gepaart mit seinen ökonomischen Potenzen, und das vom westdeutschen „Wirtschaftswunder“ ausstrahlende wirtschaftspolitische Ansehen voll in den Dienst der Aufrechterhaltung der amerikanischen Positionen zu stellen. Diese Umorientierung stand völlig im Einklang mit dem – bereits dargelegten – Übergang von der Politik des Neokolonialismus „militärischen“ Typs zur „entfalteten“ neokolonialistischen Politik, durch die das Verhalten der imperialistischen Mächte im Nahen und Mittleren Osten während dieser Phase gekennzeichnet wird.

Das gemeinsame amerikanisch-westdeutsche Vorgehen im Verlauf dieser Phase der neokolonialistischen Expansion, die dabei festgelegten gemeinsamen Ziele und anzuwendenden Methoden sind Inhalt eines detailliert ausgearbeiteten Programms, an dessen Ausarbeitung die Vertreter der aggressivsten Kreise der amerikanischen und westdeutschen Monopolbourgeoisie beteiligt waren. Die von ihnen gemeinsam geführten Sondierungsgespräche waren „Auftakt eines gemeinsamen (west-)deutsch-amerikanischen Vorgehens... dessen erklärter Zweck es ist, in den unentwickelten Gebieten des Nahen und Mittleren Ostens jene wirtschaftlichen Positionen für die westliche Welt zu retten, die England und Frankreich nach ihrem Suez-Abenteuer gegenwärtig aufzugeben gezwungen sind... (West-)deutsche Firmen, die bisher vornehmlich aus privatwirtschaftlichen Interessen in den arabischen Ländern arbeiteten, sind nun im Begriff, Vortrupps einer hochpolitischen Aktion der Amerikaner zu werden, die den Nahen Osten politisch befrieden und von wirtschaftlichen Ostblockeinflüssen freihalten wollen... Das von politischen und kolonialen Hypothesen unbelastete Renommee der deutschen Schwerindustrie war es denn auch, das Eisenhowers Kommission für unterentwickelte Länder zunächst in die Bundesrepublik lockte. Benjamin Fairless (Vorsitzender dieser Kommission und ehemaliger Präsident eines der größten USA-Konzerne, der United States Steel Corporation – P. F.) und seine Begleiter führten in Bonn Gespräche mit dem Bundeskanzler und mit dem Bundesverteidigungsminister Strauß. Sie legten aber auch Wert darauf, ihre Pläne... mit den leitenden Männern der (west-)deutschen Industrie zu diskutieren, die bei industriellen Entwicklungsvorhaben in den unterentwickelten Ländern der Erde Fronterfahrungen (! – P. F.) haben sammeln können... Bundeskanzler Adenauer hat schon zu erkennen gegeben, daß die Bundesrepublik stellvertretend für England und Frankreich ihren Teil zu dieser politischen Mission beitragen will.“⁶⁵

Dieses Programm wird im Hinblick auf den spezifischen westdeutschen Beitrag durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Es erfordert – zumindest zeitweilig – eine Verlagerung des territorialen Schwerpunktes der westdeutschen neokolonialistischen Expansion auf die arabischen Länder, vor allem auf die VAR.

2. Die Umorientierung führt zu keinem Verzicht auf die bisher eroberten Positionen im Bereich seiner traditionellen Einflusssphäre, führt aber auch dort zu neuen Formen (EWG-Assoziierung).

3. Der deutsche Imperialismus erhält die Möglichkeit, in großem Ausmaße in Gebieten Fuß zu fassen, die ihm bisher größtenteils verschlossen geblieben waren, vor allem in den souveränen arabischen Staaten.

4. Es führt in der Tendenz zu einer zunehmenden Verselbständigung der westdeutschen neokolonialistischen Expansion. Die einseitige Abhängigkeit des westdeutschen vom USA-Imperialismus weicht zunehmend einer gegenseitigen Abhängigkeit.

Einer zeitweiligen territorialen Umorientierung der neokolonialistischen Aktionen, ihrer Konzentration auf die souveränen arabischen Länder, vor allem auf die VAR, wurde auch in einem offiziellen Organ des Bonner Kriegsministeriums das Wort geredet: „Für die Vereinigten Staaten sind Ostasien und Südamerika, für uns Europa, der Nahe Orient, das Mittelmeerbecken und darüber hinaus ganz Afrika zum wichtigsten geopolitischen Kraftfeld geworden... Die Entwicklung in der arabischen Welt bestimmt die Zukunft des Mittelmeerraumes, und von dieser hängt wiederum die Frage der Beherrschung ganz Afrikas ab... Kairo ist die geographische Mitte der arabischen Welt. Ägypten bildet nicht nur einen der wichtigsten Knotenpunkte des Weltverkehrs, sondern (vom Standpunkt der subversiven Strategie) gleichzeitig auch die Drehscheibe dreier Kontinente: Asien, Afrika und Europa. Von dieser Wegkreuzung aus ist es möglich, durch revolutionäre Wühlarbeit bis zum Persischen Golf hin und darüber hinaus auf Pakistan, ja sogar auf Indien einzuwirken. Die zweite geopolitische Kraftlinie führt von Kairo nach Süden, längs des Niltals bis tief nach Zentralafrika hinein, die dritte entlang der Küste Nordafrikas über Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko bis zum Atlantischen Ozean. Nicht zuletzt ist es außerdem möglich, von Kairo aus auch auf die politische Lage in der Türkei und auf dem Balkan einzuwirken.“⁶⁶

Neben der zeitweiligen Hauptorientierung auf die arabischen Länder verstärkt der deutsche Imperialismus seine Aktivität in den traditionellen Bereichen seiner Expansion. Hierbei nutzte er vor allem seine in dieser Phase neu errungenen Führungspositionen in der NATO aus. Nach offiziellen Mitteilungen hat Westdeutschland bisher Rüstungsaufträge an Griechenland in Höhe von über 100 Millionen Mark erteilt, davon für rund 70 Millionen Mark in der Zeit von 1956 bis 1960. Diese Bestellungen werden erst als der Auftakt für wesentlich umfangreichere Rüstungslieferungen gewertet. Hierüber sind bereits Besprechungen zwischen westdeutschen Beauftragten und griechischen Vertretern der Rüstungsindustrie geführt worden. Griechenland wird künftig Raketen für Panzer und für Bordwaffen sowie Maschinengewehr- und Gewehrmunition, aber auch Bazooka-Geschosse liefern.⁶⁷ Die Aufträge an die griechische

⁶⁶ Miksche, Ferdinand Otto, Die Zukunft des Mittelmeerraumes, in *Wehr und Wirtschaft*, Frankfurt a. M., Nr 10, Okt. 1961, S. 430/431.

⁶⁷ Den größten Teil der Rüstungsaufträge erhielt die Société Hellénique de Poudrerie et Cartoucherie SA, deren Generaldirektor der „Krupp Griechenlands“, der Millionär Bodossakis, ist. (*Handelsblatt* v. 23. 3. 1960.)

⁶⁵ *Der Spiegel*, Hamburg, Nr 13 v. 16. 1. 1957, S. 9/10.

Die Expansionsbestrebungen auf militärischem Gebiet hatten bereits 1954 einen solchen Höhepunkt erreicht, daß die Forderung erhoben wurde, Westdeutschland solle sich nicht allein damit begnügen, gemeinsam mit der Türkei der NATO anzugehören, sondern eine engere militärische Bindung zur Türkei suchen und deshalb dem damals noch existierenden Balkanpakt beitreten.⁷⁷ Dies entspräche „dem gemeinsamen Bewußtsein der Türkei und (West-)Deutschlands, in der vordersten Frontlinie des Westens zu stehen“⁷⁸.

Die starke Entfaltung selbständiger militärischer Formen der neokolonialistischen Expansion geben der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands in diesem Teilbereich des Nahen und Mittleren Ostens das Gepräge. Sie führen in dieser räumlichen Begrenzung ebenfalls zu einer Abart des Neokolonialismus „militärischen“ Typs, durch die neokolonialistische Politik der USA in diesem Gebiet gekennzeichnet ist. Während die USA jedoch bestrebt sind, die militärischen Formen in einem gewissen Umfange durch andere zu ersetzen, um eine höhere neokolonialistische Wirksamkeit zu erzielen, ist Westdeutschland umgekehrt daran interessiert, die in der ersten Phase erreichten ökonomischen und politischen Expansionsergebnisse durch eine militärische Machtentfaltung zu ergänzen.

Hand in Hand mit der militärischen wurde die ökonomische Durchdringung beider Länder weiter vorangetrieben. Beide Formen verschmelzen in diesen Ländern immer mehr zu einer untrennbaren Einheit, bilden hier die beiden wichtigsten Seiten des Expansionsprozesses. Zum Sprecher dieser neokolonialistischen Bestrebungen unter dem Deckmantel der NATO machte sich bezeichnenderweise die CDU/CSU-Fraktion im Bonner Bundestag, die in einem Programmentwurf zur Entwicklungshilfe die Frage nach einer westdeutschen „Schwerpunktbildung“ ganz im Sinne der Einheit von militärischer und ökonomischer Expansion beantwortet: „Hat nicht ein besonderer Schwerpunkt für die Entwicklungshilfe dort zu entstehen, wo Entwicklungsländer sich bereit erklärt haben, im Rahmen westlicher Verteidigungsbündnisse politische und militärische Lasten zu tragen? . . . Die Türkei und Griechenland werden bei der NATO als Entwicklungsländer angesehen. . . Möglichkeiten der Bundesrepublik, den Entwicklungsländern diese Art Hilfe zu gewähren, liegen innerhalb der NATO-Empfehlungen: Abnahme der Erzeugnisse dieser Länder, Aufträge für Waffen- und Munitionslieferungen, finanzielle Hilfe, Stützung der nationalen Haushalte. Bilaterale Verträge zwischen der Bundesrepublik und Griechenland bzw. der Türkei entsprechen etwa den NATO-Empfehlungen.“⁷⁹

Die immer stärkere Verknüpfung von militärischen und ökonomischen Formen der Expansion unter Ausnutzung der NATO hat mit der Ausdehnung der EWG auf das Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens die *dritte* Phase eingeleitet. Nach dem Vorbild

⁷⁷ „Der Balkanpakt . . . lasse Allianzen auch mit anderen befreundeten Nationen zu, er stehe also auch der Bundesrepublik offen.“ (*Die Welt*, Westberlin, Nr 73 v. 27. 3. 1954.)

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Vorstellungen über eine deutsche Entwicklungshilfe. Ein erster Entwurf des Diskussionskreises Entwicklungshilfe der CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages, Handbuch der Entwicklungshilfe, Bd 2, S. II A32/1.

der Assoziierungsverträge mit afrikanischen Staaten, die große Teile dieses Kontinents in eine moderne Superkolonie der mächtigsten kontinental-europäischen Monopole verwandeln sollen, ist mit der Verwirklichung eines ähnlichen Projektes auch im Nahen und Mittleren Osten begonnen worden. Den Auftakt gab die Assoziierung Griechenlands (Unterzeichnung am 9. Juli 1961), der der Anschluß der Türkei folgte. Verhandlungen über eine Einbeziehung Israels in die EWG sind auf Grund von Protesten aus den arabischen Ländern zeitweilig unterbrochen worden. Zwischen Iran und den EWG-Staaten wurden ebenfalls Möglichkeiten einer Assoziierung sondiert.

Gegen den Widerstand einiger um ihren Export von Agrarerzeugnissen besorgten EWG-Mitglieder, vor allem Italien, erwies und erweist sich Westdeutschland als der rührigste Verfechter einer Politik der Assoziierung von Nah- und Mitteloststaaten. Dies war der Fall im Hinblick auf Griechenland, noch stärker offenbarte sich dieses Interesse hinsichtlich der Türkei und Israels.⁸⁰

Damit erreichen Bemühungen ihren vorläufigen Höhepunkt, die auf eine noch stärkere Verselbständigung der westdeutschen Expansion gerichtet sind. Die Einbeziehung dieser Länder in die EWG würde einen Rückgang des Einflusses der USA zugunsten Westdeutschlands zur Folge haben, das die Hegemonie innerhalb des Blocks anstrebt. Zugleich liegen diese Bemühungen aber auch im Interesse der USA selbst, die vor allem unter politischen Gesichtspunkten an der Schaffung einer modeln Superkolonie im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens interessiert sind. Für sie ist dies die relativ sicherste Garantie für eine Bindung dieser Länder an den Weltimperialismus, für eine Verhinderung von stärkeren regionalen und interregionalen, gegen den Imperialismus gerichteten Kontakten zwischen ökonomisch schwach entwickelten Ländern, vor allem aber von Verbindungen zu den Ländern des sozialistischen Weltsystems: „Die langsamen Assoziierungsverhandlungen geraten dabei immer stärker in den Bereich politischer Erwägungen. So wird es in Brüssel für möglich gehalten, daß die USA bei der Sechsergemeinschaft auf eine schnellere Assoziierung der Türkei drängen werden, um jeder möglichen Ostorientierung der türkischen Außenpolitik entgegenzuwirken.“⁸¹

Die Errichtung eines EWG-Raumes im Nahen und Mittleren Osten bereitet den Boden für eine wesentliche Verschärfung der westdeutsch-amerikanischen Gegensätze in diesem Bereich vor. Zugleich führt sie zu neuen Voraussetzungen für eine Fortsetzung des gemeinsamen Vorgehens. Eine Verwirklichung dieser gemeinsamen neokolonialistischen Pläne Westdeutschlands und der USA würde außerordentlich ernste Folgen für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens haben.

Das Abhängigkeitsverhältnis besonderer Art von den USA, seine Wandlung in den drei Phasen, vor allem die sich immer stärker abzeichnende Tendenz einer Verselb-

⁸⁰ Anlässlich seines Aufenthaltes in der Türkei versprach Wirtschaftsminister Erhard, er werde sich für die Aufnahme der Türkei in die EWG „wärmstens einsetzen“. (*Der Österreichische Volkswirt*, Wien, Nr 37 v. 11. 9. 1959, S. 5.) – In den arabischen Ländern wird Westdeutschland offen als „Hauptbefürworter“ der Einbeziehung Israels in die EWG bezeichnet. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr 55 v. 6. 3. 1962.)

⁸¹ *Deutsche Zeitung*, Köln, Nr 31 v. 6. 2. 1962.

ständigung der westdeutschen neokolonialistischen Expansion, durchdringt alle Besonderheiten des westdeutschen Neokolonialismus in ihren Wirkungen im Nahen und Mittleren Osten.

2. Die regionalen Besonderheiten der neokolonialistischen Offensive Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten

Die neokolonialistischen Bestrebungen Westdeutschlands werden durch eine Anzahl von Besonderheiten gekennzeichnet, die sie von denen anderer imperialistischer Mächte unterscheiden.⁸² Die Kenntnis dieser Besonderheiten ist von außerordentlichem praktisch-politischem Nutzen. Je exakter wissenschaftlich nachgewiesen werden kann, welche Triebkräfte (Faktoren) die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands bestimmen, ihre außergewöhnliche Wirksamkeit und Gefährlichkeit hervorrufen, desto erfolgreicher können sich die Völker gegen sie zur Wehr setzen.

Für die Entwicklung der Wissenschaft vom Kampf gegen den Neokolonialismus⁸³, insbesondere für die Auslösung von Aktionen in den einzelnen Ländern und Bereichen ist indessen eine gründliche Kenntnis der regionalen Spezifik der westdeutschen neokolonialistischen Politik erforderlich. Die vorliegende Untersuchung muß deshalb über die bekannten allgemeinen Besonderheiten hinausgehen und zu einem komplementären Typ von Besonderheiten vordringen: zu den regionalen Besonderheiten der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten.

Der besondere Expansionsdrang und der hochgradige Antikommunismus sind Besonderheiten des westdeutschen Neokolonialismus, die seine besondere Aggressivität kennzeichnen.

Dem besonderen Expansionsdrang liegt eine in der Geschichte des deutschen Imperialismus ungelöster Widerspruch zugrunde, der sich aus einem rasch anwachsenden ökonomischen Potential und dem dahinter zurückbleibenden politischen und militärischen Machtbereich ergibt. Dieser Widerspruch war niemals größer als gegenwärtig.⁸⁴

⁸² Siehe hierzu im einzelnen *Friedländer/Schilling*, a. a. O., S. 51 ff.

⁸³ *Florin, Peter*, Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker (Wissenschaftliche Konferenz in Leipzig, April 1961), Berlin 1961, S. 79.

⁸⁴ In den Beziehungen Westdeutschlands zu Großbritannien wird das Wirken dieses Gesetzes durch folgende Tendenzen gekennzeichnet: Westdeutschland hat, nachdem es 1949 nur über etwa die Hälfte der Industrieproduktion Großbritanniens verfügte, seinen Rivalen eingeholt und ist bemüht, ihn zu überholen. Die Anteile beider Mächte an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder lagen 1960 bei 9,4 bzw. 8,8 Prozent. Seit seiner Existenz lag dieses Verhältnis zu keiner Zeit günstiger für den deutschen Imperialismus als gegenwärtig. Die das Entwicklungstempo bestimmende Zunahme der Anlageinvestition sah für Westdeutschland und Großbritannien für die Zeit von 1956

Die auf den Nahen und Mittleren Osten bezogene regionale Spezifik dieser allgemeinen Besonderheit besteht darin, daß sich dieser Expansionsdrang dort schon relativ früh, mit der Entstehung des deutschen Imperialismus, bemerkbar machte und sich vornehmlich gegen solche Länder richtete, die der halbkolonialen Sphäre angehörten. Daraus folgt, daß zu seiner Verwirklichung (im Gegensatz zur Unterwerfung afrikanischer Völker) Methoden angewandt wurden, die dieser halbkolonialen Sphäre entsprachen und die daher zum überwiegenden Teil in das heutige Arsenal des neokolonialistischen Instrumentariums übernommen werden konnten. Der deutsche Imperialismus verfügt deshalb in diesem Raum über einen besonders reichen Erfahrungsschatz hinsichtlich des Einsatzes und der Verwendung neokolonialistischer Methoden und Instrumente. Selbstverständlich war die wirtschaftliche Durchdringung selbst nur die Vorstufe zu einer späteren machtpolitischen Beherrschung dieser Länder, wie die Beziehungen des deutschen Imperialismus zu den Balkanstaaten verdeutlichen.

Auf diesen aktuellen Zusammenhang zwischen der Außenwirtschaft Hitlerdeutschlands gegenüber den Balkanländern und der gegenwärtigen neokolonialistischen Politik weist eine westdeutsche Zeitung hin: „Die von der Agrarkrise 1929/32 hart betroffenen Donau- und Balkanländer waren zunächst glücklich, in Deutschland einen Abnehmer ihrer auf dem Weltmarkt nicht absetzbaren Überschüsse an Weizen, Mais und anderen Agrarerzeugnissen zu finden, einen Abnehmer, der noch dazu ungewöhnlich günstige Preise zahlte. Es dauerte jedoch gar nicht lange, da merkte man in recht erheblichem Maße zum Clearing-Gläubiger Deutschlands geworden war. Man war in eine bedrückende Abhängigkeit geraten.“⁸⁵

Die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands bedient sich auch derselben „Experten“, die bereits in den vorangegangenen Etappen ihre kolonialistischen Spezialkenntnisse und Erfahrungen im Nahen und Mittleren Osten erwarben. Eine Untersuchung des vom Bonner Außenministerium auf Botschafterposten im Nahen und Mittleren Osten eingesetzten Personenkreises läßt deutlich werden, daß sich dieser nahezu ausschließlich aus aktiven Verfechtern der Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus zusammensetzt, geführt von traditionellen, in der Spionage, Sabotage, Diversion und Aggression geübten Nah- und Mittelostexperten. Einen Überblick über die politische Vergangenheit der in den wichtigsten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens eingesetzten westdeutschen Botschafter vermittelt die folgende Aufstellung⁸⁶:

bis 1959 eine Veränderung von 18,3 bzw. 10,2 Prozent vor (*DWI-Bericht* 1/1961, S. 3). In den beiden Ländern lagen die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten ihrer Industrieproduktion in den Jahren 1947 bis 1955 bei etwa 22,3 bzw. 5,3 Prozent, in den Jahren 1955 bis 1960 bei rund 6,3 bzw. 3,0 Prozent (*DWI-Bericht* 2/1962, S. 14). Entsprechend veränderte sich der Anteil der beiden Länder am kapitalistischen Welt-handel, der 1950 3,5 bzw. 10,7 Prozent und 1960 (1. Halbjahr) 9,8 bzw. 9,2 Prozent erreichte (*DWI-Bericht* 1/1961, S. 2 u. 3, und 2/1962, S. 14).

⁸⁵ *Rheinischer Merkur*, Nr. 19 v. 6. 4. 1956.

⁸⁶ *Von Ribbentrop zu Adenauer*, Veröffentlichung des Außenministeriums der DDR.

Land	Name	Politische Vergangenheit
Griechenland	Dr. Wilhelm Melchers	Diplomatischer Dienst seit 1927 in Teheran, Haifa, Tokio, Bern. Mitglied der NSDAP seit 1939. Führend in den faschistischen Spionagezentralen im Nahen und Mittleren Osten während des Krieges.
Türkei	Georg von Broich-Oppert	Diplomatischer Dienst seit 1925. Mitbeteiligt am Überfall auf Österreich und an der Ermordung von Dollfuß. Vertrauter des IG-Farben-Konzerns, als Kriegsverbrecher klassifiziert.
Iran	Baron Dr. Reinhold von Ungern-Sternberg	Diplomatischer Dienst seit 1935, Mitglied der NSDAP Mitglied der SA.
VAR	Dr. Walter Weber	Diplomatischer Dienst seit 1934 in London, Oslo, Lissabon.
Irak	Dr. Werner von Barga	Diplomatischer Dienst seit 1925. Mitglied der NSDAP seit 1933. Leiter der Westeuropa-Abteilung im Auswärtigen Amt. Verantwortlich für Deportationen und Ermordung von über 15000 Belgiern jüdischer Herkunft und belgischen Fremdarbeitern. 1952 von einer parlamentarischen Kommission als „ungeeignet für den diplomatischen Dienst“ befunden.
Libanon	Dr. Hans Hugo Rupprecht Schwarzmänn	Diplomatischer Dienst seit 1940 in Kopenhagen, Paris, Casablanca. Beteiligt an Deportationen in Frankreich.
Jordanien	Konrad von Schubert	Diplomatischer Dienst seit 1925. Mitglied der NSDAP seit 1933.
Saudi-Arabien	Oswald Baron von Richthofen	Diplomatischer Dienst seit 1935 in Budapest, Wien, Kalkutta. Mitglied der NSDAP seit 1932.
Libyen	Dr. Ludwig Beyre	Diplomatischer Dienst unter Ribbentrop. Mitglied der NSDAP seit 1935.

Von besonderer Aktualität ist die gegenwärtige Besetzung des Botschafterpostens in Griechenland. Melchers ist gewissermaßen der Doyen der westdeutschen Diplomaten im Nahen und Mittleren Osten. Er stand auch der 1962 auf Rhodos durchgeführten Regionaltagung der westdeutschen Botschafter vor. Melchers gehörte während des zweiten Weltkrieges als Legationsrat des Ribbentropschen Außenministeriums dem „Arabischen Komitee“ an, das dem „Stab des Bevollmächtigten für die arabischen Länder“ unterstand. Mit diesen Instrumenten sollte ein Deutsches Orient-Korps zusammengestellt und die Eroberung des Nahen und Mittleren Ostens politisch vorbereitet werden. Die Anweisungen für Melchers sehen im einzelnen vor „die politische Vorbereitung des deutschen Vormarsches in den arabischen Raum und nach erfolgtem Einmarsch die Durchführung der deutschen Politik an Ort und Stelle“⁸⁷. Zu den

⁸⁷ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Auswärtiges Amt, PolAbt., Geheime Reichssache, Arabien, Nr 61123, Bl. 29 u. 192, u. Nr 61138, Bl. 150.

Aufgaben Melchers gehörte auch die Aufstellung einer „Arabischen Lehrabteilung (Arabisches Freiheitskorps)“, eine embryonale Form der technischen Hilfe des deutschen Imperialismus für die arabischen Länder. In ihr erhielten Angehörige arabischer Völker eine technische und militärische Ausbildung, wurden sie politisch im Sinne der faschistischen Ideologie geschult, um unmittelbar im Interesse des deutschen Imperialismus gegen seine imperialistischen Rivalen, später vor allem aber gegen die nationale Befreiungsbewegung in den arabischen Ländern eingesetzt zu werden.⁸⁸ Ein Vergleich mit anderen Bereichen der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands, in denen faschistische, militaristische und kolonial-revanchistische Kräfte ebenfalls in einem hohen Maße engagiert sind, läßt eine besondere Konzentration dieser Elemente im Nahen und Mittleren Osten erkennen.

Der besondere Expansionsdrang Westdeutschlands führt auch auf ökonomischem Gebiet zu einer wachsenden Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Macht- und Profitinteressen der deutschen Monopole und den auf Frieden, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt gerichteten Interessen der jungen Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten. Eine der wichtigen Methoden der Ausbeutung der souveränen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens durch den westdeutschen Imperialismus ist der Nichtäquivalentenaustausch im Rahmen des Außenhandels, der für die neokolonialistische Expansion Westdeutschlands zum wirksamsten Instrument wurde.

Die Entwicklung der Export- und Importpreise (ohne Erdöllieferungen) für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens in ihrer Gesamtheit zeigt folgendes Bild (1950 = 100)⁸⁹:

Jahr	Exportpreise	Importpreise	terms of trade
1954	75	96	78
1956	79	100	78
1958	74	98	75
1960	72	95	75

Wie die Zahlen erkennen lassen, zeigen die von den Nah- und Mittelostländern für ihren Export erzielten Preise eine fallende Tendenz. Seit 1954 lagen diese um rund ein

⁸⁸ In einem von Melchers eigenhändig unterschriebenen Bericht über die von faschistischen Organen im Mittleren Osten durchgeführte Divisionstätigkeit heißt es: „Der SD hat in Zusammenarbeit mit der Abwehr II eine Reihe von Unternehmen gestartet, deren Ziel die Absetzung von Fallschirmagenten von Flugzeugen aus in verschiedenen Teilen des Irans war. Diese Agenten sollten unter den Kaschgais und Luren arbeiten und mit Hilfe dieser Überfälle auf Transporte und Sabotageakte gegen die Eisenbahn und Straßen durchführen. Die dortigen Agenten hatten direkten Funkverkehr mit der Heimat. Von ihnen wurde z. B. auch angeregt, die bevorstehenden Wahlen zum iranischen Parlament mit Geldmitteln zu beeinflussen.“ (Ebenda.)

⁸⁹ Die Indizes wurden mit einheitlicher Basis neu errechnet. (UN Yearbook of International Trade, New York 1962.)

Viertel unter den im Basisjahr erzielten Preisen.⁹⁰ Gleichzeitig konnten die Importpreise das außerordentlich hohe Niveau beibehalten, das sie 1950 als Folge der Korea-Konjunktur erreichten. Diese Diskrepanz verursachte eine bedeutende Verschlechterung der Austauschrelationen für die Nah- und Mittelostländer, die zu einer Verringerung der Kaufkraft um ein Viertel ihres Standes von 1950 führte. Bei dem Versuch, den erlittenen Gesamtverlust quantitativ zu bestimmen, muß von einem durchschnittlichen Gesamtexport von vier Milliarden Dollar für die Jahre 1953 bis 1960 ausgegangen werden. Dies bedeutet einen Verlust von etwa einer Milliarde Dollar jährlich. Gemessen an dieser Summe, die jährlich allein durch Ausbeutung über den Außenhandel erreicht und durch andere Formen der Ausplünderung (Erdöl) nahezu verdoppelt wird, sind die neokolonialistischen Kredite gering.⁹¹

Wird nach dieser Methode der *westdeutsche* Anteil errechnet, kann von einer westdeutschen Quote am Außenhandelsumsatz des Bereiches von mehr als zehn Prozent ausgegangen werden. Dies bringt den allein durch den Außenhandel erzielten neokolonialistischen Extraprofit Westdeutschlands auf über 0,1 Milliarde Dollar oder rund 400 bis 500 Millionen Mark.

Das Ausmaß und der Grad der Ausbeutung der einzelnen Nah- und Mittelostländer durch den westdeutschen Außenhandel sind unterschiedlich. Beide Kennziffern erreichen in der VAR einen besonders hohen Stand. Es veränderten sich die Preise der wichtigsten von der VAR nach Westdeutschland und umgekehrt, von Westdeutschland nach der VAR exportierten Waren wie folgt (1950 = 100):

Jahr	Westdeutscher Einfuhrpreis ⁹² ägypt. Baumwolle	Exportpreis west- deutscher Investi- tionsgüter nach Ägypten ⁹³
1956	77	127
1957	80	129
1958	63	131
1959	51	129
1960	73	132
1961	58	135

⁹⁰ Hierbei wird nicht übersehen, daß 1950 ein Jahr der strategischen Rohstoffhortung im Rahmen des „Korea-Booms“ — mit entsprechend höheren Preisnotierungen für Rohstoffe, vorwiegend aber für strategische Rohstoffe — gewesen ist. Von dieser Hausse wurden die Exporte des Nahen und Mittleren Ostens nur relativ gering begünstigt. Andererseits stiegen die Importpreise für Investitionsgüter infolge der damals erfolgten weitgehenden Umstellung auf Rüstungsproduktion und der dadurch hervorgerufenen Verknappung von Maschinen und Ausrüstungen für den zivilen Bedarf.

⁹¹ Selbstverständlich handelt es sich hier in jeder Beziehung um grobe Schätzungen. Dies trifft vor allem auf die angewandte Methode zu, da der Prozeß der Ausbeutung außerordentlich vielseitig ist und sich grundsätzlich nicht auf den Außenhandel und hier wiederum nicht auf einen Vergleich mit einem einzigen Basisjahr beschränken läßt. Die Schätzung soll jedoch nur eine Größenvorstellung vermitteln.

Am Beispiel der VAR zeigt sich im Hinblick auf einen ihrer Hauptexportartikel ein nahezu doppelt so starker Preisverfall wie für den Nahen und Mittleren Osten insgesamt. Zugleich wird sichtbar, daß der westdeutsche Preisindex für die wichtigsten Exporterzeugnisse außerordentlich stark anstieg. Werden die errechneten Werte in Beziehung zum westdeutsch-ägyptischen Außenhandel gesetzt, so ergibt sich bei einem westdeutschen Export von rund 400 Millionen Mark in den letzten Jahren und einem westdeutschen Import von rund 200 Millionen Mark ein jährlicher „neokolonialistischer Extraprofit“ von etwa 200 Millionen Mark oder 120 Millionen Mark exportseitig und 80 Millionen Mark importseitig. Dieser Betrag wird noch bedeutend erhöht durch den umfangreichen Zinsendienst der VAR sowie durch Zahlungen für Patente und Lizenzen.

Mit dieser Politik der Ausplünderung verfolgen die westdeutschen Monopole nicht nur das Ziel, hohe „neokolonialistische“ Profite einzustreichen. Ihr besonders aggressiver Charakter besteht vor allem darin, den souveränen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens einen Großteil ihrer rechtmäßigen Deviseneinnahmen zu rauben, ihnen ein Schuldverhältnis aufzuzwingen, um sie ökonomisch und in der Folge politisch vom westdeutschen Imperialismus abhängig zu machen. So verschmilzt in der westdeutschen Expansion im Nahen und Mittleren Osten die ökonomische Expansion in einem besonderen Maße mit der politisch-kulturellen und politisch-militärischen Expansion. Typische Beispiele hierfür sind die militärischen Aspekte der westdeutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Griechenland, der Türkei, Iran und Israel. So wurde im Zusammenhang mit einer Inspektionsreise des abgesetzten westdeutschen Kriegsministers Strauß durch Griechenland betont, es „habe sich das Verhältnis zwischen Griechenland und der Bundesrepublik auf allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten so gut entwickelt, daß die militärische Seite eines solchen Zusammengehens deutlich im Rückstand sei. Die politische und geographische Lage beider Länder sei auffallend ähnlich, beide ständen sie schließlich in der vordersten Linie, falls es einmal zu einer ernsthaften Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommen sollte. Aus einer solch gleichen Lage ergebe sich zwangsläufig auch die Notwendigkeit zu einem gemeinsamen Handeln“.⁹⁴

Auch die gesamte Wirtschaftspolitik Westdeutschlands gegenüber der Türkei ist der Überlegung untergeordnet, „daß die Bundesrepublik die Türkei nicht nur als Wirtschaftspartner, sondern auch als ‚soliden Sicherheitsfaktor‘ im Osten der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft ansieht“.⁹⁵ Inwieweit auch der nicht zur NATO gehörende Iran in die nah- und mittelöstliche NATO-Konzeption des deutschen Imperialis-

⁹² Westdeutscher Einfuhrpreis für eine der wichtigsten ägyptischen Baumwollsorten (Ashmouni), Index errechnet nach Angaben in Mark für 1000 kg. (*Strategisches Jahrbuch der Bundesrepublik* 1962, S. 479.)

⁹³ Hierbei handelt es sich um den einzigen verfügbaren Preisnachweis, den Erzeugerpreis, der indessen der Bewegung des Exportpreises zugrunde liegt. Index wurde von 1958 auf 1950 umbasiert. (Ebenda, S. 500.)

⁹⁴ *Telegraf*, (West-) Berlin, Nr 63 v. 15. 3. 1960.

⁹⁵ *Industriekurier*, Düsseldorf, v. 14. 4. 1956.

mus einbezogen und inwieweit politische Erwägungen der Wirtschaftsexpansion zugrunde gelegt werden, geht aus dem Bericht eines führenden westdeutschen Wirtschaftsmagazins hervor: „Damit rücken persische Entwicklungsvorhaben in der Rangfolge der (west-)deutschen Bewertung in eine Linie mit ähnlichen Plänen Griechenlands, der Türkei und Portugals. Persien genießt in politischer Hinsicht das gleiche Ansehen wie ein Verbündeter der NATO.“⁹⁶

Insbesondere haben auch die engen politischen und militärischen Kontakte Westdeutschlands zu Israel zu einer bedeutenden Verschärfung der Gegensätze zwischen den deutschen Monopolen und der nationalen Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten geführt. Hierzu trug nicht nur das 1952 abgeschlossene sogenannte Wiedergutmachungsabkommen bei, das ausgeprägte militärische Züge trägt und dessen Abschluß auf die Initiative bzw. auf direkte Weisungen der USA zurückzuführen ist. Die USA beauftragten Westdeutschland mit der Stärkung ihres Stützpunktes im Mittleren Osten, um selbst nicht in Erscheinung zu treten. Der westdeutsche Imperialismus übernahm diese Aufgabe, um unter dem Vorwand der Wiedergutmachung alter Verbrechen neue Untaten zu begehen.⁹⁷ In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Tatsache der Eroberung großer Bereiche des israelischen Marktes zu sehen, sondern vor allem auch der außerordentlich enge Kontakt beider Staaten auf politischem und militärischem Gebiet, der u. a. zu bedeutenden westdeutschen Munitionslieferungen nach Israel geführt hat⁹⁸, wie umgekehrt auch israelische Waffen nach Westdeutschland geliefert wurden.

Von großer Bedeutung für den vom deutschen Imperialismus ausgehenden Expansionsdrang in Richtung auf den Nahen und Mittleren Osten ist die – bereits hervorgehobene – außerordentlich wichtige strategische Lage dieses Gebietes, in dem sich drei Kontinente berühren: Europa, Asien, Afrika. War früher jedoch für den deutschen Imperialismus der Nahe und Mittlere Osten die Festlandbrücke nach Asien, so steht diese Eigenschaft nicht mehr im Vordergrund; statt dessen wird dieses Gebiet zu einer immer wichtiger werdenden Ausfallstellung für die neokolonialistische Infiltration in Afrika.

In kaum einem anderen Bereich seiner neokolonialistischen Expansion wird der hochgezüchtete Antikommunismus augenfälliger als im Nahen und Mittleren Osten. Er richtete sich, vor allem in der ersten Phase der Expansion, unmittelbar und direkt gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Der westdeutsche Imperia-

⁹⁶ *Industrie-Rundschau*, Juni 1959.

⁹⁷ Im einzelnen gibt es hierzu eine Anzahl wichtiger Erklärungen des ehemaligen Justizministers Thomas Dehler. Er ließ verlauten: „Die Bundesregierung habe das Abkommen auf Wunsch Amerikas abgeschlossen, weil die USA den Staat Israel mit Rücksicht auf die Stimmung in den arabischen Ländern nicht mehr so unterstützen können wie früher. Das Abkommen sei eine Vorleistung, die wieder hereinkommen werde . . . Ich glaube, der Vertrag wird eine Sache sein, die uns von den USA noch nachhonoriiert wird.“ (*Aachener Nachrichten*, Nr 44 v. 23. 2. 1953.)

⁹⁸ Siehe hierzu auch Friedländer, Paul, Bonner Israel-Geschäft, in *Neues Deutschland* v. 21. 1. 1958.

lismus trug während dieser Zeit im Auftrage des USA-Imperialismus, aber auch im eigenen Interesse zur militärischen Stärkung der gegen die UdSSR gerichteten Stützpunkte, vor allem durch ihre ökonomische Durchdringung wesentlich bei. Demgegenüber richtet sich der Antikommunismus in der zweiten Phase in zunehmendem Maße gegen die arabischen Länder. Durch den Antikommunismus soll die nationale Befreiungsrevolution ihres allgemein-demokratischen Charakters beraubt werden. Der westdeutsche Imperialismus ist gerade dort unter Ausnutzung der wachsenden sozialen Spannungen besonders bemüht, die Kontakte zu den sozialistischen Ländern zu stören, die Einheitsfront der nationalen Kräfte durch die Verbreitung einer antikommunistischen Hetze zu sprengen, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen. Typisch hierfür ist ein westdeutscher Bericht aus Kairo:

„Gut unterrichtete Vertreter der westlichen Wirtschaft geben hier (in Kairo) unumwunden zu, daß die Entwicklung dieser Länder zu ‚sozialistischen‘ Formen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht aufzuhalten sei. Dieser Trend nach links – braucht aber um es einmal auf einen im Westen gebräuchlichen Nenner zu bringen – braucht aber noch nicht zu bedeuten, daß die arabische Welt in den politischen Bereich Moskaus abgeleitet. Dies zu verhindern, sollte, so wird hier betont, das vordringlichste, ja das einzig legitime Interesse des ‚Westens‘ in diesem Raum sein.“⁹⁹

Im Nahen und Mittleren Osten werden Antikommunismus und Antidemokratismus zu einem untrennbaren Bestandteil der neokolonialistischen Kreditaktionen Westdeutschlands. Dies zeigte sich vor allem in den paktgebundenen Staaten, insbesondere in der Türkei.

Nach den USA hat Westdeutschland die größten Beträge aufgebracht, um der Türkei eine pro-imperialistische Politik aufzuzwingen.¹⁰⁰ Nach den USA hat Westdeutschland auch den größten Nutzen aus dieser Politik gezogen. Insgesamt hat Westdeutschland über eine Milliarde Mark für die Eroberung seiner Position aufgebracht.¹⁰¹ Diese Zahlungen sind in wachsendem Maße Bestandteil der zur Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems aufzubringenden Kosten.

Die westdeutsch-türkischen Kreditaktionen erhalten ihr besonderes Gepräge dadurch, daß sie

⁹⁹ *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, Stuttgart, Nr 25 v. 28. 3. 1956.

¹⁰⁰ Während seiner Türkeireise erklärte Erhard: „... die Türkei könne für Europa das werden, was Kalifornien für die USA ist: Hauptlieferant für Obst und Gemüse“ (*Der Österreichische Volkswirt*, Wien, Nr 37 v. 11. 9. 1959, S. 4). Diese Auffassung deckt sich völlig mit der der USA und anderer imperialistischer Staaten. Sie hatten „Ankara angeraten, Kornkammer Europas für die hinter dem Eisernen Vorhang verschwundenen Agrargebiete zu werden.“ (*Saarbrücker Zeitung*, Nr 128 v. 4. 6. 1955.)

¹⁰¹ 1954 erhielt die Türkei Kredite bis zu 450 Millionen Mark (die in Tranchen zu jeweils 190, 225 und 35 Millionen Mark kreditiert. Die Exportbürgschaften hatten bereits Ende 1955 1960 350 Millionen Mark erreicht. Danach ist der Planfonds noch mehrere Male erhöht worden.

1. eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den Ländern des sozialistischen Weltsystems unterbinden sollen,
2. gewährt wurden, um die Zustimmung der Türkei zum Beitritt in die EWG zu erhalten,
3. dazu eingesetzt wurden, um das reaktionäre Menderes-Regime gegen den Willen des türkischen Volkes an der Macht zu halten,
4. die Türkei, besonders für die arabischen Länder, zu einem Schaufenster westlicher Hilfe machen sollen,
5. von den USA forciert werden, die auf Grund ihrer eigenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und der ursächlich damit zusammenhängenden westdeutschen Devisenhortung dazu übergehen, sich aus bestimmten finanziellen Verpflichtungen zu lösen und sie dem deutschen Imperialismus zu übertragen.

Der antikommunistische und antidemokratische Charakter dieser Aktion wird aus einem außerordentlich aufschlußreichen Bericht ersichtlich, in dem hervorgehoben wird, daß der Weltimperialismus allein mit Rücksicht auf die Entwicklung in den arabischen Ländern und zur Durchsetzung seiner antikommunistischen Politik in der Türkei Unkosten nicht scheuen dürfe und daß diese in wachsendem Maße von Westdeutschland zu übernehmen seien.¹⁰² Tatsächlich ist Westdeutschland bei den multilateralen Finanzierungsaktionen westeuropäischer Mächte zur aktivsten Kraft geworden und setzt nun seinerseits die bisher vor allem von den USA betriebene Kreditpolitik fort, die hauptsächlich auf die Durchsetzung antikommunistischer Ziele gerichtet ist. So war es Westdeutschland, das gerade zu dem Zeitpunkt wieder einmal eine multilaterale Finanzierungsaktion über die OEEC für die Türkei startete, als sich dort einsichtige Kreise für eine Intensivierung der türkisch-sowjetischen Beziehungen einsetzten.¹⁰³ Nicht weniger waren diese und andere gemeinsam mit den

¹⁰² „So wird die türkische Wirtschaftskrise für den Westen zum Prüfstein seiner Politik gegenüber den unterentwickelten Ländern. Wenn es ihm nicht gelingt, mit der stramm-antikommunistischen Türkei ins reine zu kommen . . . , wird es erst recht nicht in den (vom Nationalismus überschäumenden) . . . arabischen Ländern erfolgreich sein. . . Wenn man unterentwickelte junge Staaten auf seine Seite ziehen will, muß man mit sensiblem psychologischem Geschick vorgehen. Und wahrscheinlich muß der Westen sich damit abfinden, daß er dabei viel Geld verliert . . . Mit den westlichen Geldgebern sind nun auch vor allem die bundesrepublikanischen gemeint. Die Amerikaner hoffen, daß Bonn sich bei der Bereinigung der türkischen Wirtschaftskrise mehr in den Vordergrund schiebt und mit einem großzügigen Sanierungsplan aufwartet. Nicht nur, weil die (West-)Deutschen sich das finanziell leisten können, sondern auch, weil sie in der Türkei das größte Vertrauenskapital besitzen“ (*Süddeutsche Zeitung* v. 10. 11. 1957.)

¹⁰³ „Letzte Berichte besagen, daß die OEEC den Kreditwünschen der Türkei entsprechen wird, und zwar hauptsächlich als Ergebnis einer Initiative Westdeutschlands, das von der langfristigen Gesundung der türkischen Wirtschaft überzeugt ist. Die Aussichten der Türkei, diese Quelle für weitere Hilfe in Anspruch zu nehmen, sind jetzt offenbar günstig genug, um alle größeren Transaktionen mit Moskau rückgängig zu machen.“ (*The Times* v. 8. 4. 1958.)

USA und zu ihrer Entlastung durchgeführten Finanzaktionen durch die anti-imperialistischen Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten beeinflusst, so unter anderem durch die nationale Revolution im Irak.¹⁰⁴

Westdeutsche Kredite wurden aber auch illegal und unter strengster Geheimhaltung eingesetzt, um der Adenauer-Clique unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu ermöglichen. Noch im April 1960, nur wenige Tage vor dem Sturz des türkischen Diktators, hatte Adenauer ohne Zustimmung des Bundestages und des Kabinetts seinen Intimus Menderes durch einen reinen Finanzkredit, der der Bestechung von führenden Oppositionellen dienen sollte, vor dem Volkszorn retten wollen. Um Menderes auf dessen persönliches Drängen rund 200 Millionen Mark in letzter Minute zuschanzen zu können, umging Adenauer den Bundestag, setzte sich über die Warnungen seiner persönlichen Berater hinweg, machte die gesamte Angelegenheit zur „geheimen Verschlußsache“ und wollte sie völlig der Öffentlichkeit vorenthalten.¹⁰⁵ Die Tatsache, daß eine letzte Rettungsaktion für Menderes mit westdeutschen Krediten versucht und eigenhändig von Adenauer, dem führenden Exponenten gemeinsamer amerikanisch-westdeutscher Interessen, durchgeführt wurde, läßt keinen Zweifel mehr über den Charakter der westdeutschen Finanzaktionen für die Türkei offen.

Nach dem Sturz Menderes konzentrierten sich die westdeutschen Bemühungen, die Türkei an den antikommunistischen Kurs zu binden, auf einen baldigen und möglichst bedingungslosen Beitritt des Landes in die EWG. Unter der Regierung Menderes wäre die Assoziierung längst erfolgt; sie wurde durch die neue türkische Regierung verzögert, da einflußreiche Politiker des Landes vor den Folgen eines

¹⁰⁴ „Weil die Türkei ein antikommunistisches Bollwerk . . . ein starker Vorposten der NATO im Vorderen Orient ist — sie unterhält in diesem Raum die stärkste Armee —, hat sich die amerikanische Regierung nach den Vorkommnissen im Irak auch sofort bereit erklärt, den Türken eine größere Finanzhilfe zu gewähren. Andere Länder sollen ein gleiches tun.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 1. 8. 1958.)

¹⁰⁵ Über diese in der westdeutschen Geschichte bisher beispiellose Affaire schreibt das *Handelsblatt*, Nr 102 v. 30. 5. 1960: „Entgegen den dringenden Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes . . . schloß der Bundeskanzler Mitte April mit der türkischen Regierung Menderes ein zweiseitiges Finanzabkommen. . . Über diesen Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und der Regierung Menderes und seine Erfüllung wurde in Bonn strenges Stillschweigen zu wahren versucht. Die mit der Angelegenheit befaßten Beamten wagten kaum, Andeutungen zu machen: die Akten darüber sind heute noch als ‚Geheime Verschlußsache‘ deklariert. Diese Geheimhaltung ermöglichte es auch, daß sich der Bundeskanzler — wahrscheinlich von der Regierung Menderes bedrängt — über die Bedenken seiner zuständigen Ratgeber hinwegsetzte und trotz (besser: wegen — der Verf.) der Zuspitzung der politischen Lage in der Türkei die Freigabe des Kredits durchsetzte. Das Bundesfinanzministerium wagte es sogar, seine Unterschrift über mehrere Tage hinweg zu verweigern . . . Aber auch diesen Widerstand räumte der Kanzler aus.“

solchen Schrittes warnten.¹⁰⁶ Die neue Regierung strebte einen Kompromiß in der Form an, daß sie die alten – unter Menderes festgelegten – Bedingungen des Beitritts konsequent ablehnten und neue, bessere Bedingungen durchzusetzen bemüht waren. Sie wandte sich vor allem gegen westdeutsche Vorstellungen, die Assoziierung auf fünf bis sieben Jahre zu befristen, um dem Land danach alle Sonderregelungen zu entziehen und es als „gleichberechtigtes“ EWG-Mitglied aufzunehmen.¹⁰⁷ Die zögernde Haltung der Türkei wurde durch neue westdeutsche Finanzaktionen überwunden, hinter denen auch in diesem Falle wieder einmal nachweisbar die USA standen. „Um jeder möglichen Ostorientierung der türkischen Außenpolitik entgegenzuwirken“¹⁰⁸, schickten sie Westdeutschland vor, damit es innerhalb der EWG auf einen schnelleren Abschluß der Verhandlungen drängte. Entgegen Bedenken, die selbst von den EWG-Partnern aus ökonomischen Überlegungen geäußert wurden, trat Westdeutschland auf Geheiß der USA (und in Interessenkongruenz mit ihnen) für eine politische Entscheidung ein. Der Leiter der Außenwirtschafts- und Integrationsabteilung des (west-)deutschen Industrie- und Handelstages, Kuhn, erklärte unumwunden, die EWG solle „durch eine Assoziierung der Türkei ihre Anwartschaft auf eine (inzwischen auch von den anderen EWG-Partnern abgelehnte – P. F.) politische Gemeinschaft beweisen. Der Türkei, als Vorposten der westlichen Welt, müßte für ihre großen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme größeres Verständnis und geeignete Hilfe zuteil werden.“¹⁰⁹ Zur Zeit bemüht sich daher Westdeutschland, eine Einigung innerhalb der EWG zu erzielen, bei der es vor allem auch um die Übernahme der vornehmlich von den USA verursachten türkischen Schuldenlast geht. „Sie ist die erste Voraussetzung, um eine Bindung der Türkei an den Gemeinsamen Markt, für die vor allem politische Gründe sprechen, herbeizuführen.“¹¹⁰

Der Antikommunismus wird aber auch hier zur politischen Erpressung der anderen imperialistischen Mächte, vornehmlich Großbritanniens und Frankreichs, ausgenutzt. Durch Drohungen mit einem fiktiven „roten Schreckgespenst“ sollen die

¹⁰⁶ In einer Korrespondenz aus Istanbul berichtete der Außenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt a. M., Nr 36 v. 20. 12. 1961, die Bedenken einflußreicher Kreise gegen den Beitritt zur EWG nähmen zu. Sie erklären, es sei „höchst zweifelhaft, ob die türkische Industrie in ihrem heutigen Entwicklungsabschnitt die Liberalisierung der Einfuhr ohne Schaden durchzuhalten vermag, die für einen Beitritt zur EWG im weiten Umfange gefordert wird“.

¹⁰⁷ „Ziel der Verhandlungen ist nach einer Übergangszeit von 5–7 Jahren die Schaffung einer vollkommenen Zollunion zwischen allen beteiligten Staaten.“ (*Industriekurier*, Düsseldorf, Nr 21 v. 8. 2. 1962.)

¹⁰⁸ Gegen die Aufnahme der Türkei wenden sich aus Konkurrenzgründen (Agrarexporte) vor allem Italien (Zitrusfrüchte, Tabak), aber auch andere EWG-Länder. „Die langsamen Assoziierungsverhandlungen geraten dabei immer stärker in den Bereich politischer Erwägung. So wird es in Brüssel für möglich gehalten, daß die USA bei der Sechsergemeinschaft auf eine schnellere Assoziierung der Türkei drängen werden, um jeder möglichen Ostorientierung der türkischen Außenpolitik entgegenzuwirken.“ (*Deutsche Zeitung*, Köln, Nr 31 v. 6. 2. 1962.)

¹⁰⁹ *Die Welt*, Nr 26 v. 31. 1. 1962.

¹¹⁰ *Deutsche Zeitung*, Köln, Nr 57 v. 8. 3. 1962.

Rivalen zur Auf- und Übergabe wichtiger Positionen veranlaßt werden: „Die Engländer werden sich mit ihrem vermeintlichen Konkurrenten, der Bundesrepublik, ... zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden müssen, wenn sie dem Vormarsch der roten Exporteure im Nahen Osten erfolgreich begegnen wollen.“¹¹¹

Obwohl gerade im Nahen und Mittleren Osten zwischen Großbritannien und Westdeutschland ein erbitterter Konkurrenzkampf tobt, kann – wie im einzelnen dargelegt – ein zeit- und teilweises Zusammengehen beider Mächte im Zeichen des Antikommunismus nicht übersehen werden, das gegen die nationale Befreiungsbewegung gerichtet und Bestandteil des Systems des kollektiven Kolonialismus im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens ist.

Zu den allgemeinen Besonderheiten des westdeutschen Neokolonialismus, die dessen besondere Wirksamkeit hervorrufen, zählen der Nichtbesitz von Kolonien und ein geheuchelter Antikolonialismus, zählen die Verbreitung der Legende vom westdeutschen Wirtschaftswunder sowie ein besonderes neokolonialistisches Instrumentarium. Beide Elemente, die betonte Aggressivität und die besondere Wirksamkeit, erzeugen in ihrem Zusammenwirken die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus.

Durch den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems werden jene imperialistischen Mächte, die selbst keine Kolonien besitzen, gegenüber den Besitzern von Kolonien relativ begünstigt. Das trifft vor allem auf Westdeutschland zu, das nicht verlieren kann, was es nicht besitzt. Die besonders ausgeprägte Veränderung des imperialistischen Kräfteverhältnisses im Nahen und Mittleren Osten zuungunsten Westdeutschlands ist zu einem großen Teil auf die Wirksamkeit dieses Faktors zurückzuführen. Aber auch Italien und Japan, nicht zuletzt die USA, denen ebenfalls ein Nichtbesitz von Kolonien angedichtet wird, zogen und ziehen daraus ebenfalls ein Nichtbesitz von Kolonien ist eine objektive Gemeinsambedeutende Vorteile. Der Nichtbesitz von Kolonien ist eine objektive Gemeinsamkeit, auf der die neokolonialistische Politik dieser imperialistischen Mächte beruht, und eine der Grundlagen für ihre gemeinsamen Aktionen. Diese Gemeinsamkeit ermöglicht überhaupt erst das amerikanisch-westdeutsche Vorgehen im Nahen und Mittleren Osten. Sie hat aber auch zu neokolonialistischen Zusammenschlüssen westdeutscher und italienischer Monopole geführt mit dem ausschließlichen Ziel, in die Märkte des Nahen Ostens einzudringen.¹¹²

Der Nichtbesitz von Kolonien ist die Grundlage für die Legende vom Antikolonialismus, derer sich der westdeutsche Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten in einem besonderen Maße bedient. Der Bonner Antikolonialismus tritt hier – nicht ohne Erfolg – in der Maske eines Freundes, eines Förderers und Beschützers der arabischen Völker auf. In offiziellen Dokumenten, in Reden westdeutscher Politiker, vor allem in Veröffentlichungen des Nah- und Mittelost-Vereins e. V., unter

¹¹¹ *Tagesspiegel*, Westberlin, v. 13. 3. 1959.

¹¹² Die westdeutschen Monopole sind an einer solchen „Zusammenarbeit“ auch deshalb interessiert, weil die Transportkosten der in Italien gefertigten und nach den Nah- und Mittelostländern exportierten Waren bedeutend niedriger sind; vor allem liegen die Lohnkosten in Italien unter den westdeutschen.

dessen Regie die wissenschaftliche Vorbereitung, Aufgabenverteilung und Koordinierung der wirtschafts- und kulturpolitischen Expansion stattfinden, steht der Hinweis auf eine „traditionelle und durch die Praxis im Verlauf der Geschichte immer wieder erprobte deutsch-arabische Freundschaft“ mit an erster Stelle. Die bereits erwähnte Botschafterkonferenz in Istanbul hebt an sichtbarer Stelle die „Sympathie der arabischen Völker für Deutschland“ hervor und sieht darin „fruchtbare Ansätze“ für die westdeutsche Politik in diesem Raum.

Diese Art freundschaftlicher Gefühle gereicht dem deutschen Volk nicht zur Ehre. Im Gegenteil, sie sind das Ergebnis einer bewußten, über mehrere Generationen fortgesetzten Irreführung der arabischen Völker – und des deutschen Volkes selbst – durch den deutschen Imperialismus. Eine *echte* deutsch-arabische Freundschaft kann daher nicht auf diesen Stimmungen aufbauen (die Rommel und Hitler als Helden feiern, als Verfolger der „arabischen Erzfeinde“: der „Engländer“ und jüdischer Bevölkerungsteile). Im Gegenteil, sie setzt ihre Überwindung voraus. Beide Typen deutsch-arabischer Beziehungen sind kontradiktorisch und schließen sich gegenseitig aus.

Ein außerordentlich wertvoller Beweis dafür, daß die verlogene westdeutsche Propaganda nicht nur an Wirkung verliert, sondern daß sich die von der DDR verkündete Wahrheit über die jüngste Vergangenheit des deutschen Imperialismus mehr und mehr durchsetzt, ist die Feststellung der Kairoer Zeitung „Al Gumhuriya“, daß Rommel nicht für die Befreiung Ägyptens kämpfte, sondern dafür, eine Okkupation durch eine andere zu ersetzen. Wörtlich heißt es: „Wir hassen wie alle Völker der Welt den Nazismus und können nicht vergessen, daß er so viel Elend über die Völker gebracht hat. Wir erinnern uns auch daran, daß Hitler uns als Nummer 13 in die Rangordnung der Rassen einstufte.“¹¹³

Diese Erkenntnis, die sich auch in anderen arabischen Ländern immer mehr durchsetzt, ist ein entscheidender Beitrag im Kampf gegen den Bonner Neokolonialismus und ein Unterpfand einer echten deutsch-arabischen Freundschaft.

Wie bereits dargelegt, haben die Industrialisierungsbestrebungen in einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, ihre Triebkräfte und vorläufigen Ergebnisse ein höheres Niveau erreicht als in anderen Gebieten Asiens und Afrikas. Für diese Länder sind aus diesem Grunde die praktischen und theoretisch-wissenschaftlichen Probleme ihrer wirtschaftlichen Entwicklung komplizierter. Besonders in den arabischen Ländern, vor allem in der VAR und in Syrien, aber auch im Irak, tritt die Frage nach der zweckmäßigsten und rationellsten Gestaltung des wirtschaftlichen Systems mit seinen Konsequenzen für die Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Systems, kurz, die Frage des weiteren Entwicklungsweges in ein besonders akutes Stadium. Infolge der günstigen äußeren Bedingungen besteht für alle Völker die Möglichkeit, den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen.

Hier liegt ein besonderes Betätigungsfeld des westdeutschen Neokolonialismus. Ausgehend von der Wirtschaftswunderlegende und der verlogenen Theorie einer Partnerschaft zwischen den industriell entwickelten und den ökonomisch schwach

¹¹³ Zitiert nach *Neues Deutschland*, Nr 198 v. 21. 7. 1962.

entwickelten Ländern wird den arabischen Völkern suggeriert, Westdeutschland sei gewissermaßen dazu ausersehen, die führende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der arabischen Länder zu übernehmen. Auf diese Weise ist beabsichtigt, den arabischen Völkern einen besonderen, erfolgversprechenden, das heißt den „westdeutschen Entwicklungsweg“ schmackhaft zu machen. Vertreter der westdeutschen Apologetik, an ihrer Spitze Bundeskanzler Prof. Erhard, fühlen sich in besonderem Maße dazu berufen, den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens einen „modernen“ Entwicklungsweg zu weisen, weil, wie sie vorgeben, Westdeutschland eines jener Länder sei, in dem der Kapitalismus überwunden und eine „Wirtschaftsordnung der sozialen Partnerschaft“ errichtet wurde. Der „sozialen Partnerschaft“ nach „innen“, die zu einer Aufhebung der Klassengegensätze innerhalb Westdeutschlands geführt habe, folge nunmehr die „soziale Partnerschaft“ nach „außen“, die ebenfalls von einer Ausgleichung und Aufhebung der Gegensätze begleitet sei, und zwar in der Sphäre der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und den jungen Nationalstaaten.¹¹⁴

Der westdeutsche Imperialismus geht in diesen Bemühungen sogar so weit, daß er sich den arabischen Völkern gegenüber vom imperialistischen bzw. kapitalistischen System „distanziert“ und sich im internationalen Maßstab in ökonomischer, aber auch politischer und militärischer Hinsicht als eine von allen anderen Systemen und Mächtigkeitsgruppierungen unabhängige, d. h. als „dritte“ Kraft aufspielt. Für die weitere Analyse ist die Tatsache von Bedeutung, daß Westdeutschland insbesondere an den Schwerpunkten seiner neokolonialistischen Offensive im Nahen und Mittleren Osten mit diesem Argument einer „dritten Kraft“ operiert. Von Bedeutung ist ebenfalls, daß sich die profiliertesten westdeutschen Konzernvertreter in den arabischen Ländern zum Sprecher dieser Konzeption machen und daß auch die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ als „neutrale“ Hilfe getarnt werden soll. So erklärten westdeutsche Wirtschaftskreise im Zusammenhang mit der damals noch erhofften Beteiligung westdeutscher Konzerne am Assuan-Staudamm in der VAR, die als ein zentraler Stützpunkt der neokolonialistischen Wirtschaftsoffensive zu werten gewesen wäre: „Diese Hoffnungen (hinsichtlich einer Teilnahme am Dammbau) wie auch der Besuch Krupps in Ägypten illustrieren die außerordentlichen Erfolge der Bundesrepublik im Mittleren Osten. Man kann ruhig sagen, daß die Bundesrepublik im Mittleren Osten als eine echte ‚dritte Kraft‘ auftritt...“¹¹⁵ Ebenfalls unter Hin-

¹¹⁴ Diese vorwiegend in der zur Zeit gängigen Theorie des Neoliberalismus wurzelnde Konzeption bildet den Tenor einer großen Zahl von Schriften. Siehe hierzu u. a.: Erhard, L., *Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt*, Düsseldorf 1954; derselbe, *Außenpolitik und innere Ordnung als Leitbild*, in *Außenpolitik*, Stuttgart, 1/1961; Forstmann, A., *Die Grundlagen der Außenwirtschaftstheorie*, (West-)Berlin 1956; Grosse, H., *Der Handel folgt dem Ingenieur*, Düsseldorf 1955; Billerbeck, H., *Deutscher Beitrag für Entwicklungsländer*, Hamburg 1958. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Theorien enthält vor allem die Arbeit von Turley, H., *Zur neokolonialistischen Ideologie des westdeutschen Imperialismus*, in *Wirtschaftswissenschaft*, 1960, 7. Sonderheft, S. 55–70.

¹¹⁵ *Außenhandelsdienst*, Heft 8 v. 23. 2. 1956, S. 6.

weis auf den Besuch Krupps in der VAR berichtet die Londoner „Times“ vom 7. Februar 1956 (Nr. 53448), daß es Westdeutschland gelungen sei, sich in den arabischen Ländern als „neutral“ auszugeben, und daß es dadurch entscheidende Erfolge erzielt habe. Wörtlich heißt es hierzu: „Aus nicht ganz erklärlichen Gründen ist sie (die Bundesrepublik) die einzige unter den Großmächten, die von den national gesinnten Arabern nicht als Teil einer der beiden Machtgruppierungen betrachtet wird.“ Mit seiner Tarnung als „dritte Kraft“ und mit der Verbreitung des Mythos einer gewissermaßen schicksalhaft bestimmten westdeutsch-arabischen Partnerschaft bezweckt der deutsche Imperialismus vor allem eine Durchsetzung seiner Profit- und Machtinteressen. Die arabischen Märkte sollen den westdeutschen Waren geöffnet und die Wirtschaft des Landes durch vielfältige Formen der finanziellen Abhängigkeit an Westdeutschland gebunden und in seine Einflußsphäre verwandelt werden. Der Mythos einer „deutsch-arabischen Bruderschaft“ ist ferner ein wichtiger Bestandteil des gemeinsamen westdeutsch-amerikanischen Vorgehens, das eine raffinierte Arbeitsteilung erkennen läßt. Dieser Zusammenschluß verfolgt unter anderem auch das Ziel, die jeweils fehlenden Potenzen für die Durchsetzung der neokolonialistischen Politik gegenseitig zu komplettieren. Bei aller machtpolitischen und ökonomischen Überlegenheit fehlt den USA das, worüber der westdeutsche Imperialismus gerade im arabischen Raum – zumindest gegenwärtig noch – verfügt, der sogenannte „good will“, das „ungetrübte Prestige“. Und umgekehrt bedarf der westdeutsche Imperialismus, um diesen Vorteil voll ausnutzen zu können, der ökonomischen sowie der machtpolitischen (Einwirkung auf Großbritannien und Frankreich, z. B. über die NATO), vor allem aber der finanziellen Reserven der USA. Durch diese Kombination und Konzentration ihrer Potenzen bildet das arbeitsteilige amerikanisch-westdeutsche Vorgehen eine außerordentliche Gefahr für die arabischen Völker: „Die westdeutsche Bundesrepublik ist heute der einzige Partner der atlantischen Allianz, der neben einer geballten industriellen Kraft und einer gewaltigen Exportmöglichkeit in den Augen der Araber über ein ungetrübtes Prestige verfügt. In gewissen Kreisen der Levante wird von einem stillschweigenden deutsch-amerikanischen Übereinkommen gemunkelt, wonach die Bundesrepublik nach dem Scheitern der Entente-Mächte beauftragt wurde, als unverdächtig Makler des Westens für die wirtschaftliche Ausrichtung des Mittleren Ostens nach der freien Welt“ zu sorgen.“¹¹⁶

Die Konzeption eines „pooling“ der neokolonialistischen Potenzen beider Mächte hat seit ihrem Zustandekommen die verschiedensten Varianten und mehrere Etappen durchlebt. In ihrer ursprünglichen Form trat sie im sogenannten Punkt-Viereinhalb-Programm zum Vorschein. Dieses Programm, das seinen Namen bezeichnenderweise in Anlehnung an das von Präsident Truman verkündete reaktionäre Punkt-Vier-Programm¹¹⁷ erhielt, wurde von Berthold Beitz, dem derzeitigen profiliertesten Repräsentanten des Krupp-Konzerns entwickelt. Es hat die Finanzierung des westdeutschen Investitionsgüterexports, vorwiegend nach dem Nahen und Mittleren

¹¹⁶ Saarbrücker Zeitung, Nr 88 v. 15. 4. 1957.

¹¹⁷ Siehe Туганова, О. Е., Политика США и Англии на Ближнем и Среднем Востоке, Moskau 1960.

Osten, durch direkte oder indirekte (Weltbank oder eigens dafür zu schaffende Institutionen) amerikanische Unterstützung zum Inhalt. Es charakterisiert die aktive Rolle des westdeutschen Imperialismus in diesem Raum, daß sich einer seiner profiliertesten Vertreter zum Initiator dieses Plans gemacht hatte. „Krupp offeriert den USA Zügelung der Sowjets“, berichtet eine amerikanische Zeitung über seine Entstehungsgeschichte und über seine Aufnahme in Washington: „Das Punkt-Viereinhalb-Programm ist eine Erweiterung des technischen Hilfsprogramms der USA-Regierung mit bestimmten wichtigen Abänderungen.“¹¹⁸

Eine spätere Variante des infolge der Konkurrenzbefürchtungen amerikanischer Konzerne gescheiterten Krupp-Plans war die Konzeption eines gemeinsamen amerikanisch-westdeutschen Marshall-Plans für den Nahen und Mittleren Osten.¹¹⁹ Sie wurde im Unterschied zum Punkt-Viereinhalb-Programm, dessen Initiatoren die Vertreter der Schwerindustrie waren, durch das westdeutsche Bankkapital lanciert: „Vielleicht können wir sogar den arabischen Völkern gegenüber besser die Rolle eines großen Kreditgebers spielen als Amerika – wenn uns Amerika das ermöglicht und erleichtert. Man könnte einen Vorschlag der Berliner Handels-Gesellschaft variieren und die eine Milliarde Dollar, die wir aus der Nachkriegshilfe an die USA zuzahlen hätten, lieber sukzessiv an die arabischen Länder ausleihen. So würde der Geist des Marshall-Plans sinnvoll weiterleben. Und das, was Amerika damals erfahren hat, werden auch wir, wird der ganze Westen erleben: Wer fortschenkt, bereichert sich.“¹²⁰

Im September 1959 wurden mehrere westdeutsche Ministerien damit befaßt, diese neuen Vorstellungen eines westdeutsch-amerikanischen Vorgehens zu konkretisieren. Dieser Initiative waren bezeichnenderweise Aussprachen zwischen Adenauer, Dulles, den damaligen Ministerpräsidenten Fanfani (Italien) und Menderes (Türkei) vorausgegangen. Über dieses Gespräch verlautete: „Dulles hat bei seinem Besuch in Bonn darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik wegen ihres Ansehens in diesen Ländern und wegen ihrer hohen Devisenbestände besonders geeignet sei, einer der Hauptträger der Entwicklungshilfe zu werden. Dulles hat dabei verlauten lassen, daß die amerikanische Regierung ebenfalls erwägt, einen neuen Marshall-Plan für Entwicklungsländer auszuarbeiten, an dessen Verwirklichung sich die Bundesregierung mit einem namhaften Betrag beteiligen sollte.“¹²¹

¹¹⁸ New York Times v. 19. 3. 1956.

¹¹⁹ Dieser Plan wurde auch mit dem ehemaligen Präsidenten Heuß anläßlich dessen Amerikareise in allen Einzelheiten erörtert, mit dem Ziel, „eine mögliche (west-) deutsche Beteiligung an einer Art Marshall-Plan für die unterentwickelten Länder ins Gespräch zu bringen. Man denkt dabei an die Errichtung einer neuen, aus Regierungsgeldern gespeisten Agentur für die Gewährung langfristiger, niedrig verzinslicher Kредитdite“ (Handelsblatt, Düsseldorf, v. 14. 6. 1958). Im amerikanischen Senat forderte Senator Flanders, dieser Marshall-Plan sollte ausschließlich im Nahen und Mittleren Osten Anwendung finden. Zur Charakterisierung dieser Pläne wurde betont, für das „Aufbauprogramm des Nahen Ostens“ könne „Israel als Muster dienen“ (ebenda v. 17. 5. 1958).

¹²⁰ Die Welt v. 30. 8. 1958.

¹²¹ Süddeutsche Zeitung v. 10. 9. 1958.

Die neue Variante ergab sich vor allem aus den Veränderungen in der außenwirtschaftlichen Finanzlage der USA, vor allem durch das rapide Schrumpfen ihrer Dollarreserven, die zu einem nicht unerheblichen Teil in westdeutsche Kanäle abflossen und daher schon sehr früh die Forderung laut werden ließen, die westdeutsche Finanzpolitik zu Maßnahmen zu zwingen, die zumindest zu einer teilweisen Kompensierung der hingenommenen Verluste führt.¹²² Darüber hinaus wurde Westdeutschland – wie bereits erwähnt – dazu veranlaßt, sich mehr als bisher an den Kosten zu beteiligen, die auch im Nahen und Mittleren Osten zur Aufrechterhaltung des Systems der direkten und indirekten, der politischen und ökonomischen Herrschaft anfallen.¹²³

Wie keine andere imperialistische Macht verfügt Westdeutschland über ein außerordentlich wirkungsvolles neokolonialistisches Instrumentarium. Hauptinstrument ist ein auf vielfältige Weise mit der imperialistischen Wirtschafts„hilfe“ gekoppelter aggressiver Warenexport. Gestützt auf ein ausgeklügeltes System staatsmonopolistischer Maßnahmen der Exportförderung¹²⁴ (Hermes-Versicherungs-AG, AKA, Bank für Wiederaufbau, steuerliche Vergünstigungen usw.) und begünstigt durch eine hohe Produktions- und Exportquote an Investitionsgütern (maschinellen Ausrüstungen)¹²⁵, orientierte sich Westdeutschland sehr früh auf die Ausnutzung der Industrialisierungsbestrebungen in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern. Dies gilt vor allem in bezug auf die Länder, die ihre staatliche Unabhängigkeit erst unlängst errangen, „... denn nicht vor den Türen der Amerikaner, also in Kanada, Mittel- oder Südamerika, liegen unsere zukunftsreichsten Märkte, sondern im Osten: im Nahen, Mittleren und Fernen Osten“¹²⁶. Das Eindringen in diese Gebiete mit dem Mittel des Investitionsgüterexports wurde auch durch den imperialistischen Überfall auf Korea begünstigt, der die Lieferfähigkeit der Rivalen Westdeutschlands auf den Investitionsgütermärkten über längere Zeit stark einschränkte. Der „attraktive“ westdeutsche Export, die Lieferung von begehrten Investitionsgütern in relativ guter Qualität, technischer Vollkommenheit und zu verhältnismäßig vorteilhaften Bedingungen war die „Visitenkarte“ des militärisch geschlagenen, ökonomisch geschwächten und von seinen Außenmärkten getrennten deutschen Imperia-

¹²² Siehe Domdey, K.-H., Zur Lage des kapitalistischen Außenhandels in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in *Probleme des kapitalistischen Weltmarktes*, Nr 2, Berlin 1959, S. 63–134; derselbe, Zur Bewegung des staatsmonopolistischen Kapital-exports und der staatlichen „einseitigen Zahlungen“ der USA während der kapitalistischen Überproduktionskrisen, in *Konjunktur und Krise*, Berlin 1960, Heft 1, S. 1–23.

¹²³ Siehe hierzu auch Friedländer, Paul, Kapitalexpert soll Krise dämpfen. Hintergründe der amerikanisch-westdeutschen Finanzoffensive in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern, in *Die Wirtschaft*, Nr 29 v. 16. 7. 1958.

¹²⁴ Siehe im einzelnen: Die staatliche Exportförderung im Dienst der westdeutschen Monopole, *DWI*, Bericht 5, 1957.

¹²⁵ Ausführliche Untersuchungen enthält die Arbeit von Domdey, K.-H., Die westdeutsche Expansion auf den äußeren Märkten, in *Probleme des kapitalistischen Weltmarktes*, Nr 1, Berlin 1958.

¹²⁶ *Handelsblatt*, Nr 40 v. 3. 4. 1957.

lismus mit der er sich erneut Zugang zu den Märkten verschaffte. Der Export – wie der Außenhandel überhaupt – war die einfachste, unauffälligste, unverdächtigste und daher erste und gangbarste Form, um die unterbrochenen ökonomischen Beziehungen mit den Bereichen ökonomisch schwach entwickelter Länder wieder aufzunehmen und auf deren Grundlage die politischen Verbindungen und Bindungen wieder herzustellen.¹²⁷

Die auf diese Besonderheit bezogene Spezifik des Nahen und Mittleren Ostens besteht darin, daß dort die verschiedenen Instrumente einzeln und in den verschiedensten Varianten ihrer Kombination zuerst zum Einsatz kamen. Dementsprechend hatte das neokolonialistische Instrumentarium im Nahen und Mittleren Osten erste Erfolge zu verzeichnen. Über den der EZU innewohnenden Mechanismus eines multilateralen Clearings wurde die Türkei schon sehr früh in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zum westdeutschen Imperialismus gebracht. Obwohl das sogenannte Wiedergutmachungsabkommen mit Israel eine Besonderheit darstellt, verdeutlicht sich gerade auch hier die außerordentliche Vielfalt des Instrumentariums.

Die besondere (relative) Wirksamkeit der in der westdeutschen Entwicklungs-„hilfe“ zusammengefaßten wichtigsten neokolonialistischen Instrumente ist vor allem in der VAR und Syrien, aber auch in Iran und im Irak erkennbar. Unter Ausnutzung dieser Instrumente ist es Westdeutschland gelungen, in einer großen Zahl von Ländern einen ersten Platz als Lieferant von Investitionsgütern, aber auch von anderen Erzeugnissen (ohne Nahrungsmittel und Rohstoffe) einzunehmen.¹²⁸ In einigen Ländern steht Westdeutschland, neben den USA und sich mit ihnen abwechselnd, an erster Stelle, darunter in Griechenland, in der Türkei und in Iran.

Sein Abhängigkeitsverhältnis besonderer Art vom USA-Imperialismus und seine neokolonialistischen Besonderheiten sind die beiden Ausgangspunkte für die wichtige Rolle, die Westdeutschland im System des kollektiven Kolonialismus spielt. Beide Voraussetzungen prädestinieren den westdeutschen Neokolonialismus in den Augen des Weltimperialismus geradezu für eine solche Aufgabe.

¹²⁷ Siehe hierzu Schilling, H., Zur besonderen Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus, in *Einheit* 8/1961, S. 1266–1271; Domdey, H.-H., Zu den spezifischen Methoden der westdeutschen neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion, in *Probleme des Neokolonialismus*, a. a. O., S. 471–499.

¹²⁸ Auf die Wirksamkeit seiner Instrumente hinweisend, schreibt ein amerikanisches Nachrichtenmagazin unter der Überschrift „Westdeutsche Invasion im Mittleren Osten. Wo Eroberer versagten, kommt eine Armee von Geschäftsleuten voran“: „Die historischen Bagdad-Ambitionen verliefen, vom Kaiser und vom Führer militärisch vorangetrieben, im Sande; aber forciert durch eine im Aufschwung befindliche westdeutsche Wirtschaft kann sie erstaunliche Erfolge verbuchen. Ausgerüstet mit Musterkoffern und technischen Zeichnungen statt mit Kanonen und Kriegsflugzeugen realisieren Geschäftsleute den ‚alten Drang nach Osten‘ ... Noch vor 10 Jahren hielt niemand einen solchen erfolgreichen ‚Drang nach Osten‘ für möglich, denn zweimal in dreißig Jahren zerstörten zwei vernichtende Kriege in den östlichen Mittelmeerländern, alle deutschen Chancen.“ (*Time*, Washington, v. 23. 2. 1959.)

²⁸ Kolonialismus und Neokolonialismus

Wiederum war es der Nahe und Mittlere Osten, wo – im Zusammenhang mit dem Überfall auf Ägypten – die kollektiv kolonialistischen Machenschaften Westdeutschlands am frühesten erkennbar wurden (vor den Ereignissen in Algerien, im Irak, in Indien, in Kuba, in Kongo usw.). Trotz der westdeutsch-englischen und der westdeutsch-französischen Gegensätze, die in diesem Bereich wie in keinem anderen mit besonderer Schärfe aufeinanderstoßen, überwiegen angesichts der schwindenden Existenzgrundlage des Imperialismus die gegen die nationale Befreiungsbewegung gerichteten Aktionen.

Eine Form, in der der kollektive Kolonialismus und die Rolle Westdeutschlands besonders deutlich in Erscheinung treten, ist ein von imperialistischen Mächten beherrschtes „regionales“ Finanzinstitut, die MIDEK (Middle East Industrial Projects Development Corp. Ltd.). Im Unterschied zu gemeinsamen staatlichen Finanzierungsaktionen imperialistischer Mächte handelt es sich bei dieser Einrichtung um eine Gründung der Schwerindustrie und des Bankkapitals aus zahlreichen imperialistischen Ländern. Erklärter Zweck dieses im März 1958 gegründeten Bankinstituts ist die finanzielle Unterstützung „privatkapitalistischer“ Kräfte im Nahen und Mittleren Osten. Kredite an Projekte des staatlichen Sektors oder an Betriebe mit staatlicher Beteiligung stellen einen Verstoß gegen die proklamierte Kreditpolitik dar. Die Gründung muß als eine Aktion betrachtet werden, um mit kollektiv-kolonialistischen Mitteln der Forderung arabischer Staaten nach Schaffung einer arabischen Regionalbank zur erfolgreicher Durchsetzung einer anti-imperialistischen Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken. Zur Tarnung der neokolonialistischen Ziele wurden zum Zeitpunkt der Gründung neben 13 westeuropäischen Staaten neun arabische Länder (darunter VAR, Irak, Libanon, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien und der Sudan) als Aktionäre mit Minderheitsbeteiligungen zugelassen.

Gemeinsam mit amerikanischen Kapitalinteressen hatten westdeutsche Monopole wesentlichen Anteil an der Gründung der MIDEK, und sie stellen mit 31 Großunternehmen das stärkste „nationale“ Kontingent. Hierunter fallen sämtliche durch ihre traditionellen kolonialistischen Expansionsbestrebungen belasteten Gruppen wie die AEG, Siemens, der Krupp-Konzern, die Deutsche Bank u. a. Es entspricht ganz dem Gewicht der westdeutschen Vertretung, daß sie führende Positionen in den leitenden Gremien besetzt. So sitzt Wolff von Amerongen (Otto Wolff-Konzern) im Verwaltungsrat, assistiert von Hermann Reusch (Haniel-Konzern) als seinem Stellvertreter, ferner Oswald Roesler (Deutsche Bank) im Exekutiv-Komitee.

Von den der MIDEK eingereichten 67 Projekten wurde im ersten Jahr ihrer Tätigkeit keines in Angriff genommen. Die Ablehnung der Kreditanträge erfolgte mit dem Hinweis auf eine „labile politische Situation“ oder auf ein „erhöhtes politisches Risiko“. Auf diese Weise sind die neokolonialistischen Führungskräfte der MIDEK bemüht, einen politischen Druck auf die potentiellen Kreditnehmer auszuüben und sich auf indirektem Wege in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder einzumischen. Eine bedeutende Initiative geht hierbei von der (west-)„deutschen Landesgruppe der MIDEK“ aus, die auf ihrer im März 1959 in Köln einberufenen

Aktionärsversammlung die Forderung erhob, die Annahme des berüchtigten Kapitalschutzabkommens zur Bedingung einer Kreditgewährung zu erheben.¹²⁹

Die Hauptbeziehung innerhalb des kollektiven Kolonialismus ist das gemeinsame westdeutsch-amerikanische Vorgehen, das im Nahen und Mittleren Osten, wie in keiner anderen Sphäre ökonomisch schwach entwickelter Länder, am ehesten feste Formen angenommen hatte. Aber auch die Achse Bonn-Paris hat seit vielen Jahren zu gemeinsamen Aktionen gegen die arabischen Völker geführt, deren Höhepunkt der vom westdeutschen Imperialismus aktiv unterstützte Feldzug gegen Algerien war. Unter Ausnutzung seiner neokolonialistischen Besonderheiten, seiner besonderen Aggressivität, bei gleichzeitigem vortrefflich ausgebildetem Tarnvermögen, wird Westdeutschland im System des kollektiven Kolonialismus zunehmend die Funktion eines Stoßtrupps, eines neokolonialistischen Avantgardisten übertragen (nachdem die USA in dieser Eigenschaft, wie das Scheitern der Eisenhower-Doktrin verdeutlicht, versagten).

Die Wirksamkeit seiner neokolonialistischen Besonderheiten und die davon abgeleitete hervorgehobene Stellung im System des kollektiven Kolonialismus sind bei der Verwirklichung der aggressiven Gesamtkonzeption des deutschen Imperialismus von entscheidender Bedeutung. Seine taktische Schlüsselstellung im System des kollektiven Kolonialismus und die damit verbundene recht erhebliche Abhängigkeit der anderen imperialistischen Mächte ausnützend, fordert der deutsche Imperialismus eine freiere Hand bei der Verwirklichung seiner Politik der atomaren Bewaffnung, die die Völker des Nahen und Mittleren Ostens furchtbaren Gefahren aussetzt. Der westdeutsche Imperialismus will über seine Rolle im System des kollektiven Kolonialismus die letzten ihm als mehrfaches Kriegsanstifter auferlegten Beschränkungen abschütteln.

Eine spezifische Kraft, die dem Bonner Militarismus und Revanchismus Einhalt gebietet und ihn zügelt, ist die DDR, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland. Von ihr geht nicht nur allgemein eine antiimperialistische Wirkung im Hinblick auf Westdeutschland aus. Sie entfaltet im besonderen auch bedeutende antineokolonialistische Potenzen, die der Expansion Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten engere Schranken setzen. Die DDR ist daher ein spezifisches Merkmal der Perspektivlosigkeit des westdeutschen Neokolonialismus.

¹²⁹ Siehe hierzu im einzelnen: VWD Wirtschaftsspiegel v. 10. 3. 1959, Blick durch die Wirtschaft v. 28. 1. 1959. Siehe ferner: Friedländer, Paul, Monopole greifen nach Mittelost, in *Neues Deutschland* v. 11. 2. 1959.

IV. Die Perspektivlosigkeit der westdeutschen neokolonialistischen Expansion im Nahen und Mittleren Osten und die antineokolonialistische Wirksamkeit der Deutschen Demokratischen Republik

Der Prozeß der neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten hat in seinem Verlauf zu widersprüchlichen Ergebnissen geführt. Um die Hauptseite dieser Widersprüche und damit die Hauptrichtung der Entwicklung aufzudecken, ist es erforderlich, sie mit dem Hauptergebnis der Entwicklung im allgemeinen und speziell mit dem der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten zu konfrontieren. „Das Hauptergebnis dieser Jahre ist das stürmische Wachstum der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, der aktive Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, das Anwachsen der Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt, der weitere Niedergang und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems. In der Weltarena tritt das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus über den Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges immer stärker zutage.“¹³⁰

Diese Feststellung in der Erklärung der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 trifft – wie im einzelnen dargelegt – prinzipiell auch auf die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten zu, sie stellt auch in diesem Bereich das Hauptergebnis dar. Auch im Nahen und Mittleren Osten wird das Hauptergebnis der jüngsten Entwicklung gekennzeichnet durch

1. den fortschreitenden Prozeß des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung,
2. den wachsenden Volkswiderstand gegen die auf die Einbeziehung einzelner Länder dieses Bereiches in militärische Paktsysteme gestützte neokolonialistische Politik,
3. die Festigung der politischen Unabhängigkeit der jungen Nationalstaaten, und die Steigerung ihres internationalen Ansehens,
4. die Erfolge der jungen Nationalstaaten in ihren Bemühungen, durch den allseitigen Aufbau einer proportionalen Wirtschaft den sozial-ökonomischen Fortschritt maximal zu beschleunigen sowie – in dialektischer Wechselbeziehung hierzu – die ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus herbeizuführen.

All diese Ergebnisse sind untrennbar verbunden mit dem raschen Wachsen des Ansehens und des Einflusses des sozialistischen Weltsystems.

Es liegt im Wesen des Hauptergebnisses, daß es sämtliche Teilergebnisse in sich aufnimmt. Nur im Lichte dieses Hauptergebnisses sind folglich auch die einzelnen Ergebnisse der neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion imperialistischer Mächte,

¹³⁰ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1961.

darunter vor allem Westdeutschlands, zu sehen. Der deutsche Imperialismus rühmt sich dieser Expansionsergebnisse im Nahen und Mittleren Osten und brüstet sich ihrer als eines spezifischen Ausdrucks seiner Stärke. Tatsächlich könnte eine isolierte Betrachtung dieser Ergebnisse den Eindruck eines gewaltigen und unaufhaltsamen Vormarsches des westdeutschen Neokolonialismus erwecken.

Jedoch muß eine Überbewertung der Expansionsergebnisse zwangsläufig zu den gleichen schweren Fehleinschätzungen führen, durch die der deutsche Imperialismus seit jeher gekennzeichnet ist; er vermochte es nie, seine Kräfte und Möglichkeiten real zu bewerten. Hierin liegen im wesentlichen die Ursachen für die gesetzmäßige Niederlage des deutschen Imperialismus in den beiden von ihm ausgelösten Weltkriegen und für die Mißerfolge in den zurückliegenden Etappen seiner kolonialistischen Expansion. Dieses Unvermögen, die Ergebnisse seiner Politik, die ihnen zugrunde liegenden Kräfte und Prozesse richtig einzuschätzen, ist auch in der gegenwärtigen dritten Etappe ein entscheidendes Element seiner Perspektivlosigkeit. Es ist nicht nur eine Folgeerscheinung der für den deutschen Imperialismus typischen Borniertheit und Überheblichkeit, sondern auch seiner Unwissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit.¹³¹ Die Ergebnisse der neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten sind nur dem Schein nach Ausdruck eines erfolgreich verlaufenen Prozesses. Typisch für den Schein ist, daß er das den Erscheinungen und Prozessen innewohnende Wesen völlig einseitig und daher inadäquat zum Ausdruck bringt, es verzerrt und dabei sogar gegenteilig widerspiegelt.

Angesichts des Hauptergebnisses, das den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung auch im Nahen und Mittleren Osten zum Ausdruck bringt, wird deutlich, daß die im direkten Gegensatz zum Hauptergebnis stehenden Ergebnisse der westdeutschen neokolonialistischen Wirtschaftsexpansion nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Am Hauptergebnis konnte auch die westdeutsche Wirtschaftsexpansion grundsätzlich nichts ändern. Sie konnte sich den sehr viel stärker als der von ihr ausgehenden Gesetzmäßigkeiten, den Gesetzmäßigkeiten unserer Zeit, nicht entziehen. Es sind diese Gesetzmäßigkeiten, die schließlich die Perspektivlosigkeit sämtlicher neokolonialistischer Bestrebungen, auch derjenigen Westdeutschlands, bestimmen.

Der Verlauf des Prozesses der neokolonialistischen Expansion Westdeutschlands zeugt aber nicht nur von seiner Ohnmacht, das Kräfteverhältnis im Nahen und Mittleren Osten zugunsten des Weltimperialismus zu revidieren. Im Gegenteil wird durch ihn die spezifische Schwäche des westdeutschen Neokolonialismus offenbar, die in einem dialektischen Widerspruch zum Ausdruck kommt: in einer zwar zeitweilig

¹³¹ Siehe im einzelnen hierzu: Ulbricht, Walter, Die Unvermeidlichkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen und die Lehren daraus, in *Einheit* 3/1959, S. 361ff.; Stern, Leo, Die Gesetzmäßigkeit und die historische Bedingtheit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in beiden Weltkriegen, in: *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*, Bd 1, Berlin 1960, S. 68ff.

noch relativen Stärkung und wachsender Gefährlichkeit bei gleichzeitiger permanenter Schwächung und zunehmender Perspektivlosigkeit.

Dieser Widerspruch wurzelt einerseits im differenzierten Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und seiner unterschiedlichen Auswirkung auf die einzelnen imperialistischen Mächte. Wie bereits erläutert, richtet sich der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems zunächst nicht gleichmäßig gegen alle imperialistischen Mächte. Im Gegenteil, indem er hauptsächlich die Besitzer von Kolonien benachteiligt, bevorteilt er relativ die Nichtbesitzer von Kolonien. Das Eindringen des westdeutschen Imperialismus in die nichttraditionelle Sphäre seiner Expansion im Nahen und Mittleren Osten, in die ehemaligen englischen und französischen Herrschaftsgebiete, ist hierfür ein deutliches Beispiel.

Die Dialektik der historischen Entwicklung führt jedoch dazu, daß, über längere Sicht betrachtet, der westdeutsche Imperialismus, der neben anderen Mächten, wie Italien und Japan, am stärksten relativ bevorteilt wird, zugleich die größten absoluten Nachteile dieses Prozesses hinnehmen muß. Die durch den Zerfallsprozeß des imperialistischen Kolonialsystems für Westdeutschland hervorgerufenen absoluten Nachteile sind deshalb besonders groß, weil der auf die Entfesselung eines Krieges in Europa gerichteten Politik der Bonner Ultras infolge der Existenz der jungen Nationalstaaten und der von ihnen konsequent betriebenen Politik der friedlichen Koexistenz in einem besonders starken Maße Einhalt geboten wird. Außerhalb des sozialistischen Weltsystems stoßen die revanchistischen Pläne des westdeutschen Militarismus nirgendwo auf größeren Widerstand als in den jungen Nationalstaaten. So führt der Zerfallsprozeß des Kolonialsystems für Westdeutschland dazu, daß es als Nichtbesitzer von Kolonien durch ihn relativ gestärkt, als besonders aggressive imperialistische Macht jedoch besonders geschwächt wird. Dieser Widerspruch wurde besonders im Nahen und Mittleren Osten augenfällig. Der Expansionsprozeß Westdeutschlands konnte in wichtigen arabischen Ländern, in denen der Einfluß anderer imperialistischer Mächte, der alten Kolonialmächte, zurückgedrängt wurde, rasche Fortschritte machen.

Die genannten und außerordentlich eng miteinander verbundenen Widersprüche schließen einen weiteren Widerspruch ein. Die auf der Grundlage der relativen Bevorzugung des westdeutschen Neokolonialismus erzielte zeitweilige Stärkung seiner Positionen beschränkt sich im wesentlichen auf seine *wirtschaftliche* Expansion. Mit ihr konnte die neokolonialistische Expansion auf *politischem* Gebiet – angesichts der besonderen absoluten Benachteiligung – nicht nur nicht Schritt halten, sondern sie mußte eine absolute Schwächung hinnehmen. So entstand auf der Grundlage des in Westdeutschland selbst herrschenden Widerspruchs zwischen dem ökonomischen Potential und dem dazu im Mißverhältnis stehenden Macht- und Herrschaftsbereich, der der wichtigste Faktor für die Bestimmung der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und seine neokolonialistischen Bestrebungen ist, der *Widerspruch zwischen dem unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Ergebnis der neokolonialistischen Expansion auf ökonomischem und politischem Gebiet*. Das Wirken des genannten Widerspruchs wird sich auch in der 3. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus fortsetzen und gerade in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens

dazu beitragen, die besondere Gefährlichkeit¹³² des westdeutschen Neokolonialismus zu erhöhen.

Angesichts der für längere Zeit noch zunehmenden besonderen Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus ist für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens die Frage nach einer wirksamen Gegenkraft, die mit spezifischen, primär gegen Westdeutschland gerichteten antineokolonialistischen Potenzen ausgestattet ist, von großer Bedeutung.

Grundsätzlich gilt, daß vom sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit entscheidende antineokolonialistische Wirkungen ausgehen, die sich im weltweiten Kampf gegen den Imperialismus mit den Kräften der nationalen Befreiungsbewegung vereinigen.

Diese antineokolonialistische Wirksamkeit ergibt sich im wesentlichen aus der sehr bedeutenden Rolle, die in der Entwicklung der jungen souveränen Staaten das Wechselverhältnis zwischen den gegensätzlich wirkenden inneren und äußeren gesellschaftlichen Triebkräften spielt. Zwar sind die inneren Prozesse für die Entwicklung dieser Staaten entscheidend, doch sind sie in ihrem Wirkungsgrad und in ihrer Wirkungsweise von den allgemeinen Bedingungen ihrer Existenz abhängig, die durch die äußeren Prozesse, das internationale Kräfteverhältnis, bestimmt werden. Für die Kräfte des Weltsozialismus gilt also allgemein, daß sie die auf die jungen souveränen Staaten gerichteten aggressiven Kräfte des Imperialismus, dessen kolonialistische Bestrebungen unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems, d. h. dessen neokolonialistische Bestrebungen eindämmen, binden und so zu einem hohen Grade unwirksam machen.

Diese Wirkung ergibt sich objektiv aus dem antagonistischen Gegensatz zwischen den Kräften des Imperialismus und denen des Antiimperialismus und besitzt daher ihre Grundlage in der Gemeinsamkeit der Interessen der nationalen Befreiungsbewegung und denen der sozialistischen Staaten. Ein Ausdruck dafür ist die Übereinstimmung in den beiden entscheidenden Fragen der Weltpolitik:

1. der Erhaltung und Sicherung des Friedens durch die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz. Grundlage hierzu ist der gemeinsame Kampf für die totale Abrüstung, für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und für die Liquidierung der imperialistischen Stützpunktsysteme, die nicht nur gegen das sozialistische Weltsystem gerichtet, sondern – wie am Beispiel des Nahen und Mittleren Ostens

¹³² Die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus ist das Ergebnis von zwei Komponenten, der besonderen Aggressivität und der besonderen Wirksamkeit des westdeutschen Neokolonialismus. Zu den einzelnen Elementen der Aggressivität gehören die bereits dargelegte Abhängigkeit vom USA-Imperialismus, der hochgezüchtete Antikommunismus sowie der Widerspruch zwischen dem ökonomischen Potential Westdeutschlands und seinem politischen, militärischen und neokolonialistischen Machtbereich. Elemente der besonderen Wirksamkeit sind vor allem der geheuchelte Antikolonialismus, die „Wirtschaftswunder“-legende und das Angebot eines besonderen erfolgversprechenden „westdeutschen Entwicklungsweges“ sowie ein umfangreiches ökonomisches Instrumentarium.

dargestellt – auch als Mittel zur Durchsetzung der neokolonialistischen Politik von großer Bedeutung sind;

2. der restlosen und endgültigen Liquidierung des Kolonialsystems, der Festigung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der jungen Nationalstaaten, der Freisetzung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in diesen Ländern, der Errichtung von zwischenstaatlichen Beziehungen auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Wahrung der Souveränität.

Diese Interessenübereinstimmung in den Hauptfragen der Politik ist die Grundlage des Bündnisses beider in gleicher Richtung wirkenden gesellschaftlichen Kräfte und ihrer gemeinsamen antineokolonialistischen Wirksamkeit. Die Bedeutung des objektiven Charakters der gemeinsamen antineokolonialistischen Wirksamkeit ist deshalb hervorzuheben, weil der Neokolonialismus den Widerspruch Imperialismus – Antimperialismus umzufälschen bemüht ist in den Widerspruch Kommunismus – Antikommunismus. Unter diesem Vorzeichen sollen die im kapitalistischen Wirtschaftssystem einstweilen noch verbliebenen jungen souveränen Staaten zu Hilfskräften im Kampf gegen das sozialistische Weltssystem mobilisiert werden, soll die gemeinsame antineokolonialistische Wirksamkeit durch eine objektiv nicht existente gemeinsame antikommunistische Wirksamkeit „ersetzt“ werden.

Obwohl auch bei der Ausübung der antineokolonialistischen Funktionen des sozialistischen Weltsystems – wie prinzipiell in seiner gesamten Tätigkeit und Wirksamkeit – die im einheitlichen gesellschaftlichen System begründete Gemeinsamkeit und gegenseitige Verbundenheit absolut entscheidend ist, spielen bei ihrer Realisierung durch die einzelnen sozialistischen Länder gewisse historisch entstandene Unterschiede eine Rolle. Die Hervorhebung dieser Unterschiede vor dem Hintergrund der Gemeinsamkeit ist deshalb von Bedeutung, weil erst die Kenntnis der bunten Vielfalt, der vielen spezifischen antineokolonialistischen Möglichkeiten und Potenzen, die den einzelnen sozialistischen Ländern innewohnen, dem sozialistischen Weltssystem in seiner Gesamtheit einen differenzierten, gezielten, einer gegebenen konkreten Situation angepaßten Einsatz der jeweils zweckmäßigsten und daher wirksamsten antineokolonialistischen Mittel ermöglicht. Auch den jungen souveränen Staaten hilft die Kenntnis von den wichtigsten besonderen antineokolonialistischen Möglichkeiten und Fähigkeiten der einzelnen sozialistischen Länder, da sie dadurch in die Lage versetzt werden, diese – entsprechend den Notwendigkeiten der Abwehr einer spezifischen Gefahr von einer bestimmten neokolonialistischen Macht her – noch wirkungsvoller für ihren nationalen Befreiungskampf zu nutzen.

Im Hinblick auf die vom westdeutschen Neokolonialismus ausgehenden Gefahren verfügt die DDR über eine spezifische antineokolonialistische Wirksamkeit. Diese Besonderheit beruht auf einer Spezifik des Hauptwiderspruchs unserer Zeit, auf der Existenz von zwei deutschen Staaten, von denen der eine, die DDR, fest mit dem sozialistischen Weltssystem verbunden ist und eine seinem Wesen entsprechende Politik der Freundschaft gegenüber den jungen souveränen Staaten betreibt, während der andere zu den Hauptkräften im System des modernen Kolonialismus zählt.

Die besondere Wirksamkeit der DDR gegenüber dem westdeutschen Neokolonialismus ist eine Teilfunktion ihrer gesamt-antiimperialistischen Wirksamkeit im Hinblick auf Westdeutschland. Indem die DDR mit ihren spezifischen Mitteln dazu beiträgt, die Aggressivität des deutschen Imperialismus zu bändigen, zügelt sie auch die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Neokolonialismus. Die Bändigung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus ist ein Hauptanliegen der DDR. Ihre historische Aufgabe sieht sie darin, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges auf deutschem Boden zu verhindern. So wie die Bändigung des westdeutschen Militarismus eng verbunden ist mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR, so ist die Bändigung des westdeutschen Neokolonialismus Bestandteil des Kampfes für die Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit der jungen souveränen Staaten.

Auf die hohe Bedeutung der Haltung beider deutschen Staaten zum nationalen Befreiungskampf und zu den jungen souveränen Staaten als Kriterium für die Bewertung ihrer gegensätzlichen Charaktere wies der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in der Volkskammer hin:

„Am Prüfstein der Einstellung zum Kolonialismus zeigt sich der unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik, der erste deutsche Friedensstaat, hat im eigenen Land die Wurzeln des Imperialismus und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Sie kann deshalb vorbehaltlos den Freiheitskampf anderer Völker unterstützen und tut dies auch. In Westdeutschland herrschen die Imperialisten, geübt in Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker. Sie kommen aus ihrer Haut nicht heraus.“¹³³

Die Spezifik des Hauptwiderspruchs bringt es mit sich, daß nicht nur die DDR ihre Politik im ständigen Kampf gegen die Störaktionen, insbesondere des westdeutschen Staates, durchsetzen muß, sondern umgekehrt kann Westdeutschland seine Rolle als Störenfried in Europa und in der Welt nicht spielen, ohne mit den ständigen Gegenaktionen der DDR rechnen zu müssen. Bezogen auf die neokolonialistischen Bestrebungen Westdeutschlands heißt das, daß der deutsche Imperialismus in keinem der jungen souveränen Staaten feindliche Aktionen unternehmen kann, ohne daß die DDR durch den Einsatz spezifischer Mittel in der Lage wäre, diese aufzuspüren, die Staaten vor ihnen zu warnen und sie teilweise zu paralysieren. Über diese Mittel, Möglichkeiten und Potenzen, die sich aus dem historischen Phänomen der Existenz von zwei einander gegenübergesetzten deutschen Staaten ergeben, aus der daraus resultierenden intimen Kenntnis der Ereignisse in Westdeutschland, ihrer Vorgeschichte und voraussichtlichen Entwicklung, kann in diesem Maße nur die DDR verfügen. Das ist keine nationale Anmaßung, sondern Ergebnis objektiver Bedingungen bzw. Voraussetzungen.¹³⁴

Die DDR ist aus all diesen Gründen ein Faktor der besonderen Perspektivlosigkeit des westdeutschen Neokolonialismus und daher seine wichtigste Besonderheit. Die

¹³³ Programmatik der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vor der Volkskammer, Berlin 1960, S. 18.

¹³⁴ Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU erklärte Anastas Mikojan: „Es ist ein wahres Glück für Europa, daß es ... die DDR gibt ...“ (*Die Presse der Sowjetunion*, Nr. 129 v.).

regionale Spezifik dieser Besonderheit äußert sich im Nahen und Mittleren Osten darin, daß die antiimperialistische und antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR gegenüber Westdeutschland in dieser Region

1. bisher am stärksten zur Entfaltung kommen konnte. Durch sie wurde die völkerfeindliche Politik Bonns in dieser Region besonders eingedämmt und gezügelt,
2. die besondere Anerkennung der jungen Staaten dieser Region gefunden hat. Als Ergebnis dieser Tatsache sind zwischen der DDR und auch einigen arabischen Staaten relativ früh feste Kontakte auf staatlicher Ebene errichtet worden (Errichtung von konsularischen Vertretungen und Entsendung eines Sonderbevollmächtigten der DDR für die arabischen Länder mit Sitz in Kairo).

Die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus ist – wie bereits erläutert – das Ergebnis einer Anzahl von Faktoren, von denen die einen seine besondere neokolonialistische Aggressivität, die anderen seine besondere neokolonialistische Effektivität bestimmen. Obwohl auch die neokolonialistischen Bestrebungen anderer imperialistischer Mächte von einer mehr oder weniger großen Zahl dieser Faktoren bestimmt werden, wirken sie in dieser Intensität, dieser Konzentration und Kombination nur im System des westdeutschen Neokolonialismus.

Angesichts der Tatsache, daß die vom westdeutschen Neokolonialismus ausgehenden Gefahren eine massive Bedrohung der Unabhängigkeit der jungen souveränen Staaten darstellen, kommt den Gegenkräften, die speziell auf diesen Gefahrenherd gerichtet sind, wachsende Bedeutung zu. Die Triebkräfte, die von der anti-neokolonialistischen Wirksamkeit der DDR hinsichtlich Westdeutschland ausgehen, zielen direkt auf die einzelnen Faktoren, die dessen Gefährlichkeit bestimmen, dämpfen diese ein und bewirken ihre partielle Paralisierung.

Im einzelnen stoßen die Faktoren, die die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus bedingen, auf folgende von der DDR ausgehende spezifische Gegenfaktoren.

Wurden und werden durch die besonders engen Beziehungen Westdeutschlands zur USA, durch den Charakter des Bonner Staates, den in ihm zur Staatsdoktrin erhobenen Antikommunismus, den hohen Grad der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das Zurückbleiben der machtpolitischen hinter der ökonomischen Expansionskräfte wirksam, die die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus und Neokolonialismus bestimmen, so werden durch den Charakter der DDR, durch ihre enge Verbindung zum sozialistischen Weltsystem, vor allem zur Sowjetunion, durch den hohen Grad der Herausbildung und Entwicklung sozia-

1. 11. 1961, S. 2811.) Angesichts der teilweisen Verlagerung bzw. Ausweitung der aggressiven Stoßrichtungen des westdeutschen Imperialismus, seiner maßgeblich gewordenen Rolle im System des modernen Kapitalismus gilt diese Feststellung nicht nur für die vom westdeutschen Imperialismus in Europa bedrohten Völker, sondern in wachsendem Maße auch für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas, Asiens sowie Lateinamerikas.

listischer Produktionsverhältnisse und durch die konsequente Friedens- und Freundschaftspolitik der DDR gegenüber den jungen souveränen Staaten entsprechende Gegenkräfte erzeugt, die sich insbesondere gegen die Aggressivität des Bonner Neokolonialismus richten.

Die Mittel, die die DDR hierzu befähigen, liegen in der Tatsache begründet, daß beide deutsche Staaten zum deutschen Nationalverband gehören, daß in beiden Staaten nicht nur die gleiche Sprache gesprochen wird, sondern daß sie beide an die genannten deutschen Traditionen – wenn auch gegensätzlichen Charakters – anknüpfen.

Unter diesen Bedingungen der gemeinsamen Zugehörigkeit zum deutschen Nationalverband ist der von der DDR auf die Bevölkerung Westdeutschlands ausgehende Einfluß besonders nachhaltig. *Durch diese Bedingungen wird die DDR objektiv in die Lage versetzt, die Aggressivität des deutschen Imperialismus in einem Maße zu zügeln, die ihr eigentliches politisches und ökonomisches Potential wesentlich übersteigt.* Das trifft gleichermaßen auch auf die antikolonialistische Wirksamkeit der DDR zu.

Der Bonner Neokolonialismus ist gezwungen, bei seinen sämtlichen neokolonialistischen Störversuchen in zweifacher Hinsicht mit den entsprechenden Gegenaktionen der DDR zu rechnen. Die DDR verfügt als der andere – und einzig rechtmäßige – deutsche Staat über die notwendigen Mittel, um die durch die westdeutschen neokolonialistischen Aktionen bedrohten Völker rechtzeitig zu warnen und den Charakter dieser Aktionen zu entlarven. Ebenso ist die DDR in der Lage, mit besonderer Wirkung an die Bevölkerung Westdeutschlands zu appellieren, vor allem an die Arbeiterklasse und alle bürgerlich-humanistischen Kräfte, dem Bonner Neokolonialismus in den Arm zu fallen. Diese antineokolonialistischen Aktionen verfolgen den deutschen Imperialismus auf Schritt und Tritt. Sie tragen in den jungen souveränen Staaten zur stärkeren Störfreimachung vom westdeutschen Neokolonialismus bei, indem sie seiner Manövrierfähigkeit enge Grenzen setzen.

Hier erweist sich abermals – was an anderer Stelle ausführlich behandelt wurde –, daß der wiedererstandene deutsche Imperialismus ein grundlegend geschwächter Imperialismus ist und daß er auch in seinen Wiedererstehen als Kolonialmacht eine grundlegende Schwächung erfahren hat. Auch im Hinblick auf Westdeutschland kommt die Gesetzmäßigkeit unserer Zeit zum Ausdruck, die durch die grundlegende Schwächung des Imperialismus und seinem schließlichen Untergang, durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab gekennzeichnet wird. Die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die zum Untergang des Imperialismus führen, wirken zwar nicht überall gleichmäßig, sie machen aber auch um keine der imperialistischen Mächte einen Bogen, auch nicht um Westdeutschland. Aus diesem Grunde ist der besonders hohe Grad, durch den die Gefährlichkeit des westdeutschen Neokolonialismus gekennzeichnet wird, nicht identisch mit einem besonders hohen Grad der von ihm ausgehenden Stärke. Im Gegenteil, den westdeutschen Neokolonialismus charakterisiert der bereits begründete dialektische Widerspruch, der durch seine besondere Gefährlichkeit bei gleichzeitig grundlegender Schwächung gekennzeichnet wird, deren spezifisches Element eben die DDR ist.

Auch den Elementen der besonderen neokolonialistischen Wirksamkeit Westdeutschlands vermag die DDR wichtige Gegenfaktoren entgegenzustellen.

Der geheuchelte Antikolonialismus Westdeutschlands wird durch die anti-neokolonialistische Wirksamkeit der DDR in einem besonders hohen Maße gezügelt. Angesichts der ruhmreichen Traditionen und der Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kolonialismus, der so bedeutende Verfechter des proletarischen Internationalismus hervorgebracht hat wie August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, Traditionen, die in der DDR gradlinig fortgesetzt werden, verfügt der erste Arbeiter- und Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands über besondere Möglichkeiten und Fähigkeiten, das vom deutschen Imperialismus ausgebreitete Lügennetz des Antikolonialismus zu zerreißen. Keine andere neokolonialistische Macht wird so wie Westdeutschland mit exakten wissenschaftlichen Analysen konfrontiert, die die Grausamkeiten seiner Kolonialgeschichte und den völkerfeindlichen Charakter seiner jüngeren und jüngsten kolonialistischen Bestrebungen anschaulich demonstrieren. Auch der mit einem zugespitzten Antikommunismus gepaarte heuchlerische Antikolonialismus, zu dessen Träger sich die klassenverräterischen rechten Führer der Gewerkschaften machen ließen, stoßen in Afrika, Asien und Lateinamerika auf die Gegenaktionen des Gewerkschaftsbundes der DDR, des FDGB. Hierbei spielt vor allem die Ausbildung von afroasiatischen Gewerkschaftskadern, die an der Hochschule des FDGB oder auch in ihrem eigenen Land durch dorthin entsandte bewährte Gewerkschaftsfunktionäre aus der DDR erfolgt, eine wichtige Rolle. Zugleich werden die westdeutschen Werktätigen durch detaillierte Untersuchungen über die materielle Beteiligung westdeutscher Gewerkschaftsführer an der neokolonialistischen Ausbeutung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie durch eine Anzahl weiterer Aktionen des FDGB zu einem wirksameren Kampf gegen den Bonner Neokolonialismus befähigt.

Der Legende vom westdeutschen Wirtschaftswunder stellt die DDR ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung entgegen. Auch in den Kreisen westdeutscher bürgerlicher Ökonomen setzt sich immer mehr die Auffassung durch, daß, wenn es in Deutschland überhaupt ein Wirtschaftswunder gegeben hat, dies in der DDR vollbracht wurde. Denn so wie die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vom Imperialismus zum „Dorf der Welt“ degradiert wurden und werden, so war das Gebiet, auf dem sich heute die DDR befindet, das „Dorf“ des imperialistischen Deutschlands. In seiner ökonomischen Struktur überwogen ebenfalls die Landwirtschaft und einige Zweige der Leichtindustrie. Unter den Bedingungen ständiger Störaktionen durch Westdeutschland, trotz des NATO-Stützpunktes, Provokationsherdes und Agentennetzes Westberlin inmitten des Landes, ist es der DDR gelungen, eine eigene proportionierte Industrie zu schaffen, die eine wichtige Rolle im System der internationalen Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Weltsystems spielt. Dabei entwickelte sich die DDR zu einer der größten Industriemächte in Europa.

Auf dieser Grundlage ist die DDR in der Lage, den jungen souveränen Staaten neben der wesentlich bedeutenderen politischen auch eine beachtliche materielle Hilfe zu leisten, die in einigen jungen souveränen Staaten, darunter vor allem auch im Nahen

und Mittleren Osten, insbesondere in der VAR, stark ins Gewicht fällt. Die Wirtschaftsbeziehungen der DDR enthalten all die – bereits genannten – Vorteile für die jungen souveränen Staaten, die im allgemeinen charakteristisch für die wirtschaftlichen Kontakte mit sozialistischen Staaten sind.

Hervorzuheben ist indessen vor allem die hohe Bedeutung der DDR als Vermittlerin von technisch-wissenschaftlichem und kulturellem Wissen. So wie der Beitrag der DDR innerhalb der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sich dadurch kennzeichnen läßt – und sich künftig noch mehr kennzeichnen lassen wird –, daß er besonders intelligenzintensiv ist, so wird auch der arbeitsteilige Beitrag der DDR zur Erfüllung der Verpflichtungen des sozialistischen Weltsystems gegenüber den jungen souveränen Staaten vor allem von dieser Seite her bestimmt.

Für die Stärkung des Kampfbündnisses der jungen souveränen Staaten mit der DDR ergibt sich daraus für die DDR die Aufgaben, ihre antineokolonialistische Wirksamkeit noch zu erhöhen, für die jungen souveränen Staaten aber die Möglichkeit, hierzu mit beizutragen und diese sie unterstützende Kraft besser in ihrem Interesse auszunutzen. Infolge der objektiven Interessenübereinstimmung zwischen den sozialistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung führt die Stärkung der einen gesellschaftlichen Triebkraft zur Stärkung der anderen und umgekehrt.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Politik der sozialistischen Staaten und der jungen souveränen Länder zu sehen, die auf eine allgemeine und totale Abrüstung, auf die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa und Afrika, auf die schließliche Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen, auf die Liquidierung aller Überreste des letzten Krieges und auf die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte gerichtet ist. Eine Verwirklichung dieser Politik würde die imperialistischen und neokolonialistischen Kräfte zusätzlich binden und ungewöhnliche, bisher für die Rüstung vergeudete Potenzen für die wirtschaftliche Entwicklung freimachen. Die gemeinsamen Forderungen haben ihre Spezifik in Deutschland. Sie lassen sich in den folgenden Hauptpunkten zusammenfassen:

1. den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten;
2. die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt.

Die Lösung der deutschen Frage ist keine deutsche „Familienangelegenheit“. Sie entscheidet heute in einem hohen Maße über Krieg oder Frieden in der Welt. Die Lösung der Deutschlandfrage entspannt nicht nur die Lage im Herzen Europas, sondern zugleich in Afrika, in Asien und Lateinamerika. Zum Sprecher dieser These haben sich in Afrika u. a. die Staatsoberhäupter Ghanas, Malis, Algeriens, der VAR, in Asien unter anderem diejenigen Indiens, Iraks, Burmas, Kambodschas, Laos, Indonesiens und viele andere gemacht.

Eine Erklärung der Regierung der DDR an die XVII. Tagung der Vollversammlung der UN¹³⁵ berechnet, daß durch die Abrüstung in beiden deutschen Staaten, die dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten vorausgehen müßte, umfangreiche Mittel frei würden, die jährlich rund 20 Milliarden Mark in Westdeutschland und drei Milliarden Mark in der DDR betragen würden. Mit diesem Betrag könnten jährlich rund 20 Stahlwerke mit einer Anfangskapazität

von einer Million Tonnen Stahl errichtet werden. Die Erklärung verweist ferner darauf, daß die gesamte, dem NATO-Stützpunkt Westberlin in den letzten zehn Jahren gewährte finanzielle „Entwicklungshilfe“ eine Summe erreicht, die den offiziell ausgewiesenen Betrag der sogenannten Wirtschaftshilfe für sämtliche ökonomisch schwachentwickelte Länder wesentlich übersteigt. Die Pro-Kopfquote der Hilfe für Westberlin liegt einige tausendmal höher als die der Hilfe für die ökonomisch schwachentwickelten Länder.

Die DDR fordert in dieser Erklärung – in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern –, daß die durch die Abrüstung freiwerdenden Mittel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die Vorschläge demonstrieren die volle Interessenübereinstimmung, die zwischen der DDR und den jungen souveränen Staaten in der Lösung der Deutschlandfrage besteht. Die Verwirklichung dieser Vorschläge, die mögliche Zuführung der enormen Mittel für die Entwicklung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, wäre ein besonders sinnfälliger Beweis für die antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR.

Den jungen souveränen Staaten ist es auch auf andere Weise in die Hand gegeben, die antikolonialistische Wirksamkeit der DDR zu erhöhen und sich dadurch zusätzliche Erleichterungen für ihren Unabhängigkeitskampf zu schaffen. Ein wichtiger Schritt hierzu wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch eine weitere Zahl junger souveräner Staaten. Es scheint ein Anachronismus und ein Paradoxon zu sein, daß die jungen souveränen Staaten zu einer Hauptmacht des Neokolonialismus, zu Westdeutschland, das den französischen Feldzug gegen Algerien, den englischen Überfall auf Ägypten, die holländischen Ansprüche auf Neu-Guinea, die amerikanische Bedrohung Kubas unterstützte, diplomatische Beziehungen aufnahmen und aufrechterhalten, den gleichen Schritt aber hinsichtlich einer konsequenten antikolonialistischen Macht, der DDR, unterlassen. In Wirklichkeit hätten diese Staaten einen solchen Schritt längst unternommen, wenn sie nicht dadurch einem enormen politischen und ökonomischen Druck ausgesetzt worden wären, und zwar bezeichnenderweise nicht nur seitens Westdeutschlands, sondern von den vereinten kollektiv-kolonialistischen Kräften, vornehmlich im Rahmen der NATO. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR würde nicht nur die Lösung des Deutschlandproblems erleichtern, sondern auch dazu beitragen, daß in einer Vielzahl von Ländern, mit denen die DDR noch keine Beziehungen von Regierung zu Regierung unterhält, eine zusätzliche Kraftquelle wirksam würde, die in dem betreffenden Land hilft, die Angriffe des Neokolonialismus, speziell des westdeutschen, noch erfolgreicher abzuwehren. Wir in der DDR betrachten es mit Genugtuung, daß die Angst des westdeutschen Imperialismus

¹³⁵ Unter den offiziellen Dokumenten der UNO erscheint die Erklärung unter der Bezeichnung: Stellungnahme der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Problemen der ökonomischen und sozialen Folgen der Abrüstung (Punkte 33 u. 94 der Tagesordnung der XVII. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen). Wortlaut der Erklärung in *Neues Deutschland* Nr 333 v. 4. 12. 1962.

vor der antineokolonialistischen Wirksamkeit der DDR so groß ist, daß er zu weitgehenden Zugeständnissen und Kompromissen gegenüber den jungen souveränen Staaten bereit ist und bei seiner neokolonialistischen Wirtschaftshilfe sogar oft auf einen Teil der üblichen politischen Bedingungen verzichtet, nur um als Gegenleistung die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR zu erwirken. Unter diesen Bedingungen der massiven indirekten antineokolonialistischen Wirksamkeit der DDR kann die westdeutsche neokolonialistische Wirtschaftshilfe sogar zeitweise und teilweise von den jungen souveränen Staaten für die Stärkung ihrer nationalen Belange ausgenutzt werden. Auch dies ist ein Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt, ein Ausdruck der Schwäche des westdeutschen Neokolonialismus.

Die DDR denkt nicht daran, die Frage ihrer diplomatischen Anerkennung in den Vordergrund zu stellen. Für sie ist es vordringlich, daß der Kampf gegen den Neokolonialismus mit einem maximalen Erfolgsergebnis geführt wird. Sie hält es in diesem Sinne für ihre Pflicht, dahin zu wirken, daß die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas noch schärfer zwischen ihren Freunden und Feinden in Deutschland zu unterscheiden wissen, daß ihnen die antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR bewußt wird und daß sie diese Potenz maximal im Interesse der gemeinsamen Sache nutzen.

Die antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR im Hinblick auf Westdeutschland zeichnet sich besonders deutlich in einigen nichtpaktgebundenen arabischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ab. Dieser Erscheinung kommt eine solche Bedeutung zu, daß sie als eine regionale Besonderheit der Bedingungen betrachtet werden kann, unter denen die neokolonialistische Wirtschaftsexpansion Westdeutschlands im Nahen und Mittleren Osten verläuft.

Die Errichtung von Generalkonsulaten der DDR in einigen arabischen Ländern erfolgte gegen den außerordentlich massiven Widerstand des Bonner Neokolonialismus, der eine Entfaltung der speziell gegen ihn gerichteten antineokolonialistischen Wirksamkeit der DDR in den betreffenden Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie eine Stärkung der Friedenspositionen in Europa verhindern wollte. Neben den politischen Formen, in denen die antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR ihren Ausdruck findet, spielen auch die ökonomischen und mit ihnen die wissenschaftlich-technischen Kontakte eine wichtige Rolle. Folgende Handelsvereinbarungen bestehen zur Zeit zwischen der DDR und nichtpaktgebundenen arabischen Staaten¹³⁶:

Land	Art des Abkommens	Laufzeit
Arabische Republik Syrien	Langfristiges Handelsabkommen (Regierungsabkommen)	1. Januar 1959 bis 31. Dezember 1961, verlängert für 1962.
	Langfristiges Zahlungsabkommen (Regierungsabkommen)	
Irak	Handelsabkommen (Regierungsabkommen)	Ab 26. Oktober 1958, bis zum 31. Dezember 1962 verlängert, ohne Kontingente.

¹³⁶ *Der Außenhandel* 4/5/1962, S. 72–76.

Land	Art des Abkommens	Laufzeit
Jemen	Handels- und Zahlungsabkommen (Regierungsabkommen)	Abgeschlossen am 30. Juni 1956; Laufzeit zwei Jahre, automatisch verlängert für 1962.
Libanon	Handels- und Zahlungsabkommen (Regierungsabkommen)	Vom November 1961 bis November 1964. 11 Mio lib. L je Seite jährlich.
VAR	Langfristiges Handelsabkommen (Regierungsabkommen)	1. Januar 1959 bis 31. Dezember 1961, verlängert für 1962.
	Langfristiges Zahlungsabkommen (Regierungsabkommen)	

Handelsvereinbarungen bestehen zur Zeit zwischen der DDR und paktgebundenen Staaten:

Land	Art des Abkommens	Laufzeit
Griechenland	Bankenabkommen zwischen der Deutschen Notenbank und der Bank von Griechenland	Automatisch verlängert bis 31. De- zember 1962 5 bis 6 Mio \$ je Seite.
Türkei	Abkommen zwischen der Kammer für Außenhandel der DDR und der Union der Handels- und Industrie- kammern und der Handelsbörsen der Türkei	28. April 1955, jeweils um 1 Jahr verlängert bis Juni 1962

Als Ergebnis dieser Vereinbarungen läßt der Außenhandel der DDR mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens in den Jahren 1955 bis 1960 eine besonders starke Ausweitung erkennen. Die Importe stiegen von 79 Mill. (alter) Rubel auf 189 Mill. (alter) Rubel oder um 139 v. H., die Exporte von 105 Mill. (alter) Rubel auf 187 Mill. (alter) Rubel oder um 80 v. H. Die Entstehung einer großen Zahl junger souveräner Staaten im Nahen und Mittleren Osten führte auch zu einer regionalen Neuorientierung des Außenhandels der DDR. Während 1955 noch 73 v. H. der Nah- und Mittelostimporte aus den paktgebundenen Staaten bezogen wurden, sank der Anteil bis 1960 auf 21 v. H. In der gleichen Zeitspanne wurde die Quote dieser Staatengruppe am regionalen Export der DDR von 69 v. H. auf 19 v. H.¹³⁷ gesenkt. Diese Entwicklung stimmt völlig überein mit der Außenhandelspolitik der DDR und bringt die Festigung der ökonomischen Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten deutlich zum Ausdruck. Von starkem Interesse ist auch die nahezu völlige Ausgeglichenheit des Handels mit diesen Ländern. Ferner ist die besonders rasch gewachsene Rolle Ägyptens im Außenhandel der DDR zu beachten. Dieses Land ist zum wichtigsten überseeischen Handelspartner der DDR geworden.

Die DDR baut in der VAR mehr als zwölf neue Werke auf mit einem Kredit, der in zwölf Jahresraten mit 2,5 v. H. Zinsen rückzahlbar ist. Hervorzuheben ist die

¹³⁷ Statistisches Jahrbuch der DDR 1960 u. 1961.

Tatsache, daß die VAR die Möglichkeit erhielt, ihre Schulden mit Produkten der neu eingerichteten Industrieanlagen zu tilgen.¹³⁸ Dies bezieht sich vor allem auf Baumwollgarne aus der Spinnerei Sibīn al-Kūm, die nahezu ausschließlich mit Maschinen aus der DDR eingerichtet wurde. Die polygraphischen Maschinen aus der DDR decken den Gesamtbedarf des Landes.

Diese Bedingungen beeinflussen die ägyptische Außenhandelspolitik außerordentlich günstig. Die antineokolonialistische Wirksamkeit der DDR auf diesem Gebiet trägt dazu bei, in der VAR die Meinung zu festigen und öffentlich zu verbreiten, „daß die (west-)deutschen Kredite und die Kreditversicherung zu teuer seien und daß man nicht gewillt sei, die Industrialisierung des Landes mit der Fütterung der (west-)deutschen Banken zu belasten“¹³⁹.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VAR und der DDR – und des dadurch möglich gewordenen engeren Austauschs von Meinungen und Ansichten – haben die Verurteilungen des Bonner Neokolonialismus wesentlich an Zahl und Schärfe zugenommen.¹⁴⁰ So enthüllt ein Regierungsblatt den Charakter der westdeutschen Exportoffensive und konfrontiert sie mit der Bonner Außenpolitik:

„Westdeutschlands aufsehenerregender wirtschaftlicher Wiederaufstieg beruhte auf Märkten und Projekten, die wir Afro-Asiaten öffneten und vorschlugen. Es bedarf keiner Erläuterung, daß die Befreiung der Araber und die Industrialisierung ihrer Länder den (west-) deutschen Interessen dient: denn (West-) Deutschlands Handel wird ausgedehnt und seine Wirtschaft gestärkt. Aber Adenauer steht jetzt auf Seiten de Gaulles Schlächterpolitik in Algerien . . . Dieser Schritt bedeutet eine Aggression gegen die Araber und zwingt uns, scharf gegen Adenauer Front zu machen.“¹⁴¹

In Würdigung der antineokolonialistischen Wirksamkeit der DDR sowie in ihrem eigenen Interesse sind die neutralen, nichtpaktgebundenen arabischen Staaten im Nahen und Mittleren Osten im wachsenden Maße bereit, die Forderungen zu unterstützen, die auf eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage gerichtet sind. Durch die Unterstützung der Politik der DDR in der Deutschlandfrage tragen die arabischen Staaten nicht nur zur Durchsetzung ihrer Politik der friedlichen Koexistenz bei, sondern sie treffen den deutschen Imperialismus im Zentrum seiner Expansionsbestrebungen und schwächen dadurch seine neokolonialistischen Triebkräfte an der Wurzel.

¹³⁸ Während sich die DDR hierzu bereit erklärt, jammert man in Westdeutschland über die dadurch für westdeutsche Firmen entstehende Konkurrenz. Siehe hierzu *Industriekurier*, Düsseldorf, v. 14. 2. 1959.

¹³⁹ *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik*, Frankfurt/M., 3/1959, S. 140/141.

¹⁴⁰ Aus der Kairoer Zeitung Aš-Ša'b, zitiert nach *Süddeutsche Zeitung* Nr 209 v. 1. 9. 1959.

¹⁴¹ Siehe im einzelnen hierzu den grundlegenden Artikel des Bevollmächtigten der DDR in den arabischen Staaten, Kieseewetter, Wolfgang, Zum zehnten Jahrestag der Revolution in Ägypten, in *Deutsche Außenpolitik* 7/1962, S. 753–764.

²⁹ Kolonialismus und Neokolonialismus

So verschmelzen die Bestrebungen der DDR zur Lösung der „Nah- und Mittel-ostfrage“ im Sinne des Antiimperialismus mit den Anstrengungen der nichtpaktgebundenen arabischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zur Lösung der Deutschlandfrage im gleichen antiimperialistischen Sinne. Indem die DDR den westdeutschen Imperialismus vor allem in seiner engeren Wirkungssphäre, in Westdeutschland selbst und in Europa, aber auch in seiner peripheren Wirkungssphäre, darunter im Nahen und Mittleren Osten, zügelt, hilft sie dem deutschen Volk und schafft Bedingungen, die den nichtpaktgebundenen Staaten im Nahen und Mittleren Osten die Realisierung ihrer historischen Aufgaben erleichtern. Und umgekehrt, indem die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens den westdeutschen Imperialismus primär in seiner äußeren Wirkungssphäre, in ihren eigenen Territorien, aber auch in seiner engeren Wirkungssphäre, in Europa, bekämpfen, helfen sie sich ebenfalls selbst und erleichtern der DDR die Erfüllung ihrer historischen Aufgaben.

In den genannten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens werden daher auch die jüngsten Maßnahmen der DDR, die mit dem 13. August 1961, der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls um Westberlin, im Zusammenhang stehen, begrüßt und unterstützt. Aus der Vielzahl der vorliegenden Beispiele sei die Stellungnahme von zwei führenden Kairoer Zeitungen zitiert. So schreibt „Al-Ahrām“: „Die Krise wurde weniger akut, als Ostdeutschland die Mauer in Berlin errichtete“.¹⁴² „Al Mašā“ kommentiert: „Adenauer und seine Kollegen ziehen es vor, die Stadt, die sie zu lieben vorgeben, lieber zu zerstören, als den Alliierten auch nur die leiseste Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten zu erlauben.“¹⁴³

Schließlich sei auf zustimmende Erklärungen zum Abschluß eines Friedensvertrages hingewiesen, die durch ihre Klarheit und Eindeutigkeit außerordentliche Beunruhigung in Bonn ausgelöst haben.

Die in Bagdad erscheinende „Šaut al-aḥrār“ schreibt: „Den Kriegsprovokationen der westdeutschen Imperialisten kann nur durch den Abschluß eines Friedensvertrages Einhalt geboten werden. Sollte die Unterzeichnung mit beiden deutschen Staaten nicht möglich sein, müßte er allein mit der DDR abgeschlossen werden.“¹⁴⁴

Die theoretische Zeitschrift für Mitarbeiter des VAR-Staatsapparates „Mağalla al muwāšafin“ unterstreicht die Politik der DDR mit folgenden grundsätzlichen Bemerkungen: „Die DDR-Vorschläge basieren auf dem Selbstbestimmungsrecht. Sie entsprechen nicht nur dem Interesse des deutschen Volkes, sondern spiegeln auch das Interesse der Menschheit, das aller Völker wider. Die DDR-Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages werden von den freien Völkern unterstützt, wie das auf der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September vergangenen Jahres zum Ausdruck kam.“¹⁴⁵

Die Analyse beweist, daß die DDR in den genannten Staaten über wichtige Verbündete verfügt, und umgekehrt ist die DDR ein zuverlässiger Verbündeter dieser Staaten. Sie macht ferner deutlich, daß die Erkenntnis von der antineokolonial-

istischen Wirksamkeit der DDR sich auch in allen anderen von der westdeutschen Wirtschaftsexpansion bedrohten Ländern ausbreitet, insbesondere auch in den paktgebundenen nichtarabischen Ländern. Als untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems steht die DDR fest an der Seite der Länder des Nahen und Mittleren Ostens in ihrem Ringen um politische und ökonomische Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

¹⁴² Zitiert nach *Neues Deutschland* v. 21. 7. 1962.

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ Ebenda, v. 8. 8. 1962.

¹⁴⁵ Ebenda, v. 12. 9. 1962.

Auswahl
der in der DDR in deutscher Sprache erschienenen Arbeiten
über den Vorderen Orient und Nordafrika

Zusammengestellt von S. Richter und M. Müller

I. Sprach-, literatur- und kulturgeschichtliche Arbeiten zum alten Vorderen Orient

1. Allgemein
2. Ägypten
3. Mesopotamien
4. Syrien und Palästina
5. Kleinasien und Urartu

II. Sprach-, literatur- und kulturgeschichtliche Arbeiten zum Vorderen Orient und Nordafrika seit dem 7. Jh.

1. Arabistik
 - a) Wissenschaftsgeschichte
 - b) Grammatiken, Wörterbücher, Chrestomathien, Kataloge, Sammelbände und Texteditionen
 - c) Sprach-, Literatur- und Kulturgeschichte
2. Iranistik
3. Turkologie
4. Semitistik

III. Untersuchungen zu Fragen des Kolonialismus, Neokolonialismus und der nationalen Befreiungsbewegung im Vorderen Orient und in Nordafrika

1. Allgemein
2. Einzelne Länder
 - a) Ägypten/VAR
 - b) Algerien
 - c) Arabische Halbinsel
 - d) Irak
 - e) Iran
 - f) Israel
 - g) Jordanien
 - h) Libanon
 - i) Marokko
 - j) Sudan
 - k) Syrien
 - l) Tunesien
 - m) Türkei

IV. Reisebeschreibungen, Reportagen, Bildbände und schöngestige Literatur

1. Reisebeschreibungen, Reportagen, Bildbände u. a.
2. Übersetzungen schöngestiger Literatur von Autoren aus dem Vorderen Orient und Nordafrika
3. Sonstige schöngestige Literatur zum Vorderen Orient und Nordafrika in deutscher Sprache

Abkürzungen

ADAW	Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Berlin
AIAB	Aus der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin
ASAW	Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Berlin
Außenhandel	Der Außenhandel und Innerdeutsche Handel, Berlin
BVSAW	Berichte über die Verhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, phil.-hist. Klasse, Berlin
DA	Deutsche Außenpolitik, Berlin
DIM	Länderberichte des Deutschen Instituts für Marktforschung, Berlin
DWI	Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin
Einheit	Einheit — Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin
FuF	Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik, Berlin
ITH	Iranische Texte und Hilfsbücher, Leipzig
MIO	Mitteilungen des Instituts für Orientforschung, Berlin
Misc.	Miscellanea Academica Berolinensia. Gesammelte Abhandlungen zur Feier des 250jährigen Bestehens der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. II/2, Berlin 1950
NZ	Neue Zeit, Wochenzeitschrift für Weltpolitik. Moskau, dt. Ausgabe
Prob. d. F. u. d. Soz.	Probleme des Friedens und des Sozialismus, Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information, Berlin
OLZ	Orientalistische Literaturzeitung, Berlin
SDAW	Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst, Berlin
Sowjetwissenschaft	Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin
SSA	Schriften der Sektion für Altertumswissenschaft bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin
SSAW	Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, phil.-hist. Klasse, Berlin
VIO	Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin

VSDAW	Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin
WA	Wissenschaftliche Annalen, Berlin
WGB	Weltgewerkschaftsbewegung, Berlin
Wirtschaft	Die Wirtschaft, Zeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, Berlin
WW	Wirtschaftswissenschaft, Berlin
WZB	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZ Binnenhandel	Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Binnenhandel, Leipzig
WZH	Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZJ	Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZL	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZP	Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „W. Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin

I. Sprach-, literatur- und kulturgeschichtliche Arbeiten zum alten Vorderen Orient

I. Allgemein

- Alt, A.
Hettitische und ägyptische Herrschaftsordnung in unterworfenen Gebieten, *FuF*, 25 (1949), S. 249–251
Archäologische Übersichtskarte des Alten Orients. Mit einem Katalog der wichtigsten Fundplätze, hrg. v. H. Mode, Weimar 1959
Aus Antike und Orient. Festschrift Wilhelm Schubart zum 75. Geburtstag, hrg. v. S. Morenz, Leipzig 1950
Awdijew, W. I.
Geschichte des Alten Orients, Berlin 1953
Dornseiff, F.
Antike und Alter Orient. Interpretationen, Leipzig 1956
Festschrift Otto Eissfeldt zum 60. Geburtstage, hrg. v. J. Fück, Halle 1947
Grapow, H.
Die Begründung der orientalischen Kommission von 1912. Aus der Geschichte der Akademie in den letzten 50 Jahren, *VSDAW*, H. 40 (1950)
Herrmann, S.
Die Königsnovelle in Ägypten und in Israel, *WZL*, 3 (1953/54), S. 33–44
Sozialökonomische Verhältnisse im Alten Orient und im klassischen Griechenland und Rom. Tagung der Sektion Alte Geschichte der deutschen Historiker-Gesellschaft vom 12.–17. Okt. 1959 in Altenburg, Berlin 1961
Struwe, W. W.
Der Alte Orient, *Chrestomathie*, Bd. I, Berlin 1955
Welskopf, E. Ch.
Die Produktionsverhältnisse im Alten Orient und in der griechisch-römischen Antike. Ein Diskussionsbeitrag, *SSA*, Nr. 5, (1957)
Wolley, L.
Mit Hacke und Spaten. Die Erschließung versunkener Kulturen, 3. Aufl., Leipzig 1951

2. Ägypten

- Ägyptologische Studien (Festschrift für H. Grapow), hrg. v. O. Firchow, *VIO* 29 (1955)
Awdijew, W. I.
Das Kulturerbe des alten Ägypten, *WZH*, 10 (1961), S. 1346–1351
Böhlig, A. und Labib, P.
Die koptisch-gnostische Schrift ohne Titel aus Codex II von Nag Hammadi im Koptischen Museum zu Alt-Kairo, *VIO*, 58 (1962)
Brunner, H.
Die Zeit des Cheops, *OLZ*, 53 (1958), Sp. 293–301
Deines, H. v. und Westendorf, W.
Zur ägyptischen Wortforschung V. Proben aus den Wörterbüchern zu den medizinischen Texten, *ADAW*, Jg. 1956, Nr. 6 (1957)
Edel, E.
Inschriften des alten Reiches, *MIO* 1 (1953), S. 210–226; 327–336; *MIO* 2 (1954), S. 183–188
Edel, E.
Zur Vokalisation des Neuägyptischen, *MIO* 2 (1954), S. 30–43
Erman, A., Grapow, H. u. a.
Wörterbuch der ägyptischen Sprache, Bd. I–VI. 2. unveränd. Neudruck, Berlin 1957, Bd. VII: Rückläufiges Wörterbuch, Berlin 1963
Firchow, O.
Untersuchungen zur ägyptischen Stilistik II. Grundzüge der Stilistik in den altägyptischen Pyramidentexten, *VIO* 21 (1953)
Firchow, O.
Thebanische Tempelschriften aus griechisch-römischer Zeit. Aus dem Nachlaß von K. Sethe. (Urkunden des ägyptischen Altertums, Abt. VIII, Bd. 1) Berlin 1957
Grapow, H.
Studien zu den Annalen Thutmosis III. und zu ihnen verwandten historischen Berichten des Neuen Reiches, *ADAW*, Jg. 1947, Nr. 2 (1949)
Grapow, H.
Zur Wortbildung des Ägyptischen, *Misc.*, S. 54–76
Grapow, H.
Untersuchungen zur ägyptischen Stilistik I. Der stilistische Bau der Geschichte des Sinuhe, *VIO* 10 (1952)
Grapow, H.
Die Erforschung der altägyptischen Kultur im Rahmen der Akademie, *VSDAW*, H. 55 (1954)
Grapow, H., Deines, H. v., Westendorf, W.
Gundriß der Medizin der alten Ägypter, Bde. I–VIII erschienen: Bd. IX in Vorbereitung. Berlin 1954 ff.
Grapow, H.
Wie die alten Ägypter sich anredeten, wie sie sich grüßten und wie sie miteinander sprachen, *SSA*, Nr. 26, 2. Ausgabe (1960)

- Helck, W.
 Urkunden der 18. Dynastie (Urkunden des ägyptischen Altertums, Abt. IV.)
 H. 17: Historische Inschriften Thutmosis' III. und Amenophis' II.
 H. 18: Biographische Inschriften von Zeitgenossen Thutmosis' III. und Amenophis' II.
 H. 19: Historische Inschriften Thutmosis' IV. und biographische Inschriften seiner Zeitgenossen
 H. 20: Historische Inschriften Amenophis' III.
 H. 21: Inschriften von Zeitgenossen Amenophis' III.
 H. 22: Inschriften der Könige von Amenophis' III. bis Haremheb und ihrer Zeitgenossen, Berlin 1955–58, Übersetzg. zu den Heften 17 bis 22, Berlin 1961
- Hermann, A.
 Sinuhe – ein ägyptischer Schelmenroman?, OLZ 48 (1953), Sp. 101–109
- Herrmann, S.
 Untersuchungen zur Überlieferungsgestalt mittelägyptischer Literaturwerke, VIO 33 (1957)
- Hintze, F.
 Untersuchungen zu Stil und Sprache neuägyptischer Erzählungen, VIO 2 und 6 (1950–52)
- Hintze, F.
 Studien zur meroitischen Chronologie und zu den Opfertafeln aus den Pyramiden von Meroe, ADAW, Jg. 1959, Nr. 2 (1959)
- Hintze, F.
 Die Inschriften des Löwentempels von Musawwarat es Sufra, ADAW, Jg. 1960, Nr. 3 (1963)
- Kees, H.
 Das alte Ägypten. Eine kleine Landeskunde, Berlin 1955
- Kees, H.
 Der Götterglaube im alten Ägypten, Berlin 1955 (Nachdruck)
- Kees, H.
 Zur Organisation des Ptahtempels in Karnak und seiner Priesterschaft, MIO 3 (1955), S. 329–344
- Kees, H.
 Totenglauben und Jenseitsvorstellungen der alten Ägypter, 2. Aufl. Berlin 1956
- Kees, H.
 Eine bedeutende Amonspriesterfamilie der Ramessidenzeit, OLZ 56 (1961), Sp. 5–10
- Morenz, S.
 Ägypten und das Berliner Ägyptische Museum, Berlin 1954
- Morenz, S. und Müller, D.
 Untersuchungen zur Rolle des Schicksals in der ägyptischen Religion, ASAW, Bd. 52,1 (1960)
- Otto, E.
 Topographie des thebanischen Gaues (Untersuchungen zur Geschichte und Altertumskunde Ägyptens Bd. 16), Berlin 1952
- Rieth, A.
 Zur Technik des Bohrens im alten Ägypten, MIO 6 (1958), S. 176–186
- Senk, H.
 Ägyptische Kunstgeschichte, zur Problematik ihrer Erforschung, OLZ 58 (1963), Sp. 5–13

- Till, W. C.
 Die Satzarten im Koptischen, MIO 2 (1954), S. 378–402
- Till, W. C.
 Koptische Grammatik, 2. Aufl., Leipzig 1961
- Vycichl, W.
 Neues Material zur Form des ägyptischen Nomen Agentis qattāl, OLZ 48 (1953), Sp. 293–294
- Westendorf, W.
 Der Gebrauch des Passivs in der klassischen Literatur der Ägypter, VIO 18 (1953)
- Westendorf, W.
 Vom Passiv zum Aktiv. Entwicklungstendenzen der altägyptischen Sprache, MIO 1 (1953), S. 227–232
- Zeitschrift für ägyptische Sprache und Altertumskunde, Berlin

3. Mesopotamien

- Assyrisch-Babylonische Kultur (Große Sowjet-Enzyklopädie, Reihe Kunst und Literatur 23), Berlin 1954
- Bernhardt, I. und Aro, J.
 Mittelbabylonische Briefe in der Hilprecht-Sammlung, WZJ 8 (1958/59), S. 565–574 u. Taf. I–XV
- Bernhardt, I. und Kramer, S. N.
 Sumerische literarische Texte in der Hilprecht-Sammlung, WZJ 5 (1955/56), S. 753–763
- Bernhardt, I. und Kramer, S. N.
 Götter-Hymnen und Kult-Gesänge der Sumerer auf zwei Keilschrift-, „Katalogen“ in der Hilprecht-Sammlung, WZJ 6 (1956–57), S. 389–395
- Bernhardt, I. und Kramer, S. N.
 Enki und die Weltordnung, WZJ 9 (1959/60), S. 231–256 u. Taf. I–XVIII
- Ebeling, E.
 Bruchstücke einer mittelasyrischen Vorschriftensammlung für die Akklimatisierung und Trainierung von Wagenpferden, VIO 7 (1951)
- Ebeling, E.
 Die akkadische Gebetsserie „Handerhebung“, VIO 20 (1953)
- Ebeling, E.
 Literarische Keilschrifttexte aus Assur, Berlin 1953
- Ebeling, E.
 Stiftungen und Vorschriften für assyrische Tempel, VIO 23 (1954)
- Jaritz, K.
 Quellen zur Geschichte der Kaššû-Dynastie, MIO 6 (1958), S. 187–265
- Klengel, H.
 Benjaminiten und Hanäer, WZB 8 (1958/59), S. 211–227
- Köcher, F.
 Der babylonische Göttertypentext, MIO 1 (1953), S. 57–107

- Köcher, F.
Keilschrifttexte zur assyrisch-babylonischen Drogen- und Pflanzenkunde, VIO 28 (1955)
- Kramer, S. N. und Bernhardt, I.
Sumerische literarische Texte aus Nippur Bd. 1 (Texte und Materialien der Frau Prof. Hilprecht-Sammlung vorderasiatischer Altertümer im Eigentum der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Neue Folge III), Berlin 1961
- Meyer, G. R.
Der Tell Halaf. Eine Ruinenstätte in Nordsyrien, Sonderheft der Wissenschaftlichen Annalen, Berlin 1958
- Meyer, G. R.
Durch vier Jahrtausende altvorderasiatischer Kultur. Vorderasiatisches Museum, 2. Aufl., Berlin 1962
- Oberhuber, K.
Zur Struktur des Sumerischen, OLZ 49 (1954), Sp. 5–20
- Petschow, H.
Neubabylonisches Pfandrecht, ASAW, Bd. 48,1 (1956)
- Soden, W. v.
Grundsätzliches zum Akkadischen Wörterbuch, OLZ 52 (1957), Sp. 485–492

4. Syrien und Palästina

- Astleitner, J.
Untersuchungen zur Grammatik des Ugaritischen, BVSAW, Bd. 100,6 (1954)
- Aistleitner, J.
Wörterbuch der ugaritischen Sprache, BVSAW, Bd. 106,3 (1963)
- Alt, A.
Der Stadtstaat Samaria, BVSAW, Bd. 101,5 (1954)
- Alt, A.
Die Herkunft der Hyksos in neuer Sicht, BVSAW, Bd. 101,6 (1961) unveränd. Nachdruck
- Bardtke, H.
Die Handschriftenfunde am Toten Meer, Berlin 1952
- Bardtke, H.
Hebräische Konsonantentexte, Leipzig 1954
- Bardtke, H.
Die Handschriftenfunde am Toten Meer. Die Sekte von Qumrān, Berlin 1958
- Eissfeldt, O.
El im ugaritischen Pantheon, BVSAW, Bd. 98,4 (1951)
- Eissfeldt, O.
Taaautos und Sanchuniaton, SDAW, Jg. 1952, Nr. 1 (1952)
- Eissfeldt, O.
Der Beutel der Lebendigen, BVSAW, Bd. 105,6 (1960)

- Goessecke, H.
Die Sprache der semitischen Texte Ugarits und ihre Stellung innerhalb des Semitischen, WZH 7 (1957/58), S. 624–652
- Herrmann, W.
Der historische Ertrag der altbyblischen Königsinschriften, MIO 6 (1958), S. 14–32
- Jirku, A.
Die Ausgrabungen in Palästina und Syrien, Halle 1956
- Kahle, P. E.
Die Kairoer Genisa, Berlin 1962
- Meyer, R.
Die Bedeutung der linearen Vokalisation für die hebräische Sprachgeschichte, WZL 3 (1953/54), S. 67–76
- Meyer, R.
Das Gebet des Nabonid. Eine in den Qumran-Handschriften wiederentdeckte Weisheits-erzählung, SSAW, Bd. 107,3 (1962)
- Steuernagel, C.
Hebräische Grammatik, 14. Aufl., Leipzig 1962
- Thomsen, P.
Die Palästina-Literatur. Bd. VI: Die Literatur der Jahre 1935–39, Berlin 1953 ff.; Bd. A: Die Literatur der Jahre 1878–1894, Berlin 1957 ff.

5. Kleinasien und Urartu

- Alt, A.
Die geschichtliche Bedeutung der neuen phönikischen Inschriften aus Kilikien, FuF 24 (1948), S. 121–124
- Bossert, H. Th.
Untersuchungen hieroglyphenhethitischer Wörter, MIO 2 (1954), S. 78–103, 226–288; 3 (1955), S. 58–72; 4 (1956), S. 190–210
- Freydank, H.
Eine hethitische Fassung des Vertrages zwischen dem Hethiterkönig Šuppiluliuma und Aziru von Amurru, MIO 7 (1959), S. 356–381
- Kammenhuber, A.
Studien zum hethitischen Infinitivsystem, MIO 2 (1954), S. 44–77, 245–265, 403–444; 3 (1955), S. 31–57, 345–377; 4 (1956), S. 40–80
- Kammerhuber, A.
Zu den altanatolischen Sprachen: Luvisch und Paläisch, OLZ 50 (1955), Sp. 352–378
- Meyer, G. R.
Zwei neue Kizzuwatna-Verträge, MIO 1 (1953), S. 109–124
- Meyer, G. R.
Urartäische Altertümer aus Karmir-Blur, WA 4 (1955), S. 508–511
- Meyer, G. R.
Die sowjetischen Ausgrabungen in Teschebaïni und Ir(e)pûni, WA 6 (1957), S. 834–851

- Otten, H.
Mythen vom Gotte Kumarbi, VIO 3 (1950)
- Otten, H.
Ein kanaanäischer Mythos aus Boghazköy, MIO 1 (1953), S. 125–150
- Otten, H.
Luvische Texte in Umschrift, VIO 17 (1953)
- Otten, H.
Zur grammatikalischen und lexikalischen Bestimmung des Luvischen, VIO 19 (1953)
- Otten, H.
Keilschrifturkunden aus Boghazköi, H. XXXV: Luvische und Paläische Texte; H. XXXVI: Vorwiegend Mythen, Epen, Gebete und Texte in althethitischer Sprache; H. XXXIX: Hethitische Rituale, Berlin 1953–63
- Otten, H.
Hethitische Schreiber in ihren Briefen, MIO 4 (1956), S. 179–189
- Otten, H.
Hethitische Totenrituale, VIO 37 (1958)
- Riemschneider, K. K.
Die hethitischen Landschenkungsurkunden, MIO 6 (1958), S. 321–381
- Rost, L.
Ein hethitisches Ritual gegen Familienzweist, MIO 1 (1953), S. 345–379
- Werner, R.
Zur Stellung des Luvischen unter den altanatolischen Sprachen, OLZ 49 (1954), Sp. 293–306

II. Sprach-, literatur- und kulturgeschichtliche Arbeiten zum Vorderen Orient und Nordafrika seit dem 7. Jh.

1. Arabistik

a) Wissenschaftsgeschichte

- Fleischhammer, M.
Die Orientalistik an der Universität Halle (1694–1937), WZH, 7 (1957/58), S. 913
- Fück, J.
Die arabischen Studien in Europa bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1955
- Fück, J.
Carl Brockelmann als Orientalist, WZH 7 (1957/58), S. 857–875
- Giesecke, H. H.
Hartmann-Bibliographie (Festgabe zum 70. Geburtstag von Richard Hartmann), Leipzig 1951

- Kratschkowski, I. J.
Über arabische Handschriften gebeugt. Erinnerungen an Bücher und Menschen, Leipzig 1949
- Kratschkowski, I. J.
Die russische Arabistik, Leipzig 1957
- Reuschel, W.
Heinrich Leberecht Fleischer (1801–1888), der Begründer der Leipziger Schule der Arabistik. Karl-Marx-Universität 1409–1959, Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 1, Leipzig 1959, S. 422–438

b) Grammatiken, Wörterbücher, Chrestomathien, Kataloge, Sammelbände und Texteditionen

- Brockelmann, C.
Arabische Grammatik, 15. Aufl., Leipzig 1962
- Brünnow, R.-E. und Fischer, A.
Arabische Chrestomathie aus Prosaschriftstellern, 8. Aufl., Leipzig 1962
- Fück, J.
Documenta islamica inedita, Berlin 1952
- Garbers, K.
Kitāb kīmyā' al-'iṭr wat-taṣ 'idāt. Buch über die Chemie des Parfüms und die Destillationen von Ya'qūb b. Ishāq al-Kindī (Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes XXX), Leipzig 1948
- Köcher, E.
Untersuchungen zu Ġamīl al-Mudawwar Ḥadārat al-islām fī Dār as-salām, VIO 43 (1958)
- Littmann, E.
Arabische Geisterbeschwörungen aus Ägypten, Leipzig 1950
- Siggel, A.
Katalog der arabischen alchemistischen Handschriften Deutschlands (Union Académique Internationale), 3 Bde., Berlin 1949–56
- Siggel, A.
Arabisch-deutsches Wörterbuch der Stoffe aus den drei Naturreichen, die in arabischen alchemistischen Handschriften vorkommen, VIO 1 (1950)
- Siggel, A.
Decknamen in der arabischen alchemistischen Literatur, VIO 5 (1951)
- Strothmann, R.
Morgenländische Geheimsekten in abendländischer Forschung und die Handschrift Kiel arab. 19, ADAW, Jg. 1952, Nr. 5 (1953)
- Strothmann, R.
Esoterische Sonderthemen bei den Nusairi, ADAW, Jg. 1956, Nr. 4 (1958)
- Wehr, H.
Arabisches Wörterbuch. Arabisch-deutsch, 3. Aufl., Leipzig 1958

c) Sprach-, Literatur- und Kulturgeschichte

- Erdmann, K.
Über die Anfänge der islamischen Kunst, OLZ 1962, 57 Sp. 5–9
- Feist, P. H.
Untersuchungen zur Bedeutung orientalischer Einflüsse für die Kunst des frühen Mittelalters, WZH 2 (1952/53), S. 27–79
- Fleischhammer, M.
Die Bedeutung des Kitāb al-Aġānī für die Kulturgeschichte des frühen Islam, WZH 10 (1961), S. 1392
- Fück, J.
'Arabīya. Untersuchungen zur arabischen Sprach- und Stilgeschichte, ASAW, Bd. 45,1 (1950)
- Fück, J.
„Arabische“ Musikkultur und Islam, OLZ 48 (1953), Sp. 20–27
- Hartmann, R.
Islam und Nationalismus, ADAW, Jg. 1945/46, Nr. 5 (1948)
- Hartmann, R.
Zur Vorgeschichte des abbasidischen Schein-Chalifates von Cairo, ADAW, Jg. 1947, Nr. 9 (1950)
- Hartmann, R.
Zwei neuere Arbeiten zum Verständnis des Idrīsī, OLZ 56 (1961), Sp. 579–581
- Kahle, P.
Muḥammed Ibn Dānījāl und sein zweites arabisches Schattenspiel, Misc. S. 151–167
- Köcher, E.
Ya'qūb b. Dā'ūd, Wezīr al-Mahdīs, MIO 3 (1955), S. 378–420
- Mommsen, K.
Goethe und die Moallakat, SDAW, Jg. 1960, Nr. 2, 2. durchges. Aufl., 1961
- Mommsen, K.
Goethe und 1001 Nacht, Berlin 1960
- Paret, R.
Leitgedanken in Mohammeds frühesten Verkündigungen, OLZ 52 (1957), Sp. 389–392
- Paret, R.
Sure 107, OLZ 56 (1961), Sp. 468–472
- Reuschel, W.
Al-Ḥalīl Ibn-Aḥmad, der Lehrer Sibawaihs, als Grammatiker, VIO 49 (1959)
- Reuschel, W.
Zur Klassifikation der arabischen Konsonanten bei Sibawaih, WZH 10 (1961), S. 1392–93
- Simon, H.
Ibn Khaldūns Wissenschaft von der menschlichen Kultur, Leipzig 1959
- Simon, H.
Zum Problem der Morgenland-Abendland-Antithese im Mittelalter, WZB 9 (1959/60), S. 119–124

2. Iranistik

- Berthels, E. E.
Die persische Literatur in Mittelasien, MIO 3 (1955), S. 180–221
Der wißbegierige Sohn. Ein mittelpersischer Text über das Kustik. Herausgg. u. übers. v. H. F. J. Junker. Mit einem Kommentar v. J. C. Tavadia, ITH, Nr. 3 (1959)
- Goesseke, G.
Die Miniaturen im Dīwān von Mīr 'Alī Šīr Nawā'i der Bibliothek der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Halle, WZH 10 (1961), S. 113–138
- Junker, H.
Das Frahang i Pahlavik, ITH Nr. 1 (1955)
- Kheirkhāh-Esfahani
Über iranisches Theater, WZH 10 (1961), S. 1414–1417
- Koppe, R.
Statistik und Semantik der arabischen Lehnwörter in der Sprache 'Alawī's, WZH 9 (1959/60), S. 585–619
- Meier, F.
Die Vita des Scheich Abū Ishāq al-Kāzarūnī in der persischen Bearbeitung v. Maḥmūd b. 'Uṭmān (Bibliotheca Islamica 14), Leipzig 1948
- Reuschel, W.
Edward FitzGerald (1809–1883) und die Omar Khayyam-Übersetzungen WZL 11 (1962), S. 627–631
- Rypka, J.
Iranische Literaturgeschichte, ITH, Nr. 4 (1959)
- Spuler, B.
Die Mongolen in Iran. 2. erw. Aufl. Berlin 1955
- Tavadia, J. C.
Die mittelpersische Sprache und Literatur der Zarathustrier, ITH Nr. 2 (1956)

3. Turkologie

- Brockelmann, C.
Das altosmanische Volksbuch Menāqibī ġazawāti Sulṭān Sarī Saltīq Ġāzī, Misc. S. 168–193
- Gabain, A. v.
Altürkische Grammatik, 2. Aufl., Leipzig 1950
- Gabain, A. v.
Über die Ahnen der Türkvolker, MIO 1 (1953), S. 474–479
- Gabian, A. v.
Türkische Turfan-Texte VIII: Texte in Brahmschrift, ADAW, Jg. 1952, Nr. 7 (1955), Nachdruck
- 30 Kolonialismus und Neokolonialismus

- Gabain, A. v. und Winter, W.
Türkische Turfan-Texte IX: Ein Hymnus an den Vater Mani auf „Tocharisch“ B mit alttürkischer Übersetzung, ADAW, Jg. 1956, Nr. 2 (1958)
- Gabain, A. v.
Türkische Turfan-Texte X: Das Avadāna des Dāmons Āṭavaka, Bearb. v. T. Kowalski, ADAW, Jg. 1958, Nr. 1 (1959)
- Gabain, A. v.
Die turkologischen Resultate der Turfanfunde, WZH 10 (1961), S. 1413
- Gabain, A. v.
Maitrisimit. Faksimile der alttürkischen Version eines Werkes der buddhistischen Vaidhāsika-Schule in Faksimile hrsg. II, Berlin 1961
- Göllner, C.
Turcica. Die europ. Türkendrucke d. 16. Jh. Bd. 1, Bucuresti-Berlin 1961
- Hartmann, R.
Zur Wiedergabe türkischer Namen und Wörter in den byzantinischen Quellen, ADAW, Jg. 1952, Nr. 6 (1952)
- Hartmann, R.
Brussa eine Stätte der frühosmanischen Baukunst, OLZ 56 (1961), Sp. 341–350
- Moravcsik, G.
Byzantinoturcica I: Die byzantinischen Quellen der Geschichte der Türkvölker; II: Sprachreste der Türkvölker in den byzantinischen Quellen, Berliner Byzantinistische Arbeiten 10 und 11, 2. durchgearbeitete Aufl., Berlin 1958
- Wendt, H. F.
Die türkischen Elemente im Rumänischen, Berliner Byzantinistische Arbeiten 12, Berlin 1960

4. Semitistik

- Brockelmann, C.
Abessinische Studien, BVSAW, Bd. 97,4 (1950)
- Brockelmann, C.
Syrische Grammatik, 9. Aufl., Leipzig 1962
- Goesseke, H.
Zur Genealogie der semitischen Sprachen, WZH 10 (1961), S. 1354–1357
- Hammerschmidt, E.
Äthiopische liturgische Texte der Bodleian Library in Oxford, VIO 38 (1960)
- Klingenheben, A.
Die Präfix- und die Suffixkonjugationen des Hamitosemitischen, MIO 4 (1956), S. 211–277

III. Untersuchungen zu Fragen des Kolonialismus, Neokolonialismus und der nationalen Befreiungsbewegung im Vorderen Orient und in Nordafrika

1. Allgemein

- Abdelkader, E. O.
Der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und das Problem der Abrüstung, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 6, S. 479–486
- Alavi, B.
Der Bagdad-Pakt, DA, 1958, 4, S. 375–384
- Alberdi, P.
Wege zur Industrialisierung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 8, S. 672–678
- Alvermann, D.
Algerien. Ein Bildband von D. A., Berlin 1960
- Arbeitstagung zu Fragen der Kolonialgeschichte und kolonialen Befreiungsbewegung, WZL, Teil 1, 7. Jg., 1957/58, H. 1/2 S. 99–134; Teil 2, 7. Jg., 1957/58, H. 3, S. 219–256
- Arismendi, R.
Über die Rolle der nationalen Bourgeoisie im antiimperialistischen Kampf, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 6, S. 28–36
- Arismendi, R.
Das Programm des Kommunismus und die nationale Befreiungsbewegung, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 11, S. 968–976
- Aulbach, L.
Asiatisch-afrikanische Einheitsfront gegen den Imperialismus, Einheit, 1958, 3, S. 416–425
- Aust, H. W.
80 Millionen Araber streben nach Vereinigung, DA, 1958, 5, S. 477–481
- Awakow, R., Andreasjan, R. u. a.
Die nationale Befreiungsbewegung in der gegenwärtigen Etappe (I), AIAB, 1962, 23, S. 20–28
- Aziz, A. H., Abdelkader, E. O., Adnan, S.
Über die wahren und die angeblichen Freunde der arabischen Völker, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 5, S. 410–417
- Baerwald, S.
Die Länder Asiens und Afrikas einig im Kampf um den Frieden, Einheit, 1955, 5, S. 493–497
- Bagdache, K.
Die Oktoberrevolution und der Arabische Osten, AIAB, 1957, 22, S. 16–17
- Bagdache, K.
Zwei Richtungen in der arabischen nationalen Bewegung, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 11, S. 29–36

- Baschkirow, A., Tischin, I.
Der anwachsende Widerstand gegen den Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten, Einheit, 1952, 2, S. 175–184
- Belal, A.
Die Methoden des Neokolonialismus in Afrika und besonders in den ehemaligen französischen Kolonien, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus, Berlin 1962, S. 110–115
- Beiran, E.
Sind die Abenteurer noch nicht belehrt. Die Imperialisten schüren neue Spannungsherde im Nahen Osten, Wirtschaft, Nr. 49 vom 6. 12. 1956, S. 12
- Bertsch, H.
Die vierte Doktrin, DA, 1957, 3, S. 218–222
- Bertsch, H.
Imperialistische Intrigen im Nahen Osten, DA, 1957, 1, S. 67–73
- Bettelheim, C.
Wachstumsprobleme der wirtschaftlich schwachentwickelten Länder, WW, 1960, 8, Nr. 5, S. 680–691
- Bogoslawski, W.
Die Expansion der USA-Monopole in Afrika, WW, 1960, 8, Nr. 7, S. 1052–1063
- Bolz, L.
Begrüßungsansprache auf der wissenschaftlichen Konferenz vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig zu Problemen des Neokolonialismus und der Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus, Berlin 1962, S. 7–10
- Botschkarjow, J.
Die englisch-amerikanische Rivalität im Nahen und Mittleren Osten, NZ, 1954, 7, S. 10–15
- Botschkarjow, J.
Das diplomatische Fieber in Nah- und Mittelost und seine Ursachen, NZ, 1955, 9, S. 14–17
- Botschkarjow, J.
Die Intrigen der Imperialisten im Nahen und Mittleren Osten, NZ, 1955, 23, S. 6–8
- Chevalier, H.
Eine Saat, die nicht aufgeht. Die arabischen Völker geben der Eisenhower-Doktrin keine Nahrung, Wirtschaft, Nr. 19 vom 9. 5. 1957, S. 12
- Chruschtschow, N. S.
Rede auf dem Empfang beim Vizepräsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Marschall Abdel Hakim Amer (21. Oktober 1958), in: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Berlin 1960, S. 551–521
- Chruschtschow, N. S.
Rede auf dem Freundschaftstreffen der Völker der Sowjetunion und der Vereinigten Arabischen Republik (15. Mai 1958), in: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Berlin 1960, S. 298–311
- Chruschtschow, N. S.
Rede auf dem Empfang zu Ehren des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser (30. April 1958), in: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Berlin 1960, S. 290–297

- Danilewitsch, M.
Die Lage der Bauernschaft in den kolonialen und abhängigen Ländern, AIAB, 1958, 19, S. 22–26
- Datlin, S.
Die Völker Tunesiens, Algeriens und Marokkos im Kampf für ihre Unabhängigkeit, Berlin 1955
- Dehnert, P.
Die imperialistische Exploitation der Sahara, DA, 1961, 11, S. 1358–1369
- Demidow, B.
Die Völker kämpfen für die völlige Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus, AIAB, 1961, 19, S. 23–24
- Der IBFG – eine Agentur des Imperialismus und Neokolonialismus, AIAB, 1962, 12, S. 19–20
- Der Kampf für die Schaffung eines unabhängigen Allafrikanischen Gewerkschaftsbundes, AIAB, 5 (1961), S. 23–25
- Die Agrarfrage und die nationale Befreiungsbewegung (Meinungsaustausch), Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, H. 1–3
- Die Entwicklungswege der Länder, die die nationale Unabhängigkeit errungen haben (Meinungsaustausch), Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, H. 4–7
- Die Kairoer Solidaritätskonferenz der Länder Asiens und Afrikas – ein Schlag gegen den Imperialismus, AIAB, 1958, 2, S. 9–10
- Die ökonomischen Grundlagen des Befreiungskampfes der kolonialen und abhängigen Völker, DWI, 1960, 23
- Die westdeutsche neokolonialistische Wirtschaftsoffensive, DWI, 1961, 23
- Die wirtschaftliche und technische Hilfe der Sowjetunion für die ökonomisch schwach entwickelten Länder des Nahen und Fernen Osten, DWI, 1960, 1
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. I–VIII, Berlin 1954–1961
- [Dokumente der Regierung der DDR über die Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten und der Türkei und die Entwicklung im Vorderen Orient und in Nordafrika.] Ägypten: Bd. I, S. 505–506; Bd. II, S. 523–524; Bd. III, S. 619–634; Bd. V, S. 278–283; Bd. VI, S. 473–492; Bd. VIII, S. 502–512
- Irak: Bd. III, S. 313–18; Bd. VII, S. 369–377
- Jemen: Bd. III, S. 687–698
- Libanon: Bd. I, S. 506; Bd. III, S. 659–660; Bd. VI, S. 327
- Marokko: Bd. III, S. 699–701; Bd. VI, S. 328; Bd. VII, S. 389; Bd. VIII, S. 400–404
- Sudan: Bd. III, S. 660–667
- Syrien: Bd. III, S. 668–671
- Tunesien: Bd. III, S. 707–708
- Türkei: Bd. III, S. 660–667
- Dutt, R. P.
Einige Züge der Kolonialpolitik Englands in der gegenwärtigen Etappe, AIAB, 1959, 9, S. 14–16

- Dutt, R. P.
England, Erdöl und die Befreiung der Länder des Nahen Ostens, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1959, 10, S. 41–49
- Dutt, R. P.
Zu einigen Fragen des Kampfes der Kommunisten der arabischen Länder, *AIAB*, 1959, 4, S. 22–23
- Dutt, R. P.
Der Kommunismus und die nationale Befreiungsbewegung, *AIAB*, 1962, 7, S. 18–20
- Dutt, R. P.
Einige Aspekte des britischen Neokolonialismus, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1962, 4, S. 290–297
- Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Juli 1958 gegen die imperialistische Aggression im Nahen Osten, *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. VI, Berlin 1959, S. 58–60
- Ettinger, J.
Westdeutschland und Afrika, *AIAB*, 1960, 3, S. 13–22
- Ettinger, J.
Die Expansionspläne Westdeutschlands in Nordafrika, *Sowjetwissenschaft*, 1958, 10, S. 1245–1248
- Feix, L.
Über den Kampf der Kommunisten in den arabischen Ländern, *AIAB*, 1959, 5, S. 16–18
- Florin, P.
Der Kampf gegen den Neokolonialismus ist eine der wichtigsten Aufgaben der gesamten Menschheit, *Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus*, Berlin 1962, S. 485–495
- Friedländer, P.
Die Expansion der deutschen Monopole und das imperialistische Eurafrika-Projekt, *Einheit*, 1959, 1, S. 146–159; 2 (1959), S. 240–249
- Friedländer, P.
Der deutsche Neokolonialismus in Aktion, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1960, 2, S. 54–60
- Friedländer, P.
Das Eindringen des westdeutschen Neokolonialismus in Afrika, *Sonderheft der ZfG* (1961), S. 144–171
- Friedländer, P.
Der deutsche Imperialismus im System des modernen Kolonialismus, *Einheit*, 1961, 3, S. 455–471
- Friedländer, P., Schilling, H.
Der westdeutsche Imperialismus – eine Hauptkraft des Kolonialismus, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1962, 4, S. 297–304
- Förster, U.
Der Deutschunterricht für Ausländer im Dienste der Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus, *WZL*, Jg. 11, (1962), S. 157–160
- Gafurow, G.
Die nationaldemokratische Befreiungsbewegung in der gegenwärtigen Etappe, *AIAB*, 1961, 23, S. 24–26

- Grey, W.
Imperialistische „Hilfe“ – ein Instrument der Versklavung, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1961, 2, S. 128–133
- Haack, E., Jahr, M.
Tausendundeine Ohrfeige den Imperialisten, *Militärpolitik*, Heft 9, Berlin 1959
- Handel, G.
Über die historische Einschätzung des Kolonialismus. Bemerkungen zu dem Artikel Gerhard Jacobs über den ‚Dia de la Raza‘, *WZL*, 4. Jg. (1954/55), S. 385–404
- Hartmann, R.
Islam und Nationalismus, *ADAW*, Jg. 1945/46, Nr. 5, 1948
- Hertzfeld, G.
Nationale Frage und Klassenfrage in den arabischen Ländern, *Einheit*, 1959, 4, S. 564–570
- Hertzfeld, G.
Der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems – die wichtigste Erscheinung nach dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems, *AIAB*, 1962, 3, S. 16–19
- Hertzfeld, G., Markowski, P.
Einige Probleme der nationalen Befreiungsbewegung, *Einheit*, 1960, 10, S. 1586–1601
- Illgen, K.
Der Beitrag der DDR zur Industrialisierung wirtschaftlich weniger entwickelter sozialistischer Länder und antiimperialistischer Nationalstaaten, *WZfB*, 1959, H. 4, S. 240–251
- Illgen, K.
Freundschaft in Aktion – Hilfe der Sowjetunion für die volksdemokratischen Staaten und antiimperialistischen Nationalstaaten, Berlin 1961
- Iwanow, K.
Die Beseitigung des Kolonialismus – ein Gebot der Zeit, *AIAB*, 1961, 7, S. 17–23
- Judin, J. A.
Einige Probleme der Entwicklung der Nationalstaatlichkeit in den unabhängigen Ländern, *Sowjetwissenschaft*, 1961, 10, S. 1056–1071
- Kar, G.
Über die friedlichen und nichtfriedlichen Wege der sozialistischen Revolution, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1962, 5, S. 403–410
- Kodatschenko, A. S.
Die Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten – eine wichtige Bedingung zur Sicherung der ökonomischen Selbständigkeit, *Sowjetwissenschaft*, 1961, 2, S. 133–152
- Korneva, O., Peregudow, S., Pestkowskaja, E.
Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems nach dem 2. Weltkrieg – 1945 bis 1960 (Übersicht), *AIAB*, 1960, 23, S. 23–30
- Kranz, O.
Die Zukunft des Orientöls. Fazit des 2. Erdölkongress der arabischen Staaten, *Wirtschaft*, Nr. 49 vom 7. 12. 1960, S. 16
- Kunz, W., Huber, G.
Der westdeutsche Neokolonialismus und die Industrialisierung der jungen Nationalstaaten, *Einheit*, 1961, 6, S. 869–885

- Landa, R. G.
Der Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes in Nordafrika nach dem Zweiten Weltkrieg, Sowjetwissenschaft, 1960, 10, S. 1059–1080
- Mahler, H. G.
Westdeutschland und der Nahe Osten. Solidarität mit den Suez-Aggressoren entlarvt anti-kolonialistische Tarnung, Wirtschaft, Nr. 51 vom 20. 12. 1956, S. 9
- Mamun,
Die friedliche Koexistenz und der nationale Befreiungskampf, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 10, S. 817–822
- Markov, W.
Fragen der Genesis und Bedeutung der vorimperialistischen Kolonialsysteme, WZL, 4. Jg. (1954/55), S. 43–60
- Markov, W.
Bericht über die Arbeit am Forschungsauftrag zur Geschichte der kolonialen Ausbeutung. Arbeitstagung zu Fragen der Kolonialgeschichte und kolonialen Befreiungsbewegung, WZL, 7. Jg. (1957/58), H. 1/2, S. 99–134; H. 3, S. 219–256
- Markov, W.
Der westdeutsche Neokolonialismus – ein Feind der freiheitliebenden Völker, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 9, S. 78–80
- Markov, W.
Zu einigen Beziehungen der nationalen Bourgeoisie und der Rolle des Neokolonialismus, WZL, Jg. 9 (1959/60), H. 4, S. 473–482
- Markov, W.
Arbeiten zur Geschichte des Kolonialismus und zur nationalen Befreiungsbewegung der kolonialunterdrückten Völker, in: Historische Forschungen der DDR, Analysen und Berichte, Sonderheft der ZfG (1960), S. 544–562
- Markov, W.
Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker, Sonderheft der ZfG (1961), S. 7–46
- Markov, W.
Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus, Berlin 1962, S. 11–54
- Massitsch, W.
Das Eindringen Westdeutschlands in den Nahen und Mittleren Osten, Sowjetwissenschaft, 1958, 9, S. 1097–1107
- Meinicke-Kleint, H.
Marokko, Algerien und Tunesien befreien sich vom Joch des Kolonialismus, DA, 1956, 6, S. 555–562
- Meinicke-Kleint, H.
Arme, reiche Sahara, DA, 1957, 10, S. 856–862
- Meinicke-Kleint, H.
Bonns Kolonialismus schlecht getarnt, Wirtschaft, Nr. 9 vom 27. 2. 1958, S. 6

- Mohi Ed-Din, K.
Kein Platz für den Kolonialismus in den arabischen Ländern!, Prob. d. F. u. d. Soz., 1958, 2, S. 74–78
- Nader, K.
Charakteristische Merkmale der Landwirtschaft im Mittleren Osten, WW, 6 (1958), Nr. 6, S. 890–902
- Nader, K.
Die Lage der Industrie im Mittleren Osten, WW, 7 (1959), Nr. 4, S. 593–605
- Naher Osten – Zur „Entwicklungshilfe“ und Exportintensivierung der USA, Großbritannien, Westdeutschland und Frankreich im Nahen Osten, DIM, 1962, 15
- Nasser, F.
Über die nationale Befreiungsbewegung im Arabischen Osten, AIAB, 1961, 11, S. 15–18
- Nikitina, G.
Der nationale Aufschwung der arabischen Völker, NZ, 1956, 12, S. 3–6
- Nitz, J.
Zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die DDR, DA, 1961, 5, S. 511–525
- Observator
Die USA und der arabische Osten, NZ, 1957, 38, S. 4–6
- Ponomarjow, B. N.
Über den Staat der nationalen Demokratie, AIAB, 1961, 13, S. 4–10; 14, S. 13–16
- Rathmann, L.
Entstehung, Verlauf und Sieg der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung 1805–1954, Geschichte in der Schule, 10. Jg., Berlin 1957, H. 4, S. 194–207; H. 5, S. 280–285; H. 6, S. 331–334; H. 7, S. 402–406; H. 12, S. 690–705
- Rathmann, L.
Araber stehen auf. Über den Befreiungskampf der arabischen Völker bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges, Berlin 1960
- Rathmann, L.
Zur Legende vom „antikolonialen“ Charakter der Bagdadbahnpolitik in der wilhelminischen Ära des deutschen Monopolkapitalismus, Sonderheft der ZfG (1961), S. 246–270
- Rathmann, L.
Berlin–Bagdad. Die imperialistische Nahostpolitik des kaiserlichen Deutschlands, Berlin 1962
- Rathmann, L.
Kulturpropaganda – ein Bestandteil der Nahostexpansion des deutschen Imperialismus, in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus, Berlin 1962, S. 205–214
- Rathmann, L.
Stoßrichtung Nahost 1914–1918, Berlin 1963
- Rosenfeld, G.
Die Lösung des Nationalitätenproblems in der UdSSR und ihre Bedeutung für den Kampf gegen die imperialistische Kolonialherrschaft, WZB, Jg. 9 (1959/60), H. 1/2, S. 19–23
- Schilfert, G.
Die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten und abhängigen Völker und die internationale Arbeiterbewegung, WZB, Jg. 9 (1959/60), H. 1/2, S. 9–18.

- Schilling, H.
Der Bonner Neokolonialismus, Feind der Völker, Einheit, 1961, 1, S. 135–153
- Schmidt, U.
Befreiungssturm im Nahen Osten, Wirtschaft, Nr. 30 vom 23. 7. 1958, S. 10
- Schulz, R.
Über die Unterstützung der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung durch die DDR, WZL, Jg. 9 (1959/60), H. 1, S. 47–54
- Shukow, E.
Die chinesische Revolution und der Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes, Prob. d. F. u. d. Soz., 1958, 3, S. 17–23
- Sickert, I.
Ein Artikel enthüllt die Absichten der USA im Nahen Osten, DA, 1957, 6, S. 486–490
- Stitzer, K.
Die Götter aus Frankreich, Berlin 1960
- Stoecker, H.
Die deutsche Geschichtsschreibung der Gegenwart über die imperialistische Kolonialpolitik, WZB, Jg. 9 (1959/60), H. 1/2, S. 71–75
- Swjagin, J.
Hinter den Kulissen der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit (Nah- und Mittelost), NZ, 1953, 21, S. 15–18
- Sydow, W.
Zum Kampf um das Erdöl des Nahen und Mittleren Osten, WW, 5 (1957), Nr. 5, S. 756–760
- Tismaniann, L.
Der amerikanische Kolonialismus und der arabische Osten, Prob. d. F. u. d. Soz., 1958, 1, S. 35–40
- Tjulpanow, S. I.
Über einige Besonderheiten des Staatskapitalismus in den schwach entwickelten Ländern, WZL, Jg. 11 (1962), S. 103–116
- Tondi, A.
Die Unterstützung der imperialistischen Kolonialpolitik durch den Vatikan, WZB, Jg. 9 (1959/60), H. 1/2, S. 33–36
Über die Rolle der Bourgeoisie in der nationalen Befreiungsbewegung (Meinungsaustausch), Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, H. 8–9
- Ulbricht, W.
Erklärung vor dem Diplomatischen Korps (26. September 1960), Beiträge zu Fragen der Außenpolitik der DDR. Schriftenreihe des Staatsrates der DDR, Nr. 3, Berlin 1961
- Villain, J.
Brennender Maghreb. Reportagen aus Nordafrika, Berlin 1960
- Werth, G.
Tagebuch einer Aggression (Chronik vom 8. 5. – 31. 10. 1958), Berlin 1958
- Wenzel, G.
Eine internationale Anklage gegen den Bonner Neokolonialismus, Einheit, 1961, 5, S. 762–769

- Wilke, W.
Die Gründung des Allafrikanischen Gewerkschaftsbundes – ein Meilenstein auf dem Wege zur afrikanischen Gewerkschaftseinheit, AIAB, 1961, 12, S. 21–22
- Winkler, H.
Die Restauration ist gescheitert. Arabische Abrechnung mit dem Kolonialismus geht nach dem britisch-französischen Mißerfolg in Ägypten erst recht weiter, Wirtschaft, Nr. 46 vom 15. 11. 1956, S. 12
- Winkler, H.
Die Haie bleiben hungrig. Eine Zwischenbilanz der jüngsten Krise im Vorderen Orient, Wirtschaft, Nr. 37 vom 10. 9. 1958, S. 10
- Winkler, H.
Einige Entwicklungsprobleme ökonomisch schwacher Länder, WW, 10 (1960), Nr. 10, S. 1465–1484
- Winkler, H.
Hilfe für die ökonomisch schwach entwickelten Länder statt Neokolonialismus, Einheit, 1960, 11, S. 1740–1757
- Winkler, H.
Der Ölpreishandel. So werden die Araber von den Ölmagnaten betrogen, Wirtschaft, Nr. 29 vom 19. 7. 1961, S. 16
- Winkler, H.
Der Weg der ökonomisch schwachentwickelten Länder zur relativen ökonomischen Unabhängigkeit, WW, 10 (1962), Nr. 11, S. 1666–1678
- Winkler, H.
Handschellen für die Afrikaner, Wirtschaft, Nr. 36 vom 5. 9. 1962, S. 15
- Winzer, O.
Die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus und ihre Neuaufgabe in Westdeutschland, Einheit, 1962, 3, S. 114–119
- Woddis, J.
Einige Probleme der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung, AIAB, 1958, 12, S. 26–28
- Wünsche, H.
Das imperialistische System völkerrechtlich abhängiger Staaten und Territorien, WZP, 3. Jg. (1953/54), S. 59–64
- Yata, A.
Afrika zerbricht die Ketten der Unterdrückung, AIAB, 1957, 12, S. 25–28
- Yata, A.
Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Nordafrikas, AIAB, 1957, 18, S. 20–21
- Zarine, D.
Einige Züge der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern, Sowjetwissenschaft, 1961, 6, S. 633–644
- Zinger, H.
Der Kampf um das Erdöl verstärkt die imperialistischen Gegensätze im Nahen Osten, Einheit, 1956, 7, S. 669–675

Zinger, H.

Hintergründe der amerikanisch-englischen Intervention im Nahen Osten, Einheit, 1958, 8, S. 1184–1200

Zinger, H.

Die afrikanischen Völker im Kampf um ihre Befreiung, Einheit, 1959, 8, S. 1113–1132

2. Einzelne Länder

a) Ägypten/VAR

Abdel Azim, A.

Die VAR, DA, 1958, 5, S. 474–476

Abdel-Rahman, I. H.

Der nationale Gesamtplan der Vereinigten Arabischen Republik, WW, 10 (1962), Nr. 5, S. 752–755

Ägypten – Die politische und wirtschaftliche Lage Ägyptens vor und nach dem II. Weltkrieg, DIM, 1953, 5

Ägypten – Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens seit dem Sturz der Monarchie, DIM, 1959, 4

Bagdache, K.

Zur Bildung der VAR, AIAB, 1958, 6, S. 22–23

Botschkarjow, J.

Zum englisch-ägyptischen Abkommen, NZ, 1954, 33, S. 10–13

Der Außenhandel Ägyptens, DIM, 1957, 5

Dokumentation, . . . Und Ägypten?, Berlin 1956

Geschichte Ägyptens. Große Sowjet-Enzyklopädie, Berlin 1954

Gespräch Nassers mit den Chefredakteuren der „Prawda“ und „Iswestija“, DA, 1962, 10, S. 1224–1229

Hafid, K.

Worüber Präsident Nasser spricht und was er verschweigt, Prob. d. F. u. d. Soz., 1960, 6, S. 90–93

Haikal, M.

Das Antlitz Ägyptens, Berlin 1958

Haikal, M.

Die Wandlungen in der VAR, Wirtschaft, Nr. 30 vom 25. 7. 1962, S. 15

Haikal, M.

Neue Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der VAR, Einheit, 1962, 8, S. 120 bis 129

Hansen, H.

Langfristiges Zahlungsabkommen mit der VAR, Außenhandel, 1959, 9, S. 13–15

Kegel, G.

Der Suez-Kanal gehört wieder Ägypten, Einheit, 1956, 9, S. 824–833

Kiesewetter, W.

Zum zehnten Jahrestag der Revolution in Ägypten, DA, 1962, 7, S. 753–764

Marx, H.

Die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit der VAR, Außenhandel, 16/17 (1959), S. 46–48

Nasser, G. A.

Zur Bildung der VAR. Wortlaut der Rede vor der ägyptischen Nationalversammlung am 5. 2. 1958, DA, 1958, 5, S. 510–516

Osten, H. P.

Wandlungen am Nil, Berlin 1959

Rathmann, L.

Der Kampf des ägyptischen Volkes für Freiheit und nationale Souveränität 1805–1957, Materialien der Gesellschaft zu Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, H. 7 und 8 (1957)

Rathmann, L.

Mustafa Kamil – Politisches Denken und Handeln eines ägyptischen Patrioten, Sonderheft der ZfG (1961), S. 102–122

Samman, W.

Die Bourgeoisie des Syrischen Gebietes der VAR, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 8, S. 79–82

Schwakow, A., Bogoslawski, W.

Unabhängiges Ägypten, Berlin 1957

Schmidt, U.

Die jüngste Entwicklung in Ägypten, Einheit, 1956, 8, S. 286–290

Steiniger, P. A.

Zu einigen prinzipiellen Fragen des Suezkonflikts, Einheit, 1956, 12, S. 1226–1242

VAR – Region Ägypten. Die Industrialisierung Ägyptens und die Auswirkungen auf den Warenaustausch mit der DDR, DIM, 1960, 4

VAR – Region Ägypten. Vorhaben im zweiten Fünfjahrplan für die Industrialisierung Ägyptens, DIM, 1960, 8

Vailland, R.

Erlebnisse in Ägypten, Berlin 1953

Villain, J.

Fellah ohne Faruk, Berlin 1958

Weiland, O.

Der Suez-Krieg und die Rolle der USA, DA, 1957, 1, S. 59–67

b) Algerien

Ali, B. H.

Die Rolle der Kommunistischen Partei Algeriens im Kampf für die Unabhängigkeit des Landes, AIAB, 1961, 23, S. 16–19

Ali, B. H.

Die gegenwärtige Etappe des Befreiungskrieges in Algerien, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 5, S. 41–49

- Alleg, H.
Die Folter, Berlin 1958
- Becker, L.
Der Freiheitskampf des algerischen Volkes, DA, 1956, 4, S. 347–352
- Bouhali, L.
Algerien gehört den Algeriern, Prob. d. F. u. d. Soz., 1958, 2, S. 63–69
- Bouhali, L.
Der Kampf des algerischen Volkes für nationale Unabhängigkeit, AIAB, 1959, 11, S. 25–26
- Bouhali, L.
Der Befreiungskampf in Algerien und der Kampf für den Frieden, Prob. d. F. u. d. Soz., 1960, 5, S. 398–405
- Bouhali, L.
Der Friede in Algerien ist unvereinbar mit der Kolonialherrschaft, AIAB, 1960, 10, S. 14–16
- Bouhali, L.
Das algerische Volk im Kampf für die nationale Unabhängigkeit, AIAB, 1961, 4, S. 17–19
- Bouhali, L.
Der Aufbau des Kommunismus und der Befreiungskampf der arabischen Völker, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 1, S. 19–25
- Bouvard, G.
Die Algerien-Manöver des Generals de Gaulle, DA, 1961, 3, S. 312–321
- Collin, J.
Die Zeche des Algerienkrieges, Wirtschaft, Nr. 38 vom 19. 9. 1957, S. 12
- Das neue Programm der Kommunistischen Partei Algeriens, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 9, S. 779–782
- Davezies, R.
Die Front. Algerien antwortet, Berlin 1961
- Der Kampf für den Frieden in Algerien tritt in die entscheidende Phase, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 7, S. 626/627
- Deutscher Kulturbund Hochschulgruppe Jena
Der Befreiungskampf des algerischen Volkes. Vorträge, Jena 1962
- Die algerische Revolution geht weiter, Prob. d. F. u. d. Soz., 1963, 1, S. 40–43
- Die Haltung der Kommunistischen Partei Algeriens zur Nationalen Befreiungsfront (FLN) AIAB, 1957, 13, S. 25–28
- Die Klassenverhältnisse in Algerien, AIAB, 1960, 13, S. 28–30
- Die Kommunistische Partei Algeriens und die Abkommen von Evian. (Aus einer Erklärung der KPA), AIAB, 1962, 9, S. 14–16
- Die nationale Befreiungsbewegung Algeriens, Einheit 1957, 6, S. 749–758
- Égretaud, M.
Nation Algerien, Berlin 1958

- El Djaffar
Algerien ein internationales Problem, WGB, 1958, 2, S. 18–22
- Feix, L.
Die französischen Kommunisten und der Algerienkrieg, Prob. d. F. u. d. Soz., 1960, 2, S. 39–47
- Fischer, A.
Fragen der Landwirtschaft Algeriens, WW, 6 (1958), S. 589–596
- Folter in Paris. Berichte algerischer Häftlinge, Berlin 1959
- Für die Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der demokratischen Volksrevolution. (Aus dem Programm der Nationalen Befreiungsfront Algeriens – FLN), AIAB, 1962, 20, S. 20–25
- Für die vollständige Unabhängigkeit Algeriens, für Boden und Brot, Arbeit und Bildung, Frieden und wahre Demokratie zur Vorbereitung des Weges zum Sozialismus. (Aus dem Programm der KPA), AIAB, 1962, 15, S. 16–23
- Kaidi, L.
Die tiefen Ursachen der Ereignisse in Algerien, WGB, 1955, 1, S. 16–18
- Kommunistische Partei Algeriens
Das algerische Volk wird Sieger sein. Erklärung der Kommunistischen Partei Algeriens zum nationalen Befreiungskampf. Mit einem Vorwort von Larbi Bouhali, Berlin 1962
- Koroljow, W. N.
Bonn, Algerien, OAS, DA, 1962, 10, S. 1196–1204
- Landa, R.
Kämpfendes Algerien, NZ, 1961, 9, S. 5–7
- Manera, E.
Solidarität mit den kämpfenden Algeriern, WGB, 1961, 1, S. 14–16
- Meinicke-Kleint, H.
Völkermord in Algerien, DA, 1957, 3, S. 225–229
- Meinicke-Kleint, H.
Algeriens erster Schritt in die Zukunft, DA, 1962, 5, S. 518–524
- Mignot, E.
Der Kampf der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen den Kolonialismus und für den Frieden in Algerien (Vortrag), Berlin 1959
- Moussa, B.
Die Gewerkschaftsbewegung Algeriens schreitet vorwärts, WGB, 1952, 13, S. 8–13
- Nimschowski, H.
Zu einigen Problemen des algerischen Befreiungskampfes, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, III. Jg. 12 (1961), S. 1093–1105
- Nimschowski, H.
Zur Rolle der Kommunistischen Partei Algeriens im nationalen Befreiungskampf, Sonderheft der ZfG (1961), S. 75–101
- Priester, E.
In Algerien sprechen die Gewehre. Der Freiheitskampf eines Volkes, Berlin 1959
- Probleme der algerischen Nation (I und II), AIAB, 1958, 24, S. 24–27 und 1959, 2, S. 24–27

- Riedel, H.
Die ökonomischen Auswirkungen der Herrschaft imperialistischer Kräfte in Algerien, WZH, Jg. 11 (1962), H. 4/5, S. 355–367
- Röhner, E.
Das algerische Volk wird siegen, Einheit, 1961, 7, S. 1098–1108
- Röhner, E.
Algerien auf dem Wege zur nationalen Unabhängigkeit, Einheit, 1962, 10, S. 114–123
- Ruiz, A.
Die Arbeiter Algeriens im Kampf gegen die Kolonialunterjochung, WGB, 1951, 11, S. 11–17
- Scheer, M.
Algerien – Jugend im Feuer (Erzählungen), Berlin 1959
Solidarität mit Algerien, WGB, 1957, Nr. 7 (Sonderheft)
- Welz, S.
Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg, Berlin 1961
- Wetzler, H.
Die algerische Gewerkschaftsbewegung bereitet die Zukunft vor, WGB, 1960, 3, S. 17–18
- Zakaria, I. A.
Die Kairoer Konferenz – eine Solidaritätskundgebung der internationalen Arbeiterklasse mit den Werktätigen und dem Volk Algeriens, WGB, 1958, 11, S. 10–11
- Zakaria, I. A.
Internationale Aktionseinheit für ein unabhängiges Algerien, WGB, 1961, 2, S. 1–2

c) Arabische Halbinsel

- Ernst, K.
Das jemenitische Volk kämpft für eine gerechte Sache, AIAB, 1962, 22, S. 29–31
- Kailani, M.
Tod den Heuschrecken (Aden), WGB, 1962, 12, S. 22–24
- Leonidow, A.
Sturm über Oman, NZ, 1957, 33, S. 11–13
- Nilski, A.
Die Arbeiter Saudiarabiens kämpfen für soziale Rechte und für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, AIAB, 1959, 12, S. 26–27
Saudi-Arabien. Kurzanalyse, DIM, 1955, 18
- Aš Šuhārī, M.
Das Wesen und die Methoden des britischen Neokolonialismus im sog. Protektorat Aden, in: Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz „Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker“ vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig, Bd. 1, S. 239–245

d) Irak

- Chairi, S.
Das Gesetz über die Agrarreform in der Republik Irak, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 4, S. 57–62
Die Bodenreform im Irak sollte zum Wohle der Millionen armen Bauern durchgeführt werden, AIAB, 1959, 14, S. 24–26
Die irakischen Kommunisten im Kampf gegen den Opportunismus, Prob. d. F. u. d. Soz., 1960, 4, S. 64–66
Die Kommunistische Partei des Irak zur Lage im Lande, AIAB, 1961, 24, S. 25–26
Die politische Plattform der irakischen Kommunisten, AIAB, 1960, 4, S. 12–19
- Fedschenkow, A., Kotlow, L.
Irak auf dem Wege zur nationalen Wiedergeburt, Außenhandel, 1959, 16/17, S. 48–51
- Fellmann, W., Rathig, F.
Irak – Land und Leute, Berlin 1959
Für den Frieden und die Festigung der nationalen Unabhängigkeit des Irak, AIAB, 1962, 11, S. 26–27
- Ivens, H.
Bagdad und die Hallstein-Doktrin, DA, 1962, 10, S. 1179–1184
- J., Ali
Die Kommunistische Partei Iraks und die Kurdenfrage, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 8, S. 656–661
- Kirschner, W.
Die Entwicklung im Irak nach dem Sturz der Monarchie, DA, 1959, 1, S. 63–73
- Muhammed, T.
Das irakische Volk im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, AIAB, 1958, 1, S. 19–20
- Salem, A.
Die Kommunistische Partei des Irak kämpft für die Einheit aller nationalen Kräfte zum Schutz der Republik, AIAB, 1959, 8, S. 18–19
- Salim, M.
Drei Jahre nach der Revolution in Irak, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 10, S. 891–97
- Scheer, M.
Irak – dürstendes Land, Berlin 1959

e) Iran

- Alavi, B.
Über den nationalen Befreiungskampf des iranischen Volkes gegen die ausländische Fremdherrschaft, WZL, 4. Jg. (1954/55), S. 61–64
- Alavi, B.
Iran braucht klare Orientierung, DA, 1958, 1, S. 61–69
- Alavi, B.
Der nationale Befreiungskampf im Iran, WZB, Jg. 9 (1959/60), H. 1/2, S. 37–44
- 31 Kolonialismus und Neokolonialismus

- Alavi, B.
Der Iran in den Fängen des Neokolonialismus, DA, 1961, 1, S. 75–84
- Behzadi, M.
Der ökonomische Einfluß Westdeutschlands im Iran, WW, 1960, 8, Nr. 6, S. 918–924
- Das 5. Plenum des ZK der Volkspartei des Iran – ein wichtiges Ereignis im Kampf der Partei, AIAB, 1958, 10, S. 24–26
- Erklärung des ZK der Volkspartei des Iran und des ZK der Aserbaidshanischen Demokratischen Partei über die Wiederherstellung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse im Iran, AIAB, 1960, 1, S. 23–24
- Für eine Einheitspartei der Arbeiterklasse im Iran, AIAB, 1960, 24, S. 24–26
- Kambachsch, A.
Vor Wandlungen in Iran, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 9, S. 795–800
- Leonidow, A.
Die Tragödie des Iran, NZ, 1960, 23, S. 11–14
- Mohtakhan, V.
Die Lehren aus den Arbeiterkämpfen im Iran, WGB, 1954, 2, S. 14–17
- Norouzi, D.
Die gegenwärtige Lage im Iran und der Kampf der Volkspartei gegen das volksfeindliche Regime des Schah, AIAB, 1959, 18, S. 21–25
- Norouzi, D.
Revolutionäre Kämpfer an der Spitze des Volkes (Zum 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei des Iran), AIAB, 1960, 12, S. 23–25
- Norouzi, D.
Unter dem unbesiegbaren Banner des Marxismus-Leninismus wird die iranische Arbeiterklasse siegen, AIAB, 1961, 18, S. 21–22
- Zamis, G.
Amerikanisch gelenkter Putsch im Iran, Einheit, 1953, 9, S. 1127–1128
- Zamis, G.
Präsident Gromschis Iran-Reise, DA, 1957, 11, S. 990–994

f) Israel

- Entschließung des XIII. Parteitages der Kommunistischen Partei Israels, AIAB, 1957, 16, S. 16–18
- Mikunis, S.
Wohin geht der Staat Israel?, AIAB, 1957, 14, S. 21–23
- Mikunis, S.
Probleme Israels, unser Kampf und seine Perspektiven, Prob. d. F. u. d. Soz., 1962, 6, S. 492–500.
- Stillmann, G.
Die Rolle des Staates Israel im nahöstlichen Komplott der Imperialisten, Einheit, 1957, 4, S. 487–490

g) Jordanien

- F., N.
Wofür die Kommunistische Partei Jordaniens kämpft, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 7, S. 627–630
- Hammad, I.
Gärung in Jordanien, DA, 1960, 12, S. 1390–1399

h) Libanon

- Alavi, B.
Die Hintergründe der Krise im Libanon, DA, 1958, 8, S. 779–789

i) Marokko

- Abdelkader, E. O.
Verleumderische Anwürfe gegen die marokkanischen Kommunisten entlarvt, Prob. d. F. u. d. Soz. 1961, 3, S. 284–286
- Abdullah, M. B.
Das marokkanische Volk kämpft für völlige Unabhängigkeit, AIAB, 1958, 22, S. 28–29
- Die Position der Kommunistischen Partei Marokkos, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 5, S. 443
- Ferhat, M.
Die Kommunisten Marokkos kämpfen für eine demokratische Verfassung, Prob. d. F. u. d. Soz., 1961, 2, S. 153–155
- Lazachi, A.
Für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit zum Nutzen des gesamten marokkanischen Volkes, AIAB, 1959, 6, S. 21–22
- Meinicke-Kleint, H.
Marokko heute, DA, 1957, 8, S. 665–672
- Meinicke-Kleint, H.
Marokko sechs Jahre unabhängig, DA, 1962, 6, S. 672–684
- Messouak, H.
Die Arbeiterklasse und die nationale Bourgeoisie, Prob. d. F. u. d. Soz., 1959, 8, S. 70–73
- Messouak, H.
Im Kampf gegen den Imperialismus und Faschismus in Marokko alle nationalen Kräfte vereinen, AIAB, 1960, 17, S. 25–27
- Yata, A.
Gegen die imperialistischen Drohungen, für die Erhaltung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit Marokkos, AIAB, 1957, 9, S. 25–28
- Yata, A.
Die Kommunistische Partei Marokkos zur Lage in Nordafrika, AIAB, 1958, 4, S. 19–20
- Yata, A.
Die amerik. und franz. Imperialisten wollen Kom. Partei mundtot machen, AIAB, 1959, 20, S. 23–24

- Yata, A.
Die Kommunistische Partei Marokkos wird ihre Pflicht erfüllen, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1960, 6, S. 26–33
- Zamis, G.
Der Gewaltstreich des französischen Imperialismus in Marokko, *Einheit* 1953, 11, S. 1321–1322
- Zamis, G.
Marokko läßt sich nicht versklaven, *Einheit*, 1955, 9, S. 928–931
- Zamis, G.
Ein Erfolg im Befreiungskampf des marokkanischen Volkes, *Einheit*, 1956, 1, S. 61–64
- Zinger, H.
Marokko erkämpfte seine Unabhängigkeit, *Einheit*, 1956, 5, S. 478–481

j) Sudan

- Ammin, G.
Der Kampf für die Gewerkschaftseinheit im Sudan, *AIAB*, 1957, 14, S. 25–26
- Die Sudanese Arbeiter-Föderation weist den Weg zu Freiheit und Wohlstand, *WGB*, 1952, 10, S. 24–27
- Herzog, R.
Die Nubier. Untersuchungen u. Beobachtungen zur Gruppengliederung, Gesellschaftsform u. Wirtschaftsweise, Berlin 1957
- Hesse, W.
Die Wahlen im Sudan und der Kampf des sudanesischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Frieden, *AIAB*, 1958, 14, S. 28–29
- Ibrahim, E. M.
Sudan, Land am Blauen und Weißen Nil, Taschenbuch Geschichte, Bd. 17, Berlin 1961
- Killmer, L.
Blickpunkt Sudan, Berlin 1959
- Mustafa, I.
Die Kommunistische Partei Sudans im Kampf um die unabhängige, demokratische Entwicklung des Landes, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1962, 8, S. 649–655
- Richter, Th.
Die Entwicklung des Sudan seit Erringung der Unabhängigkeit, *DA*, 1960, 1, S. 81–90
- Thomas, R.
Die Entwicklung im Sudan, *Einheit*, 1956, 1, S. 64–67
- Zakavia, I. A.
Der Sudan und die Probleme der nationalen Unabhängigkeit, *WGB*, 1958, 10, S. 12–13
- Zinger, H.
Sudan – Land und Leute, Berlin 1958

k) Syrien

- Berbsch, H.
Syrien bewahrt seine Unabhängigkeit, *DA*, 1957, 11, S. 983–990
- Die politische Plattform der Kommunistischen Partei Syriens, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1959, 2, S. 61–63
- Eichkamp, U.
Zu den Veränderungen in Syrien, *DA*, 1961, 12, S. 1525–1527
- VAR – Syrische Region
Die Konkurrenzbedingungen auf dem syrischen Markt unter besonderer Berücksichtigung der USA, Westdeutschland und Großbritannien, *DIM*, 1959, 6
- Zinger, H.
Araber nicht gegen Araber. Zu den interarabischen Beziehungen im Lichte der drohenden Intervention gegen Syrien. *Wirtschaft*, Nr. 46 vom 14. 11. 1957, S. 12

l) Tunesien

- Dellagi, H.
Das tunesische Volk fordert das Recht, über sich selbst zu bestimmen, *WGB*, 1952, S. 12–18
- Ennafaa, M.
Tunesien, die arabische Welt und der Westen, *AIAB*, 1958, 17, S. 21–24
- Ennafaa, M.
Die Unabhängigkeit Tunesiens und der Neokolonialismus, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1960, 10, S. 11–18
- Für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für ökonomische Befreiung Tunesiens (Erklärung des ZK der Kommunistischen Partei Tunesiens), *AIAB*, 1957, 14, S. 27–28
- Harmel, M.
Die nationale Bourgeoisie Tunesiens vor und nach dem Machtantritt, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1959, 8, S. 77–79
- Heyne, D.
Tunesien von der Kolonialherrschaft befreit, *Einheit*, 1956, 5, S. 480–483
- Kampfprogramm der Kommunisten Tunesiens, *Prob. d. F. u. d. Soz.*, 1962, 7, S. 614–616
- Khian, B.
Die tunesische Arbeiterklasse im nationalen Kampf, *WGB*, 1954, 16, S. 19–22
- Meinicke-Kleint, H.
Tunesien im dritten Jahr seiner Unabhängigkeit, *DA*, 1958, 5, S. 481–487
- Sadaoui, H.
Arbeitereinheit und bürgerlicher „Nationalismus“ in Tunesien, *WGB*, 1950, 8/9, S. 37–40
- Tennigkeit, E.
Die imperialistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden in Tunesien vom Ende des 2. Weltkrieges bis zur Errichtung der nationalen Unabhängigkeit des Landes, *WZJ*, Jg. 8 (1958/59), H. 4/5, S. 625–638

Tunesien benötigt eine entwickelte unabhängige nationale Wirtschaft, AIAB, 1960, 9, S. 21–23

Was zeigen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Tunesien, AIAB, 1960, 1, S. 28–30

Zu einigen Fragen der gegenwärtigen Entwicklung in Tunesien, AIAB, 1962, 21, S. 24–26

m) Türkei

Andrejew, L.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, WW, 9 (1961), Nr. 9, S. 1383–1398

Bittmann, O.

Die Türkei am Scheideweg, DA, 1960, 10, S. 1156–1162

Botschkarjow, J.

Amerikanischer Stützpunkt Türkei, NZ, 1953, 50, S. 12–16

Georgiu, V.

Die Türkei im Schlepptau der Westmächte, DA, 1957, 2, S. 152–160

Grigorjew, Ch.

Die Früchte der Militarisierung der Türkei, AIAB, 1960, 9, S. 24–27

Hertzfeld, G.

„Westliche Freiheit“ in Südkorea und in der Türkei, Einheit, 1960, 6, S. 937–942

Hurriyet, Y.

Die Türkei im Schlepptau der USA und der NATO, AIAB, 1958, 10, S. 26–28

Irmischer, J.

Zu „Die Türkei im Schlepptau der Westmächte“, DA, 1957, 3, S. 246–249

Miller, A.

Die Türkei – ein Stützpunkt des Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten, AIAB, 1959, 9, S. 26–30

Potapowski, B.

Die Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus in der Türkei, AIAB, 1962, 10, S. 27–28

Türkei – Die finanzielle Lage und der Außenhandel, DIM, 1958, 8

Ustümgel, S.

Für eine unabhängige, demokratische und friedliebende Türkei (40 Jahre Kommunistische Partei der Türkei), AIAB, 1960, 18, S. 20–23

Ustümgel, S.

Sturz der Regierung Menderes in der Türkei, Prob. d. F. u. d. Soz., 1960, 8, S. 39–43

Wie geht es in der Türkei weiter, AIAB, 1960, 15, S. 27–28

IV. Reisebeschreibungen, Reportagen, Bildbände und schöngeistige Literatur

1. Reisebeschreibungen, Reportagen, Bildbände u. a.

Abd el-Razak Abd el-Kader

Algerien, Berlin 1956 = Land und Leute

Alavi, B.

Kämpfendes Iran, Berlin 1955

Alavi, B.

Das Land der Rosen und der Nachtigallen. Kreuz und quer durch Iran, Berlin 1957

Alvermann, D.

Algerien. L'Algérie. Ein Bildband, Berlin 1960

Bardtke, H.

Zu beiden Seiten des Jordans. Bilder zur Landeskunde Palästinas, Berlin 1958

Bastian, H.

Jemen, Berlin 1959 = Land und Leute

Fellmann, W.

Türkei, Berlin 1960 = Land und Leute

Fellmann, W., Rathig, F.

Irak, Berlin 1959 = Land und Leute

Fischer, H.

Begegnung mit Syrien, Leipzig 1962

Gerlach, E.

Aus dem Harem in die Welt. Erlebnisse unter den Frauen Südarabiens, 2. Aufl., Leipzig 1962

Gerlach, R.

Sonne über Arabien. Bilder aus dem Jemen, Leipzig 1960

Gunther, W.

Marokko, Berlin 1961 = Land und Leute

Hinkel, F.

Tunesien, Tochter der Sonne, Berlin 1958

Hoffmann, W.

Ägypten, Berlin 1957 = Land und Leute

Klingner, K.

Länder, am Nil. Text v. M. Scheer, Leipzig 1958

Leipoldt, J.

Ägypten, Leipzig 1962

- Mensching, H.
Zwischen Rif und Draa. Geographische Reisen in Marokko, Leipzig 1955
- Olearius, A.
Moskowitzische und persische Reise. Bearb. v. E. Meißner, Berlin 1959
- Otto, H. und Schmidt, K.
Minarett und Mangobaum. Eine moderne Entdeckungsfahrt ins Morgenland, 3. überarb. Aufl., Berlin 1961
- Otto, H. und Schmidt, K.
Stundenholz und Minarett, Eine moderne Entdeckungsfahrt ins Morgenland, Berlin 1960
- Polkehn, K.
Senne über Rif und Tell. Nordwestafrikanische Reportagen 1962, Leipzig 1963
- Richter, L.
Inseln der Sahara. Durch die Oasen Libyens, Leipzig 1957
- Richter, N. B.
Auf dem Wege zur schwarzen Oase, Leipzig 1963
- Scheer, M.
Arabische Reise, Berlin 1957
- Scheer, M.
Algerien. Jugend im Feuer, Berlin 1959
- Scheer, M.
Irak, dürstendes Land, 3. Aufl., erw. Ausg., Berlin 1962
- Schmidt, U.
Iran, Berlin 1960 = Land und Leute
- Schwarze Sterne — weiße Stadien. Mit DDR-Sportlern in Afrika und im Vorderen Orient. Von G. Lerch [u. a.], Berlin 1961
- Scuria, H.
Reisen im Orient. Carsten Niebuhr. Ulrich Jasper Seetzen. Richard Lepsius. Heinrich Brugsch. Berichte deutscher Forscher aus d. 18. und 19. Jh., Berlin 1961
- Stitzer, K.
Die Götter aus Frankreich, Berlin 1960
- Talysin, F. F.
Durch Iran und Irak. Aus d. Russ. v. C. H. Ludwig, Leipzig 1955
- Treffz, H. A. W.
Insel zwischen Meer und Wüste. Licht und Schatten über Algerien, Leipzig 1960
- Winkler, H.
Aufstand im Orient, Berlin 1958
- Zikmund, M. und Hanzelka, J.
Balkan und Kleinasien. Der umgekehrte Halbmond. Dt. v. A. Langer, Berlin 1962

2. Übersetzungen schöngestiger Literatur von Autoren aus dem Vorderen Orient und Nordafrika

- Abu'l-Farag al-Isfahani [d. i. 'Ali Ibn al-Husain al-Isfahani] Erzählt vor Beduinenzelten Aus dem Buch der Lieder. Aus dem Arab. v. E. Richter, Leipzig 1955
- Alavi, B.
Die weiße Mauer [Erzählungen]. Aus dem Pers. v. H. Melzig u. M. Lorenz, Berlin 1960
- Alavi, B.
Ihre Augen. Aus dem Pers. v. H. Melzig, Berlin 1961
- Ali, S.
Anatolische Geschichten. Aus dem Türk. v. H. Melzig, Berlin 1953
- Arabische Märchen. Aus mündlicher Überlieferung gesammelt und übertragen v. E. Littmann, Insel-Bücherei Nr. 588, [Leipzig] 1954
- Arabische Märchen. Aus mündlicher Überlieferung gesammelt und übertragen v. E. Littmann, [Leipzig] 1957
- [Chajjâm, O.] Hayyam, O.
Zelte der Weisheit. Ausw. u. dt. Nachdichtung v. D. Bellmann, Rudolstadt 1958
- Chajjâm, O.
Durchblättert ist des Lebens Buch. Vierzeiler. Nachdichtung v. M. Remané, Berlin 1962
- Dib, M.
Algerische Trilogie 1. Das große Haus [La grande Maison]
2. Der Brand [L'Incendie]
3. Der Webstuhl [Le Métier à tisser]
Aus dem Franz. v. K. Heinrich, Berlin 1956-59
- Die schönsten Geschichten aus 1001 Nacht. Aus dem Engl. übers. u. ausgewählt v. S. Rüttgers, Leipzig [1954]
- Dshalil, R.
Schüsse in Chodshent [Pulat i Gul'ru]. Roman. Der dt. Fassg. liegt e. Übers. v. H. Asemmissen zugrunde, Berlin 1954
- Erdoğan, F.
Skorpione und Rebellen [Âkrepler/Asi]. Türkische Erzählungen. Übers. v. Topolov, Berlin 1962
- Haddad, M.
Die Brücken tanzen [La dernière impression]. Aus dem Franz. v. W. Schulz, Berlin 1961
- Hakim, T. el-
Staatsanwalt unter Fellachen [Yaumiyât nâ'ib fil-aryâf]. Aus d. Arab. v. H. L. Teweleit, Berlin 1961
- Hedâjat, S.
Die Legende von der Schöpfung [Afsânê-je âfarinesch, Kasijê-je sir-e bottê, Âb-e sendegil]. [Erzählungen]. Aus dem Pers. v. M. Lorenz, Berlin 1960

- Hedâjat, S.
Die Prophetentochter [Alai wijé-Chanom]. [Erzählung]. Aus dem Pers. v. E. Fichtner und W. Sundermann, Berlin 1960
- Hedâjat, S.
Hâdschi Âghâ. Herausgeg. v. B. Alavi. Aus d. Pers. v. W. Sundermann, Berlin 1963
- Hikmet, N.
Legende von der Liebe. Josef in Egyptenland. [Aus d. Russ.] v. A. Kurella, Reclams Universal-Bibliothek Nr. 8986/87 C, Leipzig 1961
- Kemal, J.
Ince Memed. Aus d. Türk. v. H. W. Brands, Berlin 1962
- Liebesgeschichten aus 1001 Nacht, Rudolstadt [1954]
- Nuschin, A. H.
Der Chân und die anderen [Chân wa digarân]. Aus d. Pers. v. M. Lorenz, Berlin 1961
- Schwänke des Hodschas Nasreddin. Ausgew. nach d. Ausg. v. A. Wesselski: Der Hodscha Nasreddin, Weimar 1911. Insel-Bücherei Nr. 622, [Berlin] 1962
- Sharkawi, A. R. el
Der bunte Gilbab. Aus d. Arab. v. H. Goeseke, Berlin 1961
- Solowjow, L.
Chodscha Nasr ed-din. Aus d. Russ. v. E. v. Baer, Berlin 1948
- Solowjow, L.
Die Schelmenstreiche des Nasreddin. Aus d. Russ. v. E. v. Baer, 3. Aufl., Berlin 1961
- Taha Hussein
Kindheitstage [El-ajjâm]. Aus d. Arab. v. M. Lapper, Berlin 1962
- Tausendundein Tag. Orientalische Erzählungen. Übertr. v. F. P. Greve und P. Hansmann, 2 Bde., Leipzig 1963
- Teimûr, M.
Der gute Scheich [Erzählung]. Aus d. Franz. v. K. Heinrich, Berlin 1961
- Tuti-Nameh
„Das Papageienbuch“. Aus d. türk. Fassg. übertr. v. G. Rosen, [Leipzig] 1962
- Wunderbare Erlebnisse, seltsame Begebnisse. Arab. Erzählungen. Aus d. Arab. übers. v. H. Wehr, Berlin 1962

3. Sonstige schöngeistige Literatur zum Vorderen Orient und Nordafrika in deutscher Sprache

- Aldridge, J.
Der Diplomat. Roman. Einzig autor. Übers. aus d. Engl. v. R. Frank. 2. Aufl., Berlin 1954
- Alleg, H.
Kriegsgefangene. Aus d. Franz. v. E. Eichholtz, Berlin 1962
- Basan, W.
Die Entscheidung d. Ismael Kef. Abenteuer aus d. Freiheitskampf Algeriens, Berlin 1958.
- Erzählerreihe, H. 23

- Basan, W.
Geliebte Feindin. Abenteuerl. Roman aus Marokko, Halle 1958 = Neue Unterhaltungsreihe
- Böttcher, H. M.
Die Befreiung des Abu 'Ali Al-Hosain. Eine Erzählg. um Avicenna und Firdusi, Rudolstadt 1952
- Bruckner, K.
Der goldene Pharaon. Histor. Erzählung, Rudolstadt 1960
- Dobraczyński, J.
Der gelbe Kreuzzug. Die Übertr. ins Dt. besorgte W. Krause, Berlin 1955
- Dobraczyński, J.
Jeremia [Wybrańcy Gwiazd]. Die Übertr. ins Dt. besorgte E. Swieżawski. Diese Übersetzung wurde vollständig überarbeitet von Dr. H. Wilsdorf, der auch d. geschichtl. Einführung zu dem Roman verfaßte, 2. Aufl., Berlin 1958
- Felkel, G.
Brennpunkt Orient. Roman. 9. Aufl., Berlin 1961
- Feuchtwanger, L.
Der falsche Nero. Roman. Berlin 1960 = Feuchtwanger: Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 5
- Feuchtwanger, L.
Der jüdische Krieg. Roman. Berlin 1959 = Feuchtwanger: Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 2
- Feuchtwanger, L.
Der Tag wird kommen. Roman. Berlin 1959 = Feuchtwanger: Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 4
- Feuchtwanger, L.
Die Söhne. Roman. Berlin 1960 = Feuchtwanger: Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 3
- Hering, E.
Die Magd der Pharaonen. 3. Aufl., Leipzig 1961
- Herrmann, K.
Babylonischer Sommer. Roman, Weimar 1949
- Herrmann, K.
Die ägyptische Hochzeit. Roman. 12. Aufl., Weimar 1959
- Herrmann, K.
Der Brand von Byzanz. Roman. 8. Aufl., Weimar 1961
- Herrmann, K.
Die Witwe des Propheten. Roman. 2. Aufl., Weimar 1962
- Hirsch, R.
Das gefälschte Logbuch. Roman, Halle 1956
- Katz, L.
Der Schmied von Galiläa, Berlin 1955

- Kubiak, G.
Die letzte Begegnung, Berlin 1958. Erzählerreihe, H. 20
- Mann, Th.
Joseph und seine Brüder. Bd. 1–3, Berlin 1954
- Peters, H.-P.
Im Schatten des schwarzen Karos, Berlin 1961 = NB-Roman, Bd. 38
- Prus, B.
Pharao. Roman. Übers. aus d. Poln. v. K. Harrer. 9. Aufl., Berlin 1961
- Reiche, K.
Die geheime Kraft. Berlin 1956. Das neue Abenteuer, spannend erzählt, Bd. 17
- Richter, E.
Rustem. Pers. Heldensagen. Aus d. Schâhnâme d. Dichter Firdusi nacherzählt, Leipzig 1956
- Scheer, M.
Die Vergeltung des Abdul Salem, Berlin 1962 = Tatsachen, H. 9
- Sewunz, G.
Iranische Nächte. Roman. Die vorliegende dt. Fassg. stützt sich auf eine Übers. v. A. Sladkaroff, gekürzt und red. bearb. v. L. Reman  , Berlin 1958
- Stoll, H. A.
Die Höhle am Toten Meer. Roman der Handschriften von Qumr  n. 2. Aufl., Berlin 1961
- Tralow, J.
Der Eunuch. Roman. Berlin 1956
- Tralow, J.
Irene von Trapezunt. Roman. 5. Aufl., Berlin 1962
- Tralow, J.
Malchatun. Roman. 3. Aufl., Berlin 1960
- Tralow, J.
Roxelane. 5. Aufl., Berlin 1962
- Waltari, M.
Sinuhe, der Ägypter. Roman. 15 Bücher aus d. Leben des Arztes Sinuhe ungefähr 1390–1335 vor unserer Zeitrechnung. Aus d. Finn.   bertr. v. Ch. Lilius, 2. Aufl., Berlin 1960